

Stefan Seefelder

POST- KOLONIALER PARTNER?

*Die deutsch-togoischen Beziehungen
1960–1993*

Wallstein

Stefan Seefelder
Postkolonialer Partner?

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von

Frank Bösch

Band 39

Stefan Seefelder

Postkolonialer Partner?

Die deutsch-togoischen Beziehungen
1960–1993



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der FAZIT-Stiftung

Diese Publikation wurde im Rahmen des Fördervorhabens 16KOA026
mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt
im Open Access bereitgestellt.

Dieses Werk ist im Open Access unter der Creative-
Commons-Lizenz CC BY-NC-SA 4.0 lizenziert.



Die Bestimmungen der Creative-Commons-Lizenz beziehen sich nur auf
das Originalmaterial der Open-Access-Publikation, nicht aber auf die
Weiterverwendung von Fremdmaterialien (z. B. Abbildungen, Schaubildern oder
auch Textauszügen, jeweils gekennzeichnet durch Quellenangaben). Diese erfordert
ggf. das Einverständnis der jeweiligen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© Stefan Seefelder 2025

Publikation: Wallstein Verlag, Göttingen 2025
Wallstein Verlag GmbH, Geiststr. 11, 37073 Göttingen
info@wallstein-verlag.de
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagbild: Ehemalige Landungsbrücke am Strand von Lomé,
die von 1923 bis 1964 in Betrieb war. Es handelt sich dabei um einen
französischen Bau, der eine durch eine Sturmflut zerstörte deutsche
Vorgängerkonstruktion ersetzt hat. Foto: Stefan Seefelder, November 2022.

ISBN (Print) 978-3-8353-5915-4

ISBN (Open Access) 978-3-8353-8144-5

DOI <https://doi.org/10.46500/83535915>

Inhalt

1. Einleitung	9
1.1. Untersuchungszeitraum, theoretischer Rahmen und methodisches Vorgehen, Aufbau	14
Politische Transformationen 15 — Wirtschaftliche Trans- formationen 17 — Aufbau 20	
1.2. Forschungsstand	22
1.3. Archive und Quellen	26
2. Von der »Musterkolonie« zum 12. Bundesland? Die Nachwirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Togo 1914-1960	28
Modi der deutschen Herrschaft und antikolonialer Wider- stand ab 1884 31 — Ethnische Zugehörigkeiten und koloniale Herrschaftsmechanismen 33 — Der Deutsch-Togo-Bund als Machtfaktor im geteilten Togo 37 — Die togoischen Unabhängig- keitsbewegungen nach 1945 45 — Sichtweisen auf den Kolonialis- mus in der Bundesrepublik der 1950er Jahre 50 — Zwischen- fazit 58	
3. Stratageme der bundesdeutschen Entwicklungspolitik in Togo. Drei Fallbeispiele	62
3.1. »Ein deutsches Schaufenster für den ganzen Golf von Guinea«? Die Magasin Togo-Studie 1961	64
Wirtschaftliche Perspektiven in Togo nach der Unabhängig- keit 66 — Die Magasin Togo-Studie 70 — Zwischenfazit: Magasin Togo und die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen in den 1960er Jahren 78	
3.2. Der Port Autonome de Lomé	83
Die Ursprünge des Port Autonome de Lomé 87 — Die Wharf in Lomé: Wieder unter deutscher Kontrolle 94 — Die erste Bau- phase des Hafens 98 — Das Fischereiprojekt 111 — Zwei Fischkutter für Togo 113 — Eingreifen der Weltgemeinschaft und das Ende des deutschen Fischereiprojekts 126 — Die Fertig-	

	stellung des Hafens 129 — Zwischenfazit: Der Port Autonome de Lomé im Kontext des »development project« 134	
3.3.	Bundesdeutsche Landwirtschaftsprojekte in Togo.	
	Von der kolonialen Versuchsstation zu	
	»Trois Villages-Pilotes« 1960-1968	143
	Die landwirtschaftliche Versuchsstation Tové als Vorläuferin der Musterdörfer 146 — Tové und der »Olympio-Plan« 151 — Die Errichtung der Musterdörfer nach dem »Schnellbach-Plan« 157 — Die Musterdörfer unter neuer Leitung 168 — Zwischenfazit: Musterdörfer in der ehemaligen »Musterkolonie« 177	
4.	»Für sie sind Deutsche eben Deutsche«. Die togoische Unabhängigkeit im Kontext der deutschen Teilung . .	182
	Sozialismus in Togo: UNTT und Juvento 185 — Annäherungsversuche der DDR – Götting und Havemann als »Sonderbotschafter« 190 — Der Besuch der Seitz-Delegation bei der togoischen Unabhängigkeitsfeier 195 — Nach der Unabhängigkeit: Informelle Kontaktversuche der DDR in Togo 198 — Zwischenfazit 203	
5.	Bundesdeutsche Entwicklungspolitik im Wandel.	
	Die 1970er Jahre	206
	Das Ende der Modernisierungstheorie – »Grundbedürfnisstrategie« und nachhaltige Entwicklungspolitik 208 — Zivilgesellschaftliche Opposition und institutioneller Wandel 215 — Wandel in der Außenpolitik 218 — Zwischenfazit 222	
6.	Vom »development project« zum Polizeistaat.	
	Die Machtübernahme Gnassingbé Eyadémas	224
	Die Innenpolitik und Wirtschaft der zweiten togoischen Republik 227 — Eyadémas Experimente. Innenpolitische Entwicklungen und wirtschaftliche Transformationsprozesse in Togo 1967-1974 231 — Die wirtschaftlichen Perspektiven Togos zwischen Putsch und Phosphatboom 237 — Der »Tag von Sarakawa« und die Folgen 246 — Togos neue Wirtschaftspolitik nach dem Boom 251 — »Wie verkraftet das kleine Land dies alles?« Neopatrimoniale Herrschaft und Wirtschaftskrise am Ende der 1970er Jahre 253 — Zwischenfazit 259	

7. Die togoische »lost decade«. Das IWF-Regime
und die Krise der 1980er Jahre 261

Zielsetzung und Etablierung der IWF-Strukturanpassungs-
programme im Globalen Süden 264 — Wirtschaftskrise und
IWF-Strukturanpassungsprogramm in Togo 267 — Die Aus-
wirkungen der Wirtschaftskrise auf das politische System Togos
274 — Politische Entwicklungen nach dem Ende des Ost-West-
Konflikts 287 — Sonderfall Bayerisch-Togoische Gesellschaft
und Fondation Eyadéma 289 — Zwischenfazit 297

8. Schlussbetrachtungen: »Development project«,
entwicklungspolitisches Schaufenster und IWF-Regime.
Togo und die Bundesrepublik nach 1960 302

Danksagung 317

Abkürzungsverzeichnis. 319

Abbildungsverzeichnis 321

Literaturverzeichnis 322

Quellenverzeichnis 336

I. Einleitung

»Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung und der westlichen Welt gegenüber den Entwicklungsländern dient der Entwicklung dieser Länder, um somit die Beziehungen zu ihnen zu intensivieren und eine möglichst langfristige Bindung dieser Länder an die Bundesrepublik und den Westen zu erzielen.«¹

Mit diesen einleitenden Worten legte Außenminister Heinrich von Brentano im Dezember 1960 einen Bericht über die politische Dimension der im Entstehen begriffenen bundesdeutschen Entwicklungspolitik vor. Dieses Politikfeld zählte zu den neuen Aufgaben, denen sich das Auswärtige Amt ab dem Ende der 1950er Jahre stellte, als die Unabhängigkeit einer Vielzahl afrikanischer Länder absehbar war oder bereits unmittelbar bevorstand.² Die Entwicklungspolitik, die ab 1961 das neu gegründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hauptverantwortlich betrieb, hatte – neben der Erfüllung bundesdeutscher wirtschaftlicher Interessen – die Einbindung der neuen afrikanischen Staaten in das westliche Wirtschaftssystem und die Abwehr kommunistischer Einflüsse zum Ziel.³ Während die »klassische« Form der Entwicklungshilfe, etwa die Sicherstellung der Nahrungsversorgung oder die Unterstützung bei Dürren und anderen Naturkatastrophen, von den beteiligten institutionellen Akteuren durchaus als wünschenswertes Ergebnis der Entwicklungsprojekte betrachtet wurde, war die Motivation hinter der angestrebten Verbesserung der Lebensumstände prinzipiell politischer Natur: Ein stark ansteigendes Bevölkerungswachstum, politische Instabilität und immer größer werdende Wohlstandsunterschiede zwischen den europäischen Metropolen und den Kolonien bzw. abhängigen Gebieten hätten, so die zeitgenössische Sichtweise im Auswärtigen Amt, bereits dazu geführt, dass »der Kommunismus die vielfältigen Spannungen« für

1 Siehe Bericht von Außenminister Heinrich von Brentano an Bundeskanzler Konrad Adenauer, Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik, 8. Dezember 1960, PA AA, AA, B1 121, S. 1.

2 Im »Afrikanischen Jahr« 1960 wurden insgesamt 17 Staaten unabhängig, davon 13 ehemalige französische Kolonien.

3 Vgl. Burton, Eric: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten 1961-1990, Berlin/Boston 2021; Gaye, Ndiaga: Von Polis zu Kosmopolis. Senghors kulturpolitisches Erbe und Afrikas kritischer Zustand. Irrwege der Selbstverwirklichung von gestern bis heute, Berlin 2016, S. 67; Eckert, Andreas: Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania 1920-1970, München 2007, S. 219.

»seine Zwecke« nutze.⁴ Da auch diverse neue Regierungen in Afrika ihre Sympathien für die Sowjetunion erkennen ließen und auf die Hilfe des Warschauer Pakts beim Aufbau der neuen Staaten hofften, stand für das Auswärtige Amt die Einrichtung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe demnach ganz im Zeichen der antikommunistischen Abwehr.⁵

Im Kontext der Dekolonisierungswelle war für die bundesdeutsche Außenpolitik die Unabhängigkeit der ehemaligen deutschen »Musterkolonie« Togo von besonderem Interesse. Zum einen unterstellten viele deutsche Akteure aufgrund der kolonialen Vergangenheit eine besondere deutsch-togoische Verbundenheit. Der spätere deutsche Botschafter in Großbritannien, Hasso von Etzdorf, sprach etwa 1960 davon, dass »unsere dortige Verwaltung ein Ruhmesblatt für uns in Afrika« gewesen sei.⁶ Zum anderen gaben die politischen Entwicklungen in Togo Anlass zu Optimismus, da das Land auch nach der Unabhängigkeit politisch stabil blieb und die togoische Regierungselite übereinstimmend eine Westbindung anstrebte.⁷ Im Gegensatz zu den blutigen Unabhängigkeitskämpfen in anderen Teilen Afrikas – wie dem Mau-Mau-Krieg in Kenia 1952–1960 oder dem Sezessionskrieg im Sudan 1955–1972 – kam in Togo im Unabhängigkeitsjahr 1960 nach vergleichsweise freien und unabhängigen Wahlen eine konservative und strikt antikommunistische Regierung unter dem Premierminister und späteren Präsidenten Sylvanus Olympio an die Macht.⁸ Nach 40 Jahren französischer Kolonialherrschaft blieb der fran-

4 Siehe Gutachten von Hans Erich Freudenberg für das Auswärtige Amt, Entwicklungshilfe – aber wie?, 8. Juni 1960, PA AA, AA, B 1 121, S. 1.

5 Dies geschah in Form direkter logistischer Unterstützung, Ausbildungsmöglichkeiten und Waffenlieferungen an Ägypten, Angola, Marokko, Somalia und Äthiopien, sowie durch Kooperationen mit diversen Befreiungsbewegungen, siehe: Natufe, O. Igbo: *Soviet Policy in Africa. From Lenin to Brezhnev*, Bloomington 2011, S. 136–153. Eine nähere Betrachtung der unterschiedlichen, von der Sowjetunion unterstützten Gruppen und weiterer Formen der Zusammenarbeit mit Institutionen des Warschauer Pakts findet sich in Dallywater, Lena/Saunders, Chris/Fonseca, Helder Adegas (Hg.): *Eastern Europe, the Soviet Union and Africa. New Perspectives on the Era of Decolonization 1950s to 1990s*, Berlin/Boston 2023.

6 Siehe Aufzeichnung Hasso von Etzdorfs, Einladung des früheren Gouverneurs von Togo, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg zur Unabhängigkeitsfeier von Togo, 17. Februar 1960, PA AA, AA, B130 4769A, S. 1.

7 Vgl. das Schreiben Alexander Töröks an das Auswärtige Amt, Beziehungen zwischen Deutschland und Togo, 31. Dezember 1959, PA AA, AA, B 24 340, Mikrofilme, Fiche 1, Bl. 9.

8 In der neueren Forschung wird Olympios Politik unterschiedlich eingeschätzt, vgl. die Positionen von Skinner, Kate: *The Fruits of Freedom in British Togoland. Literacy, Politics and Nationalism 1914–2014*, New York 2015, S. 182–184; Noglo, Emanuel K.: *Die Legitimität des Staates im multiethnischen Kontext. Der Fall Togo*, Berlin 2012, S. 99; Thomas, Martin (Hg.): *The French Colonial Mind. Mental Maps*

zösische Einfluss indes noch sehr deutlich ausgeprägt. Dies hing maßgeblich mit der weitgehenden Etablierung administrativer Strukturen nach französischem Vorbild zusammen, etwa bei der Gliederung der Verwaltung und der Einführung von Französisch als Amtssprache. Nicht zuletzt waren zwei Generationen von Togoern unter der französischen Herrschaft aufgewachsen.

Dennoch entwickelten sich innerhalb weniger Jahre intensive zwischenstaatliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Togo, die bereits wenige Wochen nach der Unabhängigkeit Handels- und Kulturabkommen unterzeichnet hatten.⁹ Die besonderen deutsch-togoischen Beziehungen erscheinen angesichts des dominierenden französischen Einflusses, der gewaltvollen (deutschen) Kolonialvergangenheit sowie auch der vergleichsweise geringen Landesgröße, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft Togos erklärungsbedürftig. In der vorliegenden Arbeit soll daher die Frage im Zentrum stehen, welche Faktoren und Perspektiven die deutsch-togoischen Beziehungen prägten. Wie veränderten sich die jeweiligen Perspektiven der Akteure im Laufe der Zeit und welche Gründe waren dafür ausschlaggebend? Welche Motive waren insbesondere mit den von beiden Seiten vorgebrachten Verweisen auf die »gemeinsame« Vergangenheit als Kolonialherren und Subalterne verbunden? Wie wurde die Kolonialzeit durch die togoischen und bundesdeutschen Akteure rezipiert und welchen praktischen und rhetorischen Stellenwert hatte sie für die Ausgestaltung der Beziehungen? Welchem Wandel unterlag diese Rezeption der Kolonialzeit nach 1960?

Togo erwies sich aufgrund der genannten antikommunistischen Haltung der Regierung und der relativen politischen Stabilität als ideales Feld für die Durchführung bundesdeutscher Entwicklungsprojekte durch das BMZ. Davon zeugt der Umstand, dass Togo sofort nach der Unabhängigkeit der nach Pro-Kopf-Unterstützung größte Empfänger bundesdeutscher Kapitalhilfe wurde.¹⁰ Die vergangenen Grausamkeiten der Kolonialzeit, die sich in Körperstrafen, Zwangsarbeit und öffentlichen Hinrichtungen

of Empire and Colonial Encounters, Lincoln/London 2011, S. 335; Helm, Renate: Politische Herrschaft in Togo. Das Problem der Demokratisierung, Münster 2004, S. 69.

9 Siehe Handelsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo, 20. Juli 1960, BAArch Koblenz B116 21750.

10 Siehe o. V.: Erleuchteter Führer. Französische Truppen für das ehemalige Kolonialgebiet, in: Der Spiegel 40/1986, S. 167; Spanger und Brock nennen pro Kopf 12,03 DM für Togo, während Indien nur 0,50 DM bekommen habe, siehe: Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die wirtschaftliche Verflechtung und die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern, in: dies. (Hg.): Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungs-

manifestiert hatten, führten dabei keineswegs zu einer Zurückhaltung der Bundesrepublik in Togo. Nach 1960 entwickelte sich dort im Gegenteil ein regelrechter entwicklungspolitischer Boom, der sich in einer Vielzahl genuiner Entwicklungsprojekte beispielsweise in der Landwirtschaft niederschlug, aber in starkem Maße auch in handels- und wirtschaftspolitisch geprägten Konzepten wirksam wurde. Die Spuren dieser Projekte sind teilweise bis in die Gegenwart sichtbar. Ein Vorteil für die Bundesrepublik war, dass die togoische Regierung unter Olympio – wie zur selben Zeit viele der neu gegründeten afrikanischen Staaten – versuchte, die Kontakte zur ehemaligen Metropole Frankreich in wirtschaftlichen Belangen auf ein Minimum zu reduzieren. Damit eröffnete sich für die Bundesrepublik die Möglichkeit, in dieses außenpolitische Vakuum vorzustoßen und durch die großzügige Vergabe von Entwicklungshilfen politisches Kapital zu erlangen.¹¹ Neben der Hallstein-Doktrin, die seit 1955 die außenpolitische Leitlinie des westdeutschen Staats bildete und deren umfangreicher Sanktionskatalog bereits ein Instrumentarium zur Disziplinierung der neuen, wirtschaftlich meist schwachen Staaten bereithielt, sollten in der Vorstellung des BMZ erfolgreiche Entwicklungsprojekte als Symbole für den wirtschaftlichen Nutzen der Westbindung dienen.¹² Insofern stellt sich hinsichtlich der bundesdeutschen Entwicklungspolitik in Togo die Frage, wie die verschiedenen Interessen gelagert waren und welchen Logiken, Transformationsprozessen und diskursiven Verschiebungen sie unterlagen. Wie ist das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Außen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Ost-West-Konflikt und europäischer Integration zu werten? Welche konkreten Ziele verfolgte die bundesdeutsche Entwicklungspolitik in Togo und welche wurden erreicht? Wie positionierte sich die togoische Regierung zu dieser Entwicklungspolitik und welche Eigeninteressen verfolgte sie? Wie veränderte

politik der DDR – Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 307-330, hier S. 322.

- 11 Vor 1960 war das 1958 bei der indischen Stadt Rourkela errichtete Stahlwerk eines der ersten und das mit Abstand größte Projekt der noch im Aufbau befindlichen bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Siehe: Bohnet, Michael: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Erfolge, Misserfolge, Zeitzeugen, Herausforderungen, München 2019 [1. Aufl. 2015], S. 55. Für eine zeitgenössische Analyse siehe o. V.: Russen auf dem Dach. Hüttenwerk-Großbaustelle Rourkela, indisches Grabmal der deutschen Industrie?, in: Der Spiegel 14/1960, S. 22-34.
- 12 Vgl. Homberg, Michael: Digitale Unabhängigkeit. Indiens Weg ins Computerzeitalter – eine internationale Geschichte, Göttingen 2022, S. 138; Wiegeshoff, Andrea: »Wir müssen alle etwas umlernen«. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland 1945/51-1969, Göttingen 2013, S. 331.

sich der politische Rahmen im Lauf der Zeit und welche Konsequenzen ergaben sich daraus für die Entwicklungspolitik in Togo?

Für die Betrachtung der deutsch-togoischen Beziehungen in jener Zeit eignet sich Philip McMichaels Periodisierung der Nord-Süd-Beziehungen: Im europäischen Umgang mit Afrika unterscheidet er die »development projects« zwischen den späten 1940er und den 1970er Jahren und die »globalization projects« der 1970er bis 1990er Jahre.¹³ Das »development project« sei demnach als westliche Antwort auf die Dekolonisierung zu verstehen, wobei das inhärente Konzept der Entwicklung geprägt sei von einem »essentially economic (reductionist) understanding of social change« und »universalized as a market culture common to all, driven by the nation-state and economic growth«.¹⁴ Das spätere »globalization project« sei dagegen von »political intervention to overcome the limits of the development project« geprägt gewesen. In den 1970er Jahren hätten sich unter den beteiligten – meist institutionellen – Akteuren neue Perspektiven auf Entwicklung »redefined as a private, global project« durchgesetzt.¹⁵ Daran anknüpfend lässt sich die Hypothese formulieren, dass Togo – trotz des zeitlichen Bruchs durch die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg – nach 1960 ein bundesdeutsches »development project« wurde, dessen Implementierung und spätere Wandlung zum »globalization project« ab Mitte der 1970er Jahre einer spezifischen Dynamik folgte. In der vorliegenden Arbeit soll McMichaels Konzept für die Analyse der deutsch-togoischen Beziehungen herangezogen werden, wobei die von ihm eingeführten Kategorien stets auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen sowie inkongruente Perspektiven einzubeziehen sind. Drei Hauptfaktoren für die dynamischen Wandlungsprozesse in den deutsch-togoischen Beziehungen stehen im Zentrum der Untersuchung:

Erstens hatte die Kolonialzeit bis in die 1970er Jahre einen hohen diskursiven Stellenwert in der politischen Kommunikation beider Staaten. Sie wurde von bundesdeutscher wie auch togoischer Seite als pragmatisches Vehikel für die Vergabe von Technischer oder Kapitalhilfe genutzt. Der Rekurs auf die koloniale Vergangenheit sollte eine Atmosphäre der Verbundenheit evozieren, die sich positiv auf die Umsetzung der Entwicklungshilfemaßnahmen auswirken sollte.

Zweitens waren mit diesen Maßnahmen bundesdeutsche und togoische Wirtschaftsinteressen verbunden. Im Sinne der Modernisierungstheorie

13 Siehe McMichael, Philip: *Development and Social Change. A Global Perspective*, 4. Aufl., Thousand Oaks 2008 [1. Aufl. 1998].

14 Siehe ebd., S. 46.

15 Siehe ebd., S. 149.

sollte das togoische Wirtschaftswachstum gesteigert werden. Auf bundesdeutscher Seite war damit die Hoffnung verbunden, neue Absatzmärkte und Bezugsquellen für Rohstoffe zu gewinnen. Die togoische Regierung wollte mit der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung ihren innenpolitischen Kurs legitimieren. Die damit verbundenen Prestigeprojekte dienten ihr auch dazu, ihr Ansehen im Ausland – insbesondere in den afrikanischen Nachbarländern – zu erhöhen.

Drittens erzeugten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse der 1970er Jahre sowohl in der Bundesrepublik als auch in Togo neue Dynamiken, die den Charakter der Beziehungen dauerhaft veränderten. Die Etablierung supranationaler Institutionen, denen sukzessive die Aufgaben der Entwicklungspolitik übertragen wurden, löste den bisherigen bilateralen Modus Operandi in diesem Politikfeld ab. Die Entspannung im Ost-West-Konflikt nach dem Ende der Hallstein-Doktrin 1969 wie auch der Umstand, dass die meisten ursprünglich sozialistischen Länder Afrikas zwischenzeitlich autoritäre Hybridregime geworden waren, ließen die sicherheitspolitische Funktion der Entwicklungspolitik obsolet werden. In wirtschaftlicher Hinsicht nahm die Bedeutung der afrikanischen Staaten als westliche Handelspartner ab, sodass die ökonomischen Perspektiven auf beiden Seiten eine Neujustierung erfuhren.

1.1. Untersuchungszeitraum, theoretischer Rahmen und methodisches Vorgehen, Aufbau

Der archivgestützte Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit erstreckt sich vom Jahr der togoischen Unabhängigkeit 1960 bis zum Abbruch der Beziehungen mit dem afrikanischen Land durch fast alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Jahr 1993. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Togo und der Bundesrepublik am 27. April 1960 dient als Ausgangspunkt. Der seither bestehende prinzipielle Charakter der deutsch-togoischen Beziehungen – diplomatische Kontakte zwischen zwei souveränen Staaten – stand im starken Gegensatz zur Situation davor, als Togo als zuerst deutsche, später französische Kolonie weder ein souveräner Staat war noch eine eigene Außenpolitik betreiben konnte und in dieser Hinsicht vollständig von den wechselnden politischen Interessen der Kolonialmächte Deutschland und Frankreich abhängig war.

Das vorläufige Ende der diplomatischen Beziehungen nach den Gewaltexzessen des togoischen Militärs 1993 eignet sich aus zwei Gründen

als Endpunkt des Untersuchungszeitraums: Die vollständige Einstellung der diplomatischen Beziehungen durch alle EG-Staaten (mit Ausnahme Frankreichs) stellte erstens einen Kulminations- und Endpunkt der Transformationsprozesse in den Jahrzehnten zuvor dar, weil bundesdeutsche wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen in Bezug auf Togo seit den späten 1970er Jahren sukzessive an Bedeutung verloren hatten und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kaum mehr bestanden.

Zweitens markiert der Umbruch zu Beginn der 1990er Jahre eine generelle Trendwende in den Nord-Süd-Beziehungen: Im Zuge einer stärkeren außenpolitischen Ausrichtung auf das Thema der Menschenrechte wurde auch die Entwicklungspolitik nicht mehr als bloßes Vehikel für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen betrachtet. Unter dem Eindruck der zahlreichen Proteste und der nun ausbleibenden Entwicklungshilfen begannen in Westafrika Demokratisierungsprozesse, die zum Teil bis in die Gegenwart andauern und, wie in Ghana, zu beachtlichen Erfolgen geführt haben.

Die Komplexität der Transformationsprozesse in den deutsch-togoi-schen Beziehungen im Spannungsfeld von wirtschaftlichen und innen- wie außenpolitischen Entwicklungen bedingt eine Kombination verschiedener methodischer und theoretischer Ansätze, die im Folgenden näher beleuchtet werden sollen.

Politische Transformationen

Zunächst lässt sich eine generelle politische Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach 1960 ausmachen, die sich innerhalb eines globalen Rahmens abspielte und von ebenso globalen Zäsuren und Konjunktoren definiert wurde. Insbesondere der Ost-West-Konflikt, der die außenpolitischen Leitlinien des Westens bestimmte und unmittelbare Auswirkungen auf den Umgang mit Afrika – kolonial und postkolonial – hatte, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Mit dem Ende des Kolonialismus ergab sich eine Koordinatenverschiebung im Ost-West-Konflikt, da die zuvor subalternen afrikanischen Staaten nun als souveräne Nationalstaaten mit eigener Agency und vielfältig gelagerten Interessen auftraten. Der globale Einfluss dieser Staaten blieb zwar prinzipiell begrenzt, allerdings wurde der Umgang mit ihnen für den Westen wie auch für die Staaten des Warschauer Pakts zu einem neuen Feld innerhalb des Systemkonflikts.

Im Kern geht es hier um die Frage, wie das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Togo durch übergeordnete politische Prozesse be-

einflusst wurde und welche Rückschlüsse sich daraus wiederum auf globaler Ebene ziehen lassen. Im Anschluss an Michael Gals Definition von Politik, wonach es sich hierbei um jenen »Wirklichkeitsausschnitt« handelt, der komplementäre Prozesse der »Herstellung« und »Durchsetzung allgemein geltender Entscheidungen« beinhaltet, lassen sich die daran beteiligten Akteure bestimmen:¹⁶ An der »Herstellung« von Politik beteiligen sind demnach staatliche und nicht-staatliche Akteure, beispielsweise Regierungsmitglieder, Parlamentarier und zivile Organisationen, auf unterschiedlichen administrativen Ebenen.¹⁷ Die »Durchsetzung« obliegt autoritativ agierenden Akteuren wie Behörden, Ämtern oder Staatsunternehmen.¹⁸ In der vorliegenden Arbeit stehen daran anknüpfend zum einen die institutionellen Akteure der jeweiligen bundesdeutschen und togoischen Ministerien und Behörden im Fokus. Zum anderen werden Einzelakteure und zivilgesellschaftliche Organisationen in den Blick genommen, die als figuratives Pars pro Toto des institutionellen Handelns definiert werden, aber auch anhand der Wahrnehmungen, die ihr Handeln situativ beeinflussten.

Mithin lassen sich auf dieser Grundlage auch die Leitfragen zur Genese und Transformation der deutsch-togoischen politischen Beziehungen formulieren: Welche institutionellen Akteure waren auf beiden Seiten an der Herstellung der Beziehungen beteiligt? Welche Spielräume hatten sie dabei und wie verhielten sie sich zueinander? Wie veränderten sich die institutionellen Akteure sowohl hinsichtlich ihrer Motivation und Wahrnehmungen als auch ihrer Ziele und Aufgaben?

Die Fragmentierung der Nord-Süd-Beziehungen durch die Dekolonisierungswelle, die 1960 bis 1975 auch in der Bundesrepublik zu einem »Bilateralismus« im Hinblick auf die afrikanischen Staaten führte, erzeugte neue politische Deutungsmuster, die wiederum neue Handlungsspielräume für die beteiligten Akteure eröffneten. Für die Untersuchung dieser Deutungsmuster und Handlungsspielräume eignet sich das von Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt etablierte Konzept der »Neuen Politikgeschichte«. Damit können die vielfältigen politischen Aspekte der deutsch-togoischen Beziehungen analysiert werden, die teilweise wiederum in einem diametralen Verhältnis zu gesellschaftlichen und kulturellen Transformationen standen. Die in der neuen Politikgeschichte im Vordergrund stehende »Analyse diskursiver, semantischer, semiotischer Strate-

16 Siehe Gal, Michael: Internationale Politikgeschichte. Konzeption, Grundlagen, Aspekte, 2. Aufl., Dresden/München 2021, S. 64.

17 Siehe ebd.

18 Ebd.

gien und Praktiken« im Zusammenhang mit der »Untersuchung spezifischer Akteure und Akteursgruppen« soll dabei den Zugriff auf diskursive Wandlungsprozesse und ihre Bedeutung für die Herstellung und Durchsetzung von Politik ermöglichen.¹⁹ So bot der Rekurs auf die »gute« deutsche Kolonialherrschaft ein bis in die 1970er Jahre von bundesdeutscher und togoischer Seite genutztes rhetorisches Vehikel, um eine gegenseitige Verbundenheit diskursiv zu konstruieren und damit Hoffnungen für die Zukunft der deutsch-togoischen Beziehungen, aber auch konkrete Bestandsaufnahmen zu artikulieren. Der erfolgreiche Verlauf eines Projekts der Technischen Hilfe wurde so beispielsweise mit der seit der Kolonialzeit zwischen Togoern und Deutschen herrschenden Freundschaft begründet – und impliziert damit, dass künftige Projekte ebenso erfolgreich sein würden.

Wirtschaftliche Transformationen

Innerhalb des Untersuchungszeitraums sind mehrere, miteinander in Beziehung stehende wirtschaftliche Transformationsprozesse zu konstatieren, die Auswirkungen auf die deutsch-togoischen Beziehungen hatten. Die erwähnte Periodisierung der Nord-Süd-Beziehungen in das »development project« von den späten 1940er bis zu den frühen 1970er Jahren und das »globalization project« von den späten 1970er bis zu den frühen 1990er Jahren verweist auf eine Transformationsachse, die strukturell prinzipiell heterogene wirtschaftliche Entwicklungen im Westen voneinander trennt. Das Ende der auf modernisierungstheoretischen Ansätzen basierenden Entwicklungspolitik, der Strukturwandel in der bundesdeutschen – und europäischen – Industrie, die von der togoischen Regierung betriebene Öffnung der Wirtschaft für den Weltmarkt und der Übergang zu einem multilateralen System der Entwicklungspolitik sind als zentrale Marker dieser Transformation zu nennen.

Auffällig ist, dass die wirtschaftlichen Entwicklungen in Togo nicht den in der neueren Forschung häufig anzutreffenden Varianten von Stufen- oder Phasenmodellen folgten, sondern eigene Dynamiken entfalteten. So beschreibt beispielsweise Rainer Tetzlaff fünf Phasen, die

19 Siehe Metzler, Gabriele: Rezension zu Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a.M. 2005, in: H-Soz-Kult, 29.10.2005, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-7183, sowie Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002) H. 4, S. 574-606.

vom transatlantischen Sklavenhandel, dem 19. Jahrhundert als »times of great upheavals«, der »formal colonization«, der Dekolonisierung bis zur gegenwärtigen postkolonialen Phase reichen.²⁰ In wirtschaftlicher Hinsicht werden Zyklen-theorien bemüht, denen zumeist Abwandlungen der antikommunistischen, als explizites Modell für die Modernisierung entworfenen Wirtschafts-stufentheorie von W. W. Rostow zugrunde liegen.²¹ Dagegen kommen Gwiza, Tambaoga und Jarbandhan zu dem Schluss, »that countries move toward modernity at various episodes depending largely on their level of flexibility as well as adaptability«.²² Da die Stufenmodelle in ihrer hermetischen Abgeschlossenheit – nicht zuletzt zueinander – verkürzend wirken, sollen deren Kategorisierungen hier nicht übernommen werden. Vielmehr sollen für den jeweiligen Untersuchungs-gegenstand situativ die multikausalen Ursachen für Wandlungs- und Transformationsprozesse während des Untersuchungszeitraums näher beleuchtet werden. Im Hinblick auf das unter »development project« und »globalization project« subsumierte Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Togo ergeben sich daraus gleichzeitig die Limitierungen, die mit diesen analytischen Ansätzen einhergehen: Während die grundsätzliche Entwicklung des Verhältnisses dem von McMichael postulierten Pfad folgte, kam es durchaus auch zu Eigendynamiken, die beispielsweise die Bezugnahmen zur kolonialen Vergangenheit betrafen. Die Rekurse auf die Kolonialzeit folgten wirtschaftlichen Konjunkturen und traten insbesondere dann auf, wenn die Mittelvergabe im Rahmen der Technischen und Kapitalhilfe verhandelt werden sollte – vor allen Dingen bei entwicklungspolitischen Großprojekten. Ein weiterer Grund für die Annahme situativ bedingter statt zyklischer oder linearer Wandlungsprozesse ist in der Entwicklung der togoischen Wirtschaft während der 1970er Jahre zu sehen: Innerhalb kurzer Zeit durchlief das Land einen massiven

20 Siehe Tetzlaff, Rainer: *Africa. An Introduction to History, Politics and Society*, Wiesbaden 2022, S. 60. Ein ähnliches Stufenmodell findet sich bei Soudien, Crain/Houston, Gregory: *African Perspectives on Development in the Context of a Changing International System*, in: Bourqia, Rahma/Sili, Marcelo (Hg.): *New Paths of Development. Perspectives from the Global South*, Cham 2021, S. 25–41.

21 Siehe Rostow, Walt W.: *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*, Cambridge 1960.

22 Siehe Gwiza, Aaram/Tambaoga, Moira/Jarbandhan, Vain D. B.: *Unearthing the Nexus between Development Theories and Underdevelopment in the Post-independence Africa*, in: Mhlanga, David/Ndhlovu, Emmanuel (Hg.): *Post-Independence Development in Africa. Decolonisation and Transformation Prospects*, Cham 2023, S. 17–27, hier S. 24. Das ökonomische Modernisierungsmodell ist auch ein zentrales Analysewerkzeug bei Park, Jong-Dae: *Re-Inventing Africa's Development. Linking Africa to the Korean Development Model*, Cham 2019, S. 153–154.

Industrialisierungsschub, der im Vergleich zu den Nachbarstaaten einzigartig war und den Ruf Togos im Westen stark verbesserte.²³ Die Wirtschaftskrise, die Togo nach dem Verfall der Phosphatpreise traf, trat wiederum erst mit einiger Verzögerung zu Beginn der 1980er Jahre ein, als die meisten westlichen Staaten sich wirtschaftlich wieder vom Ölpreisschock erholt hatten.²⁴

Um die Begrenzungen der oben genannten Analyseinstrumente zu überwinden, soll die vorliegende Arbeit um den theoretischen Rahmen der »histoire croisée« erweitert werden. Der von Michael Werner und Bénédicte Zimmermann entwickelte Ansatz beinhaltet »various points of view that need to be ›crossed‹ in order to understand the ›constitution‹ of the object of research«, was wiederum ermögliche, »to historicize the differing viewpoints and understand how they are socially grounded or reflect competition in power struggles«.²⁵ Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, dass die Perspektiven der jeweiligen Akteure – beispielsweise Personen, die direkt in den Entwicklungsprojekten tätig waren – im Verhältnis zueinander untersucht werden sollen. Das Konzept der Histoire Croisée ist allerdings mit Einschränkungen verbunden, die die Anwendung nur für bestimmte Teilbereiche zulassen. Insbesondere die Beziehungen zwischen institutionellen Akteuren im Kontext der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die, in Anknüpfung an Gals Politikdefinition, als Ausdruck übergeordneter Interessen staatlicher und nicht-staatlicher Entitäten verstanden werden können, lassen sich durch verflechtungsgeschichtliche Betrachtungen aufgrund der vielgestaltigen Möglichkeiten der Schwerpunktsetzung besser untersuchen.

Aus der Abwägung dieser theoretischen Perspektiven wie auch den zugrunde liegenden Quellen ergeben sich die Leitfragen für die deutsch-togoischen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich: Welche gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen hatten sowohl die Bundesrepublik als auch Togo nach 1960 und wie veränderten sich diese über den Untersuchungszeitraum? Wie wirkten innen- und außenpolitische Entscheidungen und

23 Vgl. Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 14; Toulabor, Comi M.: *Le Ghana de J. J. Rawlings. Restauration de l'État et renaissance du politique*, Paris 2000, S. 287.

24 Zu den Transformationsprozessen hinsichtlich des Umgangs mit den afrikanischen Staaten wie auch der westeuropäischen Wirtschaftsordnung als Konsequenz der Ölkrise siehe Kreienbaum, Jonas: *Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung*, Berlin/Boston 2022, S. 265 ff.; Graf, Rüdiger: *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, Berlin/München/Boston 2014, S. 283 f.

25 Siehe Daskalov, Roumen: *The Balkans. Region and Beyond*, in: ders./Marinov, Tchavdar (Hg.): *Entangled History of the Balkans*, Bd. 4, Leiden 2017, S. 1-43, S. 41.

globale Prozesse dabei aufeinander und welche Rückkopplungen hatten sie auf die deutsch-togoischen Wirtschaftsinteressen? Welche Rolle spielte das Aufkommen der Entwicklungspolitik und welchen Veränderungen in der Wahrnehmung unterlag sie in beiden Ländern? Welche Auswirkungen hatte der Nexus aus Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik und wirtschaftlichen Interessen auf die Situation in Togo und welche strategischen Wandlungsprozesse hinsichtlich der wirtschaftlichen Ziele hatte er zur Folge?

Aufbau

Die Studie gliedert sich in sechs Kapitel, die sich in der Schwerpunktsetzung wie auch im methodischen Vorgehen teilweise unterscheiden. Im ersten Kapitel wird zunächst ein kursorischer Überblick über die Entwicklung der deutsch-togoischen Beziehungen von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit gegeben. Im Zentrum steht dabei zum einen die Frage nach den Modi der deutschen Kolonialherrschaft, den angewandten Herrschaftspraktiken und Formen des Arrangements beziehungsweise anti-kolonialen Widerstands. Zum anderen wird der bislang in der Forschung wenig beachteten französischen Herrschaft über Togo nachgespürt und untersucht, wie sich fortgesetzte Kontakte nach Deutschland während der 1920er und 1930er Jahre auf die Entwicklung der togoischen Unabhängigkeitsbewegung auswirkten. Abschließend soll aufgezeigt werden, wie die deutsch-togoischen Beziehungen nach 1945 neu geordnet wurden und welche politischen und wirtschaftlichen Interessen die Bundesrepublik während der 1950er Jahre in Togo hatte.

Das zweite Kapitel, das gleichzeitig der umfangreichste Bestandteil der Studie ist, ist in drei Teilkapitel gegliedert und widmet sich anhand dreier Fallbeispiele bundesdeutschen Projekten der Technischen und Kapitalhilfe zwischen 1960 und den 1970er Jahren. Anhand dieser Beispiele, die als analytische Sonden für die Entwicklungsprozesse auf globaler, regionaler und lokaler Ebene im Untersuchungszeitraum dienen, sollen die miteinander verflochtenen Ebenen postkolonialer Wirtschaftsbeziehungen, des Ost-West-Konflikts, des Aufkommens der Entwicklungspolitik und der graduellen Integration Togos in den Weltmarkt untersucht werden. Im ersten Fall handelt es sich um die Planungen zu einem deutschen Kaufhaus in der Hauptstadt Lomé, die von zwei Wirtschaftssachverständigen 1961/62 ausgearbeitet wurden. Als völlig neu konzipiertes Projekt stand es zwar nicht direkt in einer kolonialen Kontinuität, allerdings geben die Pläne Aufschluss über das zeitgenössische Modernisierungdenken der bundesdeutschen und

togoischen Akteure und die innerhalb dieser Eliten vorherrschende Sicht auf Fortschritt, Modernität und Entwicklungsperspektiven.

Im nächsten Teil sollen Planung, Bau und Betrieb des Tiefwasserhafens Lomé von 1962 bis 1974 im Gefüge aus Entwicklungspolitik, kolonialer Vergangenheit und aufkommender Globalisierung näher betrachtet werden. Obwohl es sich um ein ursprünglich von der französischen Kolonialverwaltung bereits in der Mitte der 1950er Jahre geplantes Projekt handelte, stellt sich die Frage nach den Kontinuitäten zur Kolonialzeit, da die deutschen Besatzer 40 Jahre zuvor eine Landungsbrücke an fast derselben Stelle errichtet hatten, um Material und Truppen ein- und Rohstoffe und Ressourcen ausführen zu können.

Im abschließenden Teilkapitel wird die Geschichte dreier landwirtschaftlicher Musterdörfer beleuchtet, die zwischen 1964 und 1968 von bundesdeutschen Experten an verschiedenen Orten Togos errichtet wurden, um den togoischen Bauern die Möglichkeiten einer rationellen, mechanisierten Landwirtschaft näherzubringen. Anhand der wechselhaften Geschichte der Musterdörfer lassen sich Rückschlüsse über die modernisierungstheoretischen und konzeptionellen Grundlagen der zeitgenössischen Entwicklungspolitik, die Sichtweise der deutschen Akteure auf Togo und die mit der Entwicklungspolitik verknüpften wirtschaftlichen Prämissen ziehen.

Das dritte Kapitel widmet sich den Beziehungen der DDR zu Togo vom Ende der 1950er Jahre bis zur Ratifizierung des Grundlagenvertrags mit der Bundesrepublik 1973. Die Versuche der DDR-Staatsführung beziehungsweise des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), Togo zu einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu bewegen und damit die bundesdeutsche Hallstein-Doktrin zu umgehen, stehen im Zentrum des Kapitels. Auf der anderen Seite sollen die bundesdeutschen Reaktionen auf den Vorstoß der DDR im Spannungsfeld zwischen der ökonomischen Drohkulisse der Hallstein-Doktrin und dem Wunsch nach besonderen Beziehungen zu Togo analysiert werden.

Im vierten Kapitel werden, chronologisch an die Zäsur des Grundlagenvertrags anschließend, zunächst die Wandlungs- und Transformationsprozesse innerhalb der bundesdeutschen Entwicklungspolitik während der 1970er Jahre analysiert. Endogene Faktoren wie der wirtschaftliche Strukturwandel in der Bundesrepublik und exogene Faktoren wie die »Ölkrise« und die Delegation entwicklungspolitischer Aufgaben an supranationale Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) bilden den analytischen Rahmen des Kapitels.

Im anschließenden fünften Kapitel geht es um die Entwicklungen der deutsch-togoischen Beziehungen während der Herrschaft Gnassingbé

Eyadéma nach dem Putsch 1967 und der Gründung seiner Sammlungsbewegung *Rassemblement du Peuple Togolais* (RPT) 1969. Im Zentrum steht die Frage nach der Etablierung und Sicherung seiner Herrschaft und den damit verbundenen Konsequenzen für die Beziehungen zur Bundesrepublik. Dabei stehen vor allem die wirtschaftlichen Transformationsprozesse, die sich aufseiten der Bundesrepublik aus der »Ölkrise« ab 1973 und dem togoischen Phosphatboom ab 1974 ergaben, im Mittelpunkt.

Im sechsten und letzten thematischen Kapitel stehen die wirtschaftlichen und politischen Umbrüche der 1980er Jahre im Fokus der Untersuchung. Dies geht einher mit einer aus dem bundesdeutschen Rückzug aus der bilateralen Entwicklungshilfe resultierenden Schwerpunktverschiebung. Nach dem Ende des Phosphatbooms und der Umgestaltung des politischen Systems zu einem hybriden, auf halbstaatlichen Unternehmen und deren Besetzung mit RPT-loyalen Kadern beruhenden Neopatrimonialsystem geriet Togo in eine massive Wirtschaftskrise, die am Ende der 1970er Jahre zur Zahlungsunfähigkeit führte. In der Folge wurde 1983 auf Drängen ausländischer Gläubiger vom IWF eines der ersten Strukturanpassungsprogramme (SAP) implementiert.

1.2. Forschungsstand

Die Forschungen zur deutschen Kolonialzeit in Togo haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, während das Thema bis zu den 2010er Jahren wenig Beachtung gefunden hatte. Als Referenzwerk dient dabei nach wie vor Peter Sebalds 1988 erschienene Monografie »Togo 1884-1914. Eine Geschichte der deutschen ›Musterkolonie‹ auf der Grundlage amtlicher Quellen«. ²⁶ Sebald arbeitet darin besonders die ökonomische Motivation hinter dem Kolonialbesitz in Togo heraus und legt den Schwerpunkt auf die Struktur des deutschen Herrschaftssystems entlang künstlich eingerichteter ethnischer Trennlinien, das sich an der britischen »indirect rule« orientiert habe. Togoische Historiker widmeten sich der deutschen Kolonialherrschaft wie auch der postkolonialen Geschichte Togos bereits ab den 1990er Jahren, allen voran Tétévi Godwin Tété-Adjalo, der in seinem 1998 erschienenen Werk »De la colonisation allemande au Deutsch-Togo-Bund« erstmals die Motive für die Gründung des Deutsch-Togo-

26 Sebald, Peter: Togo 1884-1914. Eine Geschichte der deutschen »Musterkolonie« auf der Grundlage amtlicher Quellen, (Ost-)Berlin 1988. Sebald publizierte 2013 eine aktualisierte Fassung der Arbeit auf z. T. neuer Quellenbasis, siehe: ders.: Die deutsche Kolonie Togo 1884-1914. Nachwirkungen einer Fremdherrschaft, Berlin 2013.

Bunds erforschte und seine Bedeutung als politischer Machfaktor für die anticolonialen Unabhängigkeitsbewegungen herausarbeitete.²⁷ Ebenfalls bedeutend für die Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft wie auch des Deutsch-Togo-Bunds ist der Sammelband »Plumes allemandes« von Adjai Paulin Oloukpona-Yinnon und János Riesz, die anhand von Selbstzeugnissen prominenter Togoer während und nach der Kolonialzeit die durch den Kolonialismus verursachten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen bis hin zur Unabhängigkeit untersuchen.²⁸ Benjamin Lawrance hat mit der Monografie »Locality, Mobility and »Nation« eine Untersuchung der Agglomerationszonen Togos vorgelegt, die sich der Bedeutung von Raum und Örtlichkeiten für Transformationsprozesse wie dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft oder der Manifestation anticolonialer Bewegungen widmet.²⁹ Yves Marguerat befasst sich mit dem Verlauf des Ersten Weltkriegs in Togo und untersucht dabei die deutsche Kolonialherrschaft, die Reaktionen der Bevölkerung darauf und analysiert die militärische Infrastruktur der Togoland-Kolonie wie auch die Gründe, die zu ihrer schnellen Niederlage nach Kriegsausbruch geführt haben.³⁰ Isabell Scheele untersucht in »Les relations transimpériales« die Beziehungen zwischen Kolonialherren und Subalternen im Vergleich des deutsch beherrschten Togo und des französisch beherrschten Dahoméy, wobei besonders die Formen der Konfrontation und Kooperation wie auch die Transfers zwischen beiden Gruppen näher beleuchtet werden.³¹ Jan Diebold untersucht in seiner Monografie »Hochadel und Kolonialismus im 20. Jahrhundert« die Biografie des letzten Gouverneurs von Togo, Adolf Friedrich zu Mecklenburg, und be-

27 Tété-Adjalogo, Tètèvi Godwin: *De la colonisation allemande au Deutsch-Togo-Bund*, Paris 1998. Darüber hinaus publizierte Tété-Adjalogo zur Frage der ethnischen Nord-Süd-Dichotomie in Togo und ihrer Bedeutung für die deutsche und französische Kolonialherrschaft. Er legte zudem eine breit rezipierte Biografie über den ersten togoischen Präsidenten Sylvanus Olympio vor, deren Forschungsschwerpunkt auf der biografischen Motivation Olympios hinsichtlich politischer Entscheidungen im Spannungsfeld von postkolonialer Wirtschaftskrise, Prestigestreben und Wunsch nach Souveränität liegt. Siehe ders.: *Le Togo. La vraie/fausse question nord-sud*, Lomé 2007; Sylvanus Olympio. *Père de la nation togolaise*, Paris 2008.

28 Oloukpona-Yinnon, Adjai Paulin/Riesz, János (Hg.): *Plumes allemandes. Biographies et autobiographies africaines* (»Afrikaner erzählen ihr Leben«), Lomé 2003.

29 Siehe Lawrance, Benjamin N.: *Locality, Mobility and »Nation«*. *Periurban Colonialism in Togo's Eweland 1900-1960*, Rochester/Suffolk 2007.

30 Siehe Marguerat, Yves: *La Guerre de 1914 au Togo et ses Conséquences*. *Histoire militaire, histoire politique*, Paris 2019.

31 Siehe Scheele, Isabell: *Les relations transimpériales. L'exemple du Togo allemand et du Dahomey français à l'apogée de l'impérialisme européen*, Berlin 2021 [zugl. Univ. Diss. Uni Aix-Marseille u. Uni Tübingen 2017].

leuchtet darin Kolonialapologetik und kolonialrevisionistische Narrative als wichtige Betätigungsfelder adliger Personen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, die ihnen das »Obenbleiben« nach dem Ende der Monarchie ermöglicht hätten.³²

Sowohl auf die deutsche Kolonialzeit als auch auf die Ereignisse danach geht das von Jennifer Seely und Samuel Decalo publizierte »Historical Dictionary of Togo« ein, das wichtige Begriffe aus der togoischen politischen Geschichte von der präkolonialen Zeit bis in die Gegenwart näher erläutert und dabei auch häufig vernachlässigte Ereignisse thematisiert und ihre Relevanz für Transformationsprozesse sowie politische und wirtschaftliche Entwicklungen verdeutlicht.³³ Ebenfalls als epochenübergreifendes Werk konzipiert ist das von Nicoué Gayibor herausgegebene, vierbändige Werk »Histoire des Togolais«, dessen Bedeutung in dem Versuch liegt, die togoische Geschichte von der Prähistorik bis in die Gegenwart zu untersuchen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die politischen Gegebenheiten und die Herrschaftsmechanismen der jeweiligen Epoche gelegt wird.³⁴ Kate Skinners Monografie »The Fruits of Freedom in British Togoland« zeichnet die Entwicklung der togoischen Literatur vom Ende der deutschen Kolonialherrschaft bis in die Gegenwart nach und fokussiert dabei besonders auf den Zusammenhang zwischen Ewe-Identität und Ewe-Nationalismus sowie die darauf aufbauenden anti-kolonialen Bewegungen nach 1945.³⁵

Zum Thema der deutsch-togoischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg existiert bislang kaum deutsch-, englisch- oder französischsprachige Forschungsliteratur. Herauszuheben ist jedoch Renate Helms bereits 2004 erschienene Monografie »Politische Herrschaft in Togo. Das Problem der Demokratisierung«, die die Geschichte von der Kolonialzeit bis in die Gegenwart untersucht und dabei den Schwerpunkt auf die Zeit der Eyadéma-Regierung und die Faktoren, die das Regime stabilisierten, legt.³⁶ Torben Gülstorff analysiert in seiner Dissertation »Trade follows Hallstein?« den »Second Scramble for Africa« im zentralafrikanischen Raum auf makrohistorischer Ebene und legt die ökonomische Motivation für das Engagement in Afrika in West- und Ostdeutschland in den

32 Siehe Diebold, Jan: Hochadel und Kolonialismus im 20. Jahrhundert. Die imperiale Biographie des »Afrika-Herzogs« Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Wien/Köln/Weimar 2019.

33 Siehe Seely, Jennifer/Decalo, Samuel: Historical Dictionary of Togo, London 2021.

34 Siehe Gayibor, Nicoué (Hg.): Histoire des Togolais. Des origines aux années 1960, 4 Bände, Lomé 2011.

35 Siehe Skinner, The Fruits of Freedom.

36 Helm, Politische Herrschaft in Togo.

Mittelpunkt.³⁷ Hubertus Büschel untersucht in seiner Monografie »Hilfe zur Selbsthilfe« anhand dreier Fallstudien die deutsche Entwicklungshilfe und -politik zwischen 1960 und 1975 und kommt zu dem Schluss, die westdeutsche Entwicklungshilfe und die ostdeutsche Internationale Solidarität seien von ähnlichen Motiven, aber auch von direkter Konkurrenz zueinander motiviert gewesen.³⁸

Die frankophone Forschungsliteratur gliedert sich in die Arbeiten togoischer und französischer Wissenschaftler und hat zum größten Teil die postkolonialen Entwicklungen in Togo zum Inhalt. Vom oben erwähnten Nicoué Gayibor stammt die Monografie »Cinquante ans d'indépendance«, in der er die unterschiedlichen politischen Entwicklungsbahnen untersucht, die Togo und die westafrikanischen Nachbarländer nach 1960 eingeschlagen haben, und dabei die Ergebnisse verschiedener wirtschaftlicher und politischer Reformen in den Ländern vergleicht.³⁹ Tété-Adjalo untersucht in seiner Monografie »Autopsie du développement pernicieux« die Entscheidungen der togoischen Regierungen nach dem Putsch 1963 auf dem Gebiet der Wirtschaft, Umwelt und im kulturellen Bereich und kommt zu dem Schluss, dass diverse politische Entwicklungen aufgrund von Misswirtschaft, Korruption und Autoritarismus gravierende Nachteile für die Entwicklung Togos mit sich gebracht hätten.⁴⁰ Das bereits ältere Werk »L'État en Afrique face à la chefferie« von Adriaan van Nieuwaal beleuchtet den Rollen- und Funktionswandel der togoischen Chiefs als politischer Institution, die trotz kolonialer und postkolonialer Repressionen ein beständiges »terrain semi-autonome« gewesen seien.⁴¹

37 Gülstorff, Torben: Trade follows Hallstein? Deutsche Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum des Second Scramble, Berlin 2012 [zugl. Univ. Diss. HU Berlin].

38 Büschel, Hubertus: Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960-1975, Frankfurt a. M./New York 2014.

39 Siehe Gayibor, Nicoué: Cinquante ans de l'indépendance en Afrique subsaharienne et au Togo, Paris 2012.

40 Siehe Tété-Adjalo, Tètèvi Godwin: Autopsie de Développement Pernicieux. Le cas du Togo 1963-2013, Paris 2013.

41 Siehe van Rouveroy van Nieuwaal, Emile: L'État en Afrique face à la chefferie. Le cas du Togo, Paris 2000.

1.3. Archive und Quellen

Für die Untersuchung der deutsch-togoischen Beziehungen sind die institutionellen Schnittstellen, an denen diese Beziehungen entstanden sind, gepflegt und ausgebaut wurden von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund beruht der Quellenbestand der vorliegenden Arbeit insbesondere auf ministeriellen Korrespondenzen verschiedenster Provenienz: Das Fundament bilden dabei Botschaftsberichte, Statistiken über wirtschaftliche Entwicklungen und Kennzahlen, Wirtschaftsabkommen und Abkommen über Technische und Kapitalhilfe, Berichte über die Konzeption und Durchführung von Entwicklungsprojekten und schließlich deren jeweilige Rezeption in der togoischen Politik.

Hierbei spielt vor allem das Politische Archiv des Auswärtigen Amts eine große Rolle, denn die dort befindlichen Berichte, Vermerke und Aufzeichnungen der jeweiligen bundesdeutschen Botschafter in Togo sowie ihrer Mitarbeiter ermöglichen es, die Herstellung und Durchsetzung der deutsch-togoischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum direkt an der Schnittstelle zu untersuchen. Besonders der erste Botschafter, Alexander Török, sticht durch die Menge an Korrespondenz heraus, die vor allem für die von Umbrüchen geprägte Zeit zwischen 1959 und 1963 eine wichtige Quellenbasis bietet. Generell dienen die Einschätzungen der deutschen Botschaft in Lomé als Indikatoren politischer und gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Diese schlagen sich beispielsweise in der durch das Aufkommen des Menschenrechtsdiskurses stark veränderten, durchaus kritischen Haltung späterer Botschafter gegenüber ihren Amtsvorgängern nieder.

Die Bestände des Bundesarchivs Koblenz, hier vor allem des BMZ und des BMWi bilden die Grundlage für die drei Fallbeispiele, die als analytische Sonden den Wandel der bundesdeutschen Entwicklungspolitik zwischen 1960 und den späten 1970er Jahren dienen. Dazu zählen Halbjahres- und Jahresberichte über die wirtschaftliche Situation in Togo, Berichte über Fortschritte und Ergebnisse der Entwicklungsprojekte und externe Quellen wie die Berichte des IWF über die togoische Wirtschaft und ihre Potenziale. Für einzelne Abschnitte sind zudem Dokumente kleinerer Archive von Belang. So bieten die Bestände des Archivs der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in München, vor allem die Korrespondenzen der jeweiligen Vorsitzenden, einen analytischen Zugriff auf die Verbindungen zwischen Bayern und Togo. Für die vorliegende Arbeit bedeutend sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Akten, die die »Bayerisch-Togoische Gesellschaft« betreffen. Auf dieser Grundlage lassen sich die Beziehungen zwischen Franz Josef Strauß und Präsident Eyadéma rekonstruieren und

Rückschlüsse über die Nebenaußenpolitik der CSU beziehungsweise der Hanns-Seidel-Stiftung ziehen.

Das togoische Außenministerium bietet in seinen Beständen Einblicke in die Verträge und Abkommen, die seit 1960 mit der Bundesrepublik geschlossen wurden. Da diese jedoch in identischer Form im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts eingesehen werden können, ist der Nutzen für die vorliegende Arbeit begrenzt. Aufschlussreicher sind dagegen die Berichte von Diplomaten, die sie nach dem Ende ihrer Dienstzeit verfassen und zur Einsicht hinterlegen müssen. Darin berichten sie über die Themen, mit denen sie beschäftigt waren, und geben Einblicke in deutsch-togoische Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen, Entwicklungsprojekte oder das Verhältnis Togos zur EU – allerdings umfasst der Zeitraum zumeist die 1990er und 2000er Jahre, was den Nutzen als Quellen für die vorliegende Arbeit einschränkt.

Die Archives Nationales du Togo bewahren nur Akten aus der Kolonialzeit auf. Die Zugriffsmöglichkeiten auf genuin togoische Quellen zum Forschungsgegenstand der vorliegenden Studie beschränken sich auf die Überlieferung der regierungstreuen Presse, deren einzelne Ausgaben von 1964 bis 1991 dort archiviert sind. Trotz dieses stark limitierten Bestands können aus den Zeitungsartikeln Rückschlüsse über politische Wandlungsprozesse in Togo gezogen werden. Anhand der Aufmachung und des Inhalts der zunächst »Togo-Presse«, dann ab 1974 »La Nouvelle Marche« genannten Zeitung lassen sich aus der Perspektive der togoischen Regierung Verschärfungen und Entspannungsprozesse der innen- und außenpolitischen Lage, Reaktionen auf exogene Einflüsse, wie beispielsweise den Phosphatboom 1972-1974 und die Implementierung des IWF-Strukturanpassungsprogramms 1983, sowie die Mechanismen, mit denen die autoritäre Herrschaft der RPT gefestigt wurde, untersuchen. Aus dem wenig ergiebigen Bestand ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, in hohem Maß bundesdeutsche Quellen in die Untersuchung miteinzubeziehen. Was bei Handelsabkommen, Pachtverträgen oder Kreditverschreibungen weniger problematisch erscheint, erzeugt allerdings auf der Ebene der Deutung und Bewertung politischer Prozesse, der Herausgabe von Handlungsempfehlungen und der Planung und Konzeptionierung der künftigen bundesdeutschen Politik in Togo einen epistemologischen Bias, dem durch eine fundierte Quellenkritik begegnet werden soll. Vor allen Dingen die Vorprägungen der entsprechenden Akteure, deren Dienst im Auswärtigen Amt häufig bereits in den 1930er Jahren begonnen hatte, spielen hier eine große Rolle. Sie sollen zum einen anhand von sekundären Quellen wie zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, zum anderen anhand von verfügbarer neuer Forschungsliteratur beleuchtet werden.

2. Von der »Musterkolonie« zum 12. Bundesland? Die Nachwirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Togo 1914-1960

Im Jahr 1984 begannen in Lomé die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der »deutsch-togoischen Freundschaft«, denen prominente Gäste aus der Bundesrepublik und Togo, darunter die gesamte togoische Regierung, beiwohnten. Der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, der seit den frühen 1970er Jahren mit General Eyadéma befreundet war, brachte zu diesem Anlass einhundert Mercedes-LKW und einen Schuldenerlass von 270 Millionen DM für das inmitten einer schweren Wirtschaftskrise steckende Land als Geschenke mit. Eyadéma revanchierte sich mit der Errichtung einer Statue des preußischen Adlers und der Umbenennung einer Loméer Seitenstraße in »Avenue Joseph Strauß«.¹ Die »Bayerisch-Togoische Gesellschaft«, ein Lieblingsprojekt von Strauß, publizierte zu dem Anlass eine Broschüre, die die »Freundschaft mit Tradition« zwischen beiden Ländern unterstreichen sollte.² Und auch noch im Jahr 2016 bezeichnete der damalige Vizepräsident des Bundestags, Johannes Singhammer (CSU), in einem Interview die deutsch-togoischen Beziehungen als »communauté de destin«, deren »histoire coloniale est heureusement révolue«.³

Angesichts der kolonialen Vergangenheit und der damit verbundenen Gewaltherrschaft stellt sich die Frage, woher der deutsche Wunsch nach derart besonderen Beziehungen zu Togo kam. Im Kontext der europäischen Integration und des Ost-West-Konflikts erscheint die politisch nicht unproblematische intensive Annäherung als erklärungsbedürftig. Wenige Jahre nach der Inbesitznahme Togos im Jahr 1884 durch Gustav Nachtigal, der von Bismarck auf Drängen deutscher Kaufleute in die Gegend geschickt worden war und durch die Unterzeichnung eines illegitimen Vertrags mit dem Chief Mlapa III. – und der wenig subtilen Drohung mit den Geschützen des Kreuzers »SMS Sophie« – das Gebiet annektiert hatte,

1 Siehe wa Thiong'o, Ngugi. *Decolonising the Mind. The Politics of Language in African Literature*, Nairobi 1986, S. 79; Gamer, Rainer: Zwischen Weißwurst und Voodoo, in: *taz*, 12.5.1990.

2 Siehe Bayerisch-Togoische Gesellschaft (Hg.): *Togo und Deutschland 1884-1984. Freundschaft mit Tradition*, Mittenwald 1984, ACSP.

3 Siehe Interview togodiplomatie u. Johannes Singhammer: *Togo-Allemagne »une communauté de destin«*, 05. April 2016, URL: <https://www.togodiplomatie.info/Diplo-Togo/Togo-Allemagne-Une-communaute-de-destin> (abgerufen am 10.1.2024).

hatte sich das Bild Togos als deutsche »Musterkolonie« bereits im kollektiven Gedächtnis verankert und war fester Bestandteil der kolonialapologetischen Propaganda im Deutschen Reich geworden.⁴ Mit dem Begriff waren zwei für die zeitgenössische Propaganda maßgebliche Aspekte der Kolonialherrschaft verbunden: Zum einen sei Togo imstande gewesen, ohne finanzielle Zuschüsse aus Berlin auszukommen, und habe darüber hinaus sogar einen Überschuss erwirtschaftet.⁵ Zum anderen sei die innenpolitische Situation dauerhaft friedlich geblieben und die Verwaltung der Kolonie daher reibungslos und störungsfrei möglich gewesen.⁶ Tatsächlich war die Kolonie wirtschaftlich profitabel, allerdings verschwiegen die Berichte, dass dieser Umstand nur dem drakonischen Steuer- und Zollsysteem zu verdanken war, das große Teile der Bevölkerung Togos zur Arbeit auf den deutschen Plantagen und Großbaustellen zwang, wo viele der Arbeiter den Tod fanden.⁷ Zusätzlich sei, so Peter Sebald, der Finanzhaushalt der Kolonie von der Reichsregierung erheblich manipuliert worden, da »umfangreiche Finanzmittel aus diversen anderen Fonds« abgezweigt worden seien.⁸ Die »Friedlichkeit« der Bevölkerung erwies sich alsbald ebenfalls als apologetische Fiktion, denn vor allem im Norden Togos war der Widerstand gegen die deutschen Besatzer groß. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erlebte der politische Widerstand dann eine Konjunktur, und die Petitionen von Togoern an das Reichskolonialamt geben wichtige Einblicke in die vielfältigen Repressionen, denen die Bevölkerung unter der deutschen Herrschaft ausgesetzt war.

Der Mythos der »Musterkolonie« blieb jedoch auch nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Verlust der Kolonien ein zentraler Bestandteil des von rechtsgerichteten Kolonialverbänden und mit den Kolonien verbundenen Personen geführten kolonialrevisionistischen Diskurses. Dieser kreiste um die Zurückweisung der »Kolonialschuldfrage«. In Togo selbst wurde durch die Gründung des »Deutsch-Togo-Bunds« (DTB) im Jahr 1924, der als Reaktion auf die unbefriedigende Situation ehemals bei den Deutschen angestellter Togoer unter der nunmehr fran-

4 Siehe das Abkommen zwischen Gustav Nachtigal und König Mlapa von Togo vom 5. Juli 1884, PA AA, AA, S. 1 205. Mlapa III. war allerdings nur Chief von Togoville am Lac Togo, vergleichbar mit dem Bürgermeister eines kleinen Dorfs, und hatte als solcher gar keine Legitimation, das Gebiet an Nachtigal abzutreten. Deshalb ist die Gültigkeit des Vertrags mehr als zweifelhaft. Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 363.

5 Vgl. Seemann, Markus: Julius Graf Zech. Ein deutscher Kolonialbeamter in Togo, Hamburg 2012, S. 118.

6 Vgl. ebd.

7 Siehe Skinner, *The Fruits of Freedom*, S. 134.

8 Siehe Sebald, *Togo 1884-1914*, S. 54.

zösischen Herrschaft entstand, das mit dem »Musterkolonie«-Mythos verknüpfte Narrativ einer angeblich seit jeher bestehenden »Germanophilie« der togoischen Bevölkerung weiter zementiert.⁹ Im Nationalsozialismus verlor der Kolonialrevisionismus wegen der Abneigung Hitlers gegenüber der Rückgewinnung der afrikanischen Kolonien an politischer Relevanz und war zum reinen Planspiel innerhalb des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP (KPA) unter Franz Xaver Ritter von Epp geworden. In der Nachkriegszeit bis zur Mitte der 1950er Jahre erlebte er dann wieder eine Konjunktur, konnte allerdings nicht mehr an die personelle und politische Stärke der 1920er Jahre anknüpfen.

Mit einiger Verzögerung erreichte der »Musterkolonie«-Mythos nach der Unabhängigkeit Togos ab den 1960er Jahren erneut den politischen Diskurs und wurde von deutscher wie auch togoischer Seite bewusst in Stellung gebracht, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen wie auch die daraus resultierende Westbindung Togos zu legitimieren. Im Folgenden soll ergründet werden, wie sich der Mythos der »Musterkolonie« während und nach der deutschen Kolonialzeit entwickelte, welche Akteure den kolonialrevisionistischen Diskurs prägten und wie sich dieser auf die außenpolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik hinsichtlich Afrikas und speziell Togos auswirkte. Dabei soll die These im Zentrum stehen, dass der Kolonialrevisionismus nach den Niederlagen im Ersten und Zweiten Weltkrieg jeweils einen Aufschwung erlebte, der vom nationalistischen Narrativ des Macht- und Prestigeverlusts profitierte und die Wiedererlangung der Kolonien beziehungsweise die Sicherstellung eines starken Einflusses als vermeintlich einfach zu realisierende Lösung für »unpolitische« wirtschaftliche Probleme präsentierte. Untersucht werden soll, in welchem Kontext der »Musterkolonie«-Mythos entstand, welche Ziele die beteiligten Akteure der kolonialrevisionistischen Szene verfolgten und welcher Strategien sie sich bedienten. Darüber hinaus soll analysiert werden, wie sich der koloniale Diskurs in Togo entwickelte und welchen Einfluss er auf die Entstehung von Unabhängigkeitsbewegungen hatte.

9 Siehe Yigbe, Dotsé: *Is Togo a permanent Model Colony?*, in: Mühlhahn, Klaus (Hg.): *The Cultural Legacy of German Colonial Rule*, Berlin/Boston 2017, S. 97-112, hier S. 102.

Modi der deutschen Herrschaft und antikolonialer Widerstand ab 1884

Konträr zum jahrzehntelang populären Mythos der »Musterkolonie« war die deutsche – wie auch später die französische – Herrschaft in Togo keineswegs friedlich, sondern stieß auf zum Teil erheblichen Widerstand in der Bevölkerung, der sich in bewaffneten Aufständen und politischen Aktionen äußerte. Der deutsche Herrschaftsapparat stützte sich auf die waffentechnische Überlegenheit der »Schutztruppe« und implementierte darüber hinaus ein Steuerrecht, mit dessen Hilfe große Teile der Bevölkerung zur Zwangsarbeit verurteilt werden konnten: Die offiziell zur Finanzierung der großangelegten Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Bau der Wharf in Lomé, eingeführten Steuern – unter anderem eine Einkommens-, Vermögens- und Hundesteuer sowie Weggebühren für die Nutzung der Handelswege – zwangen die meist männlichen Familienangehörigen zur Arbeit auf den Plantagen und Baustellen, wo bereits für kleinste Vergehen der Lohn einbehalten werden konnte und Körperstrafen zur Norm wurden.¹⁰ Insbesondere der Norden Togos wurde im Zuge der Expansion der deutschen Herrschaft zum Arbeitskräftereservoir degradiert. Die dortigen Einwohner mussten auf den neu angelegten Feldern und Straßenbaustellen arbeiten, um die diversen Steuern bezahlen zu können. Während vor allem deutsche Unternehmen, insbesondere die der Deutschen Togo-Gesellschaft, mit Unterstützung rechnen konnten, war es auch Togoern gestattet, eigene Pflanzungen zu betreiben. Dies begünstigte laut Ziemer »das Entstehen einer grundbesitzenden Bourgeoisie«.¹¹ Die hohen Steuern, von denen einheimische Pflanzler und Kaufleute besonders betroffen waren, wurden bald zur wichtigsten Einnahmequelle der Kolonie und trugen erheblich zu deren finanzieller Stabilität bei. Neben der unterstellten »Friedfertigkeit« der togoischen Bevölkerung war dies der zweite Grund für die Entstehung des »Musterkolonie«-Mythos.

Wie Nicoué Gayibor hervorhebt, blieb der Umgang mit der Frage nach gewaltlosem oder bewaffnetem Widerstand in der togoischen Bevölkerung in Anbetracht der Repressalien ambivalent. Während ein Teil der Bevölkerung angesichts der erdrückenden militärischen Überlegenheit der deutschen Besatzer »s'est résignée [...] à ce sort inéluctable«, war

10 Siehe Billy, Jonas Bakoubayi: *Musterkolonie des Rassenstaats. Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943*, Dettelbach 2011 [zugl. Univ. Diss. FU Berlin], S. 41.

11 Siehe Ziemer, Klaus: Togo, in: Sternberger, Dolf u. a. (Hg.): *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Politische Organisation und Repräsentation in Afrika*, Bd. 2, Berlin/New York 1978, S. 2177-2212, hier S. 2181.

insbesondere im Norden Togos der Wille zum bewaffneten Kampf stark verbreitet.¹² Zwischen 1896 und 1906 wurden deshalb die meisten der 50 Strafexpeditionen zur »Pazifizierung« der Hinterland-Bevölkerung im Norden durchgeführt. Mit Brandstiftungen, Maschinengewehrfeuer und öffentlichen Hinrichtungen sollte der Widerstand der besonders gefürchteten Kabiyé- und Konkomba-Rebellen gebrochen werden.¹³ Der »trique allemande«, der zur öffentlichen Bestrafung mit den obligatorischen 25 Stockhieben eingesetzt wurde, wurde zum Sinnbild der deutschen Repressionen gegen die Bevölkerung.¹⁴

Politischer Widerstand war dagegen bis in die Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg angesichts einer kaum vorhandenen politischen Öffentlichkeit wenig verbreitet und beschränkte sich auf Petitionen, die eine Verbesserung lokaler Verhältnisse anstrebten, meist aber mit Bestrafungen der Beteiligten endeten.¹⁵ Dagadu, der Ortsvorsteher von Kpandu, sandte als »Konsul Prinz Dagadu von Gold Coast« 1913 einen Brief an die Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amts, in dem er zahlreiche Fälle von Gewalttaten, Amtsmissbrauch und anderen Verbrechen der deutschen Kolonialverwaltung auflistete: »Unzählige Prügel (nicht nur 25) die die Eingeborenen immer ins Ableben führen, Halskette, Aufhebung, Schwerejoch von Beamten [...] Jährliche Steuer von Mk 6,- ist zu hoch, Absolvent wird 2-3 Monaten ohne Kaution verhaftet [...] wegen Steuersachen sind unfähige Tausende, Knaben im Alter von zwölf Jahren sogar nach Verpfändung gekommen und fährt jährlich fort [sic]«. ¹⁶ Darüber hinaus gelte »in Rechtssachen Schwarzer gegen Weißer, incognita, dafür whiteman talk you talk, you black Monkey, go away if you dont care I will bring you to palaver House, prison you sabiy [sic]«. ¹⁷ Dagadu forderte angesichts der Zustände, »Abnormitäts Beamten aus dem Schutzgebiet zurückrufen wie Gouverneur Adolf Friedrich, der sein Vorfahrer Graf Zech nachübt, außer

12 Siehe Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 4, *Le refus de l'ordre colonial*, S. 500.

13 Ebd. In seinem Tagebuch schildert der Arzt Ludwig Külz im Zusammenhang mit den Strafexpeditionen, »sämtliche Stämme haben erst verhauen werden müssen [...] Die Okkupationsgefechte im Togohinterlande sind sehr ernst gewesen. In dessen hat man die ganze Sache ohne viel lautes Geschrei nach außen hin erledigt«, siehe: Külz, Ludwig: *Blätter und Briefe eines Arztes aus dem tropischen Deutschafrika*, Berlin 1906, S. 210.

14 Siehe Batchana, Essohanam: *Liberté de presse et pouvoirs publics au Togo 1946-2004*, Lomé 2008 [zugl. Univ. Diss., Université de Lomé], S. 54.

15 Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 4, *Le refus de l'ordre colonial*, S. 503.

16 Siehe Schreiben von Prinz Dagadu aus Kofrodua-Oyokoe, Königliches Konsulat für Togo an das Auswärtige Amt, Kolonial-Abteilung, 11. September 1913, PA AA, AA, M 1-A/15959, übers. v. Peter Sebald, S. 8.

17 Ebd., S. 10.

Dr. Grunner, v. Doering, K. Metzger, Schulz, v. Papart, A. Mohr [...] u. a.«.¹⁸ Gouverneur Adolf Friedrich zu Mecklenburg war, nachdem ihm der Brief vorgelegt wurde, so verärgert, dass er persönlich die Verhaftung Dagadus befahl und ihn nach einigen Monaten der Folter Anfang 1914 nach Kamerun deportieren ließ.¹⁹

Eine Gruppe aus togoischen Chiefs und anderen politisch engagierten Personen aus Anecho (Aného) sandte im Mai 1914 einen Brief an den Reichstag, in dem sie ironisch die deutsche Kolonialverwaltung scharf kritisierten. Sie konstatierten darin, »wir danken sehr, dass die Deutschen verjagt us Söhne und uns selber von us Stamm zu andere Stämme [...] Wir danken von A-Z dass wir us schönes armes Land euch gegeben für umsonst und eure Flage noch heutzutage winkt [sic] [...] Wir sind jetzt müde.«²⁰ Auch sie erwähnten die von Dagadu bezichtigten Kolonialbeamten, unter ihnen »Steuerfresser Carl Mezger« und »Oberlt. Schlaposekt«, dessen Name eigentlich Schlapoczek lautete und der wegen seines übermäßigen Alkoholkonsums bereits mehrfach aufgefallen war.²¹ Ihre Forderungen betrafen eine insgesamt bessere Behandlung der Togoer und die Abberufung bestimmter Kolonialbeamter und Kaufleute, wie etwa des Handelsagenten Handt von der DTG, sowie die Bestrafung und Abberufung zu Mecklenburgs, da er »10-12jährige Mädchens verbraucht«.²² Da sie den Brief nicht direkt versandten, sondern ihn nach Lagos schmuggeln und von dort nach Deutschland schicken ließen, blieb der Aufenthaltsort der Verfasser geheim, und sie konnten einer Bestrafung vermutlich entgehen.

Ethnische Zugehörigkeiten und koloniale Herrschaftsmechanismen

Neben Gewalt und Steuerrecht stützte sich die deutsche Kolonialherrschaft auf eine willkürliche Segregation der Bevölkerung, die politische und gesellschaftliche Privilegien an die ethnische Zugehörigkeit knüpfte und damit ein dezentralisiertes, teilweise informelles Herrschaftssystem begründete. In diesem Zusammenhang rückte die im Süden Togos ansässige und dort die Mehrheit stellende Ewe-Bevölkerung von Beginn an

18 Ebd.

19 Siehe Gayibor, Nicoué/Marguerat, Yves/Nyassogbo, Gabriel: *Le Centenaire de Lome, Capitale du Togo 1897-1997*, Lomé 1998, S. 147.

20 Siehe Schreiben der Anecho-Chiefs an »die Presidenten der Reich Parliament und des Deutschen Reichtag-Abgeordneten Versammlungshauses zu Berlin, Germania«, 1. Mai 1914, Ebd., S. 17.

21 Ebd.

22 Ebd., S. 24

aufgrund ihrer »fortschrittlichen« Sozialstruktur in den Mittelpunkt des administrativen Interesses: Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es in den Ewe-Königreichen durch den Kontakt mit aus den USA oder Brasilien geflohenen oder freigelassenen Sklaven zur Herausbildung einer stratifizierten Gesellschaft gekommen, die Elemente eines Proto-Bürgertums aufwies, das durchaus konkrete Vorstellungen von den europäischen Expansionspläne hatte.²³ Protestantische Missionare, die ab den 1840er Jahren an der Goldküste tätig waren, trugen ebenfalls in hohem Maße zum Wissenstransfer bei und christianisierten einen Großteil der Bevölkerung bereits vor der Ankunft der deutschen Kolonialherren.²⁴ Wie Yigbe hervorhebt, seien es diese Missionare gewesen, die »möglichst genaue Kenntnisse der Geschichte, Rechtsverhältnisse, des sozialen, wirtschaftlichen und Geisteslebens der Ewe gewinnen« wollten und eine regelrechte »Ewe-Bessenseheit« entwickelt hätten.²⁵ Die mit der Niederschrift der Ewe-Bibel einhergehende Entwicklung einer Ewe-Schriftsprache habe in der Folge zu einer Ausweitung der gesamten auf Ewe verfügbaren Literatur geführt, die zu einem »bedeutsamen Band der Einigung unter den Ewe-Ethnien geworden« sei.²⁶ Die Vermischung religiöser und ethnisch-nationalistischer Programme, die von den deutschen Missionaren in die Ewe-Kirchen hineingetragen wurde, wurde also vor allen Dingen über die Sprachpolitik forciert, da Gottesdienste auf Deutsch später während der französischen Herrschaft verboten waren. Deutsch sprechen zu können, wurde zu einem Identifikationsmerkmal einer klandestinen Schicht antifranzösisch eingestellter Ewe.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die ehemalige Kolonie Togoland durch das Milner-Simon-Agreement vom 10. Juli 1919 zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt und der nach der militärischen Okkupation zunächst bestehende Grenzverlauf neu festgelegt.²⁷ Im französischen Teil, zu dem nun das eigentlich von britischen Truppen eroberte Lomé gehörte, wurde 1921 die Verwaltung des »Territoire spécial« formalisiert und im Einklang mit Artikel 22 des Völkerbunds als »Mandat B« geführt. Nicht mehr der Kolonialminister, sondern ein Kommissar

23 Vgl. Sebald, Togo 1884-1914, S. 529.

24 Siehe Yigbe, Gilbert: Togo. Ein verhängnisvolles postkoloniales Erbe der deutschen Missionierung?, in: Ntewusu, Samuel/Paarmann, Nina (Hg.): Jenseits von Dichotomien. Aspekte von Geschichte, Gender und Kultur in Afrika und Europa, Berlin 2020, S. 429-442, S. 431.

25 Ebd.

26 Ebd., S. 433.

27 Siehe Louis, William Roger: Great Britain and the African Peace Settlement of 1919, in: The American Historical Review 71, H. 3 (1966), S. 875-892, hier S. 876.

hatte nun die Verwaltungshoheit inne, und die bisweilen improvisierte britisch-französische Militärherrschaft wich einem durch Dekrete ergänzten Territorialstatut, das Französisch-Togo zunächst administrativ und wirtschaftlich vom *Afrique-Occidentale française* (AOF), der Föderation westafrikanischer französischer Kolonien, unabhängig machte.²⁸ Nach der Festlegung der juristischen Rahmenbedingungen wurde Togo ab 1922 von Hochkommissar Auguste Bonnacarrère verwaltet, der im nächsten Jahrzehnt verantwortlich für eine »interventionist native policy characteristic of the French mandate« war und durch sein arrogantes und herablassendes Verhalten gegenüber der Bevölkerung und seiner vehementen Forderung nach einer »politique d'association« zur ethnisch nun integrativen statt separierenden Verbreitung des antikolonialen Widerstands mitunter maßgeblich beitrug.²⁹ Die administrative Linie der *politique d'association* wies einige funktionelle Ähnlichkeiten mit dem britischen Konzept der »indirect rule« auf, die auf eine Einbindung lokaler Chiefs und Beachtung des Gewohnheitsrechts setzte, um die Herrschaft auch ohne ausufernde militärische Aktionen durchsetzen zu können.³⁰ Die französische Administration setzte hierbei allerdings wesentlich engere Grenzen und vermied es, direkte Kooperationen mit lokalen Chiefs einzugehen. Im Sinne der französischen Kolonialdoktrin sollte die Verwaltung aller Gebiete prinzipiell in einem zentralisierten, vereinheitlichten kolonialbürokratischen Stil erfolgen und so die Integration indigener Bräuche, Gesetze und gesellschaftlicher Institutionen in die französischen Gepflogenheiten vorangetrieben werden.³¹ In Togo schuf Bonnacarrère kurz nach seiner Ankunft die »Conseils des notables indigènes«, eine Art Verwaltungsgremium, das zwar von der Bevölkerung gewählt werden konnte, dessen Kandidaten jedoch vom französischen Kommissar – also von ihm – genehmigt werden mussten.³²

Gravierende Veränderungen betrafen nicht nur die politische Sphäre, sondern auch die Wirtschaft. Die alten Handelsrouten und Märkte hatten die deutsche Kolonialherrschaft weitgehend unbeschadet überstanden beziehungsweise sich an die aufgezwungenen Transformationen, wie die

28 Siehe Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 3, *Le Togo sous l'administration coloniale*, S. 185 f.

29 Siehe Lawrance, Benjamin N.: *Locality, Mobility and »Nation«*. *Periurban Colonialism in Togo's Eweland 1900-1960*, Rochester/Suffolk 2007, S. 22.

30 Vgl. Götttsche, Dirk: *Remembering Africa. The Rediscovery of Colonialism in Contemporary German Literature*, Rochester 2013, S. 166.

31 Siehe Oto-Peralías, Daniel/Romero-Ávila, Diego: *Colonial Theories of Institutional Development. Toward a Model of Styles of Imperialism*, Cham 2017, S. 34.

32 Siehe Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 4, *Le refus de l'ordre colonial*, S. 193.

Konzentration auf den Küstenhandel, angepasst. Mit der neuen französischen Verwaltung sollte sich dies bald ändern, da Bonnacarrère bestrebt war, die finanzielle Bilanz Togos für die Metropole erheblich zu verbessern und das Gebiet in den Weltmarkt einzugliedern. Zu diesem Zweck wurde bereits 1919 die nach ihrem Leiter benannte Mission d'inspection Méray ausgesandt, deren Auftrag im Wesentlichen die Untersuchung des Hinterlands hinsichtlich Fruchtbarkeit, Bodenbeschaffenheit und landwirtschaftlicher Nutzungsmöglichkeiten war. Das Ergebnis der Erkundungen war ein Maßnahmenkatalog, der die Erzeugung von Cash Crops erheblich steigern sollte, dabei allerdings keinerlei Rücksicht auf die traditionellen Formen der Landwirtschaft und vor allen Dingen des Landbesitzes nahm. Neben dem massiven Ausbau der unter deutscher Herrschaft begründeten Baumwollplantagen sollten, so die Empfehlung Mérays, zunächst im Norden Tabakfelder angelegt und Wälder zur späteren Abholzung gepflanzt werden.³³

Die jüngeren, deutschsprechenden Mitglieder der Ewe-Eliten, von denen viele in der deutschen Kolonialverwaltung, als Pflanzer oder in den Missionen tätig gewesen waren, sahen angesichts der Aufteilung Togos und der damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationen zu Beginn der 1920er Jahre für sich keine Zukunft mehr. Darüber hinaus spielte die Vermischung religiöser und ethnisch-nationalistischer (Sprach-)Politik, die von den deutschen Missionaren zwei Jahrzehnte zuvor in die Ewe-Kirchen hineingetragen worden war, eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung »germanophiler«, gegen die französische Herrschaft gerichteter Sentiments, die vor allem gebildete Kreise der Bevölkerung erfassten.³⁴ Der nationalistische Impetus der Ewe-Kirchen und die Bedeutung der Sprachenpolitik wurde beispielsweise 1936 vom ehemaligen Missionar Diedrich Westermann in einem Vortrag damit begründet, »wie unentbehrlich für die Kirche wie für das Volkstum die Erhaltung und Pflege der Muttersprache sei«. Diese Abgrenzung der deutschsprachigen, tendenziell wohlhabenderen Kreise gegenüber der französischen Verwaltung, in anderer Weise aber auch gegenüber der restlichen Bevölkerung machte den antikolonialen Widerstand im Wesentlichen zu einem Elitenprojekt. Unter diesen Umständen konnte sich daraus keine Massenbewegung entwickeln, wenngleich der Norden nach wie vor als Hochburg des antikolonialen Widerstands fun-

33 Siehe Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 3, *Le Togo sous l'administration coloniale*, S. 407.

34 Siehe Westermann, Diedrich: *Volkwerdung und Evangelium unter den Ewe*, Bremen 1936, zit. n. Yigbe, *Togo*, S. 433.

gierte. Yigbe zitiert dafür beispielhaft den togoischen Pastor Erhardt Paku, der als den Deutschen wohlgesonnenes Mitglied der Ewe-Kirche die Folgen der togoischen Teilung in seinem Tagebuch festhielt. Dort schrieb er »über Bauern, die im französischen Teil wohnten und deren Felder im britischen Teil lagen und die täglich die Lebensmittel und selbst die Gewürze verzollen mussten, die sie zum Kochen von zu Hause aufs Feld oder umgekehrt« gebracht hätten.³⁵ Paku schilderte weiterhin, dass die einheimischen Bauern ihre Agrarprodukte unter diesen Bedingungen nicht hätten verkaufen können, »und die unmittelbaren Folgen waren gähnende Armut und eine sehr hohe Arbeitslosenquote«.³⁶ Die Bevölkerung könne es weiterhin nicht fassen, dass »die zahlreichen germanophonen und ewephonen Lehrer, Arbeiter usw. plötzlich arbeitslos wurden«, nachdem Deutsch und Ewe in den Behörden und Schulen verboten worden sei.³⁷

Der Deutsch-Togo-Bund als Machtfaktor im geteilten Togo

1924 wurde in Lomé angesichts dieser als unzumutbar empfundenen Situation der »Bund der Deutschen Togoländer«, später verkürzt »Deutsch-Togo-Bund« oder »Deutscher Togobund« (DTB), gegründet³⁸. Die neue Organisation war das Resultat der Unzufriedenheit der Ewe-Eliten mit den neuen Verhältnissen unter der französischen Verwaltung. Dafür verantwortlich waren nicht nur ihre Sozialisierung unter der deutschen Herrschaft, ihre in den deutschen Schulen erworbenen Deutschkenntnisse, ihr als »preußisch« empfundener Habitus und ihr teilweise enger Kontakt mit den Deutschen – insbesondere im Vergleich zum Rest der togoischen Bevölkerung. Neben diesen starken sozialen Distinktionsmerkmalen spielte auch der Umstand eine Rolle, dass ihre noch in großer Zahl in Goldmark vorhandenen Barvermögen nun wertlos geworden waren. Dies sorgte für eine Verarmung der Ewe-Küstenbevölkerung, die sich daraufhin neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten gegenüber der französischen Kolonialmacht ausgesetzt sah.³⁹

Mit der Gründung des DTB, dessen offizielle Aufgabe die Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur war, verband sich in Anbetracht der prekären Situation der Ewe die Hoffnung, eine Rückkehr Deutschlands

35 Yigbe, Togo, S. 435.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Siehe Yigbe, *Is Togo a permanent Model Colony*, S. 102.

39 Siehe Yigbe, Togo, S. 435.

als Kolonialmacht zu forcieren oder zumindest einen starken deutschen Einfluss in Togo sicherstellen zu können.⁴⁰ In der Forschung wird die inhaltliche Stoßrichtung des Bunds, dessen Gründung als »paradoxal« oder »l'une des caractéristiques suprenante du discours togolais« beschrieben wird, unterschiedlich bewertet.⁴¹ Während Leonhard den Bund als »politische Organisation der Ewe« betrachtet, die die staatliche Vereinigung aller Ewe während der deutschen Herrschaft durch die Mandatspläne gefährdet sah, sieht Yigbe den Bund als bedeutenden Machtfaktor und treibende Kraft hinter der Verbreitung germanophiler Einstellungen in Togo, womit ein hauptsächlich antikolonialer Impetus verbunden gewesen sei.⁴² Der Bund engagierte sich auf lokaler Ebene und setzte auf eine Vernetzung mit den ab 1920 wieder zugelassenen deutschen protestantischen Missionen und der Ewe-Kirche, deren Geistlichkeit zumeist von deutschen Missionaren ausgebildet worden war und die deshalb den französischen Besatzern ebenfalls abgeneigt gegenüberstand. Mit Flugblattaktionen, Gottesdiensten auf Deutsch, Sprachunterricht und der Einrichtung eigener Schulen vermengte der DTB auf diese Weise kolonialrevisionistische und religiöse Bezüge zu einem imaginierten Idealbild der Verhältnisse unter der deutschen Herrschaft, das sich klar gegen die französische Herrschaft richtete. Die Anschlussfähigkeit der »Ideologie« des Bunds war – zumindest im Süden – trotz der französischen Repressionsversuche weiterhin hoch, und die Zahl seiner Mitglieder und Sympathisanten stieg innerhalb der gebildeten und vergleichsweise politisch erfahrenen Elite Lomés bis zum Ende der 1930er Jahre kontinuierlich an.

Johann Agboka, eine der wichtigsten Gründungsfiguren des DTB und bis zu seinem Tod 1976 dessen Vorsitzender, begann 1925 damit, Petitionen an den Völkerbund zu richten, in denen er die Rückgabe Togos an Deutschland forderte.⁴³ Solche Aktionen hatten zwar eher symbolischen Charakter, erregten aber bald die Aufmerksamkeit der französischen Verwaltung, die sich daraufhin näher mit dem DTB befasste. Die Aktivitäten des Bunds, dessen Wirken zeitgleich – aber nicht ursächlich – mit einer

40 Siehe Seemann, Julius Graf Zech, S. 135.

41 Siehe Tété-Adjalogo, Tètèvi Godwin: *De la Colonisation Allemande au Deutsch-Togobund*, Paris 1998, S. 10; Kouzan, Komlan: *Quelle contribution du Deutsch-Togo-Bund à la fête du 27 avril 1960 au Togo?*, in: Goerg, Odile/Martineau, Jean-Luc/Nativel, Didier (Hg.): *Les indépendances en Afrique. L'évènement et ses mémoires 1957/1960-2010*, Rennes 2013, S. 97–115, hier S. 97.

42 Siehe Leonhard, Jörn: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, Bonn 2019, S. 851. Yigbe, Is Togo a Permanent Model Colony, S. 103.

43 Siehe Schilling, Britta: *Postcolonial Germany. Memories of Empire in a Decolonized Nation*, Oxford 2014, S. 108.

breiteren Politisierung der Ewe-Eliten zusammentraf, galt es aus Sicht Bonnacarrères notfalls zu unterdrücken. Mit der Gründung des Völkerbunds war der bewaffnete Widerstand weitgehend dem politischen gewichen. Dieser artikulierte sich nun über die quasi institutionalisierten Kanäle, wirkte somit in die internationale politische Öffentlichkeit hinein und ermöglichte den Ewe-Eliten eine politische Repräsentation jenseits inoffizieller Protestschreiben und Petitionen. Angeregt durch das neue politische Selbstbewusstsein expandierte der Bund und errichtete zahlreiche Zweigstellen in Britisch-Togo. Die Forderungen des DTB nach Rückkehr der deutschen Herrscher und die von den politischen Ewe-Gruppen gehegten Hoffnungen auf eine Auflösung der Grenze zwischen den beiden Landesteilen machten für die prinzipiell eher pro-britischen Ewe-Politiker funktional kaum einen Unterschied. Wie Paul Nugent betont, wurden aus diesem Grund Kooperationen zwischen DTB und Ewe-Unabhängigkeitsbewegungen, die ganz im Sinne des Bunds waren, in unterschiedlichem Umfang bald zur Regel.⁴⁴

In Deutschland wurden die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem DTB trotz der verbreiteten kolonialrevisionistischen Einstellungen in der Bevölkerung allerdings kaum wahrgenommen. Einerseits erschwerte die durch den Druck der französischen Verwaltung gezwungenermaßen klandestine Organisation des Bunds die Kommunikation nicht nur untereinander, sondern auch mit Akteuren außerhalb Togos. Andererseits war Togo als ehemalige »Musterkolonie« zwar ein wichtiger Bestandteil des kolonialrevisionistischen Diskurses in Deutschland; die Bestrebungen des DTB konnten jedoch angesichts des begrenzten außenpolitischen Spielraums wenn überhaupt nur mit ideeller Unterstützung durch Einzelpersonen oder Kleingruppen rechnen. Von offiziellen Stellen wurden die Forderungen des Bunds dagegen angesichts der heiklen außenpolitischen Verhandlungsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg nicht aufgegriffen.⁴⁵ Die etwa 80.000 Mitglieder der kolonialrevisionistischen Bewegung, die sich auf eine Vielzahl von privaten Verbänden verteilten, versuchten zwar, mit Diavorträgen, Buchvorstellungen und anderen Vereinstätigkeiten auch die Erinnerung an die »Musterkolonie« Togo wachzuhalten. In ihrer Agitation konzentrierten sie sich aber stark auf die ehemaligen »Siedlungskolonien« Kamerun und Deutsch-Südwestafrika sowie auf die

44 Vgl. Nugent, Paul: *Boundaries, Communities and State-Making in West Africa. The Centrality of the Margins*, Cambridge u. a. 2019, S. 359.

45 Siehe Seemann, Julius Graf Zech, S. 135.

Bekämpfung der sogenannten »Kolonialschuldlüge«. ⁴⁶ Die wenigen Reminiszenzen an Togo spielten nur in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine Rolle, verblassten allerdings bald im Schatten einer »ganzheitlichen«, auf die Rückgabe aller Kolonien gerichteten Stoßrichtung der kolonialrevisionistischen Szene. Frühere Kolonialbeamte wie Georg »Geo« Schmidt, der als Bezirksleiter von Atakpamé von 1900 bis 1904 durch sexuelle Übergriffe aufgefallen und derart gewalttätig gegen die Bevölkerung vorgegangen war, dass sich daraus ein politischer Skandal im Reichstag entwickelte, wurde nach 1918 Leiter des »Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees«, wandte sich in den 1920er Jahren dann aber von Togo ab und publizierte einen Reisebericht über Mexiko. ⁴⁷ Der ehemalige Bezirksleiter des nun in Britisch-Togo befindlichen Kete Krachi, Werner von Rentzell, griff in einem von ihm 1922 verfassten Kolonialroman den Topos der »Musterkolonie« auf und ließ den homodiegetischen Erzähler verkünden, in ihm rege sich das Empfinden, »daß mich mit diesen dunkelhäutigen Soldaten ein gemeinsames Band umschlang – der große deutsche Gedanke!« ⁴⁸ Den Togoern unterstellte er eine grundsätzliche »Sehnsucht nach dem ehemaligen Kolonialherren« und griff damit, wenn auch unwissentlich, der revisionistischen Ideologie des DTB vor.

Neben den aus persönlichen Erfahrungen gespeisten Positionen einzelner Akteure waren kolonialrevisionistische Tendenzen in unterschiedlicher Intensität innerhalb der Parteienlandschaft und der Regierung vertreten. Wie Susanne Heyn herausstellt, wurde insbesondere die Deutsche Volkspartei (DVP) unter der Leitung des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Heinrich Schnee, zum Zentrum der radikalen revisionistischen Politik im Reichstag, während die anderen Parteien unterschiedliche, jedoch meist zustimmende Positionen einnahmen. ⁴⁹ Gemäßigter trat die Deutsche Demokratische Partei (DDP) auf, die Kolonialbesitz zwar mit »nationaler Ehre sowie politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung Deutschlands begründete«, später ihre Position aber relativierte. In der SPD gab es große Diskussionen über den Kolonialbesitz, da

⁴⁶ Siehe Heyn, Susanne: *Kolonial bewegte Jugend. Beziehungsgeschichten zwischen Deutschland und Südwestafrika zur Zeit der Weimarer Republik*, Bielefeld 2018, S. 46.

⁴⁷ Zum Reichstagsskandal siehe Rutkowski, Guenter: *Die deutsche Medizin erobert Togo. Beispiel des Nachtigal-Krankenhauses in Klein Popo (Anecho) 1884-1914*, Hamburg 2012, S. 37; Habermas, Rebekka: *Skandal in Togo. Ein Kapitel deutscher Kolonialherrschaft*, Frankfurt a. M. 2016, S. 5; zum Reisebericht siehe Schmidt, Geo A.: *Mexiko*, Berlin 1921.

⁴⁸ Siehe von Rentzell, Werner: *Unvergessenes Land. Von glutvollen Tagen und silbernen Nächten in Togo*, Hamburg 1922, S. 146.

⁴⁹ Siehe Heyn, *Kolonial bewegte Jugend*, S. 49.

die Parteiführung und Reichstagsfraktion der Übernahme eines Völkerbundmandats gern zugestimmt hätten, während die meisten Mitglieder dagegen waren. Die Deutsch-Völkische Freiheitspartei und die NSDAP hatten hingegen wenig Ambitionen auf die Rückgabe der Kolonien, »da sie den ›klassischen Kolonialismus‹ als nicht mehr zeitgemäß ansahen«. ⁵⁰ Einzig die KPD wandte sich gegen jede Form von Kolonialherrschaft.

Die Regierungen hätten, so Susanne Heyn, »an kolonialen Revisionsappellen« festgehalten, »wenngleich diese bei internationalen Verhandlungen in der Regel hinter durchsetzungsfähigeren Forderungen zurückstanden«. ⁵¹ Dies änderte sich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die vonseiten der Ewe-Kirchen und insbesondere des Deutsch-Togo-Bunds ausdrücklich begrüßt wurde. In Deutschland war Heinrich Schnee 1933 zum Vorsitzenden des Reichskolonialbunds ernannt worden. Er wurde 1936 von Franz Xaver Ritter von Epp abgelöst, der als Reichsleiter des neu gegründeten Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP (KPA) fungierte. Von Epp, der bis 1943 eine der zentralen Figuren des Kolonialrevisionismus im Nationalsozialismus war, versuchte Hitler von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Kolonien zurückzuerobern, wurde von diesem allerdings mehrfach zurückgewiesen. Das KPA rechnete dennoch mit einer Rückgewinnung der Kolonien nach dem Ende des Kriegs und bereitete mit der Einrichtung von kolonialen Frauenschulen, tropenmedizinischen Ausbildungen und einer »Kolonialuniversität« interessierte Personen auf den Einsatz in Afrika vor. ⁵² Geplant war auch eine »koloniale Wehrmacht«, die die »Schutztruppe« ablösen und von Togo aus ein geplantes »Generalgouvernement Westafrika« erobern sollte. ⁵³

Mitglieder des DTB begannen nach von Epps Amtsantritt damit, nationalsozialistische Propaganda in Togo zu verbreiten, und imitierten die Aufmärsche der SA, indem sie in selbstgeschneiderten braunen Uniformen Pseudo-Militärparaden in Lomé abhielten. ⁵⁴ Die Aktivitäten des nun im Prinzip als nationalsozialistischer Cargo-Kult agierenden Bunds sorgten bald für nervöse Reaktionen der britischen und französischen Verwaltungen. Wie Edward Kissi erläutert, berichtete ein anonymes Autor des »Gold Coast Spectator«, einer in Accra in der britischen Kronkolonie

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Ebd., S. 50.

⁵² Siehe Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, Berlin 2008, S. 49–54.

⁵³ Ebd., S. 143.

⁵⁴ Siehe Kissi, Edward: Africans and the Holocaust. Perceptions and Responses of Colonized and Sovereign People, Oxon 2020, S. 53; Yigbe, Togo, S. 437; Schilling, Postcolonial Germany, S. 108.

Gold Coast erscheinenden englischsprachigen Wochenzeitung, im November 1937, dass die Accra-Sektion des DTB Besuch von einem »certain European, obviously holding a high office in the ›Bund‹ or a special secret service commissioner from Germany«, bekommen habe.⁵⁵ Der Mann habe subversive Zellen aufgebaut, die den Nationalsozialismus in Britisch-Togo verbreiten sollten, und dabei verlauten lassen, Deutschland werde »the economic and social conditions that they had enjoyed under German colonial rule« wiederherstellen.⁵⁶ Die britische Verwaltung zeigte sich alarmiert über die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Infiltration ihrer Kolonien, die nach Ansicht des Gouverneurs von Tanganjika bereits »since the advent of the Nazi party« erfolgte und erfolgreich gewesen sei.⁵⁷ Eine andere, täglich erscheinende Zeitung aus Kumasi in Gold Coast, der »Ashanti Pioneer«, warnte die pro-deutsche Leserschaft vor dem Nationalsozialismus und verglich die Situation der Juden in Europa mit einer möglichen Zukunft Afrikas unter deutscher Herrschaft. Die »long history of the settlement of Jews in Germany« und die »participation of Jews in German national life, including wars Germany had fought« seien nicht ausreichend gewesen, um sie zu schützen. Daher sei es »sheer madness for any Gold Coast African to expect something better from the Germans«.⁵⁸ In London war man über die Vorgänge zwar informiert, maß den als bloße Gerüchte betrachteten Meldungen allerdings wenig Bedeutung zu, da man angesichts der rassistischen und entmenslichenden Haltung der deutschen Regierung gegenüber Afrikanern davon überzeugt war, dass »Nazism itself and the behavior of the Nazi state offered more effective anti-Nazi propaganda tools than anything colonial governments could devise«.⁵⁹ Außer den wenigen, in den Zeitungen teilweise boulevardartig und sensationalistisch aufgezogenen Meldungen ergaben sich keinerlei Beweise für eine gezielte Steuerung oder Unterwanderung des Bunds durch das NS-Regime, sodass die Episode bald in Vergessenheit geriet.

In Französisch-Togo konnte der DTB hingegen wegen seines dort wesentlich stärkeren Einflusses mit nationalsozialistischer Propaganda größere Aufregung auslösen. Obgleich er zwischenzeitlich von den zunehmend für die Ewe-Vereinigung eintretenden Versammlungen der Chiefs als politischer Machtfaktor abgelöst worden war, hatte er nach wie

55 Siehe Kissi, *Africans and the Holocaust*, S. 53.

56 Ebd.

57 Ebd., S. 54.

58 Ebd.

59 Ebd. Wie Kissi anhand von zusammengestellten Interviews mit Zeitzeugen aus Burkina Faso, Ghana und Togo unterstreicht, sei diese Einschätzung im Wesentlichen richtig gewesen.

vor viele Sympathisanten. Die »Conseils des notables«, die eigentlich als wichtigster Teil des französischen Herrschaftssystems eingerichtet worden waren, hatten sich in den frühen 1930er Jahren eine gewisse Autonomie erkämpft und nutzten diese erfolgreich gegen die französische Verwaltung. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte Bonnecarrère auf die knappen französischen Staatsfinanzen mit einer drastischen Steuererhöhung in Togo reagiert, die insbesondere die ärmsten Einwohner – meist Frauen, die auf den Märkten Waren verkauften – traf und in den nächsten Jahren erheblichen Unmut in der Bevölkerung auslöste.⁶⁰ Die »Duawo«, eine für die »Conseils des notables« als Vermittlerin zwischen ihren Entscheidungen und der Bevölkerung fungierende Gruppierung, drohte 1932 angesichts der desolaten finanziellen Lage der unter ihrer Obhut stehenden Frauen offen mit einem Aufstand, sollte das Steuerrecht nicht reformiert werden.⁶¹ Nachdem zwei Mitglieder des Duawo verhaftet wurden, da die französische Verwaltung sie zu »Terroristen« erklärt hatte, eskalierte die Situation im Januar 1933 zur »Révolte de Lomé«, die mindestens zwölf Tote forderte. Die Ereignisse ließen die Mitgliederzahlen des DTB innerhalb weniger Jahre stark ansteigen, sodass die französischen Kolonialbeamten gezwungen waren, eine andere Lösung für das aus ihrer Sicht immer dringender werdende Problem der deutschen Unterwanderung zu finden.

Die französische Verwaltung gründete daher 1936 offiziell als Reaktion auf die NS-Umtriebe des Bunds den »Cercle des Amitiés Françaises«, eine Art frankophile Kulturorganisation, die pro-deutsche Einstellungen im Allgemeinen und speziell den Einfluss des Bunds zurückdrängen sollte. Aus der Überlieferung geht wenig über die Aktivitäten des Cercle hervor, jedoch sollten in ihm alle europäischen und togoischen »assimilés«, unter ihnen viele konservative Mitglieder der »Conseils des notables«, vereint werden, um ein Gegengewicht zur Gefahr einer deutschen Subversion zu bilden.⁶² Hier trat zum ersten Mal Sylvanus Olympio auf das politische Parkett, der zum Vizepräsidenten des Cercle ernannt wurde, da er aufgrund seiner exponierten Stellung als togoischer Absolvent der Londoner Wirtschaftsuniversität und Angestellter des Unilever-Konzerns der französischen Verwaltung bekannt war und ihr Vertrauen genoss. Olympio,

60 Siehe Aduayom, Messan Adimado: *Un prélude au nationalisme togolais. La révolte de Lomé 24-25 janvier 1933*, in: *Cahiers d'Études Africaines* 24 (1984) H. 93, S. 39–50, hier S. 40–41.

61 Ebd., S. 42 u. Bassa, Komla Obuibé: *Les Conseils des notables au Togo. Du mandat à la tutelle française (1922-1958): tribunes d'expression d'une future opposition*, in: *Outre-Mers. Revue d'Histoire* 99 (2011) H. 370–371, S. 83–98, hier S. 93.

62 Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 98.

der wegen seiner Bildung und seiner konservativen Einstellung der französischen Verwaltung damals noch als nützlicher und steuerbarer Ewe-Repräsentant erschien, profilierte sich in dieser Rolle kaum, nutzte aber die Erfahrung und die neu geknüpften Netzwerke, um seine politische Karriere voranzutreiben.⁶³

Nachdem der Cercle mit dem angestrebten profranzösischen Meinungsumschwung wenig Erfolg hatte und darüber hinaus der politische Einfluss der Ewe-Chiefs weiter wuchs, beschloss die französische Verwaltung, die Ewe gezielt zu unterwandern, um sie so auf ihre Seite zu ziehen. Mit der Gründung des »Comité de l'Unité Togolais« 1941, dessen Initialen nicht zufällig mit jenen der späteren Regierungspartei CUT übereinstimmten, sollte der Plan einer Ewe-Wiedervereinigung zerschlagen werden oder zumindest stark an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren. Vorsitzende und wichtige Funktionäre waren auch hier konservative Mitglieder bekannter Familien, die später von Olympio in die Regierung aufgenommen wurden, wie etwa der 1960 als erster togoischer Botschafter in der Bundesrepublik akkreditierte Jonathan Savi de Tové.⁶⁴ Ziel des CUT war es laut Helm einerseits, dem DTB eine Gruppe pro-französischer Politiker entgegenzustellen, die eine gewisse öffentliche Bekanntheit besaßen und durch ihre Mitgliedschaft das Ansehen der französischen Verwaltung in der Bevölkerung aufwerten sollten. Zum anderen sollte das CUT die Integration nord- und südtogoischer Bevölkerungsteile vorantreiben, was Olympio, der vom Cercle direkt zum CUT gewechselt war, durch die Aufnahme zahlreicher einflussreicher Angehöriger der Kotokoli, Tcho-kossi und Kabiye auch gelang.⁶⁵ Die auf diese Weise erlangten Sympathien von Bevölkerung und Kolonialverwaltung gleichermaßen ermöglichten es ihm, auch hier in das Vizepräsidentenamt aufzusteigen, wo er seine Macht nutzte, um das Komitee nach und nach zu einer Pro-Ewe-Lobbyorganisation umzubauen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte die Gefahr einer nationalsozialistischen Unterwanderung Togos durch den Bund keine Bedrohung mehr dar, sodass das CUT seine ursprüngliche Funktion verlor und von Olympio zum Sammelbecken politischer Ewe gemacht wurde, das sich spätestens ab 1946/47 als politische Partei verstand.⁶⁶

63 Ebd.

64 Siehe Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 60.

65 Ebd.

66 Ebd., S. 61.

Die togoischen Unabhängigkeitsbewegungen nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden neben dem nun als Partei auftretenden CUT mehrere Unabhängigkeitsbewegungen, die ihren politischen Spielraum aus mehreren Gründen erweitern und die Frage nach Souveränität in den Prozess der neuen transnationalen Aushandlungsprozesse integrieren konnten. Die 1941 zwischen den USA und Großbritannien ausgearbeitete Atlantik-Charta, in der sie die künftigen Grundsätze ihrer Außenpolitik formulierten, war inhaltlich an Woodrow Wilsons Vierzehn-Punkte-Programm von 1918 angelehnt. Die Vertragsparteien bekundeten, dass sie »wish to see sovereign rights and self-government restored to those who have been forcibly deprived of them«.⁶⁷ Die Atlantik-Charta beinhaltete zwar keine direkten Bezüge zu den Kolonien oder Mandaten, bildete aber die Grundlage für das spätere Treuhandsystem der UN, das auf der Konferenz von Jalta nach konfliktreichen Diskussionen von den Vertretern der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion ins Leben gerufen wurde.⁶⁸ Nach der Gründung der Vereinten Nationen erhielt der Treuhänderrat (United Nations Trusteeship Council) Ende 1946 den Rang eines Hauptorgans der UN und nahm am 27. März 1947 seine Arbeit auf. Er sollte fortan diejenigen Gebiete der internationalen Treuhänderschaft unterstellen, »deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben«.⁶⁹ Abgesehen von einigen Neuerungen hinsichtlich der Zusammensetzung – so sollten alle fünf Mitglieder des neu geschaffenen UN-Sicherheitsrats künftig über die »Fragen der territorialen Treuhänderschaft« beraten – und der Befugnisse innerhalb der Treuhandgebiete unterschied sich das Treuhandsystem, wie Hall betont, allerdings prinzipiell kaum vom Mandatssystem.⁷⁰ Die Wirkmächtigkeit der UN-Charta hinsichtlich der afrikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen blieb limitiert. Zwar wurde festgehalten, dass »adequate steps were taken to prepare the Territories for self-government and independence«. Kon-

67 Siehe The Atlantic Charter, 14. August 1941, zit. n. Yale Law School, The Avalon Project, Lillian Goldman Law Library, URL: <https://avalon.law.yale.edu/wwii/atlantic.asp> (abgerufen am 10.1.2024).

68 Vgl. Jacobs, Raoul: Mandat und Treuhand im Völkerrecht, Göttingen 2004, S. 59.

69 Siehe Vitzthum, Wolfgang Graf/Proelß, Alexander (Hg.): Völkerrecht, Berlin/Boston 2016, S. 318.

70 Siehe Jacobs, Mandat und Treuhand, S. 63. H. Duncan Hall resümierte im Hinblick auf die Unterschiede zwischen dem UN-Treuhandsystem und den Völkerbundmandaten, dass »the additional substance does not correspond to the additional words«. Siehe Hall, Duncan H.: Mandates, Dependencies and Trusteeship, London 1948, S. 278, zit. n. Jacobs, Mandat und Treuhand, S. 63.

krete Vorschläge wurden auf Druck der britischen und südafrikanischen Vertreter jedoch nicht aufgenommen.

Trotz der zunächst eher symbolischen Wirkung der UN-Charta hinsichtlich der Unabhängigkeitsbestrebungen wurden die Entwicklungen insbesondere von antikolonialen Aktivisten in Togo genau verfolgt. Analog zum Vorgehen des DTB zwanzig Jahre zuvor setzten sie die französische Verwaltung mithilfe der internationalen Öffentlichkeit, die die UN nun bot, unter Druck. Der Bund hatte nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg erheblich an Ansehen und Einfluss verloren und verschwand für einige Jahre von der politischen Bühne. Nichtsdestotrotz übernahmen Sympathisanten des Bunds verschiedene Führungsrollen im antikolonialen Kampf, dessen Hauptziel nun nicht mehr die Rückkehr der deutschen Kolonialmacht, sondern die Wiedervereinigung der beiden Teile Togos – und damit die Wiedervereinigung der Ewe-Siedlungsgebiete – war: In Französisch-Togo wie auch in Britisch-Togo entstanden ab 1946 politische Gruppierungen, die die Ewe-Wiedervereinigung forderten, dabei jedoch zum Teil gegensätzliche politische Konzepte zur Umsetzung dieser Forderung propagierten.

Die als »Ewe Unification Movement« zu Unrecht subsumierten nationalistischen Organisationen hatten meist wenig inhaltliche Berührungspunkte: Die All-Ewe-Conference, die 1946 als Zusammenschluss mehrerer Ewe-Organisationen in der Gold-Coast-Kolonie entstanden war, forderte die Schaffung eines Staats, der die Ewe-Bevölkerung im britischen und französischen Teil Togos einschließen sollte, wobei in der Konsequenz nur die südlichen Gebiete der heutigen Staaten Togo und Ghana zusammengeschlossen werden sollten.⁷¹ Der Togoland Congress (TC) in Britisch-Togo favorisierte dagegen einen togoischen Nationalstaat, der in den Grenzen der ehemaligen deutschen Kolonie alle Togoer unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit zusammenbringen sollte. Auf der französischen Seite trat Sylvanus Olympio mit dem Comité de l'Unité Togolais (CUT) in Erscheinung, das nun als antifranzösische Ewe-Partei auftrat. Das CUT unterstützte zunächst die Ziele des All-Ewe-Congress, näherte sich dann allerdings ab 1947 der Position des Togoland Congress an.⁷² Überhaupt war in dieser frühen Phase der togoischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Gegensatz zwischen dem britischen und dem fran-

71 Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 45; Skinner, Kate: A Different Kind of Union. An Assassination, Diplomatic Recognition, and Competing Visions of African Unity in Ghana-Togo Relations 1956-1993, in: Grilli, Matteo/Gerits, Frank (Hg.): *Visions of African Unity. New Perspectives on the History of Pan-Africanism and African Unification Projects*, Cham 2020, S. 23-48, hier S. 32.

72 Siehe Grilli/Gerits, *Visions of African Unity*, S. 32.

zösischen Teil noch bei weitem nicht so deutlich ausgeprägt wie ein Jahrzehnt später. Die inhaltliche Ausrichtung der Ewe-Organisationen war zunächst stark von den Gruppierungen in Britisch-Togo bestimmt: Während des Kriegs waren viele Ewe aus dem französischen in den britischen Teil gewandert, wo sie Erfahrungen mit der dortigen Kolonialverwaltung machten und diese, im Vergleich zur französischen Verwaltung, als wesentlich weniger repressiv erlebten.⁷³ Olympio, der in den 1940er Jahren als Generalagent bei der United Africa Company angestellt war, war ebenfalls mit den Verhältnissen in Britisch-Togo vertraut und sah aufgrund seiner Erfahrungen im Cercle und dem CUT in der französischen Verwaltung ein wesentlich größeres Hindernis für die Verwirklichung seines Ziels der Ewe-Wiedervereinigung.⁷⁴

Abgesehen davon war die Frage, wer überhaupt Ewe war, eine Quelle ständiger Konflikte innerhalb und zwischen den Parteien. Die Ewe der Gold Coast, Britisch- und Französisch-Togos hatten demzufolge unterschiedliche Perspektiven auf die Pläne zur Wiedervereinigung, die sich durch die Vergangenheit unter deutscher, britischer und französischer Kolonialherrschaft ergaben.⁷⁵ Die Konstruktion einer gemeinsamen Identität war neben dem politischen Kampf das drängendste Problem, vor dem die Ewe-Parteien standen. Die Verbreitung einer gemeinsamen Sprache hatte nämlich erst mit dem Wirken der Ewe-Kirchen fünfzig Jahre zuvor begonnen und war zwischenzeitlich vom Aufkommen einer »Togoland«-Identität überlagert worden. Wie Keese hervorhebt, »Colonial administrations took it for granted that a common language united populations, which was often a simplistic perception. Speakers of ›minority languages‹ at the margins of the Ewe-speaking zone were thereby forcibly integrated into administrative unit.«⁷⁶ Der Widerspruch zwischen der Selbstzuschreibung als Ewe und der politischen Vision eines Togoland-Staats »drove some of the All-Ewe Conference activists under British rule into the arms of Kwame Nkrumah's Convention People's Party

73 Vgl. Heilbrunn, John R.: Presidential Term Limits in Togo. Electoral Accountability Postponed, in: Baturo, Alexander/Elgie, Robert (Hg.): The Politics of Presidential Term Limits, Oxford 2019, S. 199–220, hier S. 201.

74 Siehe Ansprenger, Franz: Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen in Afrika französischer Prägung, Wiesbaden 1961, S. 210.

75 Siehe Morrell, Gordon W.: A Higher Stage of Imperialism? The Big Three, the UN Trusteeship Council and the Early Cold War, in: Douglas, R. M./Callahan, Michael D./Bishop, Elizabeth (Hg.): Imperialism on Trial. International Oversight of Colonial Rule in Historical Perspective, Oxford 2006, S. 127.

76 Siehe Keese, Alexander: Ethnicity and the Colonial State. Finding and Representing Group Identifications in a Coastal West African and Global Perspective 1850–1960, Boston 2016, S. 231–232.

(CPP)«, die sich dem Panafrikanismus verschrieben hatte. Mit ihrer Hilfe wurde Nkrumah im Februar 1952 Premierminister der Gold Coast – was nach der Unabhängigkeit Ghanas die Vision eines Ewe-Staats endgültig zunichtemachen sollte.⁷⁷

Die britische und vor allem die französische Verwaltung reagierten auf die politischen Entwicklungen prompt. Sie versuchten, den Einfluss der Ewe-Gruppierungen zu begrenzen, indem sie ihre prominenten Mitglieder diskreditierten und die politischen Kampagnen vor der UN gezielt unterwanderten – auch mit Gewalt. Eine Studiengruppe des Treuhänderschaftsrats der UN, die 1949 und 1952 nach Togo reiste, stellte zwar den »Wunsch der Togoländer in beiden Treuhänderschaftsgebieten nach Wiedervereinigung« fest. Die Studiengruppe konnte allerdings kaum genaue Angaben zu den politischen Konzepten der Wiedervereinigungsgruppen oder den Wünschen der Bevölkerung machen und reiste, mehr oder weniger unverrichteter Dinge, bald wieder ab.⁷⁸ Auf die zweite UN-Mission folgte 1952 und 1953 eine Welle der Gewalt in Französisch-Togo, die als Reaktion auf die nun quasi durch die UN legitimierte und damit innenpolitisch erheblich gestärkte Position der Ewe-Parteien und ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen von der französischen Kolonialmacht losgetreten wurde. So berichtete Christian Kuwame, Anfang der 1950er Jahre Generalsekretär des CUT, in einem Brief an das UN Trusteeship Council, dass »the reign of terror continues to grow throughout the whole of the Akposso since the departure of the United Nations Visiting Mission«. Weiter schrieb er, »the French Police are continuing their persecution and are causing serious damage throughout the villages under false charges«.⁷⁹ Olympio, der ab 1947 bei der UNO Togo vertrat, wurde »u. a. für seine kritischen Berichte über die französischen Verwaltungspraktiken von Frankreich zur Zahlung von 5 Millionen FCFA Geldstrafe« verurteilt, was der Arbeit des CUT auf Jahre hinweg schweren Schaden zufügte.⁸⁰

In Britisch-Togo war die Situation hingegen weniger repressiv. Dies ergab sich daraus, dass die Annäherung zwischen der Gold Coast und Britisch-Togo seit 1914 in starkem Maße forciert worden war und das Gebiet als »integral part« der Gold Coast betrachtet wurde. Nach den Accra-Riots

⁷⁷ Ebd., S. 266.

⁷⁸ Siehe Bericht des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Lagos an das Auswärtige Amt, Politische Verhältnisse in den beiden Treuhänderschaftsgebieten Togo, 11. Dezember 1954, PA AA, AA, B11 1359, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 42.

⁷⁹ Siehe Petition from Mr. Christian A. Kuwame Concerning Togoland Under French Administration, Christian A. Kuwame to the Secretary General of the United Nations, 25. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 4.

⁸⁰ Vgl. Helm, Das Problem der Demokratisierung, S. 61.

im März 1948 und der darauffolgenden Veröffentlichung des Coussey-Reports, der den Anstoß zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung gab, erlangte die CPP bei den ersten allgemeinen Wahlen in Afrika 1951 eine Mehrheit von 91 Prozent. Nkrumah wurde zum Premierminister der Gold Coast ernannt.⁸¹ Bei den zweiten und dritten allgemeinen Wahlen 1954 und 1956 erreichte die CPP erneut eine Mehrheit, und Nkrumah erhielt von der britischen Verwaltung die Zusage, die Unabhängigkeit bei einer entsprechenden Mehrheit in der Bevölkerung zu garantieren. Zur Beantwortung der Mehrheitsfrage wurde 1955 eine UN-Mission nach Britisch-Togo gesandt, die analog zu den Studien in Französisch-Togo den Auftrag hatte, »to investigate the question of the future of the territory«.⁸² Nachdem die Mission eine erhebliche Zustimmung zu den Zielen der CPP festgestellt hatte, setzte die britische Verwaltung ein Referendum über die Vereinigung der Gold Coast und Britisch-Togos an. Darin sprach sich im Mai 1956 eine Mehrheit von 58 Prozent für die Integration beider Kolonien aus, die dann schließlich vereint am 6. März 1957 als Ghana unabhängig wurden.

Letztendlich war damit die Vision eines Ewe-Staats gescheitert, hauptsächlich deshalb, weil die Kolonialverwaltungen, aber auch die Ewe-Funktionäre selbst, das Integrationspotenzial der Ewe-Identität überschätzt hatten. Einerseits waren nicht wenige der angeblichen Ewe-Angehörigen bloße administrative Fiktionen, die aus Gründen der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung zu den Ewe gezählt wurden. Zum anderen konnte das Referendum in Ghana viele Ewe davon überzeugen, dass »their best interests lay in Ghanaian independence and the eventual incorporation of French Togoland – thus reconciling Ewe and Togoland reunificationist agendas«.⁸³

81 Siehe Botwe-Asamoah, Kwame: Kwame Nkrumah's Politico-Cultural Thought and Policies. An African-Centered Paradigm for the Second Phase of the African Revolution, New York 2005, S. 9.

82 Siehe Asamoah, Obed Yao: The Political History of Ghana 1950-2013. The Experience of a Non-Conformist, Bloomington 2014, S. 19.

83 Siehe Nugent, Paul: Africa since Independence. A Comparative History, 2. Aufl., London 2012 [1. Aufl. 2004], S. 76.

Sichtweisen auf den Kolonialismus in der Bundesrepublik der 1950er Jahre

Zu Beginn der 1950er Jahre war das bundesdeutsche Verhältnis zu Afrika im Wesentlichen von drei globalen und nationalen Leitlinien bestimmt. Erstens eröffnete sich durch die Wiedererlangung der Souveränität und die Wiedergründung des Auswärtigen Amts 1951 überhaupt erst die Möglichkeit, wieder eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, die sich an der westeuropäischen Integration – und damit an den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien – orientierte.⁸⁴ Zweitens war die Bedeutung des Außenhandels bereits ab dem Ende der 1940er Jahre wieder stark angestiegen, sodass afrikanische Länder als potenzielle Rohstoffquellen und Absatzmärkte immer wichtiger wurden.⁸⁵ Drittens ergab sich infolge der deutschen Teilung und der später in der Hallstein-Doktrin fixierten außenpolitischen Prämisse des Antikommunismus in der möglichen Anerkennung der DDR durch unabhängig gewordene afrikanische Staaten eine alarmierende außenpolitische Perspektive. Deren Verhinderung löste ab dem Ende der 1950er Jahre die wirtschaftliche Motivation hinter den deutsch-afrikanischen Beziehungen ab. Togo spielte in den dadurch aufgeworfenen Planungen zunächst keine konkrete Rolle, geriet aber als ehemalige »Musterkolonie«, deren Unabhängigkeit ab dem Ende der 1950er Jahre absehbar war, in den Fokus des Auswärtigen Amts. Kolonialrevisionistische Akteure nutzten unterdessen den Ost-West-Konflikt und die beginnende europäische Integration, um eine obskure argumentative Basis für die Rückerlangung der Kolonien oder zumindest Sicherstellung eines starken Einflusses zu bilden, wobei insbesondere der ehemalige Gouverneur zu Mecklenburg eine bedeutende Rolle spielte.

Im Kontext der europäischen Integration war die bundesdeutsche Position hinsichtlich Afrikas zunächst von einem Ausloten von Grenzen und dem graduellen Überschreiten derselben geprägt, was auch auf andere Bereiche der Außenpolitik zutraf, aber angesichts der kolonialen Vergangen-

84 Vgl. Diebold, Hochadel und Kolonialismus, S. 267; Schmidt-Schweizer, Andreas (Hg.): Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987-1990, Berlin 2018, S. 17.

85 Die bundesdeutsche Importquote für afrikanische Produkte und Rohstoffe belief sich 1950 auf 9,1%, sank allerdings bis 1960 auf 5,8%, wofür sowohl die Zunahme des Handelsvolumens innerhalb der EWG/EG als auch die verspäteten Effekte der Implementierung des GATT-Systems verantwortlich waren. Siehe Cezanne, Wolfgang/Franke, Jürgen: Volkswirtschaftslehre. Einführung, München/Wien 1997, S. 96; Münt, Gunnar: Dynamik von Innovation und Außenhandel. Entwicklung technologischer und wirtschaftlicher Spezialisierungsmuster, Heidelberg 1996, S. 75-76.

heit von besonderer Relevanz für die zukünftigen innereuropäischen Beziehungen war. Die deutsch-französischen Beziehungen in den 1950er Jahren waren hierbei, wie Jean Paul Cahn hervorhebt, von gegensätzlichen Erfahrungen bestimmt: auf der einen Seite die von Krisen erschütterte Vierte Republik, deren Kolonialreich nach dem Ende des Indochinakriegs im Zerfall begriffen war; auf der anderen Seite die aufstrebende Bundesrepublik »en regain de puissance«.⁸⁶ Der Schuman-Plan, mit dem Frankreich die Bundesrepublik zur Teilnahme an der »développement du continent africain« eingeladen habe, habe zunächst Hoffnungen auf eine Möglichkeit zur Wiedererlangung des Einflusses in Afrika geschürt.⁸⁷ Die ab 1956 laufende Ausarbeitung des »loi-cadre Deffere«, eines nach dem Minister für die Überseegebiete Gaston Deffere benannten Rahmengesetzes zur Reformierung der Verwaltung der »territoires d'outre-Mer«, die ihnen den Autonomie-Status ermöglichen sollte, sei hingegen mit »fortes réticences à Bonn« konfrontiert worden.⁸⁸ Da die französische Regierung von Deutschland, Großbritannien und den Benelux-Ländern einen erheblichen Beitrag zur Modernisierung der Gebiete verlangt habe und damit für die eigenen Produkte vergünstigte Absatzmöglichkeiten schaffen wollte, sei die deutsch-französisch-europäische Kooperation bei der Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe vorerst gescheitert.⁸⁹ Trotz der ungünstigen Startbedingungen sei das »loi-cadre Deffere« allerdings, wie Cahn hervorhebt, zusammen mit den Römischen Verträgen 1957 die Keimzelle des 1959 implementierten Europäischen Entwicklungsfonds gewesen, da die Idee einer deutsch-französischen Kooperation in Afrika die Grundlage für das bald institutionell verankerte, gesamteuropäische Projekt der »Modernisierung« Afrikas – unter dem Schlagwort »Eurafrika« – gebildet habe.⁹⁰

In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben des 1934 als Afrika-Verein Hamburg-Bremen gegründeten, wirtschaftsnahen Deutschen Afrika-Vereins aus dem Jahr 1950 zu sehen. Im Kontext der Verhandlungen des Schuman-Plans diene es als eine Art Positionspapier, in dem die erhoffte zukünftige Rolle Deutschlands im europäisch-afrikanischen Verhältnis unter hauptsächlich ökonomischen Gesichtspunkten skizziert wurde. Der »deutsche Wunsch nach einer wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung in

86 Siehe Cahn, Jean-Paul: *Décolonisation française et relations franco-allemandes 1954-1963*, in: Miard-Delacroix, Hélène/Hudemann, Rainer (Hg.): *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*, München 2005, S. 139-156, hier S. 139.

87 Ebd., S. 140.

88 Ebd.

89 Ebd.

90 Ebd., S. 156.

Afrika« könne demnach angesichts der neuen Betrachtung Afrikas »unter dem Gesichtspunkt der Koordinierung« als gerechtfertigt angesehen werden. Deshalb müsse die »Forderung auf baldige Wiederherstellung des Niederlassungsrechts für Deutsche in den abhängigen Übersee-Gebieten Großbritanniens und anderer Staaten« dringend angesprochen werden.⁹¹ Die Verknüpfung des Prozesses der europäischen Integration, für den durchaus ein Bewusstsein herrschte, mit deutschen Wirtschaftsinteressen in Afrika wird auch hier evident, wenn es heißt: »Eine Beteiligung deutscher Kräfte und Unternehmen an den vielseitigen Entwicklungsplänen dürfte sich nicht nur zu Gunsten der afrikanischen Länder und ihrer Bevölkerungen auswirken, sondern auch wesentlich dazu beitragen, in Deutschland [...] das Gefühl der europäischen Solidarität zu festigen«.⁹² Das Erwirken des Niederlassungsrechts, das hier durchaus mit einem kolonialen Siedlungsgedanken verknüpft war, sei entscheidend, denn »ein nennenswerter Anteil an dem sich zweifellos in Zukunft stark entwickelnden afrikanischen Geschäft muß der deutschen Wirtschaft versagt bleiben, solange sie nicht in der Lage ist, mit eigenen Niederlassungen drüben über die unmittelbare Verbindung zu den Produzenten und Konsumenten, sowie den örtlichen Kolonialverwaltungen zu verfügen«.⁹³

Das Auswärtige Amt bemühte sich prompt um eine kurze, tendenziell ausweichende Antwort auf das Schreiben. Es werde »ihm im Hinblick auf die Vielzahl schwerwiegender Probleme, welche der Herr Bundeskanzler mit dem britischen Aussenminister zu behandeln haben wird, kaum möglich sein, obiges Thema anzuschneiden«.⁹⁴ Da die »trading with the enemy«-Gesetze noch in Kraft seien, sollten Unternehmen Einzelanträge an die jeweiligen Behörden richten, aus denen sich »möglicherweise Material ergeben [werde], welches bei späteren Verhandlungen über die Wiederzulassung deutscher Firmen von Wert ist«.⁹⁵ Allerdings könne der Afrika-Verein davon überzeugt sein, dass, sobald die »formalen Hindernisse« beseitigt seien, »seitens dieser Dienststelle [...] alles getan werden wird, um Deutschland wieder einen gebührenden Anteil an der Entwicklung Af-

91 Siehe Aufzeichnung des Deutschen Afrika-Vereins Hamburg-Bremen, Mitwirkung Deutschlands an der Entwicklung Afrikas, Wiederherstellung des Niederlassungsrechts in den abhängigen Übersee-Gebieten, 15. November 1950, PA AA, AA, B11 242, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 30.

92 Ebd., Bl. 31.

93 Ebd.

94 Antwortschreiben des Referenten Fricke an den Afrika-Verein Hamburg-Bremen, 22. Dezember 1950, ebd., Bl. 34.

95 Ebd.

rikas auf wirtschaftlichem und auch auf kulturellem Gebiete zu sichern. Eine Mitwirkung des Afrika-Vereins wird dabei sehr begrüßt werden«.⁹⁶

Während sich die Modi der Beeinflussung und die damit verbundenen Interessen im Hinblick auf die zu erwartende Unabhängigkeit diverser Kolonien angesichts der Gründung der EWG in einem institutionellen und konzeptionellen Wandel befanden, erlebten kolonialrevisionistische Verbände und Interessengruppen zu Beginn der 1950er Jahre eine neue Konjunktur. Bewusst nutzten sie den europäischen Integrationsprozess als Ausgangspunkt ihrer kolonialrevisionistischen Agitation. Kristallisationspunkt der meist als »unpolitische« (Jugend-)Bewegungen dargestellten Gruppierungen waren hauptsächlich noch lebende Akteure der Kolonialzeit, wie der letzte Gouverneur von Togo, Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der als Unterstützer des Nationalsozialismus und radikaler Verfechter des Kolonialismus exemplarisch für die Kontinuität des kolonialrevisionistischen Diskurses stand.

Zu den exponiertesten Vertretern dieser Verbände gehörte die von Hermann Dotzel geleitete Deutsche Kolonial Jugend (DKJ) aus dem unterfränkischen Bad Neustadt an der Saale und der wieder in die Öffentlichkeit getretene DTB, der ab dem Ende der 1950er Jahre auch über eine Sektion in Deutschland verfügte und mit der DKJ kooperierte. Mit Briefen an Bundeskanzler Adenauer und das Auswärtige Amt versuchten sie, Einfluss auf die Politik zu nehmen und ihre Forderungen auf der obersten politischen Ebene zu platzieren. So schrieb Dotzel an Adenauer, »die Ausbildung von Eingeborenen aus Togo in Deutschland kann der Bundesrepublik nur nützen. Früher oder später werden die Kolonialmächte die Eingeborenen an der Verwaltung der afrikanischen Gebiete beteiligen müssen. Dann werden Eingeborene, die in Deutschland ausgebildet wurden, natürlich bevorzugt Waren von Deutschland abnehmen«.⁹⁷ Sollte die Bundesregierung der Bitte nicht nachkommen, sei es wahrscheinlich, dass sich die Togoer »an die Machthaber des Sowjetregimes in der Ostzone wenden«. Diese seien »ja darauf bedacht, Afrika aus dem Block der freien Welt zu sprengen und sich das riesige Menschenreservoir des schwarzen Erdteils untertan zu machen«.⁹⁸ Es wären nicht die ersten Eingeborenen, die »in kommunistischen Ländern ausgebildet werden«, wie das Beispiel Jomo Kenyatta, der »Führer der Mau-Mau-Bewegung«, zeige. Es drohten »noch einige solcher Aufstände, und ganz Afrika steht in hellem Auf-

96 Ebd.

97 Siehe Brief Hermann Dotzels an Konrad Adenauer, Gesuch des Bunds deutscher Togoländer, 20. November 1953, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 202.

98 Ebd.

ruhr gegen die Europäer«, was in der Konsequenz bedeute, »die Sowjets machen sich die Angelegenheit zu Nutze«. ⁹⁹ In einem weiteren Schreiben, das vom DTB an die DKJ und dann über Dotzel an Adenauer gesandt wurde, erläuterte der Verfasser, die »Jugendlichen von ehemals Deutsch-Togo in West-Afrika, hatten leider nicht das Glück, die gute Erziehung der Deutschen den Eingeborenen gegenüber z.Zt. in Togo miterleben zu können. Dieser Erziehung verdanken wir die Ehrlichkeit und Treue, welche der größte Teil der Togoländer als Muster in der Fremde vorantragen [sic]«. ¹⁰⁰ Der Brief, den Dotzel »durch die Güte unseres alten Gouverneurs Se. Hoheit des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg« an Adenauer sandte, sorgte für Irritationen im Auswärtigen Amt, wo bald Nachforschungen über die DKJ und den DTB angestellt wurden. Zu dem Schreiben wurde bemerkt, »daß unter den heutigen Verhältnissen eine Wiederaufnahme der Kolonialpolitik den Interessen des deutschen Volkes nicht entsprechen würde«, allerdings auch festgehalten, dass »unter den gegebenen politischen Verhältnissen« ein Eingehen auf derartige Äußerungen nicht möglich sei. ¹⁰¹

Karl Dustert, der von 1904 bis 1910 und 1913 bis 1914 als Arbeiterkommissar in der deutschen Verwaltung Togos tätig war, sandte 1955 einen Brief an das Auswärtige Amt, in dem er die Anreise einer dreiköpfigen Delegation aus Togo ankündigte. Diese wolle die Bundesregierung um »Hilfe gegen die weitere Hinauszögerung der Wiedervereinigung oder die endgültige Regelung der Stellung Togos [...] bitten«. ¹⁰² Dustert war in der Zeit seit 1914 zu einer Schlüsselfigur des auf Togo bezogenen Kolonialrevisionismus avanciert, da er Ewe sprach, schon ab 1924 Verbindungen zum DTB geknüpft hatte und dessen Programm in den 1930er Jahren zu Mecklenburg und anderen Personen der kolonialrevisionistischen Szene bekannt machte. ¹⁰³ Da, wie er an das Auswärtige Amt berichtete, »die Eingeborenen Togos, besonders die Mitglieder des Deutsch-Togoländerbundes [...] nach 35jährigem Zeitablauf schlechte Erfahrungen mit Völkerbund und UNO als Mandatare gemacht« hätten, seien sie nun als

99 Ebd.

100 Siehe Brief des Deutsch-Togo-Bunds an das Bundeskanzleramt, Ausbildung togoischer Jugendlicher in Deutschland, 17. November 1953, Ebd., Bl. 204.

101 Siehe Aufzeichnung Dr. Velhagens vom Auswärtigen Amt, 7. Dezember 1953; Aufzeichnung Dr. Velhagens, 15. Januar 1954, ebd., Bl. 212; 237.

102 Siehe Karl Dustert an das Auswärtige Amt, Mandatsgebiet Togo, 21. September 1955, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 96.

103 Vgl. Stoecker, Holger: Bonifatius Folli. A Prussian African, in: van Ryneveld, Hannelore/Wozniak, Janina (Hg.): Einzelgang und Rückkehr im Wandel der Zeit. Festschrift für Gunther Pakendorf, Stellenbosch 2010, S. 25-35, hier S. 29.

Gäste bei zu Mecklenburg und bereit für »den Fall des Besuches [...] in Bonn«. ¹⁰⁴ Dustert führte weiter aus, »die Togoleute, besonders die Eweleute, die die langen Jahre immer noch treu zu Deutschland gehalten haben, glauben fest, dass es in Deutschlands Macht und Belieben stünde, Togo wieder zu übernehmen«, was er ihnen »trotz aller Mühe, die ich mir auch im Auftrage Seiner Hoheit, des genannten Herzogs, gegeben habe«, nicht ausreden habe können. ¹⁰⁵ Den Brief, der nicht wahrheitsgemäß mit »Bezirksleiter a. D.« unterzeichnet war, schloss er mit der Bemerkung, dass »die Togoleute unter engl. Mandat von einer Vereinigung mit der Goldküste nichts wissen wollen, trotzdem sie gegenüber ihren Landsleuten im französischen Mandatsenteil in jeder Hinsicht Vorteile genießen«. ¹⁰⁶ Wie illusorisch Dustert über die politischen Verhältnisse in Togo urteilte, zeigt der Verlauf des Referendums in Britisch-Togo, das im Mai 1956 die Mehrheit von 58 Prozent gerade deshalb erreichte, weil das Versprechen des wirtschaftlichen Aufschwungs für die Bevölkerung attraktiver war als die Gründung des als Elitenprojekt wahrgenommenen und nur vage definierten Ewe-Staats.

Durch den Zulauf nach den gewalttätigen Zwischenfällen im Anschluss an die UN-Mission 1953 personell und ideologisch gestärkt, streckte der DTB ab den frühen 1950er Jahren seine Fühler auch nach Deutschland aus. Über den Kontakt zu Adolf Friedrich zu Mecklenburg sollten die Anliegen des Bunds in die Politik getragen werden. Delegationen des Bunds sollten nach Deutschland reisen, um dort hochrangige Persönlichkeiten zu treffen – so zumindest die Hoffnung des DTB. Im Jahr 1955 gelang es einer Delegation des Bunds, der auch der oben erwähnte Ewe-Priester Erhard(t) Paku angehörte, eine Reise durch die Bundesrepublik zu unternehmen. Diese war auf Initiative von zu Mecklenburg und mit einer darauffolgenden Einladung des Deutschen Afrika-Vereins möglich geworden. Hans-Georg Steltzer vom Auswärtigen Amt urteilte über die Motivation der Besucher: »[...] obgleich diese Gedanken, die sie in Bonn vorzubringen beabsichtigen, als nicht mehr zeitgemäss zu beurteilen sind, ist bei dem Besuch zu berücksichtigen, dass die Delegation [...] in erster Linie aus Treue und Anhänglichkeit der Togoländer zu Deutschland diese Reise unternommen haben«. ¹⁰⁷ Dennoch sei es im politischen Interesse, »die Besucher in einer Weise zu betreuen, die keinen politischen

104 Sieh Dustert, Mandatsgebiet Togo, Bl. 96.

105 Ebd., Bl. 97.

106 Ebd.

107 Siehe Aufzeichnung Hans-Georg Steltzers, Besuch von drei Repräsentanten des Bundes der Togoländer in der Bundeshauptstadt, 23. September 1955, PA AA, AA, B130 4703A, S. 1.

Argwohn bei den jeweiligen Treuhandsmächten erwecken kann«, und sie »nach Möglichkeit nicht mit führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik zusammen zu bringen«. ¹⁰⁸ Bei einer Veranstaltung im Presseclub des Deutschen Akademischen Austauschdiensts konnten die drei ihr Anliegen dann einige Tage später vorbringen. Dabei betonten sie, »dass ihnen besonders daran läge, Togoländer zur Ausbildung nach Deutschland zu schicken«, insbesondere sei es notwendig, »dass Handwerker und Ingenieure zur Ausbildung nach Deutschland kommen«. ¹⁰⁹ Der Besuch der Delegation wurde jedoch, wie sich bald herausstellte, zu einem politischen Problem für die beteiligten Stellen, da Paku zugeben musste, »dass die Herren gemeinsam noch über einen Betrag von DM 50,- verfügen und keine Rückfahrkarte Marseille-Togo besitzen«. ¹¹⁰ Da die Absichten der Delegation grundsätzlich »unrealistisch und deutscherseits nicht diskutabel erscheinen«, so Steltzer vom Auswärtigen Amt, werde es »nun aus politischen Gründen für dringend notwendig gehalten, die drei Togoländer möglichst umgehend aus der Bundeshauptstadt zu entfernen, und darüber hinaus für ein baldiges Verlassen der Bundesrepublik zu sorgen«. ¹¹¹ Jedoch könne unterstellt werden, »dass die drei Besucher in ihre gegenwärtige bedrängte Lage nicht um persönlicher Vorteile willen, sondern aus Sorge um ihre Heimat und im Vertrauen auf deutsche Hilfe geraten sind«, weshalb das Auswärtige Amt die Hotel- und Reisekosten aus einem Geheimfonds bezahlen solle – eine Lösung, mit der die französische Seite umgangen werden könne und die drei nicht »bei ihren heimischen Behörden grössten Unannehmlichkeiten aussetzen« würde. ¹¹²

Die Episode zeigt, wie wenig Berührungspunkte die Ideologie des Bunds mit der politischen Realität in den 1950er Jahren hatte. Der Besuch der Delegation wurde soweit wie möglich geheim gehalten, und außer einigen mittleren Beamten des Auswärtigen Amts und des DAAD war niemand bereit, sich ihr Anliegen anzuhören. Dennoch sorgte die bloße Anwesenheit der drei für nervöse Reaktionen im Auswärtigen Amt, die zu einer schnellen Ausweisung aus Deutschland führte und den DTB künftig unter Beobachtung des Auswärtigen Amts und anderer Stellen setzte.

Abgesehen von den wenig erfolgreichen Bemühungen, mittels Petitionen oder Besuchen die Ziele des Bunds in Deutschland zu verbreiten, griff

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Siehe Aktenvermerk des Geschäftsführers des DAAD Hubertus Scheibe, Besuch der drei Togoländer, 28. September 1955, Ebd., S. 1.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Aufzeichnung Hans-Georg Steltzers, Besuch von drei Repräsentanten des Bundes der Togoländer in der Bundeshauptstadt, 29. September 1955, Ebd., S. 2.

¹¹² Ebd., S. 3.

die Führungsriege um Agboka allerdings auch zu schärferen Methoden. Als Savi de Tové, der mittlerweile zum togoischen Parlamentspräsidenten aufgestiegen war, 1959 in die Bundesrepublik eingeladen wurde, lancierte Agboka eine Schmutzkampagne, die ihn als »Diener Frankreichs« verunglimpfte und damit den diplomatischen Zweck des Besuchs in Zweifel ziehen wollte.¹¹³ Im Auswärtigen Amt wurde allerdings daran festgehalten, dass Savi de Tové als »Exponent der togolanischen [sic] Regierung, deren Programm im Gegensatz zu den früheren Regierungen stark auf die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung ausgerichtet ist«, mit besten Empfehlungen namhafter togoischer Politiker und Kontaktpersonen des Auswärtigen Amtes ausgestattet, ein wertvoller Gesprächspartner sein würde.¹¹⁴ Die diskreditierenden Vorwürfe gegen Savi de Tové gaben allerdings Anlass zu Nachforschungen über die »Gruppe um Agboka«, der »seinen Stolz herein (sic) setzt, als erster Deutschenfreund zu gelten, und dessen Verbindung mit emigrierten Nationalsozialisten neuerdings von der Zeitschrift ›Der Stern‹ unterstrichen wird«.¹¹⁵

Die Vorwürfe Agbokas waren über eine im Februar 1959 gegründete deutsche Sektion des DTB (DTB-D) in Aachen verbreitet worden, die laut eigener Aussage den Zweck verfolgte, »als Hilfsgemeinschaft besonders die Menschen im ehemaligen deutschen Schutzgebiet Togo« zu unterstützen, um damit »die Beziehungen der afrikanischen und europäischen Völker untereinander zu verbessern [...] und den immer stärker werdenden Tendenzen materialistischer Zersetzung entgegenzuwirken«.¹¹⁶ Die obskure Zielsetzung des DTB-D, die in der Gründungsurkunde beschrieben wurde, manifestierte sich auch in der Person des 1. Vorsitzenden, Ludwig Stiehler, der 1923 vermutlich im deutsch-tschechischen Grenzgebiet geboren wurde und früh durch seine rechtsradikale Gesinnung auffiel.¹¹⁷ Im Auswärtigen Amt konnten zwar nur spärliche Informationen über Stiehlers Biografie gewonnen werden, dennoch ließen die bekannt gewordenen Details eine Einordnung seiner politischen Einstellung und Motivation zu. Bekannt wurde beispielsweise, dass Stiehler in den Jahren 1950 und 1951 Bezirks- und Kreisvorsitzender der Sozialistischen Reichspartei

113 Siehe Vermerk des Referats 307, Zur Lage in Togo, 19. August 1959, PA AA, AA, B130 4789A, S. 1.

114 Ebd.

115 Ebd.

116 Siehe Vermerk des Referats 711 S, Deutsch-Togo-Bund Aachen, 1. August 1959, ebd., S. 1.

117 Siehe Stadtarchiv Aachen, Hausbücher Nr. 4693; 14808; 5443; 9789; 13013. Die von 1945-1961 bei den Polizeistationen geführten Hausbücher verzeichneten alle Einwohner eines Hauses und den Zu- und Wegzug.

(SRP) in Aachen war und »bei der Verleihung des Aachener Karlspreises an Churchill auf dem Rathausplatz in Aachen eine Protestkundgebung« abgehalten hatte.¹¹⁸ 1958 habe er Verbindung mit dem diplomatischen Vertreter Liberias in Deutschland aufgenommen, um über Liberia nach Ghana und Togo zu reisen, wo er Agboka besucht habe.¹¹⁹ Nach dem erfolglosen Versuch, in Togo eine Partei namens »Togoländische Volksgemeinschaft« zu gründen, sei er Anfang 1959 zurück nach Deutschland gekommen und habe dann den DTB-D gegründet.¹²⁰ Die Größe und die Bedeutung des DTB-D und der Person Ludwig Stiehlers für die kolonialrevisionistische Szene konnten mangels weiterer Angaben nicht abschließend beurteilt werden, doch zeigte sich das Auswärtige Amt angesichts der Störaktion im Vorfeld von Savi de Tovés Besuch durch einen derart kleinen Personenkreis besorgt.

Zwischenfazit

Der Begriff der »Musterkolonie« stellte sich bereits zeitgenössisch als absichtlich in den Diskurs eingebrachter Propagandamythos heraus. Er war auf Falschinformationen der Kolonialverwaltung hinsichtlich der finanziellen Situation und der behaupteten »Ruhe und Ordnung« im Inneren zurückzuführen. Kolonialrevisionistisch motivierte Zeitzeugenberichte und larmoyantes Wunschdenken im Hinblick auf die mit dem Kolonialismus verknüpften Vorstellungen von Weltgeltung und europäischen Machtansprüchen verhalfen dem »Musterkolonie«-Narrativ nach dem Ersten Weltkrieg zu seiner Stellung als wirkmächtige rhetorische Figur im kolonialen Kontext. Die Überlieferung zeigt jedoch, dass die vielfältigen Formen des anticolonialen Widerstands in Togo von den zuständigen Behörden und den beteiligten Kolonialbeamten geleugnet oder als unwichtige Details abgetan wurden. Die Etablierung und Perpetuierung dieser institutionellen Amnesie verweist auf eine direkte und indirekte Stoßrichtung kolonialrevisionistischer Agitation. Beiden ist gemein, dass sie als Konsequenz der Niederlage im Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg auftauchten und mit dem Narrativ der »Musterkolonie« als nostalgischem Fluchtpunkt von der politischen und wirtschaftlichen Si-

118 Ebd., S. 2.

119 Ebd. Die Angaben des Auswärtigen Amtes decken sich allerdings nicht mit den Vermerken in den Hausbüchern der Stadt Aachen, nach denen Stiehler erst 1961 an die vom AA genannte Adresse gezogen ist, siehe Stadtarchiv Aachen, Eintrag im Hausbuch Nr. 9789, Mechtildisstr. 12.

120 Ebd.

tuation ablenken sowie die Selbststilisierung als Opfer befördern sollten – mithin aber immer das Ziel verfolgten, den deutschen Einfluss in Togo aufrechtzuerhalten.

In den 1920er Jahren war die Erinnerung an die Kolonialzeit eine direkte, die durch unmittelbar beteiligte Akteure aufrechterhalten und propagiert wurde. Die politische Motivation der kolonialrevisionistischen Verbände und Parteien unterschied sich hierbei von der offiziellen Position der Regierung und des Auswärtigen Amts. Auch vonseiten der Regierung wurde zwar eine Revision des Versailler Vertrags hinsichtlich des Kolonialbesitzes gefordert, allerdings herrschte dort ein realistischeres Bild der Möglichkeiten vor, über die Mitgliedschaft im Völkerbund auf die Übertragung von Mandaten zu setzen.

Obwohl die Agitation des DTB, die insbesondere über den Völkerbund erfolgte, im Prinzip der erste Versuch einer organisierten politischen Interessenvertretung in Togo war, war der zur selben Zeit erfolgende Zusammenschluss der Ewe-Chiefs und die Entwicklung dieser Gruppierungen zu politischen Parteien ein wesentlich effektiveres Mittel, um die Kolonialherrschaft zu überwinden. Da der Bund als elitäres Projekt deutsch beeinflusster Ewe-Schichten über wenig Rückhalt abseits der Region um Lomé verfügte, konnte er sich nie zu einem treibenden Faktor des frühen Unabhängigkeitskampfs entwickeln.

In der Zeit des Nationalsozialismus war das Thema Kolonialismus zu einer Nische geworden, das vom »Lebensraum im Osten« als zentraler Kolonialideologie abgelöst worden war. Togo wurde zwar zum Ausgangspunkt für Planungen, die nach dem gewonnenen Krieg in die Tat umgesetzt werden sollten, sich aber konzeptionell wenig von den in der Kaiserzeit durchgeführten oder geplanten Maßnahmen unterschieden: Im Vordergrund stand neben der Etablierung des »Generalgouvernements Westafrika« der Ausbau der Infrastruktur, um den Transport von Waren und Rohstoffen nach Deutschland zu erleichtern.¹²¹ Trotz des geringen Interesses der Nationalsozialisten an der Rückeroberung der Kolonien zeigen die Hinwendung des DTB zum Nationalsozialismus und die darauffolgenden Reaktionen der britischen und französischen Verwaltung, dass die Macht des Bunds und seine Verbindungen nach Deutschland als wesentlich größer eingeschätzt wurden, als es tatsächlich der Fall war – genug, um eine lokale *moral panic* auszulösen.

In den 1950er Jahren erlebte der Kolonialrevisionismus eine neue, wenn auch dieses Mal kurze Konjunktur, die auf einer Kontinuität von Akteuren der Kolonialzeit basierte. Nationalkonservative und rechtsradikale

121 Siehe Billy, Musterkolonie des Rassenstaats, S. 257.

Akteure, wie der gealterte Adolf Friedrich zu Mecklenburg oder Karl Dustert, wandelten ihre Strategie hinsichtlich der Rückforderung kolonialen Besitzes, die nun auf eine im europäischen Verbund angelegte Ausbeutung Afrikas setzte. Irreale Forderungen, wie die Angliederung Togos an Deutschland als zwölftes Bundesland oder die Ansiedlung von Ostflüchtlingen in Kamerun, blieben Einzelmeinungen.¹²² Generell war die kolonialrevisionistische Bewegung in den 1950er Jahren personell und organisatorisch bei weitem nicht mehr so stark wie noch 30 Jahre zuvor. Auch wenn kolonialrevisionistische Haltungen von der Bundesregierung im Wesentlichen verständnisvoll zur Kenntnis genommen wurden, wie etwa aus den Antwortschreiben des Auswärtigen Amts hervorgeht, waren Rückforderungen jeglicher Art als offizielle Positionen der Außenpolitik endgültig vom Tisch. Stattdessen wichen die nationalistischen Positionen einem technisch-wirtschaftlichen Programm, das angesichts der neuen technischen Möglichkeiten durch den Aufbau der afrikanischen Infrastruktur im europäischen Verbund die Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffen in den Vordergrund stellte.

Der deutsche Einfluss auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Togos ist angesichts dieser Entwicklungen als gering zu bewerten. Die Neuordnung der globalen Politik und der aufkommende Ost-West-Konflikt wie auch die Etablierung supranationaler Institutionen erscheinen als wesentlich bedeutendere Faktoren. Hinzu kam der schlichte Umstand, dass die Verwaltung mit dem Status Togos als Treuhandgebiet für die französische Verwaltung im Angesicht der blutigen Kolonialkriege in Vietnam und Algerien zu teuer geworden war. Der bedeutendste Erfolg des DTB, mit Petitionen die internationale Öffentlichkeit auf die Situation der Ewe in der togoischen Teilung aufmerksam gemacht zu haben, stieß sogar in deutschen kolonialrevisionistischen Kreisen auf wenig Resonanz. Wie Coleman betont, »the stated aims of the Bundists hat little in common with the noble and eloquent champions of the independence movement, and the Bund became an inconvenient prelude to organized nationalist acti-

122 Yigbe weist darauf hin, dass der DTB zu Beginn der 1960er Jahre die Angliederung Togos als zwölftes Bundesland forderte, siehe Yigbe, *Is Togo a Permanent Model Colony*, S. 104. – Ein anonym »Ansiedler in Kamerun« erklärte in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt angesichts der Flüchtlingssituation in der Nachkriegszeit, »natürlich wäre alles mit einem Schlage gelöst, wenn Europa geboren und ein feststehender Staat wäre [...] hätten wir aber Ost-Afrika oder Camerun, so brauchten wir keine starke Konkurrenz zu sein auf Jahrzehnte hinaus. Die Hochländer [...] hätten Platz für unsere entwurzelten Landwirte, sowie den dazugehörigen Handwerkern«, siehe anonymes Schreiben an das Bundeskanzleramt, Aufsatz Europa-Afrika, 15. Dezember 1953, PA AA, AA, B II 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 233.

vity«. ¹²³ Auch wenn bis in die 1970er Jahre diverse togoische Politiker – allen voran Olympio – gern von sich behaupteten, Sympathisanten oder gar Mitglieder des Bunds gewesen zu sein, zeigt die Überlieferung, dass derartige Aussagen hauptsächlich aus taktischen Gründen getätigt wurden, um die bei westdeutschen Politikern weit verbreitete – oder von togoischer Seite unterstellte – Kolonialnostalgie zu bedienen und sich wirtschaftliche oder politische Unterstützung zu sichern.

123 Zit. n. Lawrance, Benjamin N.: *Locality, Mobility and »Nation«*. Periurban Colonialism in Togo's Eweland 1900-1960, Rochesteru. Suffolk 2007, S. 125.

3. Stratageme der bundesdeutschen Entwicklungspolitik in Togo Drei Fallbeispiele

Die Außenpolitik der Bundesrepublik war in den 1950er Jahren zum einen auf die europäische Integration ausgerichtet, zum anderen auf den Ost-West-Konflikt. Spätestens mit der Implementierung der Hallstein-Doktrin bestimmte das Zusammenwirken der beiden Perspektiven die außenpolitischen Zielsetzungen.¹ Informelle deutsch-togoische Kontakte, die hauptsächlich von kolonialrevisionistischen Akteuren gepflegt wurden, gab es zwar weiterhin. Der schlichte Umstand, dass weite Teile des französischen und britischen Kolonialreichs den Zweiten Weltkrieg zunächst intakt überstanden hatten und somit eine formale Kontaktaufnahme mit diesen nicht-souveränen Gebieten in Afrika und Asien überhaupt nicht möglich war, wurde durch die Einbindung der Bundesrepublik in den Schuman- und den Strassburg-Plan abgeschwächt. Die Entwicklungen am Ende der 1950er Jahre eröffneten dann neue Spielräume hinsichtlich des Umgangs mit den Kolonien und den abhängigen Gebieten. Da die Souveränität der meisten Kolonien bereits einige Jahre vor dem Dekolonisierungsjahr 1960 aufgrund der graduellen Übertragung staatlicher Macht auf einheimische Gremien, gewählte Vertreter oder andere Formen der Regierung absehbar wurde, ergab sich für die Bundesrepublik nun die Chance, bilaterale Beziehungen zu den afrikanischen Staaten aufzubauen. Vorteilhaft war dabei, dass die außenpolitische Prämisse einer »kolonialen Unbelastetheit« seitens der Bundesrepublik als Hebel für die Etablierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eingesetzt werden konnte.²

- 1 Vgl. Wüstenhagen, Jana: Zwischen Parteidoktrin und Realpolitik. Die DDR und die westeuropäische Integration 1957-1989, in: König, Mareike/Schulz, Matthias (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Wiesbaden 2004, S. 495-510, hier S. 495; Gehler, Michael: Was heißt »Europäistik« für eine Geschichtsschreibung der europäischen Integration?, in: ders./Vietta, Silvio (Hg.): Europa, Europäisierung, Europäistik. Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 121-180, hier S. 129.
- 2 Zur Wahrnehmung der bundesdeutschen »kolonialen Unbelastetheit« im globalen Kontext siehe Kleinschmidt, Christian/Ziegler, Dieter (Hg.): Dekolonisierungsgewinner. Deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen im Zeitalter des Kalten Kriegs, Berlin 2018; Tömmel, Till Florian: Bonn, Jakarta und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indonesien von 1952 bis 1973, Berlin 2018, S. 92.

Die nun bestehende Möglichkeit, Direktinvestitionen zu tätigen und bilaterale Abkommen ohne den Umweg über die französische Kolonialverwaltung abzuschließen, machte Togo als ehemalige »Musterkolonie« zum Objekt des politischen und wirtschaftlichen Interesses.³ Die ehemalige Kolonie wurde gewissermaßen zum »Experimentierfeld« entwicklungspolitischer Maßnahmen, die unter der Prämisse des Antikommunismus die Wünsche der bundesdeutschen und togoischen Regierung erfüllen und die Sympathien der Bevölkerung für beide gleichermaßen verstärken sollte. Der nun auftretende »Entwicklungsexperte«, der den kaiserlichen Kolonialbeamten und die mit ihm assoziierte Gewaltherrschaft abgelöst hatte, läutete unterdessen eine neue Ära der Beziehungen der westlichen Welt zum Globalen Süden ein.

Im folgenden Kapitel soll daran anknüpfend untersucht werden, wie sich die Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Togo während der 1960er und 1970er Jahre entwickelten. Dafür sollen drei zeitgenössische Fallbeispiele bundesdeutsch-togoischer Kooperationen herangezogen werden, die sich in ihrer Zielsetzung, Konzeption und Ausgestaltung deutlich unterschieden: (1) die Magasin Togo-Studie 1961, (2) der Port Autonome de Lomé sowie (3) die bundesdeutschen Landwirtschaftsprojekte in Togo.

Die Fallbeispiele unterscheiden sich nicht nur in ihren – geplanten – Dimensionen, Kosten und Zielen, sondern auch durch ihre Verortung innerhalb der zeitgenössischen bundesdeutschen wirtschafts- und außenpolitischen Matrix. Durch die verschiedenen Perspektiven, die durch die Untersuchung der drei Beispiele im Hinblick auf die deutsch-togoischen Beziehungen, außenpolitische Prämissen, sicherheitspolitische Interessen und wirtschaftspolitische Ziele beider Staaten eröffnet werden, eignet sich die Betrachtung der unterschiedlichen Projekte für die weiterführende Analyse globaler, nationaler und lokaler Transformationsprozesse. Die Kontrastierung zwischen den Fallbeispielen dient innerhalb der genannten Untersuchungskategorien einer analytischen Differenzierung zwischen impliziten und expliziten Absichten und Motiven der Akteure. Situative Rückkopplungseffekte, die durch zeitgenössische politische und wirtschaftliche Umbrüche während der Laufzeit der Projekte

3 Vereinzelte Forderungen nach Rückgabe der Kolonien bzw. Übernahme neuer Gebiete im europäischen Rahmen wichen bis zur Unabhängigkeit Togos realistischeren Betrachtungsweisen zu Entwicklungs- und Wirtschaftsprojekten. Vgl. Splett, Oskar: Ergebnisprotokoll der Sitzung des Togo-Ausschusses vom 17. Mai 1960, Geschäftsstelle der Deutschen Afrika-Gesellschaft, BArch Koblenz B 161 93; Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft in Guinea und Togo, Bericht über eine Afrika-reise von Prof. Dr. W. Schaefer-Kehnert, 1960, ebd.

erzeugt wurden, können ebenfalls durch die Kontrastierung der drei Beispiele aufgezeigt und untersucht werden.

3.1. »Ein deutsches Schaufenster für den ganzen Golf von Guinea«? Die Magasin Togo-Studie 1961

Wie in den meisten ehemaligen Kolonien waren in Togo Transportmittel, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Verwaltungsbürokratie in der schnell wachsenden Hauptstadt Lomé konzentriert, während der ländliche Raum stark vernachlässigt worden war.⁴ Auf der Suche nach Möglichkeiten der Lohnarbeit und insgesamt besseren Lebensbedingungen hatte daher bereits in den 1940er Jahren eine Nord-Süd-Migration eingesetzt, die der Stadt ein rapides, ungesteuertes Wachstum bescherte. Gleichzeitig hatte es die französische Kolonialverwaltung seit der Übernahme des Völkerbundmandats 1920 vermieden, größere Investitionen in die Infrastrukturentwicklung und Industrialisierung des Landes zu tätigen. Der Grund dafür war einerseits der Status Togos als Mandat, der dem Gebiet von Anfang an eine niedrige Priorität in der Kolonialverwaltung gab, andererseits die allgemeine administrative Praxis, eine Industrialisierung der Kolonien zu vermeiden oder aktiv zu unterbinden, um keine Konkurrenz für die Produktion der Metropole zu schaffen.⁵ Die neue CUT-Regierung unter Premierminister Olympio stand damit vor dem Problem, beinahe alle Produkte, deren Erzeugung über das Niveau der Subsistenzwirtschaft hinausgingen, importieren zu müssen. Dennoch war sie bestrebt, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, um den europäischen Wohlstand und Lebensstil – oder das, was sie dafür hielt – zu imitieren.⁶

4 Siehe Brunn, Stanley D./Zeigler, Donald J./Hays-Mitchell, Maureen u. a. (Hg.): *Cities of the World. Regional Patterns and Urban Environments*, London 2020 [1. Aufl. 2003], S. 494; Griffiths, Ieuan Ll.: *The African Inheritance*, London/New York 1995, S. 88.

5 Siehe Butler, L. J.: *Industrialisation and the British Colonial State. West Africa 1939-1951*, Oxon/New York 1999, S. 202 f.; Gardner, Leigh/Tirthankar, Roy: *The Economic History of Colonialism*, Bristol 2020, S. 50; zum besonderen Fall Indiens siehe Bishnupriya, Gupta: *The Rise of Modern Industry in colonial India*, in: dies./Chaudhary, Latika/Tirthankar, Roy u. a. (Hg.): *A New Economic History of Colonial India*, London/New York 2016, S. 67-83, S. 76; Mlambo, Alois S.: *A History of Zimbabwe*, New York 2014, S. 95.

6 Der französische Botschafter in Lomé nannte Olympio einen »bourgeois gentleman«, der »business sense«, »a taste for order« und »a certain self-discipline« habe. Siehe Skinner, *The Fruits of Freedom*, S. 186. Zum indigenen Bourgeois und dem

Eines der ersten Projekte des bundesdeutschen Engagements in Togo ging auf die Initiative Olympios bei einem Staatsbesuch in Deutschland zurück: der Bau eines deutschen Kaufhauses in Lomé. Als »Magasin Togo« bezeichnet, sollte das Kaufhaus als »Preisbrecher« nach europäischem Vorbild Konsumgüter für die Bevölkerung erschwinglich machen. Zwei Wirtschaftssachverständige, Hans Schad und Theodor Hupfauer, wurden daraufhin nach Togo entsandt, um die Bedingungen für den Bau des Kaufhauses zu untersuchen und bereits erste Vorarbeiten bei der Planung zu leisten. Auf knapp vierzig Seiten zeichneten die beiden Autoren ein Bild der wirtschaftlichen Struktur Lomés, versuchten sich in einer Analyse von Marktumfang, Kaufkraft, Preisspiegel, Konkurrenzsituation, Beschaffungsmarkt und Arbeitsmarktsituation und eruierten auf dieser Grundlage die Möglichkeiten des Aufbaus und Betriebs des zukünftigen Magasin Togo. Gleichzeitig verraten der immer wieder unfreiwillig auftretende Mangel an Objektivität und Sachkenntnis sowie die zuweilen paternalistische und rassistische Kolonialklischees bedienende Sprache die Realität des »terrain of economic postcoloniality«.⁷

Das geplante Magasin Togo steht als eines der ersten bundesdeutschen Entwicklungsprojekte in Subsahara-Afrika am Schnittpunkt globaler, nationaler und lokaler Entwicklungen. Die dazu erstellte Studie gibt einen Einblick in die bundesdeutschen Interessen in Afrika, das Menschenbild deutscher »Entwicklungsexperten« jener Zeit und die Allianzen zwischen europäischen Profiteuren kolonialer Ausbeutung und der »kolonisierten Bourgeoisie« Afrikas. Im folgenden Kapitel soll das Projekt in dieser Hinsicht zunächst in die zeitgenössische politische und wirtschaftliche Situation Togos eingeordnet werden. Die Frage nach den ökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen das Kaufhaus projektiert wurde, dient als Ausgangspunkt für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen togoischen und bundesdeutschen Akteuren, ihren wechselseitigen Wahrnehmungen und den Zielen, die sie mit dem Magasin Togo verbanden. Wie stand die wirtschaftliche Situation in Togo zu den erhofften zu-

postkolonialen Staat als »migrated social structure« siehe Ani, Emmanuel Ifeanyi: Personhood and State Building in Africa, in: Etieyibo, Edwin/Ikuenobe, Polycarp (Hg.): Menkiti on Community and Becoming a Person, London 2020, S. 183-198, hier S. 189; zur Entstehung indigener Eliten im kolonialen Tanganjika vgl. Hunter, Emma: Modernity, Print Media and the Middle Class in Colonial East Africa, in: Dejung, Christof/Motadel, Davin/Osterhammel, Jürgen (Hg.): The Global Bourgeoisie. The Rise of the Middle Class in the Age of Empire, Princeton 2019, S. 105-122, hier S. 106.

7 Vgl. Haag, Steffen: Bridging the postcolonial-economy divide. Towards a Theoretical Framework, in: Development and Postcolonial Studies Working Papers 7 (2020), S. 6.

künftigen Entwicklungen und welche Akteure waren dabei maßgeblich? Welche Rolle spielte das Kaufhaus in den wirtschaftlichen Planungen der togoischen und bundesdeutschen Akteure? Welche endogenen und exogenen Faktoren beeinflussten die wirtschaftliche Situation Togos zu jener Zeit und wie waren sie mit der Entscheidung zum Kaufhausprojekt verbunden?

Daran anschließend wird die Magasin Togo-Studie selbst in das Zentrum der Untersuchung gestellt: Anhand ihres Aufbaus, Inhalts und Subtexts werden die Motive für den Bau des Kaufhauses in einem erweiterten Rahmen analysiert. Dabei liegt der Schwerpunkt insbesondere auf den impliziten Aussagen hinsichtlich der zeitgenössischen innenpolitischen Situation in Togo, den Sichtweisen der togoischen Regierungseliten auf die zukünftigen wirtschaftspolitischen Entwicklungen und den damit verbundenen außenpolitischen Verhältnissen, insbesondere im Kontext der deutsch-togoischen, aber auch der togoisch-französischen Beziehungen. Anhand der Studie wird daneben ein Bild der zeitgenössischen konkreten wirtschaftlichen Alltagssituation in Togo gezeichnet und daran anknüpfend eruiert, in welchem Verhältnis die Sichtweisen und Einstellungen der Studienautoren hinsichtlich der togoischen Gesellschaft zu den Gegebenheiten vor Ort standen. Welche Ansätze verfolgten die Autoren bei der Erstellung der Studie und welche wirtschaftspolitische Strategie leiteten sie daraus ab? Welchen Einfluss hatten kulturelle Vorprägungen auf den Inhalt der Studie und wie beeinflussten sie die abschließenden Empfehlungen der Autoren?

Darüber hinaus wird untersucht, wie sich das Vorhaben in das zeitgenössische Nord-Süd-Verhältnis einfügt und welche Aussagen sich anhand des Inhalts über globale, nationale und lokale Verhältnisse und Transformationsprozesse treffen lassen. Welche globalen Entwicklungen spiegelten sich im Kaufhausprojekt wider und wie verhält es sich zu den außenpolitischen Aushandlungsprozessen der Bundesrepublik in jener Zeit? Lassen sich Umbrüche im Verhältnis zwischen den neuen afrikanischen Staaten und den ehemaligen Kolonialmächten anhand des Projekts aufzeigen?

Wirtschaftliche Perspektiven in Togo nach der Unabhängigkeit

Die desolate wirtschaftliche Situation Togos im Jahr nach der Unabhängigkeit war einerseits durch die seit den 1950er Jahren andauernden sozialen Umbrüche geprägt, andererseits ein Produkt der fortgesetzten Abhängigkeit von der ehemaligen Metropole. Die von Präsident Olympio verhasste Mitgliedschaft im CFA-Währungssystem, das durch die franzö-

sische Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) aufrechterhalten wurde, sorgte für eine finanzielle Bindung Togos an Paris. Als supranationale Zentralbank besaß die BCEAO das alleinige Recht zur Emittierung von Münzen und Geldscheinen.⁸ Durch die im BCEAO-System implementierte feste Kopplung des Wechselkurses an den Französischen Franc im Verhältnis 1:50 wurden Exporte aus den Ländern des CFA-Raums allgemein erheblich verteuert, während Importe aus Frankreich günstiger wurden. Die Folge war zwangsläufig eine notorische Finanzknappheit in Togo, die zusammen mit den unmittelbaren fiskalischen Effekten der Unabhängigkeit zu einem Einbruch der Außenhandelsbilanz führte: In einem gemeinsamen Bericht des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank über die wirtschaftliche Situation Togos wurde darauf hingewiesen, dass den Exporterlösen aus Frankreich in Höhe von 2,4 Milliarden CFA-Francs Importe in Höhe von 3,3 Milliarden CFA-Francs gegenüberstanden – die gesamte Außenhandelsbilanz Togos wies im Jahr 1960 ein Defizit von 268 Prozent auf.⁹ Weitere finanzielle Probleme ergaben sich durch den Kapitalabfluss durch den Schmuggel von Zigaretten, Alkohol und Textilien aus Ghana, den die Autoren des Berichts auf bis zu eine Milliarde CFA-Francs schätzten.¹⁰ Der antifranzösische Kurs der Regierungspartei CUT, den Olympio als ihr Vorsitzender ab 1947 eingeschlagen hatte, war in der Bevölkerung trotz dieser nach wie vor bestehenden strukturellen Abhängigkeit von Frankreich nicht unumstritten. Wenige Jahre zuvor war nämlich gerade das Versprechen wirtschaftlichen Aufschwungs durch die Bindung an die Metropole ausschlaggebend für das erfolgreiche West-Togoland-Referendum und die folgende Eingliederung des Gebiets in die Gold-Coast-Kolonie (ab 1958 Ghana) gewesen.¹¹

Die Hauptstadt Lomé befand sich zur gleichen Zeit in einer vielschichtigen Umbruchphase. Landflucht und rapides Bevölkerungswachstum trafen auf die Überreste des vollkommen unzulänglichen kolonialen Verwaltungssystems, das den reibungslosen Transport von Rohstoffen und Waren gegenüber administrativen Aufgaben wie einer ra-

8 Vgl. Gulde, Anne-Marie: Overview, in: dies./Tsangarides, Charalambos (Hg.): *The CFA Franc Zone. Common Currency, Uncommon Challenges*, Washington D.C. 2008, S. 1-24, hier S. 7.

9 Vgl. International Monetary Fund (Hg.): *Joint Press Release International Monetary Fund and International Bank for Reconstruction and Development*, 1. August 1962, BArch Koblenz B 303 010737, S. 44.

10 Ebd., S. 43.

11 Vgl. *Petition from Mr. Christian A. Kuwame concerning Togoland under French administration*, 13. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 4.

tionalen Stadtplanung stets priorisiert hatte.¹² Geografisch lag die Stadt seit dem West-Togoland-Referendum einerseits westlich im rechten Winkel an der Staatsgrenze zu Ghana, andererseits war sie im Osten durch den Lac Togo und dessen weitläufige Lagunen beschränkt. Der einzige Weg für das weitere Wachstum der Stadt war die Ausbreitung nach Norden, wo seit den 1950er Jahren die informellen Siedlungen entstanden, die zu meist von aus Nordtogo stammenden Arbeitern und ihren Familien bewohnt wurden.¹³ James Ferguson beschreibt das Leben der Familien als »recruited into informal slums where they eke out a living via a complex range of livelihood strategies to which agriculture and formal sector wage labour alike are often marginal«.¹⁴ Südlich der Hützensiedlungen aus Holz oder Blech, deren Bau in den von Anopheles-Mücken befallenen Sümpfen von den Behörden gleichgültig hingenommen wurde, veränderte sich das Stadtbild jedoch nachhaltig: Großzügige Bauten für die neuen Verwaltungsorgane, Ministerien und nicht zuletzt für Präsident Olympio selbst sorgten neben der an der Küste verlaufenden »Prachtstraße« Boulevard du Mono und dem Unabhängigkeitsdenkmal für ein eindruckliches Zeugnis des Selbstbewusstseins der neuen politischen Eliten.¹⁵

Diese architektonische Umgestaltung reflektierte das Modernitätsverständnis der zum größten Teil in Europa ausgebildeten Entscheidungsträger, die sich zwar klar antifranzösisch positioniert hatten, aber keineswegs antikapitalistisch waren. Im Gegenteil waren Politiker wie Olympio, der in den 1930er Jahren in London studiert, im Anschluss als Bachelor of Commerce für die United Africa Company (UAC) gearbeitet hatte und nach weiteren Stationen beim Unilever-Konzern zur Politik gekommen war, Teil der kolonisierten Bourgeoisie, die sich habituell und (wirtschafts-)politisch der europäischen Moderne verschrieben hatte. Wie Paul Mocombe in diesem Zusammenhang herausstellt, »the First World sought to take advantage of the desire of the postcolonial elites, the administrative

12 Siehe Nyassogbo, Kwami: L'urbanisation et son évolution au Togo, in: Les Cahiers d'Outre-Mer 37 (1984) H. 146, S. 135-158, hier S. 138.

13 Ebd., S. 144.

14 Siehe Ferguson, James: Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution, Durham 2015, S. 23, zit. n.: Eckert, Andreas: Wage Labour, in: Bellucci, Stefano/ders. (Hg.): General Labour History of Africa. Workers, Employers and Governments, 20th-21st Centuries, Suffolk 2019, S. 17-44, hier S. 22.

15 Eine ausführliche Analyse des Monument de l'indépendance und der darin enthaltenen Symbolik findet sich bei Somé, Magloire/Simpore, Lassina: Lieux de mémoire, patrimoine et histoire en Afrique de l'Ouest. Aux origines des Ruines de Loporéni, Burkina Faso, Paris 2014, S. 181 f.

bourgeoisie, of the Third World to develop their nation-states along the lines of the industrial First World«. ¹⁶

Die Regierungspartei CUT machte darüber hinaus generell die Einfuhr französischer Waren für die schlechte wirtschaftliche Situation verantwortlich. Diese Abhängigkeit sollte durch den Import und Verkauf deutscher Produkte bzw. den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik verringert werden. Die Unterzeichnung des ersten umfassenden deutsch-togoischen Handelsvertrags im Juli 1960, nur knapp drei Monate nach der Unabhängigkeit, sollte mithin konkrete Maßnahmen zur Preisreduktion nach sich ziehen. ¹⁷ Während seines ersten Deutschlandbesuchs im Mai 1961 wandte sich Olympio an Bundespräsident Lübke, um die Errichtung eines deutschen Kaufhauses in Lomé zu diskutieren. ¹⁸ Das Warenhaus sollte es »ermöglichen, Konsumgüter zu angemessenen Preisen zu kaufen«, denn »die derzeitigen Kaufläden in Togo seien nur in der Lage, französische Waren zu sehr überhöhten Preisen zu verkaufen«. ¹⁹ Finanzminister Hospice Coco wiederholte anlässlich des Besuchs einer deutschen Wirtschaftsdelegation im Juni 1961 den Wunsch, ein Warenhaus mit deutscher Beteiligung zu errichten, und drängte auf die Hinzuziehung privater Unternehmen. Die darauffolgende Veröffentlichung des Warenhaus-Gesuchs im Informationsdienst »Wirtschafts- und Sozialpolitik« im Juli 1961 und die Konsultation eines Vertreters des Industrie- und Handelstags durch das Auswärtige Amt sorgten allerdings nicht für das erwartete Interesse bei den Unternehmen. Lediglich die Arbeitsgemeinschaft Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels Hessen zeigte Interesse an dem Projekt und ersuchte das BMWi um Informationen zu den Grundstückspreisen in Lomé, dem verfügbaren Personal, der Konkurrenzsituation und eventuellen Fördermitteln der togoischen und deutschen Regierung. ²⁰ Die durch ihre Hochglanzkataloge bekannten Versandhäuser Neckermann und Quelle, die zunächst als erfolgversprechendste Träger des Projekts gehandelt wurden, schickten jeweils zwei ihrer Kataloge an Coco und Botschafter Alex-

16 Siehe Mocombe, Paul C.: *Capitalism, Lakouism and Libertarian Communism*, Newcastle upon Tyne 2020, S. 107.

17 Siehe Handelsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo, 20. Juli 1960, BAArch Koblenz B116 21750, S. 3.

18 Bericht von Dr. Hopf an das Referat II B 3 des BMWi, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung Togos, 20. Juli 1961, BAArch Koblenz B 102 121706, S. 1.

19 Siehe Schreiben von Ministerialdirigent Hans Albert Görs, Ministerialdirektor Hermann Reinhardt u. Staatssekretär Ludger Westrick an das Referat V A 5 des Bundeswirtschaftsministeriums, Vermerk über Warenhaus Togo, 22. September 1961, BAArch Koblenz B 102 121706, S. 1. Indirektes Zitat im Original.

20 Siehe Brief der Arbeitsgemeinschaft Mittel- und Grossbetriebe des Einzelhandels im Lande Hessen e. V. an das Bundeswirtschaftsministerium, 8. August 1961, ebd.

ander Török, verfolgten das Projekt dann allerdings nicht weiter. Auch im BMWi reagierte man zunächst verhalten gegenüber der Idee und setzte eine Besprechung an, die eine erste Voruntersuchung der zu klärenden Rahmenbedingungen des Projekts zum Inhalt haben sollte. Im Ergebnis konnten sich die Teilnehmenden nur darauf einigen, einen unabhängigen Marktforschungssachverständigen und einen Warenhausspezialisten zu entsenden, um »in Togo die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für die Errichtung eines deutschen Warenhauses in Lomé zu untersuchen«.²¹

Die Wahl der zu entsendenden Experten fiel schließlich auf Hans Schad und Theodor Hupfauer. Schad, der in den 1950er Jahren als Dozent an der Frankfurter Akademie für Welthandel lehrte und 1957 durch sein Werk »Marktabenteuer oder Marktforschung?« bekannt wurde, war zu dieser Zeit als Geschäftsführer und Gesellschafter der Frankfurter »Arbeitsgemeinschaft für Marktforschung« (AFM) tätig. Der ihn begleitende Hupfauer, der als Geschäftsführer und Gesellschafter der Düsseldorfer Orient-Hansa GmbH fungierte, sollte seine Expertise auf den Gebieten der Logistik und Warenversorgung in die Studie miteinfließen lassen. Nach der Klärung der Finanzierung aus ERP-Mitteln und einer genauen Beschreibung des Auftrags, der im Kern die Frage beinhaltete, »ob einem Unternehmen mit privater deutscher Beteiligung oder einem togolesischen Staatsbetrieb mit deutschem Management oder einer anderen Konstruktion der Vorrang zu geben wäre«, reisten Schad und Hupfauer im November 1961 nach Togo.²²

Die Magasin Togo-Studie

Nach ihrer Ankunft begannen Schad und Hupfauer zunächst damit, die genaue Einwohnerzahl Lomés zu ermitteln. Da die französische Kolonialverwaltung seit 1924 keine Daten mehr erhoben hatte, kursierte eine Vielzahl von extrapolierten Schätzungen, die trotz eines – nur oberflächlich durchgeführten – Zensus von 1958 kaum belastbare Aussagen zuließen.²³

21 Siehe Mitteilung Dr. Erdmanns an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Entsendung von zwei Warenhaus-Experten, 31. Oktober 1961, BAArch Koblenz B 102 121706.

22 Siehe Schupfauer, Theodor/Schad, Hans: Bericht über eine Erhebung und Studienreise hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und volkswirtschaftlichen Vertretbarkeit der Errichtung eines deutschen Warenhauses in Lomé/Togo (West-Afrika), Januar 1962, ebd., S. 3.

23 Die Daten zur Bevölkerungszahl von Lomé kurz nach der Unabhängigkeit sind alles andere als verlässlich und lassen diverse Interpretationen zu. So kommt Bia-

Nach kurzer Recherche im Bürgermeisteramt von Lomé wurde klar, dass die bisher angenommene Zahl von 75.000 Einwohnerinnen und Einwohnern weit unter dem tatsächlichen Wert liegen musste. Eine Interpretation anderer Indikatoren, wie der Größe des Einzugsgebiets oder einer schlichten Schätzung der auf den Straßen von Lomé in Richtung Ghana, Obervolta und Benin ein- und ausreisenden Menschen, stellte für sie daher das vielversprechendste Vorgehen dar.²⁴ Nach dieser wenig präzisen Methode berechneten sie eine Einwohnerzahl von etwa 150.000 – doppelt so viele Einwohner, wie bisher vermutet.

Direkt im Anschluss widmeten sich Schad und Hupfauer einem der wichtigsten Teile der Studie, der Untersuchung der Kaufkraft. Da die »meisten in Europa gebräuchlichen Steuern und Abgaben überhaupt nicht bekannt« seien und »ein großer Teil des Güterumsatzes im Tauschwege, [...] ohne, dass irgend eines dieser Geschäfte statistisch erfasst werden kann«, erfolge, war eine direkte Kaufkraftmessung unmöglich.²⁵ Stattdessen zogen die Autoren die Convention Collective du Commerce heran, eine Art umfassenden Tarifvertrag, der »interessant und fortschrittlich« die Entlohnung nach Tätigkeit und Leistung und nicht nach Verwaltungs- oder Wirtschaftszweigen gruppierte.²⁶ Nach dieser Lohngruppentabelle war beispielsweise in der ersten Kategorie der einfachen Handarbeit ohne jegliche Ausbildung ein Verdienst von 4.000 CFA-Francs zu erwarten, in der sechsten Kategorie als Mechaniker oder Stenotypistin bereits 17.000 CFA-Francs und in der elften und höchsten Kategorie als Generaldirektor 70.000 CFA-Francs; dies bei einem zeitgenössischen Wechselkurs von 100 CFA-Francs zu 1,60 DM.²⁷ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass Schad und Hupfauer zur Ermittlung der Anzahl der wohlhabendsten Personen in Lomé schlicht die

kouye auf Grundlage amtlicher Volkszählungen für 1960 auf eine Bevölkerungszahl von 85.000, während ein Bericht der OECD 110.000 angibt. Vgl. Biakouye, Honoré Kodjo: *Dynamique urbaine et mutations économiques et spatiales dans la zone périphérique nord de Lomé*, in: Gervais-Lambony, Philippe/Nyassogbo, Gabriel Kwami (Hg.): *Lomé. Dynamiques d'une ville africaine*, Paris 2007, S. 151-169, hier S. 154; Cour, Jean-Marie/Snrech, Serge (Hg.): *A Vision of West Africa in the Year 2020. West-Africa Long-Term Perspective Study*, o. O. 1998, S. 134.

24 Siehe Schad und Hupfauer, Bericht, S. 7.

25 Ebd., S. 8.

26 Ebd., S. 9. Das System der detaillierten Einkommensgruppierung nach Tätigkeit besteht als Relikt der Kolonialzeit in abgewandelter Form bis heute. Vgl. Convention Collective Interprofessionnelle du Togo, Annexe 1, URL: <https://votresalaire.org/togo/droits/conventions-collectives-base-de-donnees/convention-collective-interprofessionnelle-du-togo> (abgerufen am 5.1.2024).

27 Ebd., S. 9-11. Dort ist vermerkt, dass 100 CFA-Francs etwa 1,60 DM entsprachen.

Namen im Telefonbuch zählten und so auf die grobe Zahl von 2000 dieser als Zielgruppe begehrten Haushalte kamen.²⁸ Ein Blick in die Lohngruppentabelle offenbart zweierlei: Einerseits zeigt sich, dass die Bezüge für niedrige und mittlere Dienstleistungen im Verhältnis zu denjenigen in höheren Positionen signifikant niedriger waren. Andererseits besaß auch der »vermögende« Teil der Bevölkerung ein wesentlich geringeres Einkommen als ein durchschnittlicher Haushalt in der Bundesrepublik: Während westdeutsche Industriearbeiter 1960 im Schnitt 788 DM pro Monat verdienten, mussten togoische Angestellte für einen ähnlichen Jahreslohn bereits in der neunten Kategorie – als Prokuristen oder Geschäftsleiter – tätig sein.²⁹ Das Grundkonzept, ein Kaufhaus »europäischer Prägung«, also im Stil eines großen Gemischtwarenladens innerhalb eines mit kunstvoller Architektur verzierten und mit technischen Innovationen ausgestatteten Gebäudes zu errichten, stellte sich angesichts dieser Befunde schnell als undurchführbar heraus. Die Kaufkraft der Bevölkerung, die »etwa einer Landstadt mit der geringsten Kaufkraftziffer in der Bundesrepublik, bei einer Bevölkerungszahl von 50.000 entspricht«, machte, wie den Autoren schnell klar wurde, eine konzeptionelle Neugestaltung des Projekts unabdingbar.³⁰ Das Magasin Togo, wie es fortan genannt wurde – ein Name, der »selbstverständlich im Ernstfall nach heutigen Begriffen optisch, akustisch und psychologisch durchgetestet werden müßte« –, schrumpfte angesichts dieser Erkenntnisse in Umfang und Sortiment bildlich zusammen und wurde von Schad und Hupfauer zum »warenhausähnlichen Einzelhandelsgeschäft« degradiert – im Wesentlichen dem, was einem heutigen Supermarkt entspricht.³¹

Um einen Anhaltspunkt für das zu planende Angebot an Waren zu erhalten, widmeten Schad und Hupfauer einen größeren Teil der Studie einerseits der französisch dominierten Konkurrenz vor Ort, andererseits dem, was sie als »Bedürfnisse« der Bevölkerung ansahen. In Togo waren diverse europäische Handelsunternehmen vertreten, die teilweise noch aus der deutschen Kolonialzeit stammten oder aber französische und britische Unternehmen neueren Ursprungs waren. Die drei größten von ihnen, die Deutsche Togo-Gesellschaft (DTG), die Société Générale du Golfe de Guinée (SGGG) und Olympios früherer Arbeitgeber, die United Africa Company (UAC), waren als Generalimporteure mit breit ge-

28 Ebd., S. 12.

29 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, Stuttgart/Mainz 1961, S. 407. Das Gehalt in der neunten Kategorie betrug 45.000 CFA-Francs, was etwa 720 DM entsprach.

30 Siehe Schad und Hupfauer, Bericht, S. 12.

31 Ebd., S. 15, 24.

fächertem Sortiment seit Jahrzehnten in Togo tätig und verfügten über Zweigstellen und Depots im ganzen Land. Sie vertrieben Produkte europäischer Hersteller, und die Palette der von ihnen importierten Waren reichte von größeren technischen Anlagen, Motoren und Geräten über Kunststoffe, Eisenwaren und Radios bis hin zu Nahrungsmitteln, Möbeln und Werkzeugen. Unter den im Einzelnen vertretenen Unternehmen rangierten namhafte Hersteller wie Siemens, Daimler-Benz, Agfa, Land-rovers, General Electric, Omega oder Grundig.³²

Die rechtliche Konstruktion des Generalimporteurs ist im Kontext postkolonialer Wirtschaftsbeziehungen aus zweierlei Gründen charakteristisch für die Tätigkeit europäischer Unternehmen in Ländern des Globalen Südens: Zum einen ermöglicht er es, Waren aller Art aus der westlichen Welt günstig zu importieren, was vor allem in Verhältnissen wie dem CFA-System das niedrige Marktvolumen durch mehr Profit aufgrund größerer Diversifizierung und fehlender Wechselkursschwankungen kompensieren soll. Hierbei agiert ein Handelsunternehmen als Generalimporteur für eine Vielzahl von Herstellern. Zum anderen sind Generalimporteure durchaus als Teil des fortgesetzten wirtschaftlichen Einflusses der Metropole zu werten, da die enorme Breite des Sortiments und die verfügbaren Mengen die Entstehung einheimischer Industrien effektiv blockieren.³³ Der vom Hersteller mit Vertriebsrechten ausgestattete Generalimporteur übernimmt in dieser Konstruktion die Gesamtverantwortung für den Marktzugang, wofür er im Gegenzug eine Marge erhält: Der Hersteller profitiert also von den Marktkennntnissen des Generalimporteurs und minimalen Kapital- und Absatzrisiken. Märkte, die wenig Profit versprechen, können so ohne großen Kostenaufwand erschlossen und nebenbei die Grundlagen für ein eigenes Vertriebsnetz gelegt werden, sollte sich das Absatzvolumen erhöhen.³⁴

Große Bedenken löste die Existenz eines neu eröffneten sowjetischen Warenhauses in Lomé aus, der »Ausstellung sowjetischer Industriegüter« an der Rue du Commerce. Neben Moskowia-Automobilen und Fahrrädern seien Zementplatten und andere Baumaterialien in den »etwas düster und abweisend« wirkenden Verkaufsräumen ausgestellt, jedoch keine kleineren Konsumgüter sichtbar gewesen.³⁵ Auch wenn Schad und Hupfauer nicht wussten, ob »diese Handelsorganisation vornehmlich

32 Ebd., S. 15-17.

33 Siehe Thomas, M. A.: *Govern like us. U. S. Expectations of Poor Countries*, New York 2015, S. 53.

34 Siehe Diez, Willi: *Automobil-Marketing. Erfolgreiche Strategien, praxisorientierte Konzepte, effektive Instrumente*, 6. Aufl., München 2015 [1. Aufl. 2001], S. 212.

35 Schad und Hupfauer, Bericht, S. 18.

wirtschaftlichen Zwecken dient«, hatte die Sowjetunion bereits im Juni 1961 ein Handelsabkommen mit der togoischen Regierung unterzeichnet, das den Import von Metallverarbeitungsmaschinen, Landmaschinen, Automobilen, optischen Instrumenten, Baustoffen, chemischen Erzeugnissen und elektrotechnischen Anlagen vorsah.³⁶ Die Angst vor sowjetischen »Dumping-Importen« sollte bis zum Ende der 1960er Jahre ein häufig angesprochenes Thema der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in Afrika bleiben, insbesondere im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelversorgung. Die »Ausstellung sowjetischer Industriegüter« wurde zwar bereits 1963 dauerhaft geschlossen, nachdem der togoische Mittelsmann den Bankrott erklären musste und bekannt wurde, dass die sowjetischen Vertreter »wiederholt von ihren Angestellten betrogen worden sind«. Dennoch blieb die Angst vor einer dauerhaften Etablierung von sowjetischen und – in noch stärkerem Maße – DDR-Importeuren auf bundesdeutscher Seite bis zur Ratifizierung des Grundlagenvertrags 1973 bestehen.³⁷

Die französischen Monoprix-Geschäfte, die in ganz Westafrika anzutreffen waren, konnten ihre Vormachtstellung in Bezug auf Preisgestaltung und Einkaufsmöglichkeiten auf die jahrzehntelange Präsenz der Generalimporteure stützen – ein Vorteil, den das sowjetische, aber auch das geplante deutsche Kaufhaus nicht hatten. Eine vergleichende Erhebung der Preise in den Monoprix-Geschäften veranlasste Schad und Hupfauer zu der Feststellung, dass der von Olympio vehement erhobene Vorwurf der überteuerten französischen Waren insgesamt unzutreffend sei: Ein »Sporthemd einfacher Qualität« kostete beispielsweise zwischen 390 und 790 CFA-Francs, »Damen-Sommerkleider« zwischen 900 und 4900 CFA-Francs, ein »Teller einfaches Porzellan« 75 bis 95 CFA-Francs, »Eine Flasche Bier aus Holland oder Deutschland« 100 CFA-Francs, »Ein Beutel Maggi-Suppe« 55 bis 75 CFA-Francs und »1kg Rauchspeck« 600 CFA-Francs.³⁸ Für die togoische Bevölkerung waren diese Preise zwar sehr hoch. Sie lagen aber bereits weit unter dem Preisniveau in Frankreich oder in der Bundesrepublik, sodass eine weitere Reduktion nach marktwirtschaftlichen Kriterien nicht zu erwarten war.

36 Die vollständige Liste findet sich im Annexe à l'Accorde Commercial entre la République Togolaise et l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes du 12 Juin 1961, Liste B, Exportations de l'U. R.S.S. vers la République Togolaise, BArch Koblenz B213 21750, S. 1.

37 Siehe Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Auswärtige Amt, Sowjetrussische Handelsgeschäfte in Togo, Bericht-Nr. 1056/63, 10. Dezember 1963, BArch Koblenz B116 21750, S. 2.

38 Siehe Schad und Hupfauer, Bericht, S. 14.

Angesichts dieser niederschmetternden Erkenntnis, die das gesamte Projekt infrage stellen sollte, kamen Schad und Hupfauer zu dem Schluss, dass das Magazin Togo stattdessen der »Ankurbelung inländischer Kleinindustrie im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung« dienen könne.³⁹ Von besonderer Bedeutung sei es, dass das Magazin Togo »bei jeder Gelegenheit versuchen sollte, einen inländischen Beschaffungsmarkt, also eine inländische Produktion zu fördern«, und »in sein Sortiment Güter aufnehmen muß, die der heutigen Entwicklungsstufe des Landes entsprechen, aber dem Sortiment eines vergleichbaren deutschen Warenhauses fremd sind (Zement, Bauplatten, Dünger)«,⁴⁰ Bei den Konsumartikeln solle sich das Magazin Togo auf Töpfe, Schüsseln und andere Behältnisse beschränken, weiterhin solle die Möglichkeit ergründet werden, aus Kokosfasern Teppiche und Wärmebauplatten herzustellen.⁴¹ Das Herzstück der Lieferkette solle hingegen die Textilindustrie darstellen, und zwar in Form kleiner Fabrikbetriebe, die als Zulieferer mit Abnahmegarantie Hemden, Blusen und Strickwaren an das Kaufhaus liefern sollten.⁴² Weitere Vorschläge umfassten Produktion und Verkauf von Petroleumkochern, die Verarbeitung von Kakao und Kaffee im Inland sowie die Herstellung von Möbeln. Damit solle nicht nur die Versorgung des Kaufhauses sichergestellt werden, sondern darüber hinaus versucht werden, den in der Produktion Beschäftigten die »Leistung von Arbeit verlockend zu machen, indem gleichzeitig Konsumgüter vertretbarer Qualität zu vertretbaren Preisen angeboten werden«.⁴³

Die Definition von Arbeit, die die Autoren zugrunde gelegt hatten, entspricht den westlichen Vorstellungen von Lohnarbeit in einer durch-rationalisierten Fabrik, deren Angestellte die Monotonie der Arbeit an der Maschine durch eine instrumentelle Arbeitshaltung kompensieren – Arbeit zum Zweck der Freizeitgestaltung und des Konsums.⁴⁴ Mit dem Aufbau einer Industrie und der Transformation des komplexen Gefüges

39 Ebd., S. 26.

40 Ebd., S. 22.

41 Ebd., S. 29.

42 Ebd.

43 Ebd., S. 26.

44 Siehe Hanisch, Ernst: Konsumgesellschaft und Säkularisierung. Die Signaturen des 20. Jahrhunderts, in: Reith, Reinhold/Meyer, Torsten (Hg.): Luxus und Konsum. Eine historische Annäherung, Münster u. a. 2003, S. 237-253, hier S. 241; für einen Gegenentwurf in Form der »Konsumarbeit« siehe Mikl-Horke, Getraude: Industrie- und Arbeitssoziologie, München/Wien 2007, S. 365; zur instrumentellen Arbeitshaltung siehe Manske, Alexandra: Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang, Bielefeld 2016, S. 383.

der bestehenden informellen und formellen Sektoren der Lohnarbeit hin zu einer an westlichen Maßstäben orientierten Arbeitsteilung vollzog sich gleichsam der erste Schritt zur Eingliederung in den US-dominierten Weltmarkt. Philip McMichael bemerkt hierzu: »The colonial division of labour devastated producing communities and their craft- and agriculture-based systems [...] local farming cultures lost their best lands to commercial agriculture supplying European consumers and industries.«⁴⁵

Der geplante Aufbau der Industrie war allerdings bereits zu Beginn mit einem gravierenden Problem konfrontiert: der Ernährungslage der Bevölkerung. Schad und Hupfauer bemerkten hierzu, dass die Eiweißversorgung derart schlecht sei, dass »Arbeitsleistung in dem Ausmaß, wie sie für eine rationelle Produktion regelmäßig gefordert werden muss, [...] nur bei einer sinngemäßen Steigerung und Regulierung der Eiweißversorgung erwartet werden« könne.⁴⁶ Die Verbesserung der Ernährung, die in den kommenden zwei Jahrzehnten zum Dauerthema der deutschen Entwicklungspolitik in Togo werden sollte, war hier also nicht aus altruistischen Motiven wünschenswert, sondern diente schlicht dem Zweck, die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die körperliche Arbeit in der aufzubauenden Industrie leisten zu können. Die von Schad und Hupfauer für dieses Problem vorgesehene Lösung ist bezeichnend für ihr Menschenbild, das einerseits durch die »Abwesenheit« der Menschen und andererseits durch ihre rein ökonomische Betrachtung gekennzeichnet war. Es sei demnach, so die Idee der Autoren, angesichts der Ernährungslage geboten, als erstes den Aufbau eines Kühlhauses in Lomé voranzutreiben, welches mit »billigem, zum Beispiel südamerikanischem Gefrierfleisch zu versorgen« sei, und das Fleisch dann durch eine angeschlossene Konservenfabrik »in einer Weise zu verarbeiten, die den togolesischen Kochgewohnheiten entspricht«. Die »togolesischen Kochgewohnheiten«, die eine unüberschaubare Vielfalt an Gerichten kennen – Foufou dürfte hierbei in Europa am bekanntesten sein –, sollte nach dem Plan der Autoren durch eine »Paste aus Fleisch oder Fisch« erweitert werden, die »in kurzer Zeit den ebenfalls pastenartigen Grundnahrungsmitteln der Togolesen beigefügt werden kann«.⁴⁷ Die Idee, die Menschen durch eine Art Proteinpaste zu versorgen, die dazu noch mit importiertem Fleisch von der anderen Seite des Atlantiks hergestellt werden sollte, steht exemplarisch für das zeitgenössische Modernisierungsdenken. Technisch-industrielle Ansätze als Mittel zur Lösung komplexer, teilweise gesellschaftlich, kulturell

45 Siehe McMichael, *Development and Social Change*, Thousand Oaks 2008, S. 34.

46 Siehe Schad und Hupfauer, Bericht, S. 27.

47 Ebd.

oder geografisch und klimatisch bedingter Probleme hatten sich zwar bereits mit dem Aufkommen technokratischer Philosophien in den 1930er Jahren etabliert.⁴⁸ Dennoch zeitigte erst die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten die Möglichkeit, die modernisierungstheoretischen und technokratischen Ansätze in großem Maßstab zu testen – in diesem Fall zur Steuerung des Nahrungsmittelangebots. Im Denken der Autoren war die vollständige Rationalisierung der Nahrungsmittelerzeugung und -anlieferung ein probates Mittel zum schnellen Aufbau einer grundlegenden Versorgung. Allerdings verschwiegen beziehungsweise ignorierten sie die dafür notwendige, weitreichende Transformation der einheimischen Ernährungsgewohnheiten, und sie missachteten die Souveränität der togoischen Außenwirtschaftsbeziehungen sowie den Eigensinn und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung.

Die Studie schließt danach etwas abrupt mit kurzen Anmerkungen zum togoischen Arbeitsmarkt und den aus Sicht der Autoren nötigen Maßnahmen zur Akquirierung der Arbeitskräfte. Ein viel zu großer Anteil der Produktivität sei im Handel gebunden und müsse »in die Gütererzeugung und die Erzeugung von Dienstleistungen« überführt werden.⁴⁹ Besonders zu beachten sei hierbei die Stellung der Frau, die sich »wahrscheinlich [...] als außerordentlich stark herausstellt«, wofür allerdings noch soziologische Untersuchungen »nützlich wären«.⁵⁰ Die togolesischen Arbeitskräfte hätten »einen ungewöhnlich gutwilligen, disziplinierten und exakten Eindruck gemacht« und würden »deutschen Staatsangehörigen Achtung und Vertrauen entgegenbringen, in einem Ausmaß, das moralisch verpflichtet«.⁵¹

In einem Schreiben, das Schäd im Nachgang der Togoreise an das BMWi sandte, konkretisierte er seine Vorstellung dessen, was er unter dem Begriff der wirtschaftlichen Entwicklung verstand. Wirtschaftliche Hilfe sei »selbstverständlich ein politisches Instrument«, das straff koordiniert werden müsse, um die »politische Aufgabe der Entwicklungshilfe« nicht zu desavouieren.⁵² Die Erleichterung des Außenhandels sei »lebenswichtig«, wobei der zu jener Zeit gerade im Bau befindliche Hafen

48 Vgl. Kleinschmidt, Christian: Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, München 2007, S. 105.

49 Siehe Schäd und Hupfauer, Bericht, S. 31.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Siehe Schreiben Hans Schads an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Ergänzende Bemerkungen zu Bericht laut Auftrag des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft vom 14. November 1961, 18. Januar 1962, BArch Koblenz B 102 121706.

»an der Spitze« stehen müsse.⁵³ Die weitläufigen Lagunen im Norden Lomés sollten nach Schads Vorstellung in ein »gesundes Stadtbaugebiet« verwandelt werden, um sich die Aufschüttungsarbeiten an der Küste zu sparen.⁵⁴ Besonders aufschlussreich sind weiterhin Schads Vorstellungen über die politische Entwicklung in Afrika und Togo. Es sei beispielsweise verfehlt, anzunehmen, dass Nkrumah in Ghana und Sese Seko Touré in Guinea »schlechterdings Kommunisten« seien, da generell der Glaube abwegig sei, »daß in diesen neuen afrikanischen Republiken mit dem Rezept geläuterter Demokratie regiert werden kann«; dies gelte auch für Togo.⁵⁵ Die »Dynamik der industriellen Entwicklung« bedinge es, dass die Stammesbindungen und das »ländliche Temperament« überwunden werden müssen, denn »aus diesem Reservoir fließen ja auch die Arbeitskräfte, die die moderne Wirtschaft benötigt«.⁵⁶ Die Mindestforderung für die Rechtsordnung der neuen Staaten müsse daher ein »despotisme modéré« sein, denn »eine Demokratie im Ausmaß des heutigen Tanganjika sollte [...] nur als beharrliches Erziehungsziel behandelt werden«.⁵⁷ Togo sei darüber hinaus deshalb interessant, da es der Bundesrepublik »die Möglichkeit gibt, [...] mit einem sehr beschränkten Einsatz von Mitteln, politische Wirkungen zu erzielen, die anderswo nur mit viel größeren Einsätzen erreicht werden können (vgl. den fragwürdigen Fall Rourkela)«.⁵⁸ Da die Sowjetunion bereits »einige Schlüsselpositionen in die Hände bekommen« habe, sei es unabdinglich, mit »konzentrierten Kräften aus Togo ein deutsches Schaufenster für den ganzen Golf von Guinea, wenn nicht für ganz West-Afrika zu machen«.⁵⁹

Zwischenfazit: Magasin Togo und die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen in den 1960er Jahren

Aus der Überlieferung lässt sich nicht rekonstruieren, ob das Magasin Togo in der geplanten Form gebaut wurde. Das geringe Interesse, das dem Projekt von vornherein von deutscher Seite entgegengebracht wurde, sowie die Vielzahl an zuvor zu überwindenden Schwierigkeiten, die Schad und Hupfauer identifizierten, lassen eine Umsetzung des Konzepts frag-

53 Ebd., S. 2.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 3.

56 Ebd.

57 Ebd., S. 4.

58 Ebd., S. 5.

59 Ebd.

würdig erscheinen. Eine Auflistung der in Togo tätigen Supermarktketten zeigt, dass heutzutage kein deutsches Unternehmen in diesem Bereich aktiv ist.⁶⁰ Abseits von zeitgenössischen Machbarkeitserwägungen bietet die Studie jedoch einen ungewohnten Blick auf globale, nationale und lokale Transformationsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten charakteristisch für die Beziehungen zwischen der westlichen Welt und dem Globalen Süden wurden. Insofern macht die Studie wie ein »Brennglas« Verflechtungen, Dynamiken und Entwicklungen der postkolonialen Wirtschaft und Politik sichtbar.

Philip McMichael bezeichnet in Bezug auf die Länder des Globalen Südens die Periode zwischen 1950 und 1970 als »development project«, das das »socioeconomic military system« des Kolonialismus abgelöst habe und zur Grundlage für die ab den 1970er Jahren einsetzende Globalisierung geworden sei.⁶¹ Zentral für die Etablierung des »development project« sei nicht nur der Kampf gegen die Sowjetunion gewesen, sondern insbesondere das institutionelle Gefüge, in das es eingebettet wurde: Ideell begleitet von Walt Rostows »Stages of Economic Growth« und anderen – politisch motivierten – strukturalistischen Entwicklungstheorien, sollten finanzielle und technische Hilfen, die im Austausch gegen Arbeitskraft und Rohstoffe gewährt wurden, das Wirtschaftswachstum des Globalen Südens sicherstellen.⁶²

Die Industrialisierung und Rationalisierung der Produktion, insbesondere in der Landwirtschaft, und die damit einhergehende Hebung des Lebensstandards waren vorrangige Ziele, um kommunistische Tendenzen in den neuen Staaten zu unterbinden – zur Not auch mit militärischer Gewalt.⁶³ In der Konsequenz ergab sich für die Metropolen dadurch jedoch das Problem, die Industrialisierung der ehemaligen Kolonien nur bis zu einem gewissen Grad ermöglichen zu können, um nicht selbst in Konkurrenz mit ihnen treten zu müssen.⁶⁴ Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Probleme, vor denen Togo wie eingangs geschildert stand, erklärt M. A. Thomas damit, dass

60 Vgl. Go Africa Online, Supermarchés Togo, URL: <https://www.goafricaonline.com/tg/annuaire/supermarches> (abgerufen am 10.1.2024).

61 Siehe McMichael, *Development and Social Change*, S. 55. Nugent bezeichnet den Prozess als »development package«, siehe Nugent, *Boundaries, Communities and State Making*, S. 328–330.

62 Siehe Rostow, *The Stages of Economic Growth*.

63 Siehe Eckel, Jan: *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, 2. Aufl., Göttingen 2015, S. 323.

64 Siehe Thomas, *Govern like us*, S. 54.

»the economy built under colonial policies was not the economy that would serve an independent country well [...] The export-based economy focused narrowly on just a few primary products, leaving the economy vulnerable to swings in world prices. While some infrastructure was built, it was in the service of moving products to the port where such existed and moving troops to the interior.«⁶⁵

Die Hauptexportgüter Togos 1960 waren Kaffee, Kakao und Phosphat, wobei letzteres in den nächsten Jahrzehnten zum wichtigsten Exportgut des Landes werden sollte. Die mangelnde Diversifizierung in der Produktion ist bis heute der Grund für die nach wie vor zum größten Teil subsistenzbasierte Wirtschaft. Auf politischer Ebene war die Unabhängigkeit Togos mit der Eingliederung in das von Mocombe so genannte »food aid regime« verbunden, das die Agrar- und Rohstoffexporte in die westliche Welt lenkte, während im Gegenzug Nahrungsmittel- und finanzielle Hilfen in das Land zurückflossen.⁶⁶ Die eher kosmetischen und wenig plausiblen Vorschläge, um die Ernährungssituation zu verbessern, verblassten angesichts der gigantischen Infrastrukturprojekte wie dem Tiefwasserhafen oder dem großangelegten Phosphatabbau in Zentral- und Nordtogo, die der Exportwirtschaft und Markterschließung zugutekommen sollten. Wie Paul Mocombe hervorhebt,

»the outsourcing of these manufacturing and industrial jobs by the First World to take advantage of the urban underemployment and low-wage economy caused by the de-agriculturalization of Third World countries fueled First World [...] agribusinesses that channeled food surpluses, under a 'food-aid-regime' to Third World countries.«⁶⁷

Schads und Hupfauers Magazin Togo-Studie markiert auch den Beginn des bundesdeutschen Engagements in Togo, das sich bis Anfang der 1970er Jahre zu einem Konvolut von miteinander verbundenen, teilweise widersprüchlichen und häufig schlecht geplanten Maßnahmen der Entwicklungshilfe sowie der Wirtschafts- und Kapitalhilfe ausformen sollte.⁶⁸ Das unreflektierte Narrativ dieser von deutschen Experten geleisteten »Hilfe zur Selbsthilfe«, die ehrliche Unterstützung und gleichberechtigte Arbeit beim Aufbau der postkolonialen Wirtschaft und Ge-

65 Ebd.

66 Siehe Mocombe, *Capitalism, Lakouism, and Libertarian Communism*, S. 107.

67 Ebd.

68 Dieses Problem wurde bereits zu Beginn der 1970er Jahre eingehend untersucht und die Rolle des BMZ kritisch beleuchtet. Siehe Kebschull, Dietrich: *Entwicklungspolitik. Eine Einführung*, Düsseldorf 1975 [1. Aufl. 1971], S. 111-113.

sellschaft leisten sollte, stellte dennoch gemeinhin die Meistererzählung der Entwicklungspolitik der 1960er und 1970er Jahre dar.⁶⁹ Gleichwohl blieb die Verquickung von handfesten Wirtschaftsinteressen und altruistisch erscheinender Entwicklungshilfe die Norm – ein Beispiel dafür ist der Bau des Tiefwasserhafens Lomé, der im nächsten Kapitel behandelt werden soll. Die Doppeldeutigkeit des Projekts, das einerseits als »deutsches Schaufenster« die unzweifelhaft vorhandenen, über Jahrzehnte kultivierten Sympathien der Bevölkerung für (West-)Deutschland verstärken sollte, andererseits durch die Konfrontation mit den lokalen Verhältnissen an den eigenen, überzogenen Ansprüchen scheitern musste, macht die Magasin Togo-Studie zu einem frühen Beispiel dieses Dilemmas entwicklungspolitischer Maßnahmen. Schad und Hupfauer, die sich selbst durchaus als Experten betrachteten, verkörperten jenen Typus des Sachverständigen, der durch wissenschaftliche Expertise die Transformation der afrikanischen Wirtschaften anleiten sollte – ohne Rücksicht auf die sozialen und politischen Konsequenzen und mit Rückendeckung der bisweilen kurzfristig und egoistisch handelnden lokalen Eliten. Mit dem Aufkommen des »Entwicklungsexperten«, der nicht nur Togo von der kolonialen Subsistenzlandwirtschaft zur »modernen« industriellen Massenfertigung bringen sollte, machte sich der Einfluss des Kalten Kriegs wesentlich stärker und unmittelbarer bemerkbar als durch außenpolitische Entscheidungen der Metropole. Partha Chatterjee vermerkt hierzu, dass

»Development economics from the 1950s, led by US economists, tried to depoliticize the process of development and bring it under the aegis of technical experts. This was the result of the Cold War apprehension that mass unemployment and poverty in the third world might lead to the rise of the dangerous classes and the success of communist movements.«⁷⁰

Auf togoischer Seite hatte sich eine kolonisierte Bourgeoisie, die in den USA oder Europa ausgebildet wurde, dem »development project« verschrieben und dafür paradoxerweise nicht den Anschluss an die ehemalige Kolonialmacht gesucht, sondern an die davor herrschende – ein Vorgehen, das Olympios Präsidentschaft aufgrund seiner Abneigung gegenüber Frankreich insgesamt charakterisierte. Die schweren wirtschaftlichen Probleme, die aus dem rapiden Bevölkerungswachstum resultierten,

69 Siehe Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 15.

70 Siehe Chatterjee, Partha: Vorwort zu Sanyal, Kalyan: *Rethinking Capitalist Development. Primitive Accumulation, Governmentality and Post-Colonial Capitalism*, New Delhi 2007, S. ix-xv, hier S. xii.

hauptsächlich aber das Produkt einer aufoktroierten Cash-Crop-Exportwirtschaft waren, wurden von der CUT-Regierung unter der verfehlten Prämisse angegangen, der Bevölkerung – und vornehmlich sich selbst – mit dem Kaufhaus einen europäischen Lebensstil bieten zu können und so ohne handfeste strukturelle Eingriffe in die Wirtschaft plötzlich Zugang zu Nahrungsmitteln und Konsumgütern zu erhalten. Allerdings war die desolate Ernährungssituation, die Schad und Hupfauer in der Studie ja selbst feststellten, ein wesentlich dringenderes politisches Problem, das darüber hinaus nicht durch den Verkauf von Küchengeräten oder Möbeln zu lösen war. In politischer Hinsicht stellt sich das Magasin Togo-Projekt insofern nur als Volte Olympios dar, mit dem er einerseits die Wünsche der elitären Kreise Lomés erfüllen, andererseits die französischen Unternehmen vor Ort – und ihren wirtschaftlichen Einfluss – schwächen wollte.

Neben der preiswerten Versorgung mit Konsumgütern, auf die sich die togoischen wie auch deutschen Beteiligten einigen konnten, sollte das Magasin Togo auch ein »Stück Deutschland« nach Lomé bringen: in Form einer damit quasi-kommodifizierten Kolonialnostalgie der togoischen politischen Eliten wie auch des deutschen Wunsches, wirtschaftlichen und politischen Einfluss miteinander zu verbinden. Die durchgeplante und wissenschaftlich untermauerte Gestaltung des Warenhauses – bis hin zur psychologischen Untersuchung des Namens – stand im krassen Gegensatz zu den lokalen ökonomischen Strukturen und wurde der Bedeutung eines Marktes über die ökonomische Ebene hinaus schwerlich gerecht.

Die Autoren betrachteten die in Lomé existierenden Märkte als chaotische »Hypertrophie des Handels«, der sie eine »akzentuierte, architektonische Leistung« entgegensetzen wollten, welche mit »zweckdienlichen Räumen [und] sachverständiger Anordnung« die »schattige Stelle am Straßenrand« ersetzen sollte.⁷¹ Die sozialen und politischen Aspekte des Marktes, die sich gemeinhin einer Kommodifizierung entziehen, wie beispielsweise die historische Funktion als Heiratsmarkt oder Ort der Herstellung einer politischen Öffentlichkeit, wurden vernachlässigt oder schlicht als ökonomisch irrationales Verhalten abqualifiziert.⁷² In der westlichen Welt wurden diese Funktionen, die ein nach gänzlich anderen Regeln funktionierendes Kaufhaus naturgemäß nicht bieten kann, durch andere Institutionen ersetzt. Der soziale Charakter des Marktes wich hier,

71 Siehe Schad/Hupfauer, Bericht, S. 21.

72 Zur politischen Funktion des Marktes siehe Bahrdr, Hans-Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Wiesbaden 1998 [1. Aufl. 1961], S. 83.

wie Kathleen Kern herausgearbeitet hat, dem »Erlebnis« des Shoppings.⁷³ Angesichts der sozialen Situation wirken Vorschläge zur Klimatisierung der Verkaufsräume als Alleinstellungsmerkmal des Magasin Togo weltfremd.⁷⁴ Das generelle Desinteresse an der Situation im Land wird weiterhin exemplarisch in einem Schreiben Hupfauers an das BMWi verdeutlicht, der seine Stellung nutzen wollte, um staatliche Subventionen für ihm bekannte Unternehmer zu erhalten. Das »technisch/kaufmännische Management bei gleichzeitiger Beteiligung an solchen ausländischen Firmen zu übernehmen«, sei im Interesse diverser, Hupfauer bekannter deutscher Unternehmen, die im Gegenzug allerdings nicht nur die »heute mögliche 80 %-Versicherung« wollten, sondern darüber hinaus eine »direkte Hilfe durch entsprechende steuerliche Vergünstigungen«.⁷⁵

Im Hinblick auf die von deutscher Seite noch geplanten Megaprojekte und die groß angelegte Einbindung der togoischen politischen Eliten in den Kampf gegen den Kommunismus mag das Magasin Togo nur eine Randnotiz sein. Die von der Realität entfremdete Planung und die mit den neuen Verhältnissen verknüpften globalen Entwicklungen stehen jedoch exemplarisch für die Transformation der deutsch-togoischen und westlich-afrikanischen Beziehungen insgesamt. Das Magasin Togo ist somit ein Symbol für das Bestreben der westlichen Welt nach 1960, durch die Erschließung neuer Märkte und insbesondere neuer Produzenten und Konsumenten in den ehemaligen Kolonien dauerhaft und nachhaltig Fuß zu fassen.

3.2. Der Port Autonome de Lomé

Am 21. November 1962 traf der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai Uwe von Hassel, zu einem offiziellen Staatsbesuch in Lomé ein. Zehntausende Menschen hatten sich entlang der neun Kilometer langen Route vom Flugplatz zum Präsidentenpalast versammelt, um mit enthusiastischen »Ablodé«-Rufen und einem vielstimmig gesungenem »Vive le Togo, vive la République Fédérale d'Allemagne« die Durchfahrt des

73 Siehe Kern, Kathleen: *Heterotopia of the Theme Park Street*, in: De Cauter, Lieven/Dehane, Michiel (Hg.): *Heterotopia and the City. Public Space in a Postcivil Society*, London 2008, S. 105-116, hier S. 105.

74 Siehe Schad/Hupfauer, Bericht, S. 19.

75 Siehe Brief Theodor Hupfauers an Dr. Gustav Fremerey, Präsident des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft, Meine Togo-Reise gemeinsam mit Herrn Devisenberater H. Schad/Frankfurt im November/Dezember 1961, 22. Januar 1962, BArch Koblenz B 102 121706, S. 2.

Konvois zu begleiten.⁷⁶ Über fünf Tage war von Hassels Besuch »das beherrschende Thema in Presse und Rundfunk« und extra gedruckte Flugblätter brachten alle von ihm gehaltenen Reden und Ansprachen in vollem Wortlaut unter die Bevölkerung.⁷⁷ Selbst der gemeinhin in nüchternem, etwas sprödem Stil an das Auswärtige Amt berichtende Botschafter Török konnte sich der allgemeinen Euphorie nicht entziehen und bedachte von Hassel mit Floskeln voll des Lobes: Er habe es »meisterhaft verstanden«, sich auf die Zuhörer einzustellen, und mit den Menschen »angenehme, aufgelockerte und nutzbringende« Unterhaltungen geführt; weiterhin sei er ein Mann, der »ein Herz für Afrika und die Afrikaner« habe und dessen Besuch einen »unschätzbaren Wert« für die Stellung der Bundesrepublik in Togo habe.⁷⁸

Was aber war die Ursache für die ungewöhnlich große Freude über von Hassels Besuch? Neben der Übergabe von Fahrzeugen für die togosche Post und der Einrichtung einer Ambulanz diene von Hassels Visite vor allen Dingen der Grundsteinlegung des unter bundesdeutscher Federführung geplanten Tiefwasserhafens, der später als Port Autonome de Lomé bezeichnet wurde.⁷⁹ Mit einer projektierten Umschlagsleistung von 300.000 Tonnen jährlich sollte der Hafen mit zwei großen Frachterminals zum Drehkreuz des westafrikanischen Handels gemacht werden und gleichzeitig den Im- und Export der Nachbarstaaten Togos erleichtern. Nach dem 1958 fertiggestellten Stahlwerk Rourkela im indischen Odisha war der Port Autonome de Lomé das zweite Großprojekt, das von einem deutschen Firmenkonsortium im Auftrag des BMWi, des erst kurz zuvor gegründeten BMZ und des Auswärtigen Amts im Globalen Süden realisiert wurde.⁸⁰ Nach einigen Verzögerungen bei der Planung und Vergabe an die in der »Arge Hafenbau« zusammengeschlossenen Bauunternehmen begann der Bau des ersten Abschnitts mit der Aufschüttung des Gesteins für die Mole schließlich im Jahr 1964.

Die Entscheidung zur Finanzierung des nach mehreren Kostenüberschreitungen schlussendlich 73 Millionen DM teuren Hafens beruhte in-

76 Siehe Bericht Alexander Töröks an das Auswärtige Amt, Staatsbesuch des Herrn Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai Uwe von Hassel, in Togo, 28. November 1962, BArch Koblenz B122 5350, Mikrofiche, Fiche 6, Bl. 334. »Abloché« ist in der Ewe-Sprache etwa gleichbedeutend mit »Freiheit«.

77 Ebd.

78 Ebd., Bl. 335 f.

79 Ebd.

80 Siehe Meher, Rajkishor: Basic Amenities and Quality of Life in an Urban Industrial Complex. A Case Study of Rourkela, in: Mohanty, Bidyut (Hg.): Urbanisation in Developing Countries. Basic Services and Community Participation, New Delhi 1993, S. 213-232, hier S. 215.

des nicht auf altruistischen Zielen der deutschen Akteure. Neben dem Umstand, dass Togo aufgrund seiner auf die Bundesrepublik bezogenen Außenpolitik und des strikten Antikommunismus als idealer Kandidat für die Etablierung und Erprobung der entwicklungspolitischen Ansätze diente, verbanden sich im Hafenprojekt Wirtschaftsinteressen, Modernisierungsdenken und der Anspruch, das Land im Sinne der Hallstein-Doktrin zum antikommunistischen »Pfeiler« des westlichen Bündnisses in Afrika zu machen. Gleichzeitig artikulierten die togoischen Regierungen – die bis zur Vollendung des Hafens drei Mal wechselten – die mit dem Projekt verbundene Hoffnung, durch eine Modernisierung des Handels und einer damit verbundenen Steigerung der Wirtschaftsleistung den beiden größten sozialen Problemen der 1960er Jahre, Massenarbeitslosigkeit und Hungerkrisen, begegnen zu können. In diesem Kapitel wird anhand der hier skizzierten Grundlage der Frage nachgegangen, welche Bedeutung der Hafen für die Bundesrepublik als auch für Togo hatte und wie sich die Sichtweisen und die mit dem Hafen verbundenen Erwartungen während der Bau- und Betriebszeit unter bundesdeutscher Leitung wandelten. Die Perspektiven der Bundesrepublik hinsichtlich Entwicklungspolitik, Hallstein-Doktrin und wirtschaftlichen Interessen werden im Kontext des Hafenprojekts näher beleuchtet. Daneben wird untersucht, welchen Einfluss globale und nationale Transformationsprozesse während der 1960er Jahre auf das Projekt hatten und wie diese Prozesse sich in der Ausgestaltung des Projekts widerspiegeln.

Der Hafen wurde nicht als »weißer Elefant« im Vakuum einer von modernisierungstheoretischen Vorstellungen getriebenen Infrastrukturplanung projiziert, sondern war bereits zu Beginn der deutschen Kolonialzeit in Togo Bestandteil infrastruktureller Planungen.⁸¹ Im Jahr 1901 ließ die deutsche Kolonialverwaltung in Lomé eine Wharf, eine Art befestigte Landungsbrücke, errichten, um das Ein- und Ausladen von Baumaterialien, Nahrungsmitteln, Gerätschaften, aber vor allem von Truppen und militärischer Ausrüstung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Daran anknüpfend bildet die koloniale Perspektive als Untersuchungsgegenstand des Kapitels einen Schwerpunkt. Die zeitgenössisch in den bundesdeutschen Ministerien häufig artikulierte »koloniale Unbelastetheit«, mit der der Aufbau besonders enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den neuen Staaten des Globalen Südens eine Rechtfertigung erfuhr, stand dabei in diametralem Gegensatz zur kolonialen Kontinuität des Hafens. Im Hinblick auf dieses Spannungs-

81 Vgl. van Laak, Dirk: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.

feld zwischen Unbelastetheit und Kontinuität soll die Außenwirkung des Hafenprojekts analysiert werden. Wie reagierten französische Akteure auf den Bau? Wie gingen die togoischen und bundesdeutschen Akteure mit der Frage der kolonialen Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Hafenprojekt um? In den späten 1950er Jahren hatte die Autonomieregierung von Sylvanus Olympio die Frage des Hafens dahingehend bereits zur »Überlebensfrage« des unabhängigen Togo gemacht. Sie hoffte auf die Unterstützung der Bundesrepublik, da die französische Kolonialverwaltung die Finanzierung des Projekts verweigert hatte. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Togo, der Bundesrepublik und Frankreich ergab sich daraus ein dreifaches Spannungsfeld aus politisch erwünschter europäischer Annäherung, wirtschaftlicher Konkurrenz und dem Streben nach Souveränität im postkolonialen Kontext.

Ein weiterer Eckfeiler der bundesdeutschen Interessen in Afrika war die Hallstein-Doktrin. Neben den angesprochenen wirtschaftlichen und außenpolitischen Aushandlungsprozessen, die das Hafenprojekt und allgemein die Etablierung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik begleiteten, hatte die sicherheitspolitische Perspektive eine hohe Relevanz. Die Sorge, dass die DDR von den 1960 unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten politisch anerkannt werden könnte, bewirkte während der 1960er Jahre eine starke Einbindung der Entwicklungspolitik in wirtschafts- und sicherheitspolitische Entscheidungen.⁸² Wie im vorherigen Kapitel angesprochen, sollten die von der Bundesrepublik durchgeführten Projekte einen entwicklungspolitischen Schaufenstereffekt erzeugen, der die Westbindung der jeweiligen Staaten stärken sollte. Siegmund Schmidt bemerkte in diesem Zusammenhang, »die Durchsetzung des deutschlandpolitischen Alleinvertretungsanspruchs der BRD bestimmte die Ausrichtung der deutschen EZ [Entwicklungszusammenarbeit] und damit auch die Beziehungen zu den jungen afrikanischen Staaten«.⁸³ Angesichts dieses Befundes stellt sich für das Hafenprojekt die Frage, welche Rolle die Hallstein-Doktrin für die Konzeption spielte. Wie beeinflusste der Ost-West-Konflikt die Planungen und die Ausgestaltung des Hafens und welche Erwartungen waren in dieser Hinsicht für die bundesdeutschen Akteure mit dem Bau verbunden?

82 Vgl. Bohnet, Michael: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen, Konstanz 2015, S. 112.

83 Siehe Schmidt, Siegmund: Afrika südlich der Sahara, in: ders./Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 532-544, hier S. 534. Ähnliche Argumentationen finden sich bei Cahn, *Décolonisation française et relations franco-allemande*, S. 142; Diebold, Hochadel und Kolonialismus, S. 270.

Die Aktenüberlieferungen der beteiligten Ministerien zeigen darüber hinaus, welche Personen als Sachverständige durch die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer (Gawi) und den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) nach Togo entsandt wurden. Die Berichte der im Rahmen des Hafenprojekts auf der Baustelle, in der Verwaltung oder im Fischereiprojekt angestellten deutschen Sachverständigen, aber auch der Mitarbeiter der beteiligten Ministerien offenbaren Einblicke in deren zeitgenössische Wahrnehmung der Verhältnisse und der Menschen in Afrika und Togo. Dabei geben die Dokumente Aufschluss über die persönlichen Motivationen und Konflikte persönlicher oder institutioneller Natur. Ivan Illich stellte dahingehend die These auf, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sei die Epoche der »entmündigenden Expertenherrschaft«, in der Experten ihre Macht daraus erhielten, ein Gefühl des »Mangels« zu verbreiten und »monopolistische« Wege zu propagieren, um den »Mangel« abzuschaffen.⁸⁴ Die bundesdeutsche entwicklungspolitische Experten herrschaft soll dabei anhand einzelner Akteure in den jeweiligen Teilprojekten des Hafens näher untersucht werden.

Die Ursprünge des Port Autonome de Lomé

Um die Jahrhundertwende endete die von Markus Seemann als »kolonialer Scheinfriede« bezeichnete Periode, die seit der Ankunft der deutschen Kolonialherren in Togo nur äußerst begrenzte Einmischungen in die lokalen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zugelassen habe.⁸⁵ Nachdem die koloniale Infrastruktur entsprechend ausgebaut worden war, ging die deutsche Kolonialverwaltung zu einer expansionistischen Eroberungsstrategie in Richtung Norden über. Zwischenzeitlich hatte sich die politische Bedeutung der Togo-Kolonie vergrößert, sodass die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit den angrenzenden Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich aus Sicht des Gouverneurs August Köhler eine schnelle und effektive Abgrenzung des Hinterlands er-

84 Siehe Illich, Iwan: Entmündigende Experten herrschaft, in: ders. (Hg.): Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe, Hamburg 1979, S. 7-35, hier S. 13-15, zit. n. Büschel, Hubertus: Die Moral der ExpertInnen. Krise und Reform in der westdeutschen »Entwicklungshilfe« und der ostdeutschen »Solidarität« in Afrika südlich der Sahara der 1960er und 1970er Jahre, in: Journal für Entwicklungspolitik 26 (2010) H. 3, S. 29-50, hier S. 32.

85 Siehe Seemann, Markus: Julius Graf Zech. Ein Kolonialbeamter in Togo, Hamburg 2012, S. 29.

forderlich machte.⁸⁶ Die Sicherung des dafür benötigten militärischen Nachschubs erfolgte während dieser Zeit mithilfe von kleinen Booten, die das erforderliche Material von den vor der Küste ankernden Frachtern an den Strand brachten. Angesichts der gefürchteten, »Kalema« genannten Meeresströmungen führte dieses Vorgehen zu häufigen Ladungsverlusten und Todesfällen.⁸⁷ Vorgeschobene Militärposten und Versorgungsbauwerke, die zur Absicherung der Herrschaft im Norden errichtet wurden, sorgten für ein ständig steigendes Fracht- und Personenaufkommen, so dass die ohnehin hohen Unfallzahlen noch weiter stiegen. Angesichts der Probleme durch die Meeresströmungen und des Ziels, militärisches Material in großem Stil zu organisieren, beauftragte Köhler 1899 den Regierungsbaumeister Georg Schmidt mit der Errichtung einer Wharf in Lomé. Dabei handelte es sich um eine Art befestigte Landungsbrücke, die über die gefährliche Brandung hinausragen und so eine Abfertigung der Frachter und Passagierdampfer auf See ermöglichen sollte.⁸⁸ Im Jahr zuvor hatten Großbritannien und Frankreich nach dem Ende der Faschodakrise den Sudanvertrag unterzeichnet, in dem die territorialen Ansprüche beider Kolonialmächte einvernehmlich festgelegt worden waren. Angesichts der daraus resultierenden Gefahr für die ohnehin schwache Position der Togo-Kolonie gegenüber den angrenzenden Kolonien Gold Coast und Dahomey erhielt der Bau der Wharf eine besondere politische Dringlichkeit, um etwaigen Interventionen britischer oder französischer Truppen im togoischen Hinterland begegnen zu können.

Die Wharf wurde nach verhältnismäßig kurzer Bauzeit 1904 fertiggestellt. Über einen integrierten Gleisanschluss konnten Fracht und Passagiere mit der zeitgleich errichteten Eisenbahn aufs Festland gebracht werden. Die Wharf hatte durch die Eisenbahn generell massiv an wirtschaftlichem Stellenwert gewonnen, da die seit den 1890er Jahren gegründeten deutschen Handels- und Pflanzungsgesellschaften ihre auf den Plantagen in der Plateaux-Region angebauten Cash Crops so vergleichsweise leicht zu den wartenden Frachtschiffen transportieren konnten. Die Errichtung der Bahnlinien durch mehrere zehntausend togoische Zwangsarbeiter wurde unterdessen von einem Landraub im großen Stil begleitet, der von deutschen Geschäftsleuten mit Rückendeckung der Kolonial-

86 Siehe Sebald, Peter (Hg.): Valentin von Massow: Die Eroberung von Nordtogo 1896-1899. Briefe und Tagebücher, Bremen 2014, S. 22.

87 Siehe Seemann, Julius Graf Zech, S. 29.

88 Siehe Vogenbeck, Peter: Die Landungsbrücke in Lomé und die Einsturzkatastrophe von 1911, URL: <https://www.petervogenbeck.de/articles/articledocs/TogoLandungsbruecke.pdf>, (abgerufen am 5.1.2024), S. 5.

abteilung des Auswärtigen Amts durchgeführt wurde.⁸⁹ Dazu schlossen sie – meist unter Androhung von Gewalt durch die »Schutztruppe« – illegitime Verträge mit den lokalen Chiefs ab, deren Land den Grundstein für die Plantagenwirtschaft bildete.⁹⁰ Die von der größten deutschen Pflanzungsgesellschaft, der 1902 gegründeten Deutsch-Togo-Gesellschaft (DTG), aufgebauten Plantagen verschafften der Kolonie einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, der später zum zentralen Bestandteil des »Musterkolonie«-Mythos wurde.⁹¹

Die hohen Belastungen, denen die Wharf durch die Strömungen und Witterungsverhältnisse, aber auch durch die Eisenbahn über die Jahre ausgesetzt war, ließ sie schließlich im Jahr 1911 unter einer Flutwelle zusammenbrechen. Eine schnell errichtete, größere Neukonstruktion von 350 Metern Länge und mit Pfeilern aus Stahlbeton ersetzte schließlich die alte Wharf und war bis 1914 in Betrieb. Bereits zwei Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs begannen britische und französische Truppen von Westen und Osten in das Gebiet der Togoland-Kolonie einzumarschieren und kämpften sich entlang der Bahnstrecke Lomé-Blitta, der ehemaligen »Baumwollbahn«, nach Süden vor, um die für die Kommunikation mit den Kolonien entscheidende Funkstation Kamina und schließlich Lomé zu erobern. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Aufteilung der Togo-Kolonie zwischen Frankreich und Großbritannien wurde die Wharf vom französischen Gouverneur Bonnetcarrière zunächst weitergenutzt, bis auch sie 1924 von einem Tornado zerstört wurde. Er ließ eine weitere, aus Stahl gefertigte Landungsbrücke anstelle der zerstörten errichten, deren Kosten mit 6,3 Millionen Francs für damalige Verhältnisse sehr hoch waren.⁹² Um die hohen Ausgaben zu rechtfertigen, sollten pro Jahr 400.000 Tonnen an Gütern umgeschlagen werden – eine Menge, die nur von Togo und Dahomey gemeinsam erreicht werden konnte. Das prinzipiell geringe Interesse der französischen Verwaltung an Togo wird daran deutlich, dass bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keinerlei Anstrengungen zur Umsetzung dieses Plans unternommen wurden. 1951 wurden schließlich vom Meerestechniker Pelnard-Considère Studien zur Errichtung eines Hafens auf halber Landstrecke

89 Siehe Rutkowski, *Die deutsche Medizin erobert Togo*, S. 43 f.

90 Ebd.

91 Ebd. Sogar der dem Kolonialismus wenig abgeneigte Botschafter Török sprach von »Zwangsarbeit, an der Tausende eingeborener Arbeiter zugrunde gingen«. Siehe Bericht Alexander Töröks an das Auswärtige Amt, Beziehungen zwischen Deutschland und Togo, 31. Dezember 1959, PA AA, AA, B24 240, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 7.

92 Vgl. Kouévi, *Hippolyte: Port Autonome de Lomé*, 1970, BArch Koblenz, B213 21819, S. 7.

zwischen beiden Grenzen, etwa auf Höhe Anehos, durchgeführt.⁹³ Die Untersuchungen blieben allerdings folgenlos, da diverse geografische Faktoren gegen den Bau eines togoisch-dahomeischen Hafens sprachen. Keiner der untersuchten Küstenabschnitte bot geologische oder hydrologische Vorteile gegenüber den Standorten der togoischen beziehungsweise der seit 1905 bestehenden Wharf in Dahomey. Darüber hinaus waren die Einwohner von Lomé und Cotonou zwischenzeitlich wirtschaftlich stark von den Landungsbrücken abhängig geworden, sodass eine Zusammenlegung ökonomisch widersinnig erschien. Die französische Kolonialverwaltung entschied daher, einen Hafen in Cotonou zu bauen, der Güter aus und für Togo über eine noch zu errichtende, 150 km lange Eisenbahnstrecke an der Küste annehmen sollte.⁹⁴

Mit der sich ab Mitte der 1950er Jahre abzeichnenden Unabhängigkeit beider Länder verschoben sich die Planungen indes, da die projektierten Kosten des Hafens in Cotonou zwischenzeitlich stark angestiegen waren. Berechnungen ergaben zudem, dass der Bau der Eisenbahnstrecke in etwa gleich viel kosten würde wie der erste Bauabschnitt eines eigenen Hafens in Lomé.⁹⁵ Die Entdeckung reichhaltiger Phosphat- und Bauxitvorkommen im Jahr 1953, deren mögliche Fördermenge auf bis zu eine Million Tonnen pro Jahr geschätzt wurde, lieferten weitere wirtschaftliche Argumente, um einen eigenen Hafen an der togoischen Küste zu realisieren.⁹⁶ Der spätere Präsident Olympio, der nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 1958 die Schaffung eines ausgeglichenen Staatshaushalts als notwendige Bedingung für die Unabhängigkeit in das Zentrum seiner Wirtschaftspolitik stellte, betrachtete den Export der Rohstoffe als wichtige Stütze des wirtschaftlichen Programms. Französische Unternehmen, die Phosphat abbauten, sollten daher künftig höhere Lizenzgebühren be-

93 Ebd.

94 Vgl. Gutachten von Erich Lackner, Neuer Tiefwasserhafen Lomé. Entwicklung, Planung, Bauausführung, 1967, BArch Koblenz Br08 41991, S. 2. Lackner, der in Österreich geboren und 1934 am Juli-Putsch teilgenommen hatte, war im Rang eines Rottenführers der SA ab 1943 Bauleitender Ingenieur des U-Boot-Bunkers »Valentin« in Bremen. Nach 1945 war er für den Wiederaufbau kriegszerstörter Häfen verantwortlich und machte sich anschließend mit einem Unternehmen zur Planung von Hafenanlagen selbstständig, 1964 wurde er Direktor des Instituts für Grundbau, Bodenmechanik und Energiewasserbau der Universität Hannover. Vgl. Denkort Bunker Valentin, Biographie Erich Lackner, URL: <https://www.denkort-bunker-valentin.de/biografien/erich-lackner/> (abgerufen am 10.1.2024).

95 Ebd.

96 Siehe United Nations Technical Assistance Board, Living Conditions in the Republic of Togoland, 3. Februar 1960, BArch Koblenz Br161 494, S. 35.

zahlen, die dem Staatshaushalt zugutekommen sollten.⁹⁷ Von diesen Plänen aufgeschreckt, erteilte die Verwaltung in Paris der Idee eines togoischen Hafens eine endgültige Absage und konzentrierte sich trotz der hohen Kosten fortan ausschließlich auf den Bau des Hafens in Cotonou.⁹⁸

Derart brüskiert, plante die togoische Autonomieregierung, ein Abkommen mit der Bundesregierung zu verhandeln, um Hilfe beim Bau des Hafens zu erhalten. Die mittlerweile über 30 Jahre alte Wharf in Lomé erwies sich zunehmend als unterdimensioniert, was insbesondere der geringen Tragfähigkeit der Konstruktion und der damit zusammenhängenden langen Dauer der Ladevorgänge geschuldet war. Die Landungsbrücke war angesichts des global enorm gestiegenen Frachtaufkommens zum Flaschenhals für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geworden. Da die Anlagen bereits im 24-Stunden-Betrieb an der Belastungsgrenze arbeiteten, war ein baldiger Zusammenbruch des Systems absehbar. Wenige Wochen nach der Unabhängigkeit reisten daher im Mai 1960 Ingenieure der Firma Lackner aus Bremen nach Lomé, um die Voraussetzungen für den Bau des Hafens zu untersuchen.⁹⁹ Ebenfalls im Mai 1960 tagte in den Räumlichkeiten der Deutschen Afrika-Gesellschaft (DAG) in Bonn der zweite »Togo-Ausschuss«, der nach einem ersten Treffen im Februar des Jahres erörtern sollte, »welche Vorhaben von welcher Seite privat oder amtlich bereits durchgeführt werden oder fest geplant sind«. Auf dieser Grundlage wollte er anschließend Empfehlungen an die Bundesministerien geben.¹⁰⁰ Die Runde unter Oskar Splett von der DAG, die aus Vertreterinnen und Vertretern des DAAD, BMWi, Auswärtigen Amts, Deutschen Industrieinstituts, Deutschen Roten Kreuzes und der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe Köln bestand, regte neben dem Ausbau eines Rundfunksenders und der Vergabe von Praktikantenstellen für togoische Absolventen die Schaffung eines »Masterplans für die Gesamtentwicklung Togos« an und benannte die Maßnahmen für den Hafenbau als wichtigen Teil dieses »Masterplans«.¹⁰¹

Nachdem die technischen Aspekte des Hafens Gestalt annahmen, rückte die Frage der Finanzierung des Großprojekts in den Vordergrund. Der Bau des Hafens war, wie von deutscher und togoischer Seite gewünscht, Gegenstand der Verhandlungen über das deutsch-togoische

97 Vgl. Gayibor, *Histoire des Togolais*, Bd. 4, *Le refus de l'ordre colonial*, S. 223 f.

98 Ebd.

99 Siehe Kouévi, *Port Autonome*, S. 7, und den Bericht Alexander Töröks an das Auswärtige Amt, *Deutsch-togoische Wirtschaftsverhandlungen*, 23. Mai 1960, BAArch Koblenz B213 21750, S. 2.

100 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Togo-Ausschusses vom 17. Mai 1960, S. 3.

101 Ebd.

Wirtschaftsabkommen, das am 20. Juli 1960 in Kraft treten und bis November des Jahres je ein separates Abkommen zur Kapital- und technischen Hilfe nach sich ziehen sollte. Olympio hatte es der französischen Regierung nach wie vor nicht verziehen, dass sie zwei Jahre zuvor zum Schutz der französischen Phosphatkonzerne ihr Veto gegen den Bau in Lomé eingelegt hatte und das Projekt damit beinahe zum Scheitern verurteilt hätte. Gleichzeitig war der französische Hochkommissar für Togo, Georges Spénale, seit dem Ende der 1950er Jahre zum persönlichen Feind Olympios geworden. Spénale hatte sich bei der Wahl zum Premierminister 1958 geweigert, Olympios Wahlsieg anzuerkennen, und ließ sich nur durch die Androhung eines Generalstreiks und den Druck anderer togoischer Parteien dazu bewegen – ein Affront, den Olympio durch die Vergabe des Hafenprojekts an die Bundesrepublik in politisches Kapital umsetzen wollte.¹⁰² Finanzminister Hospice Coco, der neben Außenminister Paulin Freitas für die togoische Seite die Verhandlungen zum Wirtschaftsabkommen führte, betonte dementsprechend gegenüber Botschafter Török und Verhandlungsführer Schlitter, dass »die Entwicklung der Wirtschaft des Landes ohne einen Hafen nicht möglich sei«, und bat darum, dass die deutsche Delegation »sich wenigstens im Grundsatz zur Frage der Finanzierungsmöglichkeiten für einen Hafen in Togo äußern könnte«.¹⁰³ Olympio sekundierte seinem Minister beim Abschluss des Vertrags und erläuterte, er setze beim wirtschaftlichen Aufbau »besondere Hoffnungen« in die Bundesrepublik und lege dabei »nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen« besonderen Wert auf den Hafen.¹⁰⁴ Obwohl Török Bedenken darüber äußerte, dass die französische Botschaft über die Verhandlungen nicht unterrichtet worden war und er selbst den verärgerten französischen Botschafter Henri-Francis Mazoyer informieren musste, bestand Olympio auf den schnellen Abschluss des Abkommens. Die Abneigung Olympios gegenüber Frankreich zeigte sich hierbei deutlich: Ein geplantes vertragliches Pendant mit

102 Siehe Gayibor, Nicoué: *La lutte pour l'indépendance. contexte et acteurs 1945-1955*, in: ders. (Hg.): *Histoire des Togolais. Des origines aux années 1960. Le refus de l'ordre colonial*, Lomé 2011, S. 586 sowie bei Pesnot, Patrick: *Les dessous de la Françafrique*, Paris 2014, S. 104. Der Autor gibt Spénales Vornamen hier allerdings mit »Gaston« an.

103 Siehe Bericht des Botschafters Alexander Török, 23. Mai 1960, BAArch Koblenz B213 21750, S. 2-3.

104 Siehe Bericht Alexander Töröks und Oskar Schlitters an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Delegationsbericht Nummer 3, 22. Juli 1960, Ebd., S. 2.

der französischen Regierung war noch überhaupt nicht an den Beginn der Verhandlungen gekommen.

Die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen offenbarten die unterschiedlichen Sichtweisen und Motive, die von bundesdeutscher und togoischer Seite mit dem Hafenprojekt verbunden waren. Finanzminister Coco war beispielsweise der Annahme, dass die Bundesregierung selbst Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung des Handels habe, und bat Botschafter Török darum, die Möglichkeiten des Exports von Kaffee, Kapokfasern und Maniokstärke, der die »Lebensgrundlage der Bewohner der Nordregion« sei, in die Bundesrepublik zu prüfen.¹⁰⁵ Török entgegnete jedoch, dass dies ausschließlich das Gebiet der privaten Wirtschaft betreffe, und empfahl die Entsendung eines togoischen Kaufmanns in die Bundesrepublik.¹⁰⁶ Die Exporte sollten in französischen Francs bezahlt werden, da es sich dabei im Gegensatz zum CFA-Francs um frei konvertierbare Devisen handelte, die für weitere Investitionen genutzt werden konnten. Wie oben bereits angesprochen, war der CFA-Francs im Verhältnis 1:50 an den französischen Francs gekoppelt. Damit stellte er aus Olympios Sicht ein Hindernis für die Entwicklung der togoischen Wirtschaft dar, denn der feste Wechselkurs sorgte für eine Verteuerung von Importen aus Europa, während für Exporte weniger Einnahmen erzielt wurden.¹⁰⁷ Um diese wirtschaftliche Asymmetrie abzumildern, implementierte die togoische Regierung bereits kurz nach der Unabhängigkeit eine Reihe von Maßnahmen, die die staatlichen Einnahmen erhöhen und gleichzeitig die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich verringern sollten. Dazu gehörte beispielsweise die Einrichtung einer zu 90 Prozent staatlichen Import-Export-Gesellschaft, die laut Botschafter Török »möglichst billige Massenverbrauchsartikel« importieren und »für togoische Waren neue Absatzmärkte« erschließen sollte. Dafür war der Hafen von entscheidender Bedeutung.¹⁰⁸

105 Ebd.

106 Ebd.

107 Zu den makroökonomischen Effekten fester und flexibler Wechselkurse und den Auswirkungen auf Im- und Exporteinnahmen siehe Wienert, Helmut: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2. akt. u. überarb. Aufl., Stuttgart 2008 [1. Aufl. 2001], S. 190.

108 Siehe Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Gründung einer staatlichen Import-Export-Gesellschaft in Togo, 15. November 1961, BAArch Koblenz B116 21750, S. 1.

Die Wharf in Lomé: Wieder unter deutscher Kontrolle

Bis zur Fertigstellung des Hafens musste die alte Wharf unterdessen weiterhin funktionsfähig gehalten werden, da sie nach wie vor die einzige Option für die Abwicklung des Seehandels darstellte. Das Interesse an einem Weiterbetrieb war auf bundesdeutscher Seite gering, da die zuständigen Ministerien den prestigeträchtigen Neubau des Hafens priorisierten. Der entwicklungspolitische Schaufenstereffekt des Projekts sollte zur Erhöhung des politischen Kapitals gegenüber den westeuropäischen Staaten, vor allem aber jenen des Warschauer Pakts beitragen. Darüber hinaus war der genaue Zustand der alten Wharf auf bundesdeutscher Seite vollkommen unbekannt, sodass die zu erwartenden technischen Probleme nicht genauer abzuschätzen waren. Dennoch musste, da die Wharf die einzige Möglichkeit zur Entladung von Seefracht war, der Betrieb unter allen Umständen bis zur Fertigstellung des Hafens sichergestellt werden. Die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer (Gawi), der das Projekt oblag, zeigte ihr geringes Interesse bereits in der im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums im Mai 1961 veröffentlichten Ausschreibung zur »Entsendung eines Hafendirektors als Berater der Regierung von Togo zur Reorganisation des Hafenbetriebs Lomé«, die als »Maßnahme für die Förderung entwicklungsfähiger Länder« voll und ganz auf die künftige Arbeit des Hafens zugeschnitten war.¹⁰⁹ Die Aufgabenstellung blieb unklar, da der Posten des Hafendirektors – wie auch der Hafen insgesamt – bislang nur auf dem Papier existierten. Bei den nautischen Untersuchungen, die seit Anfang 1960 von den Lackner-Ingenieuren durchgeführt wurden, waren darüber hinaus »unvermeidlich[e] Verzögerungen« aufgetreten, sodass der Baubeginn des Hafens weiter verschoben werden musste.¹¹⁰

Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten war mit der Bewerbung des Hamburger Kapitäns Otto Temberg rasch abgeschlossen.¹¹¹ Dieser er-

109 Siehe Schreiben des Mitarbeiters Hesse, Referat Z 5 an das Referat Z 2, Bundeshauptkasse, Haushalt 1961, Kap. 0502 Tit. 669, Auswärtiges Amt, Förderung von entwicklungsfähigen Ländern, 23. November 1961, BAarch Koblenz, B108 41802, S. 1.

110 Siehe Schreiben Horst Dumkes an Otto Roegele, Chefredaktion Rheinischer Merkur, 20. September 1961, PA AA, AA, B 1 121, S. 1.

111 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an die Deutsche Wirtschaftsförderungs- und Treuhandanstalt mbH, Förderung von Entwicklungsländern, Entsendung eines Hafendirektors nach Lomé/Togo, 30. November 1961, BAarch Koblenz, B 108 41802, S. 1 f. – An anderer Stelle wird als einziger infrage kommender Bewerber ein »Beamter des Hafenbauamts Bremen« genannt, der noch hinsichtlich seiner »Tropentauglichkeit und politischen Zuverlässigkeit« überprüft wer-

hielt für das vom Auswärtigen Amt mit 184.100 DM bezifferte Projekt einen – bei der Gawi üblichen – Zweijahresvertrag. Nach einigen Wochen der Vorbereitung trat Temberg im Januar 1962 schließlich die »Tätigkeit eines technischen und nautischen Beraters der togoischen Regierung« in Lomé an. Seine Aufgabe bestand zunächst darin, für die Gawi und das Bundesministerium für Verkehr (BMV) einen ausführlichen Bericht über die infrastrukturellen und nautischen Verhältnisse vor Ort zu verfassen. Direkt nach seiner Ankunft eröffnete ihm der togoische Verkehrsminister Paul Amegee allerdings, dass er künftig den Posten als »Chef Service du Wharf et Phare« vom bisherigen französischen Chef Metayer übernehmen sollte.¹¹² Dabei sollte er nicht mehr nur als Berater tätig sein, sondern die Verantwortung für den Betrieb und die Instandhaltung der gesamten Wharfanlage übernehmen. Eine Klausel in Tembergs wenig präzise abgefasstem Vertrag, die ihn verpflichtete, »auch Aufgaben zu übernehmen, die der vorstehend genannten nicht unbedingt entsprechen, aber im Rahmen seiner Tätigkeit erforderlich werden«, ermöglichte ihm die sofortige Zusage. Nach einigen Monaten der Einarbeitung unter Metayer trat er den Posten schließlich im Mai 1962 an.

Zunächst war Temberg mit dem desolaten Zustand der Wharfanlage konfrontiert, die, wie er bemerkte, noch mit vierzig Jahre alten, dampfbetriebenen Kränen arbeitete und deren rollendes Material kaum mehr zum Weitertransport der abgeladenen Fracht geeignet war. In seinem Bericht an die Gawi klagte er über die »erhöhte Unfallgefahr« und die »Zunahme von Ladungsbeschädigungen«, die durch die zu langsam arbeitenden Kräne verursacht würden, sowie über die Waggons, denen »Türen und Bodenbretter« fehlten und die »große Löcher« an den Seiten aufwiesen.¹¹³ Ausfälle der Leichter und Rangierloks wegen fehlender Ersatzteile, fehlendem Tauwerk und Holz für Reparaturen seien für lange Verzögerungen im Umschlagsbetrieb verantwortlich und führten zu Surchargen von bis zu 30 Prozent, die die knappen Finanzen des Wharfbetriebs stark belasteten.¹¹⁴

den müsse. Anhand der Aktenlage und des auf beiden Dokumenten identischen Datums ist allerdings davon auszugehen, dass es sich hier um eine Verwechslung handelt. Siehe Ausschnitt aus dem Ergebnisbericht des AA über die Sitzung des Interministeriellen Referentenausschusses für Technische Zusammenarbeit und Entwicklungsfragen, 31. Mai 1961, BAarch Koblenz B 213 21817, Bl. 1.

112 Siehe Otto Temberg an den Bundesminister für Verkehr, z.Hd. Herbert Neupert, Abt. Seeverkehr, Bericht über meine Tätigkeit als technischer und nautischer Berater in Lomé/Togo vom 15.1.1962–4.11.1963, 5. April 1964, BAarch Koblenz B 213 21817, S. 1.

113 Ebd., S. 2.

114 Ebd. Als Surcharge wird im Seefrachtbereich allgemein ein Zuschlag verstanden, der für gewisse Aspekte des Warenumschlagprozesses vonseiten der Reedereien

Temberg, der nach eigenen Angaben zwischenzeitlich durch häufigen Kontakt zu Amegee einen gewissen Einfluss in den togoischen Regierungskreisen erlangt hatte, konnte die Reedekommission davon überzeugen, als Sofortmaßnahme die erforderlichen Materialien in Cotonou und Abidjan zu beschaffen. Dieses Vorgehen war zwar mit hohen Kosten verbunden, brachte allerdings innerhalb weniger Wochen den Wharfbetrieb auf ein einigermaßen stabiles technisches Niveau.¹¹⁵ Trotz dieser anfänglichen Erfolge, die Temberg seiner »Anleitung« zuschrieb, kam es häufig zu Störungen des Betriebsablaufs: Rangierloks fielen aus und Ersatzteile mussten teuer und zeitraubend in Frankreich beschafft werden, hinzu kamen wiederholt Konflikte mit den einheimischen Mitarbeitern. Als Temberg aufgrund der technischen Probleme drastische Mehrarbeitszeiten einführte, weigerten sie sich, weiterhin Überstunden zu leisten, und traten in den Streik. Er erwirkte daraufhin bei Vizepräsident Méatchi eine Verfügung, die die Arbeiter zur Arbeit bis spät in die Nacht zwingen sollte. Temberg selbst sah den Grund für die Konflikte indes schlicht in den allgemeinen Unruhen nach der Ermordung Olympios am 13. Januar 1963.¹¹⁶

Auch mit Vorgesetzten, die im Rahmen anderer Projekte aus Deutschland entsandt wurden, geriet Temberg in Konflikt, darunter Bahndirektor Walter Moritz. Auf der Verwaltungsebene war die Wharf der Eisenbahn angegliedert, die wiederum dem Verkehrsministerium unterstand, weshalb Verkehrsminister Amegee weisungsberechtigt gegenüber beiden war. Der vorherige französische Eisenbahndirektor Tollier, mit dem es laut Temberg »niemals zu Differenzen« gekommen sei, war im August 1962 durch Moritz abgelöst worden, nachdem sein Vertrag ausgelaufen und er nach Paris zurückgekehrt war.¹¹⁷ Moritz, der im Rahmen eines seit 1961 laufenden Projekts zur »Entsendung von Beratern, Fachkräften und Ausrüstungen für die togolesische Eisenbahn« mit neun anderen von der Gawi entsandten Deutschen nach Lomé gekommen war, sollte die Funktions-

erhoben werden kann: beispielsweise der Bunker Adjustment Factor zum Ausgleich von Preisschwankungen für Bunkerschweröl während der Fahrt, die War Risk Surcharge, falls ein Frachter Häfen in Kriegs- und Konfliktgebieten anläuft, oder die Special Equipment Surcharge für die Bereitstellung besonderer Ladeausrüstungen. Die von Temberg angeführte Surcharge ist eine Congestion Surcharge, die von den Reedereien bei langen Wartezeiten aufgrund eines überfüllten Hafens erhoben wird und damit Importe erheblich verteuern kann. Vgl. Schäfer&SIS Interlogistik (Hg.): Begriffserklärungen aus dem Seefrachtbereich. Begriffe, Erläuterungen, Zusammenhänge, URL: <https://www.leopold-schaefer.de/wp-content/uploads/sites/23/2019/05/Seefracht-Begriffe.pdf> (abgerufen am 10.1.2024).

115 Siehe Temberg, Bericht, S. 5.

116 Ebd., S. 6.

117 Ebd., S. 8.

tüchtigkeit der Eisenbahn sicherstellen und die Modernisierung der zum Teil aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammenden Waggons, Lokomotiven und Gleisanlagen vornehmen.¹¹⁸ Daneben war er für die reibungslose Anbindung der Eisenbahn an die Wharf verantwortlich, was Temberg allerdings als unzulässige Einmischung in seinen »Hoheitsbereich« betrachtete, weshalb er in seinem Bericht Moritz' Einsetzung scharf und bisweilen polemisch kritisierte. Moritz habe gegenüber einem anderen Deutschen damit gedroht, er wolle »jetzt auf der Wharf aufräumen«, und danach damit begonnen, sich in seine, Tembergs, »Dienstobliegenheiten« einzumischen.¹¹⁹ Wenig erfreut über Moritz' Verhalten habe er ihm erklärt, er solle »sich lieber um seine Eisenbahn kümmern«. Temberg beschwerte sich bei der deutschen Botschaft über die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Einmischung.¹²⁰ Schließlich monierte er, Moritz' »Steckenpferd war die Reduzierung von Personal«: Dieser habe ihn daher aufgefordert, die einzigen beiden Kranfahrer und fünf für die Instandhaltung wichtige Schiffszimmerer zu entlassen, und ihm dann vorgeworfen, er ließe »zuviel Überstunden beim Ausladen der Waggons« machen.¹²¹

Der von Temberg verfasste Bericht über seine Arbeit in der Wharf wie auch der festgehaltene Streit mit Moritz lassen einige Rückschlüsse auf die Beteiligten zu, die als Experten und Sachverständige hohe Anforderungen für den Dienst bei der Gawi erfüllen mussten. Ob es die Angst vor der drohenden Rückkehr nach Deutschland war, oder die Sorge um eine zu geringe Wertschätzung seiner Arbeit, oder aber das Gefühl, nach Baubeginn des Hafens obsolet zu werden: Temberg betonte überaus deutlich die Bedeutung seines Wirkens an der Wharf und die damit verbundene gesellschaftliche Stellung. Die rechtlichen Regelungen waren indes klar, und bei Moritz' Vorgänger Tollier hatte Temberg die Zuständigkeiten der Eisenbahn für die Wharf noch kritiklos akzeptiert. Der Dienstantritt von Moritz wie auch die Probleme mit den togoischen Mitarbeitern trafen zeitgleich auf die »Frontmentalität« Tembergs, der allein und mit wenig Unterstützung die Wharf leitete. Daneben waren etwaige Zukunftsängste nicht unbegründet, da die Vorbereitung der Hafenbaustelle durch Moritz und sein Team bei der Gawi, dem BMV und der deutschen Botschaft eine wesentlich höhere Priorität genießen musste. Die Eisenbahn war 1962

118 Siehe Oberamtsrat Stecker, Vermerk über Technische Hilfe und Kapitalhilfe für Togo, Ressortbesprechung im BMV am 6.6. 1969, 18. Juni 1969, BArch Koblenz B213 8909, S. 1f.

119 Temberg, Bericht, S. 8.

120 Ebd., S. 9.

121 Ebd. Temberg führt hier nicht weiter aus, weshalb Moritz die Entlassungen gefordert haben soll, wie auch der Rest der Anschuldigungen nebulös bleibt.

schließlich so weit, dass ein Gleisabschnitt von der Wharf zu einem 70 km im Landesinneren gelegenen Steinbruch in Betrieb genommen werden konnte und im Anschluss die ersten Aufschüttungsarbeiten begannen.

Die erste Bauphase des Hafens

Die Euphorie, mit der die Einwohner Lomés und die togoische Regierung auf den ersten Spatenstich von Hassels am neuen Hafengelände reagiert hatten, war indes nicht überall verbreitet. Bereits im Februar 1962 erschien in der oppositionellen Zeitung »La Sentinelle« ein Artikel, der das Hafenprojekt auf das Schärfste verurteilte und in den Zusammenhang mit dem deutschen Kolonialismus stellte. Die anonymen Autoren konstatierten, dass das deutsche Volk aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit »eine große Achtung« nur bei jenen genieße, die »nicht die Fähigkeit zur Analyse« besäßen.¹²² Denn obwohl man »in der ganzen Welt weiss, dass die deutsche Geschichte unseres Jahrhunderts eine Geschichte des imperialistischen Krieges, des Eroberungskrieges, eine Geschichte der [sic] Kampfes um Absatzmärkte in Afrika, für den Platz an der Sonne ist, hören die rückschrittlichen Kräfte in Togo nicht auf, die Verdienste Deutschlands als Kolonisator zu rühmen«. Die Autoren bekräftigten im Anschluss, dass Deutschland nun »eifrig bemüht« sei, den aus »fünfzig Jahren kolonialer Bestrebungen herrührenden Heißhunger zu stillen«, der sich »mit grösserer Kraft in [...] [der] Haltung gegenüber dem Hafenbauprojekt in Lomé« zeige. Es sei weiterhin nicht zu verstehen, »dass seine Führer gefunden haben, dass der Bau eines Hafens in Lomé unter den gegenwärtigen Bedingungen der Entwicklung unseres Territoriums vom wirtschaftlichen Standpunkt gerechtfertigt ist, und dass sie den Bau finanzieren wollen«. Die Deutschen »sollen bloß nicht kommen, um unsere junge Nation zu vergiften!«; man müsse »retten, was zu retten [sic] ist«.¹²³ Die Reaktion der togoischen Regierung erfolgte prompt: Olympio plante, im März 1962 in einer Publikation das komplette Ausmaß der ausländischen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen offenzulegen. Török notierte dazu, »dass er zur Begründung seiner deutschfreundlichen Politik die hiesige Öffentlich-

122 Hier und im Folgenden: o. V.: Die Deutschen in Togo. Was sollen wir von den Deutschen in Togo denken?, in: La Sentinelle, 27. Februar 1962, Rohübersetzung Linz, BArch Lichterfelde DY 34 8266. Der Name der Zeitung ist offenbar angelehnt an die zur Zeit der Französischen Revolution von dem Girondisten Jean-Baptiste Louvet de Corvay unter dem Titel »La Sentinelle« herausgegebenen, zeitungähnlichen Flugblätter, die von 1792 bis 1797 gedruckt wurden.

123 Ebd.

keit über die großzügige und uneigennützige Hilfe, die Deutschland seinem Lande gewähre, unterrichten müsse. Auch seien [...] die Beziehungen zwischen Deutschland und Togo infolge der Kolonialzeit so spezieller Art, daß kaum ein anderes Entwicklungsland sich darauf berufen könne.«¹²⁴ Török äußerte zwar seine Sorge, dass das Vorhaben zu »für die Bundesregierung unangenehmen Berufungen anderer Staaten« führen könnte, drang damit aber nicht durch.¹²⁵

Angesichts der zeitgenössisch von der Bundesregierung erhofften »kolonialen Unbelastetheit« und der vorbehaltlosen Zusammenarbeit zwischen der togoischen Regierung und den bundesdeutschen Akteuren stellt sich angesichts der durchaus existierenden widerständigen Stimmen die Frage nach dem Umgang mit der kolonialen Vergangenheit im Kontext des Hafenprojekts. Auch wenn die publizistische Reichweite und gesellschaftspolitische Strahlkraft einer derartigen antkolonialen Haltung gering war, steht das Hafenprojekt schon aufgrund seiner Konzeption als direkter Ersatz für die aus der Kolonialzeit stammende Wharf unmissverständlich in einer kolonialen Kontinuität. Die beteiligten togoischen wie auch bundesdeutschen Akteure bedienten sich dabei unterschiedlicher narrativer Ansätze, um das negative Framing der kolonialen Vergangenheit zu umgehen und den Diskurs auf die »kolonial unbelastete« Zukunft auszurichten.

Die togoische Regierung unter Olympio sah in dem Hafenprojekt im Wesentlichen zwei nutzbringende, teilweise miteinander verbundene Aspekte: Erstens war die wirtschaftliche Perspektive die dominierende, da durch den erhofften Anstieg an Exporteinnahmen die harten Einsparungen der togoischen Austeritätspolitik kompensiert werden sollten. Dies sollte zur Legitimierung der Regierung beitragen, die seit dem Amtsantritt Olympios sukzessive autoritärer geworden war: Nach dem Verfassungsreferendum vom 1. März 1961, das die Auflösung des Abgeordnetenhauses mit sich brachte und die Regierung ermächtigte, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, war die Opposition de facto ausgeschaltet. Botschafter Török wies in einem Bericht über die Entwicklungen darauf hin, »dass nach den Wahlen die Opposition in dem neuen Parlament über keinen einzigen Sitz verfügen wird.«¹²⁶ Olympio selbst bemerkte nur lapidar, die Einparteindiktatur sei ein »leider not-

124 Siehe Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Ausländische Wirtschaftshilfe für Togo, 16. März 1962, BArch Koblenz B 116 21750, S. 1.

125 Ebd.

126 Siehe Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Togoländische Innenpolitik, Verfassung und Neuwahlen, 7. März 1961, Mikrofiche, PA AA, AA, B24 240, Fiche 4, Bl. 306-307.

wendiges Übergangsstadium zur Erreichung einer intellektuellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, die das Einführen eines Zwei- oder Mehrparteiensystems erst ermöglichen würde.¹²⁷ Durch die wirtschaftlichen Versprechungen, die mit dem Hafenprojekt verbunden waren, konnte zumindest ein Teil des zu erwartenden Widerstands ausgehebelt werden, da der Großteil der Bevölkerung wesentlich stärker unter der wirtschaftlich desolaten Situation und der Arbeitslosigkeit litt als unter der politischen Unfreiheit. Zweitens bedeutete der Hafen ein außenpolitisches Faustpfand gegenüber der französischen Regierung, mit der Olympio ein Jahr zuvor aufgrund der Spannungen mit Ghana notgedrungen ein Militärabkommen unterzeichnet hatte.¹²⁸ Wie im vorherigen Kapitel geschildert, war Olympio der Ansicht, dass die Dominanz der französischen Unternehmen durch die Etablierung von Handelskontakten zur Bundesrepublik und zu anderen Staaten gebrochen werden könnte. Zudem erlaubte es der Rekurs auf die französische Kolonialzeit, den Widerstand gegen das Hafenprojekt wie auch gegen seine Regierung als französisch gesteuert darzustellen. Botschafter Török bemerkte dazu, Olympios Sichtweise, nach der die parlamentarische Minderheit keine nationale Opposition sei, sondern »auch weiterhin von Frankreich bezahlt werde und ihre Weisungen aus Paris erhalte«, habe einen »wahren Kern«, da ihre Politiker »durch die frühere Zusammenarbeit mit Frankreich stark kompromittiert sind«.¹²⁹

Für die Bundesrepublik ergaben sich aus dem Hafenprojekt ebenfalls bedeutende sicherheits- und wirtschaftspolitische Perspektiven. Zum einen spielte die Hallstein-Doktrin eine entscheidende Rolle in dem Entscheidungsprozess zur Finanzierung: Der deutsche Botschafter in Accra, Carl-Heinz Lüders, warnte in einem Drahtbericht an das Auswärtige Amt vor den Reaktionen der Nkrumah-Regierung auf den Bau des Hafens. Nkrumah habe ihm gegenüber deutlich betont, dass die wirtschaftliche Planung in Afrika nicht kleinstaatlich, sondern regional erfolgen müsse, und die Bedeutung des ghanaischen Hafens Tema für das Hinterland hervorgehoben, weshalb der Hafen Lomé überflüssig sei.¹³⁰ Alarmiert berichtete Lüders weiter, Nkrumah habe die Einrichtung eines Handels-

127 Ebd.

128 Vgl. Noglo, *Die Legitimität des Staates*, S. 86.

129 Ebd.

130 Siehe Bericht von Botschafter Carl-Heinz Lüders in Accra an das Auswärtige Amt, Besprechung mit Nkrumah. Verhältnis Ghana-Togo, Chi-Brief, 7. Dezember 1962, zit. n. Möller, Horst (Hg.): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962*, 1. Januar bis 31. März 1962, München 2010, S. 2039-2042, hier S. 2039.

delegierten aus Ostberlin als Antwort auf die deutsche Kapitalhilfe für den Hafenbau in Erwägung gezogen sowie darauf hingewiesen, dass jede weitere Hilfe für Togo entsprechende Annäherungen an die DDR nach sich ziehen würde, inklusive der »Anerkennung der SBZ«.¹³¹ Um diesen »neuralgischen Punkt unserer Politik« zu umgehen und Nkrumah potenzielle Druckmittel aus der Hand zu nehmen, schlug Lüders vor, die Entwicklungshilfe für Togo »publizistisch nicht so stark in Erscheinung treten zu lassen« und zukünftig eine »Mehrzahl kleinerer Projekte [...] als ein oder zwei größere Vorhaben« zu realisieren – eine Taktik, die im Hinblick auf den eventuell negativen Einfluss auf die deutsch-französischen Beziehungen ab dem Ende der 1960er Jahre dann generell praktiziert wurde.¹³²

Die mit dem Hafenprojekt verbundenen wirtschaftlichen Ziele wurden nüchtern benannt und blieben auf konkrete Punkte beschränkt: Wirtschaftsreferent Funke von der deutschen Botschaft in Lomé bemerkte zu den wirtschaftlichen Perspektiven, der Hafen werde »rationelles Löschen, Vermeidung von Güterverlusten und Verringerung der Liegezeit der Schiffe« bieten. Durch die projektierte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung könne mit der »Ausdehnung des Außenhandels« gerechnet werden.¹³³ Des Weiteren sei der Hafen dazu geeignet, den Phosphatexport, der bislang nur in loser Form erfolgen könne, sowie die bisher mangelhafte Öl- und Brennstoffversorgung erheblich zu verbessern, wodurch starke »Ansatzpunkte für eine positive Bewertung des Hafenbaus Lomé« gegeben seien.¹³⁴

Die Finanzierung des ersten Bauabschnitts des Hafens in Höhe von 53 Millionen DM war unterdessen bereits abgesegnet, doch gestaltete sich die Verhandlung der Darlehenskonditionen als schwierig. Die bisher nicht vollzogene Unterzeichnung des Abkommens über Kapitalhilfe sorgte auf deutscher Seite für Unklarheiten in Bezug auf das weitere Vorgehen. Da die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einem Gutachten zu dem Schluss gelangt war, dass die togoische Regierung die »local costs« des Hafens in Höhe von 18 bis 20 Millionen DM nicht tragen könne, wurden in einer Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik im Oktober 1962 zunächst die Optionen für die Finanzierung erörtert. Die Teilnehmer, unter ihnen Ministerrat Erdmann (BMWi), Ministerial-

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebd.

¹³³ Siehe Aufzeichnung des Wirtschaftsreferenten Funke von der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Hafenprojekt Lomé, 22. November 1963, BArch Koblenz B 213 21817, S. 1.

¹³⁴ Siehe ebd.

direktor Reinhardt (Auswärtiges Amt) und Ministerialdirektor Sachs (BMZ), diskutierten als Optionen, entweder die 53 Millionen DM als Darlehen über 30 Jahre mit einer zweiprozentigen Verzinsung als Kapitalhilfe zu gewähren oder aber anteilig als Darlehen in Höhe von 30 Millionen DM sowie einer Schenkung in Höhe von 23 Millionen DM, die mit drei Prozent verzinst werden sollten.¹³⁵ Reinhardt war zwar von beiden Konzepten wenig angetan, da sie seiner Meinung nach »so sehr von den Grundsätzen der Kapitalhilfe« abwichen, dass ein Kabinettsbeschluss herbeigeführt werden müsse. Schließlich stimmte er aber einem abgeschwächten Vorschlag zu, der das volle Darlehen beinhaltet und die togoische Regierung gleichzeitig zur Übernahme von 10 Prozent der »local costs« als »Partnerschaftsleistung« verpflichten sollte.¹³⁶ Die grundsätzliche Ausrichtung der Kapitalhilfe sah zwar die Möglichkeit vor, Wirtschaftshilfe zu gewähren, die »nicht unmittelbar im Interesse der deutschen Ausfuhrförderung« liege.¹³⁷ Allerdings belief sich das Volumen des Hafenprojekts auf über ein Drittel des togoischen Bruttoinlandsprodukts, das 1962 bei 133 Millionen Dollar lag, weshalb das Darlehen mit einem hohen Ausfallrisiko verbunden war.¹³⁸ Für die Bundesrepublik, die in den Jahren 1960 und 1961 insgesamt 3,83 Milliarden DM für entwicklungspolitische Zwecke aufgewandt hatte, erwies sich die Höhe des Darlehens als vergleichsweise unbedeutend.¹³⁹

Allerdings durfte der Modus der Finanzierung nicht zu einem Präzedenzfall für andere Kapitalhilfevergaben werden, um nicht den Eindruck einer Bevorzugung der togoischen Regierung zu erwecken. Durch die Anwendung einer »buy german«-Regelung wurde daher verfügt, dass die für die »local costs« zur Verfügung gestellten Devisen »im Wesentlichen für die notwendigen Einfuhren aus der BRD verwendet werden« sollten.¹⁴⁰ Mit diesem Kompromiss, der gemeinsam vom Auswärtigen Amt,

135 Siehe Ausschnitt aus dem Kurzprotokoll über die 52. Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik, 26. Oktober 1962, BArch Koblenz, B 213 21817, S. 1.

136 Siehe ebd.

137 Siehe Dumke, Horst: Anfänge der deutschen Staatlichen Entwicklungspolitik. Eine Korrektur des politischen Bildes, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_913_1.pdf/3f726492-f79c-e900-969b-e30f9584133c?version=1.0&t=1539668172932 (abgerufen am 10.1.2024), S. 35.

138 Siehe International Monetary Fund (Hg.): Togo, Background Material for 1964 Article XIV Consultations, 1. Februar 1965, BArch Koblenz B303 010737, S. 1.

139 Zu Höhe und Umfang der bundesdeutschen Kapitalhilfe von 1950 bis 1961 siehe Köllner, Lutz: Gestalt und Wandel westlicher und östlicher Entwicklungshilfe, in: APuZ 4/1965, S. 27.

140 Kurzprotokoll, 26. Oktober 1962, BArch Koblenz, B 213 21817, S. 1.

dem BMWi und dem BMZ dem Kabinett vorgelegt werden sollte, war die Finanzierung des Projekts schließlich in groben Zügen umrissen – auch wenn die »damit verbundenen Verzögerungen mit Rücksicht auf die für den 20.11.1962 vorgesehene Grundsteinlegung zu bedauern« seien.¹⁴¹ Während die Finanzierungsverhandlungen in der Bundesrepublik damit an ihr Ende gelangt waren, sorgten organisatorische Probleme und die innenpolitischen Entwicklungen in Togo für weitere Schwierigkeiten. Das tödliche Attentat auf Olympio am 13. Januar 1963 und der Putsch der Eyadéma-Junta führten zu einer monatelangen Unterbrechung der Baumaßnahmen. Das innenpolitische Chaos nach dem Putsch machte die Einreise der deutschen und die Anwerbung der togoischen Arbeiter unmöglich, sodass die Organisation der Baustelle brachlag. Die Vergabe der konkreten Bauaufträge an die beteiligten Unternehmen lief nur zögerlich, da es nach wie vor an einem tragfähigen Gesamtkonzept mangelte. Konflikte zwischen den Unternehmensrepräsentanten und den Vertretern des BMV und der deutschen Botschaft in Lomé waren die Folge. Der als Nachfolger von Török angetretene neue Botschafter Seeliger monierte in einem Bericht, die Vergabetermine seien drei Mal nach hinten verschoben worden, zudem sei »ein heftiger Firmenkrieg« entbrannt, bei dem sich die Interessenten nicht scheuten, »alle Einflüsse zum Tragen zu bringen«, schließlich nähmen sogar »Gerüchte über Bestechungen« zu.¹⁴²

Der Staatshaushalt Togos hatte zwischenzeitlich aufgrund der Austeritätspolitik und daraus resultierender fehlender Steuereinnahmen eine Negativbilanz von 1,25 Milliarden CFA-Francs erreicht. Angesichts dieser Lage waren die mit dem Hafenprojekt betrauten Personen im Auswärtigen Amt und den Ministerien davon überzeugt, dass die Regierung Grunitzky in ihrer »schwache[n] Situation« Erfolge benötige, wobei laut Botschafter Seeliger der Hafen nun sogar »zur Lebensfrage« der neuen Administration geworden war.¹⁴³ Obwohl Grunitzky ihm gegenüber erklärte, er müsse sofort seine Koffer packen »wenn er wirtschaftlich rationellere Projekte an die Stelle des Hafenbaus« setze, zeigte die togoische Regierung zunächst wenig Engagement für das Hafenprojekt.¹⁴⁴

Um den grassierenden Unruhen im Land zu begegnen und den Frieden wieder herzustellen, hatte das Projekt der »nationalen Einheit« für die neue Regierung höchste Priorität. Das von Olympio erlassene Ver-

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Siehe Aufzeichnung Botschafter Karl Seeligers, Togo, 22. November 1963, BAArch Koblenz B213 21817, S. 1.

¹⁴³ Siehe Seeliger, Aufzeichnung, S. 3.

¹⁴⁴ Ebd.

bot oppositioneller Parteien wurde aufgehoben, in der Regierung waren nun Vertreter diverser Gruppierungen – insbesondere der »Nordtogo«-Partei Union Démocratique des Peuples Togolais (UDPT) und der inzwischen in PUT umbenannten CUT – als Minister vertreten, politische Gefangene sollten eine Generalamnestie erhalten, und schließlich sollte ein »Runder Tisch« eine Aussprache zwischen Politik, Kirchen und Militär herbeiführen.¹⁴⁵ Der vorsichtigen politischen Liberalisierung wurde jedoch bereits im Mai 1963 ein jähes Ende bereitet, da der »Runde Tisch« auf Druck des Militärs ein Verfassungsreferendum beschlossen hatte, mit dem die Stellung des Präsidenten und Vizepräsidenten stark ausgebaut werden sollte. Zudem sollte das Parlament künftig über eine Einheitsliste gewählt werden.¹⁴⁶ Die bundesdeutschen Akteure nahmen die Entwicklungen in Togo mit Befremden auf, das sich jedoch nicht gegen die Aktionen des Militärs richtete, sondern gegen die Grunitzky-Regierung, der man mangelnde Kompetenz unterstellte. Botschafter Seeliger notierte demgemäß in einem Bericht an das Auswärtige Amt, »daß die hiesige Regierung nicht in der Lage ist, für das Hafenprojekt aus eigenen Reihen einen echten Gesprächspartner für die deutschen Firmen oder gar ein Überwachungsorgan« zu stellen, da sie hierfür »weder zeitlich noch technisch in der Lage« sei.¹⁴⁷

Die Möglichkeit, die organisatorischen Fehler bei der Planung der togoischen Seite zuzuschieben, um sich gegenüber den beteiligten Bauunternehmen wie auch der KfW weiterhin profilieren zu können, spielte bei der Reaktion der deutschen Botschaft und des BMV eine bedeutende Rolle. Das internationale Prestige, das für die Bundesrepublik aus dem Hafenbau erwachsen sollte, war aus Sicht des Verkehrsministeriums durch die Verzögerung der Baumaßnahmen ernsthaft gefährdet. Während der Hafen Cotonou in Dahomey bereits seiner baldigen Fertigstellung entgegensehen konnte, existierte für den Betrieb des Hafens Lomé nach wie vor nur in rudimentärer Form ein Konzept. Herbert Neupert vom BMV warnte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass der Hafen, »für dessen Bau von der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Entwicklungskredite bereitgestellt worden sind«, bei seiner Inbetriebnahme so geleitet werden müsse, »dass er einwandfrei arbeitet und ein grösstmöglicher wirtschaftlicher Nutzen

145 Siehe Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 77.

146 Ebd. S. 77.

147 Siehe Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Auswärtige Amt, Hafenprojekt Lomé und Entwicklungsplan für Togo, 28. November 1963, BArch Koblenz B213 21817, S. 4.

erzielt werden kann«. ¹⁴⁸ In der Konsequenz forderte er, dass »die Bundesregierung die Unterstützung, die sie der togoischen Regierung beim Bau des Hafens angedeihen lässt, auch auf den künftigen Betrieb des Hafens ausdehnen sollte«. Anderenfalls drohe die Gefahr, dass die Fortsetzung der Entwicklungshilfe durch andere Staaten in Form der Bereitstellung des Hafenpersonals dazu führen könne, »dass diese Staaten das gesamte Projekt als ihre Leistung herausstellen und den Erfolg für sich verbuchen«. ¹⁴⁹

Das Ingenieurbüro Lackner hatte unterdessen das Gesamtkonzept für die beteiligten Unternehmen, die sich in der »Arge Hafenbau« zusammenschließen sollten, erstellt und rechnete mit einem Beginn der Bauarbeiten im Dezember 1963. Die Firma Strabag, die den Großteil der Rohbaumaßnahmen durchführen sollte, zeigte sich verärgert über die Verschiebungen und drohte über ihren Repräsentanten Homann gegenüber Botschafter Seeliger damit, sich persönlich bei Bundeskanzler Erhard über die Situation zu beschweren. ¹⁵⁰ Seeliger, der Homann zwar abschätzig »bei dem Herrn Bundeskanzler viel Erfolg« wünschte, war sich im Klaren darüber, dass »die Ausschreibung [...] keinen Anlaß zu irgendwelchen Vorwürfen bieten darf. Das [...] delikate Projekt darf kein Skandalfall werden. Wir haben hier in Lomé sehr kräftig die ›Buy German‹-Regel angewendet. Wir sollten uns nicht noch einem Vorwurf ›Buy Strabag‹ aussetzen.« ¹⁵¹ Er erkannte darüber hinaus, dass das fehlende Konzept für die Zeit nach dem Bau des Hafens zum Problem werden konnte, und bemängelte, dass »eine Fülle von Einzelprojekten und Berichten« vorliege, aber eine »echte Planungsbehörde, die Projekte definiert, Prioritäten festsetzt und die Finanzierung sicherstellt«, nach wie vor fehle. Davon sei der Erfolg des Hafenbaus allerdings abhängig. Besonders problematisch war seiner Meinung nach das dem Hafen nachgeordnete Verkehrswesen, bei dem die Bundesrepublik die Eisenbahn bevorzuge und in bilateralen Projekten fördere, die EWG allerdings ein eigenes Projekt zur Finanzierung des Straßenbaus betreibe. Die Stromversorgung sei ebenfalls mangelhaft und teuer, allerdings in den Planungen für den Hafenbau überhaupt nicht berücksichtigt, sodass jeder »echte wirtschaftliche Aufbau« verhindert würde. Im landwirtschaftlichen Bereich existiere eine Konkurrenz zwischen deutschen und EWG-geförderten Projekten, die es zu koordinieren gelte, um den geplanten Export der Cash Crops zu erleichtern.

¹⁴⁸ Siehe Bericht Herbert Neuperts an das Auswärtige Amt, Ausbau des Hafens von Lomé, Gestellung eines deutschen Hafenkapitäns, 19. Oktober 1963, BAArch Koblenz B213 21817, S. 1.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Siehe Seeliger, Hafenprojekt Lomé, S. 2.

¹⁵¹ Hier und im Folgenden ebd., S. 2 f.

Seeliger und KfW-Vorstand Wilfried Guth vereinbarten für den 23. November ein Treffen mit Präsident Grunitzky, um ihm die bestehenden Probleme zu erläutern und auf eine schnelle Lösung zu drängen – mit dem Ziel, die Bauarbeiten endlich beginnen zu können. Die Reaktion auf den Vorstoß erfolgte prompt: In einer Radioansprache zur Lage der Nation erklärte Grunitzky der Bevölkerung eine Woche später, in Togo wisse man »how to work effectively for the good of our country«.¹⁵² Die bestehenden Probleme bei der Infrastruktur, dem Verkehrswesen, der Landwirtschaft, dem Gesundheitssystem und der wirtschaftlichen Lage insgesamt würden bald verschwunden sein, da diverse Hilfsprogramme der französischen und deutschen Regierungen den Lebensstandard heben würden. Den Hafenbau, der laut Grunitzky eines der »most important projects in Togo« sei, befinde sich nun in der Vorbereitungsphase, sodass die Arbeiten im Januar 1964 beginnen könnten.¹⁵³

Nach den politisch bedingten Unterbrechungen starteten die Arbeiten für die erste Bauphase dann schließlich im Frühjahr 1964. Die projektierten Dimensionen waren gewaltig: Mit 300.000 Tonnen Abfertigungskapazität pro Jahr sollte bereits dieser erste von vier Abschnitten die Umschlageleistung der Wharf um das Doppelte übertreffen. Neben den in der »Arge Hafenbau« zusammengeschlossenen Unternehmen, unter ihnen Strabag, Grün und Bilfinger sowie die Ed. Züblin AG sollten diverse andere Firmen die für den Hafenbetrieb notwendige Infrastruktur, wie beispielsweise die Trinkwasserversorgung, Beleuchtung oder Umzäunungen, installieren. Mit zunehmender Bautätigkeit rückte nun die Verwaltung und Organisation des Hafens in den Mittelpunkt des Projekts, die mit der Entsendung eines Hafensachverständigen abgedeckt werden sollte. Präsident Grunitzky erkundigte sich kurz nach der Vorstellung des wirtschaftlichen Fünf-Jahres-Plans bei der deutschen Botschaft nach einem Nachfolger für Temberg, dessen Vertrag zum Jahresende 1963 auslaufen sollte. Er insistierte auf die baldige Entsendung eines Hafenkapitäns für die Beaufsichtigung des Hafenbetriebs und für die Ausbildung des togoischen Hafenpersonals.¹⁵⁴ Die schnelle Fertigstellung des Hafens sollte eine Verzahnung mit den parallel laufenden landwirtschaftlichen Projekten er-

152 Siehe Central Intelligence Agency (Hg.): Foreign Broadcast Information Service: Daily Report Nr. 230, Foreign Radio Broadcasts I-16, 27. November 1963, Grunitzky Assesses Current Situation, URL: <http://tinyurl.com/57zbmay8>, (abgerufen am 10.1.2024), S. 32.

153 Ebd.

154 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Vorlage an den Interministeriellen Referentenausschuss für Technische Hilfe, 20. Februar 1964, BArch Koblenz B213 21817, S. 1.

möglichen, da laut Wirtschaftsreferent Funke für den Erfolg des Hafenbaus eine sorgfältige Planung und vor allen Dingen »andere, ergänzende Vorhaben« entscheidend seien.¹⁵⁵ Das zwischenzeitlich stark gestiegene Frachtaufkommen erwies sich zudem immer mehr als Bedrohung für die bestehende Wharf. Neben den tausenden Tonnen an Hilfsgütern, die mittlerweile aus der gesamten Welt jährlich nach Togo geliefert wurden, plante die französische Phosphatgesellschaft nun, eine Fabrik in der Nähe der Wharf zu errichten, um Phosphat künftig fertig verpackt exportieren zu können. Diese zusätzlichen Belastungen würden, so die Berechnungen Funkes, zu einem »Zusammenbruch der Wharf« bis spätestens 1970 führen.¹⁵⁶

Trotz der dringender werdenden Notwendigkeit eines Wharf-Ersatzes hielt die Gawi an ihren Planungen fest und schrieb schließlich Anfang 1965 den Posten des Hafenkapitäns aus. Der damalige Direktor der Bremer Kajeanstalt, Friedrich Möller, erhielt den Auftrag, vom 1. Juli 1965 bis zum 30. April 1966 als Gutachter und Generaldirektor die Vorbereitungen für den reibungslosen Betrieb des Hafens anzuleiten. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, »die rechtliche, betriebliche und personelle Organisation gutachtlich so vorzubereiten, dass bei Inbetriebnahme eine einsatzbereite Hafenverwaltung zur Verfügung steht, ohne dass vorher grössere Kosten entstehen«.¹⁵⁷ Das wichtigste Ziel von Möllers Tätigkeit bestand darin, den Hafen nach Fertigstellung der ersten Molen und Anlegeplätze schnellstmöglich in Betrieb zu nehmen, um die Wharfanlage endgültig stilllegen zu können. Die Bauarbeiten waren zwar wesentlich weiter fortgeschritten als geplant, allerdings musste Möller deshalb langwierige Konsultationen mit Lackner-Vertretern führen, um sich ein Bild über den Fortschritt machen und mit der Überwachung der weiteren Baumaßnahmen beginnen zu können.¹⁵⁸

Das System des »Port Autonome«, also des Freihafens, erschien aufgrund der im Kapitalhilfevertrag vom 11. Juli 1963 festgelegten Bedingungen für den Hafenbau als beste Option, die Möller in seinem Bericht dann ausführlich erörterte. Insbesondere die in Artikel IX, Abs. 5 des Vertrags festgehaltene Verpflichtung der togoischen Regierung, den

155 Siehe Aufzeichnung von Wirtschaftsreferent Funke, Hafenprojekt Lomé, S. 2.

156 Ebd.

157 Siehe Möller, Friedrich: Zusammenfassende Darstellung über den Verlauf des Hafenprojekts Lomé (Togo-Westafrika) während der Tätigkeit des Hafenfachmanns Friedrich Möller vom 1. Juli 1965-25. Oktober 1968, 31. März 1969, BArch Koblenz Bro8 41991, S. 4.

158 Siehe Möller, Friedrich: Gutachten über die Durchführung des Hafenbetriebs im neuen Hafen Lomé, 28. Februar 1966, BArch Koblenz B213 21817, S. 1.

Hafenbetrieb »in Form eines selbstständigen Unternehmens nach kommerziellen Grundsätzen zu führen«, machte eine Angliederung des Hafens an die staatliche Eisenbahn, ähnlich der Verwaltung der Wharf, unmöglich.¹⁵⁹ Möller selbst sprach sich in seinem Gutachten weniger aus politischen Gründen gegen den staatlichen Betrieb des Hafens aus, sondern konstatierte, die »Arbeitsweise der Wharf ist zu zeitraubend, teuer und in jeder Weise unrationell«, weshalb sie »nicht den Erfordernissen eines modernen Hafenbetriebs« genüge.¹⁶⁰ Möller sah für den Port Autonome im Grunde nur die Möglichkeit, ihn als eine steuerbefreite, halbstaatliche Organisation in Form einer Körperschaft zu organisieren, deren öffentlicher Anteil sich beispielsweise in Fragen der Instandhaltung der Anlagen, der Betriebssicherheit und der Überwachung und Durchführung von Lotsen- und Schlepperdiensten niederschlagen würde, während der Umschlag und die Abfertigung der Schiffe in den Händen privater Unternehmen liegen sollte.¹⁶¹

Eine vollständige Privatisierung des Hafenbetriebs ohne die Einrichtung eines Verwaltungsrats und Hafenkapitäns war dagegen keine Option, da sich der Nutzen des Hafens für den togoischen Staatshaushalt dadurch stark verringert hätte. Da der Kapitalhilfevertrag den kommerziellen Betrieb zwingend vorschrieb, plädierte Möller für das zuerst genannte Modell, den Hafen als Körperschaft öffentlichen Rechts zu organisieren. Die Umschlag- und Ladearbeiten sollten dabei über einen privaten Subunternehmer, die »Hafenumschlaggesellschaft Lomé«, abgewickelt werden.¹⁶² In letzter Instanz ausschlaggebend für die Bevorzugung dieser rechtlichen Konstruktion war neben den Bestimmungen des Kapitalhilfevertrags die Fertigstellung des Hafens Cotonou Ende 1964. Dieser wurde ebenfalls als »Port Autonome« verwaltet und bot wesentlich bessere Arbeits- und Infrastrukturbedingungen als die Wharf in Lomé, weshalb Möller befürchtete, dass ein großer Teil der Umschlagunternehmen bis zur Fertigstellung des neuen Hafens dorthin abwandern würde.¹⁶³

Die rechtliche Konstruktion als Freihafen ist ein Indiz für die wirtschaftlichen Interessen, die die Bundesrepublik mit dem Hafen verband: Durch den Wegfall der sonst üblichen Zoll- und Umsatzsteuerpflicht für die im Hafengebiet angesiedelten Unternehmen sollten zwar ausländische Investitionen angeregt werden. Diese sollten jedoch der Kontrolle der togoi-

159 Ebd., S. 9.

160 Ebd. u. S. 4.

161 Ebd.

162 Ebd., S. 12.

163 Ebd., S. 10-II.

schen Regierung weitgehend entzogen werden. Damit wurde bezweckt, dass die ausländischen Unternehmen beim Import von Waren steuerliche Vorteile hatten, die wiederum nivellierend gegenüber der Konkurrenz der togoischen, staatlich subventionierten Waren wirkten. So war zwar ein Anreiz für Investitionen in Togo gegeben, allerdings wurde die togoische Regierung damit auch gewissermaßen zum Import der vergünstigten ausländischen Güter gezwungen, ohne finanzielle Vorteile davon zu haben. Auch beim Export togoischer Rohstoffe, die auf dem Hafengelände weiterverarbeitet und dann verschifft wurden, musste die Regierung auf die sonst üblichen Steuern verzichten. Das von den beteiligten deutschen Akteuren angestrebte Wirtschaftswachstum Togos sollte mithin einzig aus der – zeitgenössisch nur auf dem Papier existierenden – verstärkten Investitionstätigkeit der ausländischen Unternehmen resultieren. Der kurzfristigen Möglichkeit der Unternehmen, Profite aus der Investition in Togo zu generieren, stand also die langfristige Perspektive des Staats entgegen, der den Hafen als großangelegtes Subventionsprojekt nicht nur für die bundesdeutsche, sondern prinzipiell die gesamte Weltwirtschaft konzipierte.

Doch zunächst benötigte Möller geeignete Arbeitskräfte, um den Betrieb der neu zu gründenden Hafenumschlagengesellschaft ohne lange Aus- und Weiterbildungszeiten aufbauen zu können. Nach seinem Dafürhalten kam dafür als einzige Quelle das Personal der Wharf, das von Temberg in den drei Jahren zuvor ausgebildet worden war, in Frage. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um 456 Personen, die nach erwiesener Eignung in den Hafenbetrieb übernommen werden könnten. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass der »nach privatwirtschaftlichen Kostenprinzipien arbeitende Subkontraktor nicht das gesamte Personal in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen« könne, da ein »kontinuierliches Arbeitsaufkommen im Hafen nicht zu erwarten« sei.¹⁶⁴ Der dadurch zu erwartende Anstieg der Arbeitslosigkeit, der zu den entwicklungspolitischen Grundsätzen der »Hilfe zur Selbsthilfe« diametral im Widerspruch stand, sollte durch die Gründung eines »Gesamthafenbetriebs« abgemildert werden. Dieser sollte nach Möllers Plan durch alle im Hafen vertretenen Unternehmen getragen werden, um »den unständig beschäftigten Hafenarbeitern für Zeiten der Nichtbeschäftigung ein Einkommen zu garantieren«.¹⁶⁵ Obwohl sich der Plan zur Arbeitsorganisation des Hafens an den bestehenden Regelungen des togoischen »Code du travail« orientierte, waren die darin festgesetzten Arbeitsbedingungen harsch. In diesem von Möller und dem

164 Ebd. S. 14.

165 Ebd.

Minister für Öffentliche Arbeiten, Samuel Aquéréburu, ausgearbeiteten Entwurf sollten die Arbeiter keine Arbeitsverträge erhalten. Stattdessen war eine temporäre Anstellung durch die Umschlagsunternehmen vorgesehen; bei Kündigung sollte eine Frist von nur einem Tag gelten.¹⁶⁶

Möllers Berichte geben darüber hinaus Aufschluss über die Erwartungshaltungen, die er mit seiner Position verknüpfte, und die Art, wie er die Einheimischen wahrnahm. Die auf der Wharf tätigen Arbeiter wurden durchweg als gering qualifiziert und der deutschen Anleitung bedürftig dargestellt: Möller erläuterte, dass »Arbeitsfreude, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Fachwissen, rasche Auffassungsgabe und rationelles Handeln unabdingbare Voraussetzungen für das einwandfreie Funktionieren eines Hafens« seien.¹⁶⁷ Dagegen könne die Tätigkeit im Hafen »nur in geringem Umfang mit der jetzigen Handhabung des Umschlagsgeschäfts« der Wharf verglichen werden.¹⁶⁸ Dieser Umstand bedinge es, »daß deutsche Fachkräfte eingesetzt werden, die die Einweisung des togoischen Personals in der Weise vornehmen, daß [...] die in Frage kommenden Tätigkeiten von Togoern ausgeübt werden können«.¹⁶⁹ Auch wenn die Ausbildungszeiten für die Führungspositionen im Hafen naturgemäß länger dauerten als für die Arbeit im Umschlag, sorgte das von Möller aufgrund seiner paternalistischen Sichtweise gegenüber den Einheimischen implementierte System dafür, dass die Schlüsselpositionen im Hafenbetrieb für die kommenden Jahre nur von bundesdeutschen Experten besetzt wurden. Das aufgrund der innenpolitischen Probleme nach dem Putsch gegen Olympio geringe togoische Interesse am Hafen, beziehungsweise die schlicht nicht vorhandene Möglichkeit einer organisierten Kooperation mit den bundesdeutschen Akteuren, hatte ein administratives Vakuum erzeugt, in das Möller nach Gutdünken vorstieß, um seine eigenen Vorstellungen des Hafens einzubringen. Beide Seiten gaben sich jedoch mit Möllers Konzept des Port Autonome de Lomé zufrieden, um den Fortgang der Arbeiten – in Anbetracht der chaotischen Situation der vorherigen Jahre – nicht noch weiter zu verzögern.

Der Bericht Möllers, der aus mehreren Teilberichten seiner ersten Reise nach Togo bestand, wurde schließlich im September 1965 von Möller, Lackner, einigen KfW-Vertretern und dem Bremer Senatsdirektor Maas besprochen, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Das Ziel der Be-

166 Siehe Möller, Friedrich: Gründung eines Gesamthafenbetriebs, Entwurf, o. D., BArch Koblenz B213 21817, S. 2.

167 Siehe Möller, Gutachten, S. 16.

168 Ebd.

169 Ebd.

sprechung war, »wie sichergestellt werden könne, daß bei ›Ablieferung‹ des Hafens auch dessen Funktionsfähigkeit durch hinreichende Ausrüstung und die nötigen Verbindungen zum Hinterland (Versorgung mit Wasser und Strom, Verkehrsverbindungen, Niederlassungen der interessierten Wirtschaft etc.) vorliege«. ¹⁷⁰ Da Möller bei seiner ersten Reise nicht alle von der KfW geforderten Detailfragen klären konnte, wurde seine erneute Entsendung Ende 1965 vereinbart, nach der er das endgültige Gutachten vorlegen sollte. Festgelegt wurde weiterhin, dass es künftig einen Hafendirektor und einen Hafenkapitän geben sollte, für die es jeweils bereits aussichtsreiche Anwärter gab. Möller insistierte darauf, aufgrund seines Alters und seiner eingeschränkten Tropentauglichkeit nach dem zweiten Einsatz nicht mehr in Betracht gezogen zu werden. ¹⁷¹ Während er mit der Abfassung des Gutachtens betraut war, gingen die Bauarbeiten unter Federführung der »Arge Hafenbau« kontinuierlich voran. Eine 1,7 km lange Mole zum Schutz vor der »Kalema« sowie eine beinahe 400 Meter lange Pieranlage für den Güterumschlag wurden in den Jahren 1964 bis 1966 errichtet, während die Arbeiten an den Zufahrtsstraßen, Versorgungseinrichtungen und Bürogebäuden bereits abgeschlossen waren. ¹⁷²

Das Fischereiprojekt

Während die Arbeiten am Hafen wieder planmäßig liefen, reiste Präsident Grunitzky, der in der ersten Jahreshälfte 1965 ernsthaft erkrankt war, zur Behandlung und Genesung in die Bundesrepublik. Noch im Krankenhaus wurde er von Bundespräsident Lübke besucht, der sich über den Stand der Arbeiten in Togo aus erster Hand informieren lassen wollte. Grunitzky betonte Lübke gegenüber den erfolgreichen Verlauf der Baumaßnahmen, wies ihn allerdings auf die dringende Notwendigkeit hin, zusätzlich einen Fischereihafen an die entstehende Infrastruktur anzugliedern, um die Ernährungslage der Bevölkerung zu verbessern. Da angesichts der »ungelösten Kreditfrage« bis dato nur ein Provisorium habe eingerichtet werden können, solle Lübke bei der KfW vorsprechen, damit diese Geld für die Fischerei in Togo bereitstellen könne. ¹⁷³ Obwohl Lübke

170 Siehe o. V.: Entwicklungshilfe für Togo. Besprechung des Projektes Hafen Lomé in Bremen, 23. September 1965, BArch Koblenz B213 21817, S. 2.

171 Ebd.

172 Siehe Lackner, Neuer Tiefwasserhafen, S. 6.

173 Siehe Aufzeichnung o. V., Empfang des togoischen Präsidenten Sylvanus Olympio am 28. Juni 1965, 2. Juli 1965, BArch Koblenz B122 5350, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 18.

eingestand, dass »die afrikanische Bevölkerung über nicht genug proteinhaltige Nahrungsmittel« verfüge und es daher eine hohe Kindersterblichkeit und viele vorzeitige Tode bei Erwachsenen gebe, gab er zu bedenken, dass zu einem Fischereihafen auch Reparaturwerkstätten und Konservierungsanlagen gehörten.¹⁷⁴ Um die Finanzierung dieser Einrichtungen sicherzustellen, solle Grunitzky den Hafen »rentabler« machen. Dazu müsse das »Hinterland Togos« – gemeint waren die nördlich und westlich von Togo gelegenen Staaten – an die Nutzung des Hafens angeschlossen werden.¹⁷⁵ Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, David Dacko, sei, so Lübke, beispielsweise daran interessiert, mit der togoischen Regierung in Verhandlungen zu treten, um den Import und Export künftig über den Hafen Lomé abwickeln zu können.¹⁷⁶ Grunitzky entgegnete ihm verwundert, dass die Zentralafrikanische Republik sehr weit entfernt liege und daher entsprechende Abkommen mit den Regierungen von Obervolta und Niger interessanter seien.¹⁷⁷ Im Anschluss brachte Lübke das Thema der deutsch-deutschen Beziehungen zur Sprache. Er maßregelte Grunitzky dafür, dass Außenminister Georges Apedo-Amah anlässlich der 19. UN-Vollversammlung keine Erklärung zur Frage der deutschen Einheit abgegeben hatte und damit einen »neutralen Standpunkt« eingenommen habe.¹⁷⁸ Der subtile Verweis auf die Hallstein-Doktrin verfehlte seine Wirkung nicht. Der angesichts der impliziten Drohung eingeschüchterte Grunitzky versprach, dass »die togoischen Regierungsvertreter von jetzt an nicht verfehlen würden, überall und wo sie sich befänden [...] den Akzent auf die Deutschlandfrage zu legen«.¹⁷⁹

Grunitzkys Regierung stand zu jener Zeit bei den bundesdeutschen Ministerien im Verdacht, Sympathien für die Sowjetunion zu hegen oder in ihr zumindest eine gleichwertige Partnerin zum Westen zu sehen. Da sich Grunitzky im Gegensatz zu Olympio nach außen hin nicht strikt antikomunistisch gab und die togoische Außenpolitik nach seinem Amtsantritt auch nicht mehr explizit auf die Bundesrepublik, sondern auf Frankreich ausgerichtet war, erregte er damit politische Aufmerksamkeit. Im Hinblick auf den Hafen und das Fischereiprojekt kam hinzu, dass allein im Jahr 1964 4.500 Tonnen Fisch nach Togo importiert wurden, von

174 Ebd.

175 Ebd., Bl. 19.

176 Ebd.

177 Ebd. Die kürzeste Verbindung zwischen der Hauptstadt Bangui und Lomé beträgt auf dem Landweg etwa 2.800 km und überbrückt darüber hinaus eine Zeitzone.

178 Ebd.

179 Ebd., Bl. 20.

denen der größte Anteil aus der Sowjetunion geliefert wurde.¹⁸⁰ Ein 1966 durchgeführter Staatsbesuch Grunitzkys in der Sowjetunion erweckte ebenfalls den Argwohn des Auswärtigen Amts, da laut Staatssekretär Vialon bei diesem Anlass Gespräche über die zukünftige Ausgestaltung des Hafens geführt worden seien.¹⁸¹ Im Vorfeld habe Lübke, der im selben Jahr zu einem Staatsbesuch nach Togo reiste, Grunitzky erneut auf die »eindeutig deutsche Ablehnung« einer Zusammenarbeit Togos mit der Sowjetunion hingewiesen – ein Indiz dafür, dass die Hallstein-Doktrin im Kontext des Hafens eine unterschiedlich gewichtete Rolle bei den bundesdeutschen Akteuren spielte. Während in den beteiligten Ministerien die wirtschaftlichen Aspekte überwogen, war der Bundespräsident vor allen Dingen an der außenpolitischen Wirkung des Hafens im Ost-West-Konflikt interessiert.

Zwei Fischkutter für Togo

Das Fischereiprojekt bot eine Möglichkeit, den entwicklungspolitischen Schaufenstereffekt des Hafenprojekts durch die Etablierung einer Perspektive der »Hilfe zur Selbsthilfe« zu vergrößern. Zu diesem Zweck gab das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Gawi im Jahr 1964 eine Mittelzusage in Höhe von 1,31 Millionen DM, die für die Förderung der Fischerei aufzuwenden seien. Vorgesehen waren die Anstellung eines Fanggerätechnikers, eines Experten für Fischverarbeitung sowie zweier Berufsfischer, die als Sachverständige ein Jahr in Lomé tätig sein sollten. Daneben sollten zwei kleine Fischkutter geliefert werden, um »geeignete Fischfang- und Verarbeitungsmethoden einzuführen und zu verbreiten sowie einheimische Partner auszubilden«.¹⁸² Die modernisierungstheoretisch begründete Hoffnung, durch den Einsatz von moderner Technik die Fangquoten der einheimischen Fischer steigern zu können, traf allerdings schnell auf die Realität der Verhältnisse vor Ort. Für die Kühlung der Fische mangelte es an Strom, der darüber hinaus für die

180 Vgl. Bericht des Botschaftsmitarbeiters in der bundesdeutschen Botschaft Lomé Hans-Jürgen Horn an die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer, FE 451 Monatsbericht Januar 1965, 31. Januar 1965, BAArch Koblenz B213 04116, S. 2.

181 Vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs Vialon des Bundespräsidialamts, Technische Entwicklungshilfe für Togo, 1966, ebd., S. 1.

182 Siehe Rechnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer GmbH, Technische Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Togo, Förderung der Fischerei, 1. April 1964, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

Weiterverarbeitung in der Trocknung und Konservierung benötigt wurde. Ein französisches Projekt zur Einrichtung von Stromaggregaten und Kühlhäusern sollte 1965 zwar Abhilfe schaffen, allerdings existierte es beim Eintreffen der bundesdeutschen Sachverständigen nur auf dem Papier.¹⁸³

Als wesentlich größeres Problem stellten sich allerdings die Fehlplanungen beim Bau der 12-Meter-Fischkutter heraus, die als Ausbildungs- und Demonstrationsfahrzeuge genutzt werden sollten. Kapitän Wilhelm Lundt, der im Auftrag der Gawi das Fischereiprojekt leitete, bemängelte bereits im Oktober 1964, dass die togoischen Fischer wegen der häufigen Ausfälle eine »bessere Ausbildung in Motoren« benötigten, die vor dem Eintreffen der Kutter durchzuführen sei, damit diese überhaupt eingesetzt werden können.¹⁸⁴ Mit den beiden Kuttern gelang es der Mannschaft, innerhalb von 20 Tagen 1,5 Tonnen Fisch zu fangen – während die japanischen, europäischen und sowjetischen Fangflotten täglich etwa 150 Tonnen gefrorenen Fisch nach Lomé brachten.¹⁸⁵

Daneben beklagte Lundt, die togoischen Fänge seien von einem deutschen Fischhändler aufgekauft und »zum grossen Teil an die nun vorhandene deutsche Kolonie verkauft« worden, die um die Hafenbaustelle herum entstanden war.¹⁸⁶ Angesichts der geringen Ausbeute entschied Lundt, weitere Boote für die Fischerei in größerer Entfernung zur Küste zu beschaffen. Die einzige Werft in der Nähe, die im etwa 150 Kilometer entfernten ghanaischen Tema lag, konnte von Togoern aufgrund der seit dem 16. Januar 1964 nach einer Schießerei geschlossenen Grenze nicht aufgesucht werden. Lundt reiste deshalb persönlich nach Tema und zeigte sich beeindruckt von der modernen Ausstattung der ghanaischen Fangflotte. Verarbeitungsbetriebe, Fischmarkthallen und Kühlräume seien »sehr zugänglich für Auto u. Eisenbahn«, die Trawlerflotte bestehe aus sieben 50-Meter-Trawlern sowie diversen kleineren Booten und die gut funktionierende Kühlkette erlaube eine Verteilung des Fangs »fast über das ganze Land«.¹⁸⁷ Für die togoische Fischerei wollte er jedoch, da er den technischen Fähigkeiten der togoischen Fischer nicht vertraute, simple Holzboote anschaffen. Er wurde schließlich bei einem Bootsbauer fün-

183 Vgl. Alexander Arnot an das Auswärtige Amt, Errichtung eines Schlachthofes mit Kühlhaus in Lomé durch den Fonds d'Aide et de Coopération, 11. September 1963, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

184 Siehe Wilhelm Lundt an die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer GmbH, Fischereiförderung Togo FE 451, Monatsbericht Oktober 1964, 2. November 1964, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

185 Vgl. Hans-Jürgen Horn, Monatsbericht Januar 1965, 31. Januar 1965, ebd. S. 2.

186 Ebd.

187 Siehe Wilhelm Lundt, Fischereiförderung Togo FE 451, S. 1.

dig, der »fast alle in Ghana, Togo u. Dahomey vorhandenen Boote« gebaut hatte – sie wurden nach wie vor »aus einem Stamm gefertigt, wozu noch die altertümlichen Werkzeuge benutzt wurden«. ¹⁸⁸

Zeitgleich mit Lundts Reise begann der Aufbau einer von ihm lobend erwähnten »Musterräucheranlage«, die Räuchertechniken vermitteln und als Ausbildungsstätte für zukünftige Arbeiter einer industriellen Räucherfabrik dienen sollte. ¹⁸⁹ Die klein dimensionierten Anlagen sollten in Ziegelsteinbaracken errichtet werden, die bei der Anlieferung der Öfen aufgrund der einsetzenden Regenzeit jedoch bereits im Verfall begriffen waren. Ungeachtet dessen sollte die Räucheranlage den Togoern die Möglichkeit aufzeigen, »auch speziell für weiße Käufer Räucherwaren herzustellen«, denn der Absatz »bei ca. 3.000 Weißen verspricht sehr lukrativ zu werden«. ¹⁹⁰ Die Fertigstellung der Räucheranlage verzögerte sich allerdings bis August 1965, da triviale logistische Probleme die Lieferung der benötigten Teile behinderten. Lundt beschwerte sich in seinem Bericht an die Gawi, dass die zuständige Spedition die Sendungen in kleine Kisten verpackte habe, die »in sämtliche Luken und Decks« der Frachter gepackt worden seien, sodass »wir 10 Tage im Transitlager diese Sendung zusammengesucht haben«. ¹⁹¹

Zugleich hatte sich die Versorgung mit Frischfisch nicht verbessert, da es immer noch an geeigneten Kühlanlagen fehlte und die Fische nach Auslieferung aufgrund der klimatischen Bedingungen schnell zu faulen begannen. Das geplante französische Projekt zur Errichtung von Kühl- und Stromaggregaten war kurz vor Baubeginn gestoppt worden, sodass sich die Möglichkeiten zur Kühlung auf den Einsatz von Kisten voll mit meist schnell verschmutztem Eis beschränkten, anstatt die erhoffte Tiefkühlung nutzen zu können. Anderweitige Materialprobleme und die geschlossene Grenze zu Ghana bereiteten Lundt und seinen Mitarbeitern weitere Schwierigkeiten. Eine von ihm im Februar angeforderte Lieferung eines Gummiboots, mit dem Fangversuche zur Überprüfung der Ausrüstung und eine Echolotortung von Unterwasserfelsen, die als Lebensraum großer Langustenpopulationen dienen, ermöglicht werden sollten, verzögerte sich bis Juni und war aufgrund der zu Ende gegangenen Saison nur eingeschränkt zu gebrauchen. Weiterhin erwartete Lundt die Lieferung der Fischerboote aus Ghana, dessen erstes Exemplar im März 1965 fertiggestellt und zur Begutachtung und Abnahme bereit war. Da es nicht

188 Ebd.

189 Siehe Lundt, Bericht, Januar 1965, S. 1.

190 Siehe Wilhelm Lundt, Fischereiförderung Togo FE 451, S. 1.

191 Ebd., S. 2.

in Dapo, sondern einige Kilometer entfernt im Wald gebaut worden war, war Lundt gezwungen, zu Fuß »in den Busch zu gehen«.¹⁹² Wie in seinem Bericht ausführlich beschrieben, wollte er sich beim Marsch »vor den Eingeborenen keine Blöße [sic] geben«, auch wenn im Wald eine Hitze herrschte, »die einem das Wasser aus allen nur vorhandenen Poren trieb u. wir nach unserer Rückkehr aussahen, als wenn wir mit voller Kleidung ein Bad genommen hätten«.¹⁹³

Unterdessen war man im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) – auch aufgrund von Lundts pessimistischen Berichten – zu der Erkenntnis gelangt, dass das Fischereiprojekt zumindest eine Aufstockung der Mittel erhalten sollte. Hierfür waren 400.000 DM vorgesehen. Mit der Lieferung der neuen Boote sollte, so der Tenor, das bislang wegen der finanziellen und technischen Situation wenig erfolversprechende Projekt um den »wesentlichsten Bestandteil« ergänzt werden, von dem die »technische Durchführung [...] als auch das Ansehen der deutschen Hilfe« abhängen.¹⁹⁴ Auf Veranlassung von Oberregierungsrat Theierl setzten sich Vertreter der Gawi mit der in Heiligenhafen ansässigen Schiffswerft Sakuth in Verbindung, um den Bau beider Schiffe möglichst schnell abzuwickeln. Theierl drängte bei der Gawi auf eine schnelle Fertigstellung, da für Februar 1966 der Staatsbesuch von Bundespräsident Lübke in Togo angesetzt war, in dessen Rahmen er das erste Schiff feierlich an den Service de Pêche übergeben wollte – trotz der nach wie vor nicht vorhandenen Kühlinfrastruktur und mangelnder Anlegenstellen am im Bau befindlichen Hafen.¹⁹⁵ Bezeichnend war die Namensgebung der beiden Boote, die »Berlin« und »Bonn« getauft wurden. Der implizite Verweis auf die vonseiten der Bundesrepublik immer wieder in den Diskurs mit den togoischen Akteuren eingebrachten deutsch-deutschen Beziehungen fügte sich in die mit dem Hafen verbundenen Perspektiven des entwicklungspolitischen Schaufenstereffekts ein. Die symbolische Aufladung des Projekts bewirkte somit zum einen eine Signalwirkung an die Sowjetunion und insbesondere die DDR, auf die der Bau des Hafens – im Sinne der Hallstein-Doktrin – vor allen Dingen abzielte. Zum

192 Ebd.

193 Ebd.

194 Siehe Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Förderung des Fischereiwesens, Lieferung größerer Fischereifahrzeuge, Schnellbrief, 2. April 1965, BAArch Koblenz B213 04116, S. 2.

195 Siehe Bericht des Oberregierungsrats Theierl an das Auswärtige Amt u. Bundespräsidialamt, Technische Hilfe für Togo, Einweihung eines Fischkutters durch den Herrn Bundespräsidenten, 5. Oktober 1965, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

anderen evozierte die Namensgebung eine Verbindung zwischen der ehemaligen und aktuellen deutschen Hauptstadt und unterstrich damit nochmals den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik gegenüber den togoischen Akteuren.

Der Druck, die Boote rechtzeitig zum prestigeträchtigen Besuch Lübkes in Togo abzuliefern, lastete dabei stark auf der mit dem Bau beauftragten Sakuth-Werft und führte zu einer Reihe technischer Probleme. Der »Spiegel« berichtete über die Überfahrt der zuerst fertiggestellten »Berlin« von Deutschland nach Togo und listete dabei süffisant die Vielzahl von Schwierigkeiten auf, mit denen Boot und Mannschaft zu kämpfen hatten. So sei bald nach Abfahrt die Funkanlage ausgefallen, dann habe der Kapitän einen Herzinfarkt erlitten, und schließlich sei der Steueremann bei einem Landgang in Frankreich von einem Auto überfahren worden.¹⁹⁶ Die unzähligen technischen Mängel, die das Boot aufwies, seien laut »Spiegel« einerseits den Spezifikationen der Bundesforschungsanstalt für Fischerei geschuldet, die den Bau in technischer Hinsicht überwacht und viel zu hohe Anforderungen an die Ausstattung für ein Boot dieser Größe gestellt habe, aber auch Versäumnissen der Werft anzulasten. Die Verwendung zu schwacher Ladegeschirre, die das Schiff bei voller Ladung auf 30 Grad Schlagseite brachten, sowie der geforderte Einbau einer Kühlanlage, die allerdings wesentlich zu groß dimensioniert war, seien neben ständigen Lecks und Wassereinbrüchen im Motorraum nur einige der Probleme, die bereits bei der Abfahrt festgestellt worden seien. Der im Artikel als »Gawi-Phillip« titulierte Geschäftsführer der Gawi, Hans Phillip, habe die zahlreichen Um- und Anbauten mit der Auffassung »machen wir's billig, meutern die schwarzen Knaben« begründet und weiterhin auf eine rechtzeitige Fertigstellung vor Lübkes Besuch in Lomé gedrängt.¹⁹⁷ Weitere Probleme ergaben sich dadurch, dass der Rumpf für den niedrigen Wellengang der Nord- und Ostsee ausgelegt gewesen sei und das Schiff daher im rauen Atlantik eine Krängung von bis zu 40 Grad erlitten habe, was nach Ansicht des Chefkonstruktors Curt Eichler zwar nicht gefährlich sei, aber so schrecklich aussehe, »daß man es nicht beantworten kann. Außerdem kommt alles ins Rutschen, und die Leute fangen an zu schreien«.¹⁹⁸ Werftleiter Sakuth entschuldigte den Zustand des Boots mit den Worten: »Kein Mensch hat gewußt, wie die Verhältnisse vor Afrika sind.« Nach einer persönlichen Begutachtung in Lissabon jedoch gab er zu, dass man »Angst« habe, »mit dem Schiff umzu-

196 Siehe o. V.: Eier aus der Pfanne, in: Der Spiegel 29/1966.

197 Ebd.

198 Ebd., Zitat im Original.

gehen«. ¹⁹⁹ Auch die Gawi musste einräumen, die »Berlin« habe »infolge sehr schlechten Wetters« den Hafen von Brest anlaufen müssen, wo der Kapitän vor Aufregung einen Herzinfarkt erlitten habe. Daher müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, »daß der Kutter »Berlin« nicht rechtzeitig zum Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Lomé sein wird«. ²⁰⁰ Nach Ankunft des Ersatzkapitäns und einer problembeladenen Weiterfahrt erreichte die »Berlin« schließlich Ende März 1966 – drei Wochen nach Lübkes Besuch – den Hafen von Lomé und wurde von Botschafter Seeliger am 5. April feierlich der togoischen Fischereibehörde übergeben.

Trotz der Probleme verfehlte die Ankunft die erhoffte Außenwirkung nicht. Ein pompöses Aufgebot der gesamten togoischen Regierung, des diplomatischen Korps und zahlreicher in- und ausländischer Gäste empfing die »Berlin« an der Hafenbaustelle, wo Botschafter Seeliger die Ansprache hielt, die »der Herr Bundespräsident im Falle des rechtzeitigen Eintreffens des Kutters gehalten hätte«. ²⁰¹ Grunitzky habe sich daraufhin mit »besonders warmherzigen Worten« für das Boot bedankt und erläutert, es »kamen doch jene Impulse aus Berlin, die aus Togo ein Musterland gemacht haben«. Daneben stehe der Name »Berlin« als Symbol »für den Wunsch des gesamten deutschen Volkes, seine Einheit auf friedlichem Wege durch internationale Zusammenarbeit [...] zu erreichen, wofür wir heute hier ein besonders gutes Beispiel vor Augen sehen«. ²⁰² In der »Togo-Presse« vom 6. April 1966 wurde die Ablieferung des Boots mit einem Artikel auf der Titelseite gewürdigt und schwärmerisch erläutert, wie die Gäste »s'approcher du chalutier peint aux couleurs togolaises – vert, jaune et rouge – qui se balançait mollement sur l'eau calme«. ²⁰³

Abseits der Feierlichkeiten war Seeliger – im Gegensatz zu den togoischen Behörden – bereits über den Zustand des Boots informiert und bemerkte, dass es »unterdessen nicht mehr seefähig« sei und »angesichts dieser peinlichen Umstände es jetzt zu begrüßen ist, dass der Kutter zu spät eintraf«. ²⁰⁴ Nach zwei Monaten aufwendiger Reparaturen und ohne einen

199 Ebd.

200 Siehe Schreiben der Deutschen Fördergesellschaft für Entwicklungsländer GmbH an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischkutter für Togo, 18. Februar 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

201 Siehe Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Übergabe des Fischkutters »Berlin«, 19. April 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

202 Ebd.

203 Siehe o. V.: Le Chalutier »Berlin« a été remis hier au Chef de l'Etat par l'Ambassadeur Seeliger, in: Togo-Presse Nr. 1117, 6. April 1966, Archives Nationales du Togo, S. 1.

204 Siehe Seeliger, Übergabe, S. 2.



Abb. 1: Artikel aus der »Togo-Presse« über die Ablieferung der »Berlin« im Hafen von Lomé, Togo-Presse Nr. 1117, 6. April 1966, Archives Nationales du Togo, S. 1.

einzigsten Fischereieinsatz verlor der togoische Landwirtschaftsminister Iwassa schließlich die Geduld und bestellte das Team des Fischereiprojekts, den Kapitän der »Berlin« und Botschaftsmitarbeiter Boldt zu sich ein. Er beklagte, dass »es sich ein armes Land wie Togo nicht leisten könne, einen Fischkutter zu unterhalten, der nicht einmal die Unkosten decke«. ²⁰⁵ Obwohl die Beteiligten dem Minister zustimmten, wollte man ihm laut Boldt »die schlechte Konstruktionsweise des Fahrzeugs« nicht bekannt geben, weshalb der Kapitän behauptete, die bisherigen Miss-

²⁰⁵ Siehe Botschaftsmitarbeiter Boldt an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutscher Fischkutter »Berlin«, 8. Juni 1966, BArch Koblenz B213 04116, S. 1-2.

erfolge seien »auf Ausbildungsmängel der togoischen Mannschaft zurückzuführen«. ²⁰⁶ Nach dem Gespräch, »welches recht unfreundlich verlief«, bemerkte Boldt, »daß die Botschaft noch bei keinem der Projekte, die hier im Rahmen der technischen Hilfe laufen, so viel begründete Kritik hinnehmen mußte, wie bei dem Fischereiprojekt, welches in seinen Anfangsstadien zu den Aussichtsreichsten zählte«. ²⁰⁷ Um weiteren Schaden vom Projekt abzuwenden, aber auch explizit durch den Artikel im »Spiegel« unter Druck gesetzt, entschloss sich die Gawi dazu, die Sakuth-Werft auf dem Klageweg zur Nachbesserung zu zwingen. Die Kapitäne Unterhurst, Skörup und Lundt sollten als Zeugen herangezogen werden. Die Klage diene allerdings weniger der Rückforderung der bereits bezahlten Gelder, sondern sollte den »Boden für Verhandlungen bereiten, den Vertrag hinsichtlich des zweiten Schiffes aufzulösen«, da sich die »Bonn« bei der Sakuth-Werft bereits im Bau befand. ²⁰⁸

Durchaus selbstkritisch konstatierte Oberregierungsrat Theierl, die Verantwortung für das Desaster liege hauptsächlich beim BML, der Bundesforschungsanstalt für Fischerei und der Sakuth-Werft. Am meisten Schaden habe jedoch die Gawi als Auftraggeberin erlitten, da sie einen ungeeigneten Ingenieur beauftragt habe und Probefahrten nur bei bestem Wetter ohne Wellengang habe durchführen lassen, die die Instabilität des Schiffes verdeckt hätten. ²⁰⁹ Obwohl er direkte Schuldzuweisungen vermied, unterstellte Theierl allerdings dem »Spiegel«, einem Komplott ehemaliger Gawi-Mitarbeiter aufgesessen zu sein, die aufgrund ihrer mangelnden Tauglichkeit von – gut bezahlten – Posten im Rahmen des Fischereiprojekts abgezogen worden seien. Ein Vermerk von Projektleiter Steinberg, dem die Gesamtverantwortung des Fischereiprojekts oblag, lenkte die Aufmerksamkeit Theierls auf Unterhursts Vorgänger Hans Alberts, der als dritter Fischereiexperte neben Lundt und Skörup sowie Bausachverständiger der »Berlin« im Projekt angestellt gewesen war. Alberts war noch während seines Aufenthalts in Lomé aufgrund mehrfacher verbaler Entgleisungen gegenüber anderen Deutschen, starken Alkoholkonsums sowie seines herablassenden Umgangs mit den togoischen Mitarbeitern von der Gawi entlassen worden. Togoische Mitarbeiter des Service de Peche, die Steinberg während seines Aufenthalts in Lomé aufgesucht hatten, berichteten davon, dass Alberts sie »mehrmals in offen-

²⁰⁶ Ebd., S. 2.

²⁰⁷ Ebd., S. 3.

²⁰⁸ Siehe Aufzeichnung von Oberregierungsrat Theierl, Fischkutter »Berlin«/Togo, 13. Juli 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

²⁰⁹ Ebd., S. 3.

bar recht übler Weise beschimpft« habe.²¹⁰ Nach seiner Entlassung sei Alberts dann vom togoischen Honorarkonsul Hans-Leonhard Steinwaller kontaktiert worden, der ihn nach Informationen über das Fischereiprojekt ersucht habe.²¹¹ Steinwaller sei während des Baus der »Berlin« mit Falschbehauptungen über angebliche Streitigkeiten zwischen den Projektbeteiligten aufgefallen und habe angekündigt, »mit Hilfe seiner Freunde bei der deutschen Presse Mißstände im Fischereiprojekt in Togo aufdecken« zu wollen.²¹² Laut Projektleiter Steinberg sei es daher »nahelegend, daß zumindest gewisse Einzelheiten des Artikels aus seinem Mund stammen«, die ihm wiederum von Alberts zugetragen worden seien.²¹³

Die negative Berichterstattung war der – wegen des offensichtlich schlechten Zustands der »Berlin« ohnehin fragwürdigen – Außenwirkung weiter abträglich. Gerhard Meseck, seit 1964 Leiter des Referats Allgemeine Angelegenheiten der Fischerei und der Fischwirtschaft im BML und damit übergeordneter Verantwortlicher für das Projekt, war angesichts der Vorkommnisse geneigt, die Schuld für das »Berlin«-Desaster Steinwaller und Alberts anzulasten. In einer Stellungnahme bemerkte er, dass »Konkurrenzgründe eine erhebliche Rolle gespielt« hätten, da Steinwaller »in Togo anscheinend ein eigenes überdimensionales Fischereiprojekt aufziehen wollte, bei dem ihm wohl die von uns aufgebaute Fischerei im Wege stand.«²¹⁴ Im Falle Alberts ließen sich die Motive »aus seiner aus politischen Gründen erforderlich gewordenen Abberufung als Gawi-Experte erklären.«²¹⁵ Um den Vorfall aus der Welt zu schaffen und den Schaden zu begrenzen, bemühte sich Meseck dennoch um eine klare Positionierung, die die beteiligten Behörden entlasten sollte. Die Gawi sei laut Meseck zwar »personell und fachlich ihrer Aufgabe im vorliegenden Fall nicht voll gewachsen« gewesen, allerdings seien »die Hauptschwierigkeiten für das Fischereiprojekt in den mangelnden Partnerschaftsleistungen der Togolesen« zu sehen.²¹⁶ Er unterstrich die Notwendigkeit, »daß für evtl. Reparaturen und Ausrüstungsbeschaffungen des Kutters jederzeit auf ge-

210 Siehe Aktenvermerk von Projektleiter Steinberg, Über das Verhalten unseres Fischereiexperten Kapitän Hans Alberts und dessen Frau, 30. April 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

211 Siehe Botschaftsmitarbeiter Weder an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischereiprojekt, 20. Juli 1966 BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

212 Ebd.

213 Siehe Aktenvermerk von Projektleiter Steinberg, S. 2.

214 Siehe Schreiben des Referatsleiters im BML Gerhard Meseck an das Auswärtige Amt und den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Fischereiprojekt, 26. August 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 2.

215 Ebd.

216 Ebd., S. 3.

sonderten Konten ausreichende Mittel aus den Fangerlösen bereitstehen«, um dann zu monieren: »Bis jetzt ist es üblich, daß alle Einnahmen [...] der Staatskasse zufließen, aus der nur schwer die benötigten Gelder« zu erhalten seien.²¹⁷ Den Togoern solle »nahegelegt werden, die Besatzung der ›Berlin‹ mit einer Grundheuer und einem zusätzlichen Anteil am Fangelerlös zu entlohnen, da nur dadurch die Afrikaner an der unbedingt notwendigen Mehrarbeit interessiert werden können.«²¹⁸

Die Tendenz der bundesdeutschen Akteure, die Schwierigkeiten des Hafenprojekts den togoischen Beteiligten anzulasten, trat somit auch hier zum Vorschein. Der Verweis auf eine angebliche Inkompetenz der Togoer hinsichtlich technischer und organisatorischer Aspekte, die prinzipiell gänzlich in der bundesdeutschen Verantwortung lagen, zog sich als roter Faden durch die interministeriellen Debatten. Die hier durchscheinenden kolonialen Stereotype, die die Sichtweise der bundesdeutschen Akteure prägten, bezogen sich dabei hauptsächlich auf die westliche Definition von Arbeit und Arbeitsleistung beziehungsweise den den Togoern unterstellten Mangel daran. Daneben war der inhärente kulturelle Chauvinismus, der sowohl kolonialen Vorprägungen als auch modernisierungstheoretischen Grundsätzen entsprang, ursächlich für die negativen Sichtweisen auf die togoischen Akteure, die häufig als der »Anleitung« bedürftig dargestellt wurden. Das Aufeinandertreffen modernisierungstheoretischer Konzepte und der realen Verhältnisse vor Ort führte damit auch beim Fischereiprojekt zu Konflikten, für die die bundesdeutschen Akteure allerdings keine Verantwortung übernehmen wollten. Ein Eingestehen ihres Scheiterns im Fischereiprojekt hätte weitreichende Konsequenzen für die anderen Projekte in Togo gehabt, die allesamt unter dem Primat der Modernisierung, Rationalisierung und Technisierung standen.

Unterdessen hielten die deutsche Botschaft und das BML am Verbleib der »Berlin« in Togo fest. Aufgrund des Rechtsstreits mit der Sakuth-Werft war der Bau der »Bonn« indes auf unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Darüber hinaus wies das BML darauf hin, dass »die ›Berlin‹ mit ihrer Übergabe togoisches Eigentum geworden ist« und eine Rückführung des Boots deshalb »wahrscheinlich auf Unverständnis der Regierung Togos stoßen würde«.²¹⁹ Um die Arbeit und Ausbildung der togoischen Fischer auf der »Berlin« weiterhin durchführen zu können, plante man daher

217 Ebd., S. 5.

218 Ebd.

219 Siehe Schreiben Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischkutter »Berlin«, 19. Oktober 1966, BArch Koblenz B213 04116, S. 2.

schlicht, »daß alle an Bord tätigen Experten der technischen Hilfe zusätzlich versichert werden, weil die Unfallgefahr [...] ungleich größer ist, als bei einem normalen Schiff«. Die togoischen Mitarbeiter kamen allerdings nicht in den Genuss einer zusätzlichen Versicherung.²²⁰ Kapitän Lundt schätzte, dass das Boot in weniger als einem Jahr zum Totalausfall werden würde, weshalb zur Abwendung weiterer entwicklungspolitischer Debakel ein Neubau unter strenger technischer Überwachung geplant wurde. Zu diesem Zweck tagte bereits Ende September 1966 der Interministerielle Referentenausschuss Technische Hilfe und bewilligte schließlich weitere 950.000 DM für den Bau des zweiten Boots, das nun aus Stahl statt Holz gebaut und erheblich größer werden sollte.

Die Bewilligung des Neubaus war nicht nur aus einer entwicklungspolitischen Fehlerkultur heraus motiviert, sondern hatte auch außenpolitische Gründe: Die Importmenge von sowjetischem Tiefkühlfisch war bis 1966 auf jährlich 6.000 Tonnen angestiegen, trotz Grunitzkys mehrfacher Beteuerungen, dass die Moskauer Lieferungen »für Togo langsam abgebaut würden«.²²¹ Die erfolgreiche Demonstration der Überlegenheit der deutschen Fangmethoden und die erhoffte Steigerung der Proteinversorgung der Bevölkerung wären dementsprechend mit erheblichem entwicklungspolitischen Kapital für die Bundesrepublik verbunden gewesen. Um den bislang im Hafenprojekt kaum berücksichtigten Aspekt der »Hilfe zur Selbsthilfe« stärker zu betonen und zugleich die Erinnerung an die Fehlschläge der »Berlin« und die bislang nicht ausgelieferte »Bonn« zu vertuschen, sollte das neue Boot den Namen »Lomé« erhalten. Der Zustand der »Berlin« verschlechterte sich unterdessen gemäß den Vorhersagen von Kapitän Lundt. Ein gerissenes Kupplungsseil des Ruders ließ das Boot im März 1967 im Hafen auf Grund laufen, und zwei Monate später wurde die Maschinenanlage durch ein defektes Ventil komplett mit Wasser geflutet, sodass das Boot »kopflastig im Wasser lag«.²²² Nach-

220 Siehe Bericht des Referenten Maier-Oswald von der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Fischkutter »Berlin«, 29. November 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 2-3.

221 Siehe Vermerk des Referatsleiters im BML Gerhard Meseck, Togo, Technische Hilfe auf dem Gebiet der Fischerei, 19. Dezember 1966, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1.

222 Siehe Bericht Wilhelm Lundts an die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, FE 451 Fischereiprojekt Togo, Monatsbericht Januar bis März 1967, 31. März 1967, BAArch Koblenz B213 04116, S. 1-2; Bericht Wilhelm Lundts an die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anlage zum Vierteljahresbericht April bis Juni 1967, FE 451 Fischereiprojekt Togo, Bericht über Vorfall Fischkutter »Berlin«, 20. Mai 1967, ebd., S. 1.

dem der Rechtsstreit zwischen der Gawi und der Sakuth-Werft im März 1968 vor dem Amtsgericht Lübeck durch einen Vergleich beendet wurde, stand die Möglichkeit im Raum, nur die »Lomé« auszuliefern – Sakuth hatte der Rückabwicklung des Bauloses der »Bonn« zugestimmt.²²³ Die infolge des Rechtsstreits ausufernden Debatten hinsichtlich der Zukunft des Fischereiprojekts innerhalb und zwischen BML, BMZ und der Gawi wurden im April 1968 schließlich durch ein Machtwort des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, beendet. Er erwirkte, dass die »Berlin« ersetzt und das Fischereiprojekt gleichzeitig bis 1972 verlängert werden sollte. Damit verbunden war auch ein Eingeständnis des bisherigen Scheiterns, da die bisherigen hohen Ausgaben amortisiert werden sollten und den togoischen Fischern zugestanden werden sollte, ihre aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen auf der »Berlin« weit hinter dem Plan liegende Ausbildung zu beenden.²²⁴

Die »Lomé« war unterdessen ungleich erfolgreicher als ihre Vorgängerin, sodass Projektleiter Steinberg nach einer Dienstreise nach Lomé im Juli 1969 erfreut berichten konnte, dass das Fischereiprojekt nun »eines der wenigen deutschen Projekte – wenn nicht sogar das einzige« sei, das »der togoischen Staatskasse erheblich Einnahmen einbringt«, da das Boot »in nur 10 Monaten nahezu 10 Mill. CFA« eingefahren habe.²²⁵ Angesichts dieses Erfolgs war er bestrebt, die vergangenen Fehlschläge gänzlich als Folge der mangelnden Kompetenz der togoischen Beteiligten darzustellen. In der Zukunft solle auf »die Sicherung eines entscheidenden Mitspracherechtes für den deutschen Projektleiter bei allen technischen, kaufmännischen und personellen Angelegenheiten des Fischereivorhabens« hingewirkt werden, um »notwendige und nützliche Maßnahmen auch gegen togoischen Widerstand durchzusetzen«.²²⁶ Das Hauptproblem bestand seiner Meinung nach darin, dass »die togoischen Besatzungsmitglieder [...] wegen der relativ geringen Bezahlung nicht gewillt und physisch auch nicht in

223 Siehe Schreiben der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fischkutter »Berlin«, Abschluss eines Vergleichs mit der Firma Sakuth, 26. Februar 1968, BAArch Koblenz B213 04116, S. 6; Antwortschreiben Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fischkutter »Berlin«, Abschluss eines Vergleichs mit der Firma Sakuth, 28. Februar 1968, Ebd., S. 1.

224 Siehe o. V., Vorlage an den interministeriellen Referenten-Ausschuß für Technische Hilfe, Förderung des Fischereiwesens, Aufstockungsantrag, 12. November 1968, BAArch Koblenz B213 04116, S. 2.

225 Siehe Projektleiter Steinberg von der Bundesforschungsanstalt für Fischereitechnik, Bericht über eine im Rahmen des Fischereiprojekts FE 451 durchgeführte Dienstreise nach Togo, 8. Juli 1969, BAArch Koblenz B213 04115, S. 3.

226 Ebd.

der Lage« seien, längere Fangreisen zu unternehmen, und sich ferner weigerten, am Wochenende zu arbeiten.²²⁷ Steinberg wies weiterhin energisch darauf hin, dass die Zeit für die Bereitstellung des zweiten – eigentlich dritten – Boots dränge, da »mit den Dumpingpreisen der Sowjets [...] weder ein Privat- noch ein Staatsbetrieb konkurrieren« könne.²²⁸ Die erforderliche Anpassung der Fischpreise an die der Sowjets habe »die Erlöse im Vergleich zu denen der Nachbarländer erheblich geschmälert«. Zudem sei es nicht zu verstehen, »dass die Sowjets in einem mit deutschen Mitteln gebauten und unter deutscher Führung stehenden Hafen gegenüber dem von der BRD getragenen Fischereiprojekt [...] einen Vorzug genießen sollen«.²²⁹

Die schlechte Vereinbarkeit des modernisierungstheoretisch begründeten Primats eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums und der dafür nötigen Voraussetzungen – zu denen insbesondere die Ernährung zählte – hatte andere entwicklungspolitische Institutionen wie beispielsweise die Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) bereits dazu veranlasst, die Projekte gänzlich anders zu konzipieren. Die 1960 initiierte »Freedom from Hunger«-Kampagne der FAO, die laut Gerard van Bilzen »with a bottom-up approach assisting small rural farmers« die kleinteilige Landwirtschaft ins Zentrum des entwicklungspolitischen Engagements gestellt hatte, übernahm eine Schlüsselrolle bei der Ausgestaltung neuer Ernährungsprojekte.²³⁰ Rücksichtnahme auf die lokalen Verhältnisse, Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen und der Fokus auf kleine Projekte lösten die Großprojekte ab dem Ende der 1960er Jahre dementsprechend sukzessive ab. Die zunehmende Internationalisierung der Hilfe für Togo wirkte sich dabei auch auf das bundesdeutsche Fischereiprojekt aus, dem durch die FAO ab 1968 ein eigenes Projekt entgegengestellt wurde.

227 Ebd., S. 11.

228 Ebd., S. 7

229 Ebd.

230 Siehe van Bilzen, Gerard: *The Development of Aid*, Newcastle upon Tyne 2015, S. 316.

Eingreifen der Weltgemeinschaft und das Ende des deutschen Fischereiprojekts

Die problematische Ernährungslage in Togo im Allgemeinen und die Situation der togoischen Fischer im Speziellen weckten am Ende der 1960er Jahre zunehmend das Interesse der Weltgemeinschaft. Die »Freedom from Hunger Campaign« (FFHC), eine 1946 in Kalifornien gegründete NGO, richtete im November 1968 einen Antrag an die FAO, dessen Ziel die »modernization of small-scale fishing in Lake Togo and the Anécho lagoon« war.²³¹ Im Antrag wurde erläutert, dass »per caput consumption of fish per annum amounts to about six or seven kg as compared with [...] Ghana and Dahomey for which the figures are 18 and 11 kg respectively«, was zu einer »insufficiency of animal proteins in the diet of the population« führe.²³² Der Service du Peches habe daher den Wunsch vorgetragen, größere Boote, Außenbordmotoren und ein Programm zur Etablierung der »Acadja«-Fischerei zu erhalten, die »wellknown in the lagoons of Dahomey« sei.²³³ Eine Flotte von vierzehn Booten zwischen fünf und sieben Metern Länge mit Außenbordmotoren sollte für diesen Zweck unter Aufsicht der FAO von lokalen Schiffsbauern in Anécho gebaut werden, die Gesamtkosten sollten sich auf lediglich 7.580 Dollar belaufen.²³⁴ Zur selben Zeit sollten, ebenfalls unter Federführung der FAO, sechs größere Boote mit zehn Metern Länge konstruiert werden, die weiter merkwürdiger liegende Fischgründe befischen und insgesamt etwa 250.000 DM kosten sollten. Damit trat die FAO in direkte Konkurrenz zum bundes-

²³¹ Siehe o. V., Freedom from Hunger Campaign and the Food and Agriculture Organization of the United Nations, Application for the assistance through the Freedom from Hunger Campaign for modernization of small-scale fishing in Lake Togo and the Anécho lagoon through the modernization of pirogues and construction of new boats, 15. November 1968, BAArch Koblenz 04115, S. 1.

²³² Ebd.

²³³ Ebd., S. 2. Bei der Acadja-Fischerei handelt es sich um ein Verfahren zur Konzentration von Fischschwärmen, die durch die Konstruktion künstlicher Teiche – Acadjavis – aus Zweigen und Blättern im flachen Wasser bis etwa einem Meter Tiefe erreicht wird. In den ringförmigen oder rechteckigen Teichen sammeln sich Fische, deren Zahl durch natürliche Vermehrung und Mangel an Fluchtmöglichkeiten – ähnlich einer großen Reuse – ständig wächst, bis die Acadjavis nach einigen Wochen abgefischt werden. Durch das unkomplizierte Verfahren lassen sich in kurzer Zeit vergleichsweise große Mengen an Fisch gewinnen, weshalb es in den westafrikanischen Lagunen häufig praktiziert wird. Siehe Welcomme, R. L.: An evaluation of the acadja method of fishing as practised in the coastal lagoons of Dahomey (West Africa), in: Journal of Fish Biology 4 (1972) H. 1, S. 39–55, hier S. 39 u. 41.

²³⁴ Ebd.

deutschen Fischereiprojekt und legte darüber hinaus ein wesentlich umfangreicheres und gleichzeitig kostengünstigeres Projekt vor.

Dementsprechend wurde das FAO-Vorhaben von der deutschen Botschaft in Lomé mit Skepsis betrachtet. Der neue Botschafter Rudolf von Wistinghausen, der 1967 Seeligers Nachfolge angetreten hatte, berichtete, dass »Detailfragen zum Einsatz der Schiffe« ungeklärt seien und abzuwarten sei, ob die FAO-Sachverständigen auf »ähnliche Schwierigkeiten« wie die deutschen Experten stoßen würden.²³⁵ Weiterhin sei zu befürchten, dass »mit gewissen Interessenkollisionen und Beeinträchtigungen für die Arbeiten innerhalb des deutschen Projekts gerechnet« werden müsse.²³⁶ Tatsächlich stellte sich bald heraus, dass das FAO-Projekt sich zu »one of the most ambitious and successful FFHC efforts to improve the protein level in local diets« entwickelte.²³⁷ Neben der Lieferung von Motoren und Ersatzteilen wurden im Rahmen des Projekts eine Steuerbefreiung für das genutzte Benzin erwirkt, Fischer aus dem Senegal nach Togo und Dahomey geschickt, um die neuen Fangmethoden zu lehren, und zwei in den USA ausgebildete Mechaniker auf unbestimmte Zeit fest angestellt.²³⁸ Der große Erfolg des Projekts war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass durch den erheblich vergrößerten Radius der Boote die Fischer nun auch in den Küstengewässern benachbarter Staaten fischen konnten. Die nun möglichen längeren Touren und der höhere Ertrag hätten zu einem wesentlich höheren Einkommen geführt und dadurch einen »dramatic change, having taken place in the West African coastal fisheries« bewirkt, wie Jul-Larsen Eyolf in einer Untersuchung festhält.²³⁹

Im deutschen Projekt wurde unterdessen die Lieferung des zweiten Kutters als Ersatz für die »Berlin« priorisiert und ansonsten am ursprünglichen Konzept festgehalten. Durch die Erfolge des FAO-Projekts setzte bei den

235 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe anderer Staaten und der multilateralen Organisationen, Vereinte Nationen – Fischereiförderung, 26. September 1969, BArch Koblenz 04115, S. 2.

236 Siehe Schreiben Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe für Togo durch die Vereinten Nationen, Hilfsmaßnahmen für die Seefischerei, 4. November 1969, BArch Koblenz 04115, S. 1.

237 Siehe Staples, Amy L. S.: *The Birth of Development. How the World Bank, Food Agriculture Organization and World Health Organization changed the World 1945-1965*, Kent 2006, S. 116.

238 Ebd.

239 Siehe Jul-Larsen, Eyolf: *Attitudes Towards Modernization in African Small-Scale Fisheries*, in: Tvedten, Inge/Hersoug, Bjørn (Hg.): *Fishing for Development. Small-scale Fisheries in Africa*, Uppsala 1992, S. 70-89, hier S. 80, 81 u. 85.

am deutschen Projekt Beteiligten allerdings allmählich ein Umdenken hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung – und der damit verbundenen modernisierungstheoretischen Annahmen – ein. Die Erkenntnis, dass eine industrielle Fischerei nach europäischem Vorbild aufgrund der nicht vorhandenen Verarbeitungsanlagen, der mangelnden Infrastruktur und der letztlich verfehlten Konzeption der Fischerei als Spezialausbildung scheiterte, konterkarierte die technologische Überlegenheit der bundesdeutschen Akteure. Das kostengünstige und simple FAO-Projekt war im Gegensatz dazu viel stärker an den lokalen Bedürfnissen ausgerichtet und orientierte sich nicht an abstrakten Zukunftsvorstellungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der technischen Entwicklung, sondern zielte auf konkrete Verbesserungen der Lebensumstände der unmittelbar betroffenen Bevölkerung ab. Dementsprechend wurde die Ankunft der »Hamburg«, des Ersatzboots für die »Berlin«, im Juni 1970 wenig euphorisch aufgenommen. Die »Togo-Presse« publizierte zwar erneut diverse schwärmerische Artikel; den bundesdeutschen Beteiligten war allerdings mittlerweile klargeworden, dass die entwicklungspolitisch bedeutenden Aspekte der Proteinversorgung sowie der Ausbildung der Fischer den Erwartungen nicht gerecht geworden waren. Damit verbunden war eine Abkehr von den ursprünglichen Zielen des Fischereiprojekts. Es sollte nun hauptsächlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden und als Symbol der Verbundenheit zwischen Togo und der Bundesrepublik fungieren. Botschafter von Wistinghausen, der die »Hamburg« in Anwesenheit des togoischen Finanzministers Tevi, des Hafenkapitäns Möller und anderer Gäste aus dem Service de Peches am 18. Juni offiziell übergab, erklärte dazu bei der Ansprache, die Arbeit der deutschen Experten und ihrer togoischen Counterparts bestehe darin, »der togoischen Wirtschaft durch den Service des Peches einen wichtigen Wirtschaftszweig rationell zu erschließen«. Er bekräftigte seine Erwartung, »daß die »Hamburg« die traditionellen und freundschaftlichen Bindungen zwischen Deutschland und Togo noch enger gestalten und zum Nutzen beider Seiten noch verbessern möge«. ²⁴⁰ Die »Togo-Presse« setzte den Schwerpunkt der Berichterstattung mangels vorzeigbarer entwicklungspolitischer Erfolge des Fischereiprojekts daher auf die Aspekte der Verbundenheit und würdigte allgemein die deutschen Projekte. Diese seien »ein beredtes Zeichen des deutschen Wunsches, Togo bei seiner kulturellen, wirtschaft-

240 Bericht des stellvertretenden Botschafters Söhnke i. A. von Wistinghausen an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischerei-Projekt Togo, Übergabe des Fischkutters »Hamburg«, 27. Juni 1970, BArch Koblenz 04115, S. 1.

lichen und sozialen Entwicklung zu helfen«. ²⁴¹ Besonders die deutschen Geschenke zum zehnten Jahrestag der togoischen Unabhängigkeit – »Mercedes, BMW-Motorräder« – und der Hafen, der »der ganze Stolz der Togoer« sei, seien ein Zeichen für die Zusammenarbeit, die »zum Wohl der deutsch-togoischen Freundschaft« fortgesetzt werden müsse. ²⁴² Unterdessen zeichnete sich das Ende des Fischereiprojekts allmählich ab. In der Diskussion um den künftigen Kurs setzte sich im Auswärtigen Amt, dem BMZ und der Gawi die Auffassung durch, dass die Ausbildung der togoischen Fischer nicht mehr zielführend sei und man daher dazu übergehe, die Fischerei als »Produktionsprojekt« zu betreiben.

Die Fertigstellung des Hafens

Abseits der Entwicklungen im Fischereiprojekt hatte der Bau des Hafens gute Fortschritte gemacht. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts wurde für den April 1967 angesetzt, während die Arge Hafenbau und das Ingenieurbüro Lackner bereits mit den Planungen für die nächsten Ausbaustufen begonnen hatten. Der Umstand, dass die Baustelle und der bisherige provisorische Betrieb zur Gänze von bundesdeutschen Sachverständigen abgewickelt wurden, sollte nach Ansicht von BMV, BMWi, Auswärtigem Amt und KfW möglichst lange aufrechterhalten werden. Ministerialrat Theierl bemerkte dazu erfreut, dass es der KfW gelungen sei, »bei der togoischen Regierung durchzusetzen, daß die Hafenverwaltung jetzt eingerichtet wird. Es ist sichergestellt, daß die Stelle des Hafendirektors für eine Anfangsperiode von zehn Jahren mit einem qualifizierten deutschen Fachmann besetzt wird«. ²⁴³ Es sei weiterhin die Auffassung der KfW wie auch des Auswärtigen Amts und des BMV, dass das leitende Personal für die Hafenverwaltung im Rahmen der Technischen Hilfe für längere Zeit zur Verfügung gestellt werden solle, wenn »der deutsche Einfluß auf den Hafen und eine ordnungsgemäße Verwaltung gewährleistet werden soll«. ²⁴⁴

Der von Theierl angesprochene Einfluss, den die KfW inzwischen auf die togoische Regierung in Bezug auf das Hafenprojekt hatte, resultierte aus der weiteren Abschwächung der entwicklungspolitischen Motiva-

²⁴¹ Ebd., S. 2.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Siehe Vermerk des Ministerialrats Theierl, Kapital- und Technische Hilfe für Togo, Hafenprojekt Lomé, 9. Januar 1967, BArch Koblenz B213 21817, S. 2.

²⁴⁴ Ebd., S. 4.

tion hinter dem Projekt. Die ohnehin hauptsächlich ökonomisch motivierte Konzeption des Hafens hatte durch die Rückschläge im Fischereiprojekt und anderen bundesdeutschen Entwicklungsprojekten zu einer noch stärkeren Betonung des prognostizierten wirtschaftlichen Nutzens geführt. Die gestiegene Bedeutung der finanziellen Aspekte, die dem gesellschafts- und außenpolitischen Nutzen in den deutsch-togoischen Beziehungen wie auch übergreifend im Kontext der Hallstein-Doktrin gegenüberstand, äußerte sich in der verstärkten Einbindung der KfW in das Projekt. Da die togoische Regierung seit dem Amtsantritt des frankophilen Grunitzky neben den deutschen auch wieder französische Berater beschäftigte, stellte sich außerdem immer wieder die Frage der entwicklungspolitischen Außenwirkung gegenüber den westeuropäischen Staaten. Da laut Theierl »die Bundesrepublik nach den hohen Kapitalinvestitionen für das Hafenprojekt selbst das größte Interesse daran hat, daß dieses Vorhaben einwandfrei funktioniert und nicht in die Einflußsphäre französischer Berater gerät«, aber gleichzeitig die französische Seite aufgrund der deutsch-französischen Aussöhnung und Annäherung im Zuge der Élysée-Verträge nicht gänzlich ignoriert werden konnte, musste diesbezüglich ein Kompromiss gefunden werden.²⁴⁵ Die französischen Sachverständigen sollten demnach zwar in das Projekt eingebunden werden, ihr Einfluss aber stark begrenzt bleiben. Nach einer Ressortbesprechung kamen Vertreter des BMV, BMWi und der KfW zu dem Schluss, es sei »im Interesse einer guten Zusammenarbeit mit den ortsansässigen französischen Firmen [...] für den Posten des Schlepperführers und des Buchhalters französische Staatsangehörige vorzuziehen« und »im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen zu prüfen, ob die französische Seite die erforderlichen Mittel im Rahmen der Assistance Technique zur Verfügung stellen könnte«.²⁴⁶

Die Einschätzungen des deutschen Botschafters zur Rolle der französischen Berater sind ein Indiz für die Gratwanderung der bundesdeutschen Außenpolitik in den 1960er Jahren im Spannungsfeld von europäischer Integration, eigenständiger Außenpolitik und wirtschaftlichen Interessen in Afrika. Die delikaten Verhandlungs- und Annäherungsprozesse im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen, die wiederum grundlegend für die europäische Integration waren, durften durch etwaige Konkurrenzsituationen in Afrika keinesfalls beeinträchtigt werden. Durch die Besetzung relativ unwichtiger Positionen im Hafenbetrieb konnte diese Ge-

245 Ebd. u. S. 5.

246 Siehe Besprechungsvermerk des Ministerialrats Theierl, Kapitalhilfe und Technische Hilfe für Togo, 27. Februar 1967, BArch Koblenz B 213 21817, S. 5.

fahr leicht umgangen werden, wobei die Vielzahl der an der Diskussion beteiligten Institutionen die hohe Bedeutung dieser eigentlich sekundären Personalentscheidungen aufzeigt.

Probleme für den Hafen bereitete allerdings nicht nur die Anwesenheit französischer Berater, sondern auch eigene Personalentscheidungen, die die Zukunft des Hafens betrafen. Kapitän Möller, dessen Dienstzeit nach acht Entsendungen im September 1968 endete, wurde im Vorfeld damit betraut, seinen Nachfolger als Generaldirektor sowie einen Hafenkapitän auszubilden. Beide wurden letztmalig von der Gawi aus der Bundesrepublik entsandt. Die Auswahl der Sachverständigen durch die Gawi orientierte sich generell an ihrer Ausbildung, der bisherigen Erfahrung, Sprachkenntnissen und der politischen Beurteilung. Damit sollte nicht nur die Erfüllung der Aufgaben sichergestellt werden, sondern gegenüber der togoischen Seite, die schließlich einen Teil der Kosten als Partnerschaftsleistung übernahm, auch die Professionalität und Kompetenz in einer Vorbildfunktion demonstriert werden. Bei der Besetzung traten jedoch – ebenso wie bei den technischen Aspekten der Projekte – häufig Fehler auf, die teilweise höchst problematisch für die deutsch-togoische Zusammenarbeit waren. Wie oben angesprochen, handelte es sich hierbei nicht selten um herablassendes, aggressives Verhalten gegenüber den togoischen Mitarbeitern, das sich aus rassistischen Überlegenheitsgefühlen, kolonialen Stereotypen und kulturellem Chauvinismus aufgrund der technisch-wirtschaftlichen Asymmetrie ergab. Daneben gab es allerdings auch Persönlichkeiten, die sich aus eskapistischen Motiven heraus bei der Gawi bewarben und – im Gegensatz zu den meist auf einzelne Zwischenfälle beschränkten Ausfälligkeiten – teilweise massive Probleme für die Außenwirkung der bundesdeutschen Arbeit in den Projekten verursachten.

Das Verhalten des designierten Hafenkapitäns Herbers, der im März 1967 von der Gawi einen Vertrag erhielt und in Lomé »eine togoische Fachkraft in die Aufgaben eines Hafenkapitäns einweisen« sollte, zeigt einen derartigen problematischen Fall der bundesdeutschen Entwicklungs-Expertenherrschaft.²⁴⁷ Die Einstellung Herbers' erfolgte laut Gutachten des BMZ aufgrund seiner Expertise als Lotse, seiner Französischkenntnisse und der Tatsache, dass er »vorher ein Jahr mit der Abwicklung des Pilger-

247 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Wirtschaft, Fachpersonal für den Hafen Lomé, 10. März 1967, BArch Koblenz B213 21817, S. 1.

verkehrs im Hafen Jenbo (SaudiArabien) betraut« gewesen sei.²⁴⁸ Laut von Wistinghausens Bericht war Herbers am »11.4.1967 in bewußtlosem Zustand in Lomé« eingetroffen, wo er »zur stationären Behandlung in das hiesige Krankenhaus eingeliefert werden« musste.²⁴⁹ Nach der Feststellung eines schweren Kreislaufkollapses habe sich die Botschaft demnach entschieden, ihn »aus gesundheitlichen Gründen in die Bundesrepublik zurückzuschicken«. Einige Tage später offenbarte Botschafter von Wistinghausen in einem weiteren Bericht an das BMZ jedoch, dass Herbers bei der Ankunft am Flughafen »so stock besoffen [sic] gewesen sei«, dass er von Möller und seinem designierten Nachfolger Jordan »aus dem Flugzeug herausgetragen und ins Auto geschleppt werden mußte«. Der ifo-Mitarbeiter Obermaier, der im selben Flugzeug wie Herbers saß, habe von Wistinghausen berichtet, Herbers habe beim vorangegangenen Zwischenstopp in Lagos im Hotel, »um den Anmeldeschein auszufüllen, die dort stehende Frau des amerikanischen Botschaftsrats Todman in Lomé, eine Negerin, mit einer ausholenden Armbewegung zur Seite geschoben«.²⁵⁰ Angesichts des Vorfalls sah sich von Wistinghausen genötigt, »Frau Todman am Nachmittag des 11. April einen Besuch zu machen und mich in aller Form über sein Benehmen zu entschuldigen«. Er sei allerdings dazu bereit, nicht »den ganzen o. a. makaberen Tatbestand nach Bonn zu berichten und den schweren Kreislaufkollaps als Ursache seiner Abreise« anzugeben, sollte Herbers sofort abreisen.²⁵¹ Nachdem er bei seinem Rückflug über Accra erneut Alkohol zu sich genommen habe, »um sich schlug und es erforderlich wurde, ihn in ein Krankenhaus einzuweisen«, soll er beim Weiterflug »wieder so betrunken gewesen sein, daß er sich in der Maschine auf den Gang geworfen habe, wo er apathisch liegen geblieben sei«.²⁵² Nachdem der Botschafter von diesen Vorfällen erfahren hatte, schrieb er wütend, das BMZ solle in Zukunft verhindern, »daß Leute ausgesucht werden, die das deutsche Ansehen im Ausland auf das Schwerste gefährden« und »Auswahlgremien, die über so wenig Menschenkenntnis verfügen, daß sie einen Menschen wie Herbers auswählen, sollten möglichst schnell aufgelöst werden«.²⁵³ Da »in einer so kleinen Stadt wie Lomé

248 Siehe Rücksprachevermerk Dr. Sonnenhol und Dr. Klamser an Oberregierungsrat Theierl, 24. Mai 1967, BArch Koblenz B213 21817, S. 1.

249 Hier und im Folgenden: Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Hafenkapitän Franz Herbers, 18. April 1967, BArch Koblenz B213 21817, S. 2.

250 Ebd.

251 Ebd., S. 3.

252 Ebd., S. 4.

253 Ebd.

Herbers' Benehmen sehr schnell überall bekannt wurde und besonders in französischen Kreisen, die bekanntlich der deutschen Hafenverwaltung sehr kritisch gegenüberstehen, große Heiterkeit und Schadenfreude ausgelöst hat«, solle in Zukunft die Entscheidung für einen Hafenkapitän Möller überlassen werden.²⁵⁴

Der Vorfall zeigt, dass der Archetypus des gut ausgebildeten und versierten Experten real kaum zu finden war, sondern individuelle Vorprägungen eine entscheidende Rolle bei der Ausübung der entwicklungspolitischen Expertenherrschaft spielten. Persönliche Befindlichkeiten und Charakterzüge, eskapistische Motive und rassistisch konnotierte Vorbehalte erzeugten unterschiedliche Reaktionen auf die Anforderungen der Arbeit in Lomé. Die Untersuchung der überlieferten Dokumente zeigt, dass die Akteure individuelle Strategien für den Umgang mit den an sie gestellten Erwartungen entwickelten. Vorprägungen auf deutscher und togoischer Seite, Umwelt- und Klimabedingungen und der Umgang mit Technik trafen dabei angesichts der Größe des Vorhabens auf begrenztes Wissen und die Notwendigkeit, Coping-Mechanismen für unvorhergesehene Situationen zu entwickeln. Eine Typologisierung der Akteure kann anhand der Überlieferung nur ansatzweise geleistet werden, allerdings lassen sich aus den von ihnen verfassten Berichten, oder den Berichten, die über sie verfasst wurden, Merkmale herauslesen, die mit diesem Befund korrespondieren. Beispielsweise gehen aus den Berichten Tembergs, wie oben gezeigt, dessen Drang zur Selbstdarstellung wie auch seine Streitlust deutlich hervor. Hafenkapitän Möller, dessen Berichte stets nüchtern und sachlich formuliert waren, zeichnete sich dagegen durch ein hohes Maß an Professionalität aus, neigte allerdings gegenüber den togoischen Arbeitern zu paternalistischen Ansichten und sah kein Problem in den schwierigen Arbeitsbedingungen, die er ihnen auferlegte. Der Umgang mit den togoischen Akteuren war, und das betraf alle deutschen Experten, gemeinhin von paternalistischen bis hin zu unverhohlenen rassistischen Stereotypen geprägt. Der Eklat um Herbers' Einsatz hatte in dieser Hinsicht zumindest zur Folge, dass künftige Bewerber einem strengeren Zulassungsverfahren unterzogen wurden. Vorherige Tätigkeiten wurden nun rigoros überprüft, etwaige juristische und finanzielle Probleme der Bewerber recherchiert und genauere Angaben zu den familiären Verhältnissen gefordert. Die Einstellung gegenüber den Togoern spielte dabei jedoch keine Rolle.

Mit dem Oberlotsen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel, Kapitän Spindler, war indes im Juni 1967 ein Nachfolger für Herbers ge-

254 Ebd., S. 5.

funden worden, der allen Anforderungen entsprach und seinen Posten im Juli des Jahres antrat.²⁵⁵ Am 11. Oktober 1967 nahm der Hafen schließlich seinen Betrieb auf. Die »Togo-Presse« feierte das Einlaufen des ersten Frachters, der »Saint François«, die Autos, Lastwagen und Kühlschränke nach Lomé brachte. Im Artikel auf der Titelseite ließen die Redakteure sich zu ausschweifenden Beschreibungen der modernen Ausstattung des Frachters hinreißen und den Kapitän verlauten, die »Saint François« sei »l'un des plus beaux navires français de la série de cargo«.²⁵⁶ Offiziell eingeweiht wurde der Hafen unter Beteiligung einer deutschen Regierungsdelegation, die von Minister Wischnewski angeführt wurde, nach einigen Monaten Probebetrieb am 26. April 1968.²⁵⁷ Im Verlauf der Arbeiten war deutlich geworden, dass die projektierten 53 Millionen DM nicht ausreichend sein würden, um die Kosten für den Hafen zu decken. Die landseitige Infrastruktur, zu der beispielsweise die Gleisanschlüsse oder die Elektrizitätsversorgung gehörten, wurde 1967 mit weiteren 5,5 Millionen DM bezuschusst, während für diverse andere Arbeiten nach Abschluss der Bauarbeiten 1968 11,52 Millionen DM bewilligt wurden. Weitere 3,84 Millionen DM wurden der togoischen Regierung als Kapitalhilfe gewährt, sodass die Kosten für den Hafen nach Abzug von Einsparungen schlussendlich mit 73,3 Millionen DM beziffert wurden.²⁵⁸

Zwischenfazit: Der Port Autonome de Lomé im Kontext des »development project«

Bereits während der Bauphase war das Hafenprojekt mit hohen Erwartungen vonseiten der bundesdeutschen und togoischen Akteure beladen. Ökonomische, politische, historische und nicht zuletzt Fragen der Agency und des Prestiges prägten in unterschiedlichem Maße die Pers-

255 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Wirtschaft, Fachpersonal für den Hafen Lomé, 12. Juni 1967, BArch Koblenz B213 21817, S. 2.

256 Siehe o. V.: Le Port de Lomé A Accueilli Hier Son 1^{er} Cargo Francais, Le Saint François, in: Togo-Presse Nr. 1577, 11. Oktober 1967, Archives Nationales du Togo, S. 1.

257 Siehe Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Vorlage an den interministeriellen Referentenausschuss, Geschenk der Bundesregierung an die togoische Regierung aus Anlaß der Einweihung des mit deutscher Kapitalhilfe erbauten Hafens Lomé, 21. Februar 1968, BArch Koblenz B108 41802, S. 1.

258 Vgl. Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft an den Interministeriellen Referentenausschuss Kapitalhilfe, Ausbau der landseitigen Infrastruktur des Hafens Lomé, 17. Oktober 1969, BArch Koblenz B213 21819, S. 2-3.

pektiven auf den Hafen und die damit verbundenen Ziele der Akteure. Die Fertigstellung des Projekts stand bereits zu Beginn außer Frage, da nicht nur enorme Summen für den Bau und Betrieb aufgewandt wurden, sondern auch die politische Symbolik eine bedeutende Rolle spielte. Die bundesdeutsche Seite hoffte durch den Bau die Märkte und Rohstoffquellen Westafrikas für den internationalen Handel erreichbar zu machen. Aufgrund der absehbar hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Hafens für Togo erwartete man zudem, ein ökonomisches Faustpfand gegenüber den togoischen Regierungen zu erhalten. Die antikomunistische Olympio-Regierung, die euphorisch mit dem Hafenprojekt an die Bundesrepublik herangetreten war, erwies sich aufgrund ihrer immer wieder diskursiv konstruierten Nähe zur Bundesrepublik als Glücksfall für das Projekt. Die hoffnungsvolle Perspektive der bundesdeutschen Akteure, in Togo analog zum Rourkela-Projekt ein entwicklungspolitisches Megaprojekt erfolgreich aufziehen zu können und damit vor dem Rest der Welt die politische und technologische Überlegenheit des westlichen Bündnisses und der Bundesrepublik demonstrieren zu können, ermöglichte den Einsatz massiver finanzieller und technischer Mittel. Die in Togo nachfolgende Grunitzky-Regierung, die von der deutschen Botschaft in Lomé und den am Projekt beteiligten Ministerien prinzipiell als schwach und wenig durchsetzungsstark eingeschätzt wurde, hatte dagegen ein aus Sicht des Auswärtigen Amts unklares, tendenziell problematisch kooperatives Verhältnis zur Sowjetunion. Umso bedeutender war die Fertigstellung und der erfolgreiche Betrieb des Hafens, die die politische Verbundenheit Togos mit dem Westen sicherstellen sollten.

Umgekehrt war der Hafen für Olympio von Beginn an ein Ausdruck der Souveränität der togoischen Regierung. Neben den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteilen, die für ihn zweifellos eine hohe Bedeutung hatten, war der Hafen ein Symbol der politischen Loslösung von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und der neu erlangten ökonomischen Unabhängigkeit Togos. Obwohl der Port Autonome de Lomé wesentlich später fertiggestellt wurde als die Häfen in Abidjan, Tema und Cotonou, sollte er dazu beitragen, Togo und die Gebiete Westafrikas ohne Meereszugang einerseits als Märkte zu erschließen, andererseits den Export von Rohstoffen und Nahrungsmitteln erheblich zu vereinfachen. Der franko-loyale Grunitzky maß der außenpolitischen Signalwirkung wesentlich weniger Bedeutung zu, erkannte allerdings ebenfalls die wirtschaftlichen Vorteile, die die voranschreitende Ansiedlung internationaler Unternehmen mit sich bringen würde.

Für die deutsch-togoischen Beziehungen hatte der Hafen daneben einen besonderen diskursiven Stellenwert, da die Ursprünge des Projekts

bis in die Zeit um die Jahrhundertwende zurückreichten: Die ursprünglich für die kaiserliche »Schutztruppe« erbaute Wharf wich nun einem mit modernen Bautechniken und Maschinen, rationalisierten Arbeitsabläufen, standardisierten Prozessen beim Warenumschat und erheblich vergrößerten Dimensionen arbeitenden Tiefwasserhafen. Bundesdeutsche Ängste wegen sowjetischer Nahrungsmittelimporte oder der Entsendung französischer Experten für den Betrieb des Hafens belegen die starke Verknüpfung des Projekts mit der Frage außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Leitlinien in den 1960er Jahren.

Anhand der asymmetrischen Verteilung der akteursspezifischen Prioritäten, der unterschiedlichen Motive der beteiligten Akteure, der globalen wirtschaftlichen Entwicklungen sowie der teilweise raschen Abfolge politischer Rekonfigurationen in Togo und des sich wandelnden deutsch-togischen Verhältnisses lassen sich Rückschlüsse auf die generellen Transformationsprozesse in den Nord-Süd-Beziehungen während der 1960er und 1970er Jahre ziehen. Durch die Betrachtung der drei Linien globaler, nationaler und lokaler Transformationsprozesse ergeben sich Schlaglichter auf deren partielle Verflechtungen und Modi von Kooperation und Konfrontation. Das Hafenprojekt dient als eine analytische Sonde, um einen Blick auf diese drei Ebenen, ihre wechselseitige Beeinflussung und die Art und Weise ihrer Transformation zu gewinnen.

In dieser Hinsicht war das Hafenprojekt für die Bundesrepublik und für Togo nicht nur eine nationalstaatliche Aufgabe, sondern mit globalen außenpolitischen Perspektiven verbunden. Das implizite Spannungsfeld von staatlicher Souveränität, den Möglichkeiten und Grenzen globaler Gestaltungsmacht, europäischer Integration und dem Ost-West-Konflikt machte eine Neuaushandlung der eigenen Positionen notwendig. Im Jahr 1961 schrieb Außenminister Heinrich von Brentano an den Chefredakteur des »Rheinischen Merkur«, Otto Roegele, die bundesdeutsche Entwicklungshilfe in Afrika lasse »sich auf verschiedenen Gebieten schwerer durchführen als diejenige der ehemaligen Kolonialmächte«, denn in ihrem Fall handele es sich »in der Praxis einfach um die Fortsetzung von Vorhaben, die noch in kolonialer Zeit geplant waren und somit auch schnell durchgeführt werden können«.²⁵⁹ Weiterhin bemerkte er, »die deutsche Wirtschaft erwartet zudem nicht zu Unrecht, daß die ihr in kolonialer Zeit manchmal vorenthaltene Chance gegeben wird, mit ihren Erzeugnissen nunmehr auch in diesen Ländern in Erscheinung zu treten«, darüber hinaus sei im »Verhältnis zu manchen Entwicklungsländern die

259 Siehe Brief Achim von Brentanos an Otto Roegele, o. T., 20. September 1961, PA AA, AA, B 1 121, S. 2.

Nicht-Anerkennung der Sowjetzone ein wichtiges Problem«. ²⁶⁰ Damit hatte von Brentano die wesentlichen globalen Perspektiven der bundesdeutschen zeitgenössischen Entwicklungspolitik zusammengefasst, die auch das Hafenprojekt prägten. Wirtschaftliche Interessen, das Verhältnis zu den westeuropäischen Staaten und die Positionierung gegenüber der DDR und Sowjetunion im Kontext der Hallstein-Doktrin bildeten für die bundesdeutschen Akteure die maßgebliche Motivation für den Bau des Hafens.

Wirtschaftlich sollte der Hafen den schnellen Transport von Cash Crops und Rohstoffen wie Phosphat in die Abnehmerländer ermöglichen, wo sie konsumiert oder weiterverarbeitet wurden. Die Degradierung des Globalen Südens zum Rohstofflieferanten, die als Folge der »colonial division of labor« einerseits zwar eine zum Teil hohe Spezialisierung in der Verarbeitung bewirkte, andererseits aber eine starke Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen und den vom Norden auferlegten Handelsbedingungen erzeugte, zeigte im Hafenprojekt deutlich ihre Wirkmächtigkeit. Die Ladungsprotokolle des Hafens dokumentieren, wie sich der Handel in Togo ab dem Ende der 1960er Jahre veränderte, und lassen Rückschlüsse auf die Verwendung der importierten Waren für das »development project« zu. Im ersten Halbjahr 1969 hatte die Bundesrepublik die Warenimporte aus Frankreich und Großbritannien überholt und insgesamt 17.417 Tonnen an Gütern nach Togo geliefert, gegenüber 11.441 Tonnen aus Frankreich und 3.127 Tonnen aus Großbritannien – bei einem Gesamtvolumen von 112.806 Tonnen. ²⁶¹ Im Gegenzug wurden aus Togo allerdings nur 7.525 Tonnen an Gütern in die Bundesrepublik exportiert, gegenüber 11.026 Tonnen nach Frankreich, das damit größter Importeur togoischer Erzeugnisse blieb, und 8.399 Tonnen nach Großbritannien. ²⁶² Betrachtet man die Zusammensetzung der togoischen Importe genauer, so ist sie einerseits ein Indiz für die zunehmende Aktivität europäischer Unternehmen in Togo, andererseits lässt sie Rückschlüsse auf die auffallend schlechte Ernährungssituation zu: Die Haupteinfuhrgüter Togos 1969 waren mit großem Abstand Baumaterialien aller Art, insbesondere Stahlträger, Treibstoffe, Eisenhalbzeuge, Rohrleitungen sowie Kohle, während bei den Lebensmitteln Mehl, Zucker, Reis und Konserven die vordersten Plätze belegten, deren Einfuhrvolumen in etwa gleich hoch war. ²⁶³

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Siehe Port Autonome de Lomé, Service Economique (Hg.): *Activités Semestrielles 1969. Classement Definitif par Nature des Marchandises*, 9. Juli 1969, BAArch Koblenz B213 21819, S. 1.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd., S. 3.

Im Jahr davor hatte die Sowjetunion 5.277 Tonnen Fisch geliefert, Frankreich 501 Tonnen und Ghana 617 Tonnen, während Togo selbst nur 132 Tonnen Fisch produziert hatte.²⁶⁴

Die Zahlen und die Art der über den Hafen abgewickelten Güter zeigen, dass die graduelle Einbindung Togos in den Weltmarkt prinzipiell den für die zeitgenössische Struktur der togoischen Wirtschaft wichtigsten Effekt des »development project« bewirkte: die Ablösung der vormals subsistenz-agrarisch geprägten Gesellschaft durch eine protoindustrialisierte Wirtschaftsstruktur. Die hohen Einfuhrmengen an Nahrungsmitteln verweisen auf Knappheiten, die zum einen durch die Urbanisierung entstanden waren, zum anderen aus dem modernisierungstheoretisch erwünschten Umstieg auf den Anbau von Cash Crops resultierten.²⁶⁵ Daneben war der projektierte Umbau der togoischen Wirtschaft mit dem Ziel der Industrialisierung am Ende der 1960er Jahre nur ein Konzept, dessen Tragfähigkeit und Validität noch nicht erwiesen war. Letztlich zeigt die Betrachtung der globalwirtschaftlichen Ebene des Hafenprojekts vor allem, in welchem Umfang Togo von ausländischen Lieferungen aller Art abhängig war und wie gering die Handlungsspielräume der Regierung diesbezüglich waren.

Das Hafenprojekt markierte zugleich den Höhepunkt der bilateral angelegten bundesdeutschen Entwicklungspolitik in Togo und des Primats der Modernisierungstheorie in den entwicklungspolitischen Planungen. Das Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe«, das während der 1960er Jahre von den bundesdeutschen Akteuren als Grundlage einer erfolgreichen Entwicklungspolitik betrachtet wurde, war unterdessen im Diskurs über das Hafenprojekt auffällig abwesend. Zwar schwand die Bedeutung des Konzepts während der »Entwicklungsdekade« von 1960 bis 1970 aufgrund diverser Fehlschläge generell deutlich, allerdings war es beim Hafen bereits von Beginn an nur sporadischer Bestandteil des Diskurses.

Im Lauf der Bauzeit und des Betriebs bis zur endgültigen Übergabe an die togoische Regierung veränderten sich die von der Bundesrepublik und von Togo mit dem Hafen verknüpften Erwartungen aufgrund globaler, aber auch nationaler Transformationsprozesse. In politischer Hinsicht war die Bundesrepublik bestrebt, eine gewissermaßen in Beton gegossene Agentur der Hallstein-Doktrin aufzubauen, die den während der 1960er Jahre im Diskurs stark betonten Charakter der Entwicklungs-

264 Siehe Port Autonome de Lomé, Service Economique (Hg.): *Activités Annuelles du Port et Wharf de Lomé* 1968, 9. Januar 1969, BArch Koblenz B213 21819, S. 2.

265 Zur Entwicklung der Urbanisierung in Lomé siehe Nyassogbo, *L'urbanisation et son évolution au Togo*, S. 143.

politik als Teil der Außen- und Sicherheitspolitik unterstrich. Dirk van Laak verweist dabei auf den bereits in den 1950er Jahren einsetzenden Trend, »dass gesellschaftliche Ordnungen eher durch eine gezielte Steuerung von Bedürfnissen als durch Zwang zu stabilisieren seien. Damit wurde das infrastrukturell-wirtschaftliche Angebot in mancherlei Hinsicht zu einem Surrogat politischer Herrschaft.«²⁶⁶ In Togo bedeutete dies, dass der Antikommunismus der togoischen Regierung, dessen besonders strikte Ausprägung in Westafrika eine Besonderheit darstellte, durch den wirtschaftspolitischen Schaufenstereffekt des Hafens unbedingt aufrechterhalten und gefestigt werden sollte. Das unter der Regierung Grunitzky deutlich entspanntere Verhältnis Togos zur Sowjetunion stellte dabei einen unmittelbaren Bezug für den politischen Impetus des Hafenprojekts her, auch wenn die angepriesenen wirtschaftlichen Vorteile erst in der Zukunft eintreten würden. Generell war die Orientierung auf die Zukunft ein integraler Bestandteil des Hafenprojekts, das bewusst quasi-modular konzipiert wurde und bei steigendem Frachtaufkommen durch Ansiedlung internationaler Unternehmen flexibel erweitert werden konnte. Die Motivation hinter dem Fischereiprojekt war es, gemäß dem Primat der Modernisierungstheorie, das Ende der sowjetischen Fischimporte durch eine erfolgreiche Industrialisierung der togoischen Fischerei zu erreichen.

Der Hafen blieb indes ein Projekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten Togos und der Bundesrepublik, auch wenn das Versprechen einer höheren Zufriedenheit durch Erhöhung des Lebensstandards gelegentlich als Vorwand genutzt wurde. Die von bundesdeutscher Seite häufig betonte Perspektive eines massiven Wirtschaftswachstums durch den Hafen betraf hauptsächlich ausländische Unternehmen, die sich in der Freihafenzone ansiedeln sollten und von den dort herrschenden Vergünstigungen profitieren konnten. Hubertus Büschel beschreibt den Kern der »Hilfe zur Selbsthilfe« als »Gesten der Partizipation – auch auf der Ebene von wirtschaftlichen Entwicklungen und damit der Einbebnung der ökonomischen Unterschiede zwischen kolonialer Metropole und Peripherie«.²⁶⁷ Im Gegensatz dazu erfüllte das Hafenprojekt kaum integrative oder partizipative Funktionen. Ein Vergleich mit dem ab 1956 ebenfalls von einem deutschen Unternehmenskonsortium errichteten Rourkela-Stahlwerk in Indien zeigt die geringe Einbindung des Hafens

266 Siehe van Laak, Dirk: *Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts. Eine einflussreiche »Hintergrundideologie«*, in: Raphael, Lutz (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 101-129, hier S. 121.

267 Siehe Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 151.

in die zeitgenössischen Prämissen der Entwicklungspolitik. Christian Strümpell weist in Bezug auf Rourkela darauf hin, »dass die lokal entstehende Industriearbeiterschaft von vorneherein Menschen unterschiedlicher Regionen, Religionen und Kasten Indiens vereinen und so grundsätzlich ›kosmopolitische‹ Züge tragen würde«. ²⁶⁸ Dies war in Togo zwar auch der Fall, allerdings handelte es sich dabei um eine Konsequenz der seit den 1940er Jahren stark zunehmenden Urbanisierung in Lomé, die ethnische Unterschiede zumindest im Alltag – aber nicht im politischen Raum – sukzessive nivelliert hatte. ²⁶⁹ Beim Hafen in Togo beschränkte sich der Mitarbeiterstab hauptsächlich auf die zuvor bereits auf der Wharf tätigen Arbeiter, die darüber hinaus mit nach wie vor schlechten Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen leben mussten. Im Gegensatz dazu waren die Stellen in der Beratung, Planung und Leitung des Hafens durchaus international besetzt, allerdings auf europäische Angestellte beschränkt.

Die Überlieferung zeigt darüber hinaus, welche Mechanismen zur Einhegung der relativen Macht der Hafen- und Umschlagsarbeiter angewandt wurden. Historisch betrachtet waren sie – auch im kolonialen Kontext – in einer günstigen Position zur Durchsetzung ihrer Interessen und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, da sie aufgrund ihrer wichtigen Arbeit politischen Druck erzeugen und ausüben konnten. ²⁷⁰ Die Vielzahl an erfolgreichen, von Hafen- und Transportarbeitern angeführten Streiks, Demonstrationen und anderen Protestformen gegen den kolonialen Staat und die mit ihm verbundenen Unternehmen, unter anderem in Südafrika und Mozambique, zeigen laut Stefano Bellucci, dass »Transport is a key economic and civil sector in every society, and a

268 Siehe Strümpell, Christian: *The Making of a Working Class in West-Odisha*. Stahl und Staat in einem entlegenen Gebiet, in: *South Asia Chronicle* 3/2013, S. 62-85, hier S. 68.

269 Die administrative und politische Bevorzugung der Einwohner Nordtogos durch den selbst aus dem Norden stammenden Eyadéma verweist auf die nach wie vor bestehende Bedeutung der ethnischen Herkunft. Vgl. Häberlein, Tabea: *Generationen-Bande. Ordnung, Praxis und Geschichte der Generationenbeziehungen bei den Lama (Kabiye) im nördlichen Togo*, Berlin 2016 [zugl. Univ. Diss. Uni Bayreuth 2012], S. 21; Bellers, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hg.): *Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern*, München/Wien 2001, S. 582.

270 Die Transportgewerkschaften waren allerdings aufgrund der in der Kolonialzeit eingeführten Fixierung auf das europäische Modell der Nuklearfamilie teilweise sozialpolitisch konservativ und hielten am Konzept des Mannes als Alleinverdiener und der Frau in informeller Arbeit zur Unterstützung der Familie fest. Siehe Cole, Peter/Hart, Jennifer: *Trade, Transport and Services*, in: van der Linden, Marcel/Hofmeester, Karin (Hg.): *The Global History of Work*, Berlin/Boston 2018, S. 277-294, hier S. 284.

relatively small number of organized workers could be effective in blocking it, creating a stranglehold on a society's economic and human activities». ²⁷¹ Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Streiks meist mit Gewalt begegnet wurde, die von Gefängnisstrafen, Verboten der beteiligten Organisationen bis hin zu Exekutionen reichte und von den jeweiligen Verwaltungen als legitime Durchsetzung der kolonialen Macht verstanden wurde. Im Fall des Port Autonome wurden, um eine Solidarisierung und gemeinsame Interessenvertretung der Hafenarbeiter zu verhindern, moderne administrative Mittel zur Aufrechterhaltung des niedrigen wirtschaftlichen Status quo der Arbeiter angewandt. Die im Hafenstatut vertraglich festgelegte Ausgliederung des Umschlags mit der Möglichkeit, die Arbeiter mit einer Frist von nur einem Tag entlassen zu können, sorgte für den ökonomischen Druck zur Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens. Die Ausgliederung des Umschlags und die damit verbundene Beschäftigung von mehr togoischen Arbeitern stieß dabei unter den bundesdeutschen Planern nicht nur auf Zustimmung. So beklagte der für die wirtschaftliche Beurteilung des Hafenprojekts zuständige Ingenieur Wolfgang Buch in seinem Abschlussbericht sogar, eine weitere Senkung der Umschlagkosten sei zwar denkbar, werde aber »durch die fast vollständige Übernahme des Wharf-Personals durch den Hafen, der im Grunde mit weniger Arbeitern auskommen könnte, unmöglich gemacht«. ²⁷²

In den Planstudien wurde auf in der Zukunft eintretende »gesamtwirtschaftliche Effekte« des Hafens verwiesen, die nach einiger Zeit die Situation verbessern sollten. Wolfgang Buch bemerkte dazu im oben erwähnten Bericht von 1968, dass »von Anfang an Bedenken gegen den ökonomischen Nutzen des Hafens« bestanden, die allerdings ausgeräumt werden könnten, »wenn es gelingt, die [...] denkbare Freihafenzone zu einem Anziehungspunkt für private Investitionsvorhaben zu machen, die nicht nur an den nationalen Markt gebunden wären«. ²⁷³ Da bei der Durchführung des Handels nur »die Risikofakten dieses Landes in Rechnung gestellt« werden müssten, würden die Unternehmen weiterhin »einen erheblichen Zuwachs an Sicherheit« in rechtlichen Vorgaben und den betrieblichen

271 Siehe Bellucci, Stefano: Transport, in: ders./Eckert, Andreas (Hg.): General Labour History of Africa. Workers, Employers and Governments, 20th-21st Centuries, Woodbridge/Rochester/Abidjan 2019, S. 195-222, hier S. 210.

272 Siehe Wolfgang Buch, Personal für den Hafen von Lomé, in: Technisch-Wissenschaftlicher Dienst des Afrika-Vereins e. V. (Hg.): Beobachtung der deutschen Entwicklungshilfe in Togo. 13. Teilbericht, o. O., August 1968, BAArch Koblenz B108 41991, S. 4.

273 Ebd., S. 5.

Abläufen erlangen.²⁷⁴ In Bezug auf die Erwerbssituation kam Buch zu dem knappen Ergebnis, »nach Beendigung der Aufbauphase ist es die wichtigste Aufgabe des deutschen Personals, ihre togoischen Counterparts [...] in ihr neues Aufgabengebiet einzuarbeiten«, wobei das bisherige Ergebnis dieser Arbeit »sich schwer konkretisieren« lasse.²⁷⁵ Generell ließen sich bisher »keine positiven oder negativen Beschäftigungseffekte« verzeichnen, da »die Personenzahl im Hafen ungefähr der des stillgelegten Wharfbetriebes entspricht«; ebenfalls könne »von einer nennenswerten Berufsdiversifizierung« nicht die Rede sein.²⁷⁶ Auch wenn es vonseiten der togoischen Regierung »praktisch als selbstverständlich« empfunden worden sei, »daß die führenden Kräfte aus Deutschland kommen«, trug der Hafen somit kaum dazu bei, die Arbeitsmarktsituation Lomés zu entspannen oder überhaupt zu verändern. Die deutschen Sachverständigen in den leitenden Ebenen zeigten daran ebenfalls wenig Interesse, da gemäß ihrem Auftrag für die Ausbildung der Counterparts nur wenig Raum vorhanden war. Dieser Umstand führte in der Konsequenz dazu, dass beispielsweise die massiven Probleme im Fischereiprojekt den togoischen Arbeitern angelastet wurden, während keiner der beteiligten bundesdeutschen Akteure selbstkritische Reflexionen über das Ausbildungskonzept und die Arbeitsbedingungen zeigte.

Auch im Fischereiprojekt waren, wie dargelegt, nur wenige togoische Mitarbeiter auf der störanfälligen »Berlin« und den simplen Verarbeitungsanlagen zur Ausbildung tätig. Der Sakuth-Vergabeskandal und die nachfolgenden Entwicklungen im Fischereiprojekt offenbarten nicht nur das Dilemma des modernisierungstheoretischen Denkens, sondern standen auch stellvertretend für die Probleme, an denen zeitgenössische Entwicklungsprojekte litten. Die technische Überlegenheit, die den ortsansässigen Fischern durch die Ausstattung mit Sonargeräten, Schleppnetzen und Kühlanlagen demonstriert werden sollte, wurde augenfällig von den zahlreichen technischen Problemen überlagert, die das Schiff und seine Besatzung an die Grenze der Leistungsfähigkeit brachten. Mit der leitenden Idee, durch die Mechanisierung der Fischerei – anlog zur Mechanisierung der Landwirtschaft – die Erträge zu steigern und die Arbeit zu erleichtern, hatte sich das Projekt für die Bedingungen vor Ort als ungeeignet erwiesen. Die Lebensbedingungen der Fischer, die Teil des riesigen informellen Sektors Togos waren, konnten durch die Ausbildung einiger weniger auf den modernen Booten nicht in absehbarer Zeit ver-

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd., S. 7.

²⁷⁶ Ebd.

bessert werden. Daneben zeigt die Ausgestaltung des Projekts, dem man angesichts der beinahe vollständigen Abhängigkeit Togos von sowjetischen Fischimporten und der daraus resultierenden außenpolitischen Reizwirkung überraschend wenig Mittel zugestanden hatte, dass die mit Argumenten der Hallstein-Doktrin untermauerte nachhaltige Verbesserung der Fisch- und damit Nahrungsversorgung letztlich nur eine geringe Bedeutung hatte.

3.3. Bundesdeutsche Landwirtschaftsprojekte in Togo. Von der kolonialen Versuchsstation zu »Trois Villages-Pilotes« 1960-1968

»L'un de principaux problèmes du Gouvernement Togolais«, resümierte Präsident Olympio im Oktober 1961, »est celui des jeunes gens, qui, ayant terminé leurs études primaires et complémentaires, ne veulent pas retourner au travail de la terre«.²⁷⁷ Die seit den 1950er Jahren anhaltende Landflucht der Jugendlichen, die nach Beendigung ihrer Schullaufbahn nach Lomé und in Mittelstädte wie Kpalimé und Atakpamé zogen, anstatt als Bauern in ihren Dörfern zu arbeiten, hatte sich nach Ansicht der togoischen Regierung nach 1960 zu einem gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Problem entwickelt. Da es in den Städten weder ausreichend Wohnraum noch nennenswerten Bedarf für gut ausgebildete junge Leute gab, sah die Regierung in der Landflucht einen der Hauptgründe für die hohe Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Armut. Auf dem Land stellten sich die wirtschaftlichen Perspektiven angesichts der veralteten Methoden in der überwiegend vorherrschenden Subsistenzlandwirtschaft und der dadurch bedingten geringen Überschüsse und Einnahmen unterdessen als düster dar. Daneben sei, wie Olympio unumwunden zugab, die Jugendarbeitslosigkeit »un élément d'instabilité dans la Société et l'économie togolais«.²⁷⁸ Daher sollte das Produktionsniveau mit ausländischer Unterstützung verbessert werden, um das »niveau de vie très bas de la paysannerie« zu heben und die Attraktivität der Landwirtschaft zu stei-

277 Siehe Brief Sylvanus Olympios an Heinrich Lübke, Organisation d'un mouvement de jeunesse pionnière agricole au Togo, Oktober 1961, PA AA, AA, BAV LOME 133 6908, S. 1. Übers.: »Eines der Hauptprobleme der togoischen Regierung ist der Umstand, dass die jungen Leute, nachdem sie die Primar- und Sekundarbildung beendet haben, nicht zurück zur Arbeit auf dem Land gehen wollen.«

278 Ebd. Übers.: »ein Element der Instabilität für die togoische Gesellschaft und Wirtschaft«.

gern.²⁷⁹ Aus diesen Überlegungen resultierte schließlich ein – in den bundesdeutschen Ministerien schlicht als Olympio-Plan bezeichneter – Landwirtschaftsplan, der in drei Phasen die Ausbildung von zuvor ausgewählten Jugendgruppen in speziellen landwirtschaftlichen Schulungslagern und günstige Kreditkonditionen für den Aufbau ihrer Höfe vorsah.

Auf deutscher Seite stand das Thema Landwirtschaft bei den zuständigen Ministerien – dem BMWi, dem BML und ab 1961 dem BMZ sowie dem Auswärtigen Amt – bereits seit der Unabhängigkeit Togos aus zwei Gründen hoch im Kurs. Erstens war die mangelhafte Ernährungssituation der Bevölkerung nicht nur aus humanitärer Perspektive problematisch, sondern stellte ein großes Hindernis bei der gewünschten allgemeinen Produktivitätssteigerung und der damit verbundenen Steigerung des Wirtschaftswachstums dar. Wie bereits die Autoren der Magasin Togo-Studie festgestellt hatten, war aufgrund der Mangelerkrankung zu jener Zeit kaum jemand in der Lage, eine reguläre Schicht in einer Fabrik durchzuhalten.²⁸⁰ Zweitens sollte – im Sinne der Modernisierungstheorie – die Modernisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, beispielsweise durch den Einsatz von Traktoren, Kunstdüngern und Pestiziden, zu einer Ertragssteigerung der exportfähigen Cash Crops führen. Die überschüssigen Erträge sollten dann, im Zusammenwirken mit dem zeitgleich im Bau befindlichen Hafen Lomé, auf den Weltmarkt exportiert werden und damit zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Bereits Mitte 1961 waren Sachverständige im Auftrag des BML, BMZ und BMWi nach Togo gereist, um Voruntersuchungen für verschiedene Projekte bezüglich der Tierzucht, optimaler Anbau- und Erntemethoden sowie der Erkundung von Vertriebsmöglichkeiten durchzuführen.²⁸¹ Dabei geriet die landwirtschaftliche Versuchsstation Tové, die während der deutschen Kolonialzeit von der Deutsch-Togo-Gesellschaft aufgebaut worden war, in den Mittelpunkt des Interesses. Als bundesdeutscher Beitrag zum Olympio-Plan sollte Tové reaktiviert und zu einem Lehr- und Schulungszentrum umgebaut werden, dessen Absolventen als Berater in den Behörden und Schulen landwirtschaftliche Kenntnisse vermitteln sollten.²⁸² Nach unbefriedigenden Ergebnissen in Tové beauftragte das

279 Ebd. Übers.: »das niedrige Lebensniveau der Bauernschaft«.

280 Vgl. Anm. 210.

281 Vgl. Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft an das Auswärtige Amt, Schaffung von Musterdörfern durch bäuerliche Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Grundlage, 14. Mai 1962, BArch Koblenz B213 04111, S. 2.

282 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsschule Tové, 18. April 1961, BArch Koblenz B213 04123, S. 1.

BML den Agraringenieur Otto Schnellbach mit der Konzeption eines parallel zum Olympio-Plan durchzuführenden landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekts »von unten«. Schnellbachs Projekt sah vor, in drei Musterdörfern den ansässigen Bauern zu demonstrieren, wie durch eine Neuorganisation der Produktion, den Einsatz von Landmaschinen und allgemein eine Rationalisierung des Anbau- und Ernteprozesses die Erträge erhöht werden könnten. Dadurch sollten der Anbau und Verkauf von Palmöl, Baumwolle, Kakao und Kaffee zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem Weltmarkt ermöglicht und das Einkommen der Bauern deutlich erhöht werden. Zu diesem Zweck sollten die Dörfer jeweils in einer selbstverwalteten Produktionsgenossenschaft zusammengeschlossen werden. Diese sollte den Ein- und Verkauf zentral organisieren sowie Landmaschinen und andere Geräte zu günstigen Konditionen an die Genossen verleihen. Handwerksbetriebe wie Kfz-Werkstätten oder Tischlereien sollten den Bauern zurarbeiten und darüber hinaus durch die Annahme von Aufträgen von außerhalb ebenfalls zum Einkommen der Genossenschaft beitragen. Das in den bundesdeutschen Ministerien anfänglich als exzellentes Beispiel einer »Hilfe zur Selbsthilfe« gefeierte Projekt geriet allerdings bereits nach zwei Jahren in eine existenzbedrohende Schieflage. Wie Hubertus Büschel dazu erläutert, hätten »sich bei näherer Betrachtung vom Beginn der Entwicklungsarbeit an in den Dörfern massive Probleme und Konflikte« gezeigt, da »eine Zusammenarbeit mit den Afrikanern in der Praxis eher die Seltenheit war«.²⁸³ Nach nur knapp fünf Jahren wurde das Projekt 1968 eingestellt, und die Musterdörfer wurden an das togoische Landwirtschaftsministerium übergeben.

Der Verlauf des Musterdörfer-Projekts bietet analytische Einblicke in die konkrete Ausgestaltung der deutsch-togoischen Beziehungen im Kontext des »development project«. In diesem Kapitel soll daran anknüpfend gefragt werden, wie wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Perspektiven der deutsch-togoischen Beziehungen innerhalb einer modernisierungstheoretisch definierten Matrix miteinander verbunden waren. Welche Intentionen hatten die togoischen und bundesdeutschen Akteure hinsichtlich der Landwirtschaftsprojekte? Welche Agency bestand auf beiden Seiten in Bezug auf die mit dem Projekt verknüpften Ziele? Welche Rückschlüsse auf die Sichtweisen der beteiligten Akteure lassen sich anhand des Verhältnisses von Projektplanungen, Erwartungen und konkreter Umsetzung ziehen? Durch die Untersuchung dieser Leitfragen sollen, analog zur Vorgehensweise in Kapitel 3.1. und 3.2., Aussagen hinsichtlich der Verortung des Musterdörfer-Projekts auf globaler, nationa-

283 Siehe Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 421 f.

ler und lokaler Ebene getroffen werden. Auch dieses Projekt dient dabei als analytische Sonde, mit der die Dynamik der Transformationsprozesse auf den drei Ebenen sichtbar gemacht werden soll. Zugleich soll das Verhältnis des Musterdörfer-Projekts zum Postulat des »development project« in die Analyse miteinbezogen werden.

Die landwirtschaftliche Versuchsstation Tové als Vorläuferin der Musterdörfer

Bereits vor der togoischen Unabhängigkeit und den landwirtschaftlichen Plänen offizieller bundesdeutscher Stellen existierten mehrere agronomische Versuchsstationen in Togo, die von der französischen Verwaltung zum Teil neu gegründet oder von den deutschen Besatzern übernommen worden waren. Eine dieser Stationen, die »École Agriculture Tové« bei Kpalimé, war als Vorzeigeprojekt der Deutschen Togogesellschaft um die Jahrhundertwende angelegt worden, um Versuche zur Züchtung besonders ertragreicher Baumwollpflanzen für die Plantagenwirtschaft durchzuführen. In den 1950er Jahren hatte die französische Verwaltung die Station reaktiviert, um dort Forschungen zum Anbau von Ölpalmen durchzuführen und agronomische Schulungen und Lehrgänge zu veranstalten. Ziel war es, französische und togoische Fachleute im modernen und effizienten Anbau von Ölpalmen zu schulen, die dann wiederum den in der Region ansässigen Bauern Methoden zur Ertragssteigerung beibringen sollten. Etwa zeitgleich wurde die nach wie vor bestehende DTG wieder auf die ehemalige Station aufmerksam und suchte nach Möglichkeiten, von neuem in der Tropenlandwirtschaft aktiv zu werden. Trotz der bereits abzusehenden Unabhängigkeit Togos und der starken französischen Präsenz sandte die DTG im Februar 1960 die als Sachverständige für die Landwirtschaft firmierenden Willi Ganssaue und Paul-Lorenz Meyer auf eine Rundreise nach Togo. Die beiden sollten in Begleitung des Referenten Steinberg vom deutschen Konsulat in Lomé »auf ausdrücklichen Wunsch des Landwirtschaftsministers M. Namoro Karamoko« die Situation der Landwirtschaft in Togo untersuchen und dabei auch die Station Tové besichtigen.²⁸⁴ Im Anschluss des Besuchs sandten sie einen Bericht an die

²⁸⁴ Siehe Schreiben von Willi Ganssaue und Paul Lorenz-Meyer an die Deutsche Forschungsgesellschaft und das Auswärtige Amt, Landwirtschaftliche Versuchsstation Tové bei Palimé (Republik Togo), Besuch von Herrn Ganssaue im Auswärtigen Amt am 24. März, 28. März 1960, BAArch Koblenz B 213 04123, S. 1. Ganssaue wie auch Lorenz-Meyer waren Aufsichtsräte in der Afrikanischen Frucht-Compagnie Laeisz & Co. aus Hamburg sowie in der Deutschen Togo-Gesellschaft

DTG und an Hans-Georg Steltzer vom Auswärtigen Amt, in dem sie Vorschläge zur Reaktivierung und künftigen Nutzung der Station machten.

Bei ihrem Besuch bemerkten sie, dass »das Haupthaus (1952 gebaut) [...] augenblicklich nicht bewohnt [wird], da der bisherige französische Leiter seinen Posten anscheinend bereits aufgegeben hat«; die Leitung liege nun in den Händen eines Togoers.²⁸⁵ Da der allgemeine Zustand der Anlage schlecht sei, bestehe »nach den gehabtten Eindrücken ein offenkundiges Bedürfnis, diese Station und Schule wieder zu aktivieren«, stellten die Berichterstatter fest, ohne jedoch auf die Gründe dafür einzugehen. Für sie war zweifelsohne von Interesse, dass sich in Tové »als Rest einer ehemals deutschen Pflanzung (die vor 1914 unserer Gesellschaft gehört haben soll, worüber wir aber infolge der Kriegsverluste 1939/45 keinerlei Aufzeichnungen mehr besitzen) eine Aufbereitungsanlage für Palmöl« befand. Dem zeitgenössischen entwicklungspolitischen Duktus entsprechend, begründeten sie das Interesse an der Station dann damit, dass die der Anlage zuarbeitenden Bauern aus der Umgebung »kaum Anleitung haben dürften, wie sie ihre Produktion auf einen qualitativ und quantitativ interessanten Stand bringen können«. Deshalb sei es geboten, »der Bevölkerung zu helfen, ihr Lebensniveau zu verbessern«, wobei die DTG bereit sei, die »anfallenden Produkte an Ort und Stelle abzunehmen (zu marktgerechten Preisen), wenn diese dem normalen Standard entsprechen«. Die Bundesregierung sollte nach der Vorstellung der Berichterstatter die »Stützung der Ecole Agriculture mit Mitteln des Entwicklungsfonds« leisten, sodass die Reaktivierung der Station »durch bewusstes Zusammenwirken von öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Initiative« zu »sehr positiven Ergebnissen« kommen könne.²⁸⁶

Die Berichterstatter vermieden in ihrem Bericht jeglichen Rekurs auf die Kolonialzeit, der angesichts der offensichtlichen Kontinuität in der Nutzung der Anlage im Auswärtigen Amt und anderen Institutionen als problematisch aufgefasst hätte werden können. Die Prämisse der »kolo-

und darüber hinaus an weiteren derartigen Pflanzungsgesellschaften beteiligt. Vgl. Auszug aus dem Hoppenstedt Aktienführer, Leitende Männer und Frauen in der Wirtschaft, Eintrag zu Willi Ganssauge, Berlin 1970, Digitale Sammlung der Universitätsbibliothek Mannheim, URL: https://digi.bib.uni-mannheim.de/fileadmin/hoppenstedt/1046983326_19700018/pdf/1046983326_0355.pdf (abgerufen am 10.1.2024); Auszug aus dem Hoppenstedt Aktienführer, Eintrag zur Afrikanischen Frucht-Compagnie Aktiengesellschaft URL: https://digi.bib.uni-mannheim.de/fileadmin/hoppenstedt/1006345701_194900504/pdf/1006345701_0591.pdf (abgerufen am 10.1.2024).

285 Hier und im Folgenden: Schreiben von Willi Ganssauge und Paul Lorenz-Meyer, S. 1.

286 Ebd.

nialen Unbelastetheit«, die nach 1960 in den bundesdeutschen Ministerien zum Modus Operandi im Umgang mit den neuen afrikanischen Staaten geworden war, sollte im Bericht durch die Schwerpunktsetzung auf aktuelle Perspektiven der Entwicklungspolitik unterstützt werden. So präzisierte Ganssaue in einem späteren Schreiben, die DTG plane in Tové »eine Wiederholung im Kleinen dessen, was die Bundesregierung im Grossen für Indien getan hat und noch tut«. ²⁸⁷ Diese Anspielung auf das Stahlwerk Rourkela, das bis dahin als größtes und teuerstes Entwicklungsprojekt der Bundesrepublik einen massiven Zugewinn an entwicklungspolitischem Prestige und internationalem Ansehen eingebracht hatte, sollte das Projekt in Tové an die entwicklungspolitischen Ziele anschlussfähig machen.

Intendiert war demnach, »eine technische Hilfe zu geben und die Agrarstruktur des Landes zu verbessern, der Bevölkerung Wege zu weisen, ihre Produktion mengen- und qualitätsmäßig zu steigern und sich damit der Weltmarktsituation anzupassen und darüber hinaus zu helfen, die Absatzmöglichkeiten – wie sie im Gemeinsamen Markt vorgesehen sind – zu erleichtern«. ²⁸⁸ Im Rahmen des Projekts sollten darüber hinaus »außer Kenntnis der deutschen Sprache [...] alle Aufgabengebiete landwirtschaftlicher Schulung« vermittelt und insbesondere »Gerätekunde, Methoden der Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse und die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften gefördert werden«. Die DTG solle dabei »einen in der Tropenwirtschaft erfahrenen Herrn [...], dem möglicherweise auch die praktische Leitung übertragen werden kann«, beisteuern, dessen Kosten »von dem Entwicklungsfonds der Bundesrepublik« getragen werden sollten. ²⁸⁹

Die Verbindung privatwirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Interessen, die mit der Hoffnung einherging, von der staatlich vorangetriebenen Erschließung des Anbaus von Cash Crops zu profitieren, spielte im zeitgenössischen Entwicklungsdiskurs eine wichtige Rolle. Wie bereits in Kapitel 3.1. im Kontext des Kaufhausprojekts gezeigt, suchten privatwirtschaftliche Akteure dabei nach Möglichkeiten, die wirtschaftliche Öffnung und Liberalisierung der neuen afrikanischen Staaten für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie entwicklungspolitische »Dienstleistungen«, wie hier den Auf- und Ausbau der Station Tové, anboten. Die zeitgenössische Schwerpunktsetzung der Bundesrepublik auf

²⁸⁷ Siehe Schreiben Willi Ganssaues, Vorschlag für deutsche Hilfe auf landwirtschaftlichem Sektor an Togo, 23. März 1960, BArch Koblenz B213 04123, S. 1.

²⁸⁸ Hier und im Folgenden ebd.

²⁸⁹ Ebd.

bilaterale Abkommen und Verträge bot dabei ein geeignetes Vehikel, um innerhalb eines klar definierten wirtschaftspolitischen Rahmens zu agieren und gleichzeitig juristische und wirtschaftliche Sicherheiten, etwa durch Hermesdeckungen, zu erhalten. Mit der Perspektive einer EWG-Assoziation Togos und der Einrichtung des Europäischen Entwicklungsfonds 1959 bestand zudem die Möglichkeit, die Kolonialzeit diskursiv auszuklammern und stattdessen rein wirtschaftliche Motive in den Vordergrund des Engagements zu stellen. Dies war für eindeutig kolonial belastete Unternehmen wie die DTG von besonderer Bedeutung, da die politischen Konsequenzen ihrer erneuten Betätigung in der Tropenlandwirtschaft in einen übergeordneten entwicklungspolitischen Zusammenhang gestellt werden konnten.

Parallel zum Konzept der DTG plante das BML unterdessen ein eigenes landwirtschaftliches Projekt, das nach der Unterzeichnung des deutsch-togoischen Abkommens zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit im November 1960 in die konkrete Planungsphase überging. Der Station Tové sollte dabei eine zentrale Rolle als Ausbildungsstätte für Landwirte zukommen, die insbesondere in der Schädlingsbekämpfung und der Behandlung von Pflanzenkrankheiten geschult werden sollten. Nach einigen Monaten einigte sich der Interministerielle Referentenausschuss (IRA) Technische Hilfe schließlich im April 1961 darauf, den Agraringenieur Wilhelm Steinhausen im Auftrag der Gawi nach Togo zu entsenden, um »den Aufbau einer landwirtschaftlichen Versuchsstation in Tové zu überprüfen und hierüber ein Gutachten zu fertigen«.²⁹⁰

Steinhausens Bericht sorgte bald für Ernüchterung in den beteiligten Ministerien. Er stellte fest, dass der Boden rund um Tové kaum für Pflanzungen geeignet sei, da das Gelände »vielfältiger, oft erschöpfender Benutzung unterworfen gewesen« und der Baumbestand »bis auf wenige Reste« verschwunden sei. Weite Gebiete seien mit *Imperata cylindrica* – einer Art aggressivem Unkraut – überwuchert.²⁹¹ Aus Steinhausens Sicht

290 Siehe Schreiben eines Mitarbeiters im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Deutsche Wirtschaftsförderungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Entsendung eines Sachverständigen für landwirtschaftliches Versuchswesen, 6. Juni 1961, ebd., S. 1.

291 Siehe Steinhausen, Wilhelm: Memorandum Versuchsstation Towe, 27. Oktober 1961, BArch Koblenz B213 04123, S. 2. – *Imperata cylindrica* bezeichnet das Silberhaargras, das über einen Meter hoch werden kann und in seinem ursprünglichen Verbreitungsgebiet, Ost- und Südostasien sowie südliches und Ostafrika, Verwendung als Medizin gegen Durchfallerkrankungen, Parasiten der Verdauungsorgane und als Blutgerinnungsmittel findet. Abgesehen davon gedeiht es als aggressive invasive Art in Gebieten hoher Bodenfeuchtigkeit und »gestörter«, unnatürlich unterbrochener Vegetationsstandorte, wie beispielsweise Straßenrändern oder

war es jedoch nicht nur möglich, sich stärker auf den landwirtschaftlichen Unterricht zu fokussieren, sondern auch ein 100 Hektar großes Areal von Ölpalmen anzulegen, das »einen beträchtlichen Teil der Unkosten der Schule Towe zu decken imstande sein wird«. ²⁹² Die eigentlichen Versuchspflanzungen sollten auf einem regierungseigenen Gelände bei Agu Ibo durchgeführt werden, dessen Bodenbeschaffenheit sich als wesentlich besser geeignet herausstellte. Während Steinhausens Aufenthalt in Tové hatte der Europäische Entwicklungsfonds unterdessen eine Unterstützung des Projekts in Höhe von 156 Millionen CFA-Francs (zeitgenössisch etwa eine Million DM) zugesagt. ²⁹³ Damit sollten jährlich 45 Fachkräfte ausgebildet werden, die als Multiplikatoren in Ministerien und Behörden, aber vor allen Dingen als Lehrer in den Schulen arbeiten sollten, um bereits Kindern und Jugendlichen Kenntnisse in der Landwirtschaft zu vermitteln. ²⁹⁴

Die starke Miteinbeziehung der Schulen und der Unterricht in landwirtschaftlichen Methoden gingen dabei auf den bereits erwähnten, von Premierminister Olympio Anfang 1961 vorgestellten Plan zurück, der die Stärkung der Landwirtschaft zum Ziel hatte. Das in den bundesdeutschen Ministerien schlicht als »Olympio-Plan« bezeichnete Konzept zielte darauf ab, durch die Ausbildung von Jugendlichen in der Landwirtschaft und ihre anschließende Ansiedlung auf dem Land die sozialen Spannungen in Togo zu verringern. In den Worten des Bundespräsidialamts sollte mithilfe des Plans »der Landflucht in Togo sowie dem niedrigen Entwicklungsstand der dortigen Landwirtschaft durch Ausbildung und Ansiedlung junger Landwirte in Musterdörfern entgegenzuwirken« versucht werden. ²⁹⁵ Die Urbanisierung mitsamt der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit in den Städten war seit der togoischen Unabhängigkeit eine belastende wirtschaftliche und soziale Hypothek für die Regierung. Durch den Plan sollten diese Probleme gelöst und durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gleichzeitig die Exporteinnahmen erhöht werden, was wiederum die soziale Situation entschärfen sollte.

Baustellen, und ist daher ein Indikator für eine suboptimale Bodenqualität. Siehe Quatrocchi, Umberto: CRC World Dictionary of Medical and Poisonous Plants. Common Names, Scientific Names, Eponyms, Synonyms, and Etymology, Boca Raton 2012, S. 2065.

²⁹² Siehe Steinhausen, Memorandum, S. 2.

²⁹³ Siehe Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsschule Tové, 12. April 1962, BAArch Koblenz B213 04123, S. 1.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Siehe Aufzeichnung des Referats 3 des Bundespräsidialamts, Landwirtschaftsplan des Präsidenten der Republik Togo Olympio, 13. Juni 1962, BAArch Koblenz B 122 5350, Mikrofiche, Fiche 2, Bl. 104.

Nachdem Olympio für seinen Plan um Unterstützung aus dem Ausland gebeten hatte, waren diverse weitere Sachverständige hauptsächlich aus Frankreich und der Bundesrepublik nach Togo geschickt worden. Aus Deutschland war neben Steinhausen noch ein Agraringenieur mit der Konzeption einer Tierzucht-Versuchsstation in Aventonou betraut, und mehrere französische Sachverständige wurden als Berater in der staatlichen Landwirtschaftsplanung tätig.²⁹⁶

Tové und der »Olympio-Plan«

Die Umsetzung des Olympio-Plans begann im Oktober 1961, als Olympio Bundespräsident Lübke darum bat, »sich bei der Bundesregierung für die Gewährung einer finanziellen Hilfe zur Verwirklichung eines Plans zur Entwicklung der Landwirtschaft von Togo einzusetzen, dessen Finanzbedarf für die ersten zwei Jahre auf 2 Mio DM beziffert wurde«. ²⁹⁷ Nach einer Prüfung des BML, das den Plan als »ein gut durchdachtes und aussichtsreiches Entwicklungsprojekt« beurteilte, und einer Billigung durch den IRA im November 1961, versicherte Lübke Olympio, ihm bei der Errichtung der Mustersiedlungen mit »Hilfe durch ›Rat und Tat‹« zur Seite zu stehen.²⁹⁸

In der Zwischenzeit hatten von der togoischen Regierung angestellte israelische Agrarexperten die Details des Olympio-Plans ausgearbeitet. Vorgesehen waren drei aufeinanderfolgende Ausbildungsphasen über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Als erstes sollte die »Aufstellung von Jugendgruppen für die Landbewegung schon in den Volksschulen« stattfinden, »um aus ihren Reihen die künftigen Junglandwirte zu rekrutieren«. ²⁹⁹ Der nächste Schritt betraf die »Errichtung von zwei Lehrlagern für je 150 Junglandwirte, die dort in 2-jährigen Kursen mit den Methoden der modernen Tropenlandwirtschaft vertraut gemacht werden sollten«. Zuletzt sollten die so ausgebildeten Landwirte in »Musterdörfern auf weitgehend genossenschaftlicher Grundlage« angesiedelt werden, wo

296 Siehe Fritz Stiller, Gutachten zur Errichtung einer Versuchs- und Lehranstalt in Togo, 17. Januar 1963, BAArch Koblenz B213 04123, S. 1.

297 Siehe die Aufzeichnung o. V., Landwirtschaftlicher Entwicklungsplan des vormaligen Staatspräsidenten von Togo, 7. Februar 1964, BAArch Koblenz B 122 5350, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 47.

298 Siehe Schreiben Dr. Erdmanns vom Bundesministerium für Wirtschaft an das Bundespräsidialamt, Entwicklungshilfe für Togo, Olympio-Plan, 30. Oktober 1964, ebd. Bl. 43.

299 Ebd.

sie dann dem Plan nach das Erlernte nutzbringend einsetzen würden.³⁰⁰ Steinhausen, der sich noch in Tové befand, erhielt daraufhin den Auftrag, »über den Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio zu berichten«, und fertigte zu diesem Zweck ein Gutachten über dessen Ziele, Planungen für die Umsetzung, die notwendigen finanziellen Mittel und voraussichtliche Erfolgsaussichten an.³⁰¹

Demnach sollten die Kinder bereits im Grundschulalter in Gruppen eingeteilt werden, in denen ihnen das Leben auf dem Land, die Natur und die Landwirtschaft altersgerecht nähergebracht werden sollten. Steinhausen erläuterte, »der Organisation und der äußeren Erscheinung nach mag die Zusammenfassung aller dieser Gruppen vielleicht am ehesten mit einer Pfadfinderbewegung vergleichbar sein«, aus der pro Jahr 300 Jugendliche für die weitere Ausbildung in zwei zu errichtenden »Lehrlagern« ausgewählt werden sollten.³⁰² Die Bedingungen, unter denen die 14 bis 18 Jahre alten Jugendlichen in den Lehrlagern arbeiten sollten, waren hart. Wie Steinhausen dazu bemerkte, erhielten »die jungen Leute keinen Lohn«; daneben sei es notwendig, dass »die Bedingungen so gestaltet werden, daß sie denen in den geplanten Siedlerdörfern tunlichst gleichen. So wird es in den Lagern z. B. weder elektrisches Licht noch fließendes Wasser geben, denn auch der spätere Siedler wird sich in seinem Haus mit der Petroleumlampe begnügen und sein Wasser aus dem nächsten Dorfbrunnen pumpen müssen«.³⁰³

Im Ausbildungsbetrieb solle vor allen Dingen eine »strenge Disziplin herrschen, damit aus den Kursen arbeitsgewohnte und fleißige Siedler hervorgehen«, die täglich sechs Stunden auf den Feldern arbeiten und zwei Stunden Theorieunterricht erhalten sollten.³⁰⁴ In der letzten Phase sollten die Siedler dann schließlich in neu zu errichtende Musterdörfer umgesiedelt werden, um dort den »genossenschaftlichen Zusammenschluß« zu praktizieren. Die ausländischen Sachverständigen sollten in den Dörfern die »fachliche Beratung und Überwachung« durchführen und die Absolventen davon abhalten, »daß diese wieder zu den lässigen alten Wirtschaftsweisen zurückkehren, denn dies könnte leicht geschehen, wenn Siedler und »Altbauern« in denselben Dorfschaften durcheinander wohnen«.³⁰⁵ Sollte das Programm funktionieren, würden nach zwei Jah-

300 Ebd.

301 Siehe Wilhelm Steinhausen, Bericht zum Landwirtschaftsplan des togoländischen Präsidenten Sylvanus Olympio, Januar 1962, BAArch Koblenz B 213 8908, S. 1.

302 Ebd., S. 6.

303 Ebd.

304 Ebd., S. 7.

305 Ebd.

ren »die Siedlerstellen rentabel sein, und damit setzt dann auch die Fälligkeit der auf 20 Jahre verteilten Rückzahlungen des für Aufbau und Ausstattung des Hofes aufgewandten Kapitals ein.«³⁰⁶

Über die Finanzierung des Projekts herrschte Uneinigkeit unter den bundesdeutschen Ministerien. Während Steinhausen in seinem Gutachten von einem Finanzbedarf von 16 Millionen DM ausgegangen war, die für die Errichtung der Lehlager sowie die Zuschüsse für die Erstaussstattung der Siedler benötigt würden, war das BML diesen Zahlen gegenüber skeptisch. Sein Konzept sah für diese Phase nur 3,5 Millionen DM vor, da die laufenden Kosten bereits nach dem dritten Jahr aus dem Verkauf der Erzeugnisse in den Lehlagern gedeckt werden sollten.³⁰⁷ Die dritte Phase sollte dann jedoch 20 Millionen DM kosten, weshalb »mit Rücksicht darauf, daß die Bundesrepublik dem Lande Togo für andere Projekte bereits höhere Beträge zugesagt hat«, die weitere Finanzierung durch die EWG erfolgen sollte.³⁰⁸ Im IRA Technische Hilfe wurde der gesamte Kapitalbedarf dagegen sogar mit 57 Millionen DM angesetzt, wovon nach Olympios eigenen Schätzungen 21 Millionen DM allein für die dritte Phase aufgewendet werden müssten. Damit wäre der Landwirtschaftsplan teurer geworden als der zur selben Zeit in den Planungen befindliche Tiefwasserhafen Lomé.³⁰⁹ Angesichts der projektierten Zahlen empfahl der IRA ebenfalls die Finanzierung über die EWG-Kapitalhilfe und argumentierte analog zum BML, dass Togo hinsichtlich der Kapital- und Technischen Hilfe bereits »besonders bevorzugt worden« sei.³¹⁰ Der damalige Entwicklungsminister Walter Scheel, der auch an der Be-

306 Ebd., S. 9.

307 Siehe Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe Togo, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, Bericht des Sachverständigen Steinhausen zum Landwirtschaftsplan, 30. April 1962, BAArch Koblenz B 213 8908, S. 4.

308 Ebd., S. 5.

309 Siehe Schreiben des Interministeriellen Referentenausschusses Technische Hilfe, Oberregierungsrat Kuhn an Landwirtschaftsminister Werner Schwarz, Landwirtschaftsplan Togo, Besprechung bei Herrn Bundespräsident am 19.6.1962, 6. Juni 1962, ebd., S. 1.

310 Ebd., S. 4. Eine im Anhang des Schreibens befindliche Tabelle unterstreicht den Vorwurf der Bevorzugung Togos gegenüber anderen Ländern bei der Kapital- und Technischen Hilfe: Demnach seien für Togo 53 Millionen DM – die Kosten für die erste Bauphase des Hafens – an Kapitalhilfe zugesagt worden, was 35,30 DM pro Kopf entspreche, wohingegen für Guinea 16,70 DM und für Tanganjika nur 3,70 DM pro Kopf eingeplant worden seien. Bei der Technischen Hilfe stellten sich die Unterschiede noch viel krasser dar, hier seien Togo 11,80 DM pro Kopf zugesagt worden, Guinea 1,80 DM und Tanganjika 1,10 DM, während beispiels-

sprechung teilgenommen hatte, drängte im Anschluss beim EWG-Präsidenten Walter Hallstein auf eine schnelle Lösung. Da dem Plan »nach Auffassung der Bundesregierung besondere Bedeutung für die Entwicklung Togos« zukomme und der EWG-Überseefonds die erforderlichen Mittel bereitstellen könne, solle die Frage der Finanzierung schnell geklärt werden.³¹¹ Allerdings war auch Scheel der Überzeugung, dass Togo »unverhältnismäßig hohe Mittel von deutscher Seite im Rahmen der Entwicklungshilfe erhalten habe«, weshalb eine bilaterale Zusage durch die Bundesrepublik »zu Verärgerungen bei den Entwicklungsländern führen« würde, »die bisher in weit geringerem Umfang von deutscher Seite bedacht worden sind«.³¹²

Die bilaterale Vorgehensweise der Bundesrepublik war naturgemäß mit hohen Kosten verbunden, die man allerdings angesichts der positiven internationalen Außenwirkung, der zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile und des entwicklungspolitischen Schaufenstereffekts prinzipiell zu tragen bereit war. Dabei stieß die Bereitschaft zur Kreditvergabe allerdings dort an ihre Grenzen, wo die mit der Entwicklungspolitik verbundenen politischen Interessen – vor allen Dingen die Etablierung und Aufrechterhaltung der Westbindung der afrikanischen Staaten – in einen unfreiwilligen Wettbewerb zwischen den bundesdeutschen Ministerien, aber auch den afrikanischen Regierungen um die finanziellen Mittel auszuarten drohten. Die Reserviertheit der beteiligten Akteure erklärt sich dabei aus dem erst mittelfristig abzusehenden Nutzen des Olympio-Plans und der Notwendigkeit, die verfügbaren finanziellen Mittel für entwicklungspolitische Maßnahmen in anderen Staaten, beispielsweise im bis 1960 der DDR zugeneigten Guinea, einzusetzen.

Neben den Fragen der Finanzierung wurde das Projekt durch die technischen Aspekte der Durchführung verkompliziert, auf die Steinhausen in seinem Gutachten hinwies. Er sprach sich aufgrund der schlechten Bodenbeschaffenheit eindeutig gegen die Wiederbelebung des Versuchsbetriebs aus und forderte stattdessen die Umwandlung Tovés in eine reine Ausbildungsstätte für landwirtschaftliche Funktionäre und Agronomen.

weise die Elfenbeinküste nur 0,06 DM erhalten haben sollte. Der Staatshaushalt Togos 1961 sah eine Summe von 29 DM pro Kopf vor, siehe ebd. S. 5 f.

311 Siehe Schreiben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel an den Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Walter Hallstein, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio in Togo, 12. Juli 1962, ebd., S. 1.

312 Siehe Notiz des Referats 3 des Bundespräsidialamts, Landwirtschaftsplan des Präsidenten der Republik Togo, Olympio, 20. Juni 1962, BArch Koblenz B 122 5350, Mikrofiche, Fiche 2, Bl. 97.

Im Kontext des Olympio-Plans sollten die so ausgebildeten Personen zukünftig in Zusammenarbeit mit der geplanten Versuchspflanzung in Agu Ibo die lokalen Bauern in neuen Pflanzungsmethoden unterrichten. Die Landwirte sollten nach Steinhausens Vorstellung nach Rückkehr in ihre Dörfer »den Wunsch verspüren, ihr besseres Können und Verständnis durch die Tat zu beweisen und durch die Erfolge ihrer Methoden andere Bauern zur Nachahmung anregen.«³¹³ Zwar hatte sich die EWG inzwischen bereit erklärt, aus dem Überseefonds die 156 Millionen CFA-Francs für die Station Tové aufzuwenden, jedoch waren aus Sicht des BML durch das negative Gutachten Steinhausens sämtliche Planungen für die Reaktivierung und den weiteren Ausbau hinfällig geworden.³¹⁴

Während auf bundesdeutscher Seite weiter über die Sinnhaftigkeit des Olympio-Plans und der Station Tové diskutiert wurde, lief in Togo dessen erste Phase unter der Bezeichnung »Bewegung junger landwirtschaftlicher Pioniere« an. Diese sah vor, Lehrer in Schulen auf dem Land zu entsenden. Dort sollten sie eine Vorauswahl der am Programm teilnehmenden Jugendlichen treffen und die Jugendgruppen im Anschluss auf die zweite Phase vorbereiten. Einige israelische Offiziere, die sich ab Mitte 1962 in Togo aufhielten, veranstalteten mit etwa 200 aus den Gruppen ausgewählten Jugendlichen sechswöchige Vorausbildungen, die von Olympio persönlich im Rahmen der Feier seines 60. Geburtstags am 6. September 1962 abgeschlossen wurden.³¹⁵ Allerdings wurden die israelischen Sachverständigen allmählich ungeduldig, da die Fortsetzung des Plans von der Freigabe der Mittel für die zweite Phase abhing, die nach wie vor nicht gesichert war. Ihr Vorgesetzter teilte Olympio mit, dass »er gezwungen sei, die israelische Mitarbeit einzustellen, wenn nicht durch neue Mittel die Fortführung des Planes gesichert und die 2. Phase unmittelbar begonnen werde.«³¹⁶ Eine Intervention durch Lübke in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt brachte den IRA schließlich dazu, »für die Verwirklichung der 2. Phase des Planes Technische Hilfe [...], die durch die Entsendung von Fachkräften und Sachleistungen für die Ausbildungslager gewährt werden soll«, finanzielle Zusagen zu machen³¹⁷.

313 Siehe Steinhausen, Bericht zum Landwirtschaftsplan des togoländischen Präsidenten Sylvanus Olympio, S. 3.

314 Alexander Török an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsschule Tové, BArch Koblenz B213 04123, S. 1.

315 Siehe Bericht des Geschäftsträgers Elles der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, 20. September 1962, BArch Koblenz B 213 8908, S. 3.

316 Ebd.

317 Ebd.

Die Anwesenheit der israelischen Ausbilder stellte aus Sicht der beteiligten bundesdeutschen Ressorts aufgrund der erwarteten außenpolitischen Konsequenzen allerdings ein grundsätzliches Problem für das Projekt dar. Da »eine Zusammenarbeit mit Experten Israels mit Rücksicht auf die arabischen Staaten unmöglich ist«, sollten sie »zwar weiter am Projekt beteiligt werden, jedoch offiziell nicht in Erscheinung treten«.³¹⁸ In Zukunft solle daher dafür gesorgt werden, »daß die Projektleitung einem Deutschen (Steinhausen) übertragen wird«.³¹⁹ Angesichts der NS-Belastung von in Togo tätigen Diplomaten, vor allen Dingen des ehemaligen Pfeilkreuzler-Mitglieds Török, erscheint eine derartig abweisende Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel erklärungsbedürftig. Dem Historiker Yeshayahu Jelinek zufolge war die Bundesrepublik seit den 1950er Jahren »in jedem internationalen Forum auf den guten Willen der Araber angewiesen«, vor allem bei »Verhandlungen und Abstimmungen über deutsch-deutsche Angelegenheiten in der UNO«.³²⁰ Daneben habe die arabische Welt »Israel sowohl politisch als auch als Markt mit enormem Zukunftspotential in den Schatten« gestellt und sei deshalb in der Lage gewesen, politischen Druck auf die Bundesrepublik auszuüben.³²¹ Angesichts der außenpolitischen Gratwanderung, die zwischen den wirtschaftlichen Interessen in den arabischen Staaten und dem Verhältnis zu Israel – nur knapp 15 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust – zu vollführen war, entschieden sich die bundesdeutschen Akteure für einen dritten Weg: Um weder die arabischen Staaten noch Israel zu brüskieren, vermittelten sie der togoischen Regierung den Wunsch, Steinhausen aufgrund seiner Kompetenzen als Projektleiter einsetzen zu können. Da Olympio laut Oberregierungsrat Ehmann sowieso »in letzter Zeit sehr auf Beschleunigung gedrängt« habe, gewährte er die Einsetzung Steinhausens, womit die Arbeit der israelischen Experten nach dem Ende der zweiten Phase endete.³²²

Steinhausen reiste im Oktober 1962 zusammen mit dem Architekten Förster nach Togo, wo er als Sachverständiger im Auftrag der Gawi »die

318 Siehe Vermerk von ORR Ehmann, Besprechung des Herrn Minister beim Bundespräsidenten, Landwirtschaftsplan »Präsident Olympio«, 11. Oktober 1962, ebd., S. 1.

319 Ebd.

320 Siehe Jelinek, Yeshayahu: Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 357.

321 Ebd.

322 Siehe Vermerk von ORR Ehmann, Besprechung des Herrn Minister beim Bundespräsidenten, Landwirtschaftsplan »Präsident Olympio«, 11. Oktober 1962, BArch Koblenz B213 8908, S. 1.

Durchführung des Landwirtschaftsplanes einleiten und eine neue Kalkulation sowie eine Liste des erforderlichen Materials ausarbeiten« sollte, um bald mit der zweiten Phase beginnen zu können.³²³ Darin waren Ausgaben für Schlafräume, »Expertenwohnhäuser«, Wirtschaftsgebäude, Sanitäranlagen, Geräteschuppen, Wäschereien sowie Laufställe für Rinder und Geflügel vorgesehen, die von den Schülern selbst errichtet werden sollten.³²⁴ Nebenbei nutzten sie die angestellten Berechnungen und Schätzungen, um Datenmaterial für den nach wie vor ausstehenden Antrag der togoischen Regierung auf EWG-Entwicklungshilfe zu sammeln. Mitte des Jahres 1963 hatten dann die ersten 200 Siedler die Ausbildung durchlaufen und warteten auf die Fertigstellung der ersten Siedlung im Ost-Mono-Gebiet.³²⁵

Die Errichtung der Musterdörfer nach dem »Schnellbach-Plan«

Etwa zeitgleich mit Steinhausens Reise nach Togo hatte die Gawi den Agraringenieur Otto Schnellbach damit beauftragt, alternative Konzepte für den Olympio-Plan zu entwickeln, die den Schwerpunkt auf die Modernisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft statt der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit legen sollten. Schnellbach sollte überprüfen, »ob durch den Einsatz von technischen Mitteln die Landwirtschaft gefördert werden kann«, sowie »die Möglichkeit des Aufbaus einer Kleinindustrie, besonders auf dem Lande«, ergründen.³²⁶ Schnellbach, der nach einem Maschinenbaustudium in den 1930er Jahren im Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft (RKTL) für erste Versuche mit Mähdreschern verantwortlich gewesen war, hatte nach 1945 als beratender Ingenieur in verschiedenen landwirtschaftlichen Projekten gearbeitet.³²⁷ Um die potenzielle Mittelkonkurrenz zwischen seinem Auftrag und dem Olympio-Plan nicht öffentlich zu machen, wurde er offi-

323 Siehe Wilhelm Steinhausen, Landwirtschaftsplan Präsident Sylvanus Olympio, Togoreise Steinhausen Oktober/Dezember 1962, Januar 1963, ebd. S. 1.

324 Ebd., S. 5.

325 Siehe Otto Schnellbach, Reise- und Tätigkeitsbericht über den vierten und letzten Aufenthalt als technischer Berater der Regierung in Togo, 29. Mai 1963, BArch Koblenz B213 04111, S. 3.

326 Siehe Bericht Otto Schnellbach, Drei Musterdörfer in Togo, Bauern- und Handwerksgenossenschaften, Gawi-Projekt FE 344, FE 581, Stand Ende 1965, 8. August 1966, BArch Koblenz B 213 04112, S. 1.

327 Siehe o. V.: Nachruf auf Dr.-Ing. Otto Schnellbach, in: Verein Deutscher Ingenieure (Hg.): Grundlagen der Landtechnik. Verfahren, Konstruktion, Wirtschaft, Bd. 28, H. 5 (1978), S. 169-208, hier S. 208.

ziell als Technischer Berater der togoischen Regierung im Rahmen der Technischen Hilfe entsandt.³²⁸

Im Zuge seines Aufenthalts in Togo besuchte er zunächst die von Steinhausen betreute Einrichtung in Tsevie und ließ sich von diesem über den Olympio-Plan und dessen geplante Umsetzung unterrichten. Das Konzept der landwirtschaftlichen Versuchsstation überzeugte ihn wenig. Er anerkannte zwar, dass die Landwirtschaft in Togo gut organisiert sei, sowohl »durch das Ministerium als auch die Versuchsstationen, die von den Herrn Dr. Bartha und Steinhausen geleitet werden«,³²⁹ Die Arbeitsweisen der Bauern seien jedoch »bislang wenig entwickelt«, wofür »die fehlende Verbindung zwischen den Versuchsstationen und dem Bauern« verantwortlich sei.³³⁰ Die Bauern seien demnach nicht in der Lage, die Ausbildungserfolge der Stationen in Tsevie, Tové und anderen Orten in die Praxis umzusetzen, da »trotz der jetzt durch den freien Staat noch vermehrten Schulung erst 15 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben« könnten und die frisch ausgebildeten Agronomen daher keine »Aufklärung durch das gedruckte Wort« leisten könnten.³³¹

Trotz seiner Beteuerungen, eine Agrarwende »von unten« durchführen zu wollen, zeigt Schnellbachs Bericht, dass er vordringlich technisch-modernisierungstheoretische Ansätze verfolgte. Im Gegensatz zum Olympio-Plan, der den Schwerpunkt stark auf die sozialen Perspektiven der Jugend legte, forderte Schnellbach »unsere Hilfe in Form der technischen und landwirtschaftlichen Beratung und der Ausrüstung mit Maschinen, Werkzeugen und Geräten«,³³² Doch zunächst musste er sich mit der konkreten Ausgestaltung des Landwirtschaftsprojekts befassen, das bereits im Vorfeld an administrativen Problemen litt. Laut dem Bericht sei in den Dörfern diskutiert worden, ob man nicht »als Ergänzung zu den staatlichen Maßnahmen von oben, den Versuch machen sollte, von unten her, im Dorf selbst, zu beginnen«.³³³ Dem stand allerdings entgegen, dass das dafür nötige Land nicht einfach zu akquirieren war. Unklare Besitzverhältnisse und Gewohnheitsrechte, die zeitgleich auch Schwierigkeiten

328 Siehe Schnellbach, Otto: Drei Musterdörfer in Togo. Bauern- und Handwerks-genossenschaften, Gawi-Projekt FE 344, FE 581, Stand Ende 1965, 8. August 1966, BAArch Koblenz B 213 04112, S. 1.

329 Siehe Otto Schnellbach, Villages-Pilotes Au Togo, Juni 1962, BAArch Koblenz B 213 04111, S. 1. Im Original »l'agriculture á Togo est bien organisée, du Ministère jusqu'aux centres pilotes [...] surveillée par MM. Dr. Bartha et Steinhausen«.

330 Ebd. Im Original »jusqu'ici peu développées«; »la liaison entre les centres-pilotes et le paysan qui fait défaut«.

331 Siehe Schnellbach, Drei Musterdörfer in Togo, S. 6.

332 Ebd., S. 9.

333 Ebd.

für den Olympio-Plan aufwarfen, verzögerten die Planungen und verhinderten eine von der togoischen Regierung zur Debatte gestellte Entzignung des Lands.

Die im Bericht häufiger auftretende Tendenz Schnellbachs, sich selbst als *Mastermind* des gesamten Projekts zu inszenieren und gleichzeitig die bundesdeutsche Überlegenheit hinsichtlich der landwirtschaftlichen Expertise zu glorifizieren, scheint bei der von ihm beschriebenen Lösung des Problems durch: Plötzlich seien »die Häuptlinge und Dorfältesten in drei Dörfern, im Norden, im Westen und in der Mitte des Landes [...] mit der Bitte um Hilfe und Beratung« an ihn herangetreten, um »durch Selbsthilfe etwas für die Entwicklung ihrer Dörfer tun« zu können.³³⁴ Die Dorfbewohner hätten sich zuvor im Hinblick auf die bundesdeutschen Entwicklungsprojekte beklagt, »wir hören viel von der Entwicklungshilfe, die ihr uns zukommen lässt, und wir sind dankbar dafür. Aber fast alle diese Projekte werden in den Städten aufgebaut und zu uns auf dem Land kommt niemand, der uns hilft«.³³⁵ Woher die angesprochenen »Häuptlinge und Dorfältesten« überhaupt von der Anwesenheit Schnellbachs und seines Auftrags erfahren haben könnten, wurde von ihm allerdings ebenso verschwiegen wie die offenbar vorhandenen Kenntnisse der Landwirte vom entwicklungspolitischen Schlagwort der »Selbsthilfe«. Es liegt daher der Schluss nahe, dass Schnellbach in seinem Bericht ein egozentriertes Narrativ aufbauen wollte, in dem er als »White Savior« auftreten und sich als Problemlöser inszenieren konnte.

Die Dorfvorsteher, mit denen Schnellbach gesprochen hatte, stammten aus den Dörfern Agou Nyogbo im Westen an der ghanaischen Grenze, Nuatja etwa in der Mitte Togos und dem an der Grenze zu Benin gelegenen Kambolé. Sowohl Agou als auch Nuatja waren bereits während der deutschen Kolonialherrschaft als Gebiete für Baumwoll-, Kakao-, Kaffee- und Ölpalmenpflanzungen genutzt worden, weshalb ihre Lage und Bodenbeschaffenheit bereits dokumentiert waren. Nachdem sich alle drei Dörfer bereit erklärt hatten, Gemeindeland für das Projekt zur Verfügung zu stellen, habe der Planungsstab um Schnellbach Kontakt zu Olympio aufgenommen, dem sie das Vorhaben unter dem Namen »Trois Villages-Pilotes au Togo« mitsamt einem vorformulierten Bittschreiben an die Bundesregierung präsentierten.³³⁶

334 Ebd.

335 Ebd., S. 8. Die gelegentlich blumigen und ausschweifenden Erläuterungen Schnellbachs lassen erahnen, dass er mit dem Bericht seine kosmopolitische Einstellung und sein Wissen über Togo unterstreichen wollte; nichtsdestotrotz bietet er fundierte technische Details zur Geschichte der Musterdörfer.

336 Ebd., S. 9.

Im IRA Technische Hilfe war das Projekt aufgrund seiner Ausrichtung auf die »Hilfe zur Selbsthilfe« hoch angesehen, weshalb im Mai 1962 nach kurzer Debatte erste finanzielle Mittel in Höhe von 970.000 DM einhellig bewilligt wurden. Nachdem die Finanzierung gesichert und Schnellbach Mitte 1962 zum Projektleiter ernannt worden war, ergab sich allerdings das Problem, dass die »Lehrlager« Steinhausens und die Musterdörfer Schnellbachs nun mehr oder weniger miteinander konkurrierten. Im Auswärtigen Amt herrschte die Ansicht vor, »daß die Durchführung des Landwirtschaftsplanes für die Festigung der politischen Stellung der Bundesrepublik in Togo, für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Stärkung des inneren politischen Ansehens des Staatspräsidenten Olympio wichtiger ist als alle übrigen [...] Vorhaben«. ³³⁷ Daher war die Integration beziehungsweise Überführung des bundesdeutschen Beitrags zum Olympio-Plan in das Musterdörfer-Projekt naheliegend. Da die Ausgestaltung und Finanzierung der dritten Phase des Olympio-Plans nach wie vor interministeriell diskutiert wurde und der von Olympio nur grob umrissene Charakter der angedachten landwirtschaftlichen Siedlungen gut zu Schnellbachs Konzept passte, sollten beide Projekte zusammengeführt werden. Steinhausen sprach sich ebenfalls dafür aus, da es falsch sei, »die Ausbildungsstätten der Lehrlinge für den Siedlungsplan des Präsidenten auf die Pflanzenbau- und Tierzuchtstationen verlegen zu wollen«, allerdings sollte für eine gewisse Verzahnung der beiden Projekte gesorgt werden. ³³⁸ Schnellbach äußerte sich ähnlich und argumentierte, »das Vorbild [...], wie es auf den Versuchsbetrieben vorgemacht wird, kann vom kleinen Bauern nicht nachgemacht werden. Er ist zwar fleißig und hat genügend Land zur Verfügung, aber er ist zu arm, um den Sprung zum Vorbild der Versuchsstationen zu schaffen.« ³³⁹

Mit dem Entschluss, beide Projekte zusammenzuführen, wurde die Fortsetzung des Olympio-Plans – bis auf die Arbeit der Station Tové – prinzipiell vollständig in die Verantwortung der EWG übergeben. Die bundesdeutschen Akteure hatten damit die alleinige Kontrolle über das Projekt erlangt, das nun anhand gänzlich anderer Gesichtspunkte durchgeführt werden sollte. Die soziale Situation der Jugendlichen und die

337 Siehe Schreiben des Referenten Berger vom Auswärtigen Amt an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, 7. Mai 1962, BArch Koblenz B213 8908, S. 1-2.

338 Siehe Steinhausen, Bericht zum Landwirtschaftsplan des togoländischen Präsidenten Sylvanus Olympio, S. 24.

339 Siehe Otto Schnellbach, Hilfe durch Selbsthilfe, Ein Versuch der bäuerlichen Selbsthilfe als Entwicklungsaufgabe in Togo, 1963, BArch Koblenz B213 04112, S. 1.

damit verbundenen innenpolitischen Probleme Togos spielten in den Musterdörfer-Planungen keine Rolle mehr. Die Musterdörfer sollten stattdessen durch den Einsatz von Maschinen und die Fokussierung auf bestimmte Pflanzensorten Ertragssteigerungen bei dem Anbau von Cash Crops erbringen, die wiederum im Sinne der Modernisierungstheorie zu einem verstärkten Wirtschaftswachstum führen sollten.

Zu diesem Zweck sollte neben der Landwirtschaft in den Dörfern auch eine rationalisierte Güterproduktion demonstriert werden. Betriebe zur Verarbeitung der geernteten Pflanzen oder zur Herstellung verschiedener Arten von Gebrauchsgütern sollten der Landwirtschaft zuarbeiten oder der Versorgung des Umlands dienen. Im Einzelnen sah Schnellbach, der von den inzwischen angereisten Ingenieuren Ehrenfried Zillich und Gerd Hofmeier unterstützt wurde, für die Dörfer folgende Konzepte vor: In Agou, das etwa 1.700 Einwohner hatte, sollte mithilfe eines schweren Traktors zunächst der Wald gerodet und der Boden vorbereitet werden, um neue Kulturen von Pflanzen anzulegen, die »bereits gute Erträge liefern«, wie Ölpalmen, Kaffee und Kakao.³⁴⁰ Zudem sollten ein kleines Werk zum Schälen von Kaffeebohnen, eine Schmiede und eine Ziegelei entstehen, um die landwirtschaftliche Arbeit zu unterstützen.³⁴¹ In Nuatja sollte der Schwerpunkt auf dem Anbau und der Verarbeitung von Zuckerrohr liegen und das Dorf nebenbei von einer kleinen Weberei, einer Palmölpresse und einem Brennofen zur Herstellung von Kochgeschirr profitieren.³⁴² Kambolé, mit etwa 3.000 Einwohnern das größte Dorf, sollte schließlich dieselbe Ausstattung wie Agou erhalten und zusätzlich mit einer Anlage zum Dreschen von Getreide ausgerüstet werden.³⁴³ Die Produktion in den Dörfern sollte dabei von einem deutschen Ingenieur überwacht werden, der von einem togoischen Counterpart sowie einem Mitglied der lokalen Verwaltung begleitet werden sollte.³⁴⁴

Neben den technischen und architektonischen Planungen arbeiteten Schnellbach und sein Team an der administrativen Organisation der Musterdörfer. Schnellbach ging davon aus, dass das Genossenschaftswesen in Togo »recht gut entwickelt und genossenschaftliches Denken nicht unbekannt« sei, da »die große Dorfgemeinschaft« eine Art von Genossenschaft darstelle.³⁴⁵ Sein darauf basierendes Modell beinhaltete, dass ver-

340 Siehe Schnellbach, *Villages-Pilotes*, S. 1. Im Original: »des plantes qui donnent déjà de bons résultats«.

341 Ebd., S. 2.

342 Ebd.

343 Ebd.

344 Ebd., S. 3.

345 Siehe Schnellbach, *Hilfe durch Selbsthilfe*, S. 6.

fügbares Land von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden sollte, um von den Bewohnern – jenen, die Genossenschaftsmitglieder waren – zusätzlich zu den eigenen Feldern bearbeitet werden zu können. Der Profit aus den Erträgen der Genossenschaftsfelder sollte später aufgeteilt werden, ebenso wie die Profite der Handwerksbetriebe, die durch externe Arbeiten zusätzliches Geld verdienen würden. Dabei zeigte sich allerdings bald, dass Schnellbachs zugrunde liegende Annahmen hinsichtlich des Genossenschaftsmodells verfehlt waren. Zwar existierte in Togo ein Genossenschaftsgesetz, das sich allerdings nur auf die Bestimmungen für die großen Landwirtschaftsgenossenschaften erstreckte. Die togoischen Landwirte arbeiteten dagegen in Subsistenzwirtschaft auf ihren eigenen Feldern, deren Besitzverhältnisse oft äußerst kompliziert waren und die über die Generationen weitergegeben worden waren. Das angedachte Konzept einer »gemischten Genossenschaft aus Bauern und Handwerkern«, die darüber hinaus »keine festen Angestellten mit einem festen Monatsgehalt« sein sollten, stand dem überlieferten und praktizierten Vorgehen der togoischen Landwirte somit von Beginn an entgegen.³⁴⁶

Mit der administrativen Ausrichtung auf das Genossenschaftsmodell war jedoch der letzte Baustein des Projekts vorerst abgeschlossen, sodass kurze Zeit später die ersten Spatenstiche in Agou getätigt werden konnten. Die Ermordung Präsident Olympios im Januar 1963, die zu massiven innenpolitischen Spannungen und Schwierigkeiten bei anderen Entwicklungsprojekten führte, hatte in den abgelegenen Dörfern zunächst keine Auswirkungen. Vom Planungsstab in der Bundesrepublik bestellte Maschinen und Gerätschaften erreichten innerhalb weniger Wochen ihre Einsatzorte, und die Grunitzky-Regierung hielt ihre Zusage ein, Zement, Dachziegel und Öl zu liefern. Der Beginn des Projekts verlief im Zeitplan und war augenscheinlich von einem starken Optimismus der bundesdeutschen wie auch togoischen Beteiligten geprägt, den Schnellbach in seinem Bericht festhielt. Es sei bemerkenswert, dass täglich »zwischen 20 und 50 Männer und Frauen freiwillig und ohne jede Vergütung bei der Arbeit« seien, auch wenn »die Erziehung zu Pünktlichkeit, Ausdauer und selbstständigem Arbeiten« noch einige Schwierigkeiten mache.³⁴⁷ Schnellbach kommentierte zur Zuversicht der Beteiligten, man solle sich »immer vor Augen halten, daß wir nicht verführen [sic] wollen, wie schön das Leben

³⁴⁶ Ebd., S. 7.

³⁴⁷ Siehe Bericht Schnellbachs u. Hofmeiers u. Zillichs an die Gawi, Erster Bericht über das Musterdorf Agu-Nyonbo bei Palimé, 28. März 1963, BArch Koblenz B213 04III, S. 2.



Abb. 2: Holzverarbeitung in Agou mithilfe des aus Deutschland gelieferten Acker-
schleppers. Rechts ist vermutlich Gerd Hofmeier zu sehen; handschriftlich ist ne-
ben dem Foto »Mit Schlepper und Seilwinde zur Säge« vermerkt, Mai 1963,
BArch Koblenz B213 04111.

sein kann [...] sondern wir wollen ein Beispiel geben, daß jederzeit und an jedem Ort nachgeamt [sic] werden kann.³⁴⁸

Von den ersten Erfolgen beeindruckt, übermittelte die togoische Regierung dem BMWi im Juli 1963 den Wunsch, Schnellbach für weitere zwei Jahre als Projektleiter anzustellen, um den Aufbau von Nuatja und Kambolé anzuleiten. Schnellbach stand der neuen Regierung unter Grunitzky kritisch gegenüber und bemängelte, sie »wollte und konnte keine Entschlüsse für neue Entwicklungsaufgaben fassen«, weshalb man die weitere politische Entwicklung zunächst abwarten müsse.³⁴⁹ Aufseiten der bundesdeutschen Ministerien beurteilte man das Projekt und die Zusammenarbeit mit den togoischen Beteiligten allerdings ausnahmslos positiv.

Das BMZ, das zwischenzeitlich die Federführung des Projekts übernommen hatte, vertrat die Ansicht, »ein sehr gelungenes Projekt sind die von Herrn Dr.-Ing. Schnellbach vorgeschlagenen 3 Musterdörfer«, die

348 Schnellbach, *Hilfe durch Selbsthilfe*, S. 8.

349 Siehe Schnellbach, *Reise- und Tätigkeitsbericht*, 29. Mai 1963, ebd., S. 2.

»als Projekt der ›Entwicklungshilfe von unten her‹ ein Erfolg zu werden« versprechen.³⁵⁰

Das Musterdörfer-Projekt war, anders als das geplante Kaufhaus und der Hafen in Lomé, ein voll auf das Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe« zugeschnittenes Projekt und stand im BMZ dementsprechend hoch im Kurs. Die Musterdörfer boten eine Chance, das entwicklungspolitische Versprechen der eigenständigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch die Menschen selbst in die Tat umzusetzen. Die direkte Unterstützung der Betroffenen war – das hatte das überaus erfolgreiche FAO-Fischereiprojekt im Kontext des Hafenbaus gezeigt – wesentlich niedriger, kostengünstiger und einfacher zu konzipieren als die parallel laufenden Großprojekte.

In Nuatja starteten die Arbeiten dann Ende 1963, als Schnellbach und sein Team dort die erste Lieferung an Maschinen und Ausrüstung entgegennehmen konnten. Auch hier wurde Schnellbachs Genossenschaftsmodell als administrative Grundlage des Projekts eingeführt, und wie in Agou kamen die Arbeiten zügig und planmäßig voran. Nach wenigen Monaten zeigten sich allerdings erste Probleme im Betrieb der beiden Dörfer. Trotz der beinahe fertiggestellten Infrastruktur, die die Errichtung von Maschinenhallen und Lagerräumen sowie den Anschluss an das Stromnetz betraf, war die Auslastung der Betriebe unbefriedigend. Zudem lagen die landwirtschaftlichen Flächen der Genossenschaft häufig brach. Die ab Ende 1963 mit der Verwaltung von Agou betrauten Hofmeier und Zillich resümierten, die Probleme hingen zwar mit der herrschenden Regenzeit zusammen, in der »die Arbeiter ihre eigenen Felder bestellen und ernten«, ursächlich sei allerdings der Umstand, dass »noch immer nichts für die Arbeit gezahlt werden konnte, abgesehen von einigen kleinen Prämien«.³⁵¹

Die Sichtweise der beteiligten Landwirte auf das Genossenschaftsmodell hatte sich zwischenzeitlich aufgrund der ausbleibenden regelmäßigen Lohnzahlungen stark gewandelt. Der zu Beginn herrschende Optimismus war einer Skepsis gewichen, die sich aus der unbezahlten Mehrarbeit in der Genossenschaft ergab, denn »viele sahen in dieser Hilfe einen neuen Weg der Ausbeutung, [...] es war ihnen unverständlich, daß dieses alles keinen ›Pferdefuß‹ haben solle«.³⁵² Die Dorfbewohner argumentierten, dass die Erfahrungen, die sie bislang mit ausländischen Unternehmen und

350 Siehe Aufzeichnung über Sachstand des Projekts am 1.11.1963, 3 Musterdörfer (Schnellbach-Plan), Zusammenfassung des BMZ, o. D., ebd. S. 1.

351 Siehe Hofmeier u. Zillich: Tätigkeitsbericht über die Musterdörfer Agou-Nyongbo und Nuatja, Stand Ende 1963, Dezember 1963, ebd., S. 1f.

352 Ebd., S. 7.



Abb. 3: Die neu angelieferte Dolmar-Säge zum Sägen harter Teak-Baumstämme in Agou, handschriftlich ist »Bohlen und Balken sägen« daneben vermerkt. Im Hintergrund ist ein im Rahmen des Projekts aus Deutschland gelieferter VW T2 Pritschenausführung zu erkennen. Mai 1963, BArch Koblenz B213 04111.

Beratern gemacht hätten, ausschlaggebend für ihre Skepsis gegenüber den Zielsetzungen der bundesdeutschen Akteure war. Zillich und Hofmeier wollten daher »den Verdacht, daß irgendeine anonyme Gesellschaft in Deutschland oder Europa Profit machen wolle«, ausräumen; dann »wird dieses Projekt einen echten Gewinn für die Bundesrepublik erbringen können«.³⁵³ Die in den Vorwürfen der togoischen Landwirte impliziten Verweise auf die Kolonialzeit, deren französischer Abschnitt erst drei Jahre zuvor zu Ende gegangen war und allen noch in Erinnerung sein musste, begegneten Zillich und Hofmeier ihrerseits mit kolonialrevisionistischen Denkmustern. Im Hinblick auf die ausbleibenden Löhne sei die Frage »Warum bekommen wir kein Geld?« bei den regelmäßig stattfindenden »Palavern« – großen Gesprächsrunden mit den Dorfbewohnern – oft gestellt worden. Die im kolonial-paternalistischem Duktus gegebene Antwort war dem Bericht der beiden Deutschen zufolge gewesen, »heute verdient ihr natürlich das Geld noch nicht, aber in dem Augenblick, in dem die Felder in der Savanne Frucht tragen, und die Werkstatt voll beschäftigt

353 Ebd.

ist, könnt ihr so viel Geld verdienen, daß ihr [...] einen guten Gegenwert für eure Arbeit erzielen werdet». ³⁵⁴

Nicht nur wirtschaftliche, sondern auch religiöse Begründungen mussten auf Betreiben Zillichs zur Legitimation des Projekts herhalten. Er erläuterte den Landwirten, »schon seit 50 Jahren ist euch die Botschaft von der Befreiung durch Christus verkündet worden [...] Gott aber hat euch nicht geschaffen, um von der Natur abhängig zu sein, sondern darum, daß ihr euch die Erde untertan macht.« ³⁵⁵ Später schrieb er in einem Beitrag für die von der Deutschen Afrika-Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift »Afrika Heute«, die »Methoden der Erziehungsarbeit« in den Musterdörfern seien ideell, rational und religiös orientiert gewesen. Im Mittelpunkt der »Erziehung« habe der Slogan »Macht Euch die Erde untertan, erkennt die Gestaltbarkeit Eures Lebens, werdet frei von der Furcht und der Abhängigkeit von den Mächten der Natur!« gestanden. ³⁵⁶ Die Betonung des Religiösen evoziert eine Verbindung zur in der deutschen Kolonialzeit erfolgten Christianisierung der Bevölkerung durch die Ewe-Kirchen, die erst zum integralen Bestandteil des deutschen Herrschaftsapparats und später zum Anknüpfungspunkt für kolonialrevisionistische Akteure wurden.

Auch wenn es sich dabei um Zillichs eigene, religiös konnotierte kolonialrevisionistische Einstellung handelte, war die in der Kolonialzeit ubiquitäre Infantilisierung der Togoer durch die deutschen Besatzer auch im Musterdörfer-Projekt verbreitet. Die Unzufriedenheit der togoischen Beteiligten, die primär aus der mangelnden Kommunikation von Schnellbachs Genossenschaftsmodell ihnen gegenüber resultierte, wurde von Zillich und Hofmeier in diesem Sinn relativiert. So sei das Konzept der Genossenschaft »für das gegenwartsnahe Denken der Afrikaner [...] nicht leicht zu verstehen, denn der afrikanische Mensch ist nicht gewohnt im voraus zu planen, er lebt im Heute«. ³⁵⁷ Diese Feststellung stand in diametralem Gegensatz zu Schnellbachs Vorstellung einer quasi-organischen genossenschaftlichen Organisation der togoischen Dörfer, die er zur Grundlage des Musterdörfer-Konzepts gemacht hatte. Die Spannungen ergaben sich damit prinzipiell aus der gegenteiligen sozialen Erwartungshaltungen, da den togoischen Bauern das Konzept der Lohnarbeit gut vertraut, aber von bundesdeutscher Seite eben gerade nicht implementiert worden war. Umgekehrt untergruben die starren konzeptionellen Vor-

354 Ebd., S. 8.

355 Siehe Hofmeier u. Zillich: Tätigkeitsbericht, S. 9.

356 Siehe Zillich, Ehrenfried: Die drei Musterdörfer in Togo, in: Afrika Heute 12/1965, BArch Koblenz B213 04111, S. 160.

357 Ebd.

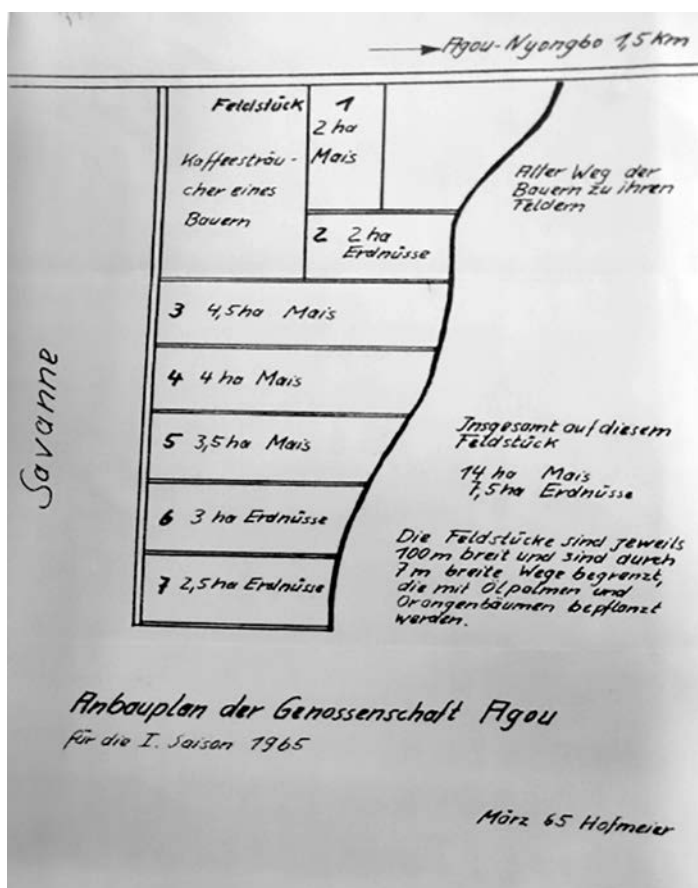


Abb. 4: Ein von Gerd Hofmeier gezeichneter Plan der Genossenschaft Agou, der die einzelnen Parzellen, ihre Größe und die darauf wachsenden Pflanzen darstellt. Das oben links dazwischenliegende Feldstück eines nicht in der Genossenschaft tätigen Bauern verdeutlicht die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Land, die seit Anbeginn ein großes Problem für das Projekt darstellten. März 1965, BAArch Koblenz B213 04111.

gaben die Möglichkeit, flexibel auf derartige Missverständnisse zu reagieren, was zusätzliche Konflikte erzeugte. Zugleich war die bundesdeutsche Perspektive beinahe ausschließlich von technischen Aspekten geprägt, die die Steigerung der Erträge in den Mittelpunkt stellten und soziale Zusammenhänge, tradierte Arbeitsweisen und kulturelle Vorprägungen der Togoer ausklammerten.

Der IRA Technische Hilfe war angesichts der Schwierigkeiten Ende 1963 zu der Auffassung gelangt, dass eine Bezahlung der Genossenschafter möglichst bald erfolgen müsse, »wenn das Vorhaben nicht an der mangelnden Mitarbeit einheimischer Counterparts scheitern soll«. ³⁵⁸ Daraufhin wurden weitere 811.000 DM bewilligt, sodass das Projekt bis November 1963 insgesamt 1,781 Millionen DM aus den Mitteln des BMWi erhalten sollte – womit die Musterdörfer indes ein im Vergleich zum Olympio-Plan äußerst günstiges Projekt waren. ³⁵⁹ Die Arbeit in Agou und Nuatja lief nach der Einführung regelmäßiger monatlicher Lohnzahlungen schließlich weiter, auch wenn Landwirtschaft und Produktion häufig mit Problemen zu kämpfen hatten. Ein Jahr später, im November 1964, meldete Hofmeier an die Gawi, in Nuatja werde bereits »in erfreulichem Umfang und mit gutem Ergebnis« Baumwolle produziert, die dann an eine mit Hermesgarantien errichtete Textilfabrik in Daja verkauft werde. In Agou sei die landwirtschaftliche Produktion dagegen noch kaum angelaufen, da »es immer noch nicht recht mit der Hergabe von Land« klappen würde. ³⁶⁰ Das dritte Dorf Kambolé war zwischenzeitlich beinahe fertig aufgebaut worden, sodass das Projekt auch dort starten konnte.

Die Musterdörfer unter neuer Leitung

Trotz der Probleme, die sich im Betrieb der Dörfer gezeigt hatten, lief das Projekt vorerst wie geplant weiter. Bis zum Jahr 1967 hatten sich kommunikative, zwischenmenschliche und technische Schwierigkeiten allerdings derart vergrößert, dass eine Weiterführung des Projekts fraglich erschien. Im Mai 1967 sandte die Gawi deshalb die Agraringenieure Dr. Stangen und Fritz Simbringer in die Dörfer, um »ein neues Konzept

358 Siehe Vorlage an den Interministeriellen Referentenausschuss Technische Hilfe, Errichtung von drei Musterdörfern (Schnellbach-Plan/Fortführung des Vorhabens), 13. September 1963, BAArch Koblenz B213 04111; S. 2; Aufzeichnung über Sachstand des Projekts am 1.11.1963, Zusammenfassung des BMZ, 3 Musterdörfer (Schnellbach-Plan), ebd., S. 1.

359 Vgl. Vorlage an den Interministeriellen Referentenausschuss Technische Hilfe, Errichtung von drei Musterdörfern, S. 1.

360 Siehe Bericht von Gerd Hofmeier u. a. an die Gawi, FE 344 Musterdörfer in Togo, 14. November 1964, BAArch Koblenz B213 04111, S. 5; Schreiben des Botschafters Karl Seeliger an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo/Musterdörfer, 25. März 1965, ebd., S. 2.

für das dortige, in Schwierigkeiten geratene Musterdörfer-Projekt zu finden«. ³⁶¹

Ihre Eindrücke, die sie in mehreren Gutachten festhielten, zeichnen ein düsteres Bild. Simbringer beschrieb die Musterdörfer als »vollständig verfahrene Sache, wie man es sich bei deutscher Entwicklungshilfe nicht einmal träumen lassen dürfte«, und monierte, es seien »soviel Versprechungen gemacht worden, daß unser Rückzug heute die schwersten Verärgerungen, und ebenso schwere politische Konsequenzen nach sich ziehen würde«. ³⁶² Schnellbachs ursprüngliches Konzept einer gemischten landwirtschaftlich-handwerklichen Genossenschaft habe einerseits »weder den wirtschaftlichen noch den soziologischen Gegebenheiten des Landes« entsprochen, andererseits habe sich gezeigt, dass »die Genossen stärker an der Beschäftigung ihrer Familienmitglieder in der Genossenschaft interessiert sind, als Gesichtspunkte der betrieblichen Vollbeschäftigung zu berücksichtigen«. ³⁶³ Projektleiter Hans von der Decken äußerte sich in seinem Bericht ähnlich und resümierte hinsichtlich der togoischen Landwirte, »niemand ist Genossenschafter, hat in Genossenschaften gearbeitet oder solche gesehen«, weshalb unweigerlich »die mir anfangs völlig unerklärlichen Aufbaufehler in Togo« passiert seien. ³⁶⁴ Zukünftig sollte seiner Meinung nach »an die Stelle von unrentablen und unsinnigen deutschen Lohnarbeiterbetrieben (die noch dazu als Produktionsgenossenschaften östlichen Stils aufgezogen waren) sich selbst tragende, echte Genossenschaften« gesetzt werden. ³⁶⁵

Die Kritik der Berichtersteller entzündete sich nicht nur an den Fehlplanungen hinsichtlich des Genossenschaftsmodells und der technischen Konzeption, sondern immer wieder auch an der Person Schnellbachs. Nach ihrer Ankunft in Agou erfuhren Stangen und Simbringer, die landwirtschaftliche Arbeit sei »bereits vom Projektleiter wegen mangelnden Interesses, mangelnder Produktivität und Bodenfeuchtigkeit (die den Einsatz von den ohnehin unrentablen Landmaschinen sehr erschwerte) [...] eingestellt worden«. ³⁶⁶ Dafür verantwortlich war neben den jahrelang ku-

361 Siehe F. Stangen, Bericht über die Dienstreise von Dr. F. Stangen nach Togo vom 30.5. bis 9.6.1967 mit Abstecher nach Dahomey am 8.6.1967, Juni 1967, BArch Koblenz B213 04113, S. 3.

362 Siehe Bericht Fritz Simbringers an die Gawi, Gutachten über die Besichtigung des Projekts FE 344/Musterdörfer in Togo, Juni 1967, ebd., S. 1.

363 Siehe Stangen, Bericht, S. 2-3.

364 Ebd.

365 Siehe Bericht Hans von der Deckens an die Gawi und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Drei Musterdörfer Togo, Vierteljahresbericht für das dritte Quartal '67, 25. September 1967, BArch Koblenz B213 04112, S. 1.

366 Siehe Stangen, Bericht, S. 5.



Abb. 5: Zerstörungen an den Maschinenschuppen in Agou nach dem Sturm im Februar 1967. Neben dem Bild ist vermerkt: »Agou nach dem Sturm im Febr 1967«. März 1967, BArch Koblenz B213 04113.

multierten Problemen in der Dorfleitung auch ein schwerer Sturm, der im Februar 1967 große Teile des Dorfs zerstört hatte.

Übrig war nur noch die Tischlerei, die unter Leitung von Schreinermeister Lähne als »Ein-Mann-Betrieb« fortgeführt wurde. Der Tischlerbetrieb war als Kern des handwerklichen Betriebskonzepts für Agou unerlässlich. Er sei allerdings von Schnellbach mit einer überdimensionierten Gattersäge im Wert von 100.000 DM belastet worden, die »trotz Einspruch des derzeitigen Projektleiters geliefert« worden sei, jedoch nach wie vor im Hafen lagere. Um »Proteste der Togoer« zu vermeiden, so Stangen, könne die Säge nur einer »gelegentlichen Nutzung« in der Tischlerei durchgeführt werden, sollte das Projekt wider Erwarten weitergeführt werden.³⁶⁷

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Togoern im Dorf war zwischenzeitlich auf einen Tiefpunkt gesunken. Der Dorfvorsteher habe Stangen und Simbringer erklärt, »nous sommes fatigués«, und die Arbeiter und Bauern würden sich »dupé« und »trompé« fühlen, da die falschen Versprechungen Schnellbachs und die Nichtberücksichtigung ihrer Vor-

³⁶⁷ Ebd. S. 6.



Abb. 6: Die halb zerstörte Tischlerei in Agou nach dem Sturm. Oben rechts ist ein Schild mit der Aufschrift »Menuiserie« (Zimmerei) zu erkennen. Neben dem Bild ist vermerkt: »Die Handwerker arbeiten in Agou halb im Freien. Bei starkem Regen muss die Arbeit ruhen!«. März 1967, BArch Koblenz B213 04113.

schläge und Wünsche Frust und Enttäuschung erzeugt hätten.³⁶⁸ Stangen notierte, die Dorfbevölkerung, die »energisch am Ausbau des landwirtschaftlichen Teils teilgenommen hat, ohne dafür eine Bezahlung zu nehmen und nun äußerst erregt darüber ist, daß ihre Genossenschaft nicht mehr funktionsfähig sein soll«, verlange die Einlösung der von Schnellbach gemachten »27 verschiedenen Versprechungen«.³⁶⁹

Nach ihrer kurzen Visite in Agou reisten Stangen und Simbringer dann weiter nach Nuatja. Der Zustand des Dorfs war ähnlich wie in Agou desolat, die gelieferten Maschinen kaum noch funktionsfähig und wenig ausgelastet. Im Hinblick auf die dort erst kurz vor ihrer Ankunft fertiggestellte Tischlerei monierte Stangen, die »umliegenden Dörfer liefern Holzarbeiten und Möbel zu 1/3 des von der Schreinerei geforderten Preises«, und empfahl die sofortige Schließung der Tischlerei, denn diese sei ohne »Lebensberechtigung«.³⁷⁰

³⁶⁸ Ebd., S. 8. Simbringer erwähnt in seinem Bericht, dass Schnellbach den Dorfbewohnern neben der Gattersäge eine Wasserleitung für die Bewässerung und Trinkwasserversorgung versprochen hatte, für die die Rohrleitungen schon in Agou bereitlägen. Siehe Simbringer, Gutachten, S. 9.

³⁶⁹ Siehe Simbringer, Gutachten, S. 13.

³⁷⁰ Ebd., S. 15.

Da der betriebliche Schwerpunkt Nuatjas auf der mechanisierten Landwirtschaft und einer dafür aufgebauten Reparaturwerkstatt lag, suchten die Berichterstatter nach Möglichkeiten des Weiterbetriebs dieser Zweige. Stangen schlug vor, die landwirtschaftlichen Maschinen zunächst »im Lohneinsatz« einzusetzen und an die umliegenden Dörfer zu vermieten, zeigte sich allerdings skeptisch für die Zukunft. Die Fortführung der mechanisierten Landwirtschaft sei fraglich, da die vorhandenen Maschinen den Bauern zwar weiterhin zur Verfügung gestellt werden könnten, es aber absehbar sei, dass nach dem Auslaufen der dafür vorgesehenen Subventionen aus Deutschland »dann so gut wie keine Nachfrage mehr nach Landmaschineneinsatz bestehen« werde.³⁷¹ Das Inventar sei mittlerweile schrottreif geworden, und die Landwirtschaft habe sich »auch ohne spektakulären Abzug der Ackerschlepper und Landmaschinen« auf die Bewirtschaftung eingespielt, die »unter den gegebenen sozio-ökonomischen Verhältnissen angebracht« sei.³⁷² Da es keine Ersatzteile und nicht genügend ausgebildete Mechaniker und Reparaturmöglichkeiten gab, bedeutete dies im Endeffekt, die Maschinen bis zu ihrem unvermeidlichen Ausfall weiter zu nutzen und schlussendlich abzuschreiben.

Die – unfreiwillige – Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft vor der Kulisse rostender Traktoren aus der Bundesrepublik erscheint dabei symptomatisch für die entwicklungspolitischen Aushandlungsprozesse der 1960er Jahre. Der Einsatz der Maschinen erwies sich zwar zu Beginn als durchaus wirkungsvoll, allerdings beschränkte sich die Ausbildung der togoischen Beteiligten auf deren Bedienung und umfasste nicht auch deren Wartung und Reparatur. Von Schnellbach und seinem Planungsstab wurde zudem der Nachschub mit Ersatzteilen und Treibstoff offenbar nicht berücksichtigt, denn in seinen Berichten wird dieser Aspekt nicht erwähnt. Die Mechanisierung der Landwirtschaft stellte neben der praktischen Durchführung auch ein Problem hinsichtlich der kulturellen Vorannahmen auf bundesdeutscher und togoischer Seite dar. Simbringer rezipierte diese Perspektive bereits zeitgenössisch und berichtete, man habe »Dörfern, die der heutigen Entwicklung der Technik nach, um viele Jahrhunderte zurückliegen, mechanische Werkstätten und Geräte hingestellt, und nun versucht diesen Menschen, die zum großen Teil noch Analphabeten sind, moderne Technik und moderne Landwirtschaft beizubringen«.³⁷³

Wie Simbringer nach der Begutachtung Nuatjas weiter resigniert berichtete, seien »auch diesem Dorf, das eine Dr.-Schnellbach-Straße besitzt

371 Siehe Stangen, Bericht, S. 9.

372 Ebd.

373 Siehe Simbringer, Gutachten, S. 2.

[...], Unmengen versprochen worden«. Die Berichterstatter empfahlen, den handwerklichen Teil Nuatjas gänzlich einzustellen. Stattdessen solle ein »Centre culturel« in der freigewordenen Weberhalle eingerichtet werden – dabei handele es sich um eines der Versprechen, das Schnellbach den Einwohnern gegeben habe.³⁷⁴ Darüber hinaus solle das Dorf elektrifiziert werden, um »die Gemeinde für das auf deutsche Fehlplanung zurückzuführende Scheitern der landwirtschaftlichen und Tischlerei-Produktionsgenossenschaft zu entschädigen« und eine »hierdurch mögliche Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zur Gemeinde« zu erreichen.³⁷⁵

In Kambolé fanden die beiden Gutachter eine ähnliche Situation vor wie in Nuatja. Sie mache es notwendig, »die kollektive Landwirtschaft aufzugeben zugunsten der landwirtschaftlichen Beratung von ca. 9 Dörfern im Umkreis von ca. 40 km mit genossenschaftlicher Ein- und Verkaufszentrale und baldiger Anlehnung an die SORAT [sic]«. ³⁷⁶ Ein Mitarbeiter der Gawi hatte zwischenzeitlich die Gattersäge in Agou dem Dorf Kambolé versprochen, was angesichts des kaum vorhandenen Walds im Umland jedoch wenig sinnvoll war. Die Berichterstatter befürchteten, die durch die absehbare Stornierung der Lieferung »und andere Enttäuschungen entstandene Unzufriedenheit der Bevölkerung« sei daher wohl noch »stärker als in Dorf I und II«. ³⁷⁷ Neben den ubiquitären technischen und organisatorischen Problemen litt die Bevölkerung Kambolés »unter dem in die eigene Tasche wirtschaftenden und das einheimische Projektpersonal diktatorisch beherrschenden Counterpart des Dorfleiters«. Diesem Zustand müsse durch »die Herauslösung Kambolés aus dem Komplex des Musterdörfervorhabens« begegnet werden. ³⁷⁸ Das Dorf solle künftig der Oberhoheit des togoischen Landwirtschaftsministeriums unterstellt und eine Umwandlung in ein landwirtschaftliches Beratungszentrum in Kooperation mit den SORAD angestrebt werden.

Von der Decken, Stangen und die anderen Gutachter kamen abschließend zu dem Ergebnis, dass nur eine komplette Neuorganisation

374 Siehe Stangen, Bericht, S. 10.

375 Ebd.

376 Ebd., S. 11. Bei den SORAD (»Sociétés Regionales d'Aménagement et de Développement«) handelte es sich um staatliche Genossenschaften für Agrarprodukte, die den Verkauf und Vertrieb für die Landwirte übernehmen und damit zur Entwicklung des ländlichen Raums beitragen sollten. Vgl. Bericht des Staatssekretärs Johannes Dohmes an das Auswärtige Amt, Auf- und Ausbau des togoischen Genossenschaftswesens, 25. April 1972, BAArch Koblenz B213 11896, S. 4.

377 Siehe Stangen, Bericht, S. 12.

378 Ebd.

das Projekt würde retten können. Die Kosten für neues Material, die Bezahlung des Personals und andere Ausgaben sollten sich auf 1,9 Millionen DM belaufen. Die Bodenfrage, die zu erheblichen Friktionen im Musterdörfer-Projekt geführt hatte, war nach wie vor ungelöst, da das gewohnheitsrechtlich genutzte Land der Dörfer nur schwer von anderen Besitzungen abgegrenzt werden konnte. Dieser für das Projekt problematische Aspekt wurde bereits 1963 von einer Forschungsgruppe um die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Wülker im Auftrag des BMWi aufgegriffen. Wülker sollte untersuchen, »welche Möglichkeiten, Voraussetzungen, und Bedingungen für eine Entfaltung der produktiven Kräfte des Landes Togo bestehen«, und kam hinsichtlich der Landverteilung zu dem Schluss, dass eine »Neuordnung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden« entscheidend sei.³⁷⁹ Ziel müsse es sein, die »Einschränkung des Grundeigentums bzw. der Eigentumsansprüche der Großfamilien und Dörfer zugunsten des Staates zur Durchführung von Siedlungsprojekten und anderen Entwicklungsvorhaben« zu ermöglichen und die »Förderung des Übergangs vom Kollektiv- zum Individualeigentum« zu forcieren.³⁸⁰ Die unklaren Besitzverhältnisse des Lands waren nicht nur für die Entwicklungspolitik, sondern auch für die wirtschaftliche Zukunft Togos problematisch. Landgrabbing, das deutsche und französische Kolonialbeamte und Kaufleute in der Vergangenheit im Interesse der Verwaltung oder privater Unternehmen tätigten, musste unter den entwicklungspolitischen Vorzeichen der 1960er Jahre vermieden werden. Daher blieb die Landfrage bis zum Putsch Eyadémas 1967 prinzipiell ungelöst, und auch danach nutzte die togoische Regierung nur äußerst selten Zwangsmittel, um Land für eigene Zwecke zu akquirieren.

Nachdem Stangen und Simbringer Anfang 1968 wieder abgereist waren, resümierte Projektleiter von der Decken zufrieden, ihr Besuch habe schließlich die entscheidende Wende gebracht, und nun »rollt der Rubel«. ³⁸¹ In Agou würden die Verteilung der Gewinne aus der Tischlerei, auflaufende Rücklagen und die Abdeckung von Verlusten nun schriftlich festgehalten, was Korruption und Diebstahl erschwere. Die Ausbildung der Counterparts für die vorgesehene Übergabe der Betriebe sei finan-

379 Siehe Wülker, Gabriele u. a.: Sozialstruktur, ethnische Verhältnisse, Verkehr und Wirtschaft, Landwirtschaft, in: Studienstelle für Entwicklungsländer (Hg.): Studien zur Infrastruktur und Wirtschaft in Togo, Bd. 1., Bonn 1963, PA AA BAV 133 LOME 6908, S. 12.

380 Ebd.

381 Siehe Schreiben Hans von der Deckens an das Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anlage zu Vorschläge für das Projekt FE 344/Drei Musterdörfer Togo, 23. März 1968, BArch Koblenz B213 04113, S. 1.



Abb. 7: Artikel in der »Togo-Presse« über die Übergabe der Dörfer an das togoische Landwirtschaftsministerium, Togo-Presse, 1. Oktober 1968, BAArch Koblenz B213 04113.

ziell und organisatorisch in den Mittelpunkt gestellt worden, anstatt wie vorher nur eine Nebenrolle zu spielen.³⁸² Die »Gutswirtschaft« mit unterbezahlten und unzufriedenen Arbeitskräften« sei auf einen kleinen, aber »höchst effizienten Versuchs-, Demonstrations- sowie Lehrbetrieb« umgestellt worden.³⁸³

In Kambolé sei es ebenfalls gelungen, den »Gutsbetrieb« [...] in einen echten Genossenschaftsbetrieb förderungswürdig« umzustellen, der nach genauen Plänen Baumwolle anbaue.³⁸⁴ Die von Stangen und dem BMZ vorgesehene Überstellung Kambolés an das togoische Landwirtschaftsministerium wurde vorerst aufgeschoben, da hinsichtlich des Betriebs-

382 Ebd.

383 Ebd., S. 2.

384 Siehe Hans von der Decken, Vorschläge für das Projekt FE 344, S. 4 f.

ablaufs und der landwirtschaftlichen Produktion zuerst die »notwendige Klarheit und ausserdem wissenschaftliche Erkenntnisse« erhalten werden sollten.³⁸⁵

Die Situation in Nuatja stellte sich laut von der Decken dagegen ungleich schlechter dar. Die Enttäuschung der Bevölkerung sei ungeheuer groß, da zwar viele Gebäude gebaut, »mustergültig für Togo« ein Spielplatz für die Kinder angelegt und diverse Maschinen für die Landwirtschaft und Tischlerei geliefert worden seien. Aber »»5 Minuten« bevor hier nun die Produktion richtig anlaufen konnte und dadurch Geld in das Dorf gekommen wäre, wurde alles abgebaut [...] Der dadurch entfachte Hass gegen uns, die wir angeblich alles nach Agou und Kambolé geben, schadet dem deutschen Ansehen in kaum wiederzugebender Weise.«³⁸⁶ Die geplante Einrichtung des »Centre culturel« sei nicht durchführbar, da niemand wisse, »wer aber macht ›Kultur? wer hat dafür Geld, wer wartet die Filmapparate etc., wenn kein Deutscher mehr da ist?« Es sei daher nur ein »völliger Rückzug aus Nuatja« ratsam, allerdings erst, nachdem die 1966 begonnenen Wasserzisternen fertig gebaut worden seien, um »Ärger durch den Neid« der Bewohner untereinander zu vermeiden.³⁸⁷ Das BMZ und die Gawi nahmen von der Deckens Bericht mit Besorgnis zur Kenntnis und entschlossen sich zu dem angeratenen frühzeitigen Rückzug. Nach der Fertigstellung der Zisternen und einiger anderer Wirtschaftsgebäude und der Abreise der bundesdeutschen Sachverständigen wurde das Projekt Nuatja in einem kleinen Festakt am 30. September 1968 schließlich an das togoische Landwirtschaftsministerium übergeben.³⁸⁸

Neben den von den Gawi-Gutachtern erhobenen Vorwürfen gegen Schnellbachs Konzeption der Musterdörfer hatten nach der Ermordung Olympios auch immer wieder innenpolitische Probleme in Togo Folgen für das Projekt. Zwar wirkte sich der Putsch 1963 nicht direkt auf die Arbeit in den Dörfern aus, allerdings wurde die Regierung Grunitzkys in ähnlichem Maße wie beim Hafenprojekt für organisatorische Probleme verantwortlich gemacht. Die von den Berichterstattern erhobenen Schuldzuweisungen an Schnellbach wurden dementsprechend von den mit dem Projekt betrauten übergeordneten bundesdeutschen Behörden desavouiert und stattdessen der togoischen Seite angelastet. Botschafter von Wistinghausen berichtete an das Auswärtige Amt, »Unfähigkeit, Unkenntnis,

385 Siehe Hans von der Decken, Vorschläge für das Projekt FE 344, S. 4-5.

386 Ebd., S. 3.

387 Ebd.

388 Siehe Abschlussbericht anlässlich der Übergabe von Nuatja (ehemals Dorf II von FE 344, Schnellbachplan) von Gerhard Goronzy und Gerd Hofmeier, 23. Oktober 1968, BArch Koblenz B 213 04223, S. 12.

Indolenz und die Unfähigkeit, kontinuierlich zu arbeiten, haben in letzter Zeit erhebliche Schwierigkeiten bei den Projekten der Technischen Hilfe in Togo verursacht.³⁸⁹ Dafür verantwortlich sei »im wesentlichen die Unfähigkeit einer Reihe von Ministern, vor allem des Gesundheitsministers Alidou und des Erziehungsministers Babelème. Die Desorganisation des Landwirtschaftsministeriums, dessen Minister Adessama zwar fähig ist, sich aber schwer gegen den [...] früheren Vizepräsidenten Meatchi [...] durchsetzen kann. Auch der Innenminister Major Assila, der ein Säufer und ein Schläger ist, verursacht Schwierigkeiten, da er sich oft in Dinge mischt, die ihn nichts angehen«.³⁹⁰

Während beim Hafenprojekt im Hinblick auf die Realisierbarkeit der Planungen und die Ausführung unter den Bedingungen vor Ort eine gewisse Ambivalenz angenommen werden kann, stellt sich dies bei den Musterdörfern deutlich anders dar. Die unzweideutigen Berichte der 1967 entsandten Gutachter verweisen auf die personellen, konzeptionellen, kulturellen und technischen Probleme, die das Musterdörfer-Projekt letztendlich scheitern ließen. Die Berichtersteller verfügten dabei über eine viel unmittelbarere Perspektive auf die Projekte als die deutsche Botschaft. Dem standen aber die abstrakten Anforderungen der bundesdeutschen Außen- und Entwicklungspolitik entgegen, die ein Scheitern der verfolgten Konzepte nicht zuließ.

Zwischenfazit: Musterdörfer in der ehemaligen »Musterkolonie«

Die Geschichte des Musterdörfer-Projekts zeigt in einem Teilausschnitt, wie die deutsch-togoischen Beziehungen abseits der performativen Gesten und abstrakten Symbolik in den Aushandlungsprozessen der politischen Eliten konstituiert wurden. Im Unterschied zum Kaufhaus- und Hafenprojekt, die im Hinblick auf die nationalstaatliche außen- und wirtschaftspolitische Agency und ein an westlichen Konzepten von Modernität und Fortschritt orientierten Elitendenken konzipiert waren, sollten die Musterdörfer explizit die konkrete Situation der Landbevölkerung adressieren. Während der Laufzeit des Projekts unterlagen die institutionellen Voraussetzungen – vor allen Dingen nach dem Putsch gegen Olympio 1963 – einem Wandlungsprozess, der die ursprüngliche bilaterale Kooperation im

389 Siehe Schreiben des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Durchführung von Projekten der Technischen Hilfe in Togo, 18. September 1968, PA AA, AA, BAV LOME 133 6908, S. 1.

390 Ebd.

Olympio-Plan durch ein unilaterales Projekt der bundesdeutschen Entwicklungspolitik ersetzt. Die Erwartungen und Sichtweisen der Akteure – der bundesdeutschen Sachverständigen, der togoischen Landwirte und der institutionellen Akteure – veränderten sich dabei im Laufe des Projekts ebenso wie ihr Verhältnis zueinander. Deutlich wird auch hier die Verflechtung globaler, nationaler und lokaler Aspekte entwicklungspolitischer Prämissen, wirtschaftlicher Interessen und kultureller Prägungen.

Das Musterdörfer-Projekt brachte zwar nicht das entwicklungspolitische Prestige des Hafens mit sich, verwies hinsichtlich seiner Durchführung und der aufgezeigten Probleme allerdings ebenfalls auf globale Transformationsprozesse, die auf die deutsch-togoischen Beziehungen rückwirkten und sie beeinflussten. Bereits am Ende der 1960er Jahre hatte sich nicht nur in der Bundesrepublik die Ansicht durchgesetzt, dass der bloße Einsatz von Maschinen und die Einführung rationalisierter Produktionsweisen nicht zu einer nennenswerten Steigerung des Wirtschaftswachstums führt.³⁹¹ Für das Musterdörfer-Projekt wurde diesbezüglich von den bundesdeutschen Berichterstattern festgehalten, dass die »Ausstattung für die Werkstätten viel zu aufwendig und modern« gewesen sei, »als daß sie ohne weiteres [...] hätte benutzt werden können«.³⁹²

Das Musterdörfer-Projekt war hinsichtlich der Zielsetzungen von einer konzeptionellen Dualität gekennzeichnet: Zum einen war es als »klassisches« Entwicklungsprojekt angelegt, zum anderen sollte es dem Wirtschaftswachstum dienen. In diesem Sinne trifft der von McMichael postulierte Kernaspekt des »development project«, nach dem es sich um »an essentially economic (reductionist) understanding of social change« handle, für die Musterdörfer zu. Im Zusammenhang mit der modernisierungstheoretischen Auslegung des Projekts bedeutete dies, dass der entwicklungspolitische Schaufenstereffekt hier im Vergleich zum Hafenprojekt zwar gering war, es allerdings umso stärker die globale Tendenz verdeutlichte, wirtschaftliche Interessen und entwicklungspolitische Paradigmen miteinander zu verknüpfen. Anders als bei den anderen Projekten spielte der Ost-West-Konflikt keine direkte Rolle für die

391 Vgl. Schwinn, Thomas: Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Perspektiven und Probleme eines Forschungsprogramms, in: ders. (Hg.): Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen, Wiesbaden 2006, S. 7-36, hier S. 12; Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999, S. 83, 86.

392 Siehe Beobachtung der deutschen Entwicklungshilfe in Togo, 9. Teilbericht, Projekt Musterdörfer, Agou/Dorf I (mit einem Überblick über die Gründe des Scheiterns des ursprünglichen Plans) von Wolfgang Buch, August 1968, BArch Koblenz B 213 04113, S. 7, 13.

Musterdörfer, allerdings war die Absicht, die Westbindung Togos sicherzustellen, als übergeordnetes Motiv Teil aller zeitgenössischen entwicklungspolitischen Bemühungen.

Die Integration der Station Tové in das Musterdörfer-Projekt und die damit verbundene graduelle Inbesitznahme des Projekts durch die bundesdeutschen Akteure geschah, anders als bei den anderen Projekten, nicht aufgrund einer Einigung zwischen den togoischen und bundesdeutschen Akteuren. Statt der Regierungseliten handelte es sich bei den Projektbeteiligten um Beamte und Behördenmitarbeiter, die den ursprünglichen Olympio-Plan unter ihre Entscheidungskompetenz brachten und damit in eine entwicklungspolitische Konkurrenz zur togoischen Regierung und den anderen beteiligten Akteuren traten. Der grundsätzlichen Ausrichtung des Olympio-Plans auf soziale Aspekte wurde von bundesdeutscher Seite ein starr an modernisierungstheoretischen Grundsätzen orientiertes Konzept zur Steigerung des Wirtschaftswachstums entgegengestellt. Damit wurde neben der sozialen Situation auch die Innenpolitik Olympios untergraben, der sich vor dem revolutionären Potenzial der politisch viel aktiveren Jugendlichen fürchtete und aus diesem Grund bereits 1961 die Jugendorganisation der CUT, die Juvento, hatte verbieten lassen.³⁹³ Auch wenn die Durchführbarkeit des Olympio-Plans angesichts der hohen Kosten begründeterweise als fraglich erschien, zeugt die Positionierung der bundesdeutschen Akteure als Alleinverantwortliche für das Projekt von einem institutionalisierten Paternalismus gegenüber den togoischen Akteuren. Der Bilateralismus, der die 1960er Jahre in entwicklungspolitischer Hinsicht eigentlich definierte und einen auf Konsens und Kooperation gerichteten Ansatz der »Hilfe zur Selbsthilfe« favorisierte, wurde in diesem Fall zur unilateralen Demonstration eines technisch-kulturell begründeten Chauvinismus. Die Konzeption des Schnellbach-Plans und dessen Scheitern verweisen zugleich auf den experimentellen Charakter, den die bundesdeutsche Entwicklungspolitik hinsichtlich einer konkreten Umsetzung der »Hilfe zur Selbsthilfe« hatte. Dies stand im Gegensatz zu den Kaufhaus- und Hafenprojekten, die viel stärker aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Perspektiven heraus motiviert waren und deshalb wenig Rücksicht auf entwicklungspolitische Zielsetzungen nehmen mussten.

Auf togoischer Seite war das Interesse an den Musterdörfern nach dem Putsch 1963 nicht sonderlich hoch, da die Regierung nachvollziehbarer-

393 Das Verbot der Jugendorganisation der CUT, der Juvento, durch Olympio 1961 ist in diesem Kontext zu sehen, da sie sich mit zu den größten Kritikern der togoischen Innenpolitik entwickelt hatte. Vgl. Kapitel 4.

weise den nach dem Präsidenten benannten Olympio-Plan verfolgte. Das zeigt der Umstand, dass die Musterdörfer prinzipiell nie Gegenstand von Gesprächen oder Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern waren und dementsprechend in der Korrespondenz der deutschen Botschaft in Lomé nur wenig Beachtung fanden. Nach der Ermordung Olympios war der Olympio-Plan Makulatur, da die nachfolgenden Regierungen keinerlei Assoziationen mit dem ehemaligen Präsidenten duldeten. Die Musterdörfer wurden gewissermaßen als entwicklungspolitisches Kuriosum von der togoischen Regierung weiter in geringem Umfang unterstützt, wobei die auffällige Abwesenheit der bei den anderen Projekten üblichen Lobesreden und Freundschaftsbeteuerungen für die geringe Bedeutung des Projekts in den togoischen Regierungskreisen spricht.

Jene Aspekte, die letztlich vor Ort für die zahlreichen Konflikte und Probleme verantwortlich waren, gehen aus den Berichten der Sachverständigen deutlich hervor. Dabei erwiesen sich einzelne Konfliktlinien als persistenter als andere, was Einblicke in die lokalen Aushandlungsprozesse innerhalb der deutsch-togoischen Beziehungen ermöglicht. Konflikte zwischen togoischen und bundesdeutschen Akteuren gab es auch beim Hafenprojekt, wobei die Gründe dafür ähnlich gelagert waren: Soziokulturelle Vorannahmen der bundesdeutschen Akteure über vermeintlich uniforme Einstellungen oder Verhaltensmuster der togoischen Beteiligten, die daneben mit kolonialen Stereotypen aufgeladen waren, hatten der Konzeption der Musterdörfer bereits von Beginn an einen repressiven Charakter verliehen. So zeigten sich beispielsweise in Schnellsbachs paternalistischer Vorstellung einer vermeintlichen kulturellen Prädisposition der togoischen Landwirte für das Genossenschaftsmodell die Limitierungen der entwicklungspolitischen Expertenhegemonie.

In dieser Hinsicht war das Verhältnis zwischen Deutschen und Togoern in der Praxis durch eine aus der vermeintlichen Expertise heraus gespeiste Hierarchie gekennzeichnet, die es im Sinne der »Hilfe zur Selbsthilfe« eigentlich zu vermeiden galt. Unterschiedliche Ansichten über den Zweck der Arbeit in der Genossenschaft erzeugten zwischenmenschliche Reibungspunkte, die von unterschiedlichen Zukunftsperspektiven noch verstärkt wurden. Die bundesdeutschen Berichtersteller bemerkten dazu selbst, dass die Handwerksbetriebe in den Dörfern vollkommen »abhängig von der Bautätigkeit vorwiegend im öffentlichen Sektor (Schulen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser z. B.)« seien.³⁹⁴ Darüber hinaus »dürfte die Arbeit im Projekt die einzige Beschäftigungsmöglichkeit in der Gegend sein«, sodass eine zukünftige, nutzbringende Anwendung des Ge-

394 Siehe Beobachtung der deutschen Entwicklungshilfe in Togo, 9. Teilbericht, S. 13.

lernten ähnlich wie im Fischereiprojekt fraglich erschien. Im Gegensatz zum Hafenprojekt unterlagen die Dörfer allerdings einer wesentlich geringeren institutionellen und administrativen Kontrolle sowie politischen Dringlichkeit, sodass die Probleme sich letztlich derart potenzieren konnten, dass das Projekt daran scheiterte. Die bei den anderen Projekten sichtbare Tendenz, Fehlplanungen und negative Resultate den togoischen Beteiligten anzulasten, wurde von bundesdeutscher Seite auch hier fortgesetzt. So hielt Berichterstatter Wolfgang Buch fest, dass von einer »Einsicht in das Vorhaben der Deutschen [...] kaum die Rede sein [konnte], offensichtlich hatte man aber die von den Afrikanern vor Projektbeginn erklärte Bereitschaft zur kostenlosen Mitarbeit zu ernst genommen, denn über deren Ausmaß bestanden sicher keine Vorstellungen«. ³⁹⁵

Als das Projekt schließlich beendet und an das togoische Landwirtschaftsministerium übergeben wurde, bemerkte Buch über die Konsequenzen lapidar, die Zielsetzung der Musterdörfer »ist offensichtlich nicht erreicht worden. Das bedeutete aber gleichzeitig eine allgemeine Enttäuschung bei den öffentlichen Stellen und der betroffenen Bevölkerung«. ³⁹⁶

395 Ebd., S. 4.

396 Ebd., S. 15.

4. »Für sie sind Deutsche eben Deutsche« Die togoische Unabhängigkeit im Kontext der deutschen Teilung

Im April 1958 sandte der Generalsekretär der »Aktionseinheit der Jugend von Togo« (Juvento), Michel D. Ayih, einen Brief an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl. Darin bekundete Ayih im »Namen der gesamten Jugend von Togo [...], dass eines der markantesten Ereignisse unserer Epoche das Erwachen des nationalen Geistes in den unter der kolonialen Ausbeutung stehenden Ländern, um die Selbstbestimmung, um die Unabhängigkeit ist«.¹ Deshalb gedenke auch Togo, »sich bald vom Kolonialismus zu befreien, der eine der menschlichen Moral entgegengesetzte Plage ist«.² Die unerwartete Nachricht war für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) im »Hinblick auf die Unterstützung der noch um ihre Freiheit kämpfenden Völker, als auch zur Vergrößerung des Ansehens unserer Republik« ein willkommener Anlass, um die Herstellung von Kontakten nach Togo einzuleiten.³ Zu diesem Zweck sollten togoische Jugendliche in die DDR eingeladen und Ausbildungs- und Studienplätze zur Verfügung gestellt werden sowie umgekehrt Delegationen nach Togo entsandt werden.⁴

Derartige Bitten um materielle Unterstützung oder um die Gewährung von Stipendien seitens togoischer Akteure waren seit den späten 1950er Jahren in der Bundesrepublik häufig Gegenstand interministerieller Debatten. Doch im Hinblick auf die DDR stellten sie ein Novum dar; der ostdeutsche Staat war bis dahin vergleichsweise selten mit Unterstützungsanfragen aus Afrika konfrontiert worden. Die Kontaktaufnahme der DDR mit afrikanischen Staaten begann zwar unmittelbar nach ihrer Gründung 1949 und folgte, wie Sophie Lorenz erläutert, einer »Bündnispolitik, die nicht selten von den traditionellen, durch staatliche Akteure ausgeübten Formen der westlichen Diplomatie abwich und stattdessen nationale Be-

1 Siehe Schreiben des Generalsekretärs der Aktionseinheit der Jugend von Togo Michel D. Ayih an Otto Grotewohl, 23. April 1958, Übersetzung aus dem Französischen, PA AA, AA, Mikrofiche, A 15907, Fiche 1, Bl. 3.

2 Vgl. ebd.

3 Siehe Abteilungsleiter Stude vom MfAA an Hans Günther Schulze von der Abteilung Ausländerstudium des Zentralrats der FDJ, 13. Mai 1958, ebd., Bl. 6.

4 Vgl. ebd.

freiungsbewegungen als Bündnispartner einschloss». ⁵ In den 1950er Jahren wurden zu diesem Zweck DDR-Handelsvertretungen in Ägypten, Ghana und Guinea errichtet, die »ganz auf das Ziel einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angelegt« gewesen seien. ⁶ Daneben waren wirtschaftliche Interessen von Bedeutung, die, wie Torben Gülstorff erläutert, analog zur Bundesrepublik in der Erschließung von Marktzugängen und dem Abschluss von Handelsverträgen bestanden, um die Rohstoffversorgung der heimischen Industrie sicherzustellen. ⁷

Togo spielte im Hinblick auf diese Ziele für die DDR – wie die meisten afrikanischen Staaten vor 1960 – aufgrund der bestehenden französischen Treuhandherrschaft eine untergeordnete Rolle. Mit der absehbaren Unabhängigkeit änderte sich dies, und im MFAA wurde bereits im Januar 1960 ein Perspektivenplan ausgearbeitet, der die »Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den wichtigsten afrikanischen Staaten« sowie die Unterstützung antikolonialer Befreiungsbewegungen beinhaltete. ⁸ Dabei stand die DDR-Regierung vor zwei außenpolitischen Problemen, die sich aus dem Ost-West-Konflikt und dem europäischen Integrationsprozess ergaben: Erstens sah die bundesdeutsche Hallstein-Doktrin den Abbruch der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und jenen Drittstaaten vor, die die DDR diplomatisch anerkennen würden. In Afrika wurde die Wirkmächtigkeit der Doktrin ab 1958 aufgezeigt, nachdem im Zuge der sogenannten Guinea-Krise die guineische Regierung unter Ahmed Sékou Touré einseitig die Unabhängigkeit von Frankreich erklärt hatte und beabsichtigte, diplomatische Kontakte zur DDR aufzunehmen. Letzten Endes vermied Sékou Touré 1960 unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der Hallstein-Sanktionen die diplomatische Anerkennung der DDR, was in Bonn und Westeuropa als außenpolitischer Triumph der Bundesrepublik betrachtet wurde. ⁹

5 Siehe Lorenz, Sophie: »Schwarze Schwester Angela«. Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965-1975, Bielefeld 2020, S. 39.

6 Siehe Gülstorff, Trade follows Hallstein, S. 44.

7 Ebd., S. 147.

8 Siehe Schukraft, Corina: Die Afrikapolitik Deutschlands. Von der »freundlichen Vernachlässigung« hin zu einem stärkeren Engagement, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela u. a. (Hg.): Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 195-220, hier S. 203.

9 Vgl. Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 178.

Gegenüber der DDR hatte die Bundesrepublik zweitens einen zeitlichen und politischen Vorsprung bei der Etablierung von Beziehungen zu den afrikanischen Staaten, der durch die sukzessive Ablösung des westeuropäischen multilateralen Systems der Einflussnahme in Afrika am Ende der 1950er Jahre bedingt war. Die wirtschaftspolitischen Perspektiven machten die Bundesrepublik für die neuen afrikanischen Staaten dabei besonders attraktiv. Zum einen stellte die Bundesregierung die notwendigen finanziellen Mittel und technische Expertise für die diversen Projekte bereit, da sie immer auch den entwicklungspolitischen Schaufenstereffekt gegenüber der DDR beinhalteten. Zum anderen hatten viele der neuen Staaten ihren Unabhängigkeitskampf explizit gegen die französische oder britische Kolonialherrschaft geführt, sodass die Bundesrepublik sich als quasi-neutrale Alternative im Hinblick auf die wirtschaftliche Unterstützung anbot – was auch ganz im Sinne der von der Bundesregierung erwünschten »kolonialen Unbelastetheit« war. Die Entwicklungspolitik müsse demnach, so Horst Dumke vom Auswärtigen Amt im Jahr 1960, darauf hinarbeiten, »eine möglichst langfristige Bindung dieser Länder an die Bundesrepublik und den Westen [...] erzielen«, was »nur durch eine Vielzahl direkter und indirekter Entwicklungsmassnahmen« zu erreichen sei.¹⁰

Trotz dieser schwierigen politischen Voraussetzungen versuchte die DDR ab 1958, Kontakte zu linken und sozialistischen Gruppierungen in Togo herzustellen. Anlässlich der bevorstehenden Unabhängigkeit sollten dann durch Delegationen von »Sonderbotschaftern«, analog zum zeitweise sehr erfolgreichen Vorgehen in Guinea, offizielle Kontakte zur togoischen Regierung hergestellt werden. Im folgenden Kapitel wird untersucht, welche Interessen die DDR-Regierung mit Togo verband: Welche politischen Motive lagen hinter der Kontaktaufnahme? Welche Strategie wurde dabei vom MfAA gewählt und wer waren die beteiligten Akteure? Wie wirkte sich die Kontaktaufnahme langfristig aus? Umgekehrt ist danach zu fragen, wie die togoischen Akteure die Kontaktaufnahme bewerteten. Welche politischen Voraussetzungen gab es dafür in Togo? Wer waren die konkreten Ansprechpartner der DDR-Delegationen und wie waren ihre Reaktionen auf die Kontaktaufnahme? Wie nahmen sie die DDR wahr? Während hier die Beziehungen zwischen der DDR und Togo im Zentrum der Untersuchung stehen, sollen aber auch die darauf bezogenen Reaktionen der bundesdeutschen Akteure näher in den Blick genommen werden. Wie positionierten sie sich hinsichtlich der Interaktion zwi-

10 Siehe Bericht von Außenminister Heinrich von Brentano an Bundeskanzler Konrad Adenauer, Horst Dumkes Entwurf »Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik«, 8. Dezember 1960, PA AA, AA, B1 121, S. 1.

schen togoischen und DDR-Akteuren? Welche Rolle spielte die Hallstein-Doktrin im togoischen Kontext und wie ist ihr zeitgenössischer Stellenwert in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Togo zu gewichten?

Sozialismus in Togo: UNTT und Juvento

Aufgrund der dezidiert antikolonialen Rhetorik der Sowjetunion und der DDR sowie der damit verbundenen Hoffnung auf Technische und Kapitalhilfe war sozialistische Politik in einigen afrikanischen Staaten durchaus populär und anschlussfähig. In Togo stellte sich die Situation anders dar.¹¹ Sozialistische Positionen waren dort in der politischen Landschaft der 1950er Jahre kaum vertreten, und genuin linke Parteien existierten nicht, was auf die Ausrichtung der Unabhängigkeitsbewegungen auf die Ewe-Identität als dominierende inhaltliche Klammer zurückzuführen war. Lediglich der togoische Gewerkschaftsbund Union Nationale des Travailleurs du Togo (UNTT) war als einzige größere Organisation sozialistischen Positionen nicht abgeneigt, konnte allerdings aufgrund der strikten Kontrolle durch die Regierung und die erzwungene Orientierung am Programm der CUT keine eigenen Positionen zu Themen wie Unabhängigkeit, Neokolonialismus oder der wirtschaftlichen Situation entwickeln. Die einzige Gruppe, die sich zeitweilig einem dezidiert marxistisch-leninistischen Weltbild verschrieben hatte, war die »Juvento«. Sie war 1951 von Messane Aithson als »kulturelle Jugendorganisation« der CUT gegründet worden und trat fortan energisch für die togoische Unabhängigkeit auf der Grundlage der UN-Charta ein. Wie Franz Ansprenger erläutert, habe sich die Juvento programmatisch »scharf von ›tribalisme‹ der Ewe-Führer distanziert, die ganze Ewe-Frage für ein überholtes, falsches Dilemma erklärt und stattdessen ›Ablodéy‹ (Unabhängigkeit)« gefordert.¹²

Olympio, der zu dieser Zeit den gemäßigten Kurs der All-Ewe-Conference mitrug, begrüßte zunächst die Entstehung der Juvento und »hielt es für klug, jahrelang im Ungewissen zu lassen, ob die Juvento nun eigentlich eine selbständige Partei oder eine Gliederung des CUT sei.«¹³ 1954 spaltete sich die Juvento in einen marxistisch-leninistischen Flügel unter dem eingangs erwähnten Michel D. Ayih und einen gemäßigten Flügel, der unter

11 Vgl. Hilger, Andreas: Sowjetunion, Staatssozialismus und Dritte Welt 1945-1991, in: ders. (Hg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945-1991, München 2009, S. 7-19, hier S. 11.

12 Siehe Ansprenger, Politik im Schwarzen Afrika, S. 211.

13 Ebd.

Aithsons Führung weiterhin die CUT-Politik unterstützte. Der marxistisch-leninistische Flügel begann, sich an die Positionen Kwame Nkrumahs anzunähern, womit die Streitfrage hinsichtlich der Ewe-Führerschaft zwischen Olympio und Nkrumah bereits Jahre vor der Unabhängigkeit Togos und Ghanas eine zusätzliche Dimension im Ost-West-Konflikt erhielt. Die Etablierung des togoischen Autonomiestatus am 24. August 1956 und die Erklärung der Unabhängigkeit Ghanas durch Nkrumah am 6. März 1957 brachten den marxistisch-leninistischen Flügel der Juvento unter politischen Zugzwang. Die togoische Unabhängigkeit war zwar in ihrem Sinn, allerdings standen ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung des neuen togoischen Staats diametral denen des konservativen Olympio entgegen, der ordoliberalen Positionen vertrat und den Sozialismus verachtete.

Um angesichts der großen Beliebtheit Olympios in der Bevölkerung dennoch sozialistische Perspektiven in der togoischen Politik zu stärken, wandte sich Ayih nun in besagtem Brief an Grotewohl: Zweck der Kontaktaufnahme sei es, »in tiefer Sorge um die Emanzipation [...] dauerhafte freundschaftliche Bande mit der DDR zu knüpfen«. Er bat um die Bewilligung von Stipendien und Ausbildungsmöglichkeiten für »junge Töchter und Söhne von Togo« in der DDR.¹⁴ Der Grund für die Hinwendung zur DDR sei demnach, »daß das von Deutschland für die Evolution und Emanzipation meines Volkes geschaffene Werk bis in unsere Tage auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens Spuren hinterlassen hat [...] die die Bevölkerung von Togo in lebhafter Erinnerung bewahrt«. ¹⁵ Hinsichtlich der Deutschlandfrage erläuterte Ayih, dass die togoische Jugend »um die Spaltung, unter der das deutsche Volk zu leiden hat, weiss und [...] eine Wiedervereinigung [...] ohne imperialistische Einmischung, vornehmlich des Westens« wünsche, da »nur das soziale Regime Ost-Deutschlands die Absichten, die es hegt, vollkommen verwirklichen kann«. ¹⁶ Die Verbindung kolonialrevisionistischer beziehungsweise -nostalgischer Perspektiven mit der Hoffnung auf Unterstützung war ein wiederkehrendes Motiv in den deutsch-togoischen Beziehungen. Togoische Akteure adressierten derartige Argumente zumeist an die Bundesrepublik. Eine solche Überhöhung der deutschen Kolonialzeit war indes kaum im Sinne der DDR-Außenpolitik,

14 Siehe Ansprenger, Politik im Schwarzen Afrika, S. 211.

15 Siehe Schreiben des Generalsekretärs der Aktionseinheit der Jugend von Togo Michel D. Ayih an Otto Grotewohl, 23. April 1958, Übersetzung aus dem Französischen, PA AA, MfAA, A15907, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 3.

16 Ebd., Bl. 5.

Diese Abbildung ist nicht Teil der Open-Access-Veröffentlichung.

Abb. 8: Kongress des ML-Flügels der Juvento im Jahr 1958 in Lomé, URL <https://time.graphics/de/event/1074944> (abgerufen am 10.1.2024).

da dies der antikolonialen Rhetorik und den häufig wiederholten Solidaritätsbekundungen mit den afrikanischen Staaten widersprach.

Dennoch zeigte sich das MfAA dem Anliegen der Juvento aufgeschlossen gegenüber und leitete den Brief an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) weiter. Die FDJ solle sich »im Hinblick auf die Unterstützung der noch um ihre Freiheit kämpfenden Völker, als auch zur Vergrößerung des Ansehens unserer Republik« für die Einrichtung der gewünschten Stipendienplätze einsetzen.¹⁷ Die Gewährung von Studienplätzen und Stipendien war für die DDR während der 1950er Jahre prinzi-

17 Siehe Schreiben des Abteilungsleiters Stude des MfAA an Hans Günther Schulze von der Abteilung Ausländerstudium des Zentralrats der FDJ, Aufnahme von Studenten aus Kamerun und Togo, 14. Mai 1958, Ebd., Bl. 6.

piell die einzige Möglichkeit, Kontakte nach Togo aufzubauen. Togo hatte trotz des Autonomiestatus nur eine Teilsouveränität, und die nach wie vor vorhandene administrative Kontrolle der Außenpolitik durch Frankreich machte eine direkte Aufnahme von institutionellen Beziehungen unmöglich. Zudem waren die wirtschaftlichen Perspektiven aufgrund der geringen Größe und Bevölkerung Togos niedrig, sodass die Etablierung von Beziehungen mit der DDR vor hohen in- und extrinsischen Hürden stand. Damit unterschied sich die Position der DDR zu jener Zeit allerdings wenig von der der Bundesrepublik, die zwar auf das Wohlwollen der togoischen Politiker und Bevölkerung setzen konnte, aber ebenfalls vor dem Problem der noch nicht gegebenen togoischen Souveränität stand.¹⁸

Der Kontakt zur Juvento wurde Anfang 1960 abrupt eingestellt, da einige ihrer Mitglieder einen anlässlich der bevorstehenden togoischen Unabhängigkeit in Lomé befindlichen Korrespondenten der »Prawda« bedrängten und fordernde Briefe an die sowjetische Botschaft sandten, in denen sie Ratschläge verlangten, »wie man innerhalb weniger Tage »eine Revolution machen könne«[,] um die Regierung Olympio zu stürzen«.¹⁹ Die sowjetische Botschaft kam zu dem Schluss, dass es sich »bei dieser Jugendgruppe um Halbwüchsige« handle, »deren Pläne und Absichten nicht ernst zu nehmen seien«, weshalb sie fortan »jeden Kontakt mit Vertretern dieser Gruppe« ablehnen würde.²⁰ Daraufhin stellte die DDR die Versuche ein, offizielle Kontakte zu politischen Gruppen in Togo aufzubauen. Neben der negativen Erfahrung mit der Juvento trug dazu auch die Erkenntnis bei, dass die Olympio-Regierung und die CUT »zur engen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus« bereit seien und auch bei den anderen Parteien und Jugendorganisationen »reaktionäre Kräfte in den Organisationen z. T. erheblichen Einfluss haben«, über deren genaue Verhältnisse man überdies nichts wisse.²¹

Zur togoischen Unabhängigkeitsfeier wurden zwar sowjetische Vertreter eingeladen, und für kurze Zeit existierte ein sowjetisches Ausstellungshaus in Lomé, aber ernsthafte Versuche, eine Anschlussfähigkeit für die sowjetische Politik in Togo herzustellen, unterblieben von nun an. Der Um-

18 Vgl. Peter Sebald, Thesen zur sozialökonomischen und politischen Situation in der Republik Togo, 1980, PA AA, MfAA, M30 2406 03, S. 4.

19 Siehe Schreiben des Mitarbeiters Fritsch vom 4. AEA des MfAA, Studienplätze für Jugendgruppe Togolands, 16. Februar 1960, PA AA, AA, Mikrofiche, A 15907, Fiche 1, Bl. 11.

20 Ebd.

21 Siehe Einschätzung des MfAA über die Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen in Togo, 1962, BArch Lichterfelde DY30 97135, Mikrofilm, Bl. 42-44.

gang mit der Juvento zeigt, dass es nicht im politischen Interesse der sowjetischen und der DDR-Vertreter lag, um jeden Preis Verbindungen nach Togo zu knüpfen. Stattdessen wurden zunächst realistischere Optionen für den Aufbau von Beziehungen ausgelotet: Im – stark subventionierten – Handel und der Versorgung mit Hilfsgütern bestand eine Möglichkeit, Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen, ohne den direkten Argwohn des Westens zu erregen. Diese Strategie wurde dementsprechend nach Abschluss des sowjetisch-togoischen Handelsvertrags im Juni 1961 implementiert.²²

Der bundesdeutsche Botschafter Török war im Hinblick auf den Vertrag der Ansicht, dass die sowjetischen Vertreter »die ihnen eingeräumte Möglichkeit zur Errichtung einer Handelsmission und der Veranstaltung von Ausstellungen zweifellos nicht ungenützt [sic] lassen, sondern für ihre propagandistischen Zielsetzungen wohl bis zum letzten ausschachten werden«. ²³ Allerdings werde aufgrund der fehlenden Meistbegünstigtenklausel deutlich, dass die sowjetischen Vertreter mit dem Vertrag hauptsächlich »die Assoziierung Togos mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stören wollten«, weshalb nicht anzunehmen sei, dass »es zu einer nennenswerten Steigerung des bisher völlig unbedeutenden Warenaustausches zwischen Togo und der Sowjetunion kommen wird«. ²⁴ Trotz der gewährten Nahrungsmittelhilfen zeigte die Sowjetunion während der 1960er Jahre wenig darüber hinausgehendes Interesse an engeren Beziehungen zu Togo. Das Außenministerium der DDR sah dagegen – nach den schlechten Erfahrungen mit der Juvento – in der sich abzeichnenden togoischen Un-

22 Vgl. Leban, Axel: Sozialistische Wirtschaftsintegration und Ost-West-Handel im sowjetischen internationalen Recht. Theorie und Praxis des Offenheitsprinzips in seiner Entwicklung vom System bilateraler Handelsabkommen zur multilateralen Wirtschaftskooperation in regionalen und universalen Organisationen, Berlin 1976, S. 180.

23 Siehe Schreiben des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt und den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Unterzeichnung eines Handelsvertrags zwischen Togo und der Sowjetunion, 24. Juni 1961, BAArch Koblenz B213 21750, S. 1.

24 Ebd. Bei der Meistbegünstigungsklausel handelt es sich um eine Vereinbarung im internationalen Handel, mit der ein Staat einem anderen Vorteile bietet, die bereits für Drittstaaten gelten, so beispielsweise Zollbefreiungen, um eine Benachteiligung einzelner Handelspartner zu vermeiden – es handelt sich de facto um die Zusage, alle Handelspartner gleich zu behandeln, vgl. Zimmer, Daniel: Plattformmärkte und vertikale Beschränkungen, insbesondere Meistbegünstigungsklauseln, URL: https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Reden/Daniel%20Zimmer%20-%20Plattform%20-%20Plattformm%C3%A4rkte%20und%20vertikale%20Beschr%C3%A4nkungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 11.4.22), S. 7.

abhängigkeit eine Möglichkeit, direkte Kontakte zur nun souveränen togoischen Regierung zu knüpfen, und setzte dazu auf die Entsendung diplomatischer Missionen.

Annäherungsversuche der DDR – Götting und Havemann als »Sonderbotschafter«

Mit dem Näherrücken der Unabhängigkeit wuchs das Interesse des Auswärtigen Amts an der Haltung der zukünftigen togoischen Regierung zur DDR. Während der Vorbereitungen zur Unabhängigkeitsfeier, die für den 27. April 1960 angesetzt wurde, suchte der damals als Generalkonsul tätige Török Premierminister Olympio zu einem Gespräch über die Deutschlandfrage und die Positionierung der togoischen Regierung im Ost-West-Konflikt auf. Török berichtete im Anschluss zufrieden, Olympio

»macht aus seiner Ablehnung des Kommunismus kein Hehl. Er sagte mir, dass er genau wisse, wie schlecht es um die Wirtschaft der Sowjetzone bestellt sei und wie stark das wirtschaftliche Gefälle zwischen West- und Ost-Berlin sei. Schon dies allein genüge ihm, um sich im Interesse seines Landes für die Anerkennung der Bundesrepublik und die Ablehnung von Beziehungen zur Sowjetzone zu entscheiden.«²⁵

Török machte Olympio ungeachtet dessen auf die Konsequenzen aufmerksam, die sich aus der Hallstein-Doktrin ergeben würden, und versuchte »vor allem die moralischen und rechtlichen Gründe darzulegen, die es allen Mitgliedern der freien Welt, zu der auch Togo zähle, zur Pflicht machten, durch die Nichtanerkennung der Sowjetzone für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit einzutreten.«²⁶ Olympio habe ihm anschließend zugesichert, »anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstage Togos keine Einladung der Sowjetzone« auszusprechen und »etwaige Pankower Glückwunschtelegramme« nicht zu beantworten.²⁷

Olympios für die bundesdeutsche Botschaft äußerst zufriedenstellende Antwort verweist dabei auf zwei Faktoren, die ursächlich für seine anti-kommunistische Haltung waren: Erstens war die neue togoische Regierung in hohem Maß auf die wirtschaftliche Unterstützung durch die

25 Siehe Schreiben des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Beziehungen zwischen Deutschland und Togo, 31. Dezember 1959, PA AA, AA, B 24 340, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 9.

26 Ebd.

27 Ebd., Bl. 10.

Bundesrepublik angewiesen. Die antifranzösische Agitation der CUT, die Olympios Beliebtheit zwar massiv gesteigert und schließlich Togos Autonomie bewirkt hatte, hatte nach 1956 zu einem starken Rückgang französischer Direktinvestitionen und Finanzhilfen geführt, was die wirtschaftliche Situation verschlechterte.²⁸ Die hohe Arbeitslosigkeit, starke Landflucht und erhebliche Haushaltsdefizite machten schon vor der Unabhängigkeit die Notwendigkeit hoher Investitionen deutlich, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Togos abzumildern. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kam der Bundesrepublik dabei eine Schlüsselrolle zu, da ein starkes wechselseitiges Interesse an der Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen samt Kapitalhilfe bestand. Zweitens war Olympio, obwohl kein Anhänger einer spezifischen ökonomischen Theorie, im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Ordnung Togos deutlich von neoklassischen Annahmen beeinflusst. Durch seine frühere Tätigkeit als Manager bei der United Africa Company und bei Unilever geprägt, war er davon überzeugt, dass Marktmechanismen von selbst für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sorgen würden, wenn die wirtschaftliche Loslösung von Frankreich erreicht würde. Diese Einstellung zeigt sich insbesondere daran, dass die von ihm später implementierten Austeritätsmaßnahmen hauptsächlich auf die Verwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge abzielten, während die Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen in hohem Maß dereguliert und liberalisiert wurden.²⁹

Unterdessen waren bereits im ersten Quartal 1960 zahlreiche bundesdeutsche Ingenieure, Techniker und Unternehmensrepräsentanten nach Togo gereist, um Konzepte für entwicklungspolitische Projekte zu eruiieren, die Möglichkeit von Handelsabkommen zu prüfen und Perspektiven in Landwirtschaft und Bergbau auszuloten. Die Tätigkeit der bundesdeutschen Vertreter weckte den Argwohn des DDR-Außenministeriums, das der Bundesregierung vorwarf, sie wolle einen ökonomischen und politischen Stützpunkt erlangen, »um die Hallsteindoktrin und den Bonner Ausschließlichkeitsanspruch« durchsetzen zu können.³⁰ Als Indiz für die Absichten der Bundesrepublik wurde auch der – in Kapitel 2 beschriebene – Besuch einer Delegation des Deutsch-Togo-Bunds (DTB)

28 Vgl. Gogué, Tchabouré Aimé/Evlo, Kodjo: Togo. Lost Opportunities for Growth, in: Ndulu, Benno J. u.a. (Hg.): *The Political Economy of Economic Growth in Africa 1960-2000*, Bd. 2, Cambridge 2008, S. 471-507, hier S. 482.

29 Vgl. Okocha, Victor O.: *Leadership and Development Crisis in Africa. A New Approach to an Old Challenge*, Pittsburgh 2018, S. 181.

30 Siehe o.V. Historische und innenpolitische Entwicklung Togos, o.D., PA AA, MfAA, Mikrofiche, Fiche 1, A15950, Bl. 44.



Abb. 9: Gerald Götting beim »Kenia-Tag« in Leipzig, 21. Oktober 1960, BArch, Bild 183-16054-0003, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst - Zentralbild, Foto: Helmut Schaar; Heinz Koch

1957 gesehen: Damit solle in der Bevölkerung der »alte Kolonialgedanke« wieder hochgezüchtet werden.³¹ Daran anknüpfend veranlasste ein FAZ-Artikel über die Umwandlung des DTB in eine Partei am 1. Januar 1959 Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED zu der Vermutung, »daß die westdeutschen Kolonialpolitiker über diese Partei versuchen, in Togo festen Fuß zu fassen«.³²

Neben den propagandistischen Einschüben zeigte sich an den Einschätzungen hinsichtlich des DTB deutlich das informationelle Defizit, mit dem das MfAA in Togo generell konfrontiert war: Der Bund hatte bereits in den 1930er Jahren unter dem Eindruck der massiven Verfolgung durch die französischen Behörden stark an Einfluss verloren. Daneben waren die Kontakte in die Bundesrepublik – das hatte gerade der Besuch 1957 aufgezeigt – prinzipiell auf den kleinen Kreis kolonial-

³¹ Ebd. u. Bl. 45.

³² Siehe Bericht der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED über Togo, 1960, BArch Lichterfelde DY 30 9315, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 8.



Abb. 10: Robert Havemann bei der 15. Sitzung der Volkskammer der DDR, 4. Oktober 1960, BArch, Bild 183-76791-0009, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst - Zentralbild, Foto: Helmut Schaar; Heinz Koch

revisionistischer Akteure um Adolf Friedrich zu Mecklenburg beschränkt. Die einstige Strahlkraft der DTB-Forderung nach einer Rückkehr der deutschen Kolonialherren war zwischenzeitlich von den Programmen der Ewe-Bewegungen überlagert worden und mit der sich abzeichnenden Unabhängigkeit gänzlich obsolet geworden.

Um eigene Informationen zu gewinnen und die Möglichkeiten einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ergründen, sandte das MfAA dann im Februar 1960 eine Delegation unter der Leitung von Gerald Götting und Robert Havemann als »Sonderbotschafter« nach Lomé. Götting war zu jener Zeit als

Generalsekretär der CDU-Fraktion Abgeordneter der Volkskammer und ab 1960 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für nationale Verteidigung, ab 1966 dann Vorsitzender der DDR-CDU.³³ Der Chemiker Havemann war als Initiator der NS-Widerstandsgruppe »Europäische Union« 1943 durch Roland Freisler am »Volksgerichtshof« zum Tod verurteilt worden und konnte durch die Intervention namhafter Wissenschaftler gerettet werden.³⁴ In der DDR wurde er Mitglied der Volks-

33 Siehe Sülflöhn, Sabine: Gerald Götting, in: Zimmermann, Monika (Hg.): Was macht eigentlich? 100 DDR-Prominente heute, Berlin 1994 S. 86-88, hier S. 86; Lapp, Peter Joachim: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975, S. 142. Lapp attestierte Götting, er sei »besonders gut geeignet, ausländische Kontakte herzustellen«, und habe es verstanden, »die Politik der DDR hervorragend zu interpretieren«, sowie dass er »bei den ausländischen Politikern eher Anklang findet, die einen Kommunisten nicht für einen angenehmen Verhandlungspartner halten«. Siehe ebd., S. 143.

34 Vgl. Bartel, Hans-Georg: »Geheim! – Reflexionsmessgerät zur Messung der Lichtreflexion der menschlichen Haut«. Zu einer von Robert Havemann im Zuchthaus Brandenburg-Görden angefertigten wissenschaftlichen Arbeit, in: Florath, Bernd:

kammer und Informant der Staatssicherheit, 1964 aber aufgrund eines kritischen Interviews mit Hausarrest und Berufsverbot belegt.

Um nach Lomé zu gelangen, reisten Götting und Havemann zunächst in die DDR-Handelsvertretung nach Accra. Dort wurde ihnen vom MfAA überraschend mitgeteilt, dass ihr Auftrag nun laute, direkt mit Olympio Kontakt aufzunehmen und eine Einladung zur Unabhängigkeitsfeier zu bekommen.³⁵ Nach einer langwierigen Einreise über Nigeria und Benin mussten sie allerdings feststellen, dass Olympio kein Interesse an einem Gespräch hatte und deshalb in den Norden Togos verreist war. Staatsminister Paulin Freitas, der spätere togoische Außenminister, empfing die Delegation stattdessen. Havemann übergab Freitas ein Telegramm für Olympio, in dem betont wurde, dass eine »Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen unseren Republiken« im gegenseitigen Interesse läge und »der vielseitige Handel und die kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern« von besonderer Bedeutung seien.³⁶ Die Betonung der wirtschaftlichen Perspektive war, so Jana Otto, zu Beginn der 1960er Jahre zur bevorzugten Strategie mehrerer Staaten des Warschauer Pakts – wie der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und auch der DDR – geworden. Es habe sich bald gezeigt, »dass die DDR ihre politischen Ziele nur erreichen könne, wenn sie die Außenpolitik stärker ökonomisch ausrichte«, da die afrikanischen Staaten wirtschaftlich abhängig und deshalb »nachgiebig gegenüber der BRD« seien.³⁷

Im weiteren Gesprächsverlauf auf die Deutschlandfrage angesprochen, erläuterte Freitas gegenüber Götting und Havemann, dass Togo an »guten und normalen Beziehungen zu Deutschland interessiert« sei und »daß wir mit allen Deutschen uns gute Freundschaft wünschen« – explizit allerdings mit der Bundesrepublik.³⁸ Das Thema der deutschen Teilung beschrieb Freitas demnach als »deutsche Familienangelegenheit, in die sie sich nicht einzumischen gedächten«, woraufhin Havemann erläuterte, »daß die Beziehungen zwischen unseren Staaten im Gegensatz zu den Beziehungen des kolonialistischen und imperialistischen Deutschland zu Togo einen völlig neuen Charakter, nämlich den der Gleichberechtigung und der

(Hg.): Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, Göttingen 2016, S. 57–72, hier S. 58.

35 Siehe Bericht über den Besuch der Delegation Götting-Havemann bei der Regierung der Republik Togo (französische Treuhandschaft) in Lomé, März 1960, BArch Lichterfelde DY 30 97135, Bl. 87.

36 Ebd., Bl. 91.

37 Siehe Otto, Jana: Fachkräfte für die Entwicklung. Fortbildungskooperationen zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten, 1956–1976, Berlin 2022, S. 187.

38 Siehe Bericht über den Besuch der Delegation Götting-Havemann, Bl. 92.

wirklichen Freundschaft« bekommen sollten.³⁹ Zur Überraschung der Anwesenden bekundete Freitas daraufhin seine Unterstützung der wilhelminischen Kolonialpolitik, die »Togo viel Gutes gebracht habe«, was Havemann in seinem Bericht ernüchtert mit der Feststellung kommentierte, man müsse »das unbedingt zur Einschätzung der Lage in Togo wissen, denn solche Auffassungen werden wohl weiter verbreitet sein, als wir vermuten«. Nach dem einstündigen Gespräch mit Freitas äußerte sich Havemann in seinem Bericht hinsichtlich der Zukunft der Beziehungen zwischen der DDR und Togo dennoch verhalten optimistisch. Der Grund dafür lag in der Verabschiedung Freitas', der sich mit den Worten »Auf Wiedersehen zum 27. April, dem Tage unserer Unabhängigkeit!« von der Delegation verabschiedet hatte. Von Götting und Havemann wurde dies als Einladung aufgefasst, auch wenn eine offizielle Bestätigung durch Olympio noch ausstand – sofern sich Togo »gegen alle Störmanöver von westdeutscher Seite« durchsetzen könne.⁴⁰

Der Besuch der Seitz-Delegation bei der togoischen Unabhängigkeitsfeier

Im Nachgang der Reise der Götting-Havemann-Delegation wurde deutlich, dass von togoischer Seite kein Interesse an einer Einladung einer weiteren DDR-Delegation bestand, da weder Kontakt aufgenommen, noch eine offizielle Einladung verschickt wurde. Dass zu den offiziellen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten keine Vertreter der DDR eingeladen wurden, wurde im Auswärtigen Amt nach einem entsprechenden Bericht des Botschafters Török erfreut zur Kenntnis genommen. Wie Hasso von Etzdorf aus »besonderer Quelle aus Ost-Berlin« erfahren habe, sei die Haltung Togos im MfAA als »offene Brüskierung« aufgenommen worden, woraufhin das ZK der SED in mehreren Pressemitteilungen Togo als »gefährlichen Stützpunkt Bonns« bezeichnet habe.⁴¹

Nachdem sich auch bis April 1960 keine Fortschritte hinsichtlich einer Einladung von Vertretern der DDR zur Unabhängigkeitsfeier ergeben hatten, suchte das MfAA nach alternativen Möglichkeiten, doch noch eine Delegation zur Feier schicken zu können. Unter der Leitung von Chris-

39 Hier und im Folgenden ebd., Bl. 95.

40 Ebd.

41 Siehe Schreiben Hasso von Etzdorfs an die deutsche Botschaft in Lomé, Reaktion der SBZ-Regierung auf die Behandlung ihrer Delegation in Togo, 19. Mai 1960, PA AA, AA, B130 4773A, S. 1.

toph Seitz, der zu Beginn der 1950er Jahre Botschaftsrat und Geschäftsträger der DDR-Botschaft in Moskau war und von 1957 bis 1960 als Sekretär der SED-Bezirksparteiorganisation im MfAA arbeitete, brach die inoffizielle Delegation der DDR am 25. April 1960 von der DDR-Handelsniederlassung in Accra mit Touristenvisa nach Togo auf. Ihr Auftrag bestand darin, ein Anerkennungsschreiben an Olympio zu übergeben, die »Einleitung von Verhandlungen über die Entwicklung normaler Beziehungen« zu ermöglichen, die »Bereitschaft der DDR zur Gewährung technisch-wissenschaftlicher Hilfe und zur Ausbildung von togolesischen Facharbeiten zu erklären« sowie »alle Vorschläge zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen« entgegnenzunehmen.⁴²

Die Anwesenheit der Seitz-Delegation in Lomé entwickelte sich allerdings zum politischen Debakel für die Teilnehmer, die zwar gut behandelt, aber »von jeglichen offiziellen und inoffiziellen Feierlichkeiten bewusst abgehalten und abgeschirmt« worden seien. Die togoische Regierung habe sie daneben durch »unverhüllte Äußerungen gewarnt, diesen Status zu verletzen, da sonst die togolesische Regierung gezwungen sei, die Delegation der DDR offen und vor allen internationalen Vertretern zu brüskieren.«⁴³ Zaghafte Versuche, wenigstens einen Teil ihres Auftrags zu erfüllen und während der Feier mit togoischen Regierungsvertretern ins Gespräch zu kommen, scheiterten bereits im Ansatz. Ein Sprecher Olympios habe erklärt, Staatsminister Freitas sei im Februar 1960 »niemals berechtigt« gewesen, »dem DDR-Vertreter Götting am 12.2.1960 eine Einladung für eine DDR-Delegation auszusprechen«, weshalb sie genötigt wurden, in Benins 150 km entfernter Hauptstadt Cotonou zu übernachten. In Bezug auf den wichtigen Aspekt der Deutschlandfrage urteilte Seitz resigniert, dass die togoische Bevölkerung bis auf wenige hohe Staatsfunktionäre im Wesentlichen keine Kenntnisse darüber habe, denn »für sie sind Deutsche eben Deutsche.«⁴⁴ Er stellte hinsichtlich des Delegationsauftrags fest, die »Aufgabenstellung konnte während dem Aufenthalt vom 25.-27. April 1960 in Lome (Republik Togo) nicht gelöst werden«, da die togoische Regierung offensichtlich »durch die zahlreichen und verschiedensten westdeutschen Vertreter wegen der Anwesenheit der DDR-Delegation unter Druck gesetzt« worden sei.⁴⁵

42 Siehe Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Erster Bericht der Regierungsdelegation der DDR über ihre Reise nach Lomé (Republik Togo) vom 25.-27.4.60, 1. Mai 1960, BArch Lichterfelde DY 30 97135, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 112.

43 Ebd., Bl. 113.

44 Ebd., Bl. 119.

45 Ebd., S. 113 und das Telegramm des Genossen Seitz an Minister Schwab vom 29.4.1960, Zum Auftrag der Seitz-Delegation, 2. Mai 1960, BArch Lichterfelde DC 20 86174, Mikrofilm.

Das Scheitern der Seitz-Delegation, das prinzipiell wesentlich schwerwiegender war als das der Götting-Havemann-Mission, lässt sich dabei im Kontext der Hallstein-Doktrin und der wirtschaftlichen Perspektiven Togos erklären. Während Nachbarstaaten wie Ghana mit dem Kontakt zu sozialistischen Staaten als Druckmittel gegenüber den europäischen Staaten kokettierten, war die togoische Regierung nicht daran interessiert, den Westen zu verprellen. Die wirtschaftliche und außenpolitische Fixierung Olympios auf die Bundesrepublik und seine oben erläuterte antikommunistische Einstellung machten eine Annäherung an die Staaten des Warschauer Pakts unmöglich, auch wenn das togoische Verhältnis zu Frankreich noch durch die Kolonialzeit belastet war. Darüber hinaus ist die Reaktion auf die Seitz-Delegation auch als Gradmesser der außenpolitischen Perspektiven der DDR in den westlich orientierten afrikanischen Staaten zu sehen: Dort, wo die revolutionäre, antikoloniale Rhetorik der DDR kaum beziehungsweise keine Anknüpfungspunkte hatte, sondern die Unabhängigkeit auf einem prinzipiell geordneten, administrativen Weg zustande gekommen war – wofür Togo ein Beispiel war – ergaben sich kaum ideologische Überschneidungen. Seitz stellte in einem späteren Bericht diesbezüglich fest, es sei ausschlaggebend, »daß Togo, Kamerun usw. ihre Unabhängigkeit nicht im Ergebnis des Kampfes einer starken progressiven Unabhängigkeitsbewegung erreichten, sondern durch Kompromisse imperialistischer Staaten«. ⁴⁶

Hinzu kam der problematische Mangel an Informationen, der die Vorbereitung und Durchführung der DDR-Delegation negativ beeinflusste. Neben der fehlerhaften Darstellung der politischen Verhältnisse in Togo durch das MfAA wurden das Deutschlandbild der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Zukunftskonzepte der togoischen Regierung hauptsächlich über die Auswertung der bundesdeutschen Presse erschlossen und blieben lückenhaft. Seitz wies auf diesen Umstand ebenfalls hin und monierte, »spärliche Unterlagen und mangelnde Kenntnisse über die Situation in Togo« hätten »keine gründliche und kritische Einschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten für die Entwicklung von Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik zur Republik Togo« ermöglicht. ⁴⁷ Als mögliche zukünftige Strategie, die nach Rücksprache mit dem sowjetischen Botschafter in Ghana

46 Siehe Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Zweiter Bericht der Delegation über die Reise nach Lomé, 9. Mai 1960, BArch Lichterfelde DY 30 97135, Mikrofilme, Fiche 1, Bl. 108.

47 Siehe Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Abschlussbericht der Delegation unter Leitung von Botschafter Seitz über die Reise nach Togo, Mai 1960, ebd., Bl. 100.

entwickelt wurde, schlug Seitz daher vor, »Verbindung herzustellen über die Gewerkschaften, Organe der Volksbildung, Wissenschaftler, Journalisten und andere Einzelpersonen« sowie auf dem Gebiet des Sports, da »diese Form der Massenwirkung« von Westdeutschland sehr stark praktiziert werde.⁴⁸

Nach der Unabhängigkeit: Informelle Kontaktversuche der DDR in Togo

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Togo warnte das Auswärtige Amt Botschafter Török nach seinem Amtsantritt, dass die »deutschfreundliche Einstellung der Bevölkerung« es der Sowjetunion erlaube, »sich zur Kontaktaufnahme der SBZ zu bedienen«, denn »für die Afrikaner ist es schwer, Deutsche von Deutschen zu unterscheiden«.⁴⁹ Die Regierung der DDR, so die Einschätzung des Auswärtigen Amts, sei zwar der Meinung, dass die »psychologischen Voraussetzungen für eine Entwicklungshilfe durch die sozialistischen Länder« nicht günstig seien. Es bestehe bei den DDR-Verantwortlichen aber die Hoffnung, dass sich »die Bundesrepublik mehr und mehr mit der Afrika-Politik Frankreichs identifiziert und damit auch negative Auswirkungen auf das Verhältnis zu Togo haben wird [sic]«.⁵⁰ Dieser Verweis auf die französische Politik der »*Françafrique*«, die unter dem Eindruck des Algerienkriegs die multilaterale westeuropäische Kooperation der 1950er Jahre abgelöst hatte, implizierte eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich für den Erhalt des französischen Einflusses in Afrika. Kennzeichnend für das System der *Françafrique* war nach Dominic Thomas »a web of political, military and financial ›cooperation‹ agreements that effectively placed them in trusteeship«, dessen Zweck es gewesen sei »to maintain a form of colonial domination and exploitation while giving the impression of decolonizing«.⁵¹ Wie in Kapitel 3 gezeigt, hatte die Bundesregierung allerdings eigene Vorstellungen im Hinblick auf den Umgang mit den neuen afrikanischen Staaten und verfolgte einen Kurs der bilateralen Beziehungen. Die bundesdeutsche Außenpolitik in Afrika entwickelte sich parallel zur *Françafrique* im Spannungsfeld zwi-

48 Ebd.

49 Siehe Instruktionen für den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lomé, Herrn Dr. Alexander Török, Mai 1960, PA AA, AA, B 2-B STS78, S. 3.

50 Ebd.

51 Siehe Thomas, Dominic: *Africa and France. Postcolonial Cultures, Migration and Racism*, Bloomington 2013, S. 94.

schen europäischer Integration und westlichen Sicherheitsinteressen und war, wie bei den Entwicklungsprojekten in Togo sichtbar wurde, von einer Gratwanderung im Umgang mit den französischen Interessen geprägt.

Diese Erkenntnis setzte sich nach einigen Monaten auch im MfAA durch und die Regierung der DDR begann zu befürchten, »dass die Bundesrepublik ihre Politik der Entwicklungshilfe weiter auf Togo konzentriert mit dem Ziel, dort eine Art Gegenstück zu Guinea, das mit der SBZ relativ enge Wirtschaftsbeziehungen unterhält, zu etablieren und an diesem Beispiel den deutschen Weg für den Aufbau eines bisher kolonialen Landes zu demonstrieren.«⁵² Angesichts des zweifellos starken politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Bundesrepublik in Togo und des endgültigen Abbruchs offizieller Kontaktversuche nach den Ereignissen bei der Unabhängigkeitsfeier suchten die institutionellen Akteure der DDR nach alternativen Optionen, um zumindest rudimentäre Kontakte – und damit Informationskanäle – etablieren zu können. Als Träger dieser Aufgabe boten sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und die FDJ an, da mit der UNTT und der Juvento vergleichbare institutionelle Pendanten in Togo existierten, die zudem sozialistischen Positionen nicht abgeneigt waren. Die FDJ sandte zu diesem Zweck im Juni 1960 eine Delegation nach Ghana, Guinea und Togo, um befreundete Gruppen, wie den ghanaischen Young Worker Club und die CPP-Jugend, zu treffen und Veranstaltungen beizuwohnen. Der Schwerpunkt der Reise lag zwar auf dem Aufenthalt in Ghana und der Vermittlung der Deutschlandfrage an die ghanaischen Jugendlichen. Doch erwies sich auch der Aufenthalt in Togo aus Sicht der Delegierten als überraschend erfolgreich.

Bei einem Besuch in der Juvento-Zentrale sei laut FDJ-Sekretär Konrad Naumann eine Diskussionsrunde mit Hector Savi de Tové, einem Verwandten des togoischen Botschafters in der Bundesrepublik, zu den Themen Kommunismus, Kapitalismus und den politischen Ereignissen in Guinea »mit großer Freude und Herzlichkeit« und »mit viel Beifall« aufgenommen worden.⁵³ Hubert Kponton, der CUT-Mitglied war und als Leiter der Verwaltungsschule Lomé arbeitete, habe ihnen gegenüber die togoische »Politik der offenen Türen« erläutert, wonach sich das Land »bis jetzt noch für keine der verschiedenen Ideologien entschieden« habe und »mit den anderen afrikanischen Ländern eine einheitliche Ideologie

52 Siehe Bericht des Botschaftsrats Hans-Georg Steltzer an die deutsche Botschaft in Lomé, SBZ-Politik gegenüber Togo, 19. August 1960, PA AA, AA, B130 4773A, S. 1.

53 Siehe Bericht des Sekretärs des Zentralrats der FDJ Konrad Naumann, Bericht der FDJ-Delegation, die in der Zeit vom 27.6.-5.8.1960 die Republiken Ghana, Togo und Guinea besuchte, 19. August 1960, BArch Lichterfelde DY 24 914, S. 16.

schaffen« werde.⁵⁴ Am nächsten Tag trafen sie auf Paulin Akouété, der seit April 1960 Minister für Arbeit, Justiz, Soziale Wohlfahrt, Kommunalwesen und Verteidigung war. Da er vor seiner Tätigkeit als Minister Vorsitzender des UNTT war, genoss er in hohem Maße die Sympathien der FDJ-Delegation, wies aber deutlich darauf hin, dass Togo eine Politik der offenen Türen betreibe, »woraus sich später seine politische Konzeption« entwickeln solle.⁵⁵ Die Gesprächsthemen der Runde und die Antworten der togoischen Akteure zeigen dabei, dass die togoischen Teilnehmer hinsichtlich ihrer politischen Positionen von der offiziellen Regierungslinie abwichen und isolierte Einzelmeinungen abbildeten. So waren beispielsweise die panafricanischen Ideale, die Kponton zum Ausdruck brachte, zwar seit den 1940er Jahren gelegentlicher Bestandteil der Rhetorik Olympios. Aber im Hinblick auf die Umsetzung konkreter panafricanischer Konzepte, etwa bei der Etablierung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO), verhielt sich die togoische Regierung prinzipiell nur reaktiv und wurde zudem durch den schwelenden Konflikt mit Ghana an einer stärkeren Beteiligung gehindert.⁵⁶

Die Anwesenheit der FDJ-Delegation blieb unterdessen von den bundesdeutschen und französischen Botschaften nicht lange unbemerkt. In einem Protestschreiben an Olympio forderten sie die sofortige Ausweisung der Delegierten. Delegationsleiter Naumann erläuterte zu den Gründen, »wenn unsere Delegation nicht unverzüglich das Land verlassen würde, würde Westdeutschland die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Die westdeutsche Botschaft befürchtete vor allem, unsere Delegation könnte der Vorläufer sein, um in Togo ein Handels- oder Kulturzentrum zu errichten«.⁵⁷ Im Anschluss wurden sie verhaftet und durch Polizisten an die ghanaische Grenze gebracht, von wo aus sie nach Accra zurückkehrten. Trotz der erzwungenen Abreise wertete Naumann den Besuch als Erfolg, da mit der Juvento und anderen Akteuren Kontakt aufgenommen werden konnte, der in eine weitere Zusammenarbeit münden sollte. Aus der Überlieferung geht allerdings nicht hervor, dass es nach 1960 weitere Annäherungsversuche seitens der FDJ gab.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ebd., S. 17.

⁵⁶ Vgl. Emerson, Rupert: *The Problem of Identity, Selfhood and Image in the New Nations. The Situation in Africa*, in: Provizer, Norman (Hg.): *Analyzing the Third World. Essays from Comparative Politics*, Cambridge, Mass. 1978, S. 97-112, hier S. 104. Olympio selbst habe demnach die panafricanischen Institutionen als »nebulous political units« bezeichnet, vgl. ebd.

⁵⁷ Siehe Konrad Naumann, Bericht der FDJ-Delegation, S. 17.

Die Versuche des FDGB, Kontakte zur UNTT herzustellen, erwiesen sich als wesentlich erfolgreicher. Die UNTT war nach der Unabhängigkeit als togoische Sektion der UGTAN hervorgegangen, die von Sékou Touré 1957 gegründet wurde und, wie oben erläutert, entscheidenden Anteil an der Ausrufung der Unabhängigkeit in Guinea hatte. Die UGTAN war kurze Zeit später beispielsweise in Mali, Elfenbeinküste, Niger und Benin präsent und vereinte damit den Großteil der Gewerkschaften in Subsahara-Afrika, wobei sie als prominente antikoloniale Organisation häufig an der Ausrufung von Streiks und Demonstration gegen die Kolonialherrschaft beteiligt war.⁵⁸ Mit dem Amtsantritt Olympios setzte eine institutionelle Nationalisierung ein, im Zuge derer die togoische UGTAN-Sektion durch die CUT-loyale UNTT ersetzt wurde und die Mitglieder genötigt wurden, »alle Bedingungen der Regierung über die Prinzipien der Gewerkschaftsarbeit zu akzeptieren«.⁵⁹ Trotzdem stand die UNTT in engem Kontakt zur Juvento und entwickelte sich ab Ende 1960 zu einer Gegenspielerin des immer autoritärer agierenden Olympio. Nachdem eine geplante große UNTT-Konferenz im November 1960 verboten worden war, lieferten sich ihre und Juvento-Anhänger Straßenschlachten mit der Polizei, worauf Olympio mit einem Protest bei Sékou Touré und dem Versuch, die UNTT zu zerschlagen, reagierte. Anlässlich der Ereignisse wurde der frühere Juvento-Vorsitzende und nunmehrige Generalsekretär der UNTT, Grégoire Kouessan, in die DDR entsandt, um die Unterstützung des FDGB zu sichern. In der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED wurde der Besuch begrüßt und der togoischen Regierung die Schuld an dem Chaos gegeben. Die UNTT habe schließlich noch vor der Unabhängigkeit ein Programm entworfen, »das auf den weitestgehenden sozialen Fortschritt, im Sinne der Dekolonisierung gerichtet ist«, und deshalb in Konkurrenz zur Regierung stehe.⁶⁰ Kouessan erläuterte dem FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke, dass die togoische Regierung nun gezielt »gegen die sozialen Forderungen der Gewerkschaften« auftrete. Sie sei nicht bereit, »die Lage der Arbeiter zu verbessern, wie z. B. Arbeits-

58 Für eine Übersicht der Länder, in denen die UGTAN aktiv war, siehe Martens, George R.: *Industrial Relations and Trade Unionism in French Speaking West Africa*, in: Damachi, Ukandi G./Seibel, H. Dieter/Trachtman, Lester (Hg.): *Industrial Relations in Africa*, London/Basingstoke 1979, S. 16–72, hier S. 42–45.

59 Siehe Aktennotiz des FDGB über eine Aussprache mit der Delegation aus Togo o. V., 5. Dezember 1963, BArch Lichterfelde DA 5 12426, S. 1.

60 Siehe Bericht der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED o. V., Informationen über die am 12.12.1960 stattgefundene Aussprache mit dem Kollegen Grégoire Kouessan, Generalsekretär der UNTT (Vereinigung der togolesischen Arbeiter), 13. Dezember 1960, BArch Lichterfelde DY 6 2238, S. 1.

losenunterstützung«, und schließe generell »die Jugendlichen, die in der Jugendorganisation (Juvento) organisiert sind, sowie die Gewerkschaften vom öffentlichen Leben« aus.⁶¹ Trotz der für die Gewerkschaften und die linken Oppositionsgruppen angespannten Lage konnte sich der FDGB allerdings nicht zur offenen Unterstützung der UNTT bereiterklären. Die Gründe dafür lagen in den wenig aussichtsreichen Perspektiven einer derartigen Unterstützung, die einerseits das Risiko einer Konfrontation mit der Bundesrepublik barg, andererseits der antikolonialen Rhetorik zuwidergelaufen wäre. Daneben hatte aufseiten der DDR-Regierung das Interesse an Beziehungen zu Togo nachgelassen, sodass die Unterstützung des UNTT keine hohe Priorität mehr genoss.

Das togoische Verfassungsreferendum, das für den 9. April 1961 angesetzt war, bot der Regierung Olympios unterdessen die Möglichkeit, die UNTT endgültig zu zerschlagen. Das Referendum, das mit einem gefälschten Ergebnis von 99,62 Prozent angenommen wurde, beinhaltete unter anderem eine unbegrenzte Amtszeit des Präsidenten, die Möglichkeit, das Parlament jederzeit auflösen zu können, und, was hier von Bedeutung war, »kompromittierte« Abgeordnete der Nationalversammlung vom Parlament ausschließen zu können.⁶² In der Folge überzog eine bis dahin beispiellose Verhaftungswelle das Land, die vor allem auf UNTT- und Juvento-Mitglieder abzielte. Laut Einschätzung des UNTT-Vorstands wurde die Aktion »unter dem Vorwand, sie hätten ein Komplott anzuzetteln versucht«, durchgeführt, wobei 200 Personen verhaftet wurden, 4.000 nach Ghana flohen und »infolge der unmenschlichsten Folter« drei Todesopfer zu beklagen waren.⁶³ Der UNTT hörte in der Folge auf zu existieren, bis infolge des Putschs 1963 und der darauffolgenden Politik der »Nationalen Versöhnung« unter Präsident Grunitzky eine Wiederzulassung möglich wurde. Der Kontakt zum FDGB wurde allerdings, bis auf einen Besuch 1965, angesichts der geschwächten Struktur des UNTT und der zwischenzeitlich erfolgten Unterwanderung durch regierungstreue Mitglieder nicht mehr aufgenommen.

61 Ebd., S. 2.

62 Siehe Abdruck der togoischen Verfassung von 1961 in: Journal Officiel de la République Togolaise 157, 17. April 1961, URL: http://www.jo.gouv.tg/sites/default/files/annee_txt/1961/Pages%20from%20jo_1961-157-2.pdf#page=299 (abgerufen am 10.1.2024), S. 293-300, hier S. 294.

63 Siehe Schreiben des Vorstands des Generalsekretariats der UNTT an den Bundesvorstand des FDGB, Dezember 1961, BArch Lichterfelde DY 34 8266, S. 1.

Zwischenfazit

Die Versuche der DDR, mit Togo diplomatische Kontakte zu knüpfen, wurden Ende 1961 im Wesentlichen eingestellt – die jährlich zum togoischen Unabhängigkeitstag gesandten Glückwunschtelegramme waren wenig mehr als eine höfliche Formalität. Die offiziellen Bemühungen, die durch die Götting-Havemann- und die Seitz-Delegation verfolgt wurden, resultierten in einem außenpolitischen Fehlschlag, der sich mit der festgefühten politischen Landschaft Togos und dem Mangel an belastbaren Informationen aufseiten des MfAA erklären lässt.

Die wiederholte bundesdeutsche Drohung mit den wirtschaftlichen Konsequenzen der Hallstein-Doktrin gegenüber den togoischen Akteuren ist in allererster Linie als performativer Akt und Drohung in Richtung DDR zu verstehen. Schließlich stand die togoische Regierung unter Olympio politisch und wirtschaftlich unmissverständlich zur Westbindung. Die nominelle Neutralität, die Togo außenpolitisch verfolgte, entsprach zu keiner Zeit dem tatsächlichen politischen Kurs der verschiedenen Regierungen, die ihre wirtschaftlichen Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien ausrichteten. Wie Delegationsleiter Seitz in dieser Hinsicht in seinem Abschlussbericht monierte, machten »die bereits getroffenen Vereinbarungen [...] es der Regierung von Togo nicht möglich, mit der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem Zeitpunkt Gespräche zu führen und eventuell der Errichtung einer Vertretung [...] zuzustimmen«.⁶⁴

Bei der Betrachtung der Delegations- und Reiseberichte werden starke informationelle Defizite aufseiten der DDR-Akteure deutlich. Für das letztlich Scheitern der Kontaktaufnahme spielte aber nicht nur der Mangel an Informationen über die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verhältnisse in Togo eine Rolle, sondern auch die weitgehend fehlenden politischen Anschlussmöglichkeiten. Bezeichnend dafür war ein Fazit, das eine DDR-Delegation nach der »III. Allafrikanischen Völkerkonferenz« im Mai 1961 zog: Der Kampf um die Befreiung der afrikanischen Länder sei »von den meisten Sprechern als eine isolierte afrikanische Angelegenheit dargelegt« worden, während »die Probleme der friedlichen Koexistenz« keine Rolle gespielt hätten und das sozialistische Lager »fast völlig außerhalb der Betrachtungen der Konferenz« geblieben sei.⁶⁵ Mit antikolonialer und antiimperialistischer Rhetorik sowie der

64 Abschlussbericht der Delegation unter Leitung von Botschafter Seitz, Bl. 103.

65 Siehe o. V., Stichwortartiger Entwurf einer Einschätzung über den Verlauf der III. Allafrikanischen Völkerkonferenz bis zum 29.3.1961, 29. März 1961, BArch Lichterfelde DY 34 401, S. 3.

Unterstützung im Rahmen »Internationaler Solidarität« wollte man bei den westafrikanischen Staaten politisches Kapital gewinnen, hatte damit aber allenfalls partiell Erfolg. In Staaten wie Guinea und Ghana konnten zwar erfolgreich Handelsmissionen etabliert werden. Die »Guineakrise« machte jedoch deutlich, dass die wirtschaftlichen Perspektiven, die die DDR zu bieten hatte, im Vergleich zu den Aussichten einer Kooperation mit Westeuropa weitaus weniger verlockend waren. Das Informationsdefizit der DDR zeigte sich mithin auch daran, dass das MfAA über die Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik keine genauen Angaben machen konnte. In einer Einschätzung von Ende 1961 wurde zwar vermerkt, dass Togo eine »Haltung, die im wesentlichen auf die Unterstützung der Politik der Westmächte hinausläuft, ohne die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern abzulehnen«, verfolge, was sich in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) zeige.⁶⁶ Doch während zur selben Zeit die erste Bauphase des Hafens in Lomé startete und bundesdeutsche Projekte zum Ausbau und zur Modernisierung der Landwirtschaft verfolgt wurden, war das MfAA mangels belastbarer Informationen aus Togo bereits Ende 1961 nicht mehr in der Lage, eine »Einschätzung der Eigentumsverhältnisse im Lande und damit auch eine gründlichere Einschätzung der Klassenlage zu geben«.⁶⁷

Die informellen und stark beschränkten Beziehungen, die sich zwischen FDJ sowie FDGB und ihren togoischen Pendants in der Folge ergaben, blieben fruchtlos. Die massive Verfolgung, unter der Juvento und UNTT ab November 1960 und vor allem nach dem Verfassungsreferendum im April 1961 zu leiden hatten, machte den weiteren Austausch von Delegationen unmöglich. Nach der innenpolitischen Entspannung infolge des Putschs 1963 wurde die UNTT zwar wieder zugelassen, musste sich dabei allerdings dem Regierungskurs strikt unterordnen. Die im Statut nun festgeschriebene Verpflichtung der UNTT, »alle Aktionen, die den obersten Interessen der Nation entsprechen«, energisch zu unterstützen, verweist auf den neuen Charakter der Gewerkschaft, die angesichts der Besetzung mit loyalen Kadern zu einem Teil des Herrschaftsapparats geworden war.⁶⁸

Auf bundesdeutscher Seite wurde das Scheitern der DDR in Togo mit Genugtuung aufgenommen. Die noch im Verlauf der »Guineakrise« be-

66 Siehe Jahresbericht 1961 Togo des MfAA, o. D., BArch Lichterfelde DY 30 97135, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 69.

67 Ebd.

68 Siehe Information des MfAA über die Gewerkschaften Togos, 17. Dezember 1963, BArch Lichterfelde DY 34 8266, S. 4.

fürchtete Ausbreitung von Sympathien gegenüber der DDR war nicht eingetreten, sondern im Gegenteil das Ansehen der Bundesrepublik in Afrika gestärkt worden. Wie im Auswärtigen Amt festgehalten wurde, habe nach dem »Hinweis auf die ›koloniale‹ Abhängigkeit eines Teiles von Deutschland die Forderung nach ›Selbstbestimmungsrecht‹ auch für die Deutschen in der Zone bei den Afrikanern ein bemerkenswertes Verständnis gefunden«. ⁶⁹ In Togo herrsche demnach »uns gegenüber eine besonders freundschaftliche Atmosphäre, die weitgehend historisch begründet« sei, und künftig werde sich das Land »für eine Wiedervereinigung Deutschlands nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts« einsetzen. ⁷⁰ Dieser politische Triumph der Bundesrepublik im Kontext der togoischen Unabhängigkeit war angesichts der früheren Aussagen Olympios zwar nicht überraschend, zementierte allerdings die entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Perspektiven in Togo. Andreas Eckert erläutert in diesem Zusammenhang, »die Bonner Afrikapolitik und damit auch die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika waren in den 1950er und 1960er Jahren reflexhaft auf die DDR fixiert – wie umgekehrt auch«. ⁷¹ Für Togo bedeutete dies, dass trotz der ausbleibenden Kontaktversuche seitens der DDR im Prinzip alle von der Bundesrepublik während der 1960er Jahre durchgeführten Entwicklungsprojekte auch unter dem Aspekt der deutsch-deutschen Frage konzipiert wurden – und ihre dahingehende Relevanz ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl der Projekte wurde. Erst nach der Ratifizierung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags gingen Togo und die DDR am 18. April 1973 reguläre diplomatische Beziehungen ein, die bis zum Ende des Ost-West-Konflikts Bestand hatten. ⁷²

69 Siehe o. V., Aufzeichnung, Gefahr der Anerkennung der SBZ durch neu entstandene und neu entstehende afrikanische Staaten, 1960, PA AA, AA, B130 4791A, S. 1.

70 Ebd.

71 Siehe Eckert, Andreas: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre, in: Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 27–44, hier S. 37.

72 Vgl. Länderüberblick Togo des Auswärtigen Amts 2023, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/togo-node/togo/213834?openAccordionId=item-213844-1-panel> (abgerufen am 10.1.2024).

5. Bundesdeutsche Entwicklungspolitik im Wandel Die 1970er Jahre

»Nachdem man endgültig den Gedanken aufgegeben hatte, sich durch Vergabe von Entwicklungshilfe eine günstige Haltung der Nehmerländer in der Deutschlandfrage zu erkaufen und sich dadurch in die Rolle des Erpreßten manövriert hatte, verlor die Diskussion um die Frage, weshalb eigentlich Entwicklungshilfe gegeben wird, stark an Bedeutung und trat hinter der Frage zurück, wie unsere Hilfe am effektivsten gegeben werden kann.«

Mit diesen Worten reflektierte der Staatssekretär und Wirtschaftsreferent der deutschen Botschaft in Lomé, Johannes Dohmes, 1970 den seinerzeitigen Wandel der bundesdeutschen Entwicklungspolitik.¹ Während die 1960er Jahre von entwicklungspolitischen Großprojekten und dem Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe« geprägt waren, lässt sich für die 1970er Jahre eine Hinwendung zu einem neuen multilateralen System der Technischen und Kapitalhilfe feststellen. Togo wurde im Zuge dieses Wandlungsprozesses vom größten Pro-Kopf-Empfänger bundesdeutscher Technischer und Kapitalhilfe zu einem nachrangigen Empfängerstaat, was das Ende der Großprojekte und eine neue Form der deutsch-togoischen Beziehungen mit sich brachte. Die Resultate der ersten »Entwicklungsdekade« 1960-1970, die im Sinne der Modernisierungstheorie eine zentral geplante, rationelle Entwicklungspolitik »von oben« und die Realisierung von Großprojekten priorisiert hatte, waren ernüchternd. Olav Stokke verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussage des UN-Generalsekretärs Sithu U Thant am Ende der 1960er Jahre, dass sich »disappointment with the lack of progress achieved during the decade« hauptsächlich aus den schlechten »conditions of trade for developing countries« sowie der geringen »willingness of industrial countries to meet these commitments« ergeben habe.²

Projekte wie das der landwirtschaftlichen Musterdörfer in Togo, die auf rationelle, mechanisierte Arbeit in der Landwirtschaft ausgelegt waren,

1 Siehe Vortragsentwurf des Wirtschaftsreferenten der deutschen Botschaft in Lomé Johannes Dohmes, Möglichkeiten und Probleme in der Entwicklungspolitik, Juli 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 6907, S. 7.

2 Siehe Stokke, Olav: The UN and Development. From Aid to Cooperation, Bloomington 2009, S. 155.

waren aufgrund der hohen Kosten und der ausbleibenden Erfolge schon zeitgenössisch in die Kritik geraten. Auch der Tiefwasserhafen Lomé hatte keine Veränderungen hinsichtlich des Angebots an Arbeitsplätzen gebracht und musste bis zur endgültigen Fertigstellung mit immer weiteren Krediten gespeist werden. Im Jahr 1977 erhöhte die Bundesregierung die Kreditzusage für den Hafen um weitere 60 Millionen DM auf insgesamt 133 Millionen DM, zu denen weitere 38 Millionen DM für Infrastrukturmaßnahmen rund um den Hafen kamen.³ Die modernisierungstheoretische Strategie eines Wirtschaftswachstums durch Mechanisierung war nicht erfolgreich gewesen, denn der Lebensstandard der Bevölkerung – und damit das hohe Armutsniveau – entsprach 1970 im Wesentlichen dem von 1960.

Im Hinblick auf die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren ist hier auch der kulturelle Wandel in der Gesellschaft und Politik nach 1968 in den Blick zu nehmen. Der Vietnamkrieg und die maßgeblich als Reaktion darauf entstandenen Proteste der Studentenbewegung 1967/68 waren Katalysatoren für die Neubewertung der bundesdeutschen Beziehungen zur »Dritten Welt«. Das BMZ unter der Leitung des SPD-Politikers Erhard Eppler musste sich zu den vom SDS und anderen Gruppen erhobenen Vorwürfen des Neokolonialismus positionieren, um die Legitimität der Entwicklungspolitik zu bewahren – angesichts der von CDU/CSU gleichzeitig im Parlament vorangetriebenen politischen Desavouierung der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Kanzler Brandt eine umso vordringlichere Aufgabe.⁴ Daneben bildeten sich zivilgesellschaftliche Gruppen wie Amnesty International, die sich mit der innenpolitischen Situation in den Ländern des Globalen Südens und der Haltung der Bundesrepublik dazu kritisch auseinandersetzten. Unterstützt durch die zunehmende Verbreitung von Massenmedien, vor allen Dingen des Fernsehens, erreichten die Bilder aus afrikanischen Krisen- und Kriegsregionen während der 1970er Jahre einen immer größeren Teil der Bevölkerung und verstärkten so den Druck auf die institutionellen Akteure, dem Menschenrechtsdiskurs stärkeres Gewicht in den internationalen Beziehungen zu verleihen.⁵

3 Vgl. BMZ-Ergebnisbericht des Regierungsdirektors Potyka über die deutsch-togoi-schen Regierungsgespräche in Lomé vom 7. bis zum 10. Juni 1977, 28. Juni 1977, BArch Koblenz B213 11887, S. 2.

4 Vgl. Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, 3. akt. u. erw. Auflage, Wiesbaden 2015 [1. Aufl. 1988], S. 134.

5 Vgl. Ridder, Peter: Konkurrenz um Menschenrechte. Der Kalte Krieg und die Entstehung des UN-Menschenrechtsschutzes von 1965-1993, Göttingen 2021, S. 22.

Nicht zuletzt waren die außenpolitischen Entwicklungen für die Neugestaltung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik von Bedeutung. Das Inkrafttreten des Grundlagenvertrags zwischen den beiden deutschen Staaten am 21. Juni 1973, der »normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung« vorsah, stellte dabei einen Kulminationspunkt dar. Die Abkehr von der Hallstein-Doktrin und die anschließende weitgehende Normalisierung der Beziehungen zur DDR eröffneten für beide deutsche Staaten neue Möglichkeiten, ihr Engagement in Afrika auszuweiten. Mit der Abnahme der antikommunistischen Komponente der Entwicklungspolitik, die seit 1960 deren Ausgestaltung bestimmt hatte, ging ein gradueller Rückzug aus diversen Projekten einher. Bereits seit dem Ende der 1960er Jahre war den beteiligten Institutionen deutlich geworden, dass die politischen Gegebenheiten – zumindest in Westafrika – eine Anwendung der Hallstein-Doktrin in naher Zukunft sowieso unwahrscheinlich machten. Die sich nach der Unabhängigkeit als sozialistisch bezeichnenden oder so wahrgenommenen Staaten, wie Ghana und Benin, waren nach – teilweise mehreren – Putschen zu autoritären Diktaturen geworden, die eine entwicklungspolitische Containment-Politik nicht mehr notwendig machten. Die vonseiten der Bundesrepublik nach wie vor als wichtig erachtete Westbindung sollte daher künftig durch eine flexible, situativ gestaltete Vergabepraxis sichergestellt werden, statt wie bislang die Höhe der wirtschaftlichen Unterstützung vom erhofften Zugewinn an politischem Kapital abhängig zu machen.

Das Ende der Modernisierungstheorie – »Grundbedürfnisstrategie« und nachhaltige Entwicklungspolitik

Das BMZ begann unter Entwicklungsminister Erhard Eppler ab dem Ende der 1960er Jahre damit, die ihm zugedachte Rolle neu zu definieren. Wie Michael Bohnet betont, konnte sich das BMZ »während dieser Zeit weitgehend von außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Vorgaben lösen und die Grundlagen einer eigenständigen Politik legen«.⁶ Der institutionelle Wandlungsprozess, der von Eppler angestoßen wurde, betraf nicht nur die Kompetenzen und Zuständigkeiten innerhalb des deutschen Behördenapparats, sondern zielte auf eine tiefgreifende Veränderung des Verständnisses von Entwicklungspolitik und ihrer Ziele. Wie Reinhard Stockmann erläutert, sei zuvor während der 1960er Jahre »die universelle Wiederholbarkeit des westlich-kapitalistischen Entwicklungswegs«

6 Siehe Bohnet, Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik, S. 65.

innerhalb der Eliten des Nordens und des Südens allgemeiner Konsens gewesen.⁷ Die Erfahrungen mit diesen bislang verfolgten Top-down-Strategien, die durch die Schwerpunktsetzung auf die Industrialisierung einen sektorübergreifenden Wachstumsschub auslösen sollten, waren allerdings durchweg ernüchternd gewesen. Die Gründe dafür lagen zum einen in der mangelnden strukturellen Breite der modernisierungstheoretischen Ansätze: Neben dem langwierigen und teuren Aufbau des industriellen Sektors waren administrative Hindernisse weitgehend vernachlässigt worden. Die problematischen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die beispielsweise auf den »Gruppe 77«-Konferenzen 1964 und 1968 im Zentrum der Kritik der Staaten des Globalen Südens standen, waren vonseiten der westlichen Akteure kaum beachtet worden.⁸ Zum anderen war mit der rein modernisierungstheoretischen Betrachtung der afrikanischen Wirtschaften ein paternalistisches Weltbild verbunden: Die mangelnden Entwicklungsfortschritte wurden als kulturelle Defizite verstanden, die durch eine »Europäisierung« überwunden werden sollten. Léonie Wagner konstatiert in diesem Zusammenhang, »der Verweis auf nicht vorhandenes Leistungsdenken oder irrationale und demotivierte Verhaltensweisen, die in den ›traditionellen‹ Ländern angeblich herrschten«, sei häufig zur Erklärung der »Unterentwicklung« herangezogen worden.⁹ Wie gezeigt, war diese Sichtweise schlussendlich mitverantwortlich für das Scheitern der landwirtschaftlichen Musterdörfer in Togo. Neben der absehbar misslingenden Mechanisierung der Landwirtschaft waren die von den togoischen Akteuren häufig kritisierten paternalistischen Verhaltensweisen der bundesdeutschen Entwicklungsexperten und die darauffolgenden zahlreichen Beschwerden ausschlaggebend für das verfrühte Ende des Projekts.

Angesichts der negativen Resultate der auf modernisierungstheoretischen Grundlagen ausgerichteten Entwicklungspolitik war der ursprüngliche Optimismus am Ende der 1960er Jahre einer nüchternen Betrachtung gewichen. Aufseiten der Akteure – im supranationalen wie auch nationalen Rahmen – setzte nun ein Umdenken ein, das nach dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition im Oktober 1969 im BMZ unter Eppler auch institutionell mitgetragen wurde. Neue Konzepte für eine Umgestaltung der bisherigen entwicklungspolitischen Praxis, wie die »Grundbedürf-

7 Siehe Stockmann, Reinhard: Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit, in: ders./Menzel, Ulrich/Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien, München 2010, S. 351–511, hier S. 359.

8 Vgl. ebd.

9 Siehe Wagner, Léonie Jana: Menschenrechte in der Entwicklungspolitik. Extraterritoriale Pflichten, der Menschenrechtsansatz und seine Umsetzung, Wiesbaden 2017, S. 153.

nisstrategie«, wurden zu diesem Zweck erarbeitet und als Teil des entwicklungspolitischen Diskurses institutionell legitimiert.¹⁰ Eppler griff die neuen Ansätze in einem Buch mit dem Titel »Wenig Zeit für die Dritte Welt« auf, in dem er schrieb, es gehe nicht darum, »einem natürlichen Entwicklungsprozess noch etwas nachzuhelfen, sondern darum, anstelle eines unwiderruflich zerstörten gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Gleichgewichts ein neues dynamisches Gleichgewicht zu suchen«.¹¹ Darin impliziert war nicht nur die Abkehr vom bisher üblichen Modernisierungsdenken; Eppler stellte vielmehr auch die ersten kritischen Überlegungen zu den ökologischen Auswirkungen einer Industrialisierung des Globalen Südens im europäischen Stil an. In diesem Zusammenhang erläuterte er: »[...] im Augenblick gibt es in Indien eine halbe Million Autos und diese reichen aus, die Luft in indischen Großstädten unerträglich zu machen. Natürlich wird Indien sich industrialisieren [sic], aber eine Industriegesellschaft nach dem Modell der unseren von 1970 kann wohl nicht das Ziel sein«.¹² Dies stand im Gegensatz zu der während der 1960er Jahre vertretenen Position der automatischen Entwicklung durch den Einsatz moderner, rationeller Methoden in der Produktion und war mithin sowohl ein Eingeständnis der schlechten Wirksamkeit von Entwicklungsmaßnahmen »von oben« als auch eine Abkehr vom Primat der Industrialisierung.

Zudem hatte Kritik an der Prämisse eines ewigen Wirtschaftswachstums in jener Zeit Konjunktur. Nur knapp ein Jahr nach Epplers Buch erschien 1972 der bis in die Gegenwart häufig rezipierte Bericht »The Limits of Growth« des sogenannten Club of Rome. Der Bericht habe, so Reinhard Stockmann, den »progressiven Fortschrittsglauben erschüttert« und »Zweifel aufkommen lassen, ob die Wachstumsstrategie [...] den Planeten nicht ruinieren würde«.¹³ Parallele Entwicklungen, wie der starke Anstieg der

10 Zum Inhalt und der Implementierung der Grundbedürfnisstrategie siehe Vermerk des Ministerialrats Herzog, »Neue Entwicklungsstrategie« des DAC, Anhang 1, Erklärung der Mitglieder des DAC über eine dem Wirtschaftswachstum und der Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse dienende Entwicklungskooperation, 27. Oktober 1977, BAArch Koblenz B 102 121685, S. 5. Zur neueren Forschung siehe Muratori, Lodovico: EU-Entwicklungspolitik in Ghana und Uganda. Förderung von Good Governance und Korruptionsbekämpfung, Hamburg 2012, S. 16; Wägener, Menschenrechte in der Entwicklungspolitik, S. 172 f.

11 Siehe Vortrag des Generaldirektors Lebsanft im Rundschreiben des Informationsdienstes für Auslandsvertretungen des Auswärtigen Amts, Konzept einer deutschen Entwicklungspolitik, 25. November 1971, PA AA, AA, BAV 133 LOME 6907, S. 9.

12 Ebd.

13 Siehe Stockmann, Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit, S. 370.

Arbeitslosenzahlen und der ab Oktober 1973 einsetzende Ölpreisschock, setzten auch in der breiten Bevölkerung einen Prozess des Umdenkens im Hinblick auf Fortschritt und Wirtschaftswachstum in Gang. Für das BMZ und die Legitimation des neuen, auf nachhaltiger Entwicklung und Grundbedürfnissen basierenden Konzepts der Entwicklungspolitik entwickelte sich daraus das Problem, dass die Bundesregierung, nun unter Kanzler Helmut Schmidt, kaum noch dazu bereit war, finanzielle Mittel bereitzustellen. Wie Karsten Linne anmerkt, habe Kanzler Schmidt Eppler »Gefälligkeitspolitik« vorgeworfen, als dieser auf die durch die Ölkrise ausgelösten starken Belastungen für die Entwicklungsländer hingewiesen habe. Zudem habe der Etat des BMZ ab 1975 »gekappt« werden sollen, woraufhin Eppler als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurücktrat.¹⁴ Generell seien die westlichen Industrieländer »aufgrund der Mehrkosten für Erdöl gezwungen« gewesen, »die Entwicklungshilfe zu senken bzw. auf jeden Fall eine Erhöhung abzulehnen«.¹⁵ Damit verbunden war in der Bundesrepublik eine erneute Abkehr von den entwicklungspolitischen Rekonfigurationsprozessen der frühen 1970er Jahre, denn die von der Bundesregierung als notwendig erachteten Einsparungen betrafen das BMZ übermäßig stark und gefährdeten damit die langfristigen Ziele der auf Nachhaltigkeit ausgelegten Entwicklungspolitik. Helmut Schmidt habe daneben das Ziel verfolgt, »die Entwicklungspolitik wieder verstärkt in die Außenpolitik der Bundesrepublik einzubetten«; zu diesem Zweck habe der neue Entwicklungsminister Egon Bahr die »Interessen des Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amts« wieder stärker hervortreten lassen.¹⁶ Der Bundesrechnungshof rügte die bisherige Ausgabenpolitik des BMZ und bemängelte die hohen Kosten und die Ineffizienz der Entwicklungspolitik, die sich aus dem Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe« ergeben würden. Der »Spiegel« berichtete, das BMZ sei laut Bundesrechnungshof »ein Paradebeispiel behördlichen Mißmanagements«, und der aus der »Bundesstelle für Entwicklungshilfe« (BfE), Gawi und BMZ bestehende »zersplitterte Apparat« vermöge die »ihm obliegenden Aufgaben [...] nur mit Mühe zu erfüllen«.¹⁷ Auffällig seien »liederliche Rechnungsführung, nachlässige Planung und un-

14 Siehe Linne, Karsten: Bruderschaft der »Entwickler«. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974, Göttingen 2021, S. 41.

15 Ebd.

16 Siehe Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung, Wiesbaden 1998 [zugl. Univ. Diss. Uni Bochum 1998], S. 113.

17 Siehe o. V.: Falsche Daten, in: Der Spiegel 4/1974, S. 19.

zureichende Durchführung von Entwicklungshilfe-Projekten«, was sich in erheblichen Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Kosten äußere und das Budget des BMZ um 800 Millionen DM von den kalkulierten Werten abweichen lasse.¹⁸

Neben diesen strukturellen Problemen, vor denen das BMZ stand, waren die wirtschaftlichen Entwicklungen der 1970er Jahre in der Bundesrepublik zum einen durch Krisen geprägt, deren Nachwirkungen teils bis in die Gegenwart reichen, etwa die »Ölkrise« 1973. Zum anderen erfasste ein breiter Strukturwandel die bundesdeutsche Wirtschaft und löste zusammen mit der beginnenden Globalisierung einen tiefgreifenden Wandlungsprozess in der Industrie aus, der starke Rückwirkungen auf die Entwicklungspolitik entfaltete. Burr und Bauer listen als Marker dieser Entwicklungen unter anderem die »exogenen Schocks« der Ölkrisen 1973 und 1979, den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die beginnende Automatisierung in der Produktion, einen »vehementen Globalisierungsschub«, die gesellschaftliche Heterogenisierung und schließlich den Aufstieg der Mikroelektronik zur neuen Schlüsselindustrie auf.¹⁹ Dieser strukturelle Wandel, der sich besonders stark im Bereich der Fertigwarenproduktion bemerkbar machte, hatte, wie Mitarbeiter des BMZ in einem Bericht 1978 festhielten, auch einen erheblichen Einfluss auf die aktuelle und künftige Gestaltung der Entwicklungspolitik und -hilfe.

In dem Bericht aus dem BMZ wurde nüchtern konstatiert, die »allgemeine Wirtschaftslage und die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt führen in der öffentlichen Diskussion zu einer immer stärker werdenden Betonung des durch industrielle Erzeugnisse aus Entwicklungsländern induzierten Beschäftigungsrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland«.²⁰ Diese »häufig einseitige Darstellung« berge die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Bestrebungen der Bundesregierung, den Markt für industrielle Erzeugnisse der Entwicklungsländer offen zu halten. Dadurch könnten die angestrebte »Integrierung der Entwicklungsländer in den Welthandel und die Unterstützung ihrer Industrialisierungsbestrebungen« einen Rückschlag erleiden.²¹ Um dennoch einen geeigneten Umgang mit jenen Problemen zu finden, vor denen prinzipiell alle europäischen

18 Ebd.

19 Siehe Bauer, Reinhold/Burr, Wolfgang: Die 1970er Jahre. Analyse und Würdigung einer Epochenschwelle, in: dies. (Hg.): Das Ende des »Goldenen Zeitalters«? Der Strukturwandel der 1970er Jahre, seine Rezeption und Folgen aus interdisziplinärer Perspektive, Berlin 2021, S. 8.

20 Siehe Vermerk von Dr. Bühler vom BMZ, Importdruck aus Entwicklungsländern und Strukturanpassung, März 1978, BArch Koblenz B 213 37845, S. 1.

21 Ebd.

Industriestaaten im Hinblick auf die Industrialisierung des Globalen Südens standen, wurde der im entwicklungspolitischen Kontext wie auch in den Belangen der Außenwirtschaft bislang kritisch betrachtete Strukturwandel ab dem Ende der 1970er Jahre von dem Schlagwort der »Interdependenz« eingehegt. Die »internationale Arbeitsteilung« wurde zum positiv besetzten Leitmotiv erhoben und als Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern angepriesen. Dies war auch ganz im Sinne der neuen entwicklungspolitischen Strategie der Bundesregierung, da wirtschaftliche Interessen zwischenzeitlich die von Eppler geforderte Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik abgelöst hatten. »Der Handel nutzt allen«, war das Fazit, das der Ökonom Georg Lührs in einem Bericht für das BMZ zog. Aus diesem Grund sei die Bundesrepublik angehalten, durch »eine gute Konjunktur- und Wachstumspolitik, eine arbeitsplatzorientierte regionale Wirtschaftsförderung verbunden mit [...] besserer Bildung und Ausbildung« und »der Förderung von Forschung den Strukturwandel gleichzeitig [zu] beschleunigen und erträglich [zu] machen«.²²

In der Konsequenz bedeutete dies, dass Bildung und die Produktion von spezialisierten Gütern zum Kern der industriellen Neuausrichtung wurden. Die Lieferung von Rohstoffen zur Weiterverarbeitung in der Bundesrepublik verlor in der Folge an wirtschaftlicher Bedeutung, da der Dienstleistungssektor immer wichtiger wurde und sich die verbliebene Industrie auf die hochtechnisierte Verarbeitung von Halberzeugnissen fokussierte.²³ In der praktischen Durchführung der Entwicklungspolitik sorgte der Strukturwandel der 1970er Jahre endgültig für die Loslösung vom Primat der Modernisierung, was zu einer Enttechnisierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen führte und damit die Ära der prestigeträchtigen Großprojekte beendete.

Die von den Medien und der Bundesregierung geübte Kritik an der alten Entwicklungspolitik darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die neuen, auf die wirtschaftlichen Interessen zugeschnittenen Ansätze an massiven Problemen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit litten. Das zeigen die zeitgenössischen Großprojekte in Togo, die mithin zum Niedergang der togoischen Wirtschaft am Ende der 1970er Jahre beitrugen. Wie bereits aufgezeigt, war der Tiefwasserhafen Lomé, der am Ende der ver-

22 Siehe Entwurf des Berichts von Georg Lührs für das BMZ, Internationale Arbeitsteilung, Entwicklungspolitik und Arbeitsplätze, 1979, ebd., S. 14.

23 Vgl. Stockmann, Reinhard: Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit, in: ders./Menzel, Ulrich/Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien, München 2010, S. 140 f.

schiedenen Ausbaustufen 73 Millionen DM – etwa die Hälfte des damaligen togoischen Bruttoinlandsprodukts – gekostet hatte, ein deutliches Indiz für die Reformbedürftigkeit der entwicklungspolitischen Zielsetzungen. Der Hafen, der als Prestigeprojekt der bundesdeutschen Technischen und Kapitalhilfe gefeiert wurde, ermöglichte zwar eine massive Erhöhung der Transport- und Umschlagskapazitäten, die durch die – wie geplant – im Hafenbereich zwischenzeitlich angesiedelte internationale Industrie auch benötigt wurden. Das CIMTOGO-Klinkerwerk, das die togoische Regierung ab 1969 von einem französischen Konsortium im Hafenbereich errichten ließ, wurde 1971 eröffnet und war auf eine Verarbeitungskapazität von 800.000 Tonnen Klinker pro Jahr ausgelegt, der per Bahn von den Steinbrüchen zum Hafen gelangen sollte.²⁴ Auch der vom britischen Humphreys & Glasgow-Konglomerat ab 1968 durchgeführte Bau der Ölraffinerie am Hafen, die 1978 vollendet wurde, ließ eine große Menge an benötigten Umschlagskapazitäten erwarten.²⁵ Damit einher ging allerdings das Problem, dass Togo bei den Im- und Exporten auf europäische Reedereien angewiesen war, die zwar Gebühren für die Nutzung des Hafens bezahlen mussten, allerdings nur wenig zum Staatshaushalt beitrugen. Die Konzeption des Hafens als »Freihafen« sorgte darüber hinaus – neben den entfallenden Einnahmen aus Zöllen – für nur geringe Steuereinnahmen, was für Togo einen rentablen Betrieb erschwerte. Der Handel mit Gütern des täglichen Bedarfs lag nach wie vor in den Händen zumeist französischer Generalunternehmer. Diese konnten durch die oligopole Struktur in den einzelnen Warensegmenten und die durch den Hafen erst möglichen hohen Stückzahlen das Entstehen einer einheimischen Konkurrenz unterbinden – was auch ganz im Sinn dieser Unternehmen war und in jener Zeit der außenpolitischen Linie Frankreichs entsprach. Auch die Verstaatlichung des Phosphatkonsortiums Compagnie togolaise des mines du Bénin (CTMB) 1974 und die Gründung togoischer halbstaatlicher Unternehmen, die die Funktion der ausländischen Generalimporteure übernahmen, änderte wenig an den strukturellen Problemen des Hafenbetriebs. Die Einnahmen aus dem Import-/Exportgeschäft flossen, wie noch zu zeigen sein wird, hauptsächlich an die

24 Siehe o. A., Vermerk, Technische Hilfe und Kapitalhilfe für Togo, Verkehrsprojekte Eisenbahn und Hafen, Ressortbesprechung, 11. Juni 1969, BAArch Koblenz B108 41802, S. 3 f.

25 Siehe filmischer Kurzbericht von Reuters, Togo's President Eyadema Opens Country's First Oil Refinery, 18. Januar 1978, URL: <https://www.britishpathe.com/video/VLVAYIKYTBXPXZ14PE9HZIUEQFEP-TOGO-PRESIDENT-EYADEMA-OPENS-COUNTRYS-FIRST-OIL-REFINERY/query/TOGOS> (abgerufen am 10.1.2024).

RPT-loyalen Kader, die die Posten in den neuen »parastatals« erhalten hatten und selbst als Wiederverkäufer und teilweise Schmuggler auftraten. Die Folge war, dass der Unterhalt dieses patrimonialen Herrschaftssystems, das nur aufgrund der bundesdeutschen Entwicklungsmaßnahmen überhaupt in dem Umfang möglich war, sich soweit verteuerte, dass Togo ab 1979 de facto zahlungsunfähig wurde.²⁶

Zivilgesellschaftliche Opposition und institutioneller Wandel

Mit der gegen den Vietnamkrieg gerichteten Studentenbewegung der 1960er Jahre war eine starke Opposition gegen die bisherige Praxis der Entwicklungspolitik entstanden, die auf die kaum veränderte Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden verwies und dem BMZ neokoloniale Ambitionen unterstellte.²⁷ Die Kampagnen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) sowie der daraus entstandenen »Dritte-Welt-Bewegungen« waren erfolgreich genug, um das BMZ zu einer Reaktion zu drängen. Wie Weitbrecht darlegt, seien für die Studentenbewegung und den SDS internationalistische Ideen zunächst »ein eher nüchtern betrachtetes programatisches Anliegen im Sinne der traditionellen sozialistischen Solidarität mit eurozentrischem Schwerpunkt« gewesen, was sich erst mit dem Aufstieg Rudi Dutschkes im SDS verändert habe.²⁸ Er sei es gewesen, der durch sein Charisma und seine Ausstrahlung dem Internationalismus ein »bis in die 1980er Jahre wirksames Ideencharisma« verliehen habe, nicht zuletzt durch die Wechselwirkung zwischen Studentenbewegung und prominenten Intellektuellen und dem Aufgreifen der »Dritte-Welt-Themen« durch etablierte Verlage.²⁹

Die steigende öffentliche Wahrnehmung der »Dritte-Welt-Bewegungen« veranlasste das BMZ 1969 zur Abfassung einer als vertraulich eingestuften Broschüre, die sich mit den Argumenten der APO auseinandersetzen und Gegenargumente für den Gebrauch in der insti-

26 Vgl. Seely, Jennifer: *The Legacies of Transition Governments in Africa. The Cases of Benin and Togo*, New York 2009, S. 39.

27 Vgl. Götttsche, Dirk u. a.: *Nachkriegszeit II*, in: ders./Dunker, Axel/Dürbeck, Gabriele (Hg.): *Handbuch Postkolonialismus und Literatur*, Stuttgart 2017, S. 282-296, hier S. 282.

28 Siehe Weitbrecht, Dorothee: *Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2012, S. 358.

29 Ebd., S. 360.

tutionellen Kommunikation zusammentragen sollte. Rudi Dutschke und der SDS vertraten der Broschüre zufolge hinsichtlich der »Dritten Welt« die Auffassung, dass die »Globalisierung der revolutionären Kräfte« die wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode sei, denn »die Unterprivilegierten in der ganzen Welt stellen die realgeschichtliche Massenbasis der Befreiungsbewegungen dar, darin allein liegt der subversive Charakter der internationalen Revolution«. ³⁰ Auch wenn der Kolonialismus nicht direkt Gegenstand der Argumentation war, räumte das BMZ ein, dass die »vorhandenen Monokulturen und die sich daraus ergebenden Nachteile für die Eingliederung dieser Länder in das Weltwirtschaftssystem« ein Ergebnis dieser Epoche seien. Der Kolonialismus habe allerdings ein »modernes Ausbildungs- und Gesundheitssystem« sowie eine moderne Transport- und Kommunikationsinfrastruktur geschaffen, die die Basis für die heutige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gebildet hätten. ³¹ Im BMZ wurde zu jener Zeit noch der Standpunkt vertreten, dass die schlechten wirtschaftlichen Perspektiven der Entwicklungsländer nur durch eine »verstärkte Industrialisierung der Entwicklungsländer und durch eine Neuordnung des Weltwirtschaftssystems überwunden werden« könnten. Die vorhandenen traditionellen patriarchalischen Strukturen und die »Bevölkerungsexplosion« seien vorrangig die Ursachen für die bisherige Unterentwicklung. ³² Diese Art der Argumentation, die der klassischen Modernisierungstheorie folgte, stand angesichts des Vietnamkriegs verstärkt im Zentrum der Kritik der studentischen Gruppen wie auch der »Dritte-Welt-Bewegungen«. Claudia Olejniczak erläutert in diesem Kontext: »[...] die Protestierenden erkannten den Widerspruch zwischen liberalem »Freiheitspathos der westlichen Politik« und den verheerenden Folgen der »antikommunistischen Globalstrategie« – auch wenn das »ausbleibende Interesse der Arbeiterklasse an den Forderungen der Studenten« den diskursiven Vorstoß in breitere Bevölkerungsschichten zunächst verhinderte. ³³

Um einen Glaubwürdigkeitsverlust zu vermeiden, wollte das BMZ dennoch verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben, die »Verständnis für die Probleme der Entwicklungspolitik wecken und in allen Bevölkerungsschichten das Bewußtsein der Verantwortung für die Verbesserung der

30 Siehe Aufzeichnung von Oberregierungsrat Giesecke, APO-Argumente und der Standpunkt des BMZ, 2. Mai 1969, BArch Koblenz B213 03580, S. 2.

31 Ebd., S. 4.

32 Ebd.

33 Siehe Olejniczak, Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland, S. 105.

Verhältnisse in den Entwicklungsländern stärken« sollte.³⁴ Kirchen, Schulen, Universitäten, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sollten als Multiplikatoren der Informationskampagne dienen. Als problematisch wurde indes festgestellt, dass »Bewußtseinsstrukturen, die u. a. durch Fehlinformationen und rassistische [sic] Vorurteile gekennzeichnet sind«, in der Öffentlichkeit weit verbreitet seien und »als Bestätigung für die Minderheit dieser Menschen angesehen« würden.³⁵

Neben der Studentenbewegung entstanden zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich kritisch mit der Situation in den Empfängerstaaten bundesdeutscher Hilfen auseinandersetzten. Hein spricht von 1.000 Basisorganisationen, die bis 1978 entstanden seien und sich mit der Entwicklungspolitik im Allgemeinen oder der Situation in einzelnen Staaten beschäftigt hätten.³⁶ Trotz der Liberalisierung der Entwicklungspolitik unter Eppler und der Hinwendung zu ökologischer Nachhaltigkeit, Wachstumskritik und Grundbedürfnis-Konzepten stand das BMZ sowohl bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch in den Regierungsparteien zu Beginn der 1970er Jahre in der Kritik. Diverse Ideen einer automatischen Finanzierung von Entwicklungsprojekten beispielsweise durch die Wiederverwendung von Kreditzinsen aus den betreffenden Staaten scheiterten »am Nein der Finanzpolitiker«, während die CDU/CSU-Opposition dem BMZ die Vergabe von Krediten aufgrund politischer Präferenzen unterstellte – wie im Fall einer Kreditvergabe an Chile unter Salvador Allende, die nach dem Putsch Augusto Pinochets wieder rückgängig gemacht worden sei.³⁷

Die 1961 in London gegründete Menschenrechtsorganisation Amnesty International avancierte zur selben Zeit zur bekanntesten derartigen Organisation und entwickelte sich laut Sara Lorenzini u. a. zum »prototype of those NGOs that transformed international politics in the 1970s [...] to making human rights the central concern of the 1970s«.³⁸ Zunächst

34 Siehe Vermerk des BMZ o. V., Öffentlichkeitsarbeit des BMZ, 14. Januar 1971, BAArch Koblenz B213 7392, S. 1.

35 Siehe Vermerk des BMZ o. V., Ausgangssituation Entwicklungspolitik, 23. Juni 1971, ebd., S. 1.

36 Siehe Hein, Bastian: Entwicklungshilfe, internationale Solidarität oder Weltinnenpolitik? Der Umgang mit der »Dritten Welt« als Gradmesser des Reformklimas, in: Wengst, Udo (Hg.): Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968, München 2011, S. 31-45, hier S. 40.

37 Vgl. ebd., S. 41.

38 Siehe Lorenzini, Sara/Tulli, Umberto/Zamburlini, Ilaria: The Place of Human Rights in European Integration, in: dies. (Hg.): The Human Rights Breakthrough of the 1970s. The European Community and International Relations, London/New York/Dublin 2022, S. 1-13, hier S. 3.

machte Amnesty International auf die Situation von politischen Häftlingen in Europa aufmerksam, die beispielsweise infolge des Militärputschs in Griechenland 1967 oder als Dissidenten in der Sowjetunion und der DDR verhaftet wurden. Zu Beginn der 1970er Jahre verschob sich unter dem Eindruck zahlreicher Militärputsche in den Ländern des Globalen Südens der Schwerpunkt der Organisation hin zum Kampf gegen die Folter, die in Griechenland und Brasilien untersucht wurde.

In den folgenden Jahren erreichten Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen diverse Meilensteine hinsichtlich des Umgangs mit Menschenrechten in der internationalen Politik. Laut Tom Buchanan sind dabei die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 und das Inkrafttreten der UN-Menschenrechtskonvention 1976 besonders hervorzuheben. Aufgrund deren internationaler Bekanntheit hätten sich eine Vielzahl weiterer Menschenrechtsorganisationen gegründet.³⁹ Die Möglichkeit, auf Menschenrechtsverletzungen in den Ländern des Globalen Südens mithilfe audiovisueller Massenmedien aufmerksam zu machen, vergrößerte das Potenzial der zivilgesellschaftlichen Organisationen erheblich. Das Fernsehen eignete sich dabei bestens, um die von ihnen als problematisch empfundenen Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverstößen und der gleichzeitigen Vergabe von Entwicklungshilfe breiten Bevölkerungsschichten näherzubringen. Wie Lasse Heerten am Beispiel des von 1967 bis 1970 andauernden Biafra-Kriegs erläutert, sei die globale Verbreitung der Bilder des grausamen Kriegs ursächlich für den »Aufstieg der Menschenrechte zu einer globalen lingua franca der internationalen Politik im Zeitalter der audiovisuellen Massenmedien« gewesen.⁴⁰

Wandel in der Außenpolitik

Während die neue, an den Menschenrechten orientierte Außen- und Entwicklungspolitik einen kulturellen Wandel und eine Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich des Umgangs mit autoritären Staaten erreichen wollte, führten außenpolitische Zäsuren zu Wandlungsprozessen in den Nord-Süd-Beziehungen. Das Ende der Hallstein-Doktrin 1969 sowie die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags mit der DDR am 21. Dezem-

39 Siehe Buchanan, Tom: *Amnesty International and Human Rights Activism in Post-war Britain 1945-1977*, Cambridge 2020, S. 205.

40 Siehe Heerten, Lasse: *Die Dystopie postkolonialer Katastrophen. Das Recht auf Selbstbestimmung, der biafranische Sezessionskrieg und die Menschenrechte*, in: Eckel, Jan/Moyn, Samuel (Hg.): *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 68-99, hier S. 69.

ber 1972 und sein Inkrafttreten am 21. Juni 1973 veränderten die bundesdeutschen Perspektiven in Afrika grundlegend. Dadurch sowie infolge des generellen kulturellen Wandlungsprozesses hinsichtlich der Menschenrechte eröffneten sich politische Spielräume für Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in afrikanischen Staaten. Die neue diskursive Flexibilität, die das Ende der Hallstein-Doktrin mit sich brachte, zeigte sich in Togo relativ schnell. Wo vormals meist neutrale und betont sachlich gehaltene Berichte der deutschen Botschaft die diplomatische Korrespondenz prägten, flossen nun in viel größerem Maße moralische und politische Wertungen in die Botschaftsberichte ein.

Zudem hatte sich die politische Situation in Westafrika zwischen dem Ende der 1960er und der Mitte der 1970er Jahre stark gewandelt. Auch ohne die Sanktionsdrohungen der Hallstein-Doktrin war ein kommunistischer Umsturz in einem der direkten Nachbarländer Togos nicht mehr zu erwarten. In Ghana, das während der Regierungszeit Nkrumahs angesichts dessen zwischenzeitlicher Annäherung an die Sowjetunion noch als potenzieller Anwendungsfall der Hallstein-Doktrin galt und seitens des Auswärtigen Amts mit Skepsis betrachtet wurde, waren seit dem Putsch des tendenziell prowestlichen National Liberation Council (NLC) im Februar 1966 eine Reihe von Militärjuntas und ihnen hörige Marionettenregierungen an der Macht.⁴¹ In Guinea, das 1958-1960 zum Testfall der Hallstein-Doktrin geworden war, hatte sich die Regierung Sekou Tourés zwischenzeitlich zu einem autoritären Einparteiensystem des »positiven Neutralismus« entwickelt.⁴² Neben zahlreichen innenpolitischen Problemen wurde die Regierung seit 1970 in einer Art kaltem Bürgerkrieg von im Exil lebenden Regimegegnern bedrängt, die mithilfe portugiesischer Militärunterstützung Sekou Tourés Entmachtung erzwingen wollten.⁴³ Burkina Faso befand sich unter der Herrschaft der Militärregierung von Sangoulé Lamizana, die allerdings gegen das zuvor bestehende autoritäre Regime der Union Démocratique Voltaïque (UDV) geputscht hatte und nach Daniel Eizenga in den 1970er Jahren die politische »transition to

41 Vgl. Foli, Rosina: Transnational Actors and Policymaking in Ghana, in: Ayee, Joseph R. A. (Hg.): Politics, Governance and Development in Ghana, London 2019, S. 99-122, hier S. 107.

42 Das Konzept des »positive neutralism« schloss zeitgenössisch an ähnliche außenpolitische Perspektiven in anderen afrikanischen Staaten wie Algerien, Kenia und Zimbabwe an und sollte die Zugehörigkeit zu den Blockfreien Staaten unterstreichen. Vgl. Dinkel, Jürgen: The Non-Aligned Movement. Genesis, Organization and Politics (1927-1992), Leiden 2019, S. 86.

43 Vgl. Mwakikagile, Godfrey: Statecraft and Nation Building in Africa. A Post-Colonial Study, Dar es Salaam 2014, S. 203.

single-party civilian rule« verfolgte.⁴⁴ In Dahomey gab es zwischen 1963 und 1972 drei Putsche, deren letzter Mathieu Kérékou an die Regierung brachte, der das Land im Sinne des Marxismus-Leninismus mithilfe sowjetischer und chinesischer Unterstützung zum »afrikanischen Kuba« machen wollte, dabei jedoch äußerst darauf bedacht war, den Westen nicht zu provozieren. Gute zeitgenössische Beziehungen beispielsweise zur Bundesrepublik, Dänemark sowie Kanada und ab den frühen 1980er Jahren auch zu den USA und Frankreich boten laut Michel Martin für Kérékou wesentlich vorteilhaftere »radical yields« als die »poor returns« der Beziehungen zur Sowjetunion und China.⁴⁵

Innenpolitisch durch die diversen Putsche und Regierungswechsel geschwächt und zumeist von autoritären, prowestlichen Militärregierungen geführt, boten die Nachbarländer Togos somit bereits Jahre vor der Abkehr von der Hallstein-Doktrin keinen Anlass mehr für die Sorge vor einem kommunistischen Dominoeffekt. In Togo selbst war die innenpolitische Situation nach dem Putsch Eyadéma 1967 von Gewalt und Einschüchterungsmaßnahmen gegen Oppositionelle geprägt, die die Stabilität der Regierung sicherstellen sollten. Angesichts dieser Entwicklungen, durch die die im Kontext des Ost-West-Konflikts sicherheitspolitisch wichtige Funktion der guten Beziehungen zu Togo zunächst abgeschwächt und ab 1973 schließlich obsolet wurde, war ein Rückgang des bundesdeutschen Engagements absehbar. Aufgrund der Verschiebung der entwicklungspolitischen Prämissen und des schlichten Umstands, dass die bedeutendsten Projekte ihrer Fertigstellung entgegensahen – wie der Hafen Lomé, der 1976 endgültig an eine togoische Leitung übergeben wurde – oder ohne Perspektive auf Vollendung gescheitert waren – wie die landwirtschaftlichen Musterdörfer –, verlagerte die Bundesregierung die bilaterale Kooperation mehr und mehr zugunsten einer Partizipation in supranationalen Institutionen.

Im Rahmen dieses dritten, bereits Ende der 1960er Jahre einsetzenden Prozesses der Multilateralisierung kam es sukzessive zu einer globalen Umstrukturierung der Entwicklungspolitik. Unter diesen Vorzeichen stand ab Mitte der 1970er Jahre auch die bundesdeutsche Entwicklungspolitik. Während zuvor für beinahe zwei Jahrzehnte bilaterale Verträge und Abkommen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staa-

44 Siehe Eizenga, Daniel: Political Uncertainty in Burkina Faso, in: Metelits, Claire/Matti, Stephanie (Hg.): Democratic Contestation on the Margins. Regimes in Small African Countries, London 2015, S. 63–84, hier S. 66.

45 Siehe Martin, Michel: The Rise and ›Thermidorianization‹ of Radical Praetorianism in Benin, in: Markakis, John/Waller, Michael (Hg.): Military Marxist Regimes in Africa, Oxon/New York 2013 [Erstauflage London 1986], S. 58–81, hier S. 73.

ten des Globalen Südens geprägt hatten, wurde nun die Einbindung und Partizipation in transnationalen Foren, Gremien und supranationalen Akteuren immer wichtiger. Abgesehen von Frankreich, das mit der »Francafrique« einen eigenen Weg der Einflussnahme in Afrika ging, standen die westlichen Staaten am Übergang von den vielgestaltigen, im Kontext des Ost-West-Konflikts stark politisch motivierten »development project« hin zur Globalisierung, die eine Einbindung des Globalen Südens in den Weltmarkt zum Primat außenpolitischer Entscheidungen erhob. Beispielhaft für diesen Umschwung ist der Bedeutungszuwachs von Organisationen bzw. Gremien wie dem Development Assistance Committee (DAC), der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), dem Fonds Européen du Développement (FED) oder der Weltbank, die sich – zumindest in der Wahrnehmung der bundesdeutschen Außenpolitik – in den 1970er Jahren zu einer »Entwicklungsbank« gewandelt hatte.⁴⁶ All diese Institutionen waren nun, obwohl sie zum Teil seit Jahren oder Jahrzehnten existierten, von einem relativen Nischendasein zu tonangebenden Organen der internationalen Entwicklungspolitik geworden, was einerseits die immer wichtiger werdende politische wie auch wirtschaftliche Funktion der Entwicklungspolitik im globalen Rahmen aufzeigt, andererseits aber auch ein Indiz für das Fortschreiten der europäischen und US-europäischen Integration zu sehen ist.

Wie im folgenden Kapitel noch zu zeigen sein wird, wurde diese entwicklungspolitische Multilateralisierung bereits kurz nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrags eingeläutet. Für die deutsch-togoischen Beziehungen bedeutete dies eine tiefgreifende Transformation. Die Präsenz der Bundesrepublik in Togo nahm spürbar ab, da neue Entwicklungsprojekte nur noch sporadisch und im kleinteiligen Rahmen bewilligt und daneben meist von internationalen Organisationen geplant, finanziert und durchgeführt wurden. Nach dem Ausbruch der togoischen Wirtschaftskrise 1979 agierten bundesdeutsche Akteure in Togo prinzipiell nur noch im Rahmen supranationaler oder parastaatlicher Institutionen, wie beispielsweise des IWF oder der KfW.

46 Siehe Vortragsentwurf des Wirtschaftsreferenten der deutschen Botschaft in Lomé Johannes Dohmes, Möglichkeiten und Probleme in der Entwicklungspolitik, Juli 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 6907, S. 1. Zur Geschichte der OECD und den Aufgaben des DAC siehe OECD (Hg.): DAC in Dates. The History of OECD's Development Assistance Committee, 2006, URL: <https://www.oecd.org/dac/1896808.pdf#page=10> (abgerufen am 10.1.2024), S. 7.

Zwischenfazit

Der Wandel der bundesdeutschen Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren hatte seine Wurzeln zum einen in innenpolitischen Veränderungen und zum anderen in wirtschaftlichen Umbruchprozessen. Diese prägten den gesellschaftlichen Rahmen, in dem Entwicklungspolitik gestaltet werden konnte, neu. Während die Studentenbewegung, zivilgesellschaftliche Akteure und die Massenmedien zu einer veränderten Betrachtung der sogenannten Dritten Welt beitrugen, hatte der bundesdeutsche Rückzug aus der Entwicklungspolitik im Wesentlichen ökonomische Motive. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in vielen afrikanischen Staaten waren wirtschaftliche Wandlungsprozesse während der 1970er Jahre verantwortlich für die Neuerungen im entwicklungspolitischen Bereich. In der Bundesrepublik geriet die Vergabepraxis von Mitteln der Technischen und Kapitalhilfe bereits ab 1970 in die Kritik. Publizisten wie auch Parlamentarier bemängelten die hohen Kosten, die für die Einhaltung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen anfielen; sie seien ungerechtfertigt und stünden in keinem Verhältnis zum politischen »Ertrag«. Die Gefahr eines »Dominoeffekts« kommunistischer Umstürze war am Ende der 1960er Jahre in Afrika kaum mehr gegeben. Die meisten der nach der Unabhängigkeit an die Macht gekommenen linken oder sozialistischen Regierungen waren durch rechtsgerichtete Militärputsche beseitigt worden oder hielten infolge der bundesdeutschen Drohung mit der Hallstein-Doktrin bereitwillig ihre Neutralität aufrecht, die in der Praxis einer Westbindung gleichkam. Aus diesem Grund war die politische Komponente der Entwicklungspolitik, die von der Bundesregierung, dem BMZ und dem Auswärtigem Amt selbst während der »Entwicklungsdekade« 1960-1970 häufig als Begründung der substantiellen Ausgaben herangezogen wurde, bereits vor der Ratifizierung des Grundlagenvertrags obsolet geworden.

Die politischen Weichenstellungen am Beginn der 1970er Jahre hatten zwar einen unmittelbaren Effekt auf die Vergabepraxis entwicklungspolitischer Maßnahmen, die jedoch von einer längerfristigen wirtschaftlichen Trendumkehr überlagert wurde. Während die Wirtschaftlichkeit der Entwicklungspolitik aufgrund des damit verbundenen Zugewinns an politischem Kapital zuvor selten infrage gestellt wurde, änderte sich dies aufgrund globaler ökonomischer Transformationsprozesse bereits ab dem Ende der 1960er Jahre. So waren die ökonomischen Begründungen für die in Togo durchgeführten Entwicklungshilfemaßnahmen, die prinzipiell auf eine Erhöhung der Produktion von Cash Crops für den Export und ein dadurch erzeugtes Wirtschaftswachstum ausgerichtet waren, durch die Erschließung latein- und südamerikanischer Lieferanten hinfällig geworden.

Die Transformation der bundesdeutschen Industrie sorgte darüber hinaus für eine Verschiebung im Bereich der für die Produktion benötigten Rohstoffe. Während zuvor die Bereitstellung von erschwinglichen »exotischen« cash crop-Erzeugnissen wie Kaffee, Kakao oder Bananen die Zufriedenheit der Bevölkerung – und damit auch die Akzeptanz der westdeutschen Demokratie – erhöhte, waren nun andere Rohstoffe von größerer Bedeutung. Mithin erfolgte ein Wandel von den klassischen »Kolonialwaren«, die seit der Industrialisierung den afrikanischen Handel bestimmten, hin zu immer weiter spezialisierten Produkten, wie elektrotechnischer Komponenten und Kunststoffe, die die afrikanischen Staaten nicht liefern konnten.

Die außenpolitischen Wandlungsprozesse, deren bedeutendster in diesem Zusammenhang die Ratifizierung des Grundlagenvertrags mit der DDR war, wirkten dagegen wesentlich unmittelbarer und tiefgreifender. Die damit zusammenhängenden Anpassungen der Entwicklungspolitik wurden relativ abrupt vollzogen. Bereits 1973 wurde in Togo mit der Abwicklung von Projekten der Technischen Hilfe und mit der starken Kürzung der Kapitalhilfe begonnen; bis 1976 erfolgte ein quasi vollständiger Rückzug aus den verbliebenen Entwicklungsprojekten im Land. Der Grundlagenvertrag ist mit seinen Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik dennoch nicht als Zäsur zu sehen, sondern eher als Kulminationspunkt aus bereits zuvor ablaufenden politischen Transformationsprozessen in Afrika und in der Bundesrepublik.

6. Vom »development project« zum Polizeistaat Die Machtübernahme Gnassingbé Eyadémas

»Auch Kritiker des Regimes müssen jedoch anerkennen, dass es der Regierung gelungen ist, das Ausland von seiner Stabilität und Seriosität zu überzeugen und damit für das Land und dessen Entwicklung günstige Ausgangspositionen zu schaffen.«

Diese bilanzierende Einschätzung der Regierung Togos übermittelte Harald Ganns, Mitarbeiter der bundesdeutschen Botschaft in Lomé, 1971 an das Auswärtige Amt.¹ Und tatsächlich schien sich die togoische Regierung nach Jahren innenpolitischer Querelen am Ende der 1960er Jahre auf einem hoffnungsvollen Kurs zu befinden, der Stabilität und Wohlstand für die Bevölkerung zu garantieren schien. Der »Zweite Putsch« Gnassingbé Eyadémas zu Beginn des Jahres 1967 hatte zunächst nicht – wie in Togo und dem Ausland befürchtet – zur Etablierung einer Militärdiktatur geführt, sondern im Gegenteil eine Politik der »nationalen Versöhnung« in die Wege geleitet, die Oppositionelle und Regierungsvertreter an einen Tisch brachte.² Gleichzeitig erreichte das Wirtschaftswachstum zur selben Zeit hohe, teilweise zweistellige Prozentwerte, die durch Regierungsprogramme und entsprechende Gesetze zu einem Lohnzuwachs für einen Großteil der Bevölkerung führten.

Möglich war dies dank steigender Weltmarktpreise für Phosphat, das bis zur Mitte der 1970er Jahre zum weitaus wichtigsten Exportgut der togoischen Wirtschaft avancierte und einen starken staatlichen Investitionsboom auslöste. Das zeitgenössische, von der regierungstreuen Presse inszenierte Image Togos als »Schweiz Afrikas« schien durch das Wirtschaftswachstum, die innenpolitische Stabilität und die guten Beziehungen zur westlichen Welt, insbesondere zu Frankreich und der Bundesrepublik, gerechtfertigt zu sein. Das neue gestalterische Selbstbewusstsein der togoischen Regierung ging dabei mit Plänen einher, einen eigenständigen Zugang zum Weltmarkt herzustellen und sich aus der bisherigen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frankreich und der Bundesrepublik zu lösen. In Anknüpfung an die modernisierungstheoretisch legitimierten Großprojekte der 1960er Jahre sollten eigenständige Industriekapazitäten Togo

1 Siehe Bericht von Harald Ganns an das Auswärtige Amt, Innen- und außenpolitische Entwicklung in Togo, 19. August 1971, PA AA, AA, BAV LOME 9610, S. 1.

2 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 22. März 1967, PA AA, AA, BAV LOME 9600, S. 1.

nun vom Empfänger Technischer und Kapitalhilfe zu einem Zentrum der verarbeitenden Industrie in Westafrika machen und großzügig geplante Hotelanlagen und Attraktionen Touristen aus der ganzen Welt in das Land locken.

Die togoische Innenpolitik stand zu dieser Zeit im Zeichen der Gründung der Sammlungsbewegung »Rassemblement du peuple togolais« (RPT) im Jahr 1969, die die Politik der »nationalen Versöhnung« sukzessive beendete und in den folgenden Jahren durch immer autoritärere Maßnahmen Gewerkschafter, Oppositionsführer und andere unliebsame Personen in das Exil oder den Untergrund trieb.³ Daneben implementierte die Regierung immer striktere administrative Vorgaben, die die Macht der RPT und die Alleinherrschaft Eyadémas rechtlich absichern sollten, während die letzten Reste an noch legaler oppositioneller Tätigkeit endgültig kriminalisiert wurden.⁴ Obwohl Eyadéma zu Beginn der 1970er Jahre unzweifelhaft am Zenit seiner politischen Karriere stand, begann zu dieser Zeit der autoritäre Umbau des politischen Systems in Togo, das sich vom bisherigen Einparteien-Hybridregime zu einem komplexen, neopatrimonialen Geflecht aus militärischer Machtausübung und der Kontrolle über neu gegründete halbstaatliche Unternehmen wandelte. Der politische Transformationsprozess wurde dabei von einem ausufernden Eyadéma-Personenkult flankiert, der sich Massenpropaganda, christlicher Symbolik und messianischer Versprechungen bediente.

In diesem Kapitel soll angesichts dieser miteinander verbundenen wirtschaftlichen und innenpolitischen Umbrüche, die Togo in den 1970er Jahren prägten, nach den Ursachen für die Rekonfiguration der politischen Kultur Togos gefragt werden. Dabei steht insbesondere der Aspekt der Verflechtung von politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Kontrolle im Vordergrund. Welche Motive und Ziele bestimmten Eyadémas Wirtschaftspolitik in jener Zeit? Welche Maßnahmen wurden dabei implementiert und welches Resultat zeitigten sie? Wie verhielten sich die wirtschaftlichen Pläne und Maßnahmen zu den politischen Entscheidungen und welche Konsequenzen folgten daraus? Wie veränderten sich Ziele und Absichten der togoischen Innen- und Außenpolitik in den 1970er Jahren?

Nach McMichaels Periodisierung des »development project« und des »globalization project« stand Togo zu Beginn der 1970er Jahre am Übergang zwischen beiden Perioden.⁵ Aus den Quellen lässt sich die Schluss-

3 Ebd. u. den Bericht des Botschaftsmitarbeiters Maier-Oswald an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 21. Mai 1968, ebd.

4 Ebd.

5 Vgl. McMichael, *Development and Social Change*, Thousand Oaks 2008, S. 149.

folgerung ziehen, dass die Transformationsprozesse in Wirtschaft und Politik bis zur Mitte der 1970er Jahre prinzipiell abgeschlossen waren. Dies hatte nicht zuletzt einen wesentlich selbstbewussteren Umgang Togos mit anderen, vornehmlich europäischen Staaten zur Folge. In der westlichen Welt war der Übergang zum »globalization project« hinsichtlich Afrikas vor allem von der Multilateralisierung vormals bilateraler Aufgaben und Kooperationen gekennzeichnet, was sich insbesondere in entwicklungspolitischen Fragen deutlich zeigte.

Togos einseitige Abhängigkeit vom Phosphatexport offenbarte jedoch ihre Schattenseiten, als der Weltmarktpreis 1975 zusammenbrach und die hohen Ausgaben, die die endemische Korruption in den mittlerweile systemimmanenten halbstaatlichen Unternehmen verursachte, zu einer Rezession führten. Nachdem Togo ab 1979 seinen Zahlungsverpflichtungen endgültig nicht mehr nachkommen konnte, war auch bei den wohlwollendsten Beobachtern – zu denen das BMZ definitiv gehörte – nicht mehr zu leugnen, dass eine schwere Rezession bevorstand, die eine komplette Umstrukturierung der wirtschaftlichen Basis nach sich ziehen würde. In der Folge wurde Togo 1983 einem der ersten Strukturadaptierungsprogramme des IWF unterstellt, das die wirtschaftliche Autonomie des Landes vollkommen aufhob und gravierende Konsequenzen für die Regierung und die Bevölkerung hatte.⁶

Der Einbruch des Phosphatpreises war für Togo angesichts der einschneidenden Umbrüche, die sich dadurch ergaben, eine Zäsur. Er soll hier als Kristallisationspunkt für die Untersuchung des Übergangs zum »globalization project« dienen. Im Zentrum steht dabei das togoische Regierungshandeln, das im Hinblick auf die einsetzende Wirtschaftskrise in den Blick genommen werden soll. Zudem sollen die seinerzeitigen Wandlungen im Verhältnis Togos zur Bundesrepublik hinsichtlich entwicklungspolitischer Motive analysiert werden. Welche Konsequenzen ergaben sich daraus für die jeweiligen Reaktionen beider Regierungen auf die Krise? Welche in- und extrinsischen Faktoren waren für die Entwicklung der Krise ausschlaggebend?

6 Vgl. Mbaye, Sanou: Die Globalisierung bannt Schwarzafrika in die Rolle des Rohstofflieferanten, in: *Le monde diplomatique* 13.6.1997, S. 4 f.

Die Innenpolitik und Wirtschaft der zweiten togoischen Republik

1967 putschte das togoische Militär zum zweiten Mal nach 1963 und beendete die vierjährige »Zweite Republik« unter Präsident Grunitzky. Nun übernahm Gnassingbé Eyadéma die Macht, und Togo ging in einen Prozess der innenpolitischen Konsolidierung über. Ein vom eigens eingesetzten Rat der »Nationalen Versöhnung« ins Leben gerufener Runder Tisch, dessen Teilnehmer aus der Militärregierung, den Kirchen und Oppositionsparteien sowie anderen gesellschaftlichen Interessenvertretungen stammten, sollte die politische Repräsentation breiter Bevölkerungsschichten sicherstellen.⁷ Neben dem künftigen innenpolitischen Kurs stand dabei die Frage im Zentrum, wie sich die seit 1960 prinzipiell unveränderte wirtschaftliche Situation, die von hohen Staatsschulden, hoher Arbeitslosigkeit und einem entsprechend großen informellen Sektor geprägt war, verbessern ließe.⁸

Die von Präsident Olympio verfolgte und von Präsident Grunitzky weitergeführte Strategie der Deregulierung, die durch Steuererleichterungen und Subventionen einen Schub ausländischer Investitionen bewirken sollte, hatte zusammen mit den im Ausland aufgenommenen Krediten für die modernisierungstheoretisch ausgerichtete Infrastrukturpolitik hohe Zinsverbindlichkeiten gegenüber der Bundesrepublik und Frankreich erzeugt.⁹ Botschafter Rudolf von Wistinghausen stellte dementsprechend fest, dass der deutsche Anteil am togoischen Außenhandel von 1963 bis 1968 um 450 Prozent gestiegen sei. Die im Rahmen der Technischen und Kapitalhilfe gelieferten Güter, wozu beispielsweise auch das Hafenprojekt gehörte, waren hier miteinbezogen.¹⁰ Das

7 Vgl. Länderaufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Republik Togo, 1. Februar 1968, BAArch Koblenz B213 03931, S. 2.

8 In den Jahren 1961 bis 1970 wurde der togoische Staatshaushalt im Durchschnitt zu 64 % von externen Quellen wie beispielsweise durch Kreditvergaben und Entwicklungsmaßnahmen finanziert und lag damit vergleichsweise im Mittelfeld; demgegenüber erhielten Mali zu 86 %, Dahomey zu 68 %, Senegal zu 59 % und die Elfenbeinküste zu 39 % auswärtige Finanzierung. Siehe Bonnetcase, Vincent: *La pauvreté au Sahel. Du savoir colonial à la mesure internationale*, Paris 2011, S. 197.

9 Länderaufzeichnung über die Republik Togo, 1. Februar 1968, S. 3.

10 Siehe ebd. Die Daten zeigen, dass Togo Jahr für Jahr etwa 2 % seines Staatshaushalts als Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik akkumulierte. Das togoische Exportvolumen nach Deutschland belief sich 1966 auf 14,4 Millionen DM (5,8 % der Gesamtausfuhren) und beinhaltete hauptsächlich Phosphat, Kakao, Kaffee und Palmöl, während die Bundesrepublik Maschinen, Stahl, Kraftfahrzeuge und Elektrogeräte im Wert von 19 Millionen DM (12,3 % der Gesamteinfuhren) nach Togo exportierte. Vgl. ebd.

»nahezu liberale Wirtschaftssystem« könne, so von Wistinghausen, »vom deutschen Handel gut genutzt werden«, wobei sich allerdings eine »sehr erhebliche Beschränkung« aus der inflations- und arbeitsmarktbedingten »völlig unzureichenden Kaufkraft der Bevölkerung« ergebe.¹¹ Die hohe Arbeitslosigkeit war vonseiten der togoischen Regierung bislang weniger als wirtschaftliches oder soziales Problem, sondern vor allen Dingen als Gefahr für die Regierung betrachtet worden, der mit immer autoritäreren Gesetzen und Verordnungen entgegengewirkt werden sollte. Angesichts der diffizilen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gemengelage versuchte Grunitzky, neue Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erproben und damit die Legitimation seiner Regierung zu erhöhen. Dazu gehörte die von Olympio noch kategorisch abgelehnte wirtschaftliche Annäherung an Frankreich, die schließlich zum Beitritt Togos zur »Union monétaire ouest-africaine« (UMOA) führte. Weitaus bedeutender war aber der 1966 gefasste Entschluss, die Wirtschaft künftig stärker staatlich zu lenken und in Fünfjahresplänen zu entwickeln. Dabei sollte der bisherige Laissez-faire-Charakter zwar bewahrt und möglichst hohe ausländische Investitionen eingeworben werden. Die togoische Regierung wollte nun jedoch die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte hinsichtlich der erwünschten Wirtschaftszweige vorgeben. Der damalige Arbeitsminister Mivédor erklärte dazu rückblickend, dass »l'État togolais, qu'il le souhaite ou non, est devenu le moteur du développement économique de notre pays«, wofür die Kriterien der politischen Stabilität, wirtschaftlicher Liberalismus und die Einrichtung von staatlichen Finanzstrukturen, wie einer Entwicklungsbank, entscheidend gewesen seien.¹² Der erste Plan, dessen Hauptaugenmerk auf der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und dem Verkauf der Cash Crops lag, sollte die bisherigen »structures institutionnelles plus ou moins bien coordonnées, des investissements insuffisants et pas toujours judicieusement orientés« vereinheitlichen und einer zielgerichteteren Verwendung zuführen.¹³

11 Ebd., S. 4.

12 Siehe Troisième Conseil national du R.P.T., tenu à Lomé du 6 au 9 novembre 1978, Dakar, Nouvelles Éd. africaines, 1979, S. 40, zit. n. Toulabur, Comi M.: Le Togo sous Eyadéma, Paris 1986, S. 251. Übers.: »[...] der togoische Staat, ob er es will oder nicht, zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes geworden ist«.

13 Siehe Schwartz, Alfred: Quatre Plans Quinquennaux de Développement au Togo 1966-1985. Les politiques sectorielles, mythes et réalités, Marseille 1984, URL: <https://core.ac.uk/download/pdf/39873493.pdf> (abgerufen am 10.1.2024), S. 1. Übers.: »[...] mehr oder weniger gut koordinierte institutionelle Strukturen, unzureichende und nicht immer sinnvoll ausgerichtete Investitionen«.

Die neue Strategie der Fünfjahrespläne war jedoch in der Bevölkerung wenig beliebt. Dies galt auch generell für Grunitzkys Präsidentschaft. Seine Amtszeit als Premierminister während der togoischen Autonomie von 1956 bis 1958 war insbesondere in CUT-loyalen Bevölkerungskreisen in schlechter Erinnerung, die die von ihm mitgegründeten Parti »togolais du progrès (PTP)« als von der französischen Kolonialverwaltung unterstützte Marionettenregierung wahrgenommen hatten.¹⁴ Die nach 1963 beinahe ostentativ vorangetriebene Annäherung an Frankreich erwies sich daher als Hypothek für die ohnehin fragile gesellschaftliche und politische Stabilität nach dem Putsch. Auch Grunitzkys Pläne eines Interessenausgleichs, die er zumindest rhetorisch häufig bemühte, änderten daran nichts. Gegenüber dem damaligen bundesdeutschen Botschafter Török beklagte er nach einem knappen Jahr im Amt die schwierige wirtschaftliche und innenpolitische Lage und ließ verlauten, er fürchte sich vor der »Unterstützung sein und [Vizepräsident] Meatchis Leben bedrohender subversiver Elemente durch guineische und nigerianische Regierung«.¹⁵ Damit gemeint waren ehemalige Olympio- beziehungsweise CUT-Anhänger, von denen viele nach dem Putsch aus Angst vor Verhaftungen und Racheakten in die togoischen Nachbarländer geflohen waren. Die vermeintliche Sorge vor einem aus dem Ausland, insbesondere aus Ghana, organisierten Umsturz war bereits von Olympio als Vorwand genutzt worden, um autoritäre Maßnahmen durchzusetzen: Die Einführung der auf die CUT und den Präsidenten zentrierten Verfassung im April 1961 und das anschließende Verbot oppositioneller Parteien waren teilweise mit angeblichen oder tatsächlichen subversiven Aktionen ausländischer »Agenten« begründet worden. Katharine Skinner betont beispielsweise, dass der französische Botschafter in Ghana, Louis de Guiringaud, bereits im Frühling 1960 »his concern that Ghana would use the Togoles Independence celebrations [...] as an opportunity to annex Togo« äußerte und eine Nachricht an den französischen UN-Botschafter gesandt habe.¹⁶

Die schwache Position Grunitzkys, der in der Bevölkerung wenig Ansehen genoss und kaum Erfolge bei der Verbesserung der wirtschaftlichen

14 Siehe Toulabor, Comi M.: Voter en Afrique. Différenciations et comparaison, Kolloquium des Centre d'Etude d'Afrique Noire – Institut d'études politiques de Bordeaux, 7.-8. März 2002, URL: <https://web.archive.org/web/20160304073248/http://www.afrology.com/pol/pdf/togoelec.pdf> (abgerufen am 8.9.2022).

15 Siehe Bericht des Botschafters Török für die deutsche Botschaft in Lomé, Besprechung Grunitzky-Török am 6.1.1964, 8. Januar 1964, PA AA, AA, B 130 2278A, S. 1. Antoine Meatchi war zwischen 1963 und 1966 Vizepräsident und Finanzminister Togos.

16 Siehe Skinner, The Fruits of Freedom, S. 187.

Situation vorweisen konnte, wurde unterdessen immer deutlicher sichtbar. Das Militär, das ihn ursprünglich an die Macht gebracht hatte, begann ab 1965 damit, einen immer stärkeren Einfluss auf die Regierung auszuüben, und verbündete sich dafür mit Vizepräsident Meatchi. Renate Helm verweist darauf, dass Meatchi »nie einen Hehl daraus gemacht« habe, »dass er eines Tages die führende Rolle im Staat zu übernehmen gedachte« und darin von den Führungskreisen des Militärs immer wieder bestärkt worden sei.¹⁷ Hauptmann Gnassingbé Eyadéma, der als wahrscheinlicher Mörder Olympios eine führende Rolle beim Putsch 1963 gespielt hatte, mischte sich über seinen Vertrauten Meatchi immer offener in die politischen Entscheidungen Grunitzkys ein. Da Meatchi als Symbolfigur des gegen die CUT gerichteten, prinzipiell eher dem jetzigen Regierungskurs zugeneigten Nordens galt und darüber hinaus als Vizepräsident strafrechtliche Immunität genoss, blieben Grunitzkys Handlungsmöglichkeiten limitiert.¹⁸ Nach Bekanntwerden der Intrige leitete Grunitzky eine Verfassungsänderung ein, die das Amt des Vizepräsidenten beseitigen sollte. Aufgrund des starken Rückhalts im Norden führte diese geplante Absetzung Meatchis, so Helm, »angesichts des jetzt offen zutage getretenen Konfliktes« aber zu einer weiteren massiven Schwächung Grunitzkys ab Herbst 1966. Eine Vielzahl von zum Teil gewalttätigen Demonstrationen und ein Attentatsversuch waren die Folge.¹⁹ Gleichzeitig schwand die Unterstützung des Militärs, in dem Eyadéma mittlerweile eine Schlüsselrolle eingenommen hatte. Seine Unterstützung Grunitzkys war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass er im Falle einer erneuten Machtübernahme von CUT-Sympathisanten mit seiner Verhaftung und Verurteilung für seine Rolle bei der Ermordung Olympios rechnen musste. Angesichts der aus seiner Sicht untragbaren Schwäche Grunitzkys und der damit verbundenen Gefahr einer Rückkehr der CUT an die Macht, begannen Ende 1966 die Vorbereitungen für einen erneuten Putsch und die vollständige Machtübernahme durch das Militär.²⁰

17 Siehe Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 83

18 Ebd.

19 Ebd., S. 84.

20 Vgl. Seely/Decalo, Historical Dictionary of Togo, S. 163.

Eyadémas Experimente. Innenpolitische Entwicklungen und wirtschaftliche Transformationsprozesse in Togo 1967-1974

Nach Abschluss der Vorbereitungen putschte Eyadéma mithilfe eines von ihm zusammengestellten Kommandos schließlich am 13. Januar 1967. Das Datum wurde bewusst ausgewählt, da Olympio exakt vier Jahre zuvor am selben Tag ermordet worden war und dies in der CUT-loyalen Bevölkerung einen hohen symbolischen Stellenwert besaß. Der Eyadéma aus der gemeinsamen Armeezeit in den 1950er Jahren bekannte Kléber Dadjo wurde zunächst als Vorsitzender der Militärjunta an der Spitze der neuen Regierung installiert, während Grunitzky in die Elfenbeinküste floh.²¹ Nach einer Zeit der Machtkonsolidierung übernahm Eyadéma am 14. April persönlich die Führung und ernannte Dadjo zum Justizminister der neuen Regierung.

Bereits früh fiel Eyadéma, der nach der Machtübernahme seinen französischen Vornamen Étienne abgelegt hatte und sich fortan nur noch Eyadéma (»Mut« in der Kabiyé-Sprache) nannte, mit der Errichtung eines auf ihn zugeschnittenen Personenkults auf. Stand der Beginn seiner Herrschaft noch unter verhältnismäßig inklusiven und toleranten Vorzeichen, so wandelte sie sich nach wenigen Monaten bereits wieder in eine alleinige Herrschaft des Militärs unter seiner Führung.²² Seine Macht etablierte er daraufhin – zum Teil auf Empfehlung des französischen Außenministeriums – auf der Grundlage von militärischer Gewalt, der Drohung mit Gewalt und einem komplexen Geflecht aus öffentlich gestreuten Halbwahrheiten und Gerüchten.²³ So ließ er beispielsweise am 10. Dezember 1968 in den frühen Morgenstunden ein großangelegtes Militärmanöver mitten in Lomé abhalten, das unter realistischen Bedingungen bürgerkriegsähnliche Gefechte in der Stadt simulieren sollte. Der bundesdeutsche Botschaftsmitarbeiter Maier-Oswald meldete an das Auswärtige Amt, der togoische Außenminister Hunlédé habe ihm und den Chefs der anderen Botschaften mitgeteilt, »man solle nicht erschrecken, wenn man in den Morgenstunden Schüsse höre« und die Stromversorgung längere Zeit unterbrochen werde.²⁴ Zum Einsatz kamen 800 Soldaten und Offiziere, deren harsches Auftreten zusammen mit einigen gepanzerten

21 Vgl. Lentz, Harris M.: *Heads of States and Governments. A Worldwide Encyclopedia of Over 2300 Leaders 1945 through 1992*, Oxon 2013 [1. Aufl. 1993], S. 754.

22 Vgl. Helm, *Politische Herrschaft in Togo*, S. 91 u. 130.

23 Vgl. Heilbrunn, *Presidential Term Limits in Togo*, S. 209.

24 Siehe Bericht des Botschaftsmitarbeiters Maier-Oswald an das Auswärtige Amt, Manöver der togoischen Streitkräfte in der Hauptstadt Lomé am 10.12.1968, 18. Dezember 1968, PA AA, AA, BAV LOME 9600, S. 1.

Fahrzeugen, der »jüngste[n] Lieferung französischer Militärhilfe«, Über-
 raschung und »Befremden« unter allen Botschaftsmitarbeitern ausgelöst
 habe – mit Ausnahme der französischen, die bereits im Vorfeld durch die
 in Togo anwesenden Militärberater darüber informiert worden seien.²⁵
 Das Ziel der Aktion sei laut Maier-Oswald klar gewesen, »die Loméer
 Bourgeoisie einzuschüchtern und alle oppositionellen Elemente eindring-
 lich zu warnen, daß die Armee sich nicht scheuen werde, bei inneren Un-
 ruhen Gewalt anzuwenden«. Dies habe Eyadéma selbst damit begründet,
 dass »man [...] den furchtsamen Leuten aus dem Süden die Faust zeigen
 [müsse], um sie zur Raison zu bringen«.²⁶ Der Verweis auf die »furcht-
 samen Leute aus dem Süden« war dabei als Anspielung auf den seit der
 deutschen Kolonialherrschaft bestehenden Gegensatz zwischen dem Nor-
 den und dem Süden Togos zu verstehen. In der vorkolonialen Zeit waren
 gesellschaftliche Unterschiede und Differenzen hauptsächlich aufgrund
 ethnischer Zugehörigkeiten definiert worden. Durch die Kolonialherr-
 schaft hatte sich eine Privilegierung des Südens und der Ewe-Bevölkerung
 etabliert, die mit einer strukturell bedingten wirtschaftlichen und sozialen
 Ungleichheit bzw. Benachteiligung des Nordens einherging. Nach der to-
 goischen Unabhängigkeit war aus diesem Grund neben der Regierung der
 größte Teil der Beamtenschaft in den zentralen administrativen Stellen mit
 Ewe-Angehörigen aus dem Süden besetzt, was wiederum zu Ressentiments
 unter den in die Städte strömenden Menschen aus dem Norden führte.

Eyadéma, der wie viele seiner Minister aus dem Norden stammte, in-
 itiierte 1969 angesichts der vermeintlich dominierenden Ewe-Positionen
 die Gründung der »Rassemblement du peuple togolais« (RPT). Als gesell-
 schaftsübergreifende Sammlungsbewegung angelegt, sollte die Gründung
 inmitten der Ewe-dominierten Hauptstadt nach außen den Anschein er-
 wecken, dass der Nord-Süd-Gegensatz unter der neuen Regierung auf-
 gehoben werden würde. Durch den Massencharakter legitimiert, sollte
 die RPT mithin als imaginierte Vertretung der ganzen togoischen Be-
 völkerung die bereits nur noch im Untergrund oder aus dem Ausland
 agierenden Oppositionsbewegungen überflüssig machen. Unter dem Vor-
 wand der togoischen Einheit trieb die Regierung im Anschluss die zuvor
 noch umworbenen letzten Reste der Gewerkschaften oder oppositionel-
 len Parteien brutal in das Exil oder die Gefängnisse.

Trotz intensiver Propagandabemühungen in den Städten und länd-
 lichen Gebieten des Nordens erreichte die RPT allerdings nicht die von
 der Regierung angestrebte Popularität in der Bevölkerung. Der offen-

25 Ebd.

26 Ebd., S. 2.

sichtliche Charakter der Partei als gegen die CUT gerichtete Interessenvertretung des Nordens sorgte für wenig Zuspruch in den Städten und den ruralen CUT-Hochburgen wie Kpalimé. Aus diesem Grund traten – trotz des laut Botschaftsmitarbeiter Harald Ganns »recht beeindruckenden Ausmaßes« der Massenbewegung – nach kurzer Zeit immer striktere Zwangsmaßnahmen an die Stelle freiwilliger Überzeugungsarbeit.²⁷ Obwohl die RPT einen konstanten Zulauf verzeichnete, steigerte dies nach Einschätzung der deutschen Botschaft »nicht jedoch die von der RPT ausgehende Überzeugungskraft oder gar deren Beliebtheit«, sondern habe stattdessen der ohnehin überlasteten Verwaltung geschadet, da »die neuen Gesichter meist eher weniger als mehr Qualität bedeuten«.²⁸

Die Gründung der RPT brachte Eyadéma darüber hinaus auf politische Distanz zur Bundesrepublik. Botschafter von Wistinghausen bezeichnete die politische Stoßrichtung der RPT als »bedenklich«, da Eyadéma die Erfolge der Sowjetunion als Vorbild für die Einheitspartei genannt habe.²⁹ Demnach habe der Präsident in der Gründungsansprache betont, dass die »im Vergleich zum Westen unterentwickelt gewesenen sozialistischen Länder Europas und besonders die Sowjetunion« es fertiggebracht hätten, »sich in einem halben Jahrhundert fast auf das Niveau des Westens zu entwickeln, und in diesen Ländern regierten Regime mit Einheitsparteien«.³⁰ In einem weiteren Bericht warf von Wistinghausen die Frage auf, ob für die togoische Regierung »durch die Anwendung einer sozialistischen Diktion eine spätere Annäherung an den Osten erleichtert werden könnte«, da »die neue deutsche Ostpolitik [eine] solche Entwicklung [leider] fraglos erleichtern« werde.³¹

Angesichts des durchwachsenen Erfolgs in der Mitgliederwerbung lenkte Eyadéma seine Bemühungen zur Disziplinierung der Bevölkerung indessen bald in Richtung einer hybriden Strategie der Machtausübung. Die Propaganda der Sammlungsbewegung sollte eine Geschlossenheit nach innen vermitteln, während reale oder konstruierte Bedrohungen von »außen« – ein »Außen«, das sich auch innerhalb der togoischen Bevölkerung befinden konnte – das harte Durchgreifen notfalls mit militä-

27 Siehe Bericht von Botschaftsmitarbeiter Harald Ganns an das Auswärtige Amt, Innen- und außenpolitische Entwicklung in Togo, 19. August 1971, PA AA, AA, BAV LOME 9610, S. 1.

28 Ebd.

29 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Gründung des »Rassemblement du Peuple Togolais«, 5. Dezember 1969, ebd., S. 2.

30 Ebd.

31 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 23. Dezember 1969, ebd., S. 2.

rischen Mitteln legitimieren sollten. Das Militärmanöver im Dezember 1968 wurde damit zu einem ersten Testlauf des neuen Politikstils. Einige Monate später demonstrierte Eyadéma ein weiteres Beispiel seiner neuen Innenpolitik. Er ließ durch Kanäle der RPT Mitte August 1969 im Land Gerüchte verbreiten, dass er von seinem Koch und zweier seiner Brüder vergiftet worden sei und nur knapp dem Tod habe entkommen können.³² Die angeblichen Verschwörer seien verhaftet worden und geständig, allerdings hätten die togoischen Behörden nichts über die Hintermänner in Erfahrung bringen können – womit der Vorfall scheinbar erledigt war und in der Presse nie wieder thematisiert wurde.³³ Das inszenierte Attentat verfehlte seine Wirkung jedoch nicht, die Ängste und Sympathien der Bevölkerung waren geweckt. Nur zwei Wochen später lud Eyadéma dann, bei bester Gesundheit, Botschafter von Wistinghausen und den französischen Botschafter ein, ihn mitsamt dem ganzen Kabinett auf eine Reise nach Kpalimé in die Circonscription Klotu zu begleiten. Wie von Wistinghausen beinahe sarkastisch berichtete, sei Eyadéma, nachdem er den »Segen der Götter« erhalten habe, von den anwesenden Bürgermeistern und Häuptlingen mit den »bei solchen Anlässen üblichen Lobhudeleien« bedacht worden. Im Anschluss habe Eyadéma über die innenpolitische Situation doziert und dabei erläutert, dass die Armee 1967 die Macht habe übernehmen müssen, da »die bisherigen politischen Parteien es nicht verstanden hätten, Togo zu regieren«, und dieser Schritt in der Bevölkerung »allgemein begrüßt worden sei«.³⁴ In einer Sonderausgabe der »Togo-Presse« anlässlich des Besuchs war die Rede davon, die Bevölkerung sei beim Anblick des Präsidenten gar in ein »Delirium« verfallen – obwohl laut von Wistinghausen nur wenige Menschen applaudiert hätten, da Kpalimé früher eine Hochburg von CUT- und Olympio-Unterstützern gewesen sei.³⁵ Wie der Botschafter schließlich selbst anmerkte, habe der Besuch in Kpalimé nicht dazu gedient, dem deutschen und französischen Botschafter eine Aufwartung und Ehrbezeugung zu erweisen, sondern schlicht »bei dieser Gelegenheit zu dokumentieren, wie gut die Beziehungen des Präsidenten zu Frankreich und Deutschland sind«.³⁶ Derartig inszenierte Besuche ausländischer, vornehmlich

32 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Angebliches Attentat auf Staatspräsidenten, 27. August 1969, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601, S. 1.

33 Ebd.

34 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 3. September 1969, ebd., S. 2.

35 Ebd., S. 4.

36 Ebd., S. 1.

Abb. 11: Artikel in der »Togo-Presse« über den angeblichen Putschversuch Kutukluis, Togo-Presse Nr. 2448, 10. August 1970, Archives Nationales du Togo, S. 1.

Bis Mitte 1970 hatten die Mobilisierungsbemühungen und Propagandakampagnen an Wirkung verloren und die RPT verzeichnete immer weniger neue Mitglieder. Daher sollte ein im August 1970 angeblich aufgedecktes Komplott des früheren Arbeitsministers Noé Kutuklui die Sympathien der Bevölkerung für die Regierung stärken. Bereits 1966 war Kutuklui die Vorbereitung eines Putsches vorgeworfen worden, woraufhin

er nach Benin ins Exil geflohen war. Nun berichtete die bundesdeutsche Botschaft von dem lancierten Vorwurf, Kutuklui habe einer Gruppe togoischer und dahomeischer Verschwörer Geld angeboten, um Eyadéma zu ermorden.³⁷ Die Söldner seien allerdings »höchst dilettantisch vorbereitet« gewesen und hätten sich für die Aktion auf ein Orakel dahomeischer Weissager verlassen, ohne jedoch über Ortskenntnisse, ausreichende Bewaffnung und Transportmöglichkeiten zu verfügen.³⁸ Der Putsch sei schließlich von Angehörigen der togoischen Armee vereitelt worden. Kutuklui hatte während der 1960er Jahre tatsächlich mehrmals versucht, gegen Eyadéma vorzugehen. Das Motiv für die Konstruktion dieser angeblichen Verschwörung ergibt sich aber wohl eher aus dem Umstand, dass Kutuklui 1966 einer der stärksten Befürworter eines Prozesses gegen Eyadéma wegen dessen Rolle bei der Ermordung Olympios war. Daneben war er als Sozialist ein scharfer Gegner der neuen Regierung und hatte sie in der Vergangenheit publizistisch häufig kritisiert. Der angebliche Putschversuch bot somit eine Rechtfertigung für ein exekutives Vorgehen gegen ihn und seine verbliebenen Unterstützer in Togo.³⁹

Abgesehen von derartigen propagandistischen Aktionen versuchte Eyadéma, auch auf kulturellem Gebiet seinen und den Einfluss der RPT auszuweiten. Der 13. Januar, der Tag der Machtübernahme des Militärs, war zum »Tag der Befreiung« ernannt worden und wurde jährlich mit Militärparaden, Fackelzügen, internationalen Ehrengästen und anderen staatlich inszenierten Festivitäten pompös gefeiert. Er sollte in seiner Bedeutung den 27. April, den Tag der Unabhängigkeit, überstrahlen, da die Unabhängigkeit im Allgemeinen als Olympios Vermächtnis betrachtet wurde und der Tag in den RPT-Kreisen dementsprechend unbeliebt war. Allerdings assoziierten viele Togoer den 13. Januar nach wie vor mit der Ermordung Olympios, sodass sie den Tag »keineswegs als einen Feiertag, sondern eher als einen Trauertag« wahrnahmen.⁴⁰ Eine Zeitschrift der

37 Siehe Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Umsturzversuch in Togo, 14. August 1970, ebd., S. 1.

38 Ebd.

39 Siehe ebd.; Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 245; Ziemer, Klaus: Togo, in: Sternberger, Dolf u. a. (Hg.): *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Politische Organisation und Repräsentation in Afrika*, Bd. 2, Berlin/New York 1978, S. 2177-2212, hier S. 2193. Ziemer interpretiert den Putsch als Versuch der Ewe, die Kontrolle über die Regierung zurückzuerlangen, jedoch deutet die Nachricht von Botschafter Söhnke an das Auswärtige Amt aufgrund der dort wiedergegebenen, unglaublich dilettantischen Vorbereitung des Attentats insbesondere im Kontext der schwächer werdenden RPT-Kampagne auf eine Verschwörung der Regierung hin.

40 Siehe Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, 3 Jahre Militär-Regime in Togo, 19. Januar 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 960., S. 2.

Regierung ermahnte die Bevölkerung, die »Ideologien der Partei« sollten bei jeder sich bietenden Gelegenheit »besungen und betanzt« werden, da es in Togo keine Aktivitäten gebe, »sei es im Haushalt, bei der Bestellung des Ackers, bei Geburtstagen [...] die nicht mit Gesängen und manchmal Tänzen« einhergehen würden.⁴¹

Die wirtschaftlichen Perspektiven Togos zwischen Putsch und Phosphatboom

Trotz der zwischenzeitlich systemimmanent gewordenen autoritären Züge der Regierung und der offen zur Schau gestellten Neigung zu Verschwörungstheorien war die deutsche Botschaft der Meinung, dass die Regierung Eyadéma zu Beginn der 1970er Jahre »eine der stabilsten in ganz Afrika« sei.⁴² Die integrative Kraft der Sammlungsbewegung habe – kombiniert mit dem durch die Armee zur Verfügung stehenden Unterdrückungsapparat – die Opposition effektiv unterminieren können und sei dabei wesentlich erfolgreicher gewesen, als zunächst von den europäischen Beobachtern vermutet worden sei.⁴³ 1970 und 1971 war vonseiten der deutschen Botschaft noch befürchtet worden, die Kritiker der innenpolitischen wie auch wirtschaftlichen Entwicklungen könnten Verbündete in der Armee gewinnen und so eine Regierungskrise verursachen. Nun wurde allerdings anerkannt, dass die »Veränderungen im Politischen Büro der Partei und in der Regierungsmannschaft« auf lange Sicht der Effizienz zuträglich gewesen« seien und selbst die bislang oppositionellen und unterdrückten Gewerkschaften sich »zusammen mit den diversen Jugend- und Frauenverbänden auf die Linie der RPT stellten«.⁴⁴

Dass die zunehmende Autokratisierung Togos vonseiten der deutschen Botschaft so positiv konnotiert wurde, ist hier als politische Konsequenz der Modernisierungstheorie sowie der zeitgenössischen Perspektiven der europäischen Integration zu betrachten. Wie Uwe Schmalz erläutert, seien »die deutschen Parteien und außenpolitischen Experten [...] bereits in den siebziger und achtziger Jahren zumeist von einem gegebenen Bestand europäischer außenpolitischer Interessen« ausgegangen, der aus den »gemeinsamen internationalen Herausforderungen und Bedrohungen

41 Siehe Noglo, *Die Legitimität des Staates*, S. 69.

42 Siehe Dossier der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Innen- und außenpolitische Entwicklung Togos, 20. März 1972, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601, S. 2.

43 Ebd.

44 Ebd., S. 3.

erwachsen sei«. ⁴⁵ Johannes Gerschewski und Wolfgang Merkel verweisen zudem darauf, dass – entgegen der Annahme eines auf Demokratisierung ausgerichteten »Modernisierungsautomatismus« – »Modernisierung auch Autokratisierung« nach sich ziehen könne. ⁴⁶ Die hohe Bedeutung, die das Auswärtige Amt der innenpolitischen Stabilität Togos beimaß, resultierte letztlich aus einer Kombination der europäischen außenwirtschaftlichen wie auch außenpolitischen Ambitionen, die sich auf eine Ausweitung des globalen Handels und die Eindämmung kommunistischer Einflüsse stützten. Dennoch verstärkte sich die Skepsis aufseiten der bundesdeutschen Akteure angesichts der sozialistischen Rhetorik und der autoritären Ausrichtung der RPT zu Beginn der 1970er Jahre deutlich. Die deutsch-togoischen Beziehungen verschlechterten sich zunehmend, da nach dem Ende respektive Scheitern der »Entwicklungsdekade« der 1960er Jahre die politischen und wirtschaftlichen Limitierungen, die mit dem neopatrimonialen Herrschaftssystem einhergingen, allmählich auch offiziell anerkannt wurden. In einem ungewöhnlich kritischen Tonfall bilanzierte Botschafter von Wistinghausen beispielsweise Anfang 1970, die Militärregierung habe »nicht begriffen, dass [es] von entscheidender Bedeutung ist, alle nur verfügbaren Mittel für die Hebung der Wirtschaft des Landes einzusetzen«. Das bisherige Wirtschaftswachstum in Togo sei nämlich »fast ausschließlich auf das Konto der technischen und der Kapitalhilfe des Auslandes und die Tätigkeit ausländischer Firmen und Einzelpersonen« zurückzuführen. ⁴⁷

Die weitgehend erfolgreiche Konsolidierung der Herrschaft Eyadémas war – neben der Ausschaltung der Opposition – maßgeblich auf die durch ausländische Gelder langsam eintretende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen. Seit dem Ende der 1960er Jahre hatten sich, dank gestiegener Exporteinnahmen im Kakao- und Phosphatexport, jährliche Wachstumsraten zwischen 7 und 10 Prozent ergeben. ⁴⁸ Bereits 1968 hatte Togo erstmals seit der Unabhängigkeit einen ausgeglichenen Haushalt erzielen können, und 1969 konnte es sogar einen geringen Überschuss erwirtschaften. Staatliche Maßnahmen wie Preisregulierungen für

45 Siehe Schmalz, Uwe: Deutschlands europäisierte Außenpolitik. Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP, Wiesbaden 2004, S. 233.

46 Siehe Gerschewski, Johannes/Merkel, Wolfgang: Stabilität autokratischer Herrschaften, in: Braml, Josef/Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hg.): Außenpolitik mit Autokratien, Berlin/München/Boston 2014, S. 43-57, hier S. 48.

47 Siehe Botschafter Rudolf von Wistinghausen, 3 Jahre Militär-Regime in Togo, 19. Januar 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601, S. 7.

48 Siehe Dossier der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Innen- und außenpolitische Entwicklung Togos, 20. März 1972, ebd., S. 2.

- 60 -

Table 17. Togo: Commodity Composition of Recorded Foreign Trade, 1969-73

(In millions of SDRs)^{1/}

	1969	1970	1971	1972	1973
Exports, f.o.b.	44.3	54.7	49.0	45.1	49.7
Phosphate	13.0	13.3	17.3	16.9	22.7
Cocoa	15.7	22.7	15.3	13.3	13.0
Coffee	6.7	9.4	8.6	9.4	6.5
Palm products	1.9	2.5	1.8	0.7	0.7
Cotton (ginned)	0.6	1.4	1.1	1.1	1.1
Groundnuts (shelled)	0.7	0.7	1.1	0.4	--
Manioc products	0.6	0.7	1.1	0.4	0.7
Other	5.1	4.0	2.7	2.9	5.0
Imports, c.i.f.	56.2	64.5	70.2	77.0	80.7
Consumption goods	32.7	37.5	37.5	40.3	41.0
Foodstuffs and beverages	(12.3)	(14.8)	(13.3)	(14.4)	(15.8)
Other	(20.4)	(22.7)	(24.2)	(25.9)	(25.2)
Intermediate goods	12.2	15.1	18.0	17.6	20.2
Petroleum products	(2.4)	(2.6)	(3.6)	(3.9)	(3.9)
Raw materials	(2.3)	(2.1)	(3.2)	(3.2)	(2.9)
Other	(7.5)	(10.4)	(11.2)	(10.5)	(13.4)
Capital goods	11.3	11.9	14.7	19.1	19.5
Trade balance	-11.9	-9.8	-21.2	-31.9	-31.0

Sources: Secrétariat d'Etat à la Présidence chargé du Commerce, du Plan et de l'Industrie, Direction de la Statistique, *Annuaire des Statistiques du Commerce Extérieur, Année 1971*; International Monetary Fund, *International Financial Statistics*; and data provided by the Togolese authorities.

^{1/} Figures for 1969 have been converted at the rate of CFAP 258.86 = SDR 1, which is a weighted arithmetic mean of the predevaluation and postdevaluation rates with weights 0.6108 and 0.3892, respectively. Figures for 1970-73 have been converted into SDRs at the rate of CFAP 277.71 = SDR 1.

Abb. 12: Tabellarische Übersicht des Export- und Importvolumens von Togo 1969-1973, International Monetary Fund Togo, Recent Economic Developments, 5. Februar 1974, BAarch Koblenz B 303 010737, S. 60.

Nahrungsmittel und eine aktive Lohnpolitik sorgten in der Bevölkerung für einen spürbaren Einkommenszuwachs.⁴⁹ Gehaltserhöhungen von 10 Prozent für Beamte und Angestellte im öffentlichen und privaten Sek-

⁴⁹ Siehe Bericht des Botschaftsmitarbeiters Ganns an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik – 4 Jahre Regierung Eyadéma, 27. Februar 1971, ebd., S. 1.

tor und eine Erhöhung des Budgets für die Chefs traditionels um bis zu 50 Prozent wurden von der Regierung als Erfolg des Fünfjahresplans und des Präsidenten gefeiert und von der Togo-Presse in zahlreichen Sonderartikeln bedacht.⁵⁰ Erkauft wurde die positive Entwicklung allerdings durch eine einseitige Ausrichtung auf die Landwirtschaft und die profitablen Monokulturen, deren Erträge stark von der Witterung und anderen klimatischen Faktoren sowie dem Weltmarktpreis abhängig waren. Ähnlich problematisch stellte sich in der Industriepolitik die Konzentration auf den Phosphatabbau dar, der sich hauptsächlich in den Händen der CTMB befand.

Die Problematik der mangelnden Diversifizierung wird bei der Betrachtung der wichtigsten togoischen Exportgüter, Kakao und Phosphat, in den Jahren 1969 bis 1973 in Abbildung 12 deutlich: Im Jahr 1969 wurde demnach ein Gesamtexportvolumen von 44,3 Millionen IWF-Sonderziehungsrechten (Special Drawing Rights, SDRs) erreicht.⁵¹ Davon machte der Kakaoexport 15,7 Millionen SDRs (35 %) und der Phosphatexport 13 Millionen SDRs (29 %) aus. Die Struktur der Exporte wandelte sich im Anschluss grundlegend: 1970 stieg der Anteil von Kakao auf 22,7 Millionen SDRs (41,4 %), während die Phosphatexporte bei 13,3 Millionen SDRs (24,3 %) stagnierten. Doch schon 1971 fiel der Kakaoanteil auf 15,3 Millionen SDRs (31,2 %), wohingegen die Phosphatexporte auf 17,3 Millionen SDRs (35,3 %) anstiegen. 1973 hatte der Phosphatexport schließlich 22,3 Millionen SDRs (44,8 %) erreicht, während der Kakaoexport auf 13 Millionen SDRs (26,1 %) zurückgegangen war. Gleichzeitig sank das Gesamtexportvolumen vom Höhepunkt 1970 mit 54,7 Millionen SDRs auf 45,1 Millionen SDRs 1972 – ein Rückgang um 17,5 Prozent. In allen Jahren ist ersichtlich, dass die togoische Wirtschaft mit einem Handelsbilanzdefizit operierte, das sich von -9,8 Millionen SDRs im Jahr 1970 auf -31,9 Millionen SDRs im Jahr 1972 mehr als verdreifachte.

Anhand der stark schwankenden prozentualen Anteile des Kakao- und Phosphatexports am gesamten Außenhandelsvolumen wird deutlich, wie volatil die togoische Wirtschaft auf schwankende Weltmarktpreise reagierte. Die Ablösung von Kakao durch Phosphat als profitabelstem togoischen Exportgut lag zum einen in dem seit Ende der 1960er Jahre stetig

⁵⁰ Ebd., S. 2.

⁵¹ Das System der Special Drawing Rights wurde vom IWF 1969 eingeführt, da die Goldreserven zur Deckung des US-Dollars nicht mehr mit der Ausweitung der ausländischen Dollarguthaben mithalten konnten. Die SDRs wurden daher als bargeldloses Guthaben konzipiert, auf das jeder Mitgliedsstaat des IWF Zugriff hat, um die eigene Währung in andere Währungen zu konvertieren. Siehe: Wilkie, Christopher: Special Drawing Rights. The First International Money, Oxford 2012, S. 46.

sinkenden Weltmarktpreis für Kakao begründet, der 1971 ein – erst wieder in den späten 1980er Jahren erreichtes – Minimum erreichte.⁵² Zum anderen erlebte Phosphat durch die zunehmende Herstellung von Kunstdünger, dessen wichtigster Bestandteil Phosphat und Phosphatnebenprodukte sind, einen Boom. Abgesehen davon kam eine Untersuchung des BMZ zu dem Schluss, dass der Schmuggel von Alkohol, Tabakwaren und Kakao, der überwiegend von und nach Ghana durchgeführt wurde, einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Handelsbilanz leistete. Im Bericht wird konstatiert: »[...] nicht berücksichtigt ist in diesen Zahlen der illegale Aussenhandel, der auf über ein Fünftel des Gesamtaussenhandelsvolumens geschätzt wird. Der illegale Export (Alkohol, Tabakwaren) übertrifft den illegalen Import (Kakao) erheblich, so dass der Gesamtaussenhandel Togos zumindest bis 1970 ausgeglichen war«.⁵³ Das starke Wirtschaftswachstum resultierte daher nicht zuletzt aus den hohen Investitionen seitens der deutschen und französischen Regierungen und Unternehmen. Da die Gelder, die beispielsweise als Kreditverbindlichkeiten für Projekte wie den Hafenbau in Lomé nach Togo gelangten, zur Handelsbilanz hinzuaddiert wurden, ergab sich daraus ein nominelles Defizit, das allerdings aufgrund der langen Laufzeiten zunächst wenig Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit des Landes hatte.

Die ausländischen Geberinstitutionen und die togoische Regierung zeigten sich indes angesichts der hohen Wachstumsraten mit der wirtschaftlichen Entwicklung zufrieden, sodass Eyadéma auf dem RPT-Parteitag in Kpalimé im November 1971 eine vorbehaltlose Weiterführung der Wirtschaftspolitik verkündete.⁵⁴ Das erhöhte Wirtschaftswachstum war im modernisierungstheoretischen Sinn als Erfolg zu werten, da es der Theorie nach künftig linear zu einer sich selbst beschleunigenden Entwicklung

52 Zur Entwicklung der Weltmarktpreise für Kakao seit 1960 siehe o.V.: GIZ/Südwind (Hg.): Preisgestaltung in der Wertschöpfungskette Kakao. Ursachen und Auswirkungen, URL: https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2018/2018-01%20Preisgestaltung%20in%20der%20Wertschoepfungskette%20Kakao_Ursachen%20und%20Auswirkungen.pdf (abgerufen am 10.10.2022), Bonn 2018, S. 16.

53 Siehe Bericht des Staatssekretärs Johannes Dohmes an das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklung eines Länderprogramms für die Vergabe von Entwicklungshilfe in Togo, 10. April 1972, BArch Koblenz B 213 8909, S. 2.

54 Siehe Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Wirtschaftspolitische Beschlüsse des Parteikongresses in Palimé vom 12.-14. November 1971, 26. November 1971, BArch Koblenz B 213 11895, S. 2.

führen würde.⁵⁵ Auch wenn bereits am Ende der 1960er Jahre in den beteiligten Ministerien zuweilen alternative Ansätze diskutiert wurden, bildete die Modernisierungstheorie mit ihrer Priorisierung des Wirtschaftswachstums grundsätzlich weiterhin den diskursiven Rahmen und die ideologieübergreifende Leitlinie für entwicklungspolitische Maßnahmen.

Das wichtigste Ziel der togoischen Regierung war es laut deutscher Botschaft nun, die Landwirtschaft zu diversifizieren, die Anbauflächen zu vergrößern und für eine bessere Ausbildung der Bauern zu sorgen – unter der Annahme, künftig wesentlich günstigere Quoten und Preise für den landwirtschaftlichen Export verhandeln zu können.⁵⁶ Der 1971 vorgestellte zweite Fünfjahresplan berücksichtigte die Landwirtschaft im engeren Sinne allerdings kaum, da große Teile der finanziellen Mittel für die Ausweitung der administrativen Befugnisse der landwirtschaftlichen Funktionäre, für den togoischen Anteil am Hafenbau und den Bau des Präsidentenpalasts aufgewandt wurden. Mit einem Volumen von 950 Millionen DM, von denen die Hälfte in den Ausbau der Infrastruktur fließen sollten, lag der Fokus auf dem Ausbau der Verwaltung und der Industrie. Der Plan sollte »die eigentlichen Entwicklungsprogramme in Gang setzen und den take-off der togoischen Wirtschaft im Verlauf der nächsten Pläne vorbereiten«.⁵⁷ In der Landwirtschaft sollten zwar weiterhin die »Förderung von Einzelkulturen« und die »Einbeziehung der meist noch isoliert arbeitenden Landbevölkerung in den Produktionsprozess« in den Mittelpunkt gestellt werden, allerdings sei der »Versuch einer Industrialisierungspolitik« nun von weitaus größerer Bedeutung.⁵⁸

Die Bevorzugung der Industrie ergab sich aus den Fortschritten, die zwischenzeitlich beim Aufbau der Infrastruktur gemacht worden waren. Der Hafen Lomé war seit 1969 vollständig betriebsbereit, und diverse europäische Rohstoff- und Chemieunternehmen hatten sich auf dem Hafengelände angesiedelt. Die bislang verfolgte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sorgte allerdings nach wie vor für niedrige Einnahmen bei Steuern, Zöllen und Transportabgaben, und darüber hinaus waren die Unternehmen durch den Freihafenstatus von der togoischen Wirtschafts-gesetzgebung prinzipiell ausgenommen.⁵⁹ Aus diesem Grund war die Re-

55 Vgl. Draude, Anke: Der blinde Fleck der Entwicklungstheorie. Von der Unüberwindbarkeit der Modernisierungstheorie im Korruptionsdiskurs, Berlin 2007, S. 45.

56 Ebd.

57 Ebd.

58 Ebd.

59 Vgl. International Monetary Fund Togo (Hg.): Staff Report for the 1972 Article XIV Consultation, 3. April 1973, BArch Koblenz B 330 010737, S. 6.

gierung bestrebt, künftig selbst als industrieller Player aufzutreten und die Produktion unter die administrative und wirtschaftliche Kontrolle der togoischen Ministerien zu stellen. Ausschlaggebend dafür war auch die Anfälligkeit der togoischen Landwirtschaft gegenüber Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und klimatischen Einflüssen. So wies Botschafter Gerhard Söhnke mahnend darauf hin, dass es »angesichts des konzentrierten Engagements Frankreichs und der EWG für die Förderung von Exportkulturen und wegen der im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum stagnierenden Produktion von örtlichen Nahrungsmitteln« erhebliche finanzielle Probleme in der Bevölkerung gebe, die sich schnell zu einer Hungerkrise ausweiten könnten.⁶⁰ Und tatsächlich erwiesen sich die Jahre 1971 und 1972 als vergleichsweise trocken, sodass die togoische Regierung zur Abfederung der dadurch massiv gestiegenen Nahrungsmittelpreise die Mindestlöhne für Arbeiter auf dem Land um 85 Prozent erhöhen musste.⁶¹

Dennoch wurde der togoischen Wirtschaft von bundesdeutscher Seite im Zwischenbericht von 1973 eine starke Belebung von Handel und Produktion attestiert, die auf den Erfolg des ersten Fünfjahresplans beim Ausbau der Infrastruktur und auf die guten Beziehungen zu den bisherigen Geberländern zurückgeführt wurde.⁶² Trotz des steigenden Handelsbilanzdefizits, das von der deutschen Botschaft für 1972 mit 46 Prozent angegeben wurde, und anhaltenden Preissteigerungen für Nahrungsmittel sei der Staatshaushalt in diesem Jahr noch ausgeglichen gewesen.⁶³ Letzteres war nach Ansicht der Botschaft auf das nach wie vor hohe Niveau der Zuwendungen aus dem Ausland zurückzuführen. An diesen Zuwendungen hatte die EG einen Anteil von 29 Prozent, Frankreich 27 Prozent, die Bundesrepublik 19 Prozent und die Vereinten Nationen etwa 15–20 Prozent.⁶⁴ Trotz der ersichtlich starken Abhängigkeit vom Ausland war die positive Beurteilung der togoischen Wirtschaftspolitik durch die deutsche Botschaft in propagandistischer Hinsicht äußerst wertvoll. Das nominell starke Wirtschaftswachstum sorgte in Kombination mit der De-facto-Konsolidierung der RPT-Herrschaft dafür, dass Eyadéma in dieser Zeit auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere angekommen war. Das von ihm verkörperte neue Selbstbewusstsein äußerte sich in einer 1973 gestarteten Imagekampagne, die das Land als »Schweiz Afri-

60 Siehe Söhnke, Wirtschaftspolitische Beschlüsse des Parteikongresses, S. 5.

61 Ebd., S. 7.

62 Vgl. Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Halbjahresbericht der innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo, 30. März 1973, PA AA, AA, BAV LOME 133 9610, S. 1.

63 Ebd., S. 3.

64 Ebd.

kas« inszenierte und damit im großen Stil Touristen und Investoren anlocken wollte. Innenpolitische Stabilität und Sicherheit, reizvolle Landschaften, liberale Wirtschaftsbedingungen und Steuervergünstigungen sollten dabei die Analogie zur zeitgenössischen Wahrnehmung der Schweiz evozieren.⁶⁵ Zu Beginn der 1970er Jahre hatten sich daneben dank des investitionsfreundlichen Wirtschaftsklimas zahlreiche nationale und internationale Banken im Nordwesten Lomés angesiedelt. Deren Konzentration in der togoischen Hauptstadt war – im Hinblick auf internationale Kreditvergaben, Abwicklungen von Import- und Exportgeschäften und Investitionen – zu jener Zeit in Westafrika einzigartig und damit höchst wertvoll für das Prestige der togoischen Regierung.⁶⁶ Wie hier bereits angesprochen, erlebte der Phosphatabbau in den frühen 1970er Jahren einen massiven Boom. Die Fördermenge wuchs von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 1970 auf 2,4 Millionen Tonnen 1974, verdoppelte sich also beinahe. Wichtigstes Unternehmen im togoischen Phosphatabbau war zu jener Zeit das europäische CTMB-Konsortium, das seit 1961 unmittelbar nördlich von Lomé Minen betrieb. Die togoische Regierung war durch einen 1957 ausgehandelten Vertrag berechtigt, bis zu 25 Prozent der CTMB-Anteile zu halten, hatte bislang jedoch weniger als ein Prozent erworben.⁶⁷

Eine kritische Bewertung der politischen Situation in Togo seitens des deutschen Botschafters zeigte sich, als der togoische Staatssekretär für das Informationswesen, Michel Eklo, Ende September 1973 auf Beschluss der RPT neue Richtlinien für Presse, Rundfunk und Fernsehen herausgab. Laut diesen Richtlinien sollte die Presse künftig »im Dienst der Einheitspartei RPT für eine totale Umformung der Mentalität und für die Wiederbelebung der eigenen Kultur eintreten« und »die Politik des Generals Eyadéma offen unterstützen und die inneren Feinde entlarven«.⁶⁸ In einem Propagandaartikel der »Togo-Presse«, die nach wie vor die einzige Tageszeitung Togos war, erklärte Redakteur Théophile Dotse zu den neuen Vorgaben, »la conception du rôle du journaliste change selon les pays [...] Nous ne nous posons jamais la question de savoir si notre pub-

65 Ein wichtiger Faktor war daneben die zeitgenössisch schlechte wirtschaftliche Entwicklung in Ghana, das in den Jahrzehnten zuvor die togoischen Wachstumsraten stets bei weitem übertroffen hatte, siehe: Toulabor, *Le Ghana de J. J. Rawlings*, S. 287.

66 Vgl. Biakouye, *Dynamique urbaine*, S. 164.

67 Siehe International Monetary Fund Togo (Hg.): *Background Material for 1964 Article XIV Consultations*, 1. Februar 1965, BArch Koblenz B 330 010737, S. 10.

68 Siehe Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Halbjahresbericht der innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo, Neuorientierung der togoischen Informationspolitik, 25. Oktober 1973, PA AA, AA, BAV LOME 9610, S. 1.

lic a besoin d'être informé de la même manière que la public européen.«⁶⁹ Zur künftigen Aufgabe der togoischen Presse äußerte er: »[...] nous pouvons et nous devons mobiliser notre peuple derrière le père de la Nation, celui qui a instauré chez nous la paix et l'union.«⁷⁰ Kritiker der Regierung seien demnach bloß »une certaine élité, confortablement installée dans une bourgeoisie avilissante«, die die togoische Presse als »griots« der Regierung verunglimpften, allerdings seien Journalisten »griots d'une cause juste, de la cause du Rassemblement du Peuple Togolais«.⁷¹

Diese Intensivierung der propagandistischen Bemühungen stand im Zeichen des sich zuspitzenden Konflikts zwischen der togoischen Regierung und den französisch dominierten Rohstoffunternehmen. Angesichts der ab 1972 stark angestiegenen Weltmarktpreise für Phosphat versuchte die togoische Regierung, den Phosphatabbau zu verstaatlichen, um die hohen Exportprofite für sich zu nutzen. Das CTMB-Konsortium als größtes Phosphatunternehmen stand dabei im Zentrum der Verstaatlichungspläne, die allerdings bis Ende 1973 hauptsächlich als Propagandavehikel dienten und zunächst keine konkreten Maßnahmen nach sich zogen. Dies änderte sich schließlich nach dem »Tag von Sarakawa« am 24. Januar 1974, der eine innen- wie auch wirtschaftspolitische Zäsur darstellte und bis zum Ende der 1980er Jahre als Feiertag für militärische Machtdemonstrationen und RPT-Massenmobilisierungen diente.

69 Siehe Leitartikel von Théophile Dotse, *La presse au service de la Nation*, Togo-Presse vom 25. September 1973, PA AA, AA, BAV LOME 9610, S. 1. Übers.: »Das Verständnis der Rolle des Journalisten ist in den Ländern unterschiedlich;« »Wir stellen uns nie die Frage, ob unser Publikum auf dieselbe Weise informiert werden muss, wie die europäische Öffentlichkeit;« »Dank der dynamischen und belebenden Wirkung der Presse.«

70 Ebd. Übers.: »Wir können und müssen unsere Leute hinter dem Vater der Nation mobilisieren, dem Mann, der bei uns Frieden und Einigkeit geschaffen hat.«

71 Ebd. Übers.: »Eine gewisse Elite, die es sich in einer entwürdigenden Bourgeoisie bequem gemacht hat;« »griots einer gerechten Sache, der Sache des Rassemblement du Peuple Togolais«. – Als »Griots« werden Träger westafrikanischer Traditionsüberlieferungen bezeichnet, deren gesellschaftliche Rolle und Funktion sich schwer in europäischen Kategorien fassen lässt. In ihrer Person vereinigen sie diverse Aufgaben wie die des Genealogen, Historikers, Musikers, Ratgebers, Übersetzers oder Redners; sie bilden wichtige orale Überlieferer von Quellen hinsichtlich der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der präkolonialen Zeit. Siehe: Poikâne-Daumke, *Aija: African Diasporas. Afro-German Literature in the Context of the African American Experience*, Berlin 2006 [zugl. Univ. Diss. Uni Dortmund 2004], S. 77. Hier steht die pejorative Konnotation der Griots als übertreibende »Geschichtenerzähler« im Vordergrund, die der Presse angeblich vonseiten der togoischen regierungskritischen Bourgeoisie unterstellt würde.

Der »Tag von Sarakawa« und die Folgen

Die innen- und wirtschaftspolitischen Umbruchprozesse in Togo, die sich Ende 1973 mit der von Staatssekretär Eklo verkündeten Gleichschaltung der Presse bereits abgezeichnet hatten, kulminierten schließlich am »Tag von Sarakawa«. Eyadéma bestieg an jenem Tag ein Transportflugzeug des Typs C-47 Skytrain, um in die nördliche Gegend Pya in der Nähe seines Geburtsortes zu fliegen. Einige Zeit später stürzte das Flugzeug aus ungeklärten Umständen nahe des Dorfes Sarakawa ab, wobei die beiden Piloten und drei mitreisende Generäle ums Leben kamen, Eyadéma sich jedoch beinahe unverletzt aus den Trümmern befreien konnte.⁷² Seine Entlassung aus dem Krankenhaus wurde von einer enormen Parade in Lomé begleitet, die zum Ausgangspunkt einer weiteren Intensivierung des Personenkults und der fortdauernden publizistischen Propaganda wurde. Eyadéma wurde fortan in der Presse als gerechter und gütiger »Père de la nation« stilisiert und die Darstellung seiner Person um eine messianische Symbolik erweitert, die implizite Verknüpfungen zum Christentum, Analogien zur Wiederauferstehung von Jesus Christus und Verklärungen Eyadémas als »ewigem Führer« beinhalteten.⁷³ Er selbst schürte unterdessen in Presse und Rundfunk gezielt die öffentlichen Spekulationen über die Ursache des Absturzes und hob im Chor der RPT-treuen Journalisten und Verwaltungsbeamten das »wundersame« Überleben als Beweis für seine vermeintliche Einzigartigkeit hervor. Der Chief de Circonscription Kalikpé II. ließ in der Presse gar verlauten, »le général Eyadéma est un myth sacré et la raison de vivre de tout un peuple car nous avons compris que les impérialistes impénitents ont cherché à lui barrer la route«.⁷⁴

Hinsichtlich der neuen wirtschaftspolitischen Ambitionen, den Phosphatabbau unter staatliche Kontrolle zu bringen, kam das Unglück für die togoische Regierung sehr gelegen. In einer der ersten öffentlichen Ansprachen nach dem Unglück bezichtigte Eyadéma den französischen Vorsitzenden des CTMB-Konsortiums, Max Robert, der Sabotage am Flugzeug und begründete dies damit, dass die togoische Regierung seit längerem versucht habe, den von ihr gehaltenen Anteil auf 51 Prozent zu erhöhen.⁷⁵ Der hohe Phosphatpreis sorgte – trotz der größten-

72 Siehe van Rouveroy van Nieuwaal, *L'État en Afrique*, S. 159.

73 Siehe Le Vine, Victor T.: *Politics in Francophone Africa*, Boulder/London 2004, S. 141.

74 Ebd., S. 160. Übers.: »General Eyadéma ist ein heiliger Mythos und der Lebensinhalt eines ganzen Volkes, weil wir verstanden haben, dass die unbußfertigen Imperialisten versucht haben, ihm den Weg zu versperren«.

75 Siehe Toulabor, Comi M.: *Le Togo sous Eyadéma*, Paris 1986, S. 107.

teils ausländischen Besitzverhältnisse bei den Minen und Verarbeitungsanlagen – mittlerweile für ein Drittel der togoischen Exporteinnahmen. Kontinuierlich steigende Phosphatpreise machten die Verstaatlichung immer attraktiver, sodass die togoische Regierung den Zeitpunkt nach dem »Tag von Sarakawa« als günstig erachtete und die Übernahme der CTMB durch die Presse publizistisch vorbereiten ließ: Laut der »Togo-Presse« habe Robert es abgelehnt, Verhandlungen über eine größere Beteiligung der togoischen Regierung zu führen, und dabei auf den ursprünglichen Vertrag von 1957 verwiesen, der maximal 25 Prozent an staatlicher Beteiligung zuließ. Gleichzeitig habe er Eyadéma ein Bestechungsgeld von vier Milliarden CFA-Francs angeboten, was den dadurch in seiner »soldatischen Ehre« gekränkten Präsidenten zur Anordnung der hundertprozentigen Übernahme der CTMB gebracht habe.⁷⁶ Im Anschluss wurde die Übernahme durch eine Reihe von Propagandaartikeln flankiert, die Robert als Agenten der französischen Regierung präsentierten. Seinen Posten habe er demnach durch Intrigen und Bestechungszahlungen erhalten, die gleichzeitig der Finanzierung der togoischen Opposition dienen und damit dem Volk schaden würden. Den Auftrag zum Attentat habe Robert demnach erhalten, da Eyadémas Unbestechlichkeit und die starke Verbundenheit zu seinem »soldatischen Eid« den Zorn der französischen Regierung auf sich gezogen hätten.⁷⁷

Generelle, teilweise mit antisemitischen Stereotypen durchzogene Spekulationen, die den Absturz als Attentat der »Hochfinanz« darstellten, kursierten ebenfalls und wurden, meist im Tandem mit Anklagen gegen den »internationalen Imperialismus«, von der Togo-Presse und RPT-Politikern verbreitet.⁷⁸ Wie Vincent Hugué zeigt, erinnerte die Togo-Presse ihre Leserinnen und Leser bei der Gelegenheit daran, dass Eyadéma seinen »jüdischen« Namen Étienne abgelegt habe, um seine »divorce radical d'avec l'imperialisme sous toutes ses formes« zu demonstrieren.⁷⁹ In der Tat hatte die französische Regierung ihren Unmut über die Verstaatlichungspläne zum Ausdruck gebracht, aber sich mit direkter Kritik bislang zurückgehalten. Nach dem »Tag von Sarakawa« schlug die Haltung in Paris angesichts von Eyadémas Verhalten allerdings in Besorgnis um. Die französische Regierung unterstellte Eyadéma, Propagandaaktionen in »nordkoreanischem« Ausmaß zu veranstalten, und kritisierte

76 Hier und im Folgenden ebd. u. Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 108.

77 Ebd.

78 Ebd.

79 Siehe Hugué, Vincent: *Tyrans d'Afrique. Les mystères du despotisme postcolonial*, Paris 2021, S. 31.

den Personenkult, der ihn nach dem Absturz nun als geflügelten »Vater der Nation« zeige, der vom Himmel zu den Seinesgleichen herabsteige – eine Kopie der Propaganda des von ihm verehrten Mobutu Sese Seko.⁸⁰ Nach der Verkündung der kompletten Übernahme der CTMB am 2. Februar 1974 monierte der französische Generalsekretär für afrikanische und madagassische Angelegenheiten Jacques Foccart, der eine weiterhin starke französische Präsenz in Afrika wünschte, Eyadéma »n'écoute plus ni Houphouët-Boigny, ni moi, ni les meilleurs de ses conseillers, accroit son autoritarisme, s'ingère dans les affaires de ses voisins, le Dahomey, et surtout le Ghana«.⁸¹ Auch wenn die Beziehungen zwischen den beiden Ländern laut dem deutschen Botschafter »eng und festgefügt« waren, wie der von der Presse als Erfolg der RPT-Regierung betrachtete Besuch von Präsident Georges Pompidous 1972 gezeigt habe, sei zu jener Zeit bereits eine »Neuorientierung der Politik der frankophonen Länder gegenüber Frankreich« im Gange gewesen.⁸² Die Neuorientierung resultierte aus dem schrittweisen Rückzug der französischen Regierung aus bestehenden Entwicklungsprojekten. Dieser hatte hauptsächlich finanzielle Gründe und führte beispielsweise 1972 zum Abzug der meisten französischen Lehrer aus Togo.

Im Fall der deutsch-togoischen Beziehungen beschleunigten sich durch den »Tag von Sarakawa« die bereits seit der Gründung der RPT vorhandenen wechselseitigen Ablösungstendenzen. Während Togo für die Bundesrepublik aus politischen wie auch außenwirtschaftlichen Gründen an Attraktivität verloren hatte, resultierte umgekehrt die Abkehr Togos von der Bundesrepublik aus dem neu gewonnenen Selbstvertrauen der Regierungseliten. Insbesondere die neu etablierten Beziehungen zur Volksrepublik China und zu Brasilien spielten am Beginn der 1970er Jahre eine bedeutende Rolle. Botschafter Söhnke merkte dazu an, dass die chinesische Regierung im Dezember 1972 eine Hilfszusage über 150 Millionen DM abgegeben habe und die Beziehungen zu Brasilien insbesondere auf der ähnlich gelagerten »Interessenlage hinsichtlich der Rohstoffpolitik der Dritten Welt« basierten.⁸³

80 Ebd.

81 Ebd., S. 29. Übers.: »[...] hört nicht mehr auf Houphouët-Boigny, mich oder die besten seiner Berater, steigert seinen Autoritarismus, mischt sich in die Angelegenheiten seiner Nachbarn Dahomey und vor allem Ghana ein«.

82 Siehe Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Halbjahresbericht zur innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo, 30. März 1973, PA AA, AA, BAV LOME 133 9610, S. 4.

83 Siehe Halbjahresbericht zur innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo des Botschafters Söhnke an das Auswärtige Amt, Beitrag zum Halbjahresbericht Abschnitt Außenpolitik, 30. März 1973, PA AA, AA, BAV LOME 9610, S. 2,

Diese Abbildung ist nicht Teil der Open-Access-Veröffentlichung.

Abb. 13: Grafische Darstellung der Entwicklung der Weltmarktpreise für Phosphat und Diammoniumphosphat (DAP, »Kunstdünger«) 1960-2012 von der Weltbank und dem U. S. Bureau of Labor Statistics. Deutlich erkennbar ist das Maximum um das Jahr 1974 sowie der darauffolgende starke Abschwung bis etwa 1978. Zudem ist die Korrelation von Nahrungsmittelpreisen und Phosphatpreis zu erkennen. URL: <https://www.flickr.com/photos/materialsrisk/12179488545> (abgerufen am 10.1.2024)

In wirtschaftlicher Hinsicht erwies sich die Verstaatlichung der CTMB unterdessen als großer Erfolg: Allein im Jahr 1974 verfünffachte sich der Phosphatpreis, und die Einnahmen übertrafen bald das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Vorjahre.⁸⁴

Die zusätzlichen Mittel bewogen die togoische Regierung zu einer radikalen Abkehr von ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik, die sich seit dem Start des zweiten Fünfjahresplans 1971 auf den kleinteiligen Ausbau der Landwirtschaft und der Leichtindustrie fokussiert hatte. Stattdessen sollten neue Infrastruktur- und Industriegroßprojekte vorangetrieben werden, die die staatlichen Einnahmen – analog zum erfolgreichen Phosphatabbau – erheblich steigern sollten. Bereits 1970 hatte die togoische Regierung damit begonnen, kleinere halbstaatliche Unternehmen zu gründen, die beispielsweise der Einfuhr von Nahrungsmitteln und der Verarbeitung von Cash

84 Vgl. Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 307.

Crops dienten und die Abhängigkeit von französischen Unternehmen verringern sollten. Die Etablierung dieser »parastatals« wurde dann ab 1974 mit Nachdruck forciert, auf wesentlich größere Bereiche der Wirtschaft erweitert und durch die Phosphateinnahmen finanziert. Zwar hatte sich der Ölpreisschock 1973 auch in Togo ausgewirkt, allerdings übertrafen die Phosphateinnahmen die Preisaufschläge für Energie bei weitem, sodass die hohen Wachstumsraten kaum zurückgingen.⁸⁵ Die deutsche Botschaft merkte an, die togoische Wirtschaftspolitik sei mit der Fokussierung auf die Industrie und die halbstaatlichen Unternehmen »ein finanzielles Risiko für das Land eingegangen, ohne daß in jedem Fall sichergestellt war, daß angestrebte beschäftigungspolitische, infrastrukturelle und Rentabilitätsziele erreicht werden«.⁸⁶

Der Tourismus, der aufgrund der positiven Außenwirkung für den Staat zwischenzeitlich zu Eyadémas Steckenpferd geworden war, gehörte zeitgenössisch zu den wichtigen Ausbauzielen der togoischen Planer. Konzepte, die von einer halben Million Touristen pro Jahr – etwa einem Drittel der zeitgenössischen togoischen Bevölkerung – ausgingen, sollten private Investoren und staatliche Geldgeber überzeugen. Die Bundesregierung wurde durch den togoischen Finanzminister um ein Darlehen in Höhe von 15 Millionen DM für den Bau zweier großer, glamouröser Hotels in Lomé und Lama-Kara gebeten, was diese allerdings mit Verweis auf den »Prioritätenkatalog« der Kapitalhilfeszusendungen entschieden ablehnte.⁸⁷ Die politischen und außenwirtschaftlichen Entwicklungen der frühen 1970er Jahre hatten, wie oben erwähnt, das gegenseitige Interesse zwischen der Bundesrepublik und Togo deutlich verringert, sodass derartige Ausgaben – die ohnehin nicht den entwicklungspolitischen Grundsätzen entsprachen – bereits nicht mehr geprüft wurden. Ab dem Ende des Jahres 1974 zeichnete sich allerdings, trotz gegenteiliger Beteuerungen der togoischen Regierung, eine Abkehr vom Traum der »Schweiz Afrikas« ab. Auslöser dafür war der Rückgang der Phosphatpreise auf dem Weltmarkt, der sich darüber hinaus bis 1975 stark beschleunigte.⁸⁸

85 Vgl. Gogué/Evlo: Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 479.

86 Siehe Hans-Joachim Kiderlen, Jahreswirtschaftsbericht Togo 1978, Industrie und Gewerbe, Oktober 1978, PA AA, AA, BA 34 ZA 1276II, S. 5.

87 Siehe Bericht der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Kapitalhilfe für das Hotelwesen in Togo, 7. März 1974, PA AA, AA, B34 ZA 103035, S. 1.

88 Vgl. Seely/Decalo, Historical Dictionary of Togo, S. 307.

Togos neue Wirtschaftspolitik nach dem Boom

Den ambitionierten Plänen der togoischen Regierung stand mit dem Rückgang des Phosphatpreises ein massiver wirtschaftlicher Abschwung entgegen, der in einer Kombination aus in- und extrinsischen Faktoren ab der Mitte der 1970er Jahre zu einer schweren Rezession führte. Seely und Decalo erläutern dazu, dass die Phosphateinnahmen sowie »French and German largess [...] a transformation at a time when many other countries were struggling with debt from the oil crisis« ermöglicht hätten, die allerdings aufgrund massiver Korruption innerhalb der diversen neugegründeten halbstaatlichen Unternehmen bereits wenige Jahre später zusammengebrochen sei.⁸⁹ Nugent kommt hinsichtlich der Ursachen des Wirtschaftsabschwungs zu dem Schluss, dass die »proliferation of parastatals in the 1970s« zwar kurzfristig durchaus zu hohen Wachstumsraten geführt habe, die togoische Wirtschaft allerdings immer von »re-export trade« abhängig geblieben sei.⁹⁰

Tatsächlich ergab sich durch die Etablierung der halbstaatlichen Unternehmen eine Verzahnung zwischen Wirtschaft und Regierung, die auf Loyalitäten und Abhängigkeitsverhältnissen gründete und prinzipiell neopatrimoniale Züge trug. Hinter den Kulissen der RPT-Sammlungsrhetorik hatte sich ein Herrschaftssystem etabliert, das die Bevölkerung anhand politischer und ethnischer Kriterien bewertete. Die Besetzung insbesondere höherer Posten in den halbstaatlichen Unternehmen basierte beispielsweise nicht auf den Fähigkeiten der Bewerber, sondern wurde anhand von Parteiloyalität und Herkunft – bevorzugt aus dem Norden – festgelegt. Dadurch konnte die Regierung die Kontrolle über die Unternehmen und deren Einnahmen behalten, musste sich allerdings mit der starken Effizienzminderung durch Korruption und Inkompetenz arrangieren. Ein Beispiel für die Probleme, die diese neue Wirtschaftspolitik mit sich brachte, ist die von der togoischen Regierung verfügte Einrichtung der Société Nationale de Commerce (SONACOM) im Jahr 1973. Zweck der SONACOM war es, die bislang in Togo üblichen französischen und britischen – sowie teilweise deutschen – Generalunternehmer aus dem Geschäft zu drängen, indem der Gesellschaft das Monopol für den Import von Gütern des Grundbedarfs wie Reis, Zucker, alkoholische Getränke oder Milch zugesprochen wurde.⁹¹ In der Folge seien, wie Gogué

89 Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 4.

90 Siehe Nugent, *Boundaries, Communities and State-Making*, S. 481.

91 Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 241; US Department of Commerce (Hg.): *Foreign Economic Trends and Their Implications for the United States*, Washington DC 1988, S. 9.

und Evlo betonen, höhere RPT-Mitglieder, die privilegierten Zugang zu den über SONACOM importierten Waren hatten, als Wiederverkäufer aufgetreten und hätten darüber hinaus dafür gesorgt, dass alle Schlüsselpositionen mit Verwandten oder anderen Parteimitgliedern besetzt worden seien.⁹² Das 1971 gegründete halbstaatliche Unternehmen Togograin, das 20 Prozent des Getreidemarkts kontrollierte, konnte durch die damit verbundene Marktmacht die Erzeugerpreise weit unterhalb der Weltmarktpreise diktieren, wobei die Erlöse aus der Differenz vornehmlich in die Herkunftsregion Eyadémas, die Kara-Region, investiert worden seien.⁹³ Auch die Einnahmen, die die CTMB – das mittlerweile größte Unternehmen Togos – generierte, »were used to create jobs for the Kabye, the ethnic group of the President«.⁹⁴

Die immer größer werdende Bedeutung der halbstaatlichen Unternehmen ging allmählich zulasten des auch von europäischen Sachverständigen gelobten Fünfjahresplans, von dessen Zielen die Wirtschaftspolitik unter Eyadéma immer weiter abdriftete. Die zunehmende finanzielle und innenpolitische Belastung infolge von Korruption, Schwarzmarkthandel, Diebstahl und Nichtverfügbarkeit diverser Waren wurde zunächst durch geschönte Statistiken und Propaganda aus der Öffentlichkeit ferngehalten.⁹⁵ 1974 und 1975 war der Phosphatexport für inzwischen 90 Prozent der togoischen Exporteinnahmen verantwortlich und brachte – bei einem damaligen Staatshaushalt von 180 Millionen DM – über 300 Millionen DM ein, die die Aufrechterhaltung der hohen Ausgaben – zumindest für den Moment – ermöglichten.⁹⁶ Im Ausland wurden die wirtschaftspolitischen Probleme dementsprechend erst verzögert zur Kenntnis genommen und das BMZ davon überzeugt, dass die politische und wirtschaftliche Entwicklung »seit Übernahme der Regierung durch die Militärs unter Führung von General Eyadéma kontinuierlich und stabil« verlaufe.⁹⁷

92 Vgl. Gogue/Évlo, Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 485.

93 Ebd.

94 Ebd.

95 Vgl. Bericht des Botschaftsmitarbeiters Haferkamp von der bundesdeutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Frankreichbesuch des togoischen Staatspräsidenten vom 8. bis 21. Mai 1976, 26. Mai 1976, BArch Koblenz B213 11898, S. 2.

96 Siehe Vermerk des BMZ, Situation in Togo und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Togo, 1975, ebd., S. 1.

97 Siehe Bericht des Staatssekretärs Johannes Dohmes, Entwicklung eines Länderprogramms für die Vergabe von Entwicklungshilfe in Togo, 10. April 1972, BArch Koblenz B 213 8909, S. 1.

»Wie verkraftet das kleine Land dies alles?«⁹⁸
Neopatrimoniale Herrschaft und Wirtschaftskrise
am Ende der 1970er Jahre

Die im vorherigen Kapitel näher erläuterten Wandlungsprozesse, denen die bundesdeutsche Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren unterlag, hatten zwischenzeitlich ihren Niederschlag im Umgang mit Togo gefunden und zu einem starken Rückgang der Hilfen nach 1973 geführt. Die hohen Phosphateinnahmen und die scheinbar kräftige und vor allem stark wachsende Wirtschaft Togos trugen ebenfalls zu einer Reduzierung der finanziellen Unterstützung bei, die mit einem generellen Rückgang der Bedeutung des BMZ einherging. So monierte beispielsweise der BMZ-Mitarbeiter Schweiger 1975, der Gesamtrahmen der technischen Hilfe für Togo sehe für das Jahr nur noch 3 Millionen DM vor und sei bewusst so niedrig gewählt worden, »um die derzeitigen Aktivitäten in diesem Land einzuschränken«.⁹⁹ Ab 1976 wurde die Technische und Kapitalhilfe für Togo dann wieder deutlich erhöht. Ursächlich dafür war zum einen das Aufkommen einer Nebenaußenpolitik verschiedener halb- und parastaatlicher Akteure, zum anderen der Übergang von der bilateralen zur multilateralen Entwicklungspolitik im Rahmen supranationaler Institutionen, die ihren Eingang in die bundesdeutschen Behörden fand. Der dritte togoische Fünfjahresplan trat ebenfalls 1976 in Kraft und wurde gänzlich auf die Industrie ausgelegt. Eine Anzahl neuer Großprojekte, wie ein Elektrostahlwerk, eine Zementfabrik, eine Brauerei, mehrere Zuckerraffinerien und Konserven- und Nahrungsmittelfabriken sollten künftig das Wirtschaftswachstum sicherstellen.¹⁰⁰ Dieser Übergang von einer rohstoffbasierten zur verarbeitenden Industrie fußte auf der Hoffnung der togoischen Akteure, durch den Verkauf der Güter auf dem Weltmarkt analog zum Phosphatboom hohe Gewinne erzielen zu können. Die zwischenzeitlich erfolgte Fertigstellung des Hafens und die Übergabe an die togoischen Behörden 1975 stellten dabei eine entscheidende Voraussetzung dar, um die togoische Präsenz auf dem Weltmarkt zu verstärken.

98 Siehe handschriftliche Bemerkung eines Mitarbeiters des BMZ auf einer Kopie des Artikels »Togo verstärkt seine Industrialisierungsanstrengungen« aus der Zeitschrift »Blick durch die Wirtschaft«, 8. September 1978, BACh Koblenz B 213 11888.

99 Siehe Vermerk des Mitarbeiters im BMZ Schweiger, Technische Hilfe für Togo, 11. November 1975, BACh Koblenz B 213 11898, S. 1.

100 Vgl. den Artikel »Togo verstärkt seine Industrialisierungsanstrengungen« aus der Zeitschrift »Blick durch die Wirtschaft«, 8. September 1978, BACh Koblenz B 213 11888.

Daneben intensivierte die togoische Regierung seit Mitte 1975 heimlich die Bemühungen, von der Bundesrepublik und Frankreich finanzielle und technische Unterstützung für den Ausbau der Industrie zu erhalten. Um den Eindruck einer einseitigen Abhängigkeit zu vermeiden, inszenierte die Presse zu diesem Zweck eine antifranzösische Propagandakampagne, die angebliche »Meinungsverschiedenheiten« aufgrund der CTMB-Verstaatlichung unterstellte.¹⁰¹ Daran anknüpfend wurde der Staatsbesuch Eyadémas in Frankreich im September 1975, bei dem er von Präsident Giscard d'Estaing, Premierminister Chirac und weiteren hochrangigen Politikern empfangen wurde, als »Audienz« dargestellt, die Eyadéma den französischen Politikern gewährt habe.¹⁰² Zweck des Besuchs war es, französische Investoren zum Einstieg in den dritten Fünfjahresplan zu bringen, um dessen geplantes Volumen von 250 Milliarden CFA-Francs (seinerzeit etwa 2,1 Milliarden DM) zu erreichen. Auch wenn aus den Quellen keine Einzelheiten über die Entscheidung der französischen Investoren hervorgehen, war der Besuch Eyadémas nach Ansicht der deutschen Botschaft ein außenpolitischer Erfolg, der geplante innenpolitische Umstrukturierungen flankierte.¹⁰³ Zahlreiche Gesetzesänderungen und -verschärfungen, die auf dem zweiten RPT-Kongress in Lama-Kara im November 1976 beschlossen wurden, sollten die Herrschaft weiter auf die Person des Präsidenten zentrieren. Das Politbüro und das Comité Central wurden im Anschluss mit Eyadéma-loyalen Mitgliedern neu besetzt und die Aufgabe des Präsidenten »als der alleinige Gestalter und Führer der togoischen Nation« festgeschrieben.¹⁰⁴ Daneben sollten künftig repräsentative Bauten die Macht des Präsidenten gegenüber dem In- und Ausland demonstrieren, wie beispielsweise die geplante RPT-Zentrale in Lomé. Die fortlaufende Gründung weiterer halbstaatlicher Unternehmen, die, wie Seely und Decalo erläutern, »gave way to the nomination of sycophants, incompetents, personal cronies and family members [...] and individuals out to siphon the benefits of office in full«, zementierten unterdessen sowohl die gesellschaftlichen Ungleichheiten wie auch die wirtschaftlichen Probleme immer stärker.¹⁰⁵ Trotz der Wiederaufnahme der Technischen

101 Siehe Bericht des Botschaftsmitarbeiter Haferkamp von der deutschen Botschaft in Lomé an das BMZ, Privatbesuch von Staatspräsident Eyadéma in Frankreich, vom 10. bis 19. September 1975, 22. September 1975, BArch Koblenz B 213 11898, S. 2.

102 Ebd.

103 Vgl. ebd.

104 Siehe Länderaufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Republik Togo, September 1977, BArch Koblenz B213 11899, S. 3.

105 Siehe Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 9.

Diese Abbildung ist nicht Teil der Open-Access-Veröffentlichung.

Abb. 14: Ein vom französischen Zeichner Serge Saint-Michel 1976 gezeichneter Comic der bekannten Reihe »il était une fois ...« über das Leben Eyadémas, URL: <https://www.togoarchives.com/gallery/histoire-du-togo-il-etait-une-fois-eyadema/#!enviragallery1079-1417> (abgerufen am 10.1.2024).

und Kapitalhilfe durch die Bundesrepublik erhöhten die togoischen Behörden die Brutalität gegenüber der Bevölkerung massiv.

Anders als in der Vergangenheit war die desolate Menschenrechtssituation in diversen afrikanischen Staaten mittlerweile Teil des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik geworden und konnte bei außenpolitischen Entscheidungen nicht länger vernachlässigt werden. Als im Jahr 1977 eine deutsche Regierungsdelegation unter der Leitung von Alwin Brück in Lomé empfangen und Zusagen in Höhe von 98 Millionen DM für die CIMAO-Zementklinkeranlage und zwei Frachtschiffe ausgehandelt wurden, reagierte die deutsche Sektion von Amnesty International mit einem Protestschreiben an Brück persönlich.¹⁰⁶ Im Brief warf ihm die Menschenrechtsorganisation vor, dass mit den deutschen Geldern »das herrschende Regime in seiner repressiven Haltung gegenüber der Bevölkerung unterstützt« werde, da kurz zuvor eine Verhaftungswelle unter Studenten und Professoren stattgefunden habe. Von Brück wurden Informationen zu »Einzelheiten der Verhaftungswelle« erwartet, zudem wollten die Verfasser des Protestbriefs von ihm die Bedingungen für die Gewährung der Kapitalhilfe erfahren.¹⁰⁷ Die Kritik von Amnesty International stellte dabei in der Bundesrepublik die erste menschenrechtlich motivierte Intervention in Bezug auf Togo dar und zeigt, welchen Stellenwert der Menschenrechtsdiskurs mittlerweile auch hinsichtlich zahlenmäßig kleiner und wirtschaftlich schwacher Staaten hatte. Wie Brück daraufhin mitteilte, seien die Kredite für die beiden Frachtschiffe »für die Erhaltung von Arbeitsplätzen bei der deutschen Werftindustrie besonders wichtig«, während das CIMAO-Werk Teil eines »mehrere westafrikanische Staaten verbindenden größere[n] Industrievorhaben[s]« sei.¹⁰⁸ Prinzipiell handelte es sich dabei um die Fortsetzung der bundesdeutschen Subventionsstrategie bei Entwicklungsprojekten, die während der 1960er Jahre der Modus Operandi bei der Vergabe von Projektaufträgen gewesen war. Die hermesgedeckten Kredite für den Bau der Frachtschiffe dienten dabei durch die Vorgabe, sie bei einer deutschen Werft bauen zu lassen, als indirekte Subvention der Schiffbauindustrie. Neu war allerdings, dass Togo mit derartigen Projekten nun selbst aktiv die administrative und tech-

106 BMZ-Ergebnisbericht Potyka, 28. Juni 1977, BAArch Koblenz B213 11887, S. 2.

107 Siehe Schreiben von amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. an Staatssekretär Alwin Brück vom BMZ, 21. Juli 1977, BAArch Koblenz B213 11900, S. 1.

108 Siehe Vorschlag für ein Antwortschreiben Alwin Brücks an amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V., Zusammenarbeit mit Togo, Behandlung der Menschenrechtsfrage im Zusammenhang mit den Regierungsverhandlungen, 26. Juli 1977, ebd.

nische Einbindung in den Weltmarkt betrieb, während dies in der Vergangenheit häufig anhand modernisierungstheoretischer Gesichtspunkte von außen erfolgt war. Die Planung und Durchführung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde nicht länger von europäischen Beratern angeleitet, sondern vom togoischen Wirtschafts- und Finanzministerium. Die anerkennenden Berichte der europäischen Beobachter schienen den Industrialisierungskurs und die verstärkten Anstrengungen, Produktion und Export von Waren selbst durchzuführen, zu bestätigen. Paradoxerweise machte somit der togoische Zugang zum Weltmarkt gerade zu der Zeit die größten Fortschritte, als die politischen Entwicklungen im Ost-West-Konflikt, der Ölpreisschock und der Menschenrechtsdiskurs das bundesdeutsche Interesse an stärkeren Beziehungen zu Togo stark verringert hatten. Gleichzeitig stand das Land vor der Zahlungsunfähigkeit, sammelte Schulden an und litt unter innenpolitischen Repressionen, dem Eyadéma-Personenkult und massiver Korruption.

Ab dem Jahr 1978 wurde dann auch im Ausland allmählich deutlich, dass die togoische Regierung das bisherige Ausgabenniveau nicht mehr halten konnte, denn der Phosphatpreis lag bei nur noch 40 Prozent des Werts von 1975 und fiel weiter.¹⁰⁹ Durch die massiven Investitionen der Regierung in Prestigeprojekte und das Abfließen immer größerer Summen in die nun zum Teil des Herrschaftsapparates gewordenen halbstaatlichen Unternehmen hatte Togo wenig Rücklagen für die Kompensation der sinkenden Einnahmen. Da das togoische Wirtschaftsministerium von zyklischen Phosphatpreisen ausging, sollte die Finanzierung bis zum nächsten Aufschwung durch Kredite des IWF und der Weltbank abgedeckt werden – ein Trugschluss, der die Aufnahme immer weiterer Schulden notwendig machte. Die bundesdeutsche Botschaft berichtete Anfang 1979, die Schulden Togos hätten eine Höhe von 212 Milliarden CFA-Francs – etwa 1,85 Milliarden DM – erreicht und sich damit in weniger als zwei Jahren mehr als verdoppelt.¹¹⁰ Das Land stand angesichts einer Schuldenquote von beinahe 1.000 Prozent und einer durch die hohen Preise ausgelösten Inflation vor der Zahlungsunfähigkeit, was die innenpolitische Position der Eyadéma-Regierung erheblich schwächte. Im Oktober 1977 versuchte ein Söldnerkommando, das offenbar von der Familie Olympio finanziert und von einigen togoischen Offizieren logistisch unterstützt

109 Vgl. Abb. 13.

110 Siehe Bericht der deutschen Botschaft in Lomé an das BMZ und die KfW, Verschuldung um die Jahreswende 1978/79, 25. Januar 1979, BArch Koblenz B 213 11900, S. 1.

worden war, aus Ghana heraus ein Attentat auf Eyadéma zu verüben.¹¹¹ Der britische Geheimdienst, der sich zur Absicherung der Ölraffinerie in Togo aufhielt, konnte die Ausführung zwar knapp verhindern, allerdings kam es im Anschluss zu Unruhen in Lomé, die die RPT-Politik empfindlich diskreditierten.

Als Reaktion auf den Attentatsversuch und die wirtschaftlichen Probleme verkündete die RPT 1979, dass Eyadéma ab dem 1. Januar 1980 aufgrund seiner »Dienste für das Land« ein lebenslanges Recht auf die Ausübung der Regierung erhalten würde. Gleichzeitig musste sie allerdings um Hilfe bei der Weltbank bitten, da die hohe Verschuldung die Bedienung von Krediten unmöglich machte und bereits Zahlungsausfälle in Höhe von 27 Milliarden CFA-Francs zu verzeichnen waren.¹¹² Die Maßnahmen, die IWF und Weltbank daraufhin einleiteten, stürzten das Land in eine noch schwerere Wirtschaftskrise, die bis zum Beginn der 1990er Jahre anhielt – das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt Togos fiel von 414 Dollar 1980 auf 392 Dollar im Jahr 1990.¹¹³ Die Maßnahmen, die 1983 zu einem der ersten »Structural Adjustment Programs« des IWF zusammengefasst wurden, zielten auf eine Privatisierung der zahlreichen (halb-)staatlichen Unternehmen ab, während das Land sämtliche verfügbaren Finanzen in die Bedienung des Schuldendienstes investieren musste. Diese bereits 1979 ausgehandelten Konditionalitäten betrafen die Produktion und den Export, die Fiskal- und Kreditpolitik sowie den Schuldendienst, der in Kooperation mit dem Pariser Club – dem informellen Gremium der westlichen Geldgeberstaaten – auf einer graduellen Rückzahlung basieren sollte. Wie Heilbrunn in diesem Zusammenhang betont, »conditionalities that included politics of privatization, subsidy cuts, and strict fiscal austerity were undertaken with little consideration of the hardships suffered by Togo's population«.¹¹⁴ Die Implementierung des Strukturadaptierungsprogramms und die Konsequenzen, die daraus für die togosische Regierung und Bevölkerung erwuchsen, werden im anschließenden Kapitel näher analysiert.

111 Vgl. Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 126.

112 Ebd., S. 9.

113 Siehe Olaniyan, R. Omotayo: *Foreign Aid, Self-Reliance and Economic Development in West Africa*, Westport 1996, S. 140.

114 Siehe Heilbrunn, John R.: *Togo. The National Conference and Stalled Reform*, in: Clark, John F./Gardinier, David E. (Hg.): *Political Reform in Francophone Africa*, New York/Oxon 2018 [1. Aufl. 1997], S. 225-246, hier S. 227.

Zwischenfazit

Die togoische Wirtschaftspolitik – in ihrer Wechselwirkung mit der Innenpolitik – erlebte zwischen Ende der 1960er und Ende der 1970er Jahre mehrere fundamentale Umbrüche, die bis in die Gegenwart Nachwirkungen entfalten. Die vorherige, in wirtschaftlichen Belangen letztlich erfolglose Politik der Grunitzky-Regierung stand zwischen 1963 und 1967 unter dem Zeichen einer allgemeinen, großzügigen Liberalisierung der togoischen Wirtschaft, die als Alternative zur radikalen Austeritätspolitik für einen Zustrom an ausländischen Investoren und Kapital sorgen und dabei gleichzeitig das Problem der Arbeitslosigkeit eindämmen sollte. Allerdings brachte die liberale Wirtschaftspolitik, die eigentlich eine Partizipation der Bevölkerung am durchaus vorhandenen wirtschaftlichen Wachstum ermöglichen sollte, kaum zufriedenstellende Resultate hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und der Arbeitsperspektiven. Sie war zudem beinahe ausschließlich von bundesdeutschen und französischen Zuwendungen im Rahmen der Technischen und der Kapitalhilfe gespeist.¹¹⁵ Die Implementierung des ersten Fünfjahresplans ab 1966, der die landwirtschaftliche Produktion stärken und die Einnahmen aus dem Export von Cash Crops erhöhen sollte, stieß zwar bei den europäischen Geberländern auf Zustimmung, sorgte aber für eine noch stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf klimatisch sensible Erzeugnisse. In der Folge war Togo ab dem Ende der 1960er Jahre von stark sinkenden Kakao-Einnahmen betroffen, die auf eine Dürre in den Anbauregionen zurückzuführen waren.

Die in der Forschung häufig als entscheidende Zäsur für wirtschaftliche Wandlungsprozesse dargestellte »Ölkrise« von 1973 war in Togo nur von untergeordneter Bedeutung, da die hohen Phosphateinnahmen der Jahre 1972 bis 1974 die Verluste durch die hohen Ölpreise deutlich übertrafen und die Transformation der togoischen Wirtschaft bereits in den letzten Jahren des ersten Fünfjahresplans (1966-1971) begonnen hatte. Beflügelt durch die enormen Exporterlöse aus dem Phosphatabbau, hoffte die togoische Regierung, durch eine verstärkt vorangetriebene internationale Öffnung und die Errichtung und Ansiedlung zahlreicher neuer Großindustrien den wirtschaftlichen Erfolg auch künftig sicherstellen zu kön-

115 Siehe Bericht des VA Posselt an das BMZ, Bericht über eine Dienstreise vom 10.6.72 bis zum 30.6.1972 nach Togo, 11. Juli 1972, BAArch Koblenz B 213 8909, S. 2. Posselt verweist ebd. zwar darauf, dass über das Arbeitslosenproblem »keine exakten Angaben« vorlägen, es allerdings ein hohes Maß an Unterbeschäftigung auf dem Land sowie eine hohe Arbeitslosigkeit in Lomé gebe.

nen. Die Einbindung in den Weltmarkt erfolgte allerdings einerseits hauptsächlich durch multinationale, meist europäische Konsortien, die sich mehrheitlich unter Kontrolle verschiedener Anteilseigentümer befanden. Die Verstaatlichung der CTMB blieb das einzige Beispiel einer direkten Übernahme durch die togoische Regierung. Andererseits waren die halb- und parastaatlichen togoischen Unternehmen, wie Togograin oder die SONACOM, als funktionelle Kopien der ausländischen Gesellschaften aufgrund der neopatrimonialen, teilweise kleptokratischen Verwaltung ebenfalls nicht in der Lage, entsprechende Einnahmen für den Staatshaushalt zu generieren. Der einseitige Fokus auf den Phosphatexport zusammen mit der irrigen Annahme zyklischer Preisentwicklungen machte sich dementsprechend in einer starken Abhängigkeit von den Entwicklungen auf dem Weltmarkt und von ausländischen Krediten bemerkbar, die das Land schließlich ab 1976 in eine schwere, wenn auch zunächst verdeckte Rezession stürzten. Dabei handelte es sich allerdings nicht um eine Zäsur im Sinn eines disruptiven, folgenschweren Ereignisses, sondern um einen graduellen Niedergang, der über mehrere Jahre hinweg andauerte und 1979 mit der Anrufung des IWF und der Weltbank seinen vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte.

Der Versuch, Togo von einem Rohstofflieferanten für Europa, was es in den zwei Jahrzehnten zuvor im Kontext des »development project« gewesen war, zu einem attraktiven Industriestandort in Afrika zu machen, war damit gescheitert. Der Übergang zum »globalization project«, der während der 1970er Jahre mit einem grundlegenden Wandel der europäischen Perspektiven auf Afrika verbunden war, bedeutete wegen dieser Neuausrichtung europäischer Interessen für Togo einen massiven Verlust an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Folge war eine stärkere Ausrichtung auf die Innenpolitik, die in repressiveren Gesetzen, Behördenwillkür und dem Wegfall beinahe jeglicher gesellschaftlichen Teilhabe mündete. Die Gleichschaltung der Presse und die Ernennung Eyadémas zum Präsidenten auf Lebenszeit stellten somit Versuche dar, die Erosion der zuvor auf außenpolitischen Erfolgen beruhenden Legitimation der togoischen Regierung zu kompensieren. Dies war vor allem deshalb wichtig, weil die Spielräume zur Etablierung einer eigenen Präsenz auf dem Weltmarkt durch die Wirtschaftskrise stark eingeengt worden waren und die Position der Regierung durch die nun herrschende Abhängigkeit von supranationalen Institutionen wie dem IWF massiv geschwächt worden war.

7. Die togoische »lost decade«

Das IWF-Regime und die Krise der 1980er Jahre

Am Ende der 1970er Jahre begann das neopatrimoniale Herrschaftssystem der RPT, das sich zum einen auf die Armee und zum anderen auf Kader in den halb- und parastaatlichen Unternehmen stützte, langsam zu erodieren. Die Eyadéma-Regierung, die während der Boomjahre 1972-1975 Togo als »Schweiz Afrikas« für Investoren aus der westlichen Welt hatte attraktiv machen wollen und das Land zu einem führenden Industriestandort in der Region erheben wollte, stand am Ende der 1970er Jahre vor der staatlichen Zahlungsunfähigkeit. Die Art der Herrschaftssicherung, die aufgrund der personellen Abhängigkeiten Günstlingswirtschaft und Korruption beförderte, hatte zusammen mit der wenig nachhaltigen Priorisierung einzelner Sektoren in den vergangenen Jahren für eine starke Anhäufung von Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern gesorgt.¹ Die Aufrechterhaltung des Systems aus halbstaatlichen Unternehmen und politischer Kontrolle war in der Vergangenheit durch die Aufwendung immer größerer Summen sichergestellt worden, die nach dem Ende des Phosphatbooms hauptsächlich durch ausländische Kredite bereitgestellt wurden. Trotz der inhärenten Fragilität des Systems kamen die häufigen Zahlungsausfälle ab dem Ende der 1970er Jahre für die westlichen Gläubiger überraschend. Die togoische Regierung hatte sich bislang auf ihr Wohlfühlen wie auch das geschwundene Interesse an den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes verlassen können.² Nachdem Togo ab 1979 nicht mehr in der Lage war, den Schuldendienst für die hohen Kredite zu leisten, und auch sonstigen Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen konnte, nahmen die inter- und supranationalen Akteure aus Regierungsvertretern der europäischen Staaten, dem IWF und der Weltbank die Situation zum Anlass, im Jahr 1983 eines der ersten IWF-Strukturanpassungsprogramme für Togo zu implementieren. Die Folge der Zahlungsunfähigkeit war eine massive Wirtschaftskrise, die die seit den frühen 1970er Jahren bestehenden wirtschaftlichen und politischen Grundlagen Togos im Lauf der 1980er Jahre massiv veränderte und erhebliche negative Konsequenzen für die Bevölkerung hatte.

1 Vgl. Seely/Decalo, *Historical Dictionary of Togo*, S. 301.

2 Vgl. Bericht des BMZ o. V. an das Auswärtige Amt, *Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Zahlungsverzug Togos*, BAArch Koblenz B 213 11887, 13. Oktober 1978, S. 1.

Vor diesem Hintergrund soll hier die togoische Wirtschaftskrise genauer untersucht werden: Welche in- und extrinsischen Faktoren beeinflussten sie? Wie veränderte die Wirtschaftskrise den Umgang mit der Bundesrepublik? Wie reagierte generell das Ausland auf die wirtschaftlichen Probleme? Was waren die Ziele und Inhalte des Strukturanpassungsprogramms und welche Konsequenzen ergaben sich aus ihm?

Vormals »klassische« Aufgaben der Entwicklungspolitik, wie die Gewährung von Technischer und Kapitalhilfe oder die Durchführung sektorbezogener Projekte, wurden in den 1970er Jahren von bislang bilateralen Kooperationen an multi- und supranationale Institutionen delegiert. Wie in Kapitel 5 erläutert, nahm im Zuge dessen die Bedeutung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik nach 1973 stark ab. Zugleich war man mit einem wirtschaftlichen Strukturwandel im eigenen Land konfrontiert. Die bundesdeutschen Akteure zeigten nur noch wenig Interesse an Togo. Vor diesem Hintergrund soll hier die togoische Perspektive im Zentrum des Kapitels stehen. Daran anknüpfend wird die Sichtweise bundesdeutscher Einzelakteure, wie KfW- und Bundesbankvertretern oder Botschaftsangehörigen, komplementär in die Untersuchung der wirtschaftlichen Umbruchphase miteinbezogen.

Infolge der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage geriet die Eyadéma-Regierung in eine existenzbedrohende Situation, die sich aus der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung und der innenpolitisch problematischen, prinzipiell vollständigen Abhängigkeit von ausländischen Finanzmitteln ergab. Die uneingeschränkte Herrschaftsgewalt, die dem Präsidenten seit dem Verfassungsreferendum am 1. Oktober 1980 zustand, wurde durch die Destabilisierung der Wirtschaft und des bisherigen fragilen Systems der halbstaatlichen Unternehmen herausgefordert. Der Verlust der wirtschaftlichen Autonomie, der auf die Implementierung des Strukturanpassungsprogramms folgte, machte eine tiefgreifende, politisch heikle Umstrukturierung des bisherigen Herrschaftssystems notwendig, um die präsidentielle Macht zu erhalten. Diese politischen Umbrüche in Togo, die der Wirtschaftskrise folgten, sollen daher als zweiter analytischer Schwerpunkt des Kapitels näher betrachtet werden. Dabei stehen insbesondere die Sichtweise der togoischen Regierung auf die Krise und die diskursiven Veränderungen im Umgang mit den wirtschaftlichen Entwicklungen im Fokus. Welche Auswirkungen hatte die Krise auf die togoische Innenpolitik und wie wandelte sich diese während des Untersuchungszeitraums? Wie veränderte sich das neopatrimoniale Herrschaftssystem Eyadémas unter dem Eindruck des Strukturanpassungsprogramms? Welche außenpolitischen Strategien verfolgte die togoische Regierung im Kon-

text der Wirtschaftskrise? Welche Narrative dienten zur Rechtfertigung der wirtschaftlichen Situation?

Im entwicklungspolitischen Vakuum der späten 1970er Jahre bildeten sich unterdessen neue zwischen- und parastaatliche Allianzen und Bündnisse. Das im Hinblick auf die deutsch-togoischen Beziehungen bedeutendste derartige Verhältnis stellt jenes zwischen dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und Eyadéma dar. Gefestigt durch die persönliche Freundschaft der beiden Politiker und auf bayerischer Seite in starkem Maße geprägt durch die Tätigkeit der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, entwickelten sich die Kontakte zwischen Bayern und Togo bis zum Beginn der 1980er Jahre zu einem intensiven Austausch, der mit der Gründung der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« und der »Fondation Eyadéma« 1977 auch auf eine institutionelle Basis gestellt wurde. Die Aufgabe dieser beiden Stiftungen bestand in der Bereitstellung und Lieferung von medizinischem Material, Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs sowie politischen Bildungsprogrammen und der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten für togoische Verwaltungsbeamte.

Die Ziele, die die bayerische Landesregierung wie auch die togoische Regierung mit diesen Kontakten verbanden, sollen als Sonderfall der zeitgenössischen bundesdeutschen Außenpolitik ein weiterer Untersuchungsgegenstand dieses Kapitels sein. Dabei steht vor allem die Frage im Zentrum, welche Stellung die bayerische Nebenaußenpolitik innerhalb der bundesdeutschen außenpolitischen Strategie für Afrika hatte und wie sich die bayerisch-togoischen Beziehungen zu den Zielen des Auswärtigen Amts verhielten. In welchem Verhältnis stand die Arbeit der Stiftungen im Hinblick auf die entwicklungspolitischen Transformationsprozesse der vergangenen Jahre? Welche Absichten verband die bayerische Landesregierung mit der Arbeit in Togo? Welche Rolle spielte das Verhältnis von Strauß und Eyadéma für die deutsch-togoischen Beziehungen in jener Zeit?

Im letzten Teil des Kapitels sollen schließlich die transformativen Ereignisse der späten 1980er und frühen 1990er Jahre in Togo beleuchtet werden. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation unter den Auspizien des IWF soll anhand der Ziele des Strukturanpassungsprogramms und der Einschätzungen der internationalen Beobachter untersucht werden.

Zielsetzung und Etablierung der IWF- Strukturanpassungsprogramme im Globalen Süden

Ein Geflecht aus Arbeitslosigkeit, Korruption, defizitären Staatshaushalten, überbewerteten Währungen und Inflation habe, so Egon Görgens, in vielen afrikanischen Staaten während der 1970er Jahre dazu geführt, dass ausländische Kapitalhilfen im privaten Sektor versickert seien.³ Die jeweiligen Regierungen profitierten davon aufgrund ihrer meist starken Verflechtungen mit den Unternehmen in erheblichem Maße; daher hätten sie kein Interesse an einer Änderung des Status quo gehabt. Die Schuldenkrisen, die daraus resultierten, seien indes durch die großzügige Vergabepolitik des IWF und anderer Geberinstitutionen begünstigt worden, da dort nach dem »Prinzip Hoffnung« davon ausgegangen worden sei, die Finanzierung würde automatisch zu wirtschaftlichen Anpassungsbemühungen führen.⁴

Togo steht dabei exemplarisch für diese Entwicklungen, da die Kapitalhilfe zwar politischen Konjunkturen, wie der »Ölkrise« und der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags, unterworfen war, jedoch nie vollständig abriß. Der Wirtschaftsaufschwung, der durch den Phosphatboom ab 1972 ausgelöst wurde, wurde etwa von den bundesdeutschen Ministerien als genuiner Erfolg der entwicklungspolitischen Strategien der togoischen Regierung betrachtet, ohne dass das System der halbstaatlichen Unternehmen und ihre Verflechtungen mit der Regierung näher untersucht wurden. Das Hinwegsehen der deutschen Botschaft über den Charakter des neopatrimonialen Herrschaftssystems, das Eyadéma sukzessive aufgebaut hatte, trug in Verbindung mit dem finanz- und sicherheitspolitisch motivierten Rückzug aus Togo nach 1973 letztlich zur Entstehung der Wirtschaftskrise bei.

Zu Beginn der 1980er Jahre kam es seitens des IWF und der Weltbank zu einem Umdenken hinsichtlich der bisherigen Vergabepaxis für Kredite und Darlehen, dem die europäischen und supranationalen Geberinstitutionen folgten: Das Gesamtpaket der neuen Maßnahmen, das als Strukturanpassungsprogramm bezeichnet wurde, stellte die Diversifikation der Wirtschaft, finanzielle Stabilität, Verringerung der Inflation und Haushaltsdisziplin als entscheidende Ziele der Entwicklungspolitik

3 Siehe Görgens, Egon: Die entwicklungspolitischen Strategien von IWF und Weltbank, in: Paraskewopoulos, Spiridon (Hg.): Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung, Stuttgart 1997, S. 261-276, hier S. 265.

4 Ebd.

in den Mittelpunkt.⁵ Diese sollten durch hohe Zinsen auf Kapitalhilfedarlehen, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen erreicht werden.⁶ Für Togo lässt sich dabei feststellen, dass die Integration in den Weltmarkt durch die Öffnung für ausländische Investitionen bereits seit der Unabhängigkeit Teil der Wirtschaftspolitik gewesen war. Die Förderung exportorientierter Agrar- und Kleinindustriebetriebe, die, wie beispielsweise im Musterdörfer-Projekt, häufig durch ausländische Investitionen finanziert worden waren, hatte allerdings wenig zur projektierten wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Dennoch beinhalteten die diversen Handelsabkommen mit den westeuropäischen Staaten bereits weitreichende Vorgaben hinsichtlich der wirtschaftlichen Diversifikation und der Marktzugänge, die strukturell ähnliche Ziele wie die späteren Vorgaben des IWF verfolgten. Entscheidend dafür waren hauptsächlich französische Wirtschaftsinteressen, da für die in Togo tätigen französischen Unternehmen und Konsortien der einfache Zugang zu Rohstoffen und zum westafrikanischen Markt sowie, in geringerem Maße, auch dem dortigen Arbeitskräftereservoir die Geschäftsgrundlage bildeten. Im Hinblick auf die Vorbildfunktion der bilateralen Handelsabkommen für die späteren Strukturanpassungsprogramme des IWF erläutert Moustapha Diop zum ähnlich gelagerten Fall des Senegal: Die »EWG erwies sich hinsichtlich der Geldgeber-Konditionalität vor Ort als Vorläufer der später im Land tätigen Bretton-Woods-Institutionen (BWI) im Anschluss an die Einschaltung der USA in die Entwicklungspolitik in Afrika«.⁷

Durch die Einführung der Strukturanpassungsprogramme wurde schließlich ein legislativer Rahmen geschaffen, der auf der Makroebene die Umgestaltung der gesamten Wirtschaftspolitik eines Staats durch supranationale Institutionen erlaubte. Epistemologisch betrachtet handelte es sich somit um eine Neuauflage der modernisierungstheoretischen Ansätze der 1950er und 1960er Jahre, die eine durch moderne Technik induzierte gesamtwirtschaftliche Transformation herbeiführen sollten. Im Gegensatz zum modernisierungstheoretischen Primat des Wirtschaftswachstums habe, so Dietmar Fricke, der Schwerpunkt der Strukturanpassungsprogramme in der Errichtung »exportorientierter Entwicklungs-

5 Vgl. Kwon, Jinah/Klay Kieh, George/Lumumba-Kasongo, Tukumbi: Varieties of Neoliberal Capitalism, in: Azmanova, Albena/Chamberlain, James (Hg.): Capitalism, Democracy, Socialism. Critical Debates, Cham 2022, S. 119-146, hier S. 121.

6 Vgl. ebd.

7 Siehe Diop, Moustapha Thioune: Entwicklungspolitik und Partizipation im Senegal. Bilaterale Mikrofinanzkreditprogramme zur Wirtschaftsförderung und Armutsbekämpfung, Wiesbaden 2017 [zugl. Univ. Diss. Uni Konstanz 2015], S. 128.

modelle« gelegen, die die Eingliederung der betroffenen Staaten in die »internationale Arbeitsteilung« ermöglichen sollten.⁸ Der entwicklungspolitische Aspekt spielte in den Strukturanpassungsprogrammen nur noch eine untergeordnete Rolle; dies gilt ebenso für den Aspekt des wirtschaftlichen Wachstums. Ebenso wenig waren die in Zusammenhang mit späteren Strukturanpassungsprogrammen häufig betonten demokratischen Transformationsprozesse für die Kreditvergabe von Bedeutung.⁹

Die neue Strategie des IWF habe dementsprechend nicht darauf abgezielt, die Situation der betroffenen Bevölkerungen zu verbessern, sondern »to enable the affected countries to service their debt to the Bretton Woods institutions, and to countries and private commercial banks in the global North«.¹⁰ Wie Fred Olayele betont, seien die Maßnahmen »anchored in limited government and a market-oriented economy« in den afrikanischen Staaten zwar dabei erfolgreich gewesen, hohe Inflationsraten zu verringern und den Schuldendienst wieder aufzunehmen, hätten dabei jedoch »huge economic dislocation« und »unprecedented levels of poverty, unemployment and inequality across the continent« verursacht.¹¹

Zwar war aufseiten der westlichen Geberländer nach drei Jahrzehnten entwicklungspolitischer Experimente die Erkenntnis herangereift, dass eine Fixierung auf die makroökonomische Ebene den entwicklungspolitischen Zielen kaum diene oder die erhoffte Hebung des Lebensstandards sogar behinderte.¹² Dennoch war eine zu starke Anhebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer nach wie vor nicht erwünscht, da dies mit der Möglichkeit einherging, deren bislang vorherrschende Abhängigkeit von europäischen Industrieprodukten zu beenden oder zumindest stark zu verringern. Der in den 1950er und 1960er Jahren von europäischen Politikern auch offiziell betonte Standpunkt, eine Industrialisierung der ehemaligen Kolonien nicht allzu aktiv zu betreiben, um sich nicht selbst einer unternehmerischen Konkurrenz auszusetzen, war durch die Einführung der Strukturanpassungsprogramme prinzipiell zum globalen Konsens geworden. Konkrete wirtschaftliche Leitlinien, wie

8 Siehe Fricke, Dietmar: Strukturanpassungsprogramme, in: Ihne, Hartmut/Wilhelm, Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, Berlin 2013, S. 80–89, hier S. 82.

9 Vgl. dazu Altmann, Gerhard: Die Good-Governance-Konzeption von Weltbank, IWF und OECD, in: Gesellschaft, Wirtschaft und Politik 54 (2005) H. 3, S. 305–316.

10 Siehe Kwon, Jinah/Kieh, George Klay/Lumumba-Kasongo, Tukumbi: Varieties of Neoliberal Capitalism, in: Azmanova, Albena/Chamberlain, James (Hg.): Capitalism, Democracy, Socialism. Critical Debates, Cham 2022, S. 119–146, hier S. 121.

11 Siehe Olayele, Fred: African Policy Innovation and the Political Economy of Public-Private Policy Partnerships, Carleton 2022, S. 6.

12 Vgl. das Zwischenfazit des Kapitels 3.2.

die Förderung bestimmter Industrien oder die Fokussierung auf den Export von bestimmten Cash Crops, waren einem unspezifischen generellen Vorrang der Wirtschaft gegenüber der Politik gewichen. Die mit der früheren Entwicklungspolitik verbundenen finanziellen Kontrollmechanismen, die einen mehr oder weniger limitierten Einfluss Europas in den afrikanischen Staaten sicherstellten, verloren durch den globalen Bedeutungsverlust der Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren massiv an Funktionalität. Die damit einhergehende Multilateralisierung entwicklungspolitischer Aufgaben veränderte den bisherigen Charakter der Beziehungen zwischen den Staaten des Nordens und des Südens stark. Zudem hatten die meisten afrikanischen Staaten bereits in den 1960er Jahren eine Transition hin zu autoritären Herrschaftssystemen erlebt, die wirtschaftlich und politisch relativ einfach zu kontrollieren waren und denen die Bedingungen der Strukturanpassungsprogramme daher leicht auferlegt werden konnten. Für den Westen eröffnete sich damit die Möglichkeit, mittels der gezielten Vergabe von Krediten und Schenkungen, durch die die betroffenen Staaten die Vorgaben des Strukturanpassungsprogramms einhalten konnten, neue finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse aufzubauen. Wie der frühere Generalsekretär der UN-Economic Commission for Africa, Kingsley Amoako, dazu bemerkte, »a major irony of African development history is that the theories and models employed have largely come from outside the continent. No other region of the world has been so dominated by external ideas and models.«¹³ Das erste Strukturanpassungsprogramm wurde schließlich 1982 für die angeschlagene Wirtschaft Mexikos aufgelegt. Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre wurde das Konzept auf dutzende Staaten des Globalen Südens ausgeweitet, wie beispielsweise Kolumbien, Indien, Mexiko und Nigeria.

Wirtschaftskrise und IWF-Strukturanpassungsprogramm in Togo

Wie im vorherigen Kapitel gezeigt, entfaltete der Crash der Phosphatpreise ab 1974 seine Wirkung erst mit einer Verzögerung von einigen Jahren, da die togoische Regierung durch ausländische Kredite und das Zurückhalten der Bilanzen den Anschein einer wachsenden Wirtschaft gegenüber den westlichen Beobachtern jahrelang aufrechterhalten konnte. Das neopatrimoniale Geflecht aus halbstaatlichen Unternehmen und politischen Eliten war inzwischen derart systemimmanent geworden, dass es sich neben der Armee als zweite Säule des Machterhalts für Eyadéma und

13 Zit. n. ebd., S. 8.

die RPT etabliert hatte. Zum einen erwiesen sich Günstlingswirtschaft, persönliche Abhängigkeiten und Schwarzmarktgeschäfte als prestigeträchtig und finanziell lukrativ für die Beteiligten in den hohen Verwaltungsposten der halbstaatlichen Unternehmen.¹⁴ Zum anderen diente die ständige Konkurrenz unter den nach Parteiloyalität und ethnischer Zugehörigkeit ausgesuchten Mitarbeitern der politischen Kontrolle durch die Regierung, um deren Gunst sie buhlten. Die relative Stabilität, die dieses System mit sich brachte, ermöglichte der Regierung eine verhältnismäßig komfortable Machtbasis, die jedoch mit immer höher werdenden Geldsummen erkaufte wurde, die in den schwarzen Kanälen der »parastatals« verschwanden. Angesichts der festgefügtten Verhältnisse in der Beziehung zwischen Regierung und halbstaatlichen Unternehmen und der Vorteile, die das System für beide Seiten mit sich brachte, war eine intrinsische Umstrukturierung des Wirtschaftssystems politisch im Grunde weder möglich noch erwünscht. Die Eyadéma-Regierung hielt zunächst an den während des Phosphatbooms begonnenen Prestigeprojekten fest – noch 1980 erlebten die Einwohner Lomés die Fertigstellung des pompösen »Hotel 2nd Fevrier«, das nicht nur das damals höchste Gebäude Westafrikas war, sondern als luxuriöses 5-Sterne-Hotel westliche Geschäftsleute und politische Amtsträger anlocken und beeindrucken sollte.¹⁵

Nachdem dann ab 1979 regelmäßige Zahlungsausfälle bei diversen Kreditzinsen allmählich auf eine bevorstehende Rezession hindeuteten, wurde das Ausmaß der schlechten Wirtschaftslage auch bei ausländischen Beobachtern registriert. Die Deutsche Bundesbank konstatierte hierzu beispielsweise 1985 retrospektiv, die »nur halbherzigen Stabilisierungsbemühungen der Regierung Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre« hätten wenig an der desolaten wirtschaftlichen Situation verändert.¹⁶ Nachdem die togoische Regierung plötzlich mit der Perspektive konfrontiert war, angesichts der verschleierte wirtschaftlichen Probleme das Wohlwollen der EWG-Staaten zu verlieren, suchte sie Unterstützung bei den Vereinten Nationen. Dazu brachte die togoische UN-Delegation 1979 einen Antrag bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein, um Togo zu einem »Least Developed Country« (LLDC) herabzustufen.

Der LLDC-Status war 1971 von der Generalversammlung der UN eingeführt worden, um anhand von Kriterien wie dem durchschnittlichen

14 Vgl. Heilbrunn, Togo, S. 227.

15 Siehe Häberlein, Generationen-Bande, S. 284.

16 Siehe Bericht der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium für Finanzen o. V., Artikel IV-Konsultationen mit Togo 1985 und Antrag auf einen Bereitschaftskredit über 15,4 Mio SZR (40 % der Quote), 13. Mai 1985, BAarch Koblenz B330 17795, S. 1.

Pro-Kopf-Jahreseinkommen oder dem Energieverbrauch pro Person die am wenigsten entwickelten Staaten der Welt identifizieren zu können.¹⁷ Aus dem LLDC-Status resultierten beispielsweise günstigere Konditionen bei Krediten und Darlehen durch ausländische Geberinstitutionen, die niedriger bezinst wurden und eine längere Tilgungsdauer hatten. Daneben hatte sich das System der internationalen Kapitalhilfe für LLDCs in den 1970er Jahren für die Empfängerländer positiv verändert: Im Oktober 1972 hatte das Development Assistant Committee (DAC) der OECD die Konditionenempfehlung ausgesprochen, statt Krediten, die mit einem Zinsdienst für die Empfängerländer verbunden waren, künftig nur noch Zuschüsse zu gewähren, die als zinslose »Geschenke« direkt genutzt werden konnten.¹⁸ Hinzu kam der Aspekt eines vereinfachten internationalen Umgangs mit LLDCs durch die Einführung einer einheitlichen Strategie, die das Nebeneinander von bilateralen Kreditvergabeverfahren ablösen sollte. Großbritannien wandte das neue System ab 1975 an, die USA ab 1976, Australien, Neuseeland, Norwegen und Kanada ab 1977.¹⁹ Auch in der Bundesrepublik gab es Bestrebungen, künftig Zuschüsse statt Kredite zu gewähren, allerdings sorgte der drohende Verlust eingeplanter Zinszahlungen durch die Umstellung zunächst für Zurückhaltung. Eine Tagung der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) im Dezember 1977 erhöhte den Druck auf die Bundesregierung dann so sehr, dass sie ab Herbst 1978 ebenfalls die »Grundsätze für die Umwandlung von Darlehen der FZ an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) in Zuschüsse« einführte.²⁰

Durch das neue System waren nun auch generelle Schuldenerlasse für LLDC-Staaten möglich, mit denen die entsprechenden Zinsverpflichtungen entfielen. Dieser Umstand war, wie der neue bundesdeutsche Botschafter in Lomé Peter Scholz mitteilte, der Hauptgrund für die Hoffnung der togoischen Regierung, als LLDC-Staat anerkannt zu werden.²¹ Nach Verhandlungen mit dem United Nations Development Programme (UNDP) trat die erhoffte Herabstufung zum LLDC

17 Vgl. Deckers, Wolfgang: Fourth World, in: Odekon, Mehmet (Hg.): Encyclopedia of World Poverty, Thousand Oaks/London/Neu Delhi 2006, S. 388–389, hier S. 388.

18 Vgl. Aufzeichnung 400-440.07 des Ministerialdirektors Lautenschlager, 18. Januar 1978, zit. n. Möller, Horst u. a. (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1978, München 2009, S. 93–97, hier S. 95.

19 Ebd.

20 Vgl. Aufzeichnung Volkmar Köhlers, Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Schuldenerlaß, 13. September 1983, PA AA, AA, B34 ZA 141036, S. 1.

21 Vgl. Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Qualifikation Togos als LLDC, 3. Februar 1983, PA AA, AA, B34 ZA 141036, S. 2.

schließlich im April 1983 in Kraft, woraufhin die togoische Regierung sofort einen erfolgreichen Antrag auf Schuldenerlass bei der KfW stellte.²² Zwischenzeitlich hatte sich die wirtschaftliche Lage trotz der Perspektive eines Schuldenerlasses weiter verschlechtert. Beunruhigt durch die fortlaufenden Zahlungsausfälle, entschlossen sich IWF und der Pariser Club 1982 dazu, ein Programm zur Konsolidierung der togoischen Wirtschaft zu implementieren. Das Konzept sah vor, durch den IWF zwei Strukturadaptierungsprogramme ausarbeiten zu lassen, die von drei aufeinanderfolgenden Bereitschaftskrediten (IWF-Stand-By-Arrangements) flankiert werden sollten. Nach einem Gutachten der Deutschen Bundesbank be ruhten die Maßnahmen des Strukturadaptierungsprogramms »im wesentlichen auf einer verbesserten Finanzdisziplin, stärkerer Liberalisierung der Wirtschaft, einer vernünftigen Preispolitik, zum Teil weitgehend strukturellen Reformen und der prioritären Förderung der Landwirtschaft«.²³

Mit der Implementierung des Strukturadaptierungsprogramms verlor Togo ab 1983 prinzipiell die wirtschaftliche Autonomie, während der Lebensstandard der Bevölkerung durch die geforderten Einsparungen im öffentlichen Sektor und der öffentlichen Daseinsvorsorge stark abnahm. Nach der Umsetzung der ersten Maßnahmen befand sich Togo laut Deutscher Bundesbank jedoch »seit 1983 in einem erfolgreichen Anpassungsprozeß, der zu einer spürbaren Verminderung der binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte geführt hat«, weshalb die mit den »zwei Standby-Abkommen von 1983/84 verbundenen Kredite« vollumfänglich haben ausbezahlt werden können.²⁴ Die nun herrschende »vorsichtige Ausgabenpolitik« war aus Sicht des Bundesfinanzministeriums zwar ein positives Signal, allerdings hauptsächlich auf »günstige klimatische Bedingungen« und »großzügige Auslandshilfe« zurückzuführen – volatile Faktoren, die wenig über den tatsächlichen Erfolg der Maßnahmen der togoischen Regierung verrieten.²⁵ Neben den klimatischen Unsicherheiten war die Entwicklung der Weltmarktpreise ein Risikofaktor, der die verordnete Haushaltskonsolidierung trotz Einhaltung der Maßnahmen gefährden konnte. So teilte die bundesdeutsche Botschaft Lomé 1987 mit,

22 Siehe Bericht des LR Rudolf, 100-Jahrfeier der Unterzeichnung des deutsch-togoi schen Schutzvertrages von 1884, Unterzeichnung eines Schuldenerlasses für FZ-Ver pflichtungen, 13. Februar 1984, ebd., S. 1.

23 Siehe Bericht der Hauptabteilung Ausland der Deutschen Bundesbank o. V., Togo, Artikel IV-Konsultation und Antrag auf Standby-Kredit, 9. Mai 1985, BArch Kob lenz B330 17795, S. 1.

24 Ebd.

25 Siehe Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen o. V., Togo – halb jährliche Überprüfung des Bereitschaftskredits, 3. September 1985, ebd., S. 1.

»beim Export von Phosphat erlitt Togo wertmässige Einbussen von 40 Prozent, die Weltmarktpreise für die drei übrigen wichtigen Exportgüter Togos Kaffee, Baumwolle und Kakao gaben nach«. ²⁶ Deshalb erwartete die Botschaft, dass der Schuldendienst durch die geringeren Einnahmen 1987 »mindestens 60 % der Exporterlöse« ausmachen werde und dadurch schwierige Verhandlungen über die Vergabe von bilateralen Krediten abzusehen seien. ²⁷ Aus diesem Grund seien die »mittelfristigen Projektionen« trotz des bestehenden »track records« der togoischen Regierung nach wie vor besorgniserregend und nur durch ein großzügiges Entgegenkommen der Gläubiger haltbar. ²⁸ Unterdessen sank die Kaufkraft und damit der Lebensstandard der Bevölkerung weiter, was angesichts der verschlechterten Nahrungsversorgung insbesondere die ärmsten Teile der Bevölkerung überproportional betraf. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das zwischen 1960 und 1980 von 99,70 auf 544,10 Dollar gestiegen war, sank bis zum Jahr 1984 wieder auf 301,90 Dollar und erreichte erst ab dem Jahr 2001 wieder ein stabiles, stetig steigendes Niveau. ²⁹

Das Strukturanpassungsprogramm des IWF erreichte, wie bereits bei anderen Staaten evident geworden war, nie die mit ihm verbundenen Ziele in Bezug auf die wirtschaftliche Konsolidierung und die Beseitigung der Staatsschulden. Stattdessen waren die 1980er Jahre von einem »auf und ab des Schuldenberges« gekennzeichnet, der von einer Milliarde CFA-Francs 1980 zwischenzeitlich auf 800 Millionen CFA-Francs gesunken war, 1987 allerdings wieder ein Rekordniveau von 1,235 Milliarden CFA-Francs erreichte. ³⁰ Im Jahr 1988 konnte die Bundesbank die Erfolgsmeldung verkünden, die Inflation habe sich von 4,4 auf 3,1 Prozent verringert, während ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent prognostiziert werde und das Fondsprogramm damit »on track« sei. ³¹ Die Gründe dafür waren allerdings, wie der IWF in seinem Bericht beschrieb, in günstigen Wetterverhältnissen für den Baumwollanbau und einer leicht erhöhten Weltnach-

26 Siehe Bericht der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Kurzfassung zum gemeinsamen Bericht der EG-Wirtschaftsreferenten in Lomé/Togo, 1987, PA AA, AA, B 201 ZA 144285, S. 1.

27 Ebd.

28 Siehe Togo – halbjährliche Überprüfung des Bereitschaftskredits, S. 2.

29 Siehe World Bank national accounts data, and OECD National Accounts data files, GDP per capita (current US\$) Togo 1960-2022, URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?end=2022&locations=TG&start=1960&view=chart> (abgerufen am 10.1.2024).

30 Siehe Helm, Politische Herrschaft in Togo, S. 120.

31 Siehe Schreiben der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium der Finanzen o. V., Überprüfung des Bereitschaftsabkommens mit Togo, 5. September 1988, BAArch Koblenz B330 24365, S. 1.

frage nach Phosphat zu finden, weshalb nach wie vor nach Möglichkeiten gesucht wurde, das Wirtschaftswachstum dauerhaft strukturell zu verankern.³²

Die trotz der Privatisierungswelle ab 1983 noch bestehende nationale Baumwollgesellschaft SOTOCO (Société Togolaise de Coton) und das nach Ansicht des IWF stark defizitäre Büro für Agrarproduktion OPAT (Office des produits agricoles) spielten dabei eine entscheidende Rolle, da die Profite der günstigen Baumwollernte von den beiden Institutionen in einem neuen System an die Baumwollbauern verteilt werden sollten. Ähnliche Systeme waren für die Kaffee- und Kakaosektoren vorgesehen, wobei gleichzeitig »programs of action« implementiert werden sollten, die die »operation costs« des OPAT im Einklang mit den IWF-Vorgaben drastisch reduzieren sollten.³³ Gogué und Evlo argumentieren in diesem Kontext, dass die Zerschlagung der staatlichen Monopolgesellschaften positive Effekte auf die Landwirtschaft gezeigt hätte, da »price liberalization resulted in an increase in agricultural output and established new dynamics for internal trade of agricultural products«.³⁴ Wie negativ sich die Sparmaßnahmen jedoch auswirkten, zeigte sich nur anderthalb Jahre später, als das OPAT am Rand der Inoperabilität angelangt war. Im Auswärtigen Amt wurde konstatiert, dass das OPAT – trotz seiner »erhebliche[n] Bedeutung für die Entwicklung ländlicher Regionen« – aufgrund der Regierungsanweisungen nicht mehr dazu in der Lage war, notwendige Reinvestitionen aus den Exporterlösen durchzuführen und benötigte Ersatzteile zu importieren.³⁵ In der Folge musste ein erneuter, separater Kredit für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des OPAT vergeben werden, da zum einen die Bauern abhängig vom Verkauf ihrer Erzeugnisse an das OPAT waren, und zum anderen der Export von Cash Crops, der für etwa 40 Prozent der staatlichen Einnahmen verantwortlich war, sonst zum Erliegen gekommen wäre. Das hohe Defizit des OPAT wurde dennoch bis zum Jahr 1987 hauptsächlich dadurch beseitigt, dass die »floor prices« – die Preise, die die Bauern für ihre Ernte unabhängig von den Entwicklungen auf dem Weltmarkt erhielten – durch die togoische Regierung drastisch gesenkt wurden: Statt 150 CFA-Francs für ein Kilogramm Erdnüsse erhielten sie jetzt nur noch 45 CFA-Francs, bei Baum-

32 Siehe International Monetary Fund Togo, Review Under Stand-By Arrangement, 19. Juli 1988, BArch Koblenz B330 24365, S. 7.

33 Ebd.

34 Siehe Gogué/Evlo, Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 486.

35 Siehe Bericht des Ministerialrats Neufeldt an das Auswärtige Amt, Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Entscheidung über Prüfungsauftrag für das Projekt »Sektorbezogenes Programm IV«, 11. Oktober 1985, PA AA, AA, B34ZA 141022, S. 2.

wolle war eine weniger drastische Reduktion von 105 auf 95 CFA-Francs geplant.³⁶ Die Begründung für eine Kürzung der Subventionen um ein Drittel ergab sich laut IWF aus dem Umstand, dass »stabilization operations for groundnuts were in substantial deficit«.³⁷ Die SOTOCO versuchte wiederum, die Bauern mit der Abgabe von Saatgut und Düngern zu unterstützen, und profitierte dabei vom Untergang des OPAT, sah sich allerdings selbst bald mit finanziellen Problemen konfrontiert, da auch sie die zuvor bezahlten Abnahmepreise nicht länger finanzieren konnte.³⁸

Für die Beobachter der Bundesbank waren die togoischen Bemühungen bei der Erfüllung des Strukturanpassungsprogramms am Ende der 1980er Jahre nicht überzeugend. In ihrem Bericht wurde zwar anerkennend erwähnt, dass Togo bis Ende 1990 wieder »eine tragfähige Zahlungsbilanzposition verbunden mit dauerhaftem Wirtschaftswachstum« erlangen könne, dafür allerdings eine Reihe weiterer Reformen nötig sei.³⁹ So solle der öffentliche Dienst erneut umgestaltet werden, da »dessen Personalbestand gegenwärtig als zu hoch angesehen wird«. Die togoischen Behörden sollten sich weiter um die »Umorganisation, Rationalisierung und teilweise [...] Privatisierung der öffentlichen Unternehmen« bemühen, da durch deren hohe Verluste die Staatsfinanzen stark belastet würden.⁴⁰ Angesichts dessen, dass derartige Maßnahmen bereits seit Implementierung des Strukturanpassungsprogramms sechs Jahre zuvor immer wieder gefordert wurden, zeigt sich, dass die Methoden entweder unwirksam oder gar nicht durchgeführt worden waren. Äußere Umstände und Weltmarktbewegungen erschwerten die Situation weiter: So ging der IWF davon aus, dass der Markt für die Hauptexportgüter schrumpfen werde, und wies darauf hin, »Phosphat exports in particular are subject to uncertainty because of rising environmental concern in Western Europe«.⁴¹ Die Unsicherheiten in Bezug auf die Fortschritte Togos bei der Durchführung des SAP korrelierten mit der Situation der Bevölkerung, deren Lebensstandard kontinuierlich abgenommen hatte.

36 Siehe International Monetary Fund Togo, Review Under Stand-By Arrangement, S. 8.

37 Ebd.

38 Siehe Gogué/Evlo, Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 486.

39 Siehe Bericht der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium der Finanzen o. V., Antrag Togos auf einen Bereitschaftskredit über 13 Mio SZR (33,85 % der Quote) und ein SAF-Arrangement, 14. März 1988, BACh Koblenz B330 24365, S. 2.

40 Ebd.

41 Siehe International Monetary Fund Togo (Hg.): Economic Policy Framework for 1988-90, 22. Januar 1988, BACh Koblenz B330 24365, S. 3.

Ein Meilenstein bei der Bewältigung der Krise ergab sich dann 1989, als die BCEAO, die den CFA-Franc emittierte, die Struktur der für Kredite von Privatunternehmen anfallenden Zinsen reformierte. Neu war nun, dass die togoischen Banken selbst Zinssätze festlegen konnten, während zuvor die halbstaatlichen Unternehmen priorisiert und mit vergünstigten Konditionen ausgestattet wurden. In der Folge entwickelte sich der durch die Strukturanpassungsprogramme seit Jahren erhoffte Investitionsschub, und eine Vielzahl kleiner und kleinster Unternehmen entstand – zu meist handelte es sich um Straßenstände, an denen Grundnahrungsmittel, Textilien oder Werkzeug verkauft wurden.⁴² Prinzipiell handelte es sich dabei um eine Regression der wirtschaftlichen Struktur Togos, die sich nach 15 Jahren der Bevorzugung der Industrie und einer zumindest im administrativen Sinn festgefügtten Arbeitsstruktur in den halbstaatlichen und privaten Unternehmen und Dienstleistern erneut zu einer informell geprägten Ökonomie wandelte. Mit dem Verlust des staatlichen Einflusses auf die Lohn- und Preisgestaltung schwanden letztlich auch die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Bevölkerung, die sich in der Vergangenheit finanzielle Zuwächse durch Unterstützung des Regierungskurses erkaufte hatte.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das politische System Togos

Die Wirtschaftskrise hatte für die RPT und Eyadéma, abgesehen von der geschwächten internationalen Position, vorerst keine sichtbaren Auswirkungen. Allerdings musste sich die Regierung darüber im Klaren sein, dass der Mangel an elementaren Gütern wenigstens durch politische Erfolge überlagert und in ein RPT-loyales Narrativ umgedeutet werden musste. Zu diesem Zweck bemühte sich die regierungstreue Presse zunächst um innenpolitische Schadensbegrenzung und versuchte über Jahre hinweg, das Thema Strukturanpassungsprogramm zu meiden, während sie gleichzeitig diverse, im Lauf der Zeit immer weiter von der Alltagsrealität der Bevölkerung entfernte Erklärungsversuche für die Krise anbot.

Dabei bedienten sich die Redakteure der Parteizeitung »La Nouvelle Marche« mehrerer Ansätze, um die Wirtschaftspolitik Eyadémas, aber auch die beteiligten westlichen Institutionen, auf deren Geld die togoische Regierung nun umso dringender angewiesen war, positiv darzustellen. Weder die Implementierung des Strukturanpassungsprogramms noch die

42 Vgl. Gogué/Evlo, Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 487.

Gründe, die zu der Situation geführt hatten, wurden hierbei genauer thematisiert. Bereits zu Beginn des Jahres 1983 erschien aber eine auffällig hohe Zahl an Artikeln, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen, den Beziehungen zu den europäischen Staaten und der Landwirtschaft auseinandersetzten. So wurde die Ausgabe vom 13. Januar, dem wichtigen Unabhängigkeitstag, von einem langen Artikel dominiert, der die Maßnahmen der französischen Entwicklungspolitik auflistete und »l'aide française qui constitue un appoint précieux dans notre effort de construction nationale« als großen Erfolg darstellte.⁴³ Neben dieser Zurschaustellung der guten Beziehungen zu Frankreich stimmte die »Nouvelle Marche« ihre Rezipienten gleichzeitig auf eine »Revolution Verte« ein, die von der wirtschaftlichen Planungskommission ins Leben gerufen wurde. Durch Subventionen auf Dünger und Pestizide, Steuerbefreiungen für Bauern und die – 20 Jahre nach dem »Olympio-Plan« wieder aufgenommene – Errichtung von landwirtschaftlichen Jugendzentren sollte die landwirtschaftliche Produktion künftig massiv erhöht werden.⁴⁴

Aus dem Vorhaben entwickelte sich in den folgenden Monaten eine »Campagne agro-pastorale«, deren Umsetzung zum Dauerthema der Berichterstattung wurde. Statt der bislang vorherrschenden Berichte über die Reisen und Staatsbesuche des Präsidenten dominierten nun Meldungen über die Erfolge der Kampagne, zu deren zentralem Schlagwort »autosuffisance« wurde. Die Rezipienten, von denen die meisten – auch in Lomé – Nahrung für den Eigenbedarf anbauen oder Nutztiere hielten, wurden nun beispielsweise über die ersten Anzeichen von Parasitenbefall bei Ziegen aufgeklärt, erhielten Empfehlungen zur richtigen Fütterung und Haltung oder erfuhren, dass die Haltung von Schweinen einfach und sehr rentabel sei.⁴⁵ Angesichts der durch das Strukturanpassungsprogramm initiierten Schwerpunktverlagerung von der Industrie zurück zur Landwirtschaft musste die Zeitung, sollte die Regierung nicht massiv an Glaubwürdigkeit verlieren, die Landwirtschaft nun in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellen. Dementsprechend wurde die »Campagne agro-pastorale«, trotz ihres Charakters als provisorisches, improvisiertes

43 Siehe o. V.: France-Togo. Une coopération fructueuse qui repose sur une confiance réciproque«, in: La Nouvelle Marche, Numero Special, 13. Januar 1983, Archives Nationales du Togo, S. 7-11, hier S. 7.

44 Siehe o. V.: Revolution Verte. Des efforts sans cesse croissants pour l'aménagement de notre agriculture, ebd. S. 30.

45 Siehe o. V.: Campagne agricole. Autosuffisance en protéines animales, in: La Nouvelle Marche Nr. 998, 12. März 1983, Archives Nationales du Togo, S. 4; o. V.: Autosuffisance alimentaire. Le porc est extrêmement rentable, in: La Nouvelle Marche Nr. 1015, 2. April 1983, Archives Nationales du Togo.

Wirtschaftsprogramm, im Stil der gewohnten Massenmobilisierung als großangelegte, nationale Kampagne der »masses paysans« inszeniert. Die Bauernschaft der landwirtschaftlich geprägten Plateaux-Region, die mit am stärksten von der hohen Inflation, dem Kaufkraftverlust und insbesondere sinkenden Weltmarktpreisen betroffen war, ließen die Redakteure der »Nouvelle Marche« ihren Dank gegenüber dem Präsidenten für seine »détermination à combattre la faim dans notre pays« verkünden.⁴⁶ Die Stoßrichtung derartiger Artikel wiederholte sich immer wieder: Die seit dem Putsch von 1967 häufig genutzte Erzählstruktur, dass Regierungskonzepte – gleich welcher Art – durch loyale und freundliche RPT-Kader einer skeptischen Bevölkerung zunächst geduldig nähergebracht, von dieser dann schließlich auf breiter Basis akzeptiert wurden und im Anschluss in einem Gefühl der Freude und Dankbarkeit gegenüber dem Präsidenten resultierten, wurde auch zum publizistischen Kernstück der Regierungskommunikation zur »Campagne agro-pastorale«.

Neben der medialen Mobilisierung der Bevölkerung konzentrierte sich die Regierung auf die Argumentationslinie, dass die harten wirtschaftlichen Einschnitte die Folge einer seit dem Beginn der 1980er Jahre herrschenden globalen Wirtschaftskrise seien, die sich auf Togo auswirke. Die in den Fallbeispielen des dritten Kapitels als Übergang vom »development project« zum »globalization project« aufgezeigte, von der togoischen Regierung in den 1960er Jahren passiv angenommene und seit den 1970er Jahren aktiv vorangetriebene Öffnung hin zu den globalen Märkten wurde dabei als alleinige Leistung der togoischen Politiker dargestellt. Allgemeinplätze hinsichtlich der globalen wirtschaftlichen Entwicklung bildeten die Basis der revisionistischen Artikel, die die vergangenen Verbesserungen als genuine Erfolge der togoischen Wirtschaftspolitik darstellten. Ein Kommentator der »Nouvelle Marche« versicherte den Rezipienten beispielsweise: »Le monde est en crise, personne ne l'ignore«, weshalb die togoische Bevölkerung den Empfehlungen der Partei und des Präsidenten folgen solle.⁴⁷ Wenn der Rat beherzigt werde, könne die Bevölkerung »la satisfaction de faire partie de ces hommes qui en un moment donné l'histoire et malgré la récession économique que connaît le monde, ont continué de jouir d'une garantie totale sur le plan alimentaire

46 Siehe o. V.: Les masses paysans expriment leur gratitude au président Eyadéma pour sa détermination à combattre la faim dans notre pays, in: La Nouvelle Marche Nr. 1005, 21. März 1983, Archives Nationales du Togo.

47 Siehe Assignon, Kalikouvi: Renforcer l'économie nationale, in: La Nouvelle Marche Nr. 991, 4. März 1983, Archives Nationales du Togo, S. 4. Übers.: »Die Welt befindet sich in einer Krise, niemand ignoriert sie.«.

grâce au génie politique de l'homme qui les dirige« erfahren.⁴⁸ Während die zweite »Ölkrise« infolge der Iranischen Revolution 1979 zwar negative Auswirkungen auf die westlichen Wirtschaftssysteme hatte, zeigt sich im Falle Togos jedoch angesichts der bereits seit 1974 zerfallenden wirtschaftlichen Basis und der starken Abhängigkeit vom Phosphatexport keine dementsprechende Kausalität. Das Strukturanpassungsprogramm wurde als Reaktion auf die togoischen Zahlungsausfälle ab 1979 implementiert, die, wie oben erläutert, ohne ausländische Hilfen und verschleierte Bilanzen bereits wesentlich früher eingetreten wären. Insofern dienten die zufällig zur gleichen Zeit eintretenden globalen Auswirkungen der zweiten »Ölkrise«, die 1979 aber noch gar nicht in ihrer Dimension absehbar waren, der Regierung als propagandistischer Vorwand zur Exkulpation des eigenen Regierungshandelns.

Im Kommentar der »Nouvelle Marche« war indes auch die wenig subversive Botschaft an potenzielle Dissidenten enthalten, dass eine Opposition gegen den Präsidenten eine Opposition gegen die Sicherstellung der Ernährung sei. Dies stand im Einklang mit der subtilen Einschüchterungsstrategie, die anstelle von direkter Gewalt seit dem Beginn der 1970er Jahre die Bevölkerung disziplinieren sollte. Die Art Berichterstattung zeigt darüber hinaus, dass der Regierung die innenpolitische Brisanz der Wirtschaftskrise durchaus bekannt war. Die Situation barg massive legitimatorische Risiken für Eyadéma, denn eine Hungersnot und etwaige Aufstände hätten eine massive innere wie äußere Schwächung seiner Position oder das Ende seiner politischen Karriere zur Folge gehabt. Durch die Fokussierung auf die vermeintlichen Erfolge der »Campagne agro-pastorale« wurde ein Vehikel zur Ablenkung der Bevölkerung von den alltäglichen wirtschaftlichen Problemen geschaffen, das die Hoffnung auf eine Verbesserung der Verhältnisse in eine unbestimmte Zukunft verlagerte. Der immer wieder durchscheinende Personenkult, der Eyadéma in den Mittelpunkt der Berichterstattung rückte, bezweckte eine Personifizierung dieser Hoffnungen und sollte damit die Stellung des Präsidenten im Inneren stärken.

Die Krise betraf bald nicht mehr nur die Lebensumstände der Bevölkerung, sondern wirkte sich auch auf die Funktionsfähigkeit der togoischen Verwaltung aus. Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, durch die die Personalkosten »schließlich insgesamt stärker reduziert wurden, als im Stabilisierungsprogramm angenommen«, zeigten für die Be-

48 Ebd. Übers.: »[...] die Genugtuung, zu den Menschen zu gehören, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte und trotz der weltweiten wirtschaftlichen Rezession dank der politischen Genialität des Mannes, der sie führt, weiterhin eine vollständige Nahrungsmittelsicherheit genießen konnten.«

richterstatte der Deutschen Bank, dass »die Regierung in einem einigermaßen sensiblen Bereich ihre Handlungsfreiheit und Entschlossenheit unter Beweis« gestellt habe.⁴⁹ Für die RPT-Regierung bedeuteten diese schmerzhaften Einschnitte in der Verwaltung allerdings das Gegenteil, da insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftsadministration eine Vielzahl von Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer fiel. In der »Nouvelle Marche« wurden die Entlassungen im Einklang mit der Regierungslinie der wirtschaftlichen Umgestaltung gedeutet, um Eyadéma, aber auch die involvierten ausländischen Institutionen, in ein positives Licht zu rücken: Auf Vorschlag des Präsidenten selbst habe im April 1983 das »Conseil national a adopté un train des mesures pour stimulé le redressement de notre économie«, wobei eine der beschlossenen Maßnahmen – die stärkere Kontrolle der Finanzverwaltungen – ein Fehlverhalten hunderter Beamter im großen Umfang zutage gefördert habe.⁵⁰ Die Kommission habe demnach ein Geflecht von Scheinabrechnungen unter den Namen verstorbener ehemaliger Mitarbeiter, doppelte Gehaltszahlungen oder Bereicherung durch Betrug bei der Ausstellung von Abrechnungen aufgedeckt, die den togoischen Staat pro Jahr 316 Millionen CFA gekostet hätten.⁵¹ Die beteiligten Beamten seien nach den Ermittlungen umgehend entlassen worden. Die RPT forderte respektive drohte, alle Beamten und Staatsbediensteten müssten »un minimum de sacrifices pour consolider la chaîne de la solidarité nationale que nous avons forgée pour jugler la crise« leisten.⁵² Als Reaktion wurden Angestellte des Finanzsektors dazu verpflichtet, künftig an Seminaren zur »stabilisation des finances publiques et le redressement de l'économie nationale« teilzunehmen, die sich hauptsächlich um die Funktion des IWF und die Vergabemechanismen ausländischer Gläubigerinstitutionen drehten.⁵³ Mit dem Artikel war die Absicht verbunden, das Bild einer Professionalisierung des Finanzministeriums zu zeichnen, das sich für die Arbeit künftiger Generationen vorbereiten und damit auf Augenhöhe mit den westlichen Institutionen liegen würde.

Die im Strukturanpassungsprogramm geforderten Kostenreduktionen im öffentlichen Dienst erwiesen sich daneben bald als probates Mittel,

49 Siehe France-Togo, *La Nouvelle Marche*, S. 2.

50 Siehe o. V.: 316 millions CFA tous les ans pour payer le traitements à 547 fonctionnaires qui n'existent pas, in: *La Nouvelle Marche* Nr. 1084, 4. Mai 1983, Archives Nationales du Togo, S. 154. Übers.: »Der Nationalrat verabschiedete ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Erholung unserer Wirtschaft.«

51 Ebd., S. 4.

52 Ebd. Übers.: »[...] ein Mindestmaß an Opfern, um die Kette der nationalen Solidarität, die wir zur Bewältigung der Krise geschmiedet haben, zu festigen.«

53 Ebd.

um gegen missliebige Intellektuelle und Kräfte in Militär und Polizei vorzugehen. Vorgeblich um den Forderungen des IWF gerecht zu werden, ließ Eyadéma 1985 eine massive Verhaftungswelle gegen sie initiieren, die den Auftakt zu einer weiteren Verschärfung der inneren Lage bildete. Wie die FAZ in diesem Zusammenhang berichtete, seien nicht nur eine Anzahl an Professoren und Funktionären unter dem Vorwurf der Subversion verhaftet, sondern auch eine große Zahl an Gendarmen, denen »Unachtsamkeit und Fahrlässigkeit« vorgeworfen wurde, aus dem Dienst entfernt worden.⁵⁴ Gleichzeitig habe der Minister für Sport und Jugend die Bevölkerung dazu aufgefordert, den Sicherheitsbehörden »jede verdächtige Veränderung bei Freunden, Bekannten, Nachbarn, Berufskollegen, ja selbst bei Familienmitgliedern« zu melden, um die »Integrität und Sicherheit des Staates« zu gewährleisten.⁵⁵

Diese neue Eskalationsstufe der staatlichen Machtdemonstration offenbarte die Fragilität des autoritären Hybridregimes im Angesicht der Wirtschaftskrise. Im Verlauf der 1980er Jahre verließ es sich immer weniger auf die bisherige Kombination aus außenpolitischen Erfolgen und Eyadéma-Personenkult. Stattdessen wurde der punktuelle Einsatz von staatlicher Gewalt, der in den 1970er Jahren durch die Etablierung des neopatrimonialen Herrschaftssystems graduell zurückgefahren worden war, erneut zum zentralen Ausgangspunkt der staatlichen Machtausübung. Hatten in der Zeit nach Eyadémas Machtübernahme impulsive, situative Gewaltausbrüche die Bevölkerung einschüchtern und damit die innere Stabilität aufrechterhalten sollen, so kam es nun zu einer Rückkehr der Gewalt in Form öffentlich inszenierter Militäraktionen und Schauprozesse. Daneben wurde die bewährte Strategie der propagandistischen Inszenierung einer unkonkreten Bedrohung von außen intensiviert. In einem Interview, das Eyadéma im Oktober 1985 anlässlich eines Besuchs in der Bundesrepublik der »Welt« gab, erläuterte er seine Sichtweise auf die innen- und außenpolitischen Wandlungsprozesse, die seit 1979 in Togo stattgefunden hatten. So hätten die zahlreichen von deutscher Seite realisierten Projekte »erheblich zur Entwicklung beigetragen«, und die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien daher »so gut, daß sie besser kaum sein könnten.«⁵⁶ Zu den Verhaftungswellen der letzten Jahre auf-

54 Siehe Kaps, Carola: In Togo breitet sich Mißtrauen aus. Eine Serie von Bombenanschlägen, General Eyadéma besucht Bonn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.1985, S. 7.

55 Ebd.

56 Siehe Remde, Achim: »Leidet ein Volk Hunger, hat die Regierung Schuld.« Togo räumt der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln Vorrang ein, in: Die Welt, 26. Oktober 1985, BArch Koblenz B213 32620.

grund angeblicher Umsturzpläne kommentierte er, »es gibt Störmanöver von außerhalb [...] den Demokratisierungsprozeß wird das nicht in Frage stellen«. ⁵⁷ Zur Sprache kam dabei auch Eyadémas eigentümliches Konzept von Demokratie, wonach die Existenz von vier Parteien zur Zeit der Kolonialherrschaft »zu blutigen Unruhen geführt« habe und sich das Volk aufgrund dieser Erfahrungen »eindeutig für eine Einheitspartei ausgesprochen« habe. ⁵⁸

Der Staatsbesuch Eyadémas, der offiziell »Arbeitsbesuch« genannt wurde, offenbarte die Wandlungsprozesse im Verhältnis zur Bundesrepublik, die seit den frühen 1970er Jahren die wechselseitige außenpolitische Wahrnehmung beider Staaten prägten. Während seit dem Beginn der Wirtschaftskrise supranationale Akteure de facto als Repräsentanten der Staaten des globalen Nordens wirkten, waren die bilateralen Grundlagen der Beziehungen in der Mitte der 1980er Jahre von Stagnation geprägt. Mangels neuer entwicklungspolitischer Perspektiven und angesichts der angespannten Wirtschaftslage drehten sich die Gespräche zwischen Eyadéma und verschiedenen bundesdeutschen Regierungsvertretern hauptsächlich um die togoische Innenpolitik, die Außenpolitik Togos im Hinblick auf seine Nachbarstaaten und die wirtschaftlichen Reformen. Bezeichnend für den Niedergang der politischen Bedeutung Togos war auch der Umstand, dass Eyadéma nicht von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen wurde, sondern nur ein kurzes Treffen mit dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warnke zugestanden bekam. Die Schwerpunkte des kurzen Gesprächs lagen dabei auf dem Ausbau der Eisenbahn, dem Fortschritt der »Campagne agro-pastorale« und den Privatisierungen der staatlichen Unternehmen. ⁵⁹ Bemerkenswert war hier die Diskussion über die »zukünftige Zusammenarbeit« zwischen der Bundesrepublik und Togo. Warnke führte aus, sein Ministerium denke an »die Förderung der ländlichen Entwicklung mit Schwerpunkt in der Zentralregion«, und »in der TZ schiene es uns wünschenswert[,] Maßnahmen auf den Gebieten Forstwirtschaft, Tierzucht und Pflanzenschutz« weiterzuführen, worüber allerdings erst »bei den nächsten Regierungsverhandlungen gesprochen werden« könne. ⁶⁰ Die unkonkreten, schwebenden Formulierungen und die in die Zukunft verlagerte Konzipierung neuer entwicklungspolitischer Vorhaben

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Siehe Gesprächsvermerk des Ministerialrats Neufeldt, Arbeitsbesuch des Staatspräsidenten der Republik Togo, General Gnassingbé Eyadéma, in der Bundesrepublik Deutschland am 28./29. Oktober 1985, 7. November 1985, BAArch Koblenz B213 32620, S. 3.

⁶⁰ Ebd.

stehen dabei im starken Gegensatz zu den beinahe überschwänglichen, optimistischen Planungen der Vergangenheit.

Mit der am 1. Januar 1980 in der neuen Verfassung festgeschriebenen Rolle Eyadémas als »ewiger Vater der Nation« waren Wahlen – beziehungsweise deren Ergebnisse – obsolet geworden. Eyadéma verschaffte dies eine komfortable politische Position, die ihm ein stärkeres Miteinbeziehen der eigentlichen Machtbasis Togos, der Armee, ermöglichte. Das Parlament, das durch das Referendum zwar auch wieder zugelassen wurde, blieb indes weitgehend machtlos in einer akklamatorischen Rolle. Wie Botschafter Scholz in diesem Zusammenhang süffisant bemerkte, sei die RPT-Einheitsliste mit 99 Prozent und die neue Verfassung gar mit über 100 Prozent angenommen worden, obwohl ihr Inhalt noch gar nicht bekannt gewesen sei.⁶¹

Während der legislative Zuschnitt der Verwaltung im Inneren damit vollkommen auf Eyadéma ausgerichtet war, versuchte er sich unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise nach außen hin als gemäßigter und besonnener Politiker zu inszenieren. Nach Jahren der freiwilligen Abschottung gegenüber den Nachbarländern und im Angesicht des seit den frühen 1970er Jahren schwindenden Interesses vonseiten der europäischen Staaten versuchte sich die togoische Regierung nun in einer Strategie der Öffnung nach außen. Nach Einschätzung des deutschen Botschafters Peter Scholz verstand sich Eyadéma in seiner neuen außenpolitischen Rolle als »Wahrer des Friedens und der Sicherheit im Interesse nationaler Einheit und der Stabilität seines Regimes«, als »homme du dialogue« und gar als Verfechter der Menschenrechte.⁶² Diese bei mehreren Gesprächen mit dem deutschen Botschafter, in der Presse und bei Zusammenkünften mit anderen afrikanischen Staatsechefs betonte Haltung war allerdings nicht das Resultat eines humanistischen Sinneswandels, sondern entsprang der schlichten Tatsache, dass nach 18 Jahren der Herrschaft die Opposition de facto ausgeschaltet war und traditionell oppositionelle Gruppen, wie die Kirchen, sich mit dem Regime längst arrangiert hatten. Ungeachtet dessen wurden laut Bericht der deutschen Botschaft in Lomé während des Jahres 1985 »sehr viele Verhaftungen durchgeführt«, für die »leichteste Verdachtsmomente (etwa Teilnahme an einem Studentenstreik vor Jahren)« ausgereicht hätten.⁶³

61 Siehe Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Innenpolitik Togos, Neuwahlen zur Nationalversammlung am 24.3.1985, 22. März 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019, S. 3.

62 Ebd.

63 Siehe Bericht der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Innenpolitik Togos, 20. September 1985, ebd., S. 2.

Die Regierung setzte zudem – auch um die westlichen Beobachter nicht allzusehr zu brüskieren – auf soziale Kontrolle und Spitzel in der Bevölkerung. Denunziationen von Nachbarn, Bekannten und Familienangehörigen sollten nun mit klassischen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen kombiniert werden, um gezielt unliebsame »Aufwiegler« zu identifizieren und in Gewahrsam nehmen zu können. Botschafter Scholz bemerkte zu dieser Strategie:

»[...] die Handels- und Wirtschaftskreise [...] haben sich arrangiert, um leben und geschäftlich existieren zu können. Sie wissen, wenn Eya-dema (sic) ginge, wäre keine Rückkehr zu Olympios Zeiten, eher linksorientiertes Chaos zu erwarten. Und ähnlich denken auch die Intellektuellen, die sich zwar kaum entfalten, aber leben können, wenn sie sich ducken. Darüber hinaus ist das gesamte Gemeinwesen, die Bevölkerung in ein feinmaschiges Netz überschau- und kontrollierbarer Zellen eingegliedert. Scheint in einem solchen System einer zu stören oder auch nur dessen verdächtig, greift die Ordnungsmacht zu und setzt damit anderen abschreckende Beispiele.«⁶⁴

Die Berichte über die innenpolitische Situation Togos, die Scholz an das Auswärtige Amt sandte, wurden im Laufe seiner Amtszeit kritischer und widersprachen teilweise den Gutachten und Einschätzungen anderer institutioneller Akteure. Damit zeichneten sie ein wesentlich umfassenderes Bild der Lage, die sonst vor allem hinsichtlich der Durchführung und Wirksamkeit der IWF-Maßnahmen analysiert wurde. Scholz schrieb an das Auswärtige Amt anlässlich der Parlamentswahlen im März 1985, dass Togo zwar nicht zu den Ländern gehöre, »die für auffällige Menschenrechtsverletzungen, Massen-Verhaftungen oder gar -Erschießungen« bekannt seien. Die Nichteinhaltung der Menschenrechte sei vielmehr »sublimen, ist vor allem konkret schwer nachzuweisen und wird überdies von einer politischen Vorwärtsstrategie überlagert.«⁶⁵

Die togoische Regierung, die im Januar 1985 sogar eine – weitgehend ergebnis- und inhaltslose – internationale Menschenrechtskonferenz ausgerichtet hatte, betrachtete Scholz zufolge die Einhaltung der Menschenrechte weiterhin als den »Zielen der RPT, die allen anderen vorgehen, untergeordnet: Einheit der Nation, Sicherheit und Stabilität des herrschenden Präsidialsystems, Ruhe und Ordnung des Gemeinwesens«.

64 Siehe Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Sicherheitsbedürfnis des togoischen Regimes, 20. Februar 1985, ebd., S. 2-3.

65 Siehe Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Grund- und Menschenrechte in Togo, 11. Juni 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019, S. 1.

Menschenrechte lasse sie dort enden, wo »diese höchsten Staatswerte auch nur vermutet in Gefahr oder infrage gestellt zu sein scheinen«.⁶⁶ Der Botschafter widersprach auch entschieden den Einschätzungen des Auswärtigen Amts in dessen politischen Halbjahresberichten der jüngsten Vergangenheit. Dort war beispielsweise für das zweite Halbjahr 1984 festgehalten worden, die Wirtschaft stehe nach wie vor im Zeichen der Konsolidierung und habe durch die »beherzigte Austerity-Politik« vom IWF eine gute »performance« bescheinigt bekommen, wohingegen »Steuererhöhungen, Sonderabgaben, Lohnneinfrierungen, Einstellungssperre und Preisanhebungen« die Bevölkerung zwar hart getroffen, aber bisher innenpolitisch keine störenden Reaktionen ausgelöst hätten.⁶⁷ Botschafter Scholz listete in seinem Bericht dagegen eine Reihe von politischen und legislativen Problemen auf, die zum einen aus dem bereits unter Olympio erfolgten Schwenk zum Autoritarismus resultierten, zum anderen aber durch das Handeln der Regierung gegenüber der Bevölkerung in der Wirtschaftskrise erst neu geschaffen wurden. So habe die Regierung auf Druck des IWF seit drei Jahren keine Neueinstellungen im öffentlichen Dienst getätigt und darüber hinaus eine Absenkung des Ruhestandsalters verfügt, da »sich immer mehr arbeitslose qualifiziert ausgebildete junge Togoer« ansammelten und die Situation »explosiv« geworden sei.⁶⁸ Im Hinblick auf alltägliche Interaktionen zwischen der Administration und der Bevölkerung berichtete Scholz, dass Briefe geöffnet und Telefongespräche abgehört würden, die Mitgliedschaft in der RPT für Formalitäten wie Dokumentenanträge »unumgebar« sei und bereits unkonkrete Verhaltensweisen wie »Unachtsamkeit« und ein »Mangel an Respekt« strafrechtlich relevant seien.⁶⁹ Eine »sprunghafte Zunahme der Kriminalität« in Lomé deute daneben auf die schlechte wirtschaftliche Situation hin, die sich in grassierender Arbeitslosigkeit und Verunsicherung äußere.⁷⁰ Den einzigen positiven Aspekt der Eyadéma-Regierung sah Scholz in der – verglichen mit dem »turbulenten Afrika« – relativen Stabilität, die sich vor allem auf das Verhältnis zu den Nachbarstaaten beziehe und Togo für sie »kalkulierbar« mache.⁷¹

66 Ebd.

67 Siehe o. V., Politischer Halbjahresbericht Togo des Auswärtigen Amts, 28. Februar 1985, ebd. S. 7.

68 Siehe Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Neue Verordnung über das Ruhestandsalter, 3. April 1985, ebd., S. 1-2.

69 Ebd., S. 4.

70 Ebd.

71 Ebd.

Allerdings war das Verhältnis zu den Nachbarstaaten seit Eyadémas Machtübernahme weitgehend negativ konnotiert. Die Beziehungen waren in der Vergangenheit zumeist von Feindseligkeit (wie im Verhältnis zu Ghana), finanziellem Eigeninteresse und Geltungsbedürfnis (wie im Fall der nördlich gelegenen Länder Burkina Faso, Niger und Mali im Kontext des Hafenprojekts) oder aber einer oberflächlichen Kooperation innerhalb supranationaler Organisationen (wie im Fall der Westafrikanischen Wirtschaftsunion) geprägt. Forderungen nach Kooperation und Zusammenarbeit oder gar Freundschaftsbekundungen, wie sie im Zusammenhang mit der panafrikanischen Bewegung und ihren zahlreichen Anhängern in afrikanischen Regierungen seit 1960 häufig ausgetauscht wurden, hatte sich die togoische Regierung nach Olympios Ermordung beinahe gänzlich entzogen.⁷² Die Position Togos in Westafrika zu Beginn der 1980er Jahre war aufgrund dieser selbstgewählten partiellen Isolierung eher schwach, und einzig die große Bedeutung als Transitland eröffnete Spielräume für politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Region.

Die Krise zwang Eyadéma nun, seine bisherige Abschottungshaltung zu überdenken und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern. Öffentlichkeitswirksame Besuche, die zuvor – abgesehen von Pflichtterminen beispielsweise bei Bestattungen von Staatsoberhäuptern oder Versammlungen des frankophonen Teils der Organisation de l'Unité Africaine (OUA) – aus einer angeblichen Angst vor Attentaten nur selten stattgefunden hatten, wurden nun fester Bestandteil der Außenpolitik und der sie begleitenden Berichterstattung. Bemerkenswert ist dabei, dass Eyadéma jetzt auch bereit war, zuvor vermeintlich unumstößliche ideologische Grenzen zu überwinden. Thomas Sankara, der im August 1983 nach einem Putsch in Obervolta an die Macht gekommen war und als sozialistischer Revolutionär Fidel Castros Kuba und Jerry Rawlings' Ghana als Vorbilder betrachtete, wurde von Eyadéma bereits kurz nach seinem Amtsantritt mit dem Ziel eines Staatsbesuchs umschmeichelt. Einer Einladung Sankaras folgend, traf Eyadéma am 15. Juni 1984 in Ouagadougou ein; »La Nouvelle Marche« wusste zu berichten, dass er dort von

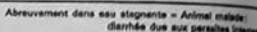
72 Die Beziehungen zu Ghana waren allerdings davon ausgenommen, da es zum einen eine Vielzahl von privaten wie auch offiziellen Kontakten und Kooperationen gab. Zum anderen spielte die gemeinsame Vergangenheit eine wichtige Rolle in den Beziehungen, die jedoch einem je nach (innen-)politischer Lage positiven oder negativen Trend folgten. Siehe Ohemeng, Frank L. K./Sakyi, Emmanuel K.: *Living Peacefully or in the Shadow? Elucidating the Relationship between Ghana and Togo*, in: Roberge, Ian/Park, Nara/Klassen, Thomas R. (Hg.): *Asymmetric Neighbors and International Relations. Living in the Shadow of Elephants*, London/New York 2023, S. 86-103, hier S. 99.

Autosuffisance en protéines animales

de pratique les
go et souvent
dépensent des
l'extérieur par
approvisionnement
vins de leur

L'abreuvement doit être hygiénique et suffisant

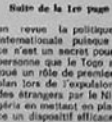
Les moutons s'abreuvent dans la mare avalent de nombreuses larves issues de ces œufs et deviennent malades : la diarrhée.



0

Animal malade:
à parasites internes.

Cette aventure rappelle, se répète à partir de 1984 chaque année.



pour faciliter le passage des ghendras sur son territoire. Ce geste de courage et de solidarité a été vivement apprécié.

Des problèmes internationaux de l'heure tels l'OMEP ont également fait l'objet de discussions.

Suite de la première page

Le tribunal spécial a relaxé les nommés Triandris Hagiathanas, entrepreneur depuis tant à Loulé, Issa Soule, mécanicien et YA-convoya Salbas, commerçant en huile, reconnus non coupables.

285

»des milliers et des milliers« Menschen empfangen worden sei.⁷³ Eyadéma brachte, ganz im Duktus der Panafrikanisten, »ses sentiments d'amitié, de solidarité et de fraternité au peuple voltaïque« zum Ausdruck und sprach herzlich über seinen »frère et ami, le président Sankara«.⁷⁴ Neben außenpolitischen Entwicklungen, wie dem Bürgerkrieg im Tschad und dem Westsahara-Konflikt, drehte sich das Gespräch zum großen Teil um die Beziehungen zwischen Togo und Obervolta, die nun, nach Jahren der gegenseitigen Quasi-Nichtbeachtung, in einem »large échange« neu geordnet werden sollten. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung verpflichteten sich beide Präsidenten zu einer »coopération active dans les domaines du transport, du commerce, de l'industrie, du développement rural« sowie der gegenseitigen Unterstützung bei der Verarbeitung von Zement, Bauxit und landwirtschaftlichen Produkten.⁷⁵

Die erfolgreiche Schaffung neuer außenpolitischer Spielräume eröffnete gleichzeitig neue propagandistische Möglichkeiten, um von der Wirtschaftskrise abzulenken und das bisherige Regierungsnarrativ außenpolitischer Erfolge wieder unter die Bevölkerung zu bringen. Nur anderthalb Jahre nach Beginn der Krise fanden sich in der Berichterstattung in der »Nouvelle Marche« demzufolge kaum noch Verweise auf die wirtschaftliche Situation Togos. Stattdessen stand der Eyadéma-Personenkult wieder im publizistischen Zentrum und wurde durch zahlreiche Artikel über Auslandsreisen des Präsidenten und seine vermeintlichen Erfolge für das Wohlergehen Togos perpetuiert. Im Jahr 1984 fielen darüber hinaus diverse wichtige Jubiläen zusammen, die für Eyadéma wiederum eine willkommene Möglichkeit boten, von den negativen Entwicklungen abzulenken und sich selbst als generösen und bedeutenden Präsidenten zu inszenieren. Es handelte sich dabei um den 15. Jahrestag der RPT-Gründung, den zehnten Jahrestag der »Ökonomischen Befreiung« nach dem Attentat von Sarakawa, den hundertsten Jahrestag der deutsch-togoischen Beziehungen und, in dieser Reihe etwas weniger bedeutend, den 17. Jahrestag des Putschs sowie den 24. Jahrestag der togoischen Unabhängigkeit. Die abgenutzten Erklärungsversuche für die Wirtschaftskrise konnten durch dieses Zusammenfallen wichtiger Daten nun von den Titelseiten verschwinden. Nach dem Jubiläenjahr 1984 wurde dementsprechend kaum noch über die vermeintliche »Weltwirtschafts-

73 Siehe o. V.: Le Président Eyadéma en visite d'amitié et de travail en Haute-Volta. »La politique de développement économique doit prendre le pas sur la politique policienne«, in: La Nouvelle Marche Nr. 1403, 15. Juni 1984, Archives Nationales du Togo, S. 1-12, hier S. 4.

74 Ebd.

75 Ebd.

krise« berichtet – die Krise war zum neuen Alltag geworden, an den die Bevölkerung sich zwangsläufig gewöhnen musste. Monatelange Dauertemen wie die »Campagne agro-pastorale« schienen bereits vergessen, während Besuche von Vertretern der ausländischen Geberinstitutionen, wie etwa des damaligen Weltbank-Vizepräsidenten David Hopper im April 1989, wieder als »Audienzen« dargestellt und die großen Erfolge, die die Regierung bei der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht habe, überschwänglich gewürdigt wurden.⁷⁶

Politische Entwicklungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts änderte sich die politische Landschaft in Westafrika ab 1990 deutlich. Der Fall der Berliner Mauer und der beginnende Zerfall der Sowjetunion fanden dort schnell ihren politischen Niederschlag und lösten diverse, vor allem innenpolitische Umbruchprozesse aus. Neue oppositionelle Gruppen entstanden und forderten die Einführung demokratischer Strukturen. In Benin kam es beispielsweise im März 1990 zu einem Aufstand, in dessen Folge die marxistisch-leninistische Regierung des seit 1972 regierenden Mathieu Kérékou gestürzt und ein Mehrparteiensystem etabliert wurde.⁷⁷ Der erfolgreiche Putsch führte schließlich zu einer Kettenreaktion in der ganzen Region, und es kam zu zahlreichen Aufständen gegen die seit Jahrzehnten herrschende autoritäre Politik und die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen.⁷⁸

Auch in Togo konnte sich die Regierung dem stärker werdenden politischen Druck seitens der europäischen Staaten und der im Exil lebenden Oppositionellen nicht mehr entziehen. Zögerliche innenpolitische Reformen waren bereits seit der Mitte der 1980er Jahre eingeleitet worden, um das Wohlwollen der westlichen Geberinstitutionen nicht zu verlieren. So hatte die togoische Regierung 1987 die »Commission National des Droits de l'Homme« (CNDH) gegründet, die als unabhängige Institution Menschenrechtsverstöße der Regierung ahnden sollte. Laut Jennifer Seely handelte es sich dabei allerdings schlicht um den Versuch, »to seek

76 Siehe Assih, Banafey: *Séjour du vice-président de la Banque mondiale au Togo. Audience du chef de l'Etat*, in: *La Nouvelle Marche* Nr. 2875, 27. April 1989, Archives Nationales du Togo, S. 6.

77 Vgl. Mengara, Daniel: *The Making of a Monarchial Republic. The Undoing of Presidential Term Limits in Gabon under Omar Bongo*, in: Mangala, Jack R. (Hg.): *The Politics of Challenging Presidential Term Limits in Africa*, Cham 2020, S. 65–104, hier S. 72.

78 Vgl. Helm, *Politische Herrschaft in Togo*, S. 211.

international legitimacy while continuing to limit political participation domestically«. ⁷⁹ Nach den Ereignissen in Benin waren diese hauptsächlich auf das Ausland ausgerichteten, rein symbolischen Maßnahmen der Demokratisierung allerdings nicht mehr vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. 1990 und 1991 kam es zu zahlreichen Protesten in Lomé, die von den Sicherheitskräften mit Gewalt niedergeschlagen wurden und hunderte Verhaftungen und mehrere Tote nach sich zogen. ⁸⁰ Die scharfe internationale Kritik, die auf die massive Gewalt folgte, kam angesichts der ausländischen Passivität in der Vergangenheit für die togoische Regierung allerdings überraschend. Seely erläutert hierzu, »what had changed in the 1980s and early 1990s was the regional and international context that was far less tolerant of dictatorship«. ⁸¹ Die französische Regierung, die nach wie vor einen starken politischen Einfluss auf Togo hatte, reagierte auf die Vorfälle mit wirtschaftlichem Druck: Laut Renate Helm verkündete Präsident Mitterand auf dem 16. Frankophonie-Gipfel in La Baule, dass die Gewährung von Entwicklungshilfe künftig an die »Einleitung von Demokratisierungsprozessen (freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Abschaffung der Zensur)« geknüpft werde. ⁸² Im Gegensatz zur früheren, prinzipiell uneingeschränkten Unterstützung der togoischen Regierung war darin eine implizite Drohung an Eyadéma enthalten, dessen Position durch die Folgen des Strukturanpassungsprogramms ohnehin stark geschwächt war. Eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation durch den Verlust der westlichen Unterstützung barg die Möglichkeit eines Putschs und seiner Absetzung, Verhaftung oder gar Ermordung. Notgedrungen machte er daraufhin innenpolitische Zugeständnisse und ließ im Juni 1991 ein aus Oppositionellen bestehendes »Nationales Forum« zur Interimsregierung Togos ernennen. Im Hintergrund agierten jedoch RPT-Kader und die Eyadéma loyal gesinnte Armee, um die Arbeit des Forums zu erschweren oder ganz zu unterbinden. ⁸³ In der Bundesrepublik wurden die Entwicklungen unterdessen abwartend betrachtet. Am 25. Januar 1993 reisten der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, und der französische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Marcel Debarge, nach Lomé. Ziel der Reise war es, zwischen der Opposition und der Regierung zu vermitteln, da die Opposition angesichts der

79 Siehe Seely, *The Legacies of Transition Governments in Africa*, S. 50.

80 Vgl. Brecher, Michael/Wilkenfeld, Jonathan: *A Study of Crisis*, Ann Arbor 1997, S. 488.

81 Seely, *The Legacies of Transition Governments in Africa*, S. 52.

82 Siehe Helm, *Politische Herrschaft in Togo*, S. 143.

83 Vgl. o. V.: Togo, deutsches Herz. Die Armee terrorisiert die Bevölkerung. Hunderttausende sind in die Nachbarländer geflohen, in: *Der Spiegel* 8/1993, S. 174.

Einmischungsversuche von RPT und Militär im November 1992 einen Generalstreik ausgerufen hatte und die Absetzung Eyadémas forderte.⁸⁴

Eyadéma sah den Zeitpunkt als günstig an, um das Forum endgültig auflösen zu lassen. Während der Verhandlungen ließ er ein Massaker unter Demonstranten verüben, dessen Zeugen Schäfer und Debarge wurden.⁸⁵ In der Folge wurde der RPT-loyale Premierminister Kokou Koffigoh durch die Armee eingesetzt. Dessen Marionettenregierung ließ Eyadéma wieder als Präsidenten einsetzen und gab ihm seine bislang gültigen Privilegien, zu denen beispielsweise das lebenslange Herrschaftsrecht zählte, zurück.⁸⁶ Helm macht in diesem Zusammenhang insbesondere die französische Regierung für das Scheitern der demokratischen Transformation verantwortlich, da sie zwar »aktiv in den Demokratisierungsprozess einbezogen war«, dieser aber trotz der Ankündigungen in La Baule »nicht konsequent eingefordert« worden sei.⁸⁷ Als Konsequenz des Massakers beschlossen EG-Vertreter – mit Ausnahme der französischen –, alle diplomatischen Kontakte zu Togo einzustellen und das Land durch wirtschaftliche Sanktionen zu isolieren. Damit einher ging auch das Ende der Strukturanpassungsprogramme, da der IWF und die Weltbank ihre Arbeit im Land ebenfalls einstellten. Erst seit dem Tod Eyadémas 2005 normalisierten sich die Beziehungen zwischen Togo und den europäischen Staaten wieder.

Sonderfall Bayerisch-Togoische Gesellschaft und Fondation Eyadéma

Der Kontakt zwischen der togoischen Regierung und der bayerischen Landesregierung intensivierte sich ab dem Ende der 1970er Jahre. Da das Interesse der Bundesregierung an Togo nach 1973 stark abgenommen hatte, war hier ein außenpolitisches Vakuum entstanden, in das die bayerische Nebenaußenpolitik zumindest teilweise vorstoßen konnte.⁸⁸ Eyadéma hatte großes Interesse an guten und vor allen Dingen öffentlich

84 Siehe ebd.

85 Siehe ebd. und bei Helm, *Politische Herrschaft in Togo*, S. 160.

86 Helm, *Politische Herrschaft in Togo*, S. 160.

87 Ebd.

88 Zum Wandel der Funktion entwicklungspolitischer Maßnahmen und außenpolitischer Transformationsprozesse während der 1970er Jahre siehe Lennert, *Theresa: Vom »Jahrhundertwerk« zum »Politikum«*. Machtpolitik in der westdeutschen Entwicklungspolitik in Ägypten in den 1970er Jahren am Beispiel des »Kattara-Projektes«, in: Kleinschmidt, Christian/Ziegler, Dieter (Hg.): *Dekolonisierungsgewinner. Deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen im Zeitalter des Kalten Kriegs*, Berlin/Boston 2018, S. 75-102, hier S. 91.

sichtbaren Beziehungen zur Bundesrepublik, weshalb er den Kontakt zu Franz Josef Strauß nach ihrem ersten Treffen ostentativ ausbaute. Umgekehrt eröffneten die Beziehungen zur togoischen Regierung für die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung die Möglichkeit, eigene, ambitionierte außenpolitische Vorstellungen zu entwickeln und umzusetzen.⁸⁹ Die 1967 gegründete Stiftung, die nach dem 1961 verstorbenen ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel benannt worden war, hatte sich zu Beginn der 1970er Jahre unter ihrem ersten Vorsitzenden Fritz Pirkel zu einer Trägerin des neuen außenpolitischen Selbstbewusstseins Bayerns entwickelt. Die Motivation für den Vorstoß in das Gebiet der Außenpolitik war dabei aus dem – maßgeblich von der CSU getragenen – Widerstand gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt, den »Wandel durch Annäherung« und die politischen Entwicklungen, die schließlich im Grundlagenvertrag mündeten, entsprungen. Pirkel, der zu jener Zeit Staatsminister für Arbeit und Soziales in Bayern war, veranlasste deshalb 1973 die Gründung des Instituts für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit (IBZ) in der Hanns-Seidel-Stiftung, das ab 1977 erste Projekte in Togo durchführte, zu denen beispielsweise die Übergabe von medizinischem Gerät zählte.⁹⁰

Anlässlich der Lieferung der Geräte reiste der CSU-Vorsitzende Strauß im Januar 1977 persönlich nach Lomé, was mit einer großen Feier seitens der Regierung gewürdigt wurde und schließlich zur Gründung der »Fondation Eyadéma« führte, die sich der Zusammenarbeit zwischen Bayern und Togo widmen sollte. Im Gegenzug erfolgte die Gründung der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« im September 1977, als Eyadéma einen mehrtägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik absolvierte. Das Auswärtige Amt betrachtete die Gründung der »Fondation Eyadéma« und der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« allerdings von Beginn an mit Skepsis und versuchte offenbar auch, deren Tätigkeiten aktiv zu behindern, wie aus einem Beschwerdebrief von Strauß an Außenminister Genscher hervorgeht. Darin beklagte er:

»Zu meinem großen Bedauern musste ich im Januar 1977, feststellen, dass die Botschaft Lomé den Versuch machte, durch einen unsachlichen und unseriösen Bericht vom Dezember 1976 die Tätigkeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Togo zu verhindern. Die rein politischen Motive die-

89 Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung e. V. (Hg.): Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung. 40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung 1967-2007, München 2007, S. 10.

90 Ebd., S. 18 f.

ser Berichterstattung sind in der Person des Botschaftsrates Heider zu suchen, der SPD-Mitglied und früherer Gewerkschaftsfunktionär ist.«⁹¹

Der angesprochene Botschaftsrat Heider konterte seinerseits mit einem Brief an Genscher, in dem er zwar einerseits die Arbeit der »Fondation Eyadéma« und der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« würdigte, andererseits aber auch eine subtile Kritik an der Person Strauß äußerte:

»Angesichts des Ausmaßes der Herrn Dr. F. J. Strauss und seiner Delegation zuteil gewordenen Aufmerksamkeit, die über das hinausging, was im allgemeinen Staats- und Regierungschefs geboten wird, fragen sich togoische und ausländische Beobachter nach den Gründen, die den Präsidenten dazu bewogen haben mögen, dem Besuch seines Gastes einen Glanz zu verleihen, der im In- und Ausland entsprechend registriert werden musste.«⁹²

Die Bedeutung des Besuchs sei »in der Persönlichkeit beider Politiker« zu suchen, da »sich beide, der Politiker Franz Josef Strauß und der politisch denkende General Eyadéma, bereits bei ihrer vor Jahren erfolgten ersten Begegnung persönlich und politisch so gut verstanden, dass aus dieser Begegnung eine Freundschaft werden konnte«.⁹³ Die Schlussfolgerung Heiders implizierte die starke persönliche Komponente in den bayerisch-togoischen Beziehungen, die im Grunde allein auf den Kontakten zwischen Strauß und Eyadéma basierten. Diese Personifizierung der Bundesrepublik in der Person Franz Josef Strauß war durchaus im bundesdeutschen Interesse, da zwar finanzielle und sicherheitspolitische Motive die Bedeutung der Entwicklungspolitik – und damit die limitierten Einflussmöglichkeiten im innenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich – stark verringert hatten.⁹⁴ Dennoch hing der Goodwill gegenüber der Bundesrepublik in Togo von der Aufrechterhaltung eines positiven Deutschlandbilds ab, das sich im Zuge der Multilateralisierung entwicklungspolitischer Ansätze deutlich aufgeweicht hatte und nicht mehr vom deutsch-deutschen Gegensatz und den entsprechenden finanziellen Zuwendungen bestimmt war. Das Selbstbewusstsein, das Eyadéma und Strauß aus dem Wissen um

91 Siehe den Brief von Franz Josef Strauß an Hans-Dietrich Genscher, März 1977, Togo 1977-1980, LG-8.WP 317, ACSP München.

92 Siehe Brief des Botschaftsrats Heider an das AA, HSS in Togo; Gründung der »Eyadéma-Stiftung«, 15. März 1977, LG-8.WP 317, ACSP München.

93 Ebd.

94 Vgl. o. V.: Arbeiten lernen. In Chile rechtfertigte CSU-Chef Strauß die Pinochet-Junta und desavouierte den Christdemokraten Eduardo Frei, in: Der Spiegel 49/1977, S. 23-24.

diese Entwicklungen zogen, begünstigte die Zusammenarbeit zwischen Togo und Bayern und führte zu Beginn der 1980er Jahre zu einem substantiellen Austausch, den beide für die Durchsetzung politischer Ziele nutzten. Vor allem Strauß verband mit der Gründung beider Stiftungen weitere Ziele als nur den Austausch von Höflichkeiten. In einem Grußwort anlässlich der Gründung der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« erläuterte er,

»Auf diesem Kontinent [...] hat die Sowjetunion durch ihren Einfluss und ihre Anwesenheit eine große machtpolitische Kulisse aufgebaut. Damit verfolgt sie das Ziel, durch die Kontrolle der Energie- und Rohstoffvorräte sowie der wichtigsten Versorgungswege die europäischen Staaten mit ihren [...] wirtschaftlichen und sozialen Systemen gefügig zu machen.«⁹⁵

Die vornehmlich politische Stoßrichtung der Stiftungsarbeit war damit vorgezeichnet – und auch die ersten konkreten Projekte hinsichtlich der Abwehr einer antikommunistischen Einflussnahme ließen nicht lange auf sich warten. Der »Fondation Eyadéma« kam dabei die Rolle zu, »Erwachsenenbildung im Sinne der Politik des Präsidenten und der von ihm geführten Sammlungsbewegung« zu planen und durchzuführen.⁹⁶ Der erste Plan sah laut dem internen Länderbericht vor, »in einem relativ gross angelegten, vierjährigen Stufenprojekt Führungskräfte des RPT [auszubilden] [...] Das alles vielleicht aus der Sicht, die Regierung des Generals Eyadéma als ein Zentrum des Widerstands gegen den Kommunismus in Afrika zu stützen«.⁹⁷ Man hatte sich sogar Gedanken über mögliche negative Folgen dieser politischen Einmischung gemacht, denn später heißt es im Bericht: »Mit der für das Projekt Eyadéma-Stiftung entwickelten Konzeption soll versucht werden, die togoische Sammlungsbewegung im Sinne westlicher, antikommunistischer Demokratievorstellungen zu beeinflussen. Ein solch offener ›Ideologie-Export‹ dürfte jedoch einmal zu den entsprechenden Reaktionen in Togo selbst und ggf. zu Kritik aus afrikanischen Staaten führen.«⁹⁸

Die Fixierung auf den Antikommunismus der togoischen Regierung durch die Akteure der Hanns-Seidel-Stiftung verweist auf eine Kontinuität der Wahrnehmung, die seit 1960 die bundesdeutsche Sichtweise

95 Siehe Prentl, Josef: Der Anteil Bayerns an der Entwicklung der heutigen Republik Togo – einst und jetzt. Bayerisch-Togoische Gesellschaft 1, ACSP München, Bl. 379.

96 Siehe HSS V IBZ Togo 1, ACSP München, S. 1.

97 Ebd., S. 2.

98 Ebd., S. 3.

auf Togo geprägt hatte. Die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik in Togo waren während der 1960er Jahre von sicherheitspolitischen Aspekten im Rahmen der Hallstein-Doktrin geprägt gewesen, um die Westbindung Togos sicherzustellen. Bis zum Ende der 1960er Jahre hatten sich allerdings, wie in Kapitel 5 erläutert, in den westafrikanischen Nachbarstaaten Togos diverse Regierungsumbildungen und Putsche ereignet, die zur Etablierung autoritärer und antikommunistischer Regime geführt hatten. Diese innenpolitischen Umbrüche machten – zusammen mit dem von allen togoischen Regierungen verfolgten Kurs der Westbindung – die ostentative Betonung einer kommunistischen Bedrohung Westafrikas bereits zeitgenössisch zu einem Anachronismus. Nur zögerlich wurde die sich wandelnde Rolle Togos vonseiten der Hanns-Seidel-Stiftung anerkannt. So notierte der Vorsitzende Josef Prentl in einer Denkschrift über die künftigen Aufgaben der beiden Stiftungen: »[...] Togo, einst deutsche Musterkolonie, hat heute in Afrika besondere Bedeutung, und auch z. B. als Ort der Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten und den AKP-Staaten einen besonderen Rang.«⁹⁹

Mit Beginn der togoischen Wirtschaftskrise 1979 intensivierte sich dann die Zusammenarbeit zwischen der Hanns-Seidel-Stiftung und der togoischen Regierung, eben weil sich das Interesse der Bundesregierung an den deutsch-togoischen Beziehungen zwischenzeitlich stark verringert hatte. Die Delegation von entwicklungspolitischen Aufgaben an supranationale beziehungsweise parastaatliche Institutionen wie die KfW oder diverse UN-Gremien sorgte nicht nur für einen Abbau direkter Kontakte, sondern auch für einen konkreten Rückgang der deutschen Präsenz vor Ort. In diese Lücke konnten die »Fondation Eyadéma« und die »Bayerisch-Togoi-sche Gesellschaft« ab 1979 dementsprechend leicht vorstoßen und die vorgesehenen Programme zur »politischen Bildung« mit Unterstützung der togoischen Regierung durchführen. Durch Seminare mit Volkshochschulcharakter, Lehrgänge, Konferenzen und den Aufbau einer Verwaltungsschule (ENA), die der Ausbildung von Richtern und Verwaltungsbeamten dienen sollte, wollte die »Fondation Eyadéma« die Politik der RPT festigen. Dazu gehörten auch ungewöhnliche Projekte, wie die Konzeption einer Fernsehsendung mit dem Titel »L'autre regard«, die vom Ende der 1980er Jahre bis 1991 im togoischen Fernsehen zu sehen war.¹⁰⁰

Das vom Auswärtigen Amt zu Beginn der 1980er Jahre noch mit gemischten Gefühlen betrachtete bayerische Engagement in Togo ent-

99 Siehe Prentl, Der Anteil Bayerns an der Entwicklung der heutigen Republik Togo, Bl. 7.

100 Siehe Projektdarstellung 1991, HSS V IBZ Togo 15, ACSP München, o. S.

wickelte sich während der Verhandlungen über die Implementierung des Strukturanpassungsprogramms zu einem außenpolitischen Hindernis für Außenminister Genscher. Die starke außenpolitische Stellung, die sich Strauß durch seine guten Kontakte beispielsweise nach Togo, in die DDR und nach Chile aufgebaut hatte, erlaubte dem bayerischen Ministerpräsidenten eine politische Profilierung auf Kosten des Auswärtigen Amts: Wie der »Spiegel« im Juni 1983 berichtete, habe Strauß sich über »nichtsagende Nahost-Erklärungen Genschers« mokiert, den »Stopp der Bonner Hilfe für Nicaragua« gefordert und Genscher erklärt, »unter welchen Umständen in Namibia freie Wahlen stattzufinden haben«.¹⁰¹ Besonders der Umstand, dass der Strauß gegenüber loyale CSU-Politiker Siegfried Lengl, der Staatssekretär im BMZ war, die außenpolitischen Konzepte der Hanns-Seidel-Stiftung und deren Schwerpunktsetzung in Afrika entschieden mitgeprägt hatte, sorgte im Auswärtigen Amt für Missfallen. Lengls Wirken im BMZ wurde als »Gegenkurs« des Ministeriums betrachtet, das »unter Mißachtung der Kompetenz des Auswärtigen Amts« Entscheidungen treffe, die »den essentiellen Grundlinien« der bundesdeutschen Außenpolitik zuwiderliefen.¹⁰² Damit gemeint war der Widerstand des BMZ gegen die zeitgenössische Strategie des Auswärtigen Amts im Umgang mit afrikanischen Staaten. Nach Ansicht des Außenministeriums war die Blockfreiheit der afrikanischen Staaten, die auf einem Mindestmaß an wirtschaftlicher Stabilität basierte, durch eine »wirtschaftliche Anlehnung an den Westen« überhaupt erst möglich. Dagegen hatte Lengl für das BMZ deutliche Kürzungen bei den Mitteln für afrikanische linke Regierungen, wie Tansania und Äthiopien, vorgesehen.¹⁰³ Autoritäre Regierungen, wie Togo, Kenia und Somalia, sollten nach den Plänen des CSU-Politikers jedoch mehr Finanzhilfe bekommen, was laut dem SPD-Abgeordneten Uwe Holtz einer »Hallstein-Doktrin in neuem Gewand« gleiche.¹⁰⁴

Neben dieser divergenten außenpolitischen Linie, die im Wesentlichen eine bayerische Nebenaußenpolitik hinsichtlich der bundesdeutschen Position in Afrika darstellte, ergab sich das Problem, dass die Menschenrechtssituation in Togo Anlass zu Kritik in der Öffentlichkeit gab. Die Haltung des Auswärtigen Amts gegenüber Verletzungen der Menschenwürde, die in Togo insbesondere durch die Massenverhaftungen sowie

101 Siehe o. V.: Welt von gestern. Franz Josef Strauß baut sich in Bonn eine außenpolitische Schaltstelle auf: im CSU-geführten Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Der Spiegel 23/1983, S. 29.

102 Ebd., S. 30.

103 Ebd.

104 Ebd.

das RPT-Spitzelsystem zum Ausdruck kamen, hatte sich seit dem Beginn der Wirtschaftskrise deutlich verschärft. Durch den politischen Druck, den NGOs wie Amnesty International seit den frühen 1970er Jahren aufgebaut hatten, war die Menschenrechtsfrage Bestandteil des öffentlichen Diskurses geworden und im Umgang mit autoritären Regierungen durch bundesdeutsche institutionelle Akteure spätestens nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 nicht mehr zu ignorieren.¹⁰⁵

Trotz des konfliktreichen Verhältnisses zwischen der bundesdeutschen Außenpolitik und den Aktivitäten der Hanns-Seidel-Stiftung erwies sich Strauß' Freundschaft zu Eyadéma im Lauf der 1980er Jahre teilweise als wertvolle außenpolitische Stütze in Togo. Strauß' insgesamt acht Reisen nach Togo, davon jeweils zwei in den Jahren 1977 und 1978, markierten einen neuen Abschnitt in den deutsch-togoischen Beziehungen: Die neuen Rahmenbedingungen, die aus dem Abbau respektive Umbau der entwicklungspolitischen Maßnahmen im Zuge der Multilateralisierung resultierten, erschwerten eine Einflussnahme auf die immer autoritärer werdende togoische Innenpolitik. Vor diesem Hintergrund erwies sich die seit dem ersten Besuch 1971 bestehende persönliche Ebene zwischen Strauß und Eyadéma als tragfähige Basis einer inmitten der Krise von Neuem perpetuierten Rolle der Bundesrepublik als wirtschaftlicher Stütze Togos. In dieser Entwicklung spiegelte sich auch das gewandelte Verhältnis der Bundesregierung zu außenpolitischen Ambitionen der Bundesländer wider, die seit 1977 mit Zustimmung des BMZ eigene Projekte verfolgen konnten. Christian Athenstaedt erläutert hierzu, die Bundesländer hätten diese Möglichkeit dankbar aufgegriffen, »bot es doch die Möglichkeit der eigenen Profilierung und Schwerpunktsetzung«.¹⁰⁶ In Togo trug dazu die durchaus nicht geringe Zahl an Sachspenden bei, die die »Bayerisch-Togoische Gesellschaft« akquirieren konnte. Geliefert wurden medizinisches Gerät, Düngemittel und andere essentielle Güter, die insbesondere in der Bevölkerung das positive Deutschlandbild stärken und damit einen Zugang zur togoischen Regierung aufrechterhalten konnten. Die Umsetzung der Hilfslieferungen wurde jedoch stellenweise ebenso kritisch betrachtet wie generell die speziellen bayerisch-togoischen (Wirtschafts-) Beziehungen. Der »Spiegel« resümierte beispielsweise:

105 Zur Bedeutung der KSZE-Schlussakte für den bundesdeutschen Umgang mit Menschenrechten siehe Kaitinnis, Anna: Botschafter der Demokratie. Das Goethe-Institut während der Demokratisierungsprozesse in Argentinien und Chile, Wiesbaden 2018 [zugl. Univ. Diss. Uni Hildesheim 2017], S. 48.

106 Siehe Athenstaedt, Christian: Die Kompetenzverteilung in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Zur Zulässigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen deutscher Bundesländer und Kommunen, München 2011, S. 67.

»Der Schwarm der ausländischen Ratgeber, darunter bayrische Landsleute von Franz Josef Strauß, und die Günstlinge des Togo-Präsidenten hatten da aber längst abkassiert. Zurück blieben kostspielige Investitionsruinen, etwa eine Ö raffinerie und ein Stahlwerk, die das Zweieinhalb-Millionen-Volk der laut Reiseführer »trotz der Mühen des Alltags ständig lächelnden Togolesen« mit einer fünfprozentigen »Solidaritätssteuer« und einer absoluten Lohnpause abstottern muß.«¹⁰⁷

Die sich verschlechternde wirtschaftliche und innenpolitische Lage nach der Implementierung des Strukturanpassungsprogramms, auf die der Artikel verwies, konnte durch die Arbeit der Stiftung nur punktuell abgemildert werden. 1984 reiste Strauß schließlich zum letzten Mal nach Togo, während die »Bayerisch-Togoische Gesellschaft« und die »Fondation Eyadéma« ihre Zusammenarbeit weiter fortsetzten. Die Unruhen und der darauffolgende Abbruch der diplomatischen Kontakte 1993 machten die weitere Arbeit jedoch unmöglich, sodass sich die »Bayerisch-Togoische Gesellschaft« zurückziehen musste. Mit dem Tod Eyadémas im Jahr 2005 etablierte sie sich dann wieder in Togo und ist dort bis in die Gegenwart aktiv.

Zwischenfazit

Die desolote wirtschaftliche Situation in Togo, die eine Folge der verfehlten Investitionen während des Phosphatbooms, hauptsächlich aber der hohen Kosten des durch Korruption und Günstlingswirtschaft geprägten Herrschaftssystems war, kumulierte 1979 in der Zahlungsunfähigkeit des Landes. Während diese Situation gravierende soziale und politische Konsequenzen für die Regierung und die Bevölkerung Togos nach sich zog, boten die Umstände, die zur Wirtschaftskrise geführt hatten, einen Ankerpunkt für die im Strukturanpassungsprogramm vorgesehene Umgestaltung der wirtschaftlichen Struktur Togos. Wie Gogué und Evlo hervorheben, waren die 1980er Jahre ein »clear reversal of the policies adopted in the 1970s«, da das Strukturanpassungsprogramm die Regierung dazu gezwungen habe, erstens erstmals ihre Ausgaben wirklich zu kontrollieren und sich zweitens sukzessive aus den bisher unter der Kontrolle der Regierung stehenden Bereichen der Wirtschaft heraus-

107 Siehe Kiessler, Richard: »Josef ist der Größte«. SPIEGEL-Redakteur Richard Kiessler mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in Togo, in: Der Spiegel 21/1983, S. 23.

zulösen.¹⁰⁸ Daraufhin habe sich auf der Nachfrageseite ein »Keynesian-type decline in output« ergeben, während sich auf der Angebotsseite – die zuvor von den parastaatlichen Unternehmen besetzt war – ein »vacuum that the private sector was not quite ready to fill« ergeben habe.¹⁰⁹ Diese rein volkswirtschaftliche Betrachtung unterschlägt allerdings einen wesentlich bedeutenderen Effekt der Wirtschaftskrise, der sich aus den dichten Verflechtungen zwischen Partei und Unternehmen ergab: Der Verlust der staatlichen Kontrolle über die mit RPT-Kadern besetzten Unternehmen bedeutete gleichzeitig einen massiven Einflussrückgang der Eyadéma-Regierung und die reale Gefahr eines Aufstands gegen sie. Die Bedeutung der halbstaatlichen Unternehmen als zweiter Machtbasis neben der Armee war derart hoch, dass die togoische Regierung ab 1980 mit immer autoritäreren Maßnahmen reagierte. Die Konsequenz war ein in Westafrika einmaliges Spitzelwesen, in dem Freunde, Familienmitglieder und Nachbarn als Denunzianten den seit dem Verfassungsreferendum 1980 bestehenden totalen Herrschaftsanspruch der Partei und Eyadémas unterstützen sollten.

Für Eyadéma stellte sich die Krise zumindest in außenpolitischer Hinsicht als Chance dar, da er durch die erzwungene Annäherung an die Staatschefs der Nachbarländer dort an Ansehen und Einfluss gewann. Die politischen Erfolge im Ausland wiederum boten eine Grundlage für die Propagandisten der »Nouvelle Marche«, ein publizistisches Gegengewicht zur Wirtschaftskrise aufzubauen und so die fragil gewordene innenpolitische Stellung des Präsidenten zu stärken. Eyadémas Schwerpunktsetzung auf bilaterale Beziehungen zu den Nachbarländern wies überdies auf eine globale Trendumkehr hinsichtlich der Nord-Süd-Beziehungen hin, die ihre Anfänge bereits am Ende der 1970er Jahre hatte: die Übergabe von entwicklungspolitischen Aufgaben und Zielsetzungen an multi- und supranationale Institutionen, die unter der Prämisse großangelegter, makroökonomischer Transformationsprozesse arbeiteten. Das Strukturanpassungsprogramm folgte damit der Trajektorie der wirtschaftlichen Entwicklung in McMichaels Konzept des »globalization project«: Wie dort erläutert wird, habe die Liberalisierung von Handel und Investitionen und die verordnete Privatisierung vormals staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen »privileged corporate rights over the social contract and redefined development as a private undertaking«.¹¹⁰ Die Passivität, mit der die internationalen Institutionen auf die zunehmend autoritäre Innenpolitik Eyadémas reagierten, bestätigt letztlich McMicha-

108 Siehe Gogué/Evlo, Togo. Lost Opportunities for Growth, S. 486.

109 Ebd.

110 Siehe McMichael, Development and Social Change, Thousand Oaks 2008, S. 21.

els These. Forderungen nach demokratischen Transformationsprozessen kamen, wie oben gezeigt, erst in den späten 1980er Jahren auf und wurden von westlichen Regierungen und togoischen Oppositionellen im Exil gestellt. Die durch das Strukturanpassungsprogramm massiv verschlechterte wirtschaftliche Situation ebnete nicht zuletzt den Weg für den autoritären Umbau der togoischen Innenpolitik auf dem Rücken der Bevölkerung. Die Gefahr eines wirtschaftlich motivierten Aufstands der Bevölkerung führte zusammen mit dem wegfallenden Machtfaktor der halbstaatlichen Unternehmen zur Implementierung einer gewaltbasierten Herrschaft, deren Träger die togoischen Sicherheitskräfte waren.

Die bundesdeutsche Reaktion auf die togoische Wirtschaftskrise verdeutlichte die im »globalization project« skizzierten Umbrüche, da beinahe ausschließlich Vertreter der KfW, des IWF und der Bundesbank an der Ausgestaltung des Strukturanpassungsprogramms mitwirkten, während sich die »klassischen« Entwicklungsinstitutionen und -programme beinahe vollständig aus Togo zurückzogen oder ihre Tätigkeit auf ein Minimum reduzierten. Die Gründe dafür lagen zum einen in der schwindenden wirtschaftlichen Bedeutung Togos, da durch die sektoralen Verwerfungen im heimischen Markt und die immer stärkere Verflechtung des Weltmarkts in den 1970er Jahren andere Ressourcen- und Absatzmärkte wichtiger geworden waren.¹¹¹ Zum anderen hatte die politische Komponente stark an Bedeutung verloren, da die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags eine Normalisierung erfuhren. Linksgerichtete afrikanische Regierungen wurden vom Auswärtigen Amt zwar immer noch kritisch betrachtet. Sie wurden nun aber im Rahmen der neuen außenpolitischen Gesamtstrategie unter Außenminister Genscher als potenzielle Partner statt als subversive Revolutionäre betrachtet. Durch die Gewährung von finanziellen und technischen Hilfen sollten sie an den Westen gebunden werden.¹¹²

In die auf der bilateralen Ebene entstandene entwicklungspolitische Lücke, die wesentlich stärker durch globale politische Prozesse als durch

111 Dabei handelte es sich hauptsächlich um die europäischen Staaten, denen gegenüber die Bedeutung Afrikas und Südamerikas zwischen 1950 und 1970 massiv zurückgegangen war, vgl. die Tabelle zum weltweiten Warenexport in absoluten Zahlen, Anteile in Prozent, 1950-2014, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52551/warenexport/> (abgerufen am 10.1.2024).

112 Vgl. Hofmeier, Rolf: Five decades of German-African relations. Limited interests, low political profile and substantial aid donor, in: Engel, Ulf/Kappel, Robert (Hg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism, Münster 2002, S. 39-62, hier S. 49.

neue Konzepte nach dem Ende der »Hilfe zur Selbsthilfe« definiert wurde, stießen im Anschluss der bayerische Ministerpräsident Strauß und die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung. Die Nebenaußenpolitik, die auf der persönlichen Freundschaft zwischen Strauß und Eyadéma beruhte und durch die Gründung der »Bayerisch-Togoischen Gesellschaft« und »Fondation Eyadéma« institutionell gefestigt wurde, erschien dem auf Multilateralismus drängenden Auswärtigen Amt zunächst wenig überzeugend. Insbesondere die persönlichen Animositäten zwischen Genscher und Strauß sorgten dafür, dass die Expansionsbemühungen der Hanns-Seidel-Stiftung ungewöhnlich harsch und öffentlich kritisiert wurden, bisweilen auch abseits des regulären diplomatischen Sprachgebrauchs. Nichtsdestotrotz erkannten die bundesdeutsche Botschaft in Lomé und das Auswärtige Amt, dass die bayerischen Kontakte nach Togo sich als wertvoll erweisen könnten, da die Implementierung des Strukturanpassungsprogramms so durch eine nützliche, persönliche Bindung an die Bundesrepublik unterfüttert werden konnte. Somit erfüllten Strauß und die beiden Stiftungen eine Scharnierfunktion, um die Kontakte in die hohen togoischen Regierungsämter zu halten und zu vertiefen. Andererseits unterminierten die Ambitionen von Franz Josef Strauß den politischen und kulturellen Wandel im Umgang mit autoritären Staaten wie Togo.¹¹³ Die von der bundesdeutschen Botschaft in Lomé erfassten und berichteten Menschenrechtsverletzungen spielten keine Rolle im Verhältnis zwischen Strauß und Eyadéma. Zudem implizierte der von beiden Stiftungen stark betonte, ja als Arbeitsgrundlage betrachtete Antikommunismus eine Kritik am außenpolitischen Kurs des Auswärtigen Amts – und war ebenso ein Signal gegen die verbliebene linke Opposition in Togo, die sowieso nur noch aus dem Ausland heraus agieren konnte.

Im Hinblick auf die Wirtschaft hatte sich am Ende der 1980er Jahre gezeigt, dass die Maßnahmen des Strukturanpassungsprogramms aufgrund diverser endogener und exogener Faktoren von wenig Erfolg gekrönt waren. Die geforderte Privatisierung beziehungsweise Zerschlagung der halbstaatlichen Unternehmen war kaum vorangetrieben worden, während ständige Schwankungen der Weltmarktpreise für Cash Crops den Erfolg der wirtschaftlichen Neuorganisation ungewiss machten. Die Kaufkraft der Bevölkerung, die 1990 etwa auf dem Niveau von Mitte der 1960er Jahre lag, wurde durch die Geschehnisse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weiter geschwächt. Die zaghaften Demokratisierungserfolge wurden nach nur zwei Jahren in einem dritten Putsch Eyadémas zunichtegemacht, sodass neben der wirtschaftlichen Unsicherheit staat-

113 Ebd.

liche Willkürmaßnahmen und Repressionen ein Ausmaß annahmen, das es in der togoischen Geschichte seit der Unabhängigkeit nicht gegeben hatte. Der Abbruch der Beziehungen zu Togo durch die Bundesrepublik war allerdings nicht der Terrorwelle der togoischen Sicherheitskräfte geschuldet, sondern dem Umstand, dass die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen durch NGOs wie Amnesty International zu einem Imageproblem geworden war.¹¹⁴ Während die wirtschaftliche Perspektive bereits seit den 1970er Jahren prinzipiell keine Rolle mehr gespielt hatte, verschwand die verbliebene sicherheitspolitische Bedeutung Togos mit dem Zerfall der Sowjetunion endgültig, sodass ein Abbruch der Beziehungen im kollektiven Rahmen der EG – mit Ausnahme Frankreichs – beschlossen wurde. Eine graduelle Normalisierung der bundesdeutschen wie auch gesamteuropäischen Beziehungen zu Togo erfolgte erst nach dem Tod Eyadéma im Jahr 2005.

114 Vgl. Bon Tempo, Carl J.: Antikommunistische Menschenrechte. Die Republikanische Partei und die Menschenrechtspolitik in den späten 1970er Jahren, in: Eckel/Moyn (Hg.): *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 290-316, hier S. 295.

8. Schlussbetrachtungen: »Development project«, entwicklungspolitisches Schaufenster und IWF-Regime Togo und die Bundesrepublik nach 1960

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Togo durchliefen im untersuchten Zeitraum Konjunkturen des wechselseitigen Interesses, die sich aus veränderten politischen Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Neubewertungen und ökonomischen Perspektivwechseln ergaben. Die Planungseuphorie der 1960er Jahre, der Wandel der entwicklungspolitischen Perspektiven in den 1970er Jahren, die Abkehr vom Bilateralismus und der Aufstieg menschenrechtsorientierter Außenpolitik in den 1980er Jahren kristallisierten sich dabei als jeweilige diskursive Leitmotive der deutsch-togoischen Beziehungen heraus. Mit Blick auf McMichaels Konzept von »development project« und »globalization project« lässt sich festhalten, dass auf deutscher und togoischer Seite spezifische Dynamiken wirkten, die sich der Einteilung in diese analytischen Kategorien teilweise deutlich entziehen. Von besonderer Bedeutung ist dabei das im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien »gebrochene« koloniale Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Togo, das den entscheidenden Unterschied zu den linear verorteten postkolonialen Beziehungen jener Staaten darstellt. Der Bruch – oder präziser, die vielschichtigen gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Brüche, die mit dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft einhergingen – zeitigte das Entstehen einer spezifischen Sichtweise togoischer Akteure auf Deutschland und umgekehrt.

Was bedeutet das hinsichtlich der in der vorliegenden Studie gewählten Perspektiven auf die deutsch-togoischen Beziehungen? Die Propaganda des Deutsch-Togo-Bunds gewann in der Zwischenkriegszeit durch dessen Kontakte zu führenden Repräsentanten kolonialrevisionistischer Verbände und Akteure in Deutschland erheblich an Durchsetzungsfähigkeit innerhalb der Ewe-Bevölkerung. Im Anschluss an die Forderungen des Bunds nach einer Rückkehr Deutschlands als Kolonialmacht und die Glorifizierung vermeintlicher deutscher Errungenschaften wie der Eisenbahn etablierte sich unter den Vertretern und Sympathisanten des DTB eine revisionistische Art des Denkens über die deutsche Kolonialzeit, die über 50 Jahre lang ihre Strahlkraft behielt. Die Gründe dafür sind zum einen im politischen Sendungsbewusstsein des Bunds zu sehen, dessen

innerer Kern aus gebildeten Funktionseleiten bestand, die trotz der Teilung der ehemaligen Togoland-Kolonie grenzüberschreitende Netzwerke aufbauen und aufrechterhalten konnten. Zum anderen dominierten sie den Diskurs über die Perzeption der Vergangenheit aufgrund ihrer publizistischen Reichweite und der Unterstützung durch deutsche Akteure, gegenüber denen die wenigen kritischen Stimmen marginalisiert wurden. Der zeitgenössische Diskurs war dementsprechend relativ einseitig auf die Propaganda des Bunds beschränkt; demgegenüber lassen sich nur äußerst schwer Quellen zu negativen Ansichten über die deutsche Herrschaft finden. Hinzu kommt, dass sich der Bund in den 1930er und 1940er Jahren aufgrund vermuteter Sympathien zum Nationalsozialismus einem zunehmenden Verfolgungsdruck durch die französischen und britischen Behörden ausgesetzt sah, der allerdings die Popularität und Bekanntheit des Bunds nur weiter verstärkte. Diese Entwicklungen können als Erklärung für die nostalgisch verzerrten Sichtweisen auf Deutschland dienen, die unter den togoischen politischen Eliten vorherrschend waren und nach 1960 erheblichen Einfluss auf die diskursive Prägung und Ausgestaltung der deutsch-togoischen Beziehungen hatten.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass die Angehörigen der ersten Regierung nach der togoischen Unabhängigkeit wie auch Präsident Olympio sich zumindest nach außen hin als maßgeblich von der Ideologie des Bunds beeinflusst gaben. Akteure wie Außenminister Paulin Freitas, der seine Sympathien für die deutsche Kolonialherrschaft darlegte, und Olympio selbst, der gegenüber dem bundesdeutschen Botschafter mehrfach seine angebliche frühere Mitgliedschaft im Deutsch-Togo-Bund betonte, widersprachen damit im Grunde dem strategischen Narrativ der »kolonialen Unbelastetheit«. Das Schlagwort der »kolonialen Unbelastetheit« versprach prinzipiell zwei Dinge für die künftige Gestaltung der bundesdeutschen Beziehungen zur westlichen Welt und zu Afrika: Erstens stellten die Niederlagen im Ersten und Zweiten Weltkrieg klare Zäsuren im Hinblick auf den deutschen Kolonialismus dar. Aus diesem Grund war die Wahrnehmung der Bundesrepublik in vielen Gesellschaften des Globalen Südens nicht von kolonialen Erfahrungen vorgeprägt, sondern von mit Deutschland assoziierten Ideen und Konzepten wie industrieller Macht, Wohlstand oder technologischer Fortschrittlichkeit. Zweitens ergaben sich daraus für die Bundesrepublik im Vergleich mit den anderen europäischen Kolonialmächten Vorteile beim Aufbau von Beziehungen zu den unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, da dabei beispielsweise rezente Gewalterfahrungen und Unterdrückung, Pressezensur, willkürliche Verhaftungen und anderweitige Repressionen kaum eine Rolle spielten. Die Bundesrepublik befand sich

somit in einer im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien günstigen Ausgangssituation im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen und Märkten in Afrika.

Das Alleinstellungsmerkmal des Narrativs einer »kolonialen Unbelastetheit« traf allerdings gerade in Togo nicht zu, sondern wurde durch die spezifische diskursive Konstruktion der deutsch-togoi-schen Beziehungen gebrochen. Den Kolonialismus verherrlichende Denkmuster stellten ein Problem für die zeitgenössische bundesdeutsche Außenpolitik dar, vor allen Dingen deshalb, weil die vom Deutsch-Togo-Bund zumindest graduell beeinflussten togoi-schen Unabhängigkeitsbewegungen seit den 1940er Jahren zusätzlich stark antifranzösisch eingestellt waren. In der außenpolitischen Konstituierungsphase der Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre finden sich neben der Neudefinition der deutsch-togoi-schen Beziehungen Verweise auf die globalen Umbrüche, die mit dem Dekolonisierungsjahr 1960 einhergingen: Angesichts der Verhandlungsprozesse im Zusammenhang mit der europäischen Integration, die die Priorität der bundesdeutschen Außenpolitik darstellte, und des besonderen Verhältnisses zu Frankreich musste das Auswärtige Amt eine Position im Umgang mit der Kolonialzeit finden. Gleichzeitig sorgte das starke Wirtschaftswachstum während der 1950er Jahre in der Bundesrepublik für einen Anstieg des Interesses an tropischen Rohstoffen und den Zugang zu afrikanischen Märkten.

Deutlich war eine Diskrepanz zwischen der nach außen signalisierten »kolonialen Unbelastetheit« und den häufigen positiven Rekursen auf die deutsche Kolonialzeit im Aushandlungsprozess des deutsch-togoi-schen Verhältnisses. Abgemildert wurde die Kolonialvergangenheit – wie bereits bei den Kolonialrevisionisten der 1920er Jahre – durch den Rückgriff auf eine Entideologisierung der Vergangenheit und die Betonung von infrastrukturellen Technikutopien. Bereits in den 1950er Jahren waren im Auswärtigen Amt entsprechende Überlegungen angestellt worden, wie die Rolle der Bundesrepublik abseits kolonialrevisionistischer Forderungen definiert werden könnte. Wegen der in den 1950er und 1960er Jahren stärker werdenden wirtschaftlichen Interessen in Afrika, die den Zugang zu afrikanischen Rohstoffen und, in geringerem Maß, zu den dortigen Märkten betrafen, geriet die bundesdeutsche Außenpolitik unter Zugzwang. Um den wirtschaftlichen Interessen und dem Wunsch nach politischem Kapital in den neuen afrikanischen Staaten gerecht zu werden, bot sich die nach 1960 boomende Entwicklungspolitik an, die über technische Projekte implementiert wurde. Die Entwicklungspolitik definierte das bundesdeutsche Verhältnis zum Globalen Süden und war zugleich in starkem Maße vom Ost-West-Konflikt geprägt. Die seit 1955 für die

Außenpolitik maßgebliche Hallstein-Doktrin stand global für eine aktive Rolle der Bundesrepublik bei der Bekämpfung sozialistischer Regierungen. Gleichzeitig erforderte die europäische Integration eine Gratwanderung bei der Umsetzung der Doktrin, da sie kaum Spielräume für ein bilaterales Vorgehen offenließ. Die im vierten Kapitel untersuchten bundesdeutschen Entwicklungsprojekte zeigten, wie die Bundesrepublik mit modernisierungstheoretischen Entwicklungsparadigmen die für die europäische Integration entscheidende Ablehnung kolonialer Ambitionen mit dem Zugang zu Rohstoffen und Märkten verbinden konnte.

Die Magazin Togo-Studie gibt dabei Aufschluss über die togoischen und bundesdeutschen Perspektiven hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und zeigt darüber hinaus auf, mit welchen sozialen Limitierungen diese Vorstellungen einhergingen. Das von Olympio persönlich angeregte Projekt eines deutschen Warenhauses zielte konzeptionell darauf ab, Konsumgüter des täglichen Bedarfs günstiger anbieten zu können als die französische Konkurrenz und so die wirtschaftliche Situation der togoischen Bevölkerung zu verbessern. Dieser ursprünglich vorgesehene Zuschnitt betonte die Wahrnehmung des Vorhabens als »klassisches« Entwicklungsprojekt, allerdings ergaben sich dann deutliche Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung, die das Kaufhaus tatsächlich als Eliten- und Prestigeprojekt erscheinen lassen. Die von den dafür entsandten bundesdeutschen Sachverständigen erstellte Studie zeigt, dass politische und eigennützige Motive hierbei eine wesentliche Rolle spielten. Zum einen erwies sich der Vorwurf, dass die ansässigen französischen Generalimporteure ihre Monopolstellung zu Preisabsprachen ausnutzten, nach den empirischen Befunden als haltlos. Das Kaufhausprojekt diente vielmehr als Vehikel, um anti-französische Einstellungen in der Regierung und der Bevölkerung zu bedienen und den wirtschaftlichen Einfluss Frankreichs zu verringern. Gleichzeitig konnte so die Annäherung an die Bundesrepublik vorangetrieben werden, da das zu erwartende entwicklungspolitische Prestige für das Auswärtige Amt und das BMWi Grund genug war, die Studie in Auftrag zu geben. Zum anderen offenbart die Studie die Sichtweisen der togoischen Regierungs- und Funktionseliten auf das, was sie als wirtschaftlichen Fortschritt betrachteten. In der Vorstellung Olympios sollte das Kaufhaus dem europäischen Stil entsprechen und als großer, moderner und repräsentativer Bau ein Symbol für den Wirtschaftsaufschwung in Togo nach der Unabhängigkeit darstellen. Die Hoffnung der Eliten, in dem Kaufhaus westliche Luxusgüter und -nahrungsmittel angeboten zu bekommen, konterkarierte die ursprüngliche Absicht, den Lebensstandard der breiten Bevölkerung zu verbessern, und reflektierte gleichzeitig die von den sozialen Realitäten abgekoppelten

Motive der togoischen Projektbeteiligten. Die Gemeinsamkeit zwischen den togoischen und bundesdeutschen Akteuren beim Kaufhausprojekt lag in ihren modernisierungstheoretischen Vorstellungen hinsichtlich der erhofften wirtschaftlichen Verbesserungen. Das Scheitern des Projekts, das über das Planungs- und Konzeptionsstadium nie hinauskam, verdeutlicht in diesem Zusammenhang die wechselseitigen Fehlannahmen. Diese ergaben sich aus dem Zusammenspiel von nach wie vor auf beiden Seiten vorhandenen kolonialen Stereotypen und der Suche nach Anpassungsstrategien für den delikaten Umgang mit der kolonialen Vergangenheit: Die togoischen Akteure waren von der Machbarkeit überzeugt, überließen die konkrete Ausgestaltung aber den bundesdeutschen Sachverständigen, ohne Konzepte für die Art der anzubietenden Waren oder die Preisgestaltung vorzulegen – ein Indiz für die Wahrnehmung der Bundesrepublik als omnipotente Repräsentantin europäischer Wirtschaftsmacht. Umgekehrt betonten die bundesdeutschen Akteure in der eigentlich neutralen Studie wiederkehrende koloniale Klischees und rassistische Stereotype und stellten schließlich bereits die Fähigkeit der Einheimischen, einfachste Gegenstände aus Holz und Metall zu fertigen, infrage.

Das zweite untersuchte Vorhaben, der Bau des Port Autonome de Lomé, knüpft an diesen Befund an – und auch an die weiteren Perspektiven der deutsch-togoischen Beziehungen im Spannungsfeld von Kolonialrevisionismus, Modernisierungstheorie und Globalisierung. Der Hafen, der als Erweiterung und Ersatz der seit der deutschen Kolonialzeit vorhandenen Landungsbrücke dienen sollte, präsentiert sich als eigenständiges Symbol der zeitgenössischen semantischen und figurativen Spannungen im Hinblick auf die neu zu definierende Rolle der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit. Zum einen ist die koloniale Kontinuität des Projekts angesichts der expliziten Verweise auf die »Tradition« der Landungsbrücke evident. Zum anderen war der Port de Lomé ein eindrückliches Zeugnis des zeitgenössischen modernisierungstheoretischen Denkens und sollte mithin den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt symbolisieren. Als politisch aufgeladenes Monument westlicher Wirtschaftsmacht war er damit zugleich in starkem Maße eingebunden in die Systemkonkurrenz des Ost-West-Konflikts. Das Zusammenspiel dieser Faktoren machte den Hafen aus mehreren Gründen zum sichtbarsten Zeichen für die zeitgenössische Konstituierung der deutsch-togoischen Beziehungen als »development project«. Die Möglichkeit, Waren und Rohstoffe aus der Welt zu importieren und in die Welt zu exportieren, verhieß zwar Wirtschaftswachstum für Togo, ermöglichte dem Land jedoch auf absehbare Zeit keineswegs den erhofften wirtschaftlichen »take off«. Begründet lag dies vor allem in der Besitzstruktur der

exportierenden Unternehmen. Die in ausländischer, meist französischer Hand befindlichen Bergbau- und Agrarfirmer entrichteten nämlich aufgrund der liberalen Investitionspolitik kaum Steuern. Darüber hinaus hatte Togo bis zum Ende der 1970er Jahre keine eigenen Möglichkeiten, Waren und Rohstoffe per Schiff zu transportieren.

Die globale Dimension des Hafens ist im Vergleich zum Magazin Togo wesentlich evidenter und ergibt sich nicht nur aus der schieren Größe des Projekts, sondern auch aus der Organisation des Betriebs und den Planungen für die Nutzung des Geländes. Durch die Ansiedlung internationaler Unternehmen auf dem Hafengelände sollte ein diversifiziertes und auf die Verfügbarkeit der togoischen Ressourcen zugeschnittenes Wirtschaftsgebiet errichtet werden, das prinzipiell unabhängig von den Vorgaben der togoischen Regierung agieren konnte. Diese Sonderstellung sollte zudem den einfachen Zugang zu anderen Märkten in der Region sicherstellen; lediglich die Beschränkungen der togoischen Jurisdiktion mussten beachtet werden. Die lokalen ökonomischen Auswirkungen blieben dementsprechend marginal. Das Fischereiprojekt, das am ehesten das Potenzial einer »Hilfe zur Selbsthilfe« hatte, entwickelte sich durch die Fehleinschätzungen hinsichtlich der benötigten Boote und Ausrüstung zum kostspieligen Fehlschlag und wurde durch das sehr viel günstigere und wirksamere ILO-Projekt deklassiert. Der starke Fokus auf die Herauslösung des Hafens aus der togoischen administrativen Oberhoheit und die planerische Geringschätzung der sozial relevanten Teilbereiche – insbesondere des Fischereiprojekts – zeigen, dass der Hafen in Lomé im Wesentlichen ein Vehikel bundesdeutscher wirtschaftlicher und außenpolitischer Interessen war, das der togoischen Bevölkerung abseits der politischen Eliten kaum Nutzen brachte. Im Kern handelte es sich um eine Subventionierung der beteiligten Bau- und Infrastrukturunternehmen über den Umweg der hermesgedeckten Kapitalhilfedarlehen, die wiederum durch die erhofften Exporterlöse über in der Bundesrepublik zu entrichtende Steuern wieder zurückfließen sollten.

Das abschließende Fallbeispiel der drei landwirtschaftlichen Musterdörfer zeigte sich in der näheren Untersuchung als geeignete analytische Sonde, um die Widersprüchlichkeiten und Spannungen im postkolonialen Diskurs der Bundesrepublik und Togos, aber auch generell innerhalb der Nord-Süd-Beziehungen zu beleuchten. Das mit dem Musterdörfer-Projekt verbundene Ziel, durch den Einsatz moderner Technik massive Ertrags- und Profitsteigerungen der bislang auf Subsistenzniveau verharrenden lokalen Agrarwirtschaft zu ermöglichen, erwies sich als deutlich überambitioniert. Das Projekt stellt sich mehr noch in kultureller als in technischer Hinsicht als Fehlschlag dar: Vonseiten der beteiligten

bundesdeutschen Akteure wurde zwar der Versuch unternommen, die entwicklungspolitischen Grundsätze der »Hilfe zur Selbsthilfe« gewissenhaft einzubeziehen, deren lokale Umsetzung scheiterte allerdings am Rückfall in paternalistische und koloniale Denkmuster. Die strukturell defizitären Aspekte des Projekts, wie die Fixierung auf den Einsatz von Maschinen und der damit verbundenen Logistik, verstärkten die kulturellen Konflikte zwischen deutschen Sachverständigen und togoischen Einheimischen, waren allerdings nicht deren Auslöser. Vielmehr waren reduktionistische Perspektiven wie das westliche Konzept von Modernität und organisatorischer Struktur sowie der kulturchauvinistische Impetus, der aus den kolonialrevisionistischen Diskursen der Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg stammte, die wesentlichen Treiber der zahlreichen Probleme. Diese zunächst nur gedachte Asymmetrie wandelte sich im Laufe des Projekts in eine gelebte, die sich in herablassenden Kommentaren seitens der bundesdeutschen Sachverständigen, Belehrungen über das Konzept des Genossenschaftsmodells und schließlich ernsthaften Streitigkeiten äußerte, bis das Projekt schließlich abgebrochen wurde.

Ein Vergleich der drei untersuchten Fälle zeigt, dass sich der angestrebte Zugang zu togoischen Rohstoffen und Märkten wie ein roter Faden durch die verschiedenen Entwicklungsprojekte der Bundesrepublik in Togo zieht. Dennoch lassen sich akteursspezifische Unterschiede in der Gewichtung von wirtschaftlichen Interessen und der »Hilfe zur Selbsthilfe«-Verpflichtung konstatieren: Während das Magasin Togo-Projekt prinzipiell den Interessen der togoischen Regierungs- und Funktionseliten dienen und die Perspektiven bundesdeutscher Exporte nach Togo ausloten sollte, kann die hierzu verfasste Studie auch als Instrument (post-)kolonialer Wissensgewinnung verstanden werden. Die vielfach überraschenden Ergebnisse dieser Studie, die eklatante Wissenslücken in Bezug auf Togo und die Verhältnisse vor Ort offenbarten – wie etwa die bis dato vermutlich völlig falsch eingeschätzte Bevölkerungszahl Lomés –, erbrachten neben den für das Projekt relevanten Standortfaktoren auch grundsätzliche Erkenntnisse über die togoische Bevölkerung, Gesellschaft, Geschichte und kulturelle Gegebenheiten. Die Magasin Togo-Studie steht damit in einer Kontinuität mit den wissenschaftlichen Expeditionen der Kolonialzeit, die Daten über die Beschaffenheit des »Hinterlands« erheben sollten, um Rohstoffvorkommen und Anbaumöglichkeiten für Cash Crops zu eruieren, aber auch um Wissen über die Bevölkerung und effektive Herrschaftstechniken zu sammeln.

Die zentrale These von McMichaels Konzept des »development project«, wonach soziale und politische Veränderungen auf ökonomische Faktoren und eine universelle »market culture« reduziert worden seien, trifft

hinsichtlich der Ziele der bundesdeutschen Entwicklungsprojekte der 1960er und 1970er Jahre zu. Das modernisierungstheoretische Paradigma des beständigen Wirtschaftswachstums durch technischen Fortschritt – und der damit implizit verbundene kulturelle Chauvinismus – zog sich durch alle drei untersuchten Projekte. Die Frage, ob Togo deshalb als genuin bundesdeutsches »development project« betrachtet werden kann, kann aus mehreren Gründen also bejaht werden – allerdings können dabei angesichts des kolonialen zeitlichen Bruchs und der abweichenden außenpolitischen Wahrnehmung der Bundesrepublik auch entscheidende Unterschiede identifiziert werden. Während die Bundesrepublik deutliche wirtschaftliche Interessen an und in Togo hatte, deren Durchsetzung nebenbei von kolonialen Reminiszenzen verstärkt wurde, gingen die meisten der durchgeführten Entwicklungsprojekte auf Ideen und Konzepte der togoischen Regierung zurück. Die mit den Projekten verbundenen Motive der togoischen Akteure verweisen dementsprechend auf ihre eigene Agency, die teilweise deutlich von den Vorstellungen der bundesdeutschen Akteure abwich. Für die togoische Regierung spielten Motive wie der Zugewinn an politischem Kapital in Europa und bei den Nachbarstaaten, die Unabhängigkeit von Frankreich respektive die Rache an der französischen Kolonialverwaltung sowie Fortschritts- und Modernisierungsdenken eine dominierende Rolle. Auf bundesdeutscher Seite waren wirtschaftliche Beweggründe hingegen deutlich stärker ausgeprägt; die Herangehensweise wurde dementsprechend vor allen Dingen von Aspekten wie Wirtschaftswachstum, Konsum, wirtschaftswissenschaftlichem Denken im Sinne des Homo oeconomicus und Stereotypen der kulturellen Überlegenheit bestimmt.

Der Bilateralismus, den die Bundesrepublik während der 1960er Jahre zum Modus Operandi im Umgang mit den Staaten Afrikas gemacht hatte, begann ab den frühen 1970er Jahren einem multilateralen System zu weichen. Die Entwicklung in diese Richtung hatte ihren Anfang partiell bereits Mitte der 1960er Jahre genommen und wurde durch die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Umbrüche zum Ende der 1960er Jahre noch verstärkt. Die Ära der entwicklungspolitischen Großprojekte war aus mehreren Gründen zwischenzeitlich an ihr Ende gelangt: Erstens waren die wirtschaftlichen Ziele, die prinzipiell in der Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrags und dem Aufbau einer rudimentären verarbeitenden Industrie bestanden, nicht erreicht worden. Die »colonial division of labour« (McMichael) entwickelte sich zwar in dem Maß, in dem es die Transportkapazitäten und verfügbaren Arbeitskräfte zuließen, allerdings blieb Afrika dabei größtenteils außen vor. Die Staaten Latein- und Südamerikas sowie Indien und später China waren in der

Lage, wesentlich größere Mengen an Rohstoffen zu wesentlich geringeren Stückkosten zu liefern, und durch den zunehmenden Seehandel sanken die Transportkosten dafür beständig. Die Versuche, in Togo eine Industrie zur Verarbeitung von Phosphat, Palmöl, Kakao und Kaffee aufzubauen, waren im Wesentlichen Initiativen der Eyadéma-Regierung, um politisches Kapital im Ausland aufzubauen und die Legitimität im Inneren zu erhöhen. Daneben wurden die Einnahmen, die fast ausschließlich aus dem Phosphatboom 1972-1974 resultierten, dazu verwendet, ein loyales patrimoniales Herrschaftssystem aufzubauen – und keineswegs dazu, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen; der durchschnittliche Jahreslohn in Togo blieb zwischen 1960 und 1980 auch inflationsbereinigt beinahe derselbe.

Zweitens wurde das mit den entwicklungspolitischen Großprojekten verbundene – oder zumindest erhoffte – politische Kapital aufgrund der sich wandelnden politischen Situation in den westafrikanischen Staaten und der politischen Wandlungsprozesse auf globaler Ebene zunehmend bedeutungslos. Bereits seit der Mitte der 1960er Jahre waren die ehemals sozialistischen beziehungsweise dem Sozialismus zugeneigten Regierungen in Ghana, Obervolta und Benin verschwunden, sodass Togo den besonderen Status als antikommunistisches »Bollwerk« in der Region verloren hatte. Die neuen autoritären Militärregierungen und Hybridregime waren allesamt antikommunistisch eingestellt und unterschieden sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die europäischen Staaten wenig. Die Frage nach der Legitimation großangelegter Entwicklungsprojekte und der dafür eingeplanten Mittel der Technischen und Kapitalhilfe kam trotz des Fortbestehens der Hallstein-Doktrin auf bundesdeutscher Seite bereits am Ende der 1960er Jahre auf. Institutionelle Akteure, wie der Bundesrechnungshof oder die damals in der Opposition befindliche CDU/CSU-Fraktion, trafen mit ihrer Kritik an den zunehmenden Ausgaben für entwicklungspolitische Maßnahmen und der Infragestellung des damit verbundenen Nutzens auf ein gesellschaftliches und ökonomisches Klima, das für eine generelle Neudefinition der Entwicklungspolitik plädierte. Denn nicht nur die als zu hoch angesehenen Kosten, sondern generell die Beziehungen der Bundesrepublik zu autoritären Staaten wurden sukzessive Teil des öffentlichen Diskurses.

Drittens war die entscheidende politische Komponente der Entwicklungspolitik, die Überlegenheit des westlichen Systems gegenüber dem sowjetischen zu demonstrieren, mit der graduellen Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen obsolet geworden. Das schrittweise Ende der Hallstein-Doktrin 1969 löste eine generelle Trendwende im Umgang mit den afrikanischen Staaten aus, da die Grundlage für die Finan-

zierung teurer Prestigeprojekte entfallen war. Die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zur DDR durch die afrikanischen Staaten führte angesichts des verbreiteten Antikommunismus der zwischenzeitlich etablierten autoritären Hybridregime nicht zu den zuvor befürchteten sozialistischen Putschen.

In Togo hatte die DDR bereits vor der Götting-Havemann-Mission 1960 ein weitgehend negatives Image, da Präsident Olympio aus persönlicher politischer Überzeugung antikommunistisch eingestellt war und die Eyadéma-Regierung hauptsächlich an wirtschaftlichen Vorteilen interessiert war, die sie sich von der DDR nicht erwartete. Die von der Bundesrepublik gegenüber Olympio bereits 1959 vorgebrachte Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen im Fall einer Beziehungsaufnahme zur DDR stellte sich als unnötig heraus. Die Wirtschaftspolitik Olympios nach der Unabhängigkeit folgte keinem einheitlichen Konzept, war allerdings stark durch ein angebotsorientiertes Wirtschaftsverständnis geprägt, das prinzipiell Laissez-faire-Kapitalismus gegenüber ausländischen Investoren mit harten Austeritätsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung verband. In seiner Vorstellung sollte die schnelle und großflächige Liberalisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Togo für private Investitionen attraktiv machen und damit ein schnelles Wirtschaftswachstum erzeugen. Gleichzeitig sollten massive Einsparungen in der Verwaltung und den bis dato öffentlichen Sektoren für den Schuldendienst aufgewendet werden – in der Folge stieg die Erwerbslosigkeit in Togo stark an, während die veraltete Infrastruktur weiter verfiel und die Regierung mit autoritären Maßnahmen gegen Kritiker vorging.

Nach Eyadémas Putsch verdichteten sich innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklungen zu einer autoritären Form der Herrschaft, die sich zunehmend auf ein Geflecht halbstaatlicher Unternehmen stützte. Die zunächst vergleichsweise liberale Herrschaft, die auf eine Einbeziehung der Opposition und zivilgesellschaftlicher Akteure wie den Kirchen setzte, war bereits nach einem Jahr an ihr Ende gelangt. Einschüchterungen der Bevölkerung durch das Militär wurden die Norm, begleitet von einer massiven Propagandakampagne und einem Eyadéma-Personenkult. Das Hybridregime installierte ein Geflecht aus RPT-loyalen Kadern in den Führungsebenen der Verwaltung und legte damit den Grundstein für eine dauerhafte Herrschaft Eyadémas. Die 1980 eingeführte neue Verfassung bestätigte ihn schließlich als Präsidenten auf Lebenszeit, womit der politische Umbau Togos von einer defekten Demokratie zu einer Militärdiktatur prinzipiell abgeschlossen war.

Die 1980er Jahre waren generell von einer beschleunigten Abkehr der Bundesrepublik von Togo bestimmt. Die Wirtschaftskrise der späten

1970er Jahre hatte inzwischen zur Zahlungsunfähigkeit Togos geführt und veranlasste die Mitglieder des Pariser Clubs, bei dem die Bundesrepublik ein zentraler Akteur war, zu einer Intervention, die schließlich die Einführung eines IWF-Strukturanpassungsprogramms im Jahr 1983 nach sich zog. Die Überwachung der togoischen Wirtschaft durch supranationale Akteure hatte nicht nur gravierende innenpolitische Folgen, sondern steht auch symptomatisch für das stark veränderte Verhältnis der Bundesrepublik zu Togo. Die Ära des »Entwicklungsoptimismus« war zwischenzeitlich einer gewissermaßen verwissenschaftlichten Sichtweise auf die deutsch-togoischen Beziehungen gewichen, die sich an makroökonomischen Analysen und Prognosen orientierte. Zwar wurden »klassische« Entwicklungsprojekte wie der Bau von Krankenhäusern und Schulen noch fortgesetzt, allerdings hatte die Technische Hilfe ihre frühere Bedeutung beinahe gänzlich verloren. Die Modi der Kapitalhilfe hatten sich im Zuge der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Wandlungsprozesse der 1970er Jahre ebenfalls verändert, sodass das bisherige System der bilateralen Kreditvergabe sukzessive von multilateralen Institutionen übernommen worden war.

Diese Entwicklung ging paradoxerweise mit einer institutionell eingebetteten Rückkehr zu einer Form der Modernisierungstheorie einher, die das Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt rückte und anhand wissenschaftlicher Kriterien und der Untersuchung einer Vielzahl ökonomischer Faktoren versprach, Zukunftsprognosen über die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates abgeben zu können. Im Gegensatz zu den Ansätzen der 1960er Jahre war nun allerdings nicht mehr der Nationalstaat der Träger entwicklungspolitischer Maßnahmen, sondern supranationale Gremien und Institutionen wie der IWF und die UN. Hinsichtlich der Entwicklungspolitik fand also eine allgemeine Entstaatlichung und damit verbundene Unterordnung unter das Primat der Finanzpolitik statt, was im Speziellen weitreichende Auswirkungen auf die deutsch-togoischen Beziehungen hatte. Zum einen wurden die konkreten politischen Kontakte zwischen bundesdeutschen und togoischen Akteuren auf ein Minimum reduziert – die Kommunikation fand im Wesentlichen nur noch indirekt über Repräsentanten der jeweiligen supranationalen Institutionen statt, in denen die Bundesrepublik ein starkes Gewicht besaß. Zum anderen eröffnete dieses Vakuum in der politischen Repräsentation neuen Akteuren Zugang zu außenpolitischen Kontakten zwischen der Bundesrepublik und Togo.

Die neue Beteiligung parastaatlicher Akteure passt in das analytische Raster des »globalization project«, da die vormalig rein staatlich definierten Aufgaben nun zunehmend ausgelagert und in das Feld privater Ak-

teure überführt wurden. In Anknüpfung an die in der Einleitung erwähnte Neukonzeption des »development project«, das nun »redefined as a private, global project« die Nord-Süd-Beziehungen bestimmte, ergibt sich hinsichtlich Togos ein eindeutiges Bild: Hier war es die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung, die als wirkmächtigste parastaatliche Akteurin die deutsch-togoischen Beziehungen vom Ende der 1970er bis zur Mitte der 1980er Jahre prägte. Die togoische Wahrnehmung der Bundesrepublik verschob sich in dieser Zeit vom Primat des technisch-wirtschaftlichen hin zu einem stärker kulturell definierten Koordinatensystem, das die persönliche Freundschaft zwischen Franz Josef Strauß und Eyadéma zum Ausgangspunkt hatte. Während der Zeit des IWF-Strukturanpassungsprogramms konnte sich die Hanns-Seidel-Stiftung mit der Lieferung von Hilfsgütern und dem Angebot von Ausbildungsprogrammen in Togo profilieren, während die europäischen staatlichen Akteure – mit Ausnahme der eigentlich unerwünschten französischen – sich davor sukzessive aus den Entwicklungsmaßnahmen zurückgezogen hatten. So verwundert es nicht, dass die togoische Presse der 1980er Jahre jeden Besuch von Strauß überschwänglich feierte und die deutsch-togoischen Beziehungen damit publizistisch auf die Freundschaft Strauß-Eyadéma reduzierten: Es handelte sich um eine leicht zu greifende Personifizierung der abstrakten, auf einer für die Bevölkerung klandestin wirkenden Metaebene ablaufenden Prozesse beispielsweise bei der Ausgestaltung der Schuldenerlasse oder der vom IWF vorgegebenen Programme. Dies erwies sich für die Bundesregierung allerdings nicht als legitimatorischer Nachteil, sondern war in zweifacher Hinsicht von Nutzen: Erstens eröffnete die bayerische Nebenaußenpolitik und der in Togo damit verbundene Strauß-Eyadéma-Personenkult eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der deutschen *soft power* in Togo, was nach wie vor dem außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik entsprach. Zweitens konnte mithilfe der bayerischen Nebenaußenpolitik die zunehmende öffentliche Kritik an den bundesdeutschen Kontakten zu autoritären Staaten wie dem zeitgenössischen Togo leichter umgangen werden. Diese Verschiebung in der Sichtweise auf den Umgang mit autoritären Staaten war eine Folge diverser gesellschaftspolitischer Umbrüche in der Bundesrepublik. Zivilgesellschaftliche Akteure, darunter insbesondere die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, kritisierten seit dem Ende der 1960er Jahre vermehrt die Indifferenz der Bundesregierung gegenüber Folter, Unterdrückung von Oppositionellen und Gewalt gegenüber der Bevölkerung. In Togo setzte sich Amnesty International beispielsweise für die Freilassung politischer Häftlinge ein und richtete dafür eine Vielzahl an Petitionen an das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt. Andere Gruppen charakterisierten die wirtschaft-

lichen Interessen der Bundesrepublik und die Ignoranz gegenüber autoritären Herrschaftssystemen als neokoloniales Verhältnis und richteten ihre Kritik vor allen Dingen auf die starken wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen dem globalen Norden und Süden. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen erwiesen sich als weiterer Faktor für die Entstaatlichung und Privatisierung entwicklungspolitischer Konzepte, die sich immer stärker dem Druck finanzpolitischer Vorgaben beugen mussten.

Der Wandel in den Nord-Süd-Beziehungen während der 1970er und 1980er Jahre darf dabei allerdings nicht als Ex-post-Diagnose verstanden werden, sondern wurde bereits zeitgenössisch erkannt und in den politischen Diskurs eingebracht. So konzipierte die Hanns-Seidel-Stiftung, anknüpfend an ihre politischen Erfolge in Togo, im Jahr 1978 eine »organische Entwicklungspolitik«, die sich deutlich gegen den Nationalstaat als Träger entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den Ländern des Globalen Südens aussprach. Stattdessen sollte der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer private und privatwirtschaftliche Akteure entwicklungspolitisch tätig werden könnten, um durch das so geschaffene, gewissermaßen marktwirtschaftliche System die erfolgversprechendsten Träger und Empfänger für die Durchführung der einzelnen Projekte zu ermitteln.

In Togo war der Übergang vom »development project« zum »globalization project« naturgemäß anders gelagert. Die Zäsuren, die die Außenpolitik der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren definierten – Neue Ostpolitik, »Ölkrise«, Grundlagenvertrag – spielten für Togo selbst nur eine untergeordnete Rolle. Die hohen Einnahmen aus den Phosphatexporten kompensierten die gestiegenen Treibstoff- und Energiepreise bei weitem, sodass das Wirtschaftswachstum des Landes bis in die Mitte der 1970er Jahre auf einem hohen Niveau blieb. Der Einbruch der Weltmarktpreise für Phosphat, der wiederum kaum Auswirkungen in der Bundesrepublik hatte, stürzte Togo dann jedoch in eine schwere Rezession, die über ein Jahrzehnt andauerte und den Lebensstandard der Bevölkerung weiter absinken ließ.

Die lange »lost decade« in Togo, die im Wesentlichen von 1979 bis 1991 dauerte, endete schließlich mit dem Untergang der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Kriegs. Während die Wiedervereinigung als politischer Triumph der Bundesrepublik gefeiert wurde, eskalierte die Lage in Togo. Blutige Unruhen erschütterten das Land, als das Militär auf die Forderungen nach demokratischen Reformen mit Gewalt reagierte. Der darauf folgende Abbruch der Beziehungen zu Togo, den sämtliche EG-Mitglieder mit Ausnahme Frankreichs 1993 vollzogen, stellt sich dabei aus folgenden Gründen als End- oder Kulminationspunkt der Entwicklungen seit dem

Ende der 1970er Jahre dar: Zum einen war das multilaterale Vorgehen der EG eine Fortführung der in den 1980er Jahren sukzessive etablierten Form der Nord-Süd-Beziehungen. Der Niedergang des bilateralen Primats wurde nunmehr nicht nur von Perspektiven der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik definiert, sondern von menschenrechts- und sicherheitspolitischen Sichtweisen überlagert. Mit dem Wegfall der außenpolitischen Bedrohung durch die Sowjetunion entfiel gleichzeitig die politische Funktion der Entwicklungspolitik, die seit den 1960er Jahren auf eine Abwehr kommunistischer Einflüsse durch finanzielle und technische Hilfen im Sinn eines westlichen Schaufenstereffekts abzielte.

Zum anderen waren die wirtschaftlichen Aspekte der deutsch-togoi-schen Beziehungen bereits seit den 1970er Jahren kaum noch von Bedeutung, da die togoischen Cash Crops und wenigen Rohstoffe angesichts der globalen Konkurrenz nur noch eine geringe Rolle für den Weltmarkt spielten. Die Versuche der Regierung in Lomé, zu einem aktiven Teil des »globalization project« zu werden und unabhängig vom Ausland Im- und Exporte durchzuführen, endeten spätestens mit der Wirtschaftskrise 1979. Allerdings hatte das europäische und bundesdeutsche Interesse an der togoischen Wirtschaft bereits in den Jahren davor deutlich nachgelassen. Die Nachwirkungen der »Ölkrise« hatten die Nachfrage weltweit erheblich gedämpft, und durch den einsetzenden Strukturwandel in der Industrie spielten die in Togo vorhandenen Ressourcen kaum mehr eine Rolle für die bundesdeutsche Wirtschaft. Die von der Regierung angestoßenen Projekte zur rudimentären Industrialisierung Togos waren aufgrund der systemimmanenten Korruption wenig erfolgreich. Vielmehr floss der Großteil der zwischenzeitlich beachtlichen Exporteinnahmen über RPT-loyale Funktionäre und schwarze Kassen in den halbstaatlichen Versorgungsunternehmen und Generalimporteuren in den Schwarzmarkt und auf private Konten. Daneben waren Faktoren wie die Ernährungssituation der Bevölkerung oder der verbreitete Widerstand gegen die Okkupierung westlicher Arbeitsmodelle entscheidend für das Scheitern der togoischen Industrialisierung.

Nach den blutigen Ereignissen der Jahre 1991-1993 war Togo schließlich über zehn Jahre lang bis zu Eyadémas Tod 2005 von Europa isoliert. Bis zur Machtübernahme seines Sohnes Fauré Gnassingbé hielt einzig die französische Botschaft den Kontakt, während die Bundesrepublik im Wesentlichen jegliche Art der Kooperation eingestellt hatte. Ein knappes Jahrzehnt später, nach zahlreichen innenpolitischen Reformen, der Auflösung der RPT und einer generellen politischen Liberalisierung, wurden die deutsch-togoi-schen Beziehungen vom damaligen Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer (CSU) in Anlehnung an die Rhetorik

der 1960er Jahre zu einer »Schicksalsgemeinschaft« verklärt. In der Innenstadt von Kpalimé weisen Hinweisschilder in vielen Straßen auf die zahlreichen Projekte hin, die die Bundesrepublik im seither herrschenden »Printemps de la Coopération germano-togolaise« durchgeführt hat.¹

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Untersuchung der deutsch-togoischen Beziehungen über einen Zeitraum von über drei Jahrzehnten spezifische Konstruktionen der bundesdeutschen Außenpolitik aufgezeigt hat, die nicht nur die deutsch-togoischen, sondern auch die Beziehungen der Bundesrepublik auf globaler Ebene betreffen. Die Wandlungsprozesse im Umgang mit Togo lassen sich nicht nur als Ausdruck einer veränderten Interessenslage aufseiten beider Staaten lesen, sondern eröffnen einen analytischen Zugang zu globalen Transformationsprozessen, Umbrüchen und Zäsuren. Wie die vorgestellten bundesdeutschen Entwicklungsprojekte als analytische Sonden des steten Wandels auf lokaler und nationaler Ebene dienten, sind die deutsch-togoischen Beziehungen im Allgemeinen als Gradmesser der globalen Entwicklungen zu betrachten, die von der Neudefinition der bundesdeutschen Außenpolitik in den 1950er Jahren über den Ost-West-Konflikt, den wirtschaftlichen Wandel durch die Globalisierung bis hin zur allgemeinen gesellschaftspolitischen Koordinatenverschiebung nach 1968 und dem Ende des bilateralen Primats im Umgang mit den afrikanischen Staaten reichen. Die Konjunkturen, denen die deutsch-togoischen Beziehungen durch diese Entwicklungen unterlagen, dürfen dabei allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigensinnigen Handlungen der togoischen Akteure immer eine Rückwirkung auf den bundesdeutschen Umgang mit Togo hatten. Die Transfer- und Verflechtungsaspekte, die in der vorliegenden Arbeit betrachtet wurden, ergeben ein dynamisches Gesamtbild der deutsch-togoischen Beziehungen, das sich der Einteilung und Kategorisierung anhand von prädeterminierten Fixpunkten – wie politischer Zäsuren, makrohistorischer Konstellationen oder semantischer Diskursräume – teilweise deutlich entzieht. So war auch der Kolonialismus, wie gezeigt, kein umgreifender diskursiver Rahmen, der die deutsch-togoischen Beziehungen überschattete, sondern wurde situativ in Bezug zu aktuellen Ereignissen positiv oder negativ besetzt und blieb damit gewissermaßen ein *empty signifier* im politischen Diskurs.

1 Siehe Amegbo, Paul: M. Johannes Singhammer: »Les relations entre nos deux pays, ont connu un nouvel essor. Et le point culminant sera la visite du président Faure Gnassingbé en juin 2016 en Allemagne, 6. April 2016, URL: <https://www.savoirnews.net/blog/2016/04/06/m-johannes-singhammer-les-relations-entre-nos-deux-pays-ont-connu-un-nouvel-essor-et-le-point-culminant-sera-la-visite-du-president-faure-gnassingbe-en-juin-2016-en-allemande/> [abgerufen am 5.10.2023].

Danksagung

Der Gedanke, eine Arbeit über die deutsch-togoischen Beziehungen zu schreiben, kam mir während meines Masterstudiums, als sich die Suche nach einem bislang wenig erforschten Thema und mein Interesse für die afrikanische Geschichte allmählich zu einer größeren Idee verfestigten. Mit Unterstützung des leider zwischenzeitlich verstorbenen Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, dem ich hier nochmals danken möchte, entstand bald das erste Konzept für eine Doktorarbeit, die nicht die bereits häufig untersuchte deutsche Kolonialherrschaft in den Mittelpunkt rückt. Statt der Beziehung zwischen Subaltern und Kolonialherren sollte der wirtschaftliche Nachhall des kolonialen Gewaltregimes und die Entstehung und Verfestigung neuer Beziehungen, Hierarchien und gegenseitiger Sichtweisen im asymmetrischen Nord-Süd-Verhältnis während des 20. Jahrhunderts untersucht werden.

Dabei möchte ich meinen beiden Betreuern Prof. Dr. Frank Bösch und Prof. Dr. Rüdiger Graf für die unermüdliche Unterstützung und Betreuung danken. Der beinahe erfolgte Abbruch meines Dissertationsvorhabens aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde durch ihre Anregungen, Ermunterungen und Hilfestellungen, die das Weiterarbeiten im und nach dem Lockdown ermöglichten, verhindert. Des Weiteren möchte ich dem ehemaligen Doktorand*innenkoordinator Dominik Rigoll für den anregenden fachlichen Austausch und viele hilfreiche Tipps in der Anfangszeit meiner Promotion danken. Dank gebührt meinen ZZF-Kolleg*innen Stefan Jehne, Laura Kaiser, Thomas Lettang, Lena Senoner und Agnes Bauer, die die gelegentlichen anstrengenden Tage durch gute Laune leichter gemacht haben.

Mein Dank gebührt weiterhin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die großzügige Gewährung eines Promotionsstipendiums sowie der Unterstützung bei meiner Reise nach Togo und Ghana. Dabei möchte ich besonders Marcus Hawel und Anette Friedrich danken, die mir durch ihren Einsatz für die Stipendiat*innen und viele interessante Veranstaltungen und Vorträge neue Impulse gegeben und damit zum erfolgreichen Abschluss dieser Arbeit beigetragen haben.

In Deutschland danke ich den Mitarbeiter*innen der Bundesarchive Koblenz und Lichterfelde sowie des PAAA für die Unterstützung bei meinen Recherchen und die schnelle Beantwortung meiner Anfragen. In Togo danke ich den Mitarbeiter*innen der Archives Nationales du Togo und des togoischen Außenministeriums für ihre Hilfe bei der Recherche und für die Unterstützung bei der Orientierung in Lomé. In Ghana möchte

ich den Mitarbeiter*innen des PRAAD und besonders Eric Allotey für seinen Einsatz bei der Beantragung meiner Forschungserlaubnis danken.

Meinen Eltern und meinem Bruder danke ich für die fortwährende Unterstützung auf meinem Ausbildungs- und Lebensweg, der mich an den Abschluss dieser Arbeit gebracht hat. Zuletzt gilt mein größter Dank meiner Frau Birgit, ohne deren große Unterstützung der erfolgreiche Abschluss der Promotion zweifellos fraglich geblieben wäre.

Stefan Seefelder

Abkürzungsverzeichnis

AFM	Arbeitsgemeinschaft für Marktforschung
AKP	Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten
APO	Außerparlamentarische Opposition
BCEAO	Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CFA-Franc	Franc de la Coopération Financière en Afrique
CPP	Convention People's Party
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CTMB	Compagnie togolaise des mines du Bénin
CUT	Comité de l'Unité Togolais
DAAD	Deutscher Akademischer Auslandsdienst
DAC	Development Assistance Committee der OECD
DAG	Deutsche Afrika-Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DKJ	Deutsche Koloniale Jugend
DM	Deutsche Mark
DTB	Deutsch-Togo-Bund
DTG	Deutsche Togogesellschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
EG	Europäische Gemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FED	Fonds Européen du Développement
FFHC	Freedom from Hunger Campaign
Gawi	Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
Ifo	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
IRA	Interministerieller Referentenausschuss
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KPA	Kolonialpolitisches Amt der NSDAP
LLDC	Least Developed Country
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

NGO	Non-governmental organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OPAT	Office des produits agricoles
PTP	Parti togolais du progrès
RDA	Rassemblement Démocratique Africain
RKTL	Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft
RPT	Rassemblement du Peuple Togolais
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGGG	Société Générale du Golfe de Guinée
SONACOM	Société Nationale de Commerce
SORAD	Société Regionales d'Aménagement et de Développement
SOTOCO	Société Togolaise de Coton
TC	Togoland Congress
UAC	United Africa Company
UDPT	Union Démocratique des Peuples Togolais
UDV	Union Démocratique Voltaïque
UGTAN	Union générale des travailleurs d'Afrique noire
UMOA	Union monétaire ouest-africaine
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNTT	Union Nationale des Travailleurs du Togo
ZK der SED	Zentralkomitee der SED

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Artikel aus der »Togo-Presse« über die Ablieferung der »Berlin« im Hafen von Lomé S. 119.
- Abbildung 2: Holzverarbeitung in Agou mithilfe des aus Deutschland gelieferten Ackerschleppers S. 163.
- Abbildung 3: Die neu angelieferte Dolmar-Säge zum Sägen harter Teak-Baumstämme in Agou S. 165.
- Abbildung 4: Ein von Gerd Hofmeier gezeichneter Plan der Genossenschaft Agou S. 167.
- Abbildung 5: Zerstörungen an den Maschinenschuppen in Agou nach dem Sturm S. 170.
- Abbildung 6: Die halb zerstörte Tischlerei in Agou nach dem Sturm S. 171.
- Abbildung 7: Artikel in der »Togo-Presse« über die Übergabe der Dörfer an das togoische Landwirtschaftsministerium S. 175.
- Abbildung 8: Kongress des ML-Flügels der Juvento im Jahr 1958 S. 187.
- Abbildung 9: Gerald Götting beim »Kenia-Tag« in Leipzig S. 192.
- Abbildung 10: Robert Havemann bei der 15. Sitzung der Volkskammer der DDR S. 193.
- Abbildung 11: Artikel in der »Togo-Presse« über den angeblichen Putschversuch Kukuluis S. 235.
- Abbildung 12: Tabellarische Übersicht des Export- und Importvolumens von Togo 1969-1973 S. 239.
- Abbildung 13: Grafische Darstellung der Weltmarktpreisentwicklung für Phosphat und Diammoniumphosphat 1960-2012 S. 249.
- Abbildung 14: Ein vom französischen Zeichner Serge Saint-Michel 1976 gezeichneter Comic der bekannten Reihe »il était une fois ...« über das Leben Eyadéma S. 255.
- Abbildung 15: Artikel der »Nouvelle Marche« über die Rolle tierischer Proteine im Konzept der »autosuffisance« S. 285.
- Abbildung 16: Strauß und Eyadéma bei der Unterzeichnung der Gründungsurkunde der »Fondation Eyadéma« im Januar 1977 S. 291.

Literaturverzeichnis

a. Monografien

- Ansprenger, Franz: Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung, Wiesbaden 1961.
- Asamoah, Obed Yao: The Political History of Ghana 1950-2013. The Experience of a Non-Conformist, Bloomington 2014.
- Athenstaedt, Christian: Die Kompetenzverteilung in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Zur Zulässigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen deutscher Bundesländer und Kommunen, München 2011.
- Bahrdt, Hans-Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Wiesbaden 1998 [1. Aufl. 1961].
- Bakove, Robert B.: Kennedy, Johnson and the Nonaligned World, New York 2013.
- Batchana, Essohanam: Liberté de presse et pouvoirs publics au Togo 1946-2004, Lomé 2008 [zugl. Univ. Diss., Université de Lomé].
- Ben Salha, Edwige: Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Jordanien unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverbände (= Demokratie und Entwicklung 48), Münster/Hamburg/London 2003.
- Billy, Jonas Bakoubayi: Musterkolonie des Rassenstaats. Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943, Dettelbach 2011 [zugl. Univ. Diss. FU Berlin 2011].
- Bohnet, Michael: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Erfolge, Misserfolge, Zeitzeugen, Herausforderungen, 2. überarb. u. erw. Aufl., München 2019 [1. Aufl. 2015].
- Bonnet, Vincent: La pauvreté au Sahel. Du savoir colonial à la mesure internationale, Paris 2011.
- Botwe-Asamoah, Kwame: Kwame Nkrumah's Politico-Cultural Thought and Policies. An African-Centered Paradigm for the Second Phase of the African Revolution, New York 2005.
- Brecher, Michael/Wilkenfeld, Jonathan: A Study of Crisis, Ann Arbor 1997.
- Browne, Stephen: Sustainable Development. Goals and UN Goal-Setting, Oxon/New York 2017.
- Buchanan, Tom: Amnesty International and Human Rights Activism in Postwar Britain 1945-1977, Cambridge 2020.
- Burton, Eric: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten 1961-1990, Berlin/Boston 2021.
- Büschel, Hubertus: Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960-1975, Frankfurt a. M./New York 2014.
- Butler, L.J.: Industrialisation and the British Colonial State. West Africa 1939-1951, Oxon/New York 1999.

- Buzdugan, Stephen/Payne, Anthony: *The Long Battle for Global Governance*, Oxon/New York 2016.
- Cezanne, Wolfgang/Franke, Jürgen: *Volkswirtschaftslehre. Einführung*, München/Wien 1997.
- Chatterjee, Partha: Vorwort zu Sanyal, Kalyan: *Rethinking Capitalist Development. Primitive Accumulation, Governmentality and Post-Colonial Capitalism*, New Delhi 2007, S. ix-xv.
- Crowder, Michael: *Colonial West Africa. Collected Essays*, New York/Oxon 1978.
- Diebold, Jan: *Hochadel und Kolonialismus im 20. Jahrhundert. Die imperiale Biographie des »Afrika-Herzogs« Adolf Friedrich zu Mecklenburg*, Wien/Köln/Weimar 2019.
- Dinkel, Jürgen: *The Non-Aligned Movement. Genesis, Organization and Politics (1927-1992) (= New Perspectives on the Cold War 5)*, Leiden 2019.
- Diop, Moustapha Thioune: *Entwicklungspolitik und Partizipation im Senegal. Bilaterale Mikrofinanzkreditprogramme zur Wirtschaftsförderung und Armutsbekämpfung*, Wiesbaden 2017 [zugl. Univ. Diss. Uni Konstanz 2015].
- Diez, Willi: *Automobil-Marketing. Erfolgreiche Strategien, praxisorientierte Konzepte, effektive Instrumente*, 6. Aufl., München 2015 [1. Aufl. 2001].
- Draude, Anke: *Der blinde Fleck der Entwicklungstheorie. Von der Unüberwindbarkeit der Modernisierungstheorie im Korruptionsdiskurs*, Berlin 2007.
- Eckel, Jan: *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2015.
- Eckert, Andreas: *Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania 1920-1970*, München 2007.
- Ferguson, James: *Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution*, Durham 2015.
- Funada-Classen, Sayaka: *The Origins of War in Mozambique. A History of Unity and Division*, Somerset West 2012.
- Gal, Michael: *Internationale Politikgeschichte. Konzeption, Grundlagen, Aspekte*, 2. Aufl., Dresden/München 2021.
- Gardner, Leigh/Tirthankar, Roy: *The Economic History of Colonialism*, Bristol 2020.
- Gaye, Ndiaga: *Von Polis zu Kosmopolis. Senghorskulturpolitisches Erbe und Afrikas kritischer Zustand. Irrwege der Selbstverwirklichung von gestern bis heute*, Berlin 2016.
- Gayibor, Nicoué/Marguerat, Yves/Nyassogbo, Gabriel: *Le Centenaire de Lomé, Capitale du Togo 1897-1997*, Lomé 1998.
- Gayibor, Nicoué : *Cinquante ans de l'indépendance en Afrique subsaharienne et au Togo*, Paris 2012.
- Gershovich, Moshe: *French Military Rule in Morocco. Colonialism and its Consequences*, Oxon/New York 2000.
- Göttsche, Dirk: *Remembering Africa. The Rediscovery of Colonialism in Contemporary German Literature*, Rochester 2013.

- Graf, Rüdiger: Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin/München/Boston 2014.
- Griffiths, Ieuan Ll.: *The African Inheritance*, London/New York 1995.
- Gülstorff, Torben: *Trade follows Hallstein? Deutsche Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum des Second Scramble*, Berlin 2012 [zugl. Univ. Diss. HU Berlin 2012].
- Habermas, Rebekka: *Skandal in Togo. Ein Kapitel deutscher Kolonialherrschaft*, Frankfurt a. M. 2016.
- Hall, Duncan H.: *Mandates, Dependencies and Trusteeship*, London 1948.
- Hansen, Peo/Jonsson, Stefan: *Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism*, London/New York 2014.
- Häberlein, Tabea: *Generationen-Bande. Ordnung, Praxis und Geschichte der Generationenbeziehungen bei den Lama (Kabiye) im nördlichen Togo*, Berlin 2016 [zugl. Univ. Diss. Uni Bayreuth 2012].
- Heerten, Lasse: *The Biafran War and Postcolonial Humanitarianism. The Spectacle of Suffering*, Cambridge u. a. 2017.
- Helm, Renate: *Politische Herrschaft in Togo. Das Problem der Demokratisierung*, Münster 2004.
- Heyn, Susanne: *Kolonial bewegte Jugend. Beziehungsgeschichten zwischen Deutschland und Südwestafrika zur Zeit der Weimarer Republik*, Bielefeld 2018.
- Homberg, Michael: *Digitale Unabhängigkeit. Indiens Weg ins Computerzeitalter – eine internationale Geschichte*, Göttingen 2022.
- Hugeux, Vincent: *Tyrans d'Afrique. Les mystères du despotisme postcolonial*, Paris 2021.
- Jacobs, Raoul: *Mandat und Treuhand im Völkerrecht*, Göttingen 2004.
- Jelinek, Yeshayahu: *Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis*, München 2004.
- Kaitinnis, Anna: *Botschafter der Demokratie. Das Goethe-Institut während der Demokratisierungsprozesse in Argentinien und Chile*, Wiesbaden 2018 [zugl. Univ. Diss. Uni Hildesheim 2017].
- Kebschull, Dietrich: *Entwicklungspolitik. Eine Einführung*, 2. überarb. u. erw. Aufl., Düsseldorf 1975 [1. Aufl. 1971].
- Keese, Alexander: *Ethnicity and the Colonial State. Finding and Representing Group Identifications in a Coastal West African and Global Perspective 1850-1960*, Boston 2016.
- Kirk, Thandeka Joyce: *Making a Voice. African Resistance to Segregation in South Africa*, New York 2000.
- Kissi, Edward: *Africans and the Holocaust. Perceptions and Responses of Colonized and Sovereign People*, London 2020.
- Kleinschmidt, Christian: *Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert*, München 2007.
- Krebs, Melanie: *Zwischen Handwerkstradition und globalem Markt. Kunsthandwerker in Usbekistan und Kirgisistan*, Berlin 2010.
- Kreienbaum, Jonas: *Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung*, Berlin/Boston 2022.

- Külz, Ludwig: Blätter und Briefe eines Arztes aus dem tropischen Deutschafrika, Berlin 1906.
- Lachmann, Werner: Entwicklungspolitik, 2. überarb. Aufl., Oldenburg 2004 [1. Aufl. 2003].
- Lapp, Peter Joachim: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975.
- Lawrance, Benjamin N.: Locality, Mobility and »Nation«, Periurban Colonialism in Togo's Eweland 1900-1960, Rochester/Suffolk 2007.
- Leban, Axel: Sozialistische Wirtschaftsintegration und Ost-West-Handel im sowjetischen internationalen Recht. Theorie und Praxis des Offenheitsprinzips in seiner Entwicklung vom System bilateraler Handelsabkommen zur multilateralen Wirtschaftskooperation in regionalen und universalen Organisationen, Berlin 1976.
- Lentz, Harris M.: Heads of States and Governments. A Worldwide Encyclopedia of Over 2300 Leaders 1945 through 1992, Oxon/New York 2013 [1. Aufl. 1993].
- Leonhard, Jörn: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923, Bonn 2019.
- Le Vine, Victor T.: Politics in Francophone Africa, Boulder/London 2004.
- Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, Berlin 2008.
- Linne, Karsten: Bruderschaft der »Entwickler«. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974, Göttingen 2021.
- Lorenz, Sophie: »Schwarze Schwester Angela«. Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965-1975, Bielefeld 2020.
- Magu, Stephen M.: Explaining Foreign Policy in Post-Colonial Africa, Cham 2021.
- Manske, Alexandra: Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang, Bielefeld 2016.
- Marguerat, Yves: La Guerre de 1914 au Togo et ses Conséquences. Histoire militaire, histoire politique, Paris 2019.
- McMichael, Philip: Development and Social Change. A Global Perspective, 4. Aufl., Thousand Oaks 2008 [1. Aufl. 1996].
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999.
- Middell, Matthias: Kulturtransfer und transnationale Geschichte, in: ders. (Hg.): Dimensionen der Kultur- und Alltagsgeschichte, Leipzig 2007.
- Mikl-Horke, Getraude: Industrie- und Arbeitssoziologie, München/Wien 2007.
- Mlambo, Alois S.: A History of Zimbabwe, New York 2014.
- Mocombe, Paul C.: Capitalism, Lakouism and Libertarian Communism, Newcastle upon Tyne 2020.
- Münt, Gunnar: Dynamik von Innovation und Außenhandel. Entwicklung technologischer und wirtschaftlicher Spezialisierungsmuster, Heidelberg 1996.
- Muratori, Lodovico: EU-Entwicklungspolitik in Ghana und Uganda. Förderung von Good Governance und Korruptionsbekämpfung, Hamburg 2012.
- Mwakikagile, Godfrey: Statecraft and Nation Building in Africa. A Post-Colonial Study, Dar es Salaam 2014.

- Natufe, O. Igbo: Soviet Policy in Africa. From Lenin to Brezhnev, Bloomington 2011.
- Niclauß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, 3. akt. u. erw. Auflage, Wiesbaden 2015 [1. Aufl. 1988].
- Nugent, Paul: Africa since Independence. A Comparative History, 2. Aufl., London 2012 [1. Aufl. 2004].
- Nugent, Paul: Boundaries, Communities and State-Making in West Africa. The Centrality of the Margins, Cambridge u.a. 2019.
- Noglo, Emmanuel K.: Die Legitimität des Staates im multiethnischen Kontext. Der Fall Togo, Berlin 2012.
- Olaniyan, R. Omotayo: Foreign Aid, Self-Reliance and Economic Development in West Africa, Westport 1996.
- Okocha, Victor O.: Leadership and Development Crisis in Africa. A New Approach to an Old Challenge, Pittsburgh 2018.
- Okoth, Assah: A History of Africa. African Nationalism and the De-colonisation Process, Bd. 2, Nairobi/Kampala/Dar es Salaam 2006.
- Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung, Wiesbaden 1998 [zugl. Univ. Diss. Uni Bochum 1998].
- Olyayele, Fred: African Policy Innovation and the Political Economy of Public-Private Policy Partnerships, Carleton 2022.
- Oto-Peralías, Daniel/Romero-Ávila, Diego: Colonial Theories of Institutional Development. Toward a Model of Styles of Imperialism, Cham 2017.
- O'Toole, Thomas/Baker, Janice E.: Historical Dictionary of Guinea, Oxford 2005.
- Otto, Jana: Fachkräfte für die Entwicklung. Fortbildungskooperationen zwischen Ghana und den beiden deutschen Staaten 1956-1976, Berlin 2022.
- Park, Jong-Dae: Re-Inventing Africa's Development. Linking Africa to the Korean Development Model, Cham 2019.
- Passot, Bernard: Togo. Les hommes et leur milieu. Guide pratique, Paris 1988.
- Pesnot, Patrick: Les dessous de la Françafrique, Paris 2014.
- Plenk, Stefan: Regionale Integration im sub-saharischen Afrika. Eine Analyse von EAC, SADC und ECOWAS, Wiesbaden 2015 [zugl. Univ. Diss. Universität der Bundeswehr München 2014].
- Poikâne-Daumke, Aija: African Diasporas. Afro-German Literature in the Context of the African American Experience, Berlin 2006 [zugl. Univ. Diss. Uni Dortmund 2004].
- Quatrocchi, Umberto: CRC World Dictionary of Medical and Poisonous Plants. Common Names, Scientific Names, Eponyms, Synonyms, and Etymology, Boca Raton 2012.
- Ridder, Peter: Konkurrenz um Menschenrechte. Der Kalte Krieg und die Entstehung des UN-Menschenrechtsschutzes von 1965-1993, Göttingen 2021.
- Rostow, Walt W.: The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto, Cambridge 1960.

- Rutkowski, Guenter: Die deutsche Medizin erobert Togo. Beispiel des Nachtigal-Krankenhauses in Klein Popo (Anecho) 1884-1914, Hamburg 2012.
- Scheele, Isabell: Les relations transimpériales. L'exemple du Togo allemand et du Dahomey français à l'apogée de l'impérialisme européen, Berlin 2021 [zugl. Univ. Diss. Uni Aix-Marseille u. Uni Tübingen 2017].
- Schilling, Britta: Postcolonial Germany. Memories of Empire in a Decolonized Nation, Oxford 2014.
- Schmalz, Uwe: Deutschlands europäisierte Außenpolitik. Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP, Wiesbaden 2004.
- Schmidt, Elizabeth: Cold War and Decolonization in Guinea 1946-1958, Athens 2007.
- Schmidt, Geo A.: Mexiko, Berlin 1921.
- Schmidt-Schweizer, Andreas (Hg.): Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987-1990, Berlin 2018.
- Schwartz, Alfred: Quatre Plans Quinquennaux de Developpement au Togo 1966-1985. Les politiques sectorielles, mythes et réalités, Marseille 1984, URL: <https://core.ac.uk/download/pdf/39873493.pdf> (abgerufen am 10.1.2024).
- Sebald, Peter: Togo 1884-1914. Eine Geschichte der deutschen »Musterkolonie« auf der Grundlage amtlicher Quellen, (Ost-)Berlin 1988.
- Sebald, Peter: Die deutsche Kolonie Togo 1884-1914. Nachwirkungen einer Fremdherrschaft, Berlin 2013.
- Seely, Jennifer: The Legacies of Transition Governments in Africa. The Cases of Benin and Togo, New York 2009.
- Seely, Jennifer/Decalo, Samuel: Historical Dictionary of Togo, London 2021.
- Seemann, Markus: Julius Graf Zech. Ein deutscher Kolonialbeamter in Togo, Hamburg 2012.
- Skinner, Kate: The Fruits of Freedom in British Togoland. Literacy, Politics and Nationalism 1914-2014, New York 2015.
- Somé, Magloire/Simporé, Lassina: Lieux de mémoire, patrimoine et histoire en Afrique de l'Ouest. Aux origines des Ruines de Loropéni, Burkina Faso, Paris 2014.
- Staples, Amy L. S.: The Birth of Development. How the World Bank, Food Agriculture Organization and World Health Organization changed the World 1945-1965, Kent 2006.
- Stokke, Olav: The UN and Development. From Aid to Cooperation, Bloomington 2009.
- Tété-Adjalo, Tétévi Godwin: De la colonisation allemande au Deutsch-Togo-Bund, Paris 1998.
- Tété-Adjalo, Tétévi Godwin: Le Togo. La vraie/fausse question nord-sud, Lomé 2007.
- Tété-Adjalo, Tétévi Godwin: Sylvanus Olympio. Père de la nation togolaise, Paris 2008.
- Tété-Adjalo, Tétévi Godwin: Autopsie de Developpement Pernicieux. Le cas du Togo 1963-2013, Paris 2013.
- Tetzlaff, Rainer: Africa. An Introduction to History, Politics and Society, Wiesbaden 2022.

- Thomas, Dominic: Africa and France. Postcolonial Cultures, Migration and Racism, Bloomington 2013.
- Thomas, M. A.: Govern like us. U. S. Expectations of Poor Countries, New York 2015.
- Tömmel, Till Florian: Bonn, Jakarta und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indonesien von 1952 bis 1973 (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 116), Berlin 2018.
- Toulabor, Comi M.: Le Togo sous Eyadéma, Paris 1986.
- Toulabor, Comi M.: Le Ghana de J. J. Rawlings. Restauration de l'État et renaissance du politique, Paris 2000.
- van Bilzen, Gerard: The Development of Aid, Newcastle upon Tyne 2015.
- van Laak, Dirk: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.
- van Rouveroy van Nieuwaal, Emile: L'État en Afrique face à la chefferie. Le cas du Togo, Paris 2000.
- Verbarg, Maria Magdalena: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012.
- von Rentzell, Werner: Unvergessenes Land. Von glutvollen Tagen und silbernen Nächten in Togo, Hamburg 1922.
- wa Thiong'o, Ngugi: Decolonising the Mind. The Politics of Language in African Literature, Nairobi 1986.
- Wagner, Léonie Jana: Menschenrechte in der Entwicklungspolitik. Extraterritoriale Pflichten, der Menschenrechtsansatz und seine Umsetzung, Wiesbaden 2017.
- Weitbrecht, Dorothee: Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012.
- Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 72), München 2007.
- Westermann, Diedrich: Volkwerdung und Evangelium unter den Ewe, Bremen 1936.
- Wiegshoff, Andrea: »Wir müssen alle etwas umlernen«. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland 1945/51-1969, Göttingen 2013.
- Wienert, Helmut: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2. akt. u. überarb. Aufl., Stuttgart 2008 [1. Aufl. 2001].
- Wilkie, Christopher: Special Drawing Rights. The First International Money, Oxford 2012.
- Worden, Nigel: The Making of Modern South Africa, Oxford 2012.
- Zischka, Anton: Afrika. Europas Gemeinschaftsaufgabe Nr. 1, Oldenburg 1951.

b. Beiträge in Sammelbänden

- Ani, Emmanuel Ifeanyi: Personhood and State Building in Africa, in: Etieyibo, Edwin/Ikuenobe, Polycarp (Hg.): Menkiti on Community and Becoming a Person, London 2020, S. 183-198.
- Bartel, Hans-Georg: »Geheim! – Reflexionsmessgerät zur Messung der Lichtreflexion der menschlichen Haut«. Zu einer von Robert Havemann im Zuchthaus Brandenburg-Görden angefertigten wissenschaftlichen Arbeit, in: Florath, Bernd: (Hg.): Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, Göttingen 2016, S. 57-72.
- Bauer, Reinhold/Burr, Wolfgang (Hg.): Das Ende des »Goldenen Zeitalters«? Der Strukturwandel der 1970er Jahre, seine Rezeption und Folgen aus interdisziplinärer Perspektive (=Kultur und Technik 37), Berlin 2021.
- Bellers, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hg.): Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien 2001.
- Bellucci, Stefano: Transport, in: ders./Eckert, Andreas (Hg.): General Labour History of Africa. Workers, Employers and Governments, 20th-21st Centuries, Woodbridge/Rochester/Abidjan 2019, S. 195-222.
- Biakouye, Honoré Kodjo: Dynamique urbaine et mutations économiques et spatiales dans la zone périphérique nord de Lomé, in: Gervais-Lambony, Philippe/Nyassogbo, Gabriel Kwami (Hg.): Lomé. Dynamiques d'une ville africaine, Paris 2007, S. 151-169.
- Bishnupriya, Gupta: The Rise of Modern Industry in colonial India, in: dies./Chaudhary, Latika/Tirthankar, Roy u. a. (Hg.): A New Economic History of Colonial India, London/New York 2016, S. 67-83.
- Bon Tempo, Carl J.: Antikommunistische Menschenrechte. Die Republikanische Partei und die Menschenrechtspolitik in den späten 1970er Jahren, in: Eckel, Jan/Moyn, Samuel (Hg.): Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, (=Schriftenreihe der FRIAS School of History 5), Göttingen 2012, S. 290-316.
- Brunn, Stanley D./Zeigler, Donald J./Hays-Mitchell, Maureen u. a. (Hg.): Cities of the World. Regional Patterns and Urban Environments, 7. Aufl., London 2020 [1. Aufl. 2003].
- Cahn, Jean-Paul: Décolonisation française et relations franco-allemandes 1954-1963, in: Miard-Delacroix, Hélène/Hudemann, Rainer (Hg.): Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre, München 2005, S. 139-156.
- Cahn, Jean-Paul: Guerre d'Algérie 1958-1962. Lecture allemande de la crise française, in: Gotto, Bernhard u. a. (Hg.): Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren, München 2012, S. 257-270.
- Cole, Peter/Hart, Jennifer: Trade, Transport and Services, in: van der Linden, Marcel/Hofmeester, Karin (Hg.): The Global History of Work, Berlin/Boston 2018, S. 277-294.
- Cour, Jean-Marie/Snrech, Serge (Hg.): A Vision of West Africa in the Year 2020. West-Africa Long-Term Perspective Study, o. O. 1998.

- Dallywater, Lena/Saunders, Chris/Fonseca, Helder Adegar (Hg.): *Eastern Europe, the Soviet Union and Africa. New Perspectives on the Era of Decolonization 1950s to 1990s*, Berlin/Boston 2023.
- Daskalov, Roumen: *The Balkans. Region and Beyond*, in: ders./Marinov, Tchavdar (Hg.): *Entangled History of the Balkans*, Bd. 4, Leiden 2017, S. 1-43.
- Deckers, Wolfgang: *Fourth World*, in: Odekon, Mehmet (Hg.): *Encyclopedia of World Poverty*, Thousand Oaks/London/Neu Delhi 2006, S. 388-389.
- Eckert, Andreas: *Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre*, in: Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hg.): *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*, Göttingen 2015, S. 27-44.
- Eckert, Andreas: *Wage Labour*, in: Bellucci, Stefano/Eckert, Andreas (Hg.): *General Labour History of Africa. Workers, Employers and Governments, 20th-21st Centuries*, Suffolk 2019, S. 17-44.
- Eizenga, Daniel: *Political Uncertainty in Burkina Faso*, in: Metelits, Claire/Matti, Stephanie (Hg.): *Democratic Contestation on the Margins. Regimes in Small African Countries*, London 2015, S. 63-84.
- Emerson, Rupert: *The Problem of Identity, Selfhood and Image in the New Nations. The Situation in Africa*, in: Provizer, Norman (Hg.): *Analyzing the Third World. Essays from Comparative Politics*, Cambridge, Mass. 1978, S. 97-112.
- Febel, Gisela: *Non-lieux und Heterotopien im französischen Gegenwartsroman und -film*, in: Müller, Gesine/Stemmler, Susanne (Hg.): *Raum, Bewegung, Passage. Postkoloniale frankophone Literaturen*, Tübingen 2009.
- Foli, Rosina: *Transnational Actors and Policymaking in Ghana*, in: Ayee, Joseph R.A. (Hg.): *Politics, Governance and Development in Ghana*, London 2019, S. 99-122.
- Foucault, Michel (1967): *Of Other Spaces [Des espaces autres]*, übers. v. Lieven de Cauter/Michiël Dehaene, in: dies. (Hg.): *Heterotopia and the City. Public Space in a postcivil Society*, London 2008, S. 13-30.
- Fricke, Dietmar: *Strukturanpassungsprogramme*, in: Ihne, Hartmut/Wilhelm, Jürgen (Hg.): *Einführung in die Entwicklungspolitik*, Berlin 2013, S. 80-89.
- Gayibor, Nicoué (Hg.): *Histoire des Togolais. Des origines aux années 1960*, 4 Bände, Lomé 2011.
- Gehler, Michael: *Was heißt »Europäistik« für eine Geschichtsschreibung der europäischen Integration?*, in: ders./Vietta, Silvio (Hg.): *Europa, Europäisierung, Europäistik. Neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden und Inhalte*, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 121-180.
- Gerschewski, Johannes/Merkel, Wolfgang: *Stabilität autokratischer Herrschaften*, in: Braml, Josef/Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hg.): *Außenpolitik mit Autokratien*, Berlin/München/Boston 2014, S. 43-57.
- Gogué, Tchabouré Aimé/Evlo, Kodjo: *Togo. Lost Opportunities for Growth*, in: Ndulu, Benno J. u.a. (Hg.): *The Political Economy of Economic Growth in Africa 1960-2000*, Bd. 2, Cambridge 2008, S. 471-507.
- Görgens, Egon: *Die entwicklungspolitischen Strategien von IWF und Weltbank*, in:

- Paraskewopoulos, Spiridon (Hg.): Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung, Stuttgart 1997, S. 261-276.
- Göttsche, Dirk u. a.: Nachkriegszeit II, in: ders./Dunker, Axel/Dürbeck, Gabriele (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur, Stuttgart 2017, S. 282-296.
- Gulde, Anne-Marie: Overview, in: dies./Tsangarides, Charalambos (Hg.): The CFA Franc Zone. Common Currency, Uncommon Challenges, Washington D.C. 2008, S. 1-24.
- Gwiza, Aaram/Tambaoga, Moira/Jarbandhan, Vain D. B.: Unearthing the Nexus between Development Theories and Underdevelopment in the Post-independence Africa, in: Mhlanga, David/Ndhlovu, Emmanuel (Hg.): Post-Independence Development in Africa. Decolonisation and Transformation Prospects, Cham 2023, S. 17-27.
- Hanisch, Ernst: Konsumgesellschaft und Säkularisierung, Die Signaturen des 20. Jahrhunderts, in: Reith, Reinhold/Meyer, Torsten (Hg.): Luxus und Konsum. Eine historische Annäherung, Münster u. a. 2003, S. 237-253.
- Hanns-Seidel-Stiftung e. V. (Hg.): Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung, 40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung 1967-2007, München 2007.
- Heerten, Lasse: Die Dystopie postkolonialer Katastrophen. Das Recht auf Selbstbestimmung, der biafranische Sezessionskrieg und die Menschenrechte, in: Eckel, Jan/Moyn, Samuel (Hg.): Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 68-99.
- Heilbrunn, John R.: Togo. The National Conference and Stalled Reform, in: Clark, John F./Gardinier, David E. (Hg.): Political Reform in Francophone Africa, New York/Oxon 2018 [1. Aufl. 1997], S. 225-246.
- Heilbrunn, John R.: Presidential Term Limits in Togo. Electoral Accountability Postponed, in: Baturo, Alexander/Elgie, Robert (Hg.): The Politics of Presidential Term Limits, Oxford 2019, S. 199-221.
- Hein, Bastian: Entwicklungshilfe, internationale Solidarität oder Weltinnenpolitik? Der Umgang mit der »Dritten Welt« als Gradmesser des Reformklimas, in: Wengst, Udo (Hg.): Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968, München 2011, S. 31-45.
- Hilger, Andreas: Sowjetunion, Staatssozialismus und Dritte Welt 1945-1991, in: ders. (Hg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945-1991 (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 99), München 2009, S. 7-19.
- Hofmeier, Rolf: Five decades of German-African relations. Limited interests, low political profile and substantial aid donor, in: Engel, Ulf/Kappel, Robert (Hg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism, Münster 2002, S. 39-62.
- Hunter, Emma: Modernity, Print Media and the Middle Class in Colonial East Africa, in: Dejung, Christof/Motadel, Davin/Osterhammel, Jürgen (Hg.): The Global Bourgeoisie. The Rise of the Middle Class in the Age of Empire, Princeton 2019, S. 105-122.
- Illich, Iwan: Entmündigende Expertenherrschaft, in: ders. (Hg.): Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe, Hamburg 1979, S. 7-35.

- Jul-Larsen, Eyolf: Attitudes Towards Modernization in African Small-Scale Fisheries, in: Tvedten, Inge/Hersoug, Bjørn (Hg.): Fishing for Development. Small-scale Fisheries in Africa, Uppsala 1992, S. 70-89.
- Joerges, Bernward: Experten, in: Besters, Hans/Walz, Hans Hermann (Hg.): Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon, Berlin 1962, S. 1127-1135, hier 1127;1133, zit. n. Büschel, Hubertus: Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960-1975, Frankfurt a. M. 2014, S. 231.
- Kern, Kathleen: Heterotopia of the Theme Park Street, in: De Cauter, Lieven/ Dehane, Michiel (Hg.): Heterotopia and the City. Public Space in a Postcivil Society, London 2008, S. 105-116.
- Kleinschmidt, Christian/Ziegler, Dieter (Hg.): Dekolonisierungsgewinner. Deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen im Zeitalter des Kalten Kriegs, Berlin 2018.
- Köllner, Lutz: Gestalt und Wandel westlicher und östlicher Entwicklungshilfe, in: APuZ 4/1965.
- Kouzan, Komlan: Quelle contribution du Deutsch-Togo-Bund à la fête du 27 avril 1960 au Togo?, in: Goerg, Odile/Martineau, Jean-Luc/Nativel, Didier (Hg.): Les indépendances en Afrique. L'évènement et ses mémoires 1957/1960-2010, Rennes 2013, S. 97-115.
- Kwon, Jinah/Klay Kieh, George/Lumumba-Kasongo, Tukumbi: Varieties of Neoliberal Capitalism, in: Azmanova, Albena/Chamberlain, James (Hg.): Capitalism, Democracy, Socialism. Critical Debates, Cham 2022, S. 119-146.
- Legnaro, Aldo/Birenheide, Almut: Die Mall als ein Ort kommoder Freizeit, in: Wehrheim, Jan (Hg.): Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps, Wiesbaden 2007, S. 261-277.
- Lennert, Theresa: Vom »Jahrhundertwerk« zum »Politikum«. Machtpolitik in der westdeutschen Entwicklungspolitik in Ägypten in den 1970er Jahren am Beispiel des »Kattara-Projektes«, in: Kleinschmidt, Christian/Ziegler, Dieter (Hg.): Dekolonisierungsgewinner. Deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen im Zeitalter des Kalten Kriegs, Berlin/Boston 2018, S. 75-102.
- Lorenzini, Sara/Tulli, Umberto/Zamburlini, Ilaria: The Place of Human Rights in European Integration, in: dies. (Hg.): The Human Rights Breakthrough of the 1970s. The European Community and International Relations, London/New York/Dublin 2022, S. 1-13.
- Martens, George R.: Industrial Relations and Trade Unionism in French Speaking West Africa, in: Damachi, Ukandi G./Seibel, H. Dieter/Trachtman, Lester (Hg.): Industrial Relations in Africa, London/Basingstoke 1979, S. 16-72.
- Martin, Michel: The Rise and »Thermidorianization« of Radical Praetorianism in Benin, in: Marakis, John/Waller, Michael (Hg.): Military Marxist Regimes in Africa, London 1986, S. 58-81.
- Meher, Rajkishor: Basic Amenities and Quality of Life in an Urban Industrial Complex. A Case Study of Rourkela, in: Mohanty, Bidyut (Hg.): Urbanisation in Developing Countries. Basic Services and Community Participation, New Delhi 1993, S. 213-232.

- Mengara, Daniel: The Making of a Monarchical Republic. The Undoing of Presidential Term Limits in Gabon under Omar Bongo, in: Mangala, Jack R. (Hg.): The Politics of Challenging Presidential Term Limits in Africa, Cham 2020, S. 65-104.
- Morrell, Gordon W.: A Higher Stage of Imperialism? The Big Three, the UN Trusteeship Council and the Early Cold War, in: Douglas, R. M./Callahan, Michael D./Bishop, Elizabeth (Hg.): Imperialism on Trial. International Oversight of Colonial Rule in Historical Perspective, Oxford 2006, S. 111-137.
- Nyassogbo, Kwami: L'urbanisation et son évolution au Togo, in: Les Cahiers d'Ouverture-Mer 37 (1984), S. 135-158.
- Ohemeng, Frank L. K./Sakyi, Emmanuel K.: Living Peacefully or in the Shadow? Elucidating the Relationship between Ghana and Togo, in: Roberge, Ian/Park, Nara/Klassen, Thomas R. (Hg.): Asymmetric Neighbors and International Relations. Living in the Shadow of Elephants, Oxon 2023, S. 86-103.
- Oloukpona-Yinnon, Adjai Paulin/Riesz, János (Hg.): Plumes allemandes. Biographies et autobiographies africaines (»Afrikaner erzählen ihr Leben«), Lomé 2003.
- Schleicher, Hans-Georg: Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik der DDR, in: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Berlin 1998, S. 95-111.
- Schmidt, Siegmars: Afrika südlich der Sahara, in: ders./Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 532-544.
- Schrader, Heiko: Entwicklungssoziologie, in: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien, Wiesbaden 2010, S. 105-122.
- Schukraft, Corina: Die Afrikapolitik Deutschlands. Von der »freundlichen Vernachlässigung« hin zu einem stärkeren Engagement, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela u. a. (Hg.): Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 195-220.
- Schwinn, Thomas: Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Perspektiven und Probleme eines Forschungsprogramms, in: ders. (Hg.): Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen, Wiesbaden 2006, S. 7-36.
- Sebald, Peter (Hg.): Valentin von Massow: Die Eroberung von Nordtogo 1896-1899. Briefe und Tagebücher, Bremen 2014.
- Skinner, Kate: A Different Kind of Union. An Assassination, Diplomatic Recognition, and Competing Visions of African Unity in Ghana-Togo Relations 1956-193, in: Grilli, Matteo/Gerits, Frank (Hg.): Visions of African Unity. New Perspectives on the History of Pan-Africanism and African Unification Projects, Cham 2020, S. 23-48, hier S. 32.
- Soudien, Crain/Houston, Gregory: African Perspectives on Development in the Context of a Changing International System, in: Bourqia, Rahma/Sili, Marcelo (Hg.): New Paths of Development. Perspectives from the Global South, Cham 2021, S. 25-41.
- Spahn, Lea u. a. (Hg.): Verkörperte Heterotopien. Zur Materialität und (Un-)Ordnung ganz anderer Räume, Bielefeld 2018.

- Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die wirtschaftliche Verflechtung und die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern, in: dies. (Hg.): Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 307-330.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, Stuttgart/Mainz 1961.
- Stockmann, Reinhard: Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit, in: ders./Menzel, Ulrich/Nuscheler, Franz (Hg.): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien, München 2010, S. 351-511.
- Stoecker, Holger: Bonifatius Folli. A Prussian African, in: van Ryneveld, Hannelore/Wozniak, Janina (Hg.): Einzelgang und Rückkehr im Wandel der Zeit. Festschrift für Gunther Pakendorf, Stellenbosch 2010, S. 25-35.
- Stülflohn, Sabine: Gerald Götting, in: Zimmermann, Monika (Hg.): Was macht eigentlich? 100 DDR-Prominente heute, Berlin 1994 S. 86-88.
- Thomas, Martin (Hg.): The French Colonial Mind. Mental Maps of Empire and Colonial Encounters, Lincoln/London 2011.
- US Department of Commerce (Hg.): Foreign Economic Trends and Their Implications for the United States, Washington DC 1988.
- van Laak, Dirk: Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts. Eine einflussreiche »Hintergrundideologie«, in: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 101-129.
- Vitzthum, Wolfgang Graf/Proelß, Alexander (Hg.): Völkerrecht, Berlin/Boston 2016.
- Wüstenhagen, Jana: Zwischen Parteidoktrin und Realpolitik. Die DDR und die westeuropäische Integration 1957-1989, in: König, Mareike/Schulz, Matthias (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Wiesbaden 2004, S. 495-510.
- Yigbe, Dotsé: Is Togo a permanent Model Colony?, in: Mühlhahn, Klaus (Hg.): The Cultural Legacy of German Colonial Rule, Berlin/Boston 2017, S. 97-112.
- Yigbe, Gilbert: Togo. Ein verhängnisvolles postkoloniales Erbe der deutschen Missionierung?, in: Ntewusu, Samuel/Paarmann, Nina (Hg.): Jenseits von Dichotomien. Aspekte von Geschichte, Gender und Kultur in Afrika und Europa, Berlin 2020, S. 429-442.
- Ziemer, Klaus: Togo, in: Sternberger, Dolf u. a. (Hg.): Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, Bd. 2, Berlin/New York 1978, S. 2177-2212.

c. Zeitschriftenaufsätze

- Aduayom, Messan Adimado: Un prélude au nationalisme togolais. La révolte de Lomé 24-25 janvier 1933, in: Cahiers d'Études Africaines 24 (1984) H. 93, S. 39-50.
- Altmann, Gerhard: Die Good-Governance-Konzeption von Weltbank, IWF und OECD, in: Gesellschaft, Wirtschaft und Politik 54 (2005) H. 3, S. 305-316.
- Bassa, Komla Obuibé: Les Conseils des notables au Togo. Du mandat à la tutelle (1922-1958): tribunes d'expression d'une future opposition, in: Outre-Mers. Revue d'Histoire 99 (2011) H. 370-371, S. 83-98.
- Büschel, Hubertus: Die Moral der ExpertInnen. Krise und Reform in der west-deutschen »Entwicklungshilfe« und der ostdeutschen »Solidarität« in Afrika südlich der Sahara der 1960er und 1970er Jahre, in: Journal für Entwicklungspolitik 26 (2010) H. 3, S. 29-50.
- Haag, Steffen: Bridging the postcolonial-economy divide. Towards a Theoretical Framework, in: Development and Postcolonial Studies Working Papers 7 (2020), S. 5-25.
- Louis, William Roger: Great Britain and the African Peace Settlement of 1919, in: The American Historical Review 71 (1966) H. 3, S. 875-892.
- Mbaye, Sanou: Die Globalisierung bannt Schwarzafrika in die Rolle des Rohstofflieferanten, in: Le monde diplomatique, 13.6.1997, S. 4f.
- Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002) H. 4, S. 574-606.
- O. V.: Nachruf auf Dr.-Ing. Otto Schnellbach, in: Verein Deutscher Ingenieure (Hg.): Grundlagen der Landtechnik. Verfahren, Konstruktion, Wirtschaft 28, H. 5 (1978), S. 208.
- Strümpell, Christian: The Making of a Working Class in West-Odisha. Stahl und Staat in einem entlegenen Gebiet, in: South Asia Chronicle 3/2013, S. 62-85.
- Sudrajat, Iwan: Foucault, the Other Spaces and Human Behaviour, in: Procedia. Social and Behavioral Studies 36 (2012), S. 28-34.
- Welcomme, R. L.: An evaluation of the acadja method of fishing as practised in the coastal lagoons of Dahomey (West Africa), in: Journal of Fish Biology 4 (1972) H. 1, S. 39-55.

d. Rezensionen

- Hildebrand, Klaus: Rez. zu Schmokel, Wolfe W.: Dream of Empire, German Colonialism 1919-1945, in: Politische Vierteljahresschrift Bd. 6, Nr. 2 (1965), S. 209-212.
- Metzler, Gabriele: Rez zu: Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt a. M. 2005, ISBN 3-593-37735-7, in: H-Soz-Kult, 29.10.2005, <www.hsozkult.de/publication-view/id/reb-7183>.

Quellenverzeichnis

a. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA)

- Abkommen zwischen Gustav Nachtigal und König Mlapa von Togo vom 5. Juli 1884, PA AA, AA, S 1 205.
- Schreiben von Prinz Dagadu aus Kofrodua-Oyokoe, Königliches Konsulat für Togo an das Auswärtige Amt, Kolonial-Abteilung, 11. September 1913, PA AA, AA, M 1-A/15959, übers. v. Peter Sebald.
- Schreiben der Anecho-Chiefs an »die Präsidenten der Reich Parliament und des Deutschen Reichtag-Abgeordneten Versammlungshauses zu Berlin, Germania«, 1. Mai 1914, PA AA, AA, M 1-A/15959, übers. v. Peter Sebald.
- Aufzeichnung des Deutschen Afrika-Vereins Hamburg-Bremen, Mitwirkung Deutschlands an der Entwicklung Afrikas, Wiederherstellung des Niederlassungsrechts in den abhängigen Übersee-Gebieten, 15. November 1950, PA AA, AA, B11 242, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 30.
- Antwortschreiben des Referenten Fricke an den Afrika-Verein Hamburg-Bremen, 22. Dezember 1950, PA AA, AA, B11 242, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 34.
- Petition from Mr. Christian A. Kuwame concerning Togoland under French administration, 13. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 4.
- Petition from Mr. Paul Y. Agbetété Concerning Togoland Under French Administration, Paul Y. Agbetété to the Secretary General of the United Nations, 23. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 7.
- Communication from Mr. Paul Y. Agbetété Concerning Togoland Under French Administration, 24. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 10.
- Petition from Mr. Christian A. Kuwame Concerning Togoland Under French Administration, Christian A. Kuwame to the Secretary General of the United Nations, 25. September 1953, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 4.
- Brief des Deutsch-Togo-Bunds an das Bundeskanzleramt, Ausbildung togoischer Jugendlicher in Deutschland, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 204.
- Brief Hermann Dotzels an Konrad Adenauer, Gesuch des Bunds deutscher Togoländer, 20. November 1953, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 202.
- Aufzeichnung Dr. Velhagens vom Auswärtigen Amt, 7. Dezember 1953, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 212.
- Anonymes Schreiben an das Bundeskanzleramt, Aufsatz Europa-Afrika, 15. Dezember 1953, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 233.
- Aufzeichnung Dr. Velhagens vom Auswärtigen Amt, 15. Januar 1954, PA AA, AA, B11 613, Mikrofiche, Fiche 3, Bl. 237.
- Bericht des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Lagos an das Auswärtige Amt, Politische Verhältnisse in den beiden Treuhänderschaftsgebieten Togo, 11. Dezember 1954, PA AA, AA, B11 1359, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 42.

- Karl Dustert an das Auswärtige Amt, Mandatsgebiet Togo, 21. September 1955, PA AA, AA, B11 1374, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 96.
- Aufzeichnung Hans-Georg Steltzers, Besuch von drei Repräsentanten des Bundes der Togoländer in der Bundeshauptstadt, 23. September 1955, PA AA, AA, B130 4703A.
- Aktenvermerk des Geschäftsführers des DAAD Hubertus Scheibe, Besuch der drei Togoländer, 28. September 1955, PA AA, AA, B130 4703A.
- Aufzeichnung Hans-Georg Steltzers, Besuch von drei Repräsentanten des Bundes der Togoländer in der Bundeshauptstadt, 29. September 1955, PA AA, AA, B130 4703A.
- Schreiben des Generalsekretärs der Aktionseinheit der Jugend von Togo Michel D. Ayih an Otto Grotewohl, 23. April 1958, Übersetzung aus dem Französischen, PA AA, MfAA, A15907, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 3.
- Schreiben des Abteilungsleiters Stude des MfAA an Hans Günther Schulze von der Abteilung Ausländerstudium des Zentralrats der FDJ, Aufnahme von Studenten aus Kamerun und Togo, 14. Mai 1958, PA AA, MfAA, A15907, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 6.
- Vermerk des Referats 711 S, Deutsch-Togo-Bund Aachen, 1. August 1959, PA AA, AA, B130 4789A.
- Vermerk des Referats 307, Zur Lage in Togo, 19. August 1959, PA AA, AA, B130 4789A, S. 1.
- Schreiben des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Beziehungen zwischen Deutschland und Togo, 31. Dezember 1959, PA AA, AA, B 24 340, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 9.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Beziehungen zwischen Deutschland und Togo, 31. Dezember 1959, PA AA, AA, B24 340, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 7.
- Schreiben des Mitarbeiters Fritsch vom 4. AEA des MfAA, Studienplätze für Jugendgruppe Togolands, 16. Februar 1960, PA AA, MfAA, A15907, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 11.
- Aufzeichnung Hasso von Etzdorfs, Einladung des früheren Gouverneurs von Togo, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg zur Unabhängigkeitsfeier von Togo, 17. Februar 1960, PA AA, AA, B130 4769A.
- Manuskript für eine Pressekonferenz im Bundeshaus, Kabinettsitzung Guinea, 9. März 1960, PA AA, AA, B 2-B STS 78.
- Schreiben Hilger van Scherpenbergs an die Direktoren der Abteilungen 3 und 7, 14. März 1960, PA AA, AA, B 2-B STS 78.
- Entwurf einer Note über die befristete Abberufung des bei der Regierung von Guinea beglaubigten Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, März 1960, PA AA, AA, B 34 REF. 307/IB3 150.
- Schreiben der Botschaft Saigon an das Auswärtige Amt zur Guinea-Krise, 20. April 1960, PA AA, AA, B 34 REF. 307/IB3 150.
- O. V., Aufzeichnung, Gefahr der Anerkennung der SBZ durch neu entstandene und neu entstehende afrikanische Staaten, 1960, PA AA, AA, B130 4791A.
- Schreiben Hasso von Etzdorfs an die deutsche Botschaft in Lomé, Reaktion der SBZ-Regierung auf die Behandlung ihrer Delegation in Togo, 19. Mai 1960, PA AA, AA, B130 4773A.

- Instruktionen für den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lomé, Herrn Dr. Alexander Török, Mai 1960, PA AA, AA, B 2-B STS78.
- Gutachten von Hans Erich Freudenberg für das Auswärtige Amt, Entwicklungshilfe – aber wie?, 8. Juni 1960, PA AA, AA, B1 121.
- O. V. Historische und innenpolitische Entwicklung Togos, o. D., PA AA, MfAA, Mikrofiche, Fiche 1, A15950, Bl. 44.
- Bericht des Botschaftsrats Hans-Georg Steltzer an die deutsche Botschaft in Lomé, SBZ-Politik gegenüber Togo, 19. August 1960, PA AA, AA, B130 4773A.
- Bericht von Außenminister Heinrich von Brentano an Bundeskanzler Konrad Adenauer, Horst Dumkes Entwurf »Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik«, 8. Dezember 1960, PA AA, AA, B1 121.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Togoländische Innenpolitik, Verfassung und Neuwahlen, 7. März 1961, Mikrofiche, PA AA, AA, B24 340, Fiche 4, Bl. 306-307.
- Brief Achim von Brentanos an Otto Roegele, o. T., 20. September 1961, PA AA, AA, B1 121, S. 2.
- Schreiben Horst Dumkes an Otto Roegele, Chefredaktion Rheinischer Merkur, 20. September 1961, PA AA, AA, B1 121.
- Brief Sylvanus Olympios an Heinrich Lübke, Organisation d'un mouvement de jeunesse agricole au Togo, Oktober 1961, PA AA, AA, BAV LOME 133 6908.
- Beziehungsbericht der Handelsvertretung der DDR in Guinea, 22. März 1962, PA AA, MfAA, M 1-C 7255.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Staatsbesuch des Herrn Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai Uwe von Hassel, in Togo, 28. November 1962, BArch Koblenz B122 5350, Mikrofiche, Fiche 6, Bl. 334.
- Bericht von Botschafter Carl-Heinz Lüders in Ghana an das Auswärtige Amt, Besprechung mit Nkrumah. Verhältnis Ghana-Togo, Chi-Brief, 7. Dezember 1962, zit. n. Möller, Horst (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962. 1. Januar bis 31. März 1962, München 2010.
- Bericht des Botschafters Alexander Török für die deutsche Botschaft in Lomé, Besprechung Grunitzky-Török am 6.1.1964, 8. Januar 1964, PA AA, AA, B 130 2278A.
- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 22. März 1967, PA AA, AA, BAV LOME 9600.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters Maier-Oswald an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 21. Mai 1968, PA AA, AA, BAV LOME 9600.
- Schreiben des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Durchführung von Projekten der Technischen Hilfe in Togo, 18. September 1968, PA AA, AA, BAV LOME 133 6908.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters Maier-Oswald an das Auswärtige Amt, Manöver der togoischen Streitkräfte in der Hauptstadt Lomé am 10.12.1968, 18. Dezember 1968, PA AA, AA, BAV LOME 9600.
- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Angebliches Attentat auf Staatspräsidenten, 27. August 1969, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.

- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik, 3. September 1969, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.
- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Gründung des »Rassemblement du Peuple Togolais«, 5. Dezember 1969, PA AA, AA, BAV LOME 9610.
- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, 3 Jahre Militär-Regime in Togo, 19. Januar 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.
- Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Umsturzversuch in Togo, 14. August 1970, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.
- Vortragsmanuskript des Wirtschaftsreferenten der deutschen Botschaft in Lomé Johannes Dohmes, Möglichkeiten und Probleme der Entwicklungspolitik, Juli 1970, PA AA, AA, BAV LOME 6907.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters Ganns an das Auswärtige Amt, Togoische Innenpolitik – 4 Jahre Regierung Eyadéma, 27. Februar 1971, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.
- Bericht von Harald Ganns an das Auswärtige Amt, Innen- und außenpolitische Entwicklung in Togo, 19. August 1971, PA AA, AA, BAV LOME 9610.
- Vortrag des Generaldirektors Lebsanft im Rundschreiben des Informationsdiensts für Auslandsvertretungen des Auswärtigen Amts, Konzept einer deutschen Entwicklungspolitik, 25. November 1971, PA AA, AA, BAV 133 LOME 6907.
- Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke, Wirtschaftspolitische Beschlüsse des Parteikongresses in Palimé vom 12.-14. November 1971, 26. November 1971, BArch Kolbenz B 213 11895.
- Dossier der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, o. V., Innen- und außenpolitische Entwicklung Togos, 20. März 1972, PA AA, AA, BAV 133 LOME 9601.
- Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Halbjahresbericht der innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo, 30. März 1973, PA AA, AA, BAV LOME 133 9610.
- Leitartikel von Théophile Dotse, La presse au service de la Nation, Togo-Presse vom 25. September 1973, PA AA, AA, BAV LOME 9610.
- Bericht des Botschafters Gerhard Söhnke an das Auswärtige Amt, Halbjahresbericht der innen- und außenpolitischen Entwicklung in Togo, Neuorientierung der togoischen Informationspolitik, 25. Oktober 1973, PA AA, AA, BAV LOME 9610.
- Bericht der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Kapitalhilfe für das Hotelwesen in Togo, 7. März 1974, PA AA, AA, B34 ZA 103035.
- Aufzeichnung 400-440.07 des Ministerialdirektors Lautenschlager, 18. Januar 1978, zit. n. Möller, Horst u. a. (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 2009, S. 93-97.
- Hans-Joachim Kiderlen, Jahreswirtschaftsbericht Togo 1978, Industrie und Gewerbe, Oktober 1978, PA AA, AA, BA 34 ZA 127611.
- Peter Sebald, Thesen zur sozialökonomischen und politischen Situation in der Republik Togo, 1980, PA AA, MfAA, M30 2406 03.

- Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Qualifikation Togos als LLDC, 3. Februar 1983, PA AA, AA, B34 ZA 141036.
- Aufzeichnung Volkmar Köhlers, Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Schuldenerlaß, 13. September 1983, PA AA, AA, B34 ZA 141036.
- Bericht des LR Rudolf, 100-Jahrfeier der Unterzeichnung des deutsch-togoischen Schutzvertrages von 1884, Unterzeichnung eines Schuldenerlasses für FZ-Verpflichtungen, 13. Februar 1984, PA AA, AA, B34 ZA 141036.
- Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Sicherheitsbedürfnis des togoischen Regimes, 20. Februar 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019.
- O. V., Politischer Halbjahresbericht Togo des Auswärtigen Amts, 28. Februar 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019.
- Bericht des Botschafters Scholz an das Auswärtige Amt, Innenpolitik Togos, Neuwahlen zur Nationalversammlung am 24.3.1985, 22. März 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019.
- Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Neue Verordnung über das Ruhestandsalter, 3. April 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019.
- Bericht des Botschafters Peter Scholz an das Auswärtige Amt, Grund- und Menschenrechte in Togo, 11. Juni 1985, PA AA, AA, B34 ZA 141019.
- Bericht des Ministerialrats Neufeldt an das Auswärtige Amt, Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Entscheidung über Prüfungsauftrag für das Projekt »Sektorbezogenes Programm IV«, 11. Oktober 1985, PA AA, AA, B34ZA 141022.
- Bericht der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Kurzfassung zum gemeinsamen Bericht der EG-Wirtschaftsreferenten in Lomé/Togo, 1987, PA AA, AA, B 201 ZA 144285.

b. Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)

- United Nations Technical Assistance Board, Living Conditions in the Republic of Togoland, 3. Februar 1960, BArch Koblenz B161 494.
- Schreiben Willi Ganssauges, Vorschlag für deutsche Hilfe auf landwirtschaftlichem Sektor an Togo, 23. März 1960, BArch Koblenz B213 04123.
- Schreiben von Willi Ganssaue und Paul Lorenz-Meyer an die Deutsche Forschungsgesellschaft und das Auswärtige Amt, Landwirtschaftliche Versuchsstation Tové bei Palimé (Republik Togo), Besuch von Herrn Ganssaue im Auswärtigen Amt am 24. März, 28. März 1960, BArch Koblenz B 213 04123.
- Oskar Splett, Ergebnisprotokoll der Sitzung des Togo-Ausschusses vom 17. Mai 1960, Geschäftsstelle der Deutschen Afrika-Gesellschaft, BArch Koblenz B 161 93.
- Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft in Guinea und Togo, Bericht über eine Afrikareise von Prof. Dr. W. Schaefer-Kehnert, 1960, BArch Koblenz B 161 93.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Deutsch-togoische Wirtschaftsverhandlungen, 23. Mai 1960, BArch Koblenz B213 21750.
- Handelsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo, 20. Juli 1960, BArch Koblenz B116 21750.

Bericht Alexander Töröks und Oskar Schlitters an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Delegationsbericht Nummer 3, 22. Juli 1960, BArch Koblenz B213 21750.

Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsschule Tové, 18. April 1961, BArch Koblenz B213 04123.

Ausschnitt aus dem Ergebnisbericht des AA über die Sitzung des Interministeriellen Referentenausschusses für Technische Zusammenarbeit und Entwicklungsfragen, 31. Mai 1961, BArch Koblenz B 213 21817.

Schreiben eines Mitarbeiters im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Deutsche Wirtschaftsförderungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Entsendung eines Sachverständigen für landwirtschaftliches Versuchswesen, 6. Juni 1961, BArch Koblenz B213 04123.

Annexe à l'Accorde Commercial entre la République Togolaise et l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes du 12 Juin 1961, Liste B, Exportations de l'U. R. S. S. vers la République Togolaise, BArch Koblenz B213 21750.

Schreiben Alexander Töröks an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Unterzeichnung eines Handelsvertrags zwischen Togo und der Sowjetunion, 24. Juni 1961, BArch Koblenz B213 21750.

Bericht von Dr. Hopf an das Referat II B 3 des BMWi, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung Togos, 20. Juli 1961, BArch Koblenz B 102 121706.

International Monetary Fund (Hg.): Joint Press Release International Monetary Fund and International Bank for Reconstruction and Development, 1. August 1962, BArch Koblenz B 303 010737.

Schreiben von Ministerialdirigent Hans Albert Görs, Ministerialdirektor Hermann Reinhardt u. Staatssekretär Ludger Westrick an das Referat V A 5 des Bundeswirtschaftsministeriums, Vermerk über Warenhaus Togo, 22. September 1961, BArch Koblenz B 102 121706.

Brief der Arbeitsgemeinschaft Mittel- und Grossbetriebe des Einzelhandels im Lande Hessen e. V. an das Bundeswirtschaftsministerium, 8. August 1961, BArch Koblenz B 102 121706.

Wilhelm Steinhausen, Memorandum Versuchsstation Towe, 27. Oktober 1961, BArch Koblenz B213 04123.

Mitteilung Dr. Erdmanns an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Entsendung von zwei Warenhaus-Experten, 31. Oktober 1961, BArch Koblenz B 102 121706.

Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Gründung einer staatlichen Import-Export-Gesellschaft in Togo, 15. November 1961, BArch Koblenz B116 21750.

Schreiben des Mitarbeiters Hesse, Referat Z 5 an das Referat Z 2, Bundeshauptkasse, Haushalt 1961, Kap. 0502 Tit. 669, Auswärtiges Amt, Förderung von entwicklungsfähigen Ländern, 23. November 1961, BArch Koblenz, Br08 41802.

Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an die Deutsche Wirtschaftsförderungs- und Treuhandanstalt mbH, Förderung von Entwicklungsländern, Ent-

- sendung eines Hafendirektors nach Lomé/Togo, 30. November 1961, BArch Koblenz, B 108 41802.
- Schupfauer, Theodor/Schad, Hans: Bericht über eine Erhebung und Studienreise hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und volkswirtschaftlichen Vertretbarkeit der Errichtung eines deutschen Warenhauses in Lomé/Togo (West-Afrika), Januar 1962, BArch Koblenz B 102 121706.
- Wilhelm Steinhausen, Bericht zum Landwirtschaftsplan des togoländischen Präsidenten Sylvanus Olympio, Januar 1962, BArch Koblenz B 213 8908.
- Schreiben Hans Schads an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Ergänzende Bemerkungen zu Bericht laut Auftrag des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft vom 14. November 1961, 18. Januar 1962, BArch Koblenz B 102 121706.
- Brief Theodor Hupfauers an Dr. Gustav Fremerey, Präsident des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft, Meine Togo-Reise gemeinsam mit Herrn Devisenberater H. Schad/Frankfurt im November/Dezember 1961, 22. Januar 1962, BArch Koblenz B 102 121706.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Ausländische Wirtschaftshilfe für Togo, 16. März 1962, BArch Koblenz B 116 21750.
- Bericht des Botschafters Alexander Török an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsschule Tové, 12. April 1962, BArch Koblenz B213 04123.
- Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe Togo, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, Bericht des Sachverständigen Steinhausen zum Landwirtschaftsplan, 30. April 1962, BArch Koblenz B213 8908.
- Schreiben des Referenten Berger vom Auswärtigen Amt an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, 7. Mai 1962, BArch Koblenz B213 8908.
- Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft an das Auswärtige Amt, Schaffung von Musterdörfern durch bäuerliche Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Grundlage, 14. Mai 1962, BArch Koblenz B213 04111.
- Schreiben des Interministeriellen Referentenausschusses Technische Hilfe, Oberregierungsrat Kuhn an Landwirtschaftsminister Werner Schwarz, Landwirtschaftsplan Togo, Besprechung bei Herrn Bundespräsident am 19.6.1962, 6. Juni 1962, BArch Koblenz B213 8908.
- Otto Schnellbach, Villages-Pilotes Au Togo, Juni 1962, BArch Koblenz B 213 04111.
- Schreiben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel an den Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Walter Hallstein, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio in Togo, 12. Juli 1962, BArch Koblenz B213 8908.
- Bericht des Geschäftsträgers Elles der deutschen Botschaft in Lomé an das Auswärtige Amt, Landwirtschaftsplan des Präsidenten Olympio, 20. September 1962, BArch Koblenz B213 8908.
- Vermerk von ORR Ehmann, Besprechung des Herrn Minister beim Bundespräsidenten, Landwirtschaftsplan »Präsident Olympio«, 11. Oktober 1962, BArch Koblenz B213 8908.

- Ausschnitt aus dem Kurzprotokoll über die 52. Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik, 26. Oktober 1962, BArch Koblenz, B 213 21817.
- Wilhelm Steinhausen, Landwirtschaftsplan Präsident Sylvanus Olympio, Togoreise Steinhausen Oktober/Dezember 1962, Januar 1963, BArch Koblenz B213 8908.
- Fritz Stiller, Gutachten zur Errichtung einer Versuchs- und Lehranstalt in Togo, 17. Januar 1963, BArch Koblenz B213 04123.
- Bericht Schnellbachs u. Hofmeiers u. Zillichs an die Gawi, Erster Bericht über das Musterdorf Agu-Nyonbo bei Palimé, 28. März 1963, BArch Koblenz B213 04111.
- Otto Schnellbach, Reise- und Tätigkeitsbericht über den vierten und letzten Aufenthalt als technischer Berater der Regierung in Togo, 29. Mai 1963, BArch Koblenz B213 04111.
- Otto Schnellbach, Hilfe durch Selbsthilfe, Ein Versuch der bäuerlichen Selbsthilfe als Entwicklungsaufgabe in Togo, 1963, BArch Koblenz B213 04112.
- Wülker, Gabriele u. a.: Sozialstruktur, ethnische Verhältnisse, Verkehr und Wirtschaft, Landwirtschaft, in: Studienstelle für Entwicklungsländer (Hg.): Studien zur Infrastruktur und Wirtschaft in Togo, Bd. 1., Bonn 1963, PA AA BAV 133 LOME 6908.
- Alexander Arnot an das Auswärtige Amt, Errichtung eines Schlachthofes mit Kühlhaus in Lomé durch den Fonds d'Aide et de Coopération, 11. September 1963, BArch Koblenz B213 04116.
- Vorlage an den Interministeriellen Referentenausschuss Technische Hilfe, Errichtung von drei Musterdörfern (Schnellbach-Plan/Fortführung des Vorhabens, 13. September 1963, BArch Koblenz B213 04111.
- Bericht Herbert Neuperts an das Auswärtige Amt, Ausbau des Hafens von Lomé, Gestaltung eines deutschen Hafenkapitäns, 19. Oktober 1963, BArch Koblenz B213 21817.
- Aufzeichnung über Sachstand des Projekts am 1.11.1963, 3 Musterdörfer (Schnellbach-Plan), Zusammenfassung des BMZ, o. D., BArch Koblenz B213 04111.
- Aufzeichnung des Wirtschaftsreferenten Funke von der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Hafenprojekt Lomé, 22. November 1963, BArch Koblenz B 213 21817.
- Aufzeichnung des Botschafters Karl Seeliger, Togo, 22. November 1963, BArch Koblenz B213 21817.
- Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Auswärtige Amt, Hafenprojekt Lomé und Entwicklungsplan für Togo, 28. November 1963, BArch Koblenz B213 21817.
- Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Auswärtige Amt, Sowjetrussische Handelsgeschäfte in Togo, Bericht-Nr. 1056/63, 10. Dezember 1963, BArch Koblenz B116 21750.
- Hofmeier/Zillich, Tätigkeitsbericht über die Musterdörfer Agou-Nyongbo und Nutja, Stand Ende 1963, Dezember 1963, BArch Koblenz B213 04111.
- Aufzeichnung o. V., Landwirtschaftlicher Entwicklungsplan des vormaligen Staatspräsidenten von Togo, 7. Februar 1964, BArch Koblenz B 122 5350, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 47.
- Bundesministerium für Verkehr, Vorlage an den Interministeriellen Referentenausschuss für Technische Hilfe, 20. Februar 1964, BArch Koblenz B213 21817.

- Rechnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer GmbH, Technische Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Togo, Förderung der Fischerei, 1. April 1964, BArch Koblenz B213 04116.
- Otto Temberg an den Bundesminister für Verkehr, z.Hd. Herbert Neupert, Abt. Seeverkehr, Bericht über meine Tätigkeit als technischer und nautischer Berater in Lome/Togo vom 15.1.1962-4.11.1963, 5. April 1964, BArch Koblenz B 213 21817.
- Schreiben Dr. Erdmanns vom Bundesministerium für Wirtschaft an das Bundespräsidialamt, Entwicklungshilfe für Togo, Olympio-Plan, 30. Oktober 1964, BArch Koblenz B 122 5350.
- Wilhelm Lundt an die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer GmbH, Fischereiförderung Togo FE 451, Monatsbericht Oktober 1964, 2. November 1964, BArch Koblenz B213 04116.
- Bericht von Gerd Hofmeier u. a. an die Gawi, FE 344 Musterdörfer in Togo, 14. November 1964, BArch Koblenz B213 04111.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters in der bundesdeutschen Botschaft Lomé Hans-Jürgen Horn an die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer, FE 451/ Togo FEP 988 Monatsbericht Januar 1965, 31. Januar 1965, BArch Koblenz B213 04116.
- International Monetary Fund: Togo, Background Material for 1964 Article XIV Consultations, 1. Februar 1965, BArch Koblenz B303 010737.
- Schreiben des Botschafters Karl Seeliger an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo/Musterdörfer, 25. März 1965, BArch Koblenz B213 04111.
- Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Förderung des Fischereiwesens, Lieferung größerer Fischereifahrzeuge, Schnellbrief, . April 1965, BArch Koblenz B213 04116.
- Aufzeichnung o. V., Empfang des togoischen Präsidenten Sylvanus Olympio am 28. Juni 1965, 2. Juli 1965, BArch Koblenz B122 5350, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 18.
- Zillich, Ehrenfried: Die drei Musterdörfer in Togo, in: Afrika Heute 12/1965, BArch Koblenz B213 04111.
- O. V., Entwicklungshilfe für Togo, Besprechung des Projektes Hafen Lomé in Bremen, 23. September 1965, BArch Koblenz B213 21817.
- Bericht des Oberregierungsrats Theierl an das Auswärtige Amt u. Bundespräsidialamt, Technische Hilfe für Togo, Einweihung eines Fischkutters durch den Herrn Bundespräsidenten, 5. Oktober 1965, BArch Koblenz B213 04116.
- Schreiben der Deutschen Fördergesellschaft für Entwicklungsländer an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischkutter für Togo, 18. Februar 1966, BArch Koblenz B213 04116.
- Möller, Friedrich: Gutachten über die Durchführung des Hafenbetriebs im neuen Hafen Lomé, 28. Februar 1966, BArch Koblenz B213 21817.
- Aufzeichnung des Staatssekretärs Vialon des Bundespräsidialamts, Technische Entwicklungshilfe für Togo, 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Bericht des Botschafters Karl Seeliger an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Übergabe des Fischkutters »Berlin«, 19. April 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Aktenvermerk von Projektleiter Steinberg, Über das Verhalten unseres Fischereixperten Kapitän Hans Alberts und dessen Frau, 30. April 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Schreiben des Botschaftsmitarbeiters Boldt an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutscher Fischkutter »Berlin«, 8. Juni 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Aufzeichnung von Oberregierungsrat Theierl, Fischkutter »Berlin«/Togo, 13. Juli 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Schreiben des Botschaftsmitarbeiters Weder an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischereiprojekt, 20. Juli 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Bericht Otto Schnellbachs, Drei Musterdörfer in Togo, Bauern- und Handwerks-genossenschaften, Gawi-Projekt FE 344, FE 581, Stand Ende 1965, 8. August 1966, BArch Koblenz B 213 04112.

Schreiben des Referatsleiters im BML Gerhard Meseck an das Auswärtige Amt und den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Fischereiprojekt, 26. August 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Schreiben Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischkutter »Berlin«, 19. Oktober 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Bericht des Referenten Maier-Oswald von der deutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technische Hilfe für Togo, Fischkutter »Berlin«, 29. November 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Vermerk des Referatsleiters im BML Gerhard Meseck, Togo, Technische Hilfe auf dem Gebiet der Fischerei, 19. Dezember 1966, BArch Koblenz B213 04116.

Vermerk des Ministerialrats Theierl, Kapital- und Technische Hilfe für Togo, Hafenprojekt Lomé, 9. Januar 1967, BArch Koblenz B213 21817.

Besprechungsvermerk des Ministerialrats Theierl, Kapitalhilfe und Technische Hilfe für Togo, 27. Februar 1967, BArch Koblenz B 213 21817.

Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Wirtschaft, Fachpersonal für den Hafen Lomé, 10. März 1967, BArch Koblenz B213 21817.

Gutachten von Erick Lackner, Neuer Tiefwasserhafen Lomé. Entwicklung, Planung, Bauausführung, 1967, BArch Koblenz B108 41991.

Möller, Friedrich: Gründung eines Gesamthafenbetriebs, Entwurf, o. D., BArch Koblenz B213 21817.

Bericht Wilhelm Lundts an die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, FE 451 Fischereiprojekt Togo, Monatsbericht Januar bis März 1967, 31. März 1967, BArch Koblenz B213 04116.

- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Hafenkapitän Franz Herbers, 18. April 1967, BArch Koblenz B213 21817.
- Bericht Wilhelm Lundts an die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anlage zum Vierteljahresbericht April bis Juni 1967, FE 451 Fischereiprojekt Togo, Bericht über Vorfall Fischkutter »Berlin«, 20. Mai 1967, BArch Koblenz B213 04116.
- Rücksprachevermerk Dr. Sonnenhol und Dr. Klamser an Oberregierungsrat Theierl, 24. Mai 1967, BArch Koblenz B213 21817.
- Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Wirtschaft, Fachpersonal für den Hafen Lomé, 12. Juni 1967, BArch Koblenz B213 21817.
- F. Stangen, Bericht über die Dienstreise von Dr. F. Stangen nach Togo vom 30.5. bis 9.6.1967 mit Abstecher nach Dahomey am 8.6.1967, Juni 1967, BArch Koblenz B213 04113.
- Bericht Fritz Simbringers an die Gawi, Gutachten über die Besichtigung des Projekts FE 344/Musterdörfer in Togo, Juni 1967, BArch Koblenz B213 04113.
- Bericht Hans von der Deckens an die Gawi und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Drei Musterdörfer Togo, Vierteljahresbericht für das dritte Quartal '67, 25. September 1967, BArch Koblenz B213 04112.
- O. V., Länderaufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Republik Togo, 1. Februar 1968, BArch Koblenz B213 03931.
- Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Vorlage an den interministeriellen Referentenausschuss, Geschenk der Bundesregierung an die togoische Regierung aus Anlaß der Einweihung des mit deutscher Kapitalhilfe erbauten Hafens Lomé, 21. Februar 1968, BArch Koblenz B108 41802.
- Schreiben der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fischkutter »Berlin«, Abschluss eines Vergleichs mit der Firma Sakuth, 26. Februar 1968, BArch Koblenz B213 04116.
- Antwortschreiben Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fischkutter »Berlin«, Abschluss eines Vergleichs mit der Firma Sakuth, 28. Februar 1968, BArch Koblenz B213 04116.
- Schreiben Hans von der Deckens an das Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anlage zu Vorschläge für das Projekt FE 344/Drei Musterdörfer Togo, 23. März 1968, BArch Koblenz B213 04113.
- Buch, Wolfgang: Personal für den Hafen von Lomé, in: Technisch-Wissenschaftlicher Dienst des Afrika-Vereins e. V. (Hg.): Beobachtung der deutschen Entwicklungshilfe in Togo. 13. Teilbericht, o. O., August 1968, BArch Koblenz B108 41991.
- Beobachtung der deutschen Entwicklungshilfe in Togo, 9. Teilbericht, Projekt Musterdörfer, Agou/Dorf I (mit einem Überblick über die Gründe des Scheiterns des ursprünglichen Plans) von Wolfgang Buch, August 1968, BArch Koblenz B 213 04113.
- Schreiben des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt, Durchführung von Projekten der Technischen Hilfe in Togo, 18. September 1968, PA AA, AA, BAV LOME 133 6908.

- Abschlussbericht anlässlich der Übergabe von Nuatja (ehemals Dorf II von FE 344, Schnellbachplan) von Gerhard Goronzy und Gerd Hofmeier, 23. Oktober 1968, BArch Koblenz B 213 04223.
- O. V., Vorlage an den interministeriellen Referenten-Ausschuß für Technische Hilfe, Förderung des Fischereiwesens, Aufstockungsantrag, 12. November 1968, BArch Koblenz B213 04116.
- O. V., Freedom from Hunger Campaign and the Food and Agriculture Organization of the United Nations, Application for the assistance through the Freedom from Hunger Campaign for modernization of small-scale fishing in Lake Togo and the Anécho lagoon through the modernization of pirogues and construction of new boats, 15. November 1968, BArch Koblenz 04115.
- Port Autonome de Lomé, Service Economique (Hg.): Activités Annuelles du Port et Wharf de Lomé 1968, 9. Januar 1969, BArch Koblenz B213 21819.
- Möller, Friedrich: Zusammenfassende Darstellung über den Verlauf des Hafenprojekts Lomé (Togo-Westafrika) während der Tätigkeit des Hafenfachmanns Friedrich Möller vom 1. Juli 1965-25. Oktober 1968, 31. März 1969, BArch Koblenz B108 41991.
- Aufzeichnung von Oberregierungsrat Giesecke, APO-Argumente und der Standpunkt des BMZ, 2. Mai 1969, BArch Koblenz B213 03580.
- Vermerk o. V., Technische Hilfe und Kapitalhilfe für Togo, Verkehrsprojekte Eisenbahn und Hafen, Ressortbesprechung, 11. Juni 1969, BArch Koblenz B108 41802.
- Oberamtsrat Stecker, Vermerk über Technische Hilfe und Kapitalhilfe für Togo, Ressortbesprechung im BMV am 6.6. 1969, 18. Juni 1969, BArch Koblenz B213 8909.
- Projektleiter Steinberg von der Bundesforschungsanstalt für Fischereitechnik, Bericht über eine im Rahmen des Fischereiprojekts FE 451 durchgeführte Dienstreise nach Togo, 8. Juli 1969, BArch Koblenz B213 04115.
- Port Autonome de Lomé, Service Economique (Hg.): Activités Semestrielles 1969. Classement Definitif par Nature des Marchandises, 9. Juli 1969, BArch Koblenz B213 21819.
- Bericht des Botschafters Rudolf von Wistinghausen an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe anderer Staaten und der multilateralen Organisationen, Vereinte Nationen – Fischereiförderung, 26. September 1969, BArch Koblenz 04115.
- Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft an den Interministeriellen Referenten-ausschuss Kapitalhilfe, Ausbau der landseitigen Infrastruktur des Hafens Lomé, 17. Oktober 1969, BArch Koblenz B213 21819.
- Bericht Dr. Seemanns vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe für Togo durch die Vereinten Nationen, Hilfsmaßnahmen für die Seefischerei, 4. November 1969, BArch Koblenz 04115.
- Kouévi, Hippolyte: Port Autonome de Lomé, 1970, BArch Koblenz, B213 21819.
- Bericht von Klaus-Uwe Behrens an die Deutsche Fördergesellschaft für Entwicklungsländer GmbH, Hafenbericht 13/69, 12. Februar 1970, BArch Koblenz B213 21819.

- Bericht des stellvertretenden Botschafters Söhnke i. A. von Wistinghausen an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fischerei-Projekt Togo, Übergabe des Fischkutters »Hamburg«, 27. Juni 1970, BArch Koblenz 04115.
- Vermerk des BMZ o. V., Öffentlichkeitsarbeit des BMZ, 14. Januar 1971, BArch Koblenz B213 7392.
- Vermerk des BMZ o. V., Ausgangssituation Entwicklungspolitik, 23. Juni 1971, BArch Koblenz B213 7392.
- Bericht des Staatssekretärs Johannes Dohmes an das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklung eines Länderprogramms für die Vergabe von Entwicklungshilfe in Togo, 10. April 1972, BArch Koblenz B 213 8909.
- Bericht des Staatssekretärs Johannes Dohmes an das Auswärtige Amt, Auf- und Ausbau des togoischen Genossenschaftswesens, 25. April 1972, BArch Koblenz B213 11896.
- Bericht des VA Posselt an das BMZ, Bericht über eine Dienstreise vom 10.6.72 bis zum 30.6.1972 nach Togo, 11. Juli 1972, BArch Koblenz B 213 8909.
- International Monetary Fund Togo (Hg.): Staff Report for the 1972 Article XIV Consultation, 3. April 1973, BArch Koblenz B 330 010737.
- Vermerk des BMZ o. V., Situation in Togo und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Togo, 1975, BArch Koblenz B213 11898.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters Haferkamp von der deutschen Botschaft in Lomé an das BMZ, Privatbesuch von Staatspräsident Eyadéma in Frankreich, vom 10. bis 19. September 1975, 22. September 1975, BArch Koblenz B 213 11898.
- Vermerk des Mitarbeiters im BMZ Schweiger, Technische Hilfe für Togo, 11. November 1975, BArch Koblenz B 213 11898.
- Bericht des Botschaftsmitarbeiters Haferkamp von der bundesdeutschen Botschaft Lomé an das Auswärtige Amt, Frankreichbesuch des togoischen Staatspräsidenten vom 8. bis 21. Mai 1976, 26. Mai 1976, BArch Koblenz B213 11898.
- BMZ-Ergebnisbericht des Regierungsdirektors Potyka über die deutsch-togoischen Regierungsgespräche in Lomé vom 7. bis zum 10. Juni 1977, 28. Juni 1977, BArch Koblenz B213 11887.
- Schreiben von amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. an Alwin Brück vom BMZ, 21. Juli 1977, BArch Koblenz B 213 11900.
- Vorschlag für ein Antwortschreiben Alwin Brücks an amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V., Zusammenarbeit mit Togo, Behandlung der Menschenrechtsfrage im Zusammenhang mit den Regierungsverhandlungen, 26. Juli 1977, BArch Koblenz B 213 11900.
- Länderaufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Republik Togo o. V., September 1977, BArch Koblenz B213 11899.
- Vermerk des Ministerialrats Herzog, »Neue Entwicklungsstrategie« des DAC, Anhang 1, Erklärung der Mitglieder des DAC über eine dem Wirtschaftswachstum und der Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse dienende Entwicklungskooperation, 27. Oktober 1977, BArch Koblenz B 102 121685.
- Vermerk von Dr. Bühler vom BMZ, Importdruck aus Entwicklungsländern und Strukturanpassung, März 1978, BArch Koblenz B 213 37845.

- Handschriftliche Bemerkung eines Mitarbeiters des BMZ auf einer Kopie des Artikels »Togo verstärkt seine Industrialisierungsanstrengungen« aus der Zeitschrift »Blick durch die Wirtschaft«: »Wie verkraftet das kleine Land dies alles?«, 8. September 1978, BArch Koblenz B 213 11888.
- Bericht des BMZ o. V. an das Auswärtige Amt, Finanzielle Zusammenarbeit mit Togo, Zahlungsverzug Togos, BArch Koblenz B 213 11887, 13. Oktober 1978.
- Bericht der deutschen Botschaft in Lomé an das BMZ und die KfW o. V., Verschuldung um die Jahreswende 1978/79, 25. Januar 1979, BArch Koblenz B 213 11900.
- Entwurf des Berichts von Georg Lührs für das BMZ, Internationale Arbeitsteilung, Entwicklungspolitik und Arbeitsplätze, 1979, BArch Koblenz B 213 37845.
- Bericht der Hauptabteilung Ausland der Deutschen Bundesbank, Togo o. V., Artikel IV-Konsultation und Antrag auf Standby-Kredit, 9. Mai 1985, BArch Koblenz B330 17795.
- Bericht der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium für Finanzen, Artikel IV-Konsultationen mit Togo 1985 und Antrag auf einen Bereitschaftskredit über 15,4 Mio SZR (40 % der Quote), 13. Mai 1985, BArch Koblenz B330 17795.
- Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen o. V., Togo – halbjährliche Überprüfung des Bereitschaftskredits, 3. September 1985, BArch Koblenz B330 17795.
- Remde, Achim: »Leidet ein Volk Hunger, hat die Regierung Schuld.« Togo räumt der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln Vorrang ein, in: Die Welt, 26. Oktober 1985, BArch Koblenz B213 32620.
- Gesprächsvermerk des Ministerialrats Neufeldt, Arbeitsbesuch des Staatspräsidenten der Republik Togo, General Gnassingbé Eyadéma, in der Bundesrepublik Deutschland am 28./29. Oktober 1985, 7. November 1985, BArch Koblenz B213 32620.
- International Monetary Fund Togo (Hg.): Economic Policy Framework for 1988-90, 22. Januar 1988, BArch Koblenz B330 24365.
- Bericht der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium der Finanzen, Antrag Togos auf einen Bereitschaftskredit über 13 Mio SZR (33,85 % der Quote) und ein SAP-Arrangement, 14. März 1988, BArch Koblenz B330 24365.
- International Monetary Fund Togo: Review Under Stand-By Arrangement, 19. Juli 1988, BArch Koblenz B330 24365.
- Schreiben der Deutschen Bundesbank an das Bundesministerium der Finanzen o. V., Überprüfung des Bereitschaftsabkommens mit Togo, 5. September 1988, BArch Koblenz B330 24365.

c. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch Lichterfelde)

- Glückwunschsreiben Otto Grotewohls an Sékou Touré, 10. Oktober 1958, BArch Lichterfelde DC 20 15638, Mikrofiche, Fiche 1.
- Bericht Georg Stibis an die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, Erster Bericht über die Reise nach Guinea, November 1958, BArch Lichterfelde DC 20 15639, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 1.

- Aufzeichnung Georg Stibis, Einschätzung der Abkommen, 20. November 1958, BArch Lichterfelde DC 20 15639, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 26.
- Telegramm Otto Grotewohls an Sékou Touré, Einige Gedanken zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea, 21. Oktober 1959, BArch Lichterfelde, Mikrofiche, DC 20 15634, Fiche 1, Bl. 3.
- Bericht der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED über Togo, 1960, BArch Lichterfelde DY30 97135, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 8.
- Bericht über den Besuch der Delegation Götting-Havemann bei der Regierung der Republik Togo (französische Treuhandschaft) in Lomé, März 1960, BArch Lichterfelde DY 30 91375, Bl. 87.
- Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Erster Bericht der Regierungsdelegation der DDR über ihre Reise nach Lomé (Republik Togo) vom 25.-27.4.60, 1. Mai 1960, BArch Lichterfelde DY 30 91375, Mikrofiche, Fiche 2, Bl. 112.
- Telegramm des Genossen Seitz an Minister Schwab vom 29.4.1960, Zum Auftrag der Seitz-Delegation, 2. Mai 1960, BArch Lichterfelde DC 20 86174, Mikrofilm.
- Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Zweiter Bericht der Delegation über die Reise nach Lomé, 9. Mai 1960, BArch Lichterfelde DY 30 91375, Mikrofiche, Fiche 2, Bl. 108.
- Bericht von Christoph Seitz an das MfAA, Abschlussbericht der Delegation unter Leitung von Botschafter Seitz über die Reise nach Togo, Mai 1960, BArch Lichterfelde DY 30 91375, Mikrofiche, Fiche 2, Bl. 100.
- Bericht des Sekretärs des Zentralrats der FDJ Konrad Naumann, Bericht der FDJ-Delegation, die in der Zeit vom 27.6. – 5.8. 1960 die Republiken Ghana, Togo und Guinea besuchte, 19. August 1960, BArch Lichterfelde DY 24 914.
- O. V., Stichwortartiger Entwurf einer Einschätzung über den Verlauf der III. All-afrikanischen Völkerkonferenz bis zum 29.3.1961, 29. März 1961, BArch Lichterfelde DY 34 401.
- Bericht der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, Informationen über die am 12.12.1960 stattgefundene Aussprache mit dem Kollegen Grégoire Kouessan, Generalsekretär der UNTT (Vereinigung der togolesischen Arbeiter), 13. Dezember 1960, BArch Lichterfelde DY 6 2238.
- Schreiben des Vorstands des Generalsekretariats der UNTT an den Bundesvorstand des FDGB, Dezember 1961, BArch Lichterfelde DY 34 8266. Jahresbericht 1961 Togo des MfAA, o. D., BArch Lichterfelde DY 30 97135, Mikrofiche, Fiche 1, Bl. 69.
- O. V.: Die Deutschen in Togo. Was sollen wir von den Deutschen in Togo denken?, in: La Sentinelle, 27. Februar 1962, Rohübersetzung Linz, BArch Lichterfelde DY 34 8266.
- Einschätzung des MfAA über die Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen in Togo, 1962, BArch Lichterfelde, DY30 97135, Mikrofilm, Bl. 42-44.
- Aktennotiz des FDGB über eine Aussprache mit der Delegation aus Togo o. V., 5. Dezember 1963, BArch Lichterfelde DA 5 12426.
- Information des MfAA über die Gewerkschaften Togos, 17. Dezember 1963, BArch Lichterfelde DY 34 8266.

d. Archives Nationales du Togo

- O. V.: Le Chalutier »Berlin« a été remis hier au Chef de l'Etat par l'Ambassadeur Seeliger, in: Togo-Presse Nr. 1117, 6. April 1966, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Le Port de Lome A Accueilli Hier Son 1^{er} Cargo Francais, Le Saint François, in: Togo-Presse Nr. 157, 11. Oktober 1967, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: France-Togo. Une coopération fructueuse qui repose sur une confiance reciproque, in: La Nouvelle Marche, Numero Special, 13. Januar 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Revolution Verte. Des efforts sans cesse croissants pour l'aménagement de notre agriculture, in: La Nouvelle Marche, Numero Special, 13. Januar 1983, Archives Nationales du Togo.
- Assignon, Kalikouvi: Renforcer l'économie nationale, in: La Nouvelle Marche Nr. 991, 4. März 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Campagne agricole. Autosuffisance en protéines animales, in: La Nouvelle Marche Nr. 998, 12. März 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Les masses paysans expriment leur gratitude au président Eyadéma pour sa détermination á combattre la faim dans notre pays, in: La Nouvelle Marche Nr. 1005, 21. März 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Autosuffisance alimentaire. Le porc est extrêmement rentable, in: La Nouvelle Marche Nr. 1015, 2. April 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: 316 millions CFA tous les ans pour payer le traitements à 547 fonctionnaires qui n'existent pas, in: La Nouvelle Marche Nr. 1084, 4. Mai 1983, Archives Nationales du Togo.
- O. V.: Le President Eyadéma en visite d'amitié et de travail en Haute-Volta. »La politique de développement économique doit prendre le pas sur la politique policienne«, in: La Nouvelle Marche Nr. 1403, 15. Juni 1984, Archives Nationales du Togo.
- Assih, Banafey: Séjour du vice-président de la Banque mondiale au Togo. Audience du chef de l'Etat, in: La Nouvelle Marche Nr. 2875, 27. April 1989, Archives Nationales du Togo.

e. Archiv für Christlich-Soziale Politik München (ACSP München)

- Brief von Franz Josef Strauß an Hans-Dietrich Genscher, März 1977, Togo 1977-1980, LG-8.WP 317, ACSP München.
- Brief des Botschaftsrats Heider an das AA, HSS in Togo; Gründung der »Eyadéma-Stiftung«, 15. März 1977, LG-8.WP 317, ACSP München.
- Bayerisch-Togoische Gesellschaft (Hg.): Togo und Deutschland 1884-1984. Freundschaft mit Tradition, Mittenwald 1984, ACSP München.
- Prentl, Josef: Der Anteil Bayerns an der Entwicklung der heutigen Republik Togo – einst und jetzt. Bayerisch-Togoische Gesellschaft 1, ACSP München.

HSS V IBZ Togo 1, ACSP München.

Projektdarstellung 1991, HSS V IBZ Togo 15, ACSP München.

f. Stadtarchiv Aachen (StadtA Aachen)

Hausbuch Nr. 4693, StadtA Aachen.

Hausbuch Nr. 5443, StadtA Aachen.

Hausbuch Nr. 9789, StadtA Aachen.

Hausbuch Nr. 13013, StadtA Aachen.

Hausbuch Nr. 14808, StadtA Aachen.

g. Periodika

O. V.: Russen auf dem Dach. Hüttenwerk-Großbaustelle Rourkela, indisches Grabmal der deutschen Industrie?, in: Der Spiegel 14/1960.

Dönhoff, Marion Gräfin: Rätseln um Guinea. Sekou Touré bleibt dabei: Noch keine Beziehungen mit Ostberlin, in: Die Zeit 13/1960.

O. V.: Eier aus der Pfanne, in: Der Spiegel 29/1966.

O. V.: Falsche Daten, in: Der Spiegel 4/1974.

O. V.: Arbeiten lernen. In Chile rechtfertigte CSU-Chef Straus die Pinochet-Junta und desavouierte den Christdemokraten Eduardo Frei, in: Der Spiegel 49/1977.

Kiessler, Richard: »Josef ist der Größte«. SPIEGEL-Redakteur Richard Kiessler mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in Togo, in: Der Spiegel 21/1983.

O. V.: Welt von gestern. Franz Josef Strauß baut sich in Bonn eine außenpolitische Schaltstelle auf: im CSU-geführten Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Der Spiegel 23/1983.

O. V.: Erleuchteter Führer. Französische Truppen für das ehemalige Kolonialgebiet, in: Der Spiegel 40/1986.

Kaps, Carola: In Togo breitet sich Mißtrauen aus. Eine Serie von Bombenanschlägen, General Eyadéma besucht Bonn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.1985.

Gamer, Rainer: Zwischen Weißwurst und Voodoo, in: taz, 12.5.1990.

O. V.: Togo, deutsches Herz. Die Armee terrorisiert die Bevölkerung. Hunderttausende sind in die Nachbarländer geflohen, in: Der Spiegel 8/1993.

h. Onlinepublikationen

Interview togodiplomatie u. Johannes Singhammer: Togo-Allemagne »une communauté de destin«, 05. April 2016, URL: <https://www.togodiplomatie.info/Diplo-Togo/Togo-Allemagne-Une-communaute-de-destin> (abgerufen am 10.1.2024).

- The Atlantic Charter, 14. August 1941, zit. n. Yale Law School, The Avalon Project, Lillian Goldman Law Library, URL: <https://avalon.law.yale.edu/wwii/atlantic.asp> (abgerufen am 10.1.2024).
- Convention Collective Interprofessionnelle du Togo, Annexe I, URL: <https://votresalaire.org/togo/droits/conventions-collectives-base-de-donnees/convention-collective-interprofessionnelle-du-togo> (abgerufen am 5.1.2024).
- Go Africa Online, Supermarchés Togo, URL: <https://www.goafricaonline.com/tg/annuaire/supermarches> (abgerufen am 10.1.2024).
- Denkort Bunker Valentin, Biographie Erich Lackner, URL: <https://www.denkortbunker-valentin.de/biografien/erich-lackner/> (abgerufen am 10.1.2024).
- Schäfer&SIS Interlogistik (Hg.): Begriffserklärungen aus dem Seefrachtbereich. Begriffe, Erläuterungen, Zusammenhänge, URL: <https://www.leopold-schaefer.de/wp-content/uploads/sites/23/2019/05/Seefracht-Begriffe.pdf> (abgerufen am 10.1.2024).
- Dumke, Horst: Anfänge der deutschen Staatlichen Entwicklungspolitik. Eine Korrektur des politischen Bildes, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_913_1.pdf/3f726492-f79c-e900-969b-e30f9584133c?version=1.0&t=1539668172932 (abgerufen am 10.1.2024).
- Auszug aus dem Hoppenstedt Aktienführer, Leitende Männer und Frauen in der Wirtschaft, Eintrag zu Willi Ganssaue, Berlin 1970, Digitale Sammlung der Universitätsbibliothek Mannheim, URL: https://digi.bib.uni-mannheim.de/fileadmin/hoppenstedt/1046983326_19700018/pdf/1046983326_0355.pdf (abgerufen am 10.1.2024).
- Auszug aus dem Hoppenstedt Aktienführer, Eintrag zur Afrikanischen Frucht-Compagnie Aktiengesellschaft URL: https://digi.bib.uni-mannheim.de/fileadmin/hoppenstedt/1006345701_194900504/pdf/1006345701_0591.pdf (10.1.2024).
- Zimmer, Daniel: Plattformmärkte und vertikale Beschränkungen, insbesondere Meistbegünstigungsklauseln, URL: https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Reden/Daniel%20Zimmer%20-%20Plattformm%C3%A4rkte%20und%20vertikale%20Beschr%C3%A4nkungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 11.4.22).
- Abdruck der togoischen Verfassung von 1961 in: Journal Officiel de la Republique Togolaise 157, 17. April 1961, URL: http://www.jo.gouv.tg/sites/default/files/annee_txt/1961/Pages%20from%20jo_1961-157-2.pdf#page=299, (abgerufen am 10.1.2024).
- Länderüberblick Togo des Auswärtigen Amtes 2023, URL: <https://www.auswaertigesamt.de/de/service/laender/togo-node/togo/213834?openAccordionId=item-213844-1-panel> (abgerufen am 10.1.2024).
- Filmischer Kurzbericht von Reuters, Togo's President Eyadema Opens Country's First Oil Refinery, 18. Januar 1978, URL: <https://www.britishpathe.com/video/VLVAYI-KYTBXPXZI4PE9HZIUEQFEP-TOGO-PRESIDENT-EYADEMA-OPENS-COUNTRYS-FIRST-OIL-REFINERY/query/TOGOS> (abgerufen am 10.1.2024).
- OECD (Hg.): DAC in Dates. The History of OECD's Development Assistance Committee, 2006, URL: <https://www.oecd.org/dac/1896808.pdf#page=10> (abgerufen am 10.1.2024).

- World Bank national accounts data, and OECD National Accounts data files, GDP per capita (current US\$) Togo 1960-2022, URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?end=2022&locations=TG&start=1960&view=chart> (abgerufen am 10.1.2024).
- Tabelle zum weltweiten Warenexport in absoluten Zahlen, Anteile in Prozent, 1950-2014, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52551/warenexport/> (abgerufen am 10.1.2024).
- Vogenbeck, Peter: Die Landungsbrücke in Lomé und die Einsturzkatastrophe von 1911, URL: <https://www.petervogenbeck.de/articles/articledocs/TogoLandungsbruecke.pdf>, (abgerufen am 5.1.2024).
- Amegbo, Paul: M. Johannes Singhammer: »Les relations entre nos deux pays, ont connu un nouvel essor. Et le point culminant sera la visite du président Faure Gnassingbé en juin 2016 en Allemagne, 6. April 2016, Savoir News, URL: <https://www.savoirnews.net/blog/2016/04/06/m-johannes-singhammer-les-relations-entre-nos-deux-pays-ont-connu-un-nouvel-essor-et-le-point-culminant-sera-la-visite-du-president-faure-gnassingbe-en-juin-2016-en-allemande/> (abgerufen am 10.1.2024).
- Central Intelligence Agency (Hg.): Foreign Broadcast Information Service: Daily Report Nr. 230, Foreign Radio Broadcasts I-16, 27. November 1963, Grunitzky Assesses Current Situation, URL: <http://tinyurl.com/57zbmay8> (abgerufen am 10.1.2024).
- Toulabor, Comi M.: Voter en Afrique. Différenciations et comparaison, Kolloquium des Centre d'Etude d'Afrique Noire – Institut d'études politiques de Bordeaux, 7.-8. März 2002, URL: <https://web.archive.org/web/20160304073248/http://www.afrology.com/pol/pdf/togoelec.pdf> (abgerufen am 10.1.2024).